



C/2024/2228

12.4.2024

**Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>**

**11. April 2024**

(C/2024/2228)

**1 Euro =**

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0729	CAD	Kanadischer Dollar	1,4688
JPY	Japanischer Yen	164,18	HKD	Hongkong-Dollar	8,4058
DKK	Dänische Krone	7,4604	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7920
GBP	Pfund Sterling	0,85525	SGD	Singapur-Dollar	1,4518
SEK	Schwedische Krone	11,5310	KRW	Südkoreanischer Won	1 469,32
CHF	Schweizer Franken	0,9787	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,1614
ISK	Isländische Krone	150,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7646
NOK	Norwegische Krone	11,6180	IDR	Indonesische Rupiah	17 189,90
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,0936
CZK	Tschechische Krone	25,392	PHP	Philippinischer Peso	60,577
HUF	Ungarischer Forint	389,80	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,2570	THB	Thailändischer Baht	39,220
RON	Rumänischer Leu	4,9713	BRL	Brasilianischer Real	5,4468
TRY	Türkische Lira	34,6336	MXN	Mexikanischer Peso	17,6448
AUD	Australischer Dollar	1,6448	INR	Indische Rupie	89,4385

<sup>(1)</sup> Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/2490

12.4.2024

**Veröffentlichung einer genehmigten Standardänderung einer Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geschützten geografischen Angabe im Sektor Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Artikel 6b Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission**

(C/2024/2490)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 6b Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission <sup>(1)</sup> veröffentlicht.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION EINER GESCHÜTZTEN URSPRUNGSBEZEICHNUNG ODER EINER GESCHÜTZTEN GEOGRAFISCHEN ANGABE EINES MITGLIEDSTAATS

**(Verordnung (EU) Nr. 1151/2012)**

**„Caciocavallo Silano“**

**EU-Nr.: PDO-IT-0003-AM01 - 25.1.2024**

**g. U. (X) g. g. A. ( )**

**1. Name des Erzeugnisses**

„Caciocavallo Silano“

**2. Mitgliedstaat, zu dem das geografische Gebiet gehört**

Italien

**3. Behörde des Mitgliedstaats, die die Standardänderung mitteilt**

Ministerium für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forstwirtschaft

—

**4. Beschreibung der genehmigten Änderung(en)**

Erläuterung, warum die Änderung(en) unter die Definition einer Standardänderung gemäß Artikel 53 Absatz 2 der Verordnung (EU) 1151/2012 fällt/fallen:

Die Änderungen fallen unter die Definition einer Standardänderung, da sie keine Änderung des Namens beinhalten, nicht den Zusammenhang ändern und keine weiteren Beschränkungen des Handels mit dem Erzeugnis zur Folge haben.

**1. Die Änderung betrifft mehrere Artikel der Produktspezifikation**

Vorwort

Die geschützte Ursprungsbezeichnung „Caciocavallo Silano“ wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 1263/96 vom 1. Juli 1996 als g. U. (DOP) gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 eingetragen.

Die in der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Register der geografischen Angaben veröffentlichten Dokumente umfassen ein Dossier, das einen 19-seitigen Bericht, die nie veröffentlichte Zusammenfassung und das Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 19. Mai 1993 zur Anerkennung der geschützten Ursprungsbezeichnung auf nationaler Ebene enthält. Dieses Dekret stellt die Produktspezifikation des „Caciocavallo Silano“ dar, die durch die Verordnung (EG) Nr. 1204/2003 der Kommission vom 4. Juli 2003 zur Änderung von Angaben der Spezifikation ergänzt wurde.

Das Dekret aus dem Jahr 1993 umfasst 5 Artikel.

Artikel 1 bezieht sich auf die Anerkennung des Namens, in Artikel 2 wird das geografische Gebiet abgegrenzt, in Artikel 3 sind die Merkmale des Erzeugnisses und das Herstellungsverfahren festgelegt, mit Artikel 4 werden die zuvor geltenden Rechtsvorschriften aufgehoben, und Artikel 5, in dem die Vorschriften für das Inverkehrbringen festgelegt sind.

<sup>(1)</sup> ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1204/2003 wurde die Produktspezifikation durch die Angabe der Eigenschaften des Ausgangsmaterials (Milch) ergänzt. Das geografische Gebiet wurde durch einige Gemeinden erweitert. Zudem wurden die Provinzen Crotona und Vibo Valentia einbezogen, weil diese zum Zeitpunkt der Änderung erst kürzlich gebildet wurden, deren Gemeinden zuvor zur Provinz Catanzaro gehörten. Der Abschnitt über das Herstellungsverfahren bzgl. der Verwendung von veredelter natürlicher Molke wurde ergänzt, und es wurde eine Mindestreifedauer von 30 Tagen festgelegt. Außerdem wurden bestimmte Modalitäten der Kennzeichnung des Erzeugnisses genauer spezifiziert.

Die oben genannten Dokumente bilden die Grundlage für den Änderungsantrag.

Mit diesem Änderungsantrag wird die Produktspezifikation gemäß der vom Ministerium für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forstwirtschaft genehmigten Struktur neu formuliert. Darin sind die in Artikel 7 der Verordnung (EU) 1151/2012 vorgesehenen Punkte enthalten, die nachfolgend angegeben sind:

Artikel 1 „Name der g. U.“ und Artikel 3 „Erzeugungsgebiet“ werden beibehalten.

— Artikel 2 des Dekrets vom 19. Mai 1993 wird aufgeteilt, und die Artikel 2 „Beschreibung des Erzeugnisses“ und Artikel 5 „Erzeugungsverfahren“ werden neu geschaffen.

— Es wird der neue Artikel 4 „Ursprungsnachweis“ hinzugefügt.

— Die Artikel 7 „Kontrollen“ und Artikel 8 „Verpackung und Etikettierung“ werden neu hinzugefügt.

Außerdem wird die Zusammenfassung durch das neu verfasste Einzige Dokument ersetzt.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

## 2. Beschreibung des Erzeugnisses

Die Änderung ist rein formaler Art und betrifft Artikel 1 der geltenden Produktspezifikation (Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 19. Mai 1993) und Punkt 3.1 des Einzigen Dokuments.

Ursprünglicher Wortlaut:

„Die Ursprungsbezeichnung ‚Caciocavallo Silano‘ wird anerkannt und darf für Käse verwendet werden, der im geografischen Gebiet gemäß Artikel 2 erzeugt wurde und die in Artikel 3 und 4 angegebenen Anforderungen erfüllt.“

Neuer Wortlaut:

„Art. 1

Name der g. U.

Die geschützte Ursprungsbezeichnung (g. U.) ‚Caciocavallo Silano‘ ist ausschließlich für Käse vorbehalten, der die in dieser Produktspezifikation angegebenen Voraussetzungen und Anforderungen erfüllt.“

Begründung:

Der Satz wurde lediglich umformuliert.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

## 3. Die Änderung betrifft Artikel 2 der geltenden Produktspezifikation (Dekret vom 19. Mai 1993) und Punkt 3.2 des Einzigen Dokuments.

Ursprünglicher Wortlaut:

„Der ‚Caciocavallo Silano‘ ist ein Halbhartkäse aus gezogener Masse, der ausschließlich aus roher Kuhmilch oder aus für 30 Sekunden auf bis zu 58 °C in der Käserei erhitzter Milch hergestellt wird.

Form: ovale oder länglich-konische Form mit oder ohne ‚Köpfchen‘ entsprechend der lokalen Tradition, mit Einkerbungen, die auf die Position der Schnüre zurückzuführen sind.

Gewicht: zwischen 1 kg und 2 500 kg.

Rinde: Die Käserinde ist dünn, glatt und von ausgeprägter strohgelber Farbe. Die Oberfläche kann leichte Einkerbungen aufweisen, die je nach Art des Zusammenbindens durch die Anordnung der Schnüre entstehen.

Teig: Der Teig ist homogen, kompakt, mit leichter Lochung und von weißer oder strohgelber Farbe, die außen stärker ausgeprägt und innen weniger kräftig ist.

Geschmack: herzhafter, angenehmer Geschmack, zergeht auf der Zunge; für gewöhnlich fein und eher süßlich bei jungem Käse und pikanter bei fortschreitender Reifung.

Der Fettgehalt in der Trockenmasse beträgt mindestens 38 %.

Der Käse mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ muss mindestens 30 Tage reifen. Die Reifung kann länger andauern.“

Neuer Wortlaut:

Sowohl in Artikel 2 der Produktspezifikation – Beschreibung des Erzeugnisses als auch unter Punkt 3.2 des Einzigen Dokuments wird folgender Wortlaut eingefügt:

„Der ‚Caciocavallo Silano‘ ist ein Halbhartkäse aus gezogener Masse, der ausschließlich aus roher Kuhmilch oder aus für 30 Sekunden auf bis zu 58 °C in der Käserei erhitzter Milch hergestellt wird.

Form: Der Caciocavallo-Käse hat eine ovale oder länglich-konische Form mit oder ohne ‚Köpfchen‘ entsprechend der lokalen Tradition, mit Einkerbungen, die auf die Position der Schnüre zurückzuführen sind. Nur das abgepackte Erzeugnis (in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw.) darf zylinder- oder quaderförmig sein.

Gewicht: zwischen 1 kg und 2 500 kg.

Rinde: Die Käserinde ist dünn, glatt und von ausgeprägter strohgelber Farbe. Die Oberfläche kann leichte Einkerbungen aufweisen, die je nach Art des Zusammenbindens durch die Anordnung der Schnüre entstehen. Die Oberfläche des Käses darf äußerlich mit transparenten und farbstofffreien Stoffen behandelt werden, sofern die Farbe der Rinde erhalten bleibt.

Teig: Der Teig ist homogen, kompakt, mit leichter Lochung und von weißer oder strohgelber Farbe, die außen stärker ausgeprägt und innen weniger kräftig ist.

Geschmack: herzhafter, angenehmer Geschmack, zergeht auf der Zunge; für gewöhnlich fein und eher süßlich bei jungem Käse und pikanter bei fortschreitender Reifung.

Der Fettgehalt in der Trockenmasse beträgt mindestens 38 %.

Der Käse mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ muss mindestens 30 Tage reifen. Die Reifung kann länger andauern.

Der mindestens 4 Monate gereifte Käse mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ kann mit der Angabe ‚EXTRA‘ gekennzeichnet werden. Der mindestens 9 Monate gereifte Käse mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ kann mit der Angabe ‚GRAN RISERVA‘ gekennzeichnet werden.“

Begründung:

- Es wurde eine neue Form für das abgepackte Erzeugnis vorgesehen, die zylinder- oder quaderförmig sein darf. Diese Änderung war notwendig, um die Verarbeitungsabfälle des abgepackten Erzeugnisses zu begrenzen, das in Scheiben, gewürfelt oder gerieben in den Handel kommt. Solche abgepackten Erzeugnisse werden von Verbrauchern zunehmend nachgefragt.
- Es wurde angegeben, dass die Oberfläche des Käses äußerlich mit transparenten und farbstofffreien Stoffen behandelt werden darf, sofern die Farbe der Rinde erhalten bleibt.
- Es wurde die Möglichkeit vorgesehen, dass der mindestens 4 Monate gereifte Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ mit der Angabe „EXTRA“ und der mindestens 9 Monate gereifte Käse mit der Angabe „Gran Riserva“ gekennzeichnet werden kann.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

#### 4. Ursprungsnachweis

Neu eingeführt wird Artikel 4, in dem die Elemente beschrieben sind, die den Ursprung des „Caciocavallo Silano“ nachweisen.

Wortlaut des neu aufgenommenen Artikels:

„Artikel 4

Ursprungsnachweis

Jeder Erzeugungsschritt muss durch Aufzeichnung aller in die Herstellung eingehenden Produkte (Input) und aller erzeugten Produkte (Output) dokumentiert werden. Außerdem wird die Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses auch durch die Eintragung in entsprechende, von der Kontrollstelle, den Erzeugern und den Verpackungsbetrieben geführte Verzeichnisse sowie durch die fristgemäße Meldung der erzeugten Mengen bei der Kontrollstelle gewährleistet. Alle in diese Verzeichnisse eingetragenen natürlichen und juristischen Personen unterliegen der in der Produktspezifikation und im betreffenden Kontrollplan vorgesehenen Kontrolle durch die Kontrollstelle.“

Begründung

Dieser in der geltenden Produktspezifikation bisher nicht vorhandene Artikel wurde aufgenommen.

Die Änderung betrifft nicht das Einzige Dokument.

5. Die Änderung betrifft Artikel 2 der geltenden Produktspezifikation (Dekret vom 19. Mai 1993) und Punkt 3.3 des Einzigsten Dokuments.

Ursprünglicher Wortlaut:

„Die für die Erzeugung des ‚Caciocavallo Silano‘ bestimmte Kuhmilch muss von höchstens vier aufeinanderfolgenden, an den beiden Tagen vor der Käsebereitung durchgeführten Melkvorgängen stammen.

Die für die Käseherstellung bestimmte Milch muss unter Zugabe von Ziegen- und Kälberlabpaste bei einer Temperatur von 36-38 °C dickgelegt werden.

Zulässig ist die Verwendung von veredelter natürlicher Molke, sofern diese in dem betreffenden Milchverarbeitungsbetrieb gewonnen wurde.

Wenn der Käsebruch die gewünschte Konsistenz erreicht hat, wird er zerkleinert, bis die Klumpen die Größe einer Haselnuss haben. Danach beginnt die Reifung des Käsebruchs durch energische Milchsäuregärung, die durchschnittlich 4 bis 10 Stunden andauert und je nach Säuregehalt der verarbeiteten Milch, der Temperatur, der Masse oder aufgrund von anderen Faktoren auch länger dauern kann.

Die Reifung ist abgeschlossen, wenn der Teig gezogen werden kann. Die Reifezeiten werden kontrolliert, indem in regelmäßigen Abständen kleine Teigstücke entnommen und in kochendes Wasser getaucht werden, um zu überprüfen, ob die Masse zu elastischen, glänzenden und widerstandsfähigen Fäden gezogen werden kann, die nicht zerreißen.

Danach folgt ein traditionelles Verfahren, bei dem der Teig ausgezogen und eine Art Strang gebildet wird. Dieser Strang wird so lange geformt, bis er die gewünschte Form annimmt. Die Form wird mit energischen Handbewegungen geknetet, wodurch sich der Teig verdichtet, bis eine glatte Außenfläche ohne Brüche und Wellen entsteht und das Käseinnere keine Löcher aufweist. Dann wird der Teig an der Spitze einer jeden Form verschlossen, indem das verschlossene Ende schnell in kochendes Wasser getaucht und der Vorgang von Hand abgeschlossen wird. Abschließend erhält der Teig eine ovale Form mit ‚Köpfchen‘ oder eine länglich-konische Form. Die Zylinder- oder Quaderform ist nur zulässig, wenn das Erzeugnis auf verschiedene Weise abgepackt werden soll (in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw.). Die so geformten Käselaibe werden zur Abkühlung zuerst in Wasser getaucht und anschließend in Salzlake eingelegt.

Das Salzen erfolgt durch Eintauchen, wobei die Zeit je nach Gewicht variiert, die jedoch nicht länger als 6 Stunden andauern darf. Nachdem die Käselaibe aus der Salzlake genommen wurden, werden sie paarweise zusammengebunden und zur Reifung an Holz- oder Stahlstangen aufgehängt. Die Mindestreifedauer beträgt 30 Tage, die jedoch länger andauern kann.“

Neuer Wortlaut:

„Artikel 5

Herstellungsverfahren

Die für die Käseherstellung bestimmte Milch muss unter Zugabe von Ziegen- und Kälberlabpaste bei einer Temperatur von 36-38 °C dickgelegt werden.

Zulässig ist die Verwendung von veredelter natürlicher Molke, sofern diese in dem betreffenden Milchverarbeitungsbetrieb gewonnen wurde.

Wenn der Käsebruch die gewünschte Konsistenz erreicht hat, wird er zerkleinert, bis die Klumpen die Größe einer Haselnuss haben. Danach beginnt die Reifung des Käsebruchs durch energische Milchsäuregärung, die durchschnittlich 4 bis 10 Stunden andauert und je nach Säuregehalt der verarbeiteten Milch, der Temperatur, der Masse oder aufgrund von anderen Faktoren auch länger dauern kann.

Die Reifung ist abgeschlossen, wenn der Teig gezogen werden kann. Die Reifezeiten werden kontrolliert, indem in regelmäßigen Abständen kleine Teigstücke entnommen und in kochendes Wasser getaucht werden, um zu überprüfen, ob die Masse zu elastischen, glänzenden und widerstandsfähigen Fäden gezogen werden kann, die nicht zerreißen.

Danach folgt ein traditionelles Verfahren, bei dem der Teig ausgezogen und eine Art Strang gebildet wird. Dieser Strang wird so lange geformt, bis er die gewünschte Form annimmt. Die Form wird mit energischen Handbewegungen geknetet, wodurch sich der Teig verdichtet, bis eine glatte Außenfläche ohne Brüche und Wellen entsteht und das Käseinnere keine Löcher aufweist. Dann wird der Teig an der Spitze einer jeden Form verschlossen, indem das verschlossene Ende schnell in kochendes Wasser getaucht und der Vorgang von Hand abgeschlossen wird. Abschließend erhält der Teig eine ovale Form mit ‚Köpfchen‘ oder eine länglich-konische Form. Die Zylinder- oder Quaderform ist nur zulässig, wenn das Erzeugnis auf verschiedene Weise abgepackt werden soll (in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw.). Die so geformten Käselaibe werden zur Abkühlung zuerst in Wasser getaucht und anschließend in Salzlake eingelegt.

Das Salzen erfolgt durch Eintauchen, wobei die Zeit je nach Gewicht variiert, die jedoch nicht länger als 6 Stunden andauern darf. Nachdem die Käselaibe aus der Salzlake genommen wurden, werden sie paarweise zusammengebunden und zur Reifung an Holz- oder Stahlstangen aufgehängt. Die Mindestreifedauer beträgt 30 Tage, die jedoch länger andauern kann. “

#### Begründung

Die Einschränkung in Bezug auf die vier Melkvorgänge wurde gestrichen, um die Einführung von automatischen Melksystemen zu ermöglichen. Jahrelange Analysen haben gezeigt, dass die Zusammensetzung der Milch im Wesentlichen unverändert bleibt und die wesentlichen Eigenschaften des Erzeugnisses nicht beeinflusst werden.

Die Änderung betrifft nicht das Einzige Dokument.

#### 6. Die Änderung betrifft Artikel 5 der Produktspezifikation und Punkt 3.3 des Einzigen Dokuments

Es wurde folgender Absatz hinzugefügt:

„Das Tierfutter muss zu mindestens 50 % aus dem abgegrenzten geografischen Gebiet stammen.

Das Futter der Milchkühe besteht zu ca. 45 % aus Grünfutter, wovon 70 % der aufgenommenen Trockenmasse aus dem in Artikel 3 dieser Produktspezifikation abgegrenzten geografischen Gebiet stammen müssen. Die Erzeuger sollten die Möglichkeit haben, Futter von außerhalb des Gebiets und auch Ergänzungsfutter zu verwenden, da die Landwirtschaft in diesem Gebiet nicht mehr so verbreitet ist wie früher und die Erzeugung des Futters aufgrund der geologischen und bodenklimatischen Bedingungen nicht über das gesamte Jahr hinweg sichergestellt werden kann.

Da das Ergänzungsfutter nur eine physiologische und unterstützende Funktion für das Mikrobiom hat, sind die Auswirkungen auf die Eigenschaften des Käses mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ unerheblich. Die Aufnahme einer reichhaltigen, auf Grünfutter basierenden Ration, bei der mindestens 70 % der Trockenmasse im Grünfutter der Tagesration aus dem Gebiet stammen, trägt maßgeblich zu den Eigenschaften des Erzeugnisses bei.“

#### Begründung:

Die Herkunft des Tierfutters wurde genauer angegeben, das aus dem geografischen Gebiet stammen muss.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

#### 7. Kennzeichnung

Die Änderung betrifft Artikel 5 der geltenden Produktspezifikation (Dekret vom 19. Mai 1993) und Punkt 3.6 des Einzigen Dokuments.

Ursprünglicher Wortlaut:

„Der Käse mit der Ursprungsbezeichnung ‚Caciocavallo Silano‘ wird zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens mit dem abgebildeten Kennzeichen in Anhang A (der wesentlicher Bestandteil dieser Verordnung ist) versehen, auf dem die geografische Herkunft sowie die Rechtsvorschrift angegeben ist, womit garantiert wird, dass alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten werden.“

Neuer Wortlaut, sowohl in der Produktspezifikation als auch unter Punkt 3.6 des Einzigen Dokuments:

„Vor dem Inverkehrbringen ist auf jedem Käselaub der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ mit einem punktförmigen Brandzeichen das Kennzeichen mit dem grafischen Symbol (abgebildetes Logo) und die Identifikationsnummer einzuprägen, die vom Schutzkonsortium ‚Consorzio di tutela formaggio Caciocavallo Silano‘ an jeden an das System der Herkunftssicherung der g. U. angeschlossenen Erzeuger vergeben wird.

Vor dem Inverkehrbringen sind auf jedem Käselaub der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘, der portionsweise, in Scheiben oder gewürfelt abgepackt wird, mit einem punktförmigen Brandzeichen drei Kennzeichen mit dem grafischen Symbol (abgebildetes Logo) mit Angabe der Identifikationsnummer anzubringen, die vom Schutzkonsortium ‚Consorzio di tutela formaggio Caciocavallo Silano‘ an jeden an das System der Herkunftssicherung der g. U. angeschlossenen Erzeuger vergeben wird.

Dieses Kennzeichen in der Farbe Pantone 348 CVC ist gemeinsam mit der Angabe der Gemeinschaftsverordnung, nach der die geschützte Ursprungsbezeichnung eingetragen wurde, und der an jeden Erzeuger vergebenen Identifikationsnummer (siehe vorstehender Absatz) auf den Etiketten eines jeden Käselaubes aufzudrucken.

#### Abbildung

Grafisches Symbol (Logo)

Es dürfen keine weiteren Angaben hinzugefügt werden, die in der Produktspezifikation nicht ausdrücklich vorgesehen sind, auch nicht Attribute wie: Typ, Geschmack, Verwendung, ausgewählt, erlesen oder Ähnliches.

Zulässig ist die Verwendung der Angaben ‚Extra‘ und ‚Gran Riserva‘, die sich auf die Reifedauer beziehen.

Diese Angaben können auf dem Etikett in Schriftzeichen angebracht sein, deren Höhe und Breite die Hälfte der für die geschützte Ursprungsbezeichnung verwendeten Schriftzeichen nicht überschreiten.

Das an den Käselai ben anzubringende Etikett muss in deutlichen, unverwischbaren und gegenüber allen anderen Angaben klar unterscheidbaren Druckbuchstaben die folgenden Angaben enthalten:

- a) das oben abgebildete grafische Zeichen;
- b) das Unionszeichen;
- c) den Vor- und Nachnamen, die Firmenbezeichnung und die Anschrift des Erzeuger- und/oder Verpackungsbetriebs;
- d) die Identifikationsnummer, die jedem an das System der Herkunftssicherung angeschlossenen Erzeuger zugeteilt wird;
- e) die fortlaufende Nummer.

Auf dem Etikett der Käselai be mit der geschützten Ursprungsbezeichnung darf die Angabe der Region angebracht werden, in der sich die milchverarbeitende Käserei befindet.“

Begründung:

Die Art und Weise der Etikettierung wurde genauer angegeben.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

#### 8. Sonstiges - Kontrollen

Es wurde ein spezifischer Artikel aufgenommen, der in der geltenden Produktspezifikation nicht enthalten war.

Der neu hinzugefügte Text lautet wie folgt:

„Art. 7

#### Kontrollen

Die Übereinstimmung des Erzeugnisses mit der Produktspezifikation wird gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1151/2012 von einer Kontrollstelle überwacht. Kontrollstelle: Agroqualità SpA - Via Cesare Pavese, Rom – Telefon 06 54228675. E-Mail: agroqualita@agroqualita.it. Zertifizierte PEC-Adresse: agroqualita@legalmail.it“

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument nicht.

#### 9. Sonstiges - Verpackung

Da die Spezifikation umstrukturiert werden musste, um sie an die vom Ministerium für Landwirtschafts-, Ernährungs- und Forstpolitik genehmigte neue Struktur anzupassen, wurde ein Zusatz eingefügt, der Artikel 8 der Produktspezifikation (Vorschriften für das Inverkehrbringen) und Punkt 3.5 des Einzigen Dokuments betrifft.

Der neu hinzugefügte Text lautet wie folgt:

„Der gereifte Käse kann entweder als ganzer Käselai b oder portioniert, in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw. vakuumverpackt werden, und zwar auch in anderen Gebieten als dem Ursprungsgebiet und durch andere Verpackungsbetriebe, die von der zugelassenen Zertifizierungsstelle identifiziert und kontrolliert werden. Die Rückverfolgbarkeit des ursprünglichen Käselai bes muss hierbei ständig gewährleistet sein.

Der für den unmittelbaren Verkauf durch Verkaufspersonal bestimmte Käse mit der g. U. ‚Caciocavallo Silano‘ kann in der Verkaufsstelle verpackt werden, in der er portioniert und vakuumverpackt wurde.“

Die Vorschriften für das Inverkehrbringen wurden genau angegeben.

Die Änderung betrifft das Einzige Dokument.

## EINZIGES DOKUMENT

## „Caciocavallo Silano“

EU-Nr.: PDO-IT-0003-AM01 - 25.1.2024

g. U. (X) g. g. A. ( )

**1. Name(en) [der g. U. oder g. g. A.]**

„Caciocavallo Silano“

**2. Mitgliedstaat oder Drittland**

Italien

**3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder des Lebensmittels****3.1. Art des Erzeugnisses (gemäß Anhang XI)**

Klasse 1.3. Käse

**3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt**

Der „Caciocavallo Silano“ ist ein Halbhartkäse aus gezogener Masse, der ausschließlich aus roher Kuhmilch oder aus für 30 Sekunden auf bis zu 58 °C in der Käserei erhitzter Milch hergestellt wird.

Form: Der Caciocavallo-Käse hat eine ovale oder länglich-konische Form mit oder ohne „Köpfchen“ entsprechend der lokalen Tradition, mit Einkerbungen, die auf die Position der Schnüre zurückzuführen sind. Nur das abgepackte Erzeugnis (in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw.) darf zylinder- oder quaderförmig sein.

Gewicht: zwischen 1 kg und 2 500 kg.

Rinde: Die Käserinde ist dünn, glatt und von ausgeprägter strohgelber Farbe. Die Oberfläche kann leichte Einkerbungen aufweisen, die je nach Art des Zusammenbindens durch die Anordnung der Schnüre entstehen. Die Oberfläche des Käses darf äußerlich mit transparenten und farbstofffreien Stoffen behandelt werden, sofern die Farbe der Rinde erhalten bleibt.

Teig: Der Teig ist homogen, kompakt, mit leichter Lochung und von weißer oder strohgelber Farbe, die außen stärker ausgeprägt und innen weniger kräftig ist.

Geschmack: herzhafter, angenehmer Geschmack, zergeht auf der Zunge; für gewöhnlich fein und eher süßlich bei jungem Käse und pikanter bei fortschreitender Reifung.

Der Fettgehalt in der Trockenmasse beträgt mindestens 38 %.

Der Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ muss mindestens 30 Tage reifen. Die Reifung kann länger andauern.

Der mindestens 4 Monate gereifte Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ kann mit der Angabe „EXTRA“ gekennzeichnet werden. Der mindestens 9 Monate gereifte Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ kann mit der Angabe „GRAN RISERVA“ gekennzeichnet werden.

**3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)**

Das Tierfutter muss folgenden Spezifikationen entsprechen:

- Mindestens 50 % der jährlich von den Milchkühen aufgenommenen Trockenmasse des Futters müssen aus dem unter Punkt 4 abgegrenzten geografischen Gebiet stammen.
- Zulässig sind die Zugabe von Mineralstoffen, die Ergänzung mit Vitaminen und die Verwendung von Zusatzstoffen gemäß den geltenden Vorschriften.

Das Futter der Milchkühe besteht zu ca. 45 % aus Grünfutter, wovon 70 % der aufgenommenen Trockenmasse aus dem abgegrenzten geografischen Gebiet stammen müssen.

Die Erzeuger sollten die Möglichkeit haben, Futter von außerhalb des Gebiets und auch Ergänzungsfutter zu verwenden, da die Landwirtschaft in diesem Gebiet nicht mehr so verbreitet ist wie früher und die Erzeugung des Futters aufgrund der geologischen und bodenklimatischen Bedingungen über das gesamte Jahr hinweg auch künftig nicht sichergestellt werden kann. Darüber hinaus wurde diese Bestimmung für notwendig erachtet, weil einerseits die Weideflächen stetig zurückgehen und sich andererseits immer mehr nicht heimische Wildtierarten



ansiedeln (z. B. Wildschweine), die Schäden an der Grasdecke verursachen, was zur Folge hat, dass sich die lokale Futterproduktion noch weiter verringert. Zudem breiten sich die Wälder immer weiter aus, da das Gebiet weniger instand gehalten wird.

Da das Ergänzungsfutter nur eine physiologische und unterstützende Funktion für das Mikrobiom hat, sind die Auswirkungen auf die Eigenschaften des Käses mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ unerheblich. Die Aufnahme einer reichhaltigen, auf Grünfutter basierenden Ration, bei der mindestens 70 % der Trockenmasse im Grünfutter der Tagesration aus dem Gebiet stammen, trägt maßgeblich zu den Eigenschaften des Erzeugnisses bei.

Der „Caciocavallo Silano“ wird ausschließlich aus roher Kuhmilch oder aus für 30 Sekunden auf bis zu 58 °C in der Käseerei erhitzter Milch hergestellt.

Die für die Käseherstellung bestimmte Milch muss unter Zugabe von Ziegen- und Kälberlabpaste bei einer Temperatur von 36-38 °C dickgelegt werden. Zulässig ist die Verwendung von veredelter natürlicher Molke, sofern diese in dem betreffenden Milchverarbeitungsbetrieb gewonnen wurde.

#### 3.4. *Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen*

Die Erzeugungsschritte von der Milchproduktion über die Verarbeitung der Milch bis zur Herstellung und Reifung des Käses erfolgen in dem abgegrenzten geografischen Gebiet.

#### 3.5. *Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Das Erzeugnis mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ kann entweder als ganzer Käse laib verpackt oder portioniert, in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw. in den Handel gebracht werden.

Der gereifte Käse kann entweder als ganzer Käse laib oder portioniert, in Scheiben, gewürfelt, gerieben usw. vakuumverpackt werden, und zwar auch in anderen Gebieten als dem Ursprungsgebiet und durch andere Verpackungsbetriebe, die von der zugelassenen Zertifizierungsstelle identifiziert und kontrolliert werden. Die Rückverfolgbarkeit des ursprünglichen Käse laibes muss hierbei ständig gewährleistet sein.

Der für den unmittelbaren Verkauf durch Verkaufspersonal bestimmte Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ kann in der Verkaufsstelle verpackt werden, in der er portioniert und vakuumverpackt wurde.

#### 3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Vor dem Inverkehrbringen ist auf jedem Käse laib der g. U. „Caciocavallo Silano“ mit einem punktförmigen Brandzeichen das Kennzeichen mit dem grafischen Symbol (abgebildetes Logo) und die Identifikationsnummer einzuprägen, die vom Schutzkonsortium „Consorzio di tutela formaggio Caciocavallo Silano“ an jeden an das System der Herkunftssicherung der g. U. angeschlossenen Erzeuger vergeben wird. Vor dem Inverkehrbringen sind auf jedem Käse laib der g. U. „Caciocavallo Silano“, der portionsweise, in Scheiben oder gewürfelt abgepackt wird, mit einem punktförmigen Brandzeichen drei Kennzeichen mit dem grafischen Symbol (abgebildetes Logo) mit Angabe der Identifikationsnummer anzubringen, die vom Schutzkonsortium „Consorzio di tutela formaggio Caciocavallo Silano“ an jeden an das System der Herkunftssicherung der g. U. angeschlossenen Erzeuger vergeben wird. Dieses Kennzeichen in der Farbe Pantone 348 CVC ist gemeinsam mit der Angabe der Gemeinschaftsverordnung, nach der die geschützte Ursprungsbezeichnung eingetragen wurde, und der an jeden Erzeuger vergebenen Identifikationsnummer (siehe vorstehender Absatz) auf den Etiketten eines jeden Käse laibes aufzudrucken.

Abbildung

Grafisches Symbol (Logo)



Zulässig ist die Verwendung der Angaben „Extra“ und „Gran Riserva“, die sich auf die Reifedauer beziehen.

Diese Angaben können auf dem Etikett in Schriftzeichen angebracht sein, deren Höhe und Breite die Hälfte der für die geschützte Ursprungsbezeichnung verwendeten Schriftzeichen nicht überschreiten.

Das an den Käselai ben anzubringende Etikett muss in deutlichen, unverwischbaren und gegenüber allen anderen Angaben klar unterscheidbaren Druckbuchstaben die folgenden Angaben enthalten:

- a) das oben abgebildete grafische Zeichen;
- b) das Unionszeichen;
- c) den Vor- und Nachnamen, die Firmenbezeichnung und die Anschrift des Erzeuger- und/oder Verpackungsbetriebs;
- d) die Identifikationsnummer, die jedem an das System der Herkunftssicherung angeschlossenen Erzeuger zugeteilt wird;
- e) die fortlaufende Nummer.

Auf dem Etikett der Käselai be mit der geschützten Ursprungsbezeichnung darf die Angabe der Region angebracht werden, in der sich die milchverarbeitende Käserei befindet.

#### 4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Die Erzeugung und Verarbeitung der Milch und die Herstellung des Käses „Caciocavallo Silano“ erfolgen in einem geografischen Gebiet, das mehrere Gemeinden in den Regionen Kalabrien, Kampanien, Molise, Apulien und Basilikata umfasst.

#### 5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Der Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ war bereits zur Zeit der Magna Grecia bekannt und wurde hauptsächlich in den süditalienischen Regionen traditionell aus Milch der heimischen Rinderrassen Podolica, Bruna, Alpina, Frisona, Pezzata, Meticcia und deren Kreuzungen hergestellt. Der Caciocavallo Silano gehört zu den beliebtesten gastronomischen Spezialitäten Süditaliens. Er wird in Süditalien entlang der gesamten Gebirgskette des Apennins hergestellt und ist wegen seiner unverwechselbaren Form kaum zu übersehen.

Bereits im Jahr 500 v. Chr. philosophierte Hippokrates in seinen Schriften über die von den Griechen angewandte Kunst der Käseherstellung des „Cacio“. Der Name „Caciocavallo Silano“ geht auf den geografischen Namen der Sila-Hochebene zurück, der sich im Erzeugungsgebiet und auf den Verbrauchermärkten seit langem durchgesetzt hat.

Im Jahr 1811 beschrieb Umberto Caldora, der Verfasser der von der napoleonischen Regierung für die kalabrischen Fraktionen der Calabria Ulteriore (Catanzaro und Reggio) in Auftrag gegebenen Volkszählung „Statistica murattiana“, die „Caciocavalli-Käsesorten“ so: „Es werden zwei Varianten der Käsesorten namens ‚Caciocavalli‘ hergestellt, von denen die unter dem kalabrischen Namen ‚Raschi‘ bekannten Käsesorten viel zarter und schmackhafter sind“.

Der Name „Caciocavallo“ geht auf das bewährte Verfahren für die Reifung des Käses zurück, der paarweise zusammengebunden und „rittlings“ über einer Stange aufgehängt wird. Dank der Traditionalität des Käses wurde der Name zunächst mit dem Präsidialdekret Nr. 12969 vom 30.10.1995 eingetragen, auf welches das Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 10. Mai 1993 zur Anerkennung der geschützten Ursprungsbezeichnung folgte, in dem innovative Vorschriften in Bezug auf die Herstellung und Aufmachung enthalten sind.

Der ursprünglich aus der kalabrischen Sila-Hochebene stammende Käse mit der g. U. „Caciocavallo Silano“ wird heute in einem weitläufigen Gebiet erzeugt, das mehrere Gemeinden in Kalabrien sowie Gebiete entlang der südlichen Gebirgskette des Apennins in Apulien, Kampanien, Molise und Basilikata umfasst.

Als es noch keine feste Stallunterbringung gab, wurde der Caciocavallo-Käse in der Sila-Hochebene ausschließlich im Frühling und Sommer in den kleinen Holzhütten der Viehhirten (den sog. „Vaccarizzi“) hergestellt. Das Herstellungsverfahren war sehr aufwendig, da der Käse lange haltbar sein musste.

Der Käse mit der geschützten Ursprungsbezeichnung „Caciocavallo Silano“ weist aromatische und mikrobiologische Eigenschaften auf, die mit dem Erzeugungsgebiet zusammenhängen, miteinander interagieren und durch die Technik der regionalen Käseherstellung beeinflusst werden. Diese Aspekte haben Einfluss auf Aroma, Geschmack, Nachgeschmack und Aussehen des Teigs.

Neben dem Einfluss der genannten Aspekte hängen die Aromen und der Geschmack des Erzeugnisses auch von der Zugabe von veredelter Molke und ihrer autochthonen Mikroflora ab, die aus der vorhandenen Mikroflora in der Milch aus diesem Gebiet und der bei der Verarbeitung in der Käserei vorhandenen Mikroflora stammt.

Zusätzlich zu den besonderen Eigenschaften, die durch die Verwendung von veredelter Molke entstehen, sind die Umwelteinflüsse und die maßgeblichen historischen und kulturellen Aspekte der süditalienischen Gebirgskette des Apennins zu berücksichtigen.

Der Geschmack zeichnet sich durch die überwiegend süßlichen Noten bei jungem Käse aus, der nach längerer Reifung pikanter wird, was daran liegt, dass bei der Verarbeitung vorwiegend Ziegenlab verwendet wird, das dank der Zusammensetzung die Reifung des Käses beeinflusst und für den unverkennbaren Geschmack sorgt.

Durch die kurze Milchverarbeitung ergibt sich ein sehr enger Zusammenhang zwischen der chemischen, physikalischen und mikrobiologischen Qualität der Milch und der Einzigartigkeit des Erzeugnisses, da die Erzeuger verhindern wollen, dass die im Milchfett enthaltenen fettlöslichen aromatischen Moleküle verloren gehen, dank derer sich der Geschmack und der Duft des Endprodukts ausbilden.

Neben diesen besonderen Eigenschaften sind die Umwelteinflüsse und die historischen und kulturellen Aspekte zu berücksichtigen. Die besonderen Merkmale des Erzeugnisses hängen mit den natürlichen Faktoren zusammen, die wiederum mit den für die südlichen Gebirgskette des Apennins typischen klimatischen Bedingungen zusammenhängen, die im gesamten Erzeugungsgebiet vorherrschen und die für das Futter der Milchkühe bestimmten Futterpflanzen beeinflussen.

Die organoleptischen Eigenschaften und nicht zuletzt die produktspezifischen Merkmale sind auf die Gepflogenheiten bei der Herstellung, die jahrhundertealten lokalen Traditionen und die Klima- und Umweltbedingungen zurückzuführen.

Hinsichtlich der menschlichen Faktoren sind der traditionelle Charakter der heute angewandten Technik, der sich im Laufe der Zeit bewährt hat, und die historische Verbreitung auf den süditalienischen Verbrauchermärkten maßgeblich. Diese Tradition hat sich dank der unverzichtbaren und wichtigen Kenntnisse der Käsehersteller bewährt, die seit Jahrhunderten weitergegeben werden und für alle Phasen der Herstellung des Enderzeugnisses von grundlegender Bedeutung sind.

#### **Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation**

[https://www.politicheagricole.it/flex/files/1/2/7/D.f9912062703bc9664534/gennaio2024Disciplinare\\_Caciocavallo\\_Silano.pdf](https://www.politicheagricole.it/flex/files/1/2/7/D.f9912062703bc9664534/gennaio2024Disciplinare_Caciocavallo_Silano.pdf)

---



## GEMEINSAMER SORTENKATALOG

### für Gemüsearten – Ergänzung H 2024/3

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2491)

1. Die vorliegende Ergänzung der konsolidierten Fassung des Gemeinsamen Sortenkatalogs für Gemüsearten <sup>(1)</sup> enthält die Änderungen, die durch die bei der Kommission eingegangenen Mitteilungen der Mitgliedstaaten notwendig geworden sind.
2. Die vorliegende Ergänzung folgt in ihrer Einteilung der konsolidierten Fassung. Es kann auf die Erläuterungen zu der genannten Ausgabe Bezug genommen werden.
3. Diese Ergänzung berücksichtigt die Mitteilungen, die zwischen dem 1.2.2024 und dem 29.2.2024 eingegangen sind.
4. Die Änderungen gegenüber der konsolidierten Fassung sind wie folgt gekennzeichnet:
  - (add.): Es handelt sich um eine neue Position im Gemeinsamen Sortenkatalog.
  - (mod.): Es handelt sich um eine Änderung an einer schon enthaltenen Position. Die Angaben zu dieser Position in der vorliegenden Ergänzung ersetzen die in der konsolidierten Fassung hierzu enthaltenen Angaben.
  - (del.): Die genannte Position wird mit allen Angaben aus dem Gemeinsamen Sortenkatalog gestrichen.
5. Die vorliegende Ergänzung betrifft die notifizierte Sorten, für die die Bestimmungen des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 2002/55/EG des Rates <sup>(2)</sup> gelten.
6. Wenn die Nummer des Verantwortlichen für die Erhaltungszüchtung nicht in der konsolidierten Fassung erscheint, können sein Name und seine Anschrift bei der Stelle ermittelt werden, die in der Liste für den betreffenden Mitgliedstaat bzw. EFTA-Staat angegeben ist.

---

<sup>(1)</sup> Konsolidierte Fassung vom 22. Dezember 2022: [https://ec.europa.eu/food/plant/plant\\_propagation\\_material/plant\\_variety\\_catalogues\\_databases\\_en](https://ec.europa.eu/food/plant/plant_propagation_material/plant_variety_catalogues_databases_en).

<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 33.

## Inhalt

	Seite
1.2 <i>Allium cepa</i> L. >> Cepa Group – Onion, Echalion .....	3
4 <i>Allium sativum</i> L. – Garlic .....	4
7.1 <i>Apium graveolens</i> L. >> Celery Group .....	4
10.1 <i>Brassica oleracea</i> L. >> Kale Group .....	5
10.2 <i>Brassica oleracea</i> L. >> Cauliflower Group .....	5
10.3 <i>Brassica oleracea</i> L. >> Broccoli Group (calabrese type and sprouting type) .....	6
10.6 <i>Brassica oleracea</i> L. >> Capitata Group – White cabbage .....	6
10.7 <i>Brassica oleracea</i> L. >> Capitata Group – Red cabbage .....	6
11.1 <i>Brassica rapa</i> L. >> Chinese cabbage Group .....	6
12 <i>Capsicum annuum</i> L. – Chili, Pepper .....	6
13 <i>Cichorium endivia</i> L. ....	14
14.1 <i>Cichorium intybus</i> L. >> Witloof chicory Group .....	15
14.2 <i>Cichorium intybus</i> L. >> Leaf chicory Group (Large-leaved chicory or Italian chicory) .....	15
14.3 <i>Cichorium intybus</i> L. >> Industrial chicory Group .....	15
15 <i>Citrullus lanatus</i> (Thumb.) Matsum. et Nakai – Watermelon .....	15
16 <i>Cucumis melo</i> L. – Melon .....	16
17.1 <i>Cucumis sativus</i> L. >> Cucumber Group .....	18
17.2 <i>Cucumis sativus</i> L. >> Gherkin Group .....	21
19 <i>Cucurbita pepo</i> L. – Marrow / Courgette .....	21
21.1 <i>Daucus carota</i> L. >> Carrot .....	23
23 <i>Lactuca sativa</i> L. – Lettuce .....	23
24 <i>Lycopersicon esculentum</i> Mill. – Tomato .....	26
25 <i>Petroselinum crispum</i> (Mill.) Nyman ex A. W. Hill – Leaf parsley and root parsley Group .....	38
27.1 <i>Phaseolus vulgaris</i> L. >> Dwarf French bean Group .....	38
32 <i>Solanum melongena</i> L. – Aubergine / Egg plant .....	39
36.1 <i>Zea mays</i> L. (partim) >> Sweet corn Group .....	40
36.2 <i>Zea mays</i> L. (partim) >> Popcorn Group .....	40
37.16 <i>Solanum melongena</i> x <i>Solanum aethiopicum</i> .....	41
37.2 <i>Cucurbita maxima</i> Duch. x <i>C. moschata</i> Duch. ....	40
37.4 <i>Solanum lycopersicum</i> L. x <i>S. habrochaites</i> .....	40

1.2 *Allium cepa* L. >> Ceba Group – Onion, Echalion

<b>Axati</b>		<b>add.</b>
Axati	ES 382 b	(add.)

<b>Borgia</b>		<b>add.</b>
Borgia	ES 382 b	(add.)

<b>Debora</b>		<b>add.</b>
Debora	ES 84 b	(add.)

<b>Irene</b>		<b>add.</b>
Irene	ES 84 b	(add.)

<b>Irka</b>		<b>del.</b>
Irka	PL 92 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

<b>Libreto</b>		<b>add.</b>
Libreto	BG 3 b	(add.)

<b>Palma</b>		<b>add.</b>
Palma	ES 382 b	(add.)

<b>Petra</b>		<b>del.</b>
Petra	PL 92 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

1.2 *Allium cepa* L. >> Ceba Group – Onion, Echalion

<b>Spring Star</b>		<b>add.</b>
Spring Star	ES 5929 b	(add.)

<b>Yubiley 50</b>		<b>del.</b>
Yubiley 50	BG 48 b	(del.)

4 *Allium sativum* L. – Garlic

<b>Albor</b>		<b>add.</b>
Albor	ES 486 b	(add.) Vegetative Propagation=Yes

<b>Moralejo</b>		<b>add.</b>
Moralejo	ES 335 a	(add.) Vegetative Propagation=Yes

<b>Valliero</b>		<b>add.</b>
Valliero	ES 6376 a	(add.) Vegetative Propagation=Yes

7.1 *Apium graveolens* L. >> Celery Group

<b>Challenger</b>		<b>del.</b>
Challenger	ES 6237 a	(del.)

<b>Conquistador</b>		<b>del.</b>
Conquistador	ES 6237 a	(del.)

7.1 *Apium graveolens* L. >> Celery Group

<b>Mission</b>		<b>del.</b>
Mission	ES 6237 a	(del.)

<b>Nebraska</b>		<b>add.</b>
Nebraska	ES 63 b	(add.)

<b>Nitin</b>		<b>add.</b>
Nitin	NL 108 b	(add.)

<b>Planeta</b>		<b>add.</b>
Planeta	BG 16 b	(add.)

<b>Sonora</b>		<b>del.</b>
Sonora	ES 6237 a	(del.)

10.1 *Brassica oleracea* L. >> Kale Group

<b>Karillo</b>		<b>add.</b>
Karillo	NL 108 a	(add.)

10.2 *Brassica oleracea* L. >> Cauliflower Group

<b>Mirella</b>		<b>add.</b>
Mirella	CZ 1275 a	(add.)



10.3 *Brassica oleracea* L. >> Broccoli Group (calabrese type and sprouting type)

<b>Abrams</b>		<b>add.</b>
Abrams	NL 78a b	(add.)

<b>Skyway</b>		<b>add.</b>
Skyway	NL 78a b	(add.)

10.6 *Brassica oleracea* L. >> Capitata Group – White cabbage

<b>Eldoret</b>		<b>add.</b>
Eldoret	NL 79 a	(add.)

10.7 *Brassica oleracea* L. >> Capitata Group – Red cabbage

<b>Pazardzhishko cherveno</b>		<b>del.</b>
Pazardzhishko cherveno	BG 48 b	(del.)

11.1 *Brassica rapa* L. >> Chinese cabbage Group

<b>Bruce</b>		<b>add.</b>
Bruce	CZ 1275 a	(add.)

<b>Scarnade</b>		<b>add.</b>
Scarnade	CZ 1275 a	(add.)

12 *Capsicum annuum* L. – Chili, Pepper

<b>Arany</b>		<b>del.</b>
Arany	ES 6219 a	(del.)

<b>Arcabuz</b>		<b>add.</b>
Arcabuz	ES 474 b	(add.)

<b>Atid</b>		<b>add.</b>
Atid	ES 6219 a	(add.)

<b>Bessta</b>		<b>add.</b>
Bessta	NL 79 a	(add.)

<b>Buketen 50</b>		<b>del.</b>
Buketen 50	BG 48 b	(del.)

<b>Cabanas</b>		<b>add.</b>
Cabanas	NL 26 a	(add.)

<b>Camier</b>		<b>add.</b>
Camier	NL 108 a	(add.)

<b>Campeche</b>		<b>add.</b>
Campeche	ES 382 b	(add.)

<b>Capirossi</b>		<b>add.</b>
Capirossi	NL 108 a	(add.)

## 12 Capsicum annuum L. – Chili, Pepper

<b>Catania</b>		<b>add.</b>
Catania	ES 518 a	(add.)

<b>Chorbadzhiyska ribka</b>		<b>add.</b>
Chorbadzhiyska ribka	BG 16 b	(add.)

<b>Crossfire</b>		<b>add.</b>
Crossfire	BG 130 b	(add.)

<b>Denario</b>		<b>add.</b>
Denario	ES 474 b	(add.)

<b>E20C10403</b>		<b>add.</b>
E20C10403	NL 26 a	(add.)

<b>Elektra</b>		<b>add.</b>
Elektra	NL 79 a	(add.)

<b>Elounda</b>		<b>add.</b>
Elounda	NL 108 a	(add.)

<b>Evoke</b>		<b>add.</b>
Evoke	ES 6313 b	(add.)

<b>Falcata</b>		<b>add.</b>
Falcata	ES 474 b	(add.)

<b>Gambito</b>		<b>add.</b>
Gambito	NL 79 a	(add.)

<b>Gerardo</b>		<b>del.</b>
Gerardo	ES 6313 b	(del.)

<b>Gladio</b>		<b>add.</b>
Gladio	ES 474 b	(add.)

<b>Gresini</b>		<b>add.</b>
Gresini	NL 108 a	(add.)

<b>Hamlin</b>		<b>add.</b>
Hamlin	NL 26 a	(add.)

<b>Harout</b>		<b>add.</b>
Harout	NL 26 a	(add.)

<b>Helice</b>		<b>add.</b>
Helice	NL 108 a	(add.)

12 Capsicum annuum L. – Chili, Pepper

<b>Hiplet</b>		<b>add.</b>
Hiplet	NL 108 a	(add.)

<b>Insignia</b>		<b>add.</b>
Insignia	ES 6313 b	(add.)

<b>Kuman</b>		<b>add.</b>
Kuman	ES 63 b	(add.)

<b>Lena</b>		<b>del.</b>
Lena	PL 92 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

<b>Lihou</b>		<b>add.</b>
Lihou	NL 26 a	(add.)

<b>Lira</b>		<b>add.</b>
Lira	ES 474 b	(add.)

<b>Mankap</b>		<b>add.</b>
Mankap	ES 6219 a	(add.)

<b>Marab</b>		<b>add.</b>
Marab	ES 6219 a	(add.)

<b>Marquesado</b>		<b>mod.</b>
Marquesado	ES 6407 a	(mod.)

<b>Martinica</b>		<b>add.</b>
Martinica	ES 10 b	(add.)

<b>Meraklia</b>		<b>del.</b>
Meraklia	BG 143 b	(del.)

<b>Mirasole</b>		<b>add.</b>
Mirasole	ES 6219 a	(add.)

<b>Navel</b>		<b>add.</b>
Navel	NL 26 a	(add.)

<b>Navelito</b>		<b>add.</b>
Navelito	NL 79 a	(add.)

<b>Nešina</b>		<b>add.</b>
Nešina, Nesina	BG 130 b	(add.)

<b>Perotti</b>		<b>mod.</b>
Perotti	ES 6407 a	(mod.)

## 12 Capsicum annuum L. – Chili, Pepper

<b>Popeye</b>		<b>add.</b>
Popeye	ES 84 b	(add.)

<b>Presencia</b>		<b>add.</b>
Presencia	ES 6283 b	(add.)

<b>Prizrenka</b>		<b>del.</b>
Prizrenka	BG 130 b	(del.)

<b>Red Rotella</b>		<b>add.</b>
Red Rotella	NL 108 a	(add.)

<b>Sacher</b>		<b>add.</b>
Sacher	NL 26 a	(add.)

<b>Safora</b>		<b>add.</b>
Safora	NL 26 a	(add.)

<b>Sendai</b>		<b>add.</b>
Sendai	NL 79 a	(add.)

<b>Seraj</b>		<b>add.</b>
Seraj	ES 6219 a	(add.)

<b>Silk</b>		<b>add.</b>
Silk	ES 6219 a	(add.)

<b>Smk7</b>		<b>add.</b>
Smk7	ES 6348 b	(add.)

<b>Soleus</b>		<b>add.</b>
Soleus	ES 343 a	(add.)

<b>Sromboli</b>		<b>add.</b>
Sromboli	BG 35 b	(add.)

<b>Talas</b>		<b>add.</b>
Talas	NL 8 a	(add.)

<b>Terceira</b>		<b>add.</b>
Terceira	NL 26 a	(add.)

<b>Trapani</b>		<b>add.</b>
Trapani	ES 382 b	(add.)

<b>Valiente</b>		<b>add.</b>
Valiente	ES 6261 a	(add.)



12 *Capsicum annuum* L. – Chili, Pepper

<b>Ventisca</b>		<b>add.</b>
Ventisca	NL 79 a	(add.)

<b>WLS 2042</b>		<b>add.</b>
WLS 2042	NL 33 a	(add.)

<b>Zorza</b>		<b>del.</b>
Zorza	PL 92 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

13 *Cichorium endivia* L.

<b>Carater</b>		<b>add.</b>
Carater	NL 26 a	(add.)

<b>Keilure</b>		<b>add.</b>
Keilure	NL 26 a	(add.)

<b>Lilliance</b>		<b>add.</b>
Lilliance	NL 26 a	(add.)

<b>Parmenide</b>		<b>add.</b>
Parmenide	NL 26 a	(add.)

<b>Vikynga</b>		<b>add.</b>
Vikynga	NL 26 a	(add.)

14.1 *Cichorium intybus L.* >> Witloof chicory Group

<b>Agrio Kokkino</b>		<b>add.</b>
Agrio Kokkino	BG 3 b	(add.)

14.2 *Cichorium intybus L.* >>Leaf chicory Group (Large-leaved chicory or Italian chicory)

<b>Catania</b>		<b>add.</b>
Catania	NL 8 a	(add.)

<b>Coriero</b>		<b>add.</b>
Coriero	NL 26 a	(add.)

<b>Mizar</b>		<b>add.</b>
Mizar	NL 8 a	(add.)

14.3 *Cichorium intybus L.* >> Industrial chicory Group

<b>Pyrolusite</b>		<b>mod.</b>
Pyrolusite	NL 241 a	(add.)
Pyrolusite	FR S8444 a	

15 *Citrullus lanatus (Thunb.) Matsum. et Nakai* – Watermelon

<b>Captivation</b>		<b>add.</b>
Captivation	NL 79 a	(add.)

<b>Doncella</b>		<b>add.</b>
Doncella	ES 84 b	(add.)

15 *Citrullus lanatus* (Thunb.) Matsum. et Nakai – Watermelon

<b>Felipe</b>		<b>add.</b>
Felipe	ES 6313 b	(add.)

<b>Nurlan</b>		<b>add.</b>
Nurlan	ES 6313 b	(add.)

16 *Cucumis melo* L. – Melon

<b>Angliru</b>		<b>add.</b>
Angliru	NL 108 a	(add.)

<b>Atila</b>		<b>add.</b>
Atila	BG 16 b	(add.)

<b>Bernal</b>		<b>add.</b>
Bernal	NL 26 a	(add.)

<b>Caribbean Jackpot</b>		<b>add.</b>
Caribbean Jackpot	NL 108 a	(add.)

<b>Decimo</b>		<b>add.</b>
Decimo	NL 79 a	(add.)

<b>Divor</b>		<b>del.</b>
Divor	ES 10 b	(del.)

<b>Fujisawa</b>		<b>add.</b>
Fujisawa	NL 108 a	(add.)

<b>Garfield</b>		<b>add.</b>
Garfield	ES 6313 b	(add.)

<b>Gladiator</b>		<b>add.</b>
Gladiator	BG 16 b	(add.)

<b>Grazalema</b>		<b>add.</b>
Grazalema	ES 10 b	(add.)

<b>Jadeal</b>		<b>add.</b>
Jadeal	NL 108 a	(add.)

<b>Joselito</b>		<b>add.</b>
Joselito	ES 430 a	(add.)

<b>Kohaku</b>		<b>add.</b>
Kohaku	ES 6377 a	(add.)

<b>Maioral</b>		<b>add.</b>
Maioral	NL 26 a	(add.)

16 *Cucumis melo* L. – Melon

<b>Manchester</b>		<b>add.</b>
Manchester	NL 78a a	(add.)

<b>Pearl 119</b>		<b>add.</b>
Pearl 119	NL 60 a	(add.)

<b>Pizarro</b>		<b>del.</b>
Pizarro	ES 10 b	(del.)

<b>Revel 160</b>		<b>add.</b>
Revel 160	NL 60 a	(add.)

<b>Sagami</b>		<b>add.</b>
Sagami	NL 108 a	(add.)

<b>Sladina</b>		<b>add.</b>
Sladina	BG 16 b	(add.)

<b>Zanaz</b>		<b>add.</b>
Zanaz	NL 60 a	(add.)

17.1 *Cucumis sativus* L. >> Cucumber Group

<b>Abeto</b>		<b>add.</b>
Abeto	ES 10 b	(add.)

<b>Bishop</b>		<b>add.</b>
Bishop	ES 6313 b	(add.)

<b>Burpless Tasty Green</b>		<b>add.</b>
Burpless Tasty Green	ES 6219 a	(add.)

<b>Bush Champion</b>		<b>add.</b>
Bush Champion	NL 728 a	(add.)

<b>Chompers</b>		<b>add.</b>
Chompers	NL 728 a	(add.)

<b>Denzel</b>		<b>add.</b>
Denzel	ES 382 b	(add.)

<b>Dronne</b>		<b>add.</b>
Dronne	NL 60 a	(add.)

<b>Iperione</b>		<b>add.</b>
Iperione	ES 10 b	(add.)

<b>Island</b>		<b>add.</b>
Island	ES 6313 b	(add.)

## 17.1 Cucumis sativus L. &gt;&gt; Cucumber Group

<b>Izal</b>		<b>add.</b>
Izal	ES 6219 a	(add.)

<b>Pasiond</b>		<b>add.</b>
Pasiond	ES 6313 b	(add.)

<b>Picklebush</b>		<b>add.</b>
Picklebush	NL 728 a	(add.)

<b>Quabon</b>		<b>add.</b>
Quabon	NL 108 a	(add.)

<b>Quantario</b>		<b>add.</b>
Quantario	NL 108 a	(add.)

<b>Queenie</b>		<b>add.</b>
Queenie	NL 108 a	(add.)

<b>Quirine</b>		<b>add.</b>
Quirine	NL 108 a	(add.)

<b>Shantelle</b>		<b>add.</b>
Shantelle	NL 60 a	(add.)

17.1 *Cucumis sativus* L. >> Cucumber Group

<b>Tatami</b>		<b>add.</b>
Tatami	ES 364 a	(add.)

<b>Uxmalan</b>		<b>add.</b>
Uxmalan	NL 108 a	(add.)

17.2 *Cucumis sativus* L. >> Gherkin Group

<b>Calimbo</b>		<b>add.</b>
Calimbo	NL 728 a	(add.)

<b>Elvinara</b>		<b>add.</b>
Elvinara	NL 108 a	(add.)

<b>Goblin</b>		<b>add.</b>
Goblin	NL 728 a	(add.)

<b>Mersiya</b>		<b>add.</b>
Mersiya	BG 48 b	(add.)

19 *Cucurbita pepo* L. – Marrow / Courgette

<b>Alpino</b>		<b>add.</b>
Alpino	ES 84 b	(add.)
Alpino	ES 84 b	(add.)



## 19 Cucurbita pepo L. – Marrow / Courgette

<b>Basia</b>		<b>del.</b>
Basia	BG 141 b	(del.)

<b>Blas</b>		<b>del.</b>
Blas	ES 63 b	(del.)

<b>Dino</b>		<b>del.</b>
Dino	ES 63 b	(del.)

<b>Ha 05123</b>		<b>add.</b>
Ha 05123	ES 10 b	(add.)

<b>Haranita</b>		<b>add.</b>
Haranita	ES 382 b	(add.)

<b>Montblanc</b>		<b>add.</b>
Montblanc	ES 364 a	(add.)

<b>Muralla</b>		<b>add.</b>
Muralla	ES 84 b	(add.)

<b>Tiziano</b>		<b>add.</b>
Tiziano	ES 10 b	(add.)

21.1 *Daucus carota* L. >> Carrot

<b>Salsa</b>		<b>del.</b>
Salsa	PL 92 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

23 *Lactuca sativa* L. – Lettuce

<b>Avemus</b>		<b>add.</b>
Avemus	NL 108 a	(add.)

<b>Cherice</b>		<b>add.</b>
Cherice	NL 8 a	(add.)

<b>Cherna gyumyurdzhinska</b>		<b>add.</b>
Cherna gyumyurdzhinska	BG 16 b	(add.)

<b>Cimano</b>		<b>add.</b>
Cimano	NL 26 a	(add.)

<b>Clairice</b>		<b>add.</b>
Clairice	NL 8 a	(add.)

<b>Crismina</b>		<b>add.</b>
Crismina	NL 26 a	(add.)

<b>Danubia</b>		<b>add.</b>
Danubia	NL 108 a	(add.)

## 23 Lactuca sativa L. – Lettuce

<b>Farmin</b>		<b>add.</b>
Farmin	NL 108 a	(add.)

<b>Favola</b>		<b>del.</b>
Favola	ES 3028 b	(del.)

<b>Foundera</b>		<b>add.</b>
Foundera	NL 108 a	(add.)

<b>Galley</b>		<b>add.</b>
Galley	NL 108 a	(add.)

<b>Gido</b>		<b>add.</b>
Gido	NL 26 a	(add.)

<b>Ice Lindo</b>		<b>del.</b>
Ice Lindo	ES 3028 b	(del.)

<b>Ice Padang</b>		<b>del.</b>
Ice Padang	ES 3028 b	(del.)

<b>Jive</b>		<b>del.</b>
Jive	ES 3028 b	(del.)

<b>Lanuza</b>		<b>del.</b>
Lanuza	ES 63 b	(del.)

<b>Morrizon</b>		<b>add.</b>
Morrizon	NL 26 a	(add.)

<b>Nahifa</b>		<b>add.</b>
Nahifa	NL 26 a	(add.)

<b>Napelo</b>		<b>add.</b>
Napelo	NL 26 a	(add.)

<b>Royalice</b>		<b>add.</b>
Royalice	NL 8 a	(add.)

<b>Rubenita</b>		<b>del.</b>
Rubenita	ES 3028 b	(del.)

<b>Rubily</b>		<b>del.</b>
Rubily	ES 6313 a	(del.)

<b>Sungari</b>		<b>add.</b>
Sungari	NL 108 a	(add.)

23 *Lactuca sativa* L. – Lettuce

<b>Valeriano</b>		<b>add.</b>
Valeriano	NL 26 a	(add.)

<b>Veery</b>		<b>add.</b>
Veery	NL 26 a	(add.)

<b>Yakina</b>		<b>add.</b>
Yakina	NL 79 a	(add.)

24 *Lycopersicon esculentum* Mill. – Tomato

<b>Abale</b>		<b>add.</b>
Abale	NL 108 a	(add.)

<b>Albarado</b>		<b>add.</b>
Albarado	ES 10 b	(add.)

<b>Albea</b>		<b>add.</b>
Albea	ES 549 b	(add.)

<b>Almirante</b>		<b>add.</b>
Almirante	ES 6313 b	(add.)

<b>Alondra</b>		<b>del.</b>
Alondra	ES 6313 a	(del.)

<b>Alvaro</b>		<b>del.</b>
Alvaro	PL 392 a	(del.)

<b>Antartico</b>		<b>add.</b>
Antartico	ES 6313 b	(add.)

<b>Araxi</b>		<b>add.</b>
Araxi	NL 99 a	(add.)

<b>Argia</b>		<b>del.</b>
Argia	ES 10 b	(del.)

<b>Arrebol</b>		<b>add.</b>
Arrebol	NL 26 a	(add.)

<b>Artemis</b>		<b>add.</b>
Artemis	NL 29 a	(add.)

<b>Black Pearl</b>		<b>mod.</b>
Black Pearl	ES 6401 b	(mod.)

<b>Blenny</b>		<b>add.</b>
Blenny	NL 108 a	(add.)

24 Lycopersicon esculentum Mill. – Tomato

<b>Brilliant</b>		<b>add.</b>
Brilliant	NL 78a a	(add.)

<b>Capicorba</b>		<b>add.</b>
Capicorba	ES 548 b	(add.)

<b>Cataleya</b>		<b>add.</b>
Cataleya	ES 538 b	(add.)

<b>Chockberry</b>		<b>mod.</b>
Chockberry	ES 6401 b	(mod.)

<b>Chocolat Candy</b>		<b>mod.</b>
Chocolat Candy	ES 6401 b	(mod.)

<b>Chocolitos</b>		<b>mod.</b>
Chocolitos	ES 6401 b	(mod.)

<b>Cosmopolitan</b>		<b>add.</b>
Cosmopolitan	ES 6401 b	(add.)

<b>Cre 19431</b>		<b>add.</b>
Cre 19431	ES 10 b	(add.)

<b>Dormaplum</b>		<b>mod.</b>
Dormaplum	ES 6401 b	(mod.)

<b>Dulcimor</b>		<b>mod.</b>
Dulcimor	ES 6401 b	(mod.)

<b>Efekt</b>		<b>del.</b>
Efekt	PL 286 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

<b>Est 180010</b>		<b>add.</b>
Est 180010	ES 10 b	(add.)

<b>Est 180027</b>		<b>add.</b>
Est 180027	ES 10 b	(add.)

<b>Flavortom</b>		<b>mod.</b>
Flavortom	ES 6401 b	(mod.)

<b>Flor de Andalucia</b>		<b>add.</b>
Flor de Andalucia	ES 6401 b	(add.)

<b>Flor de La Vega</b>		<b>add.</b>
Flor de La Vega	ES 6401 b	(add.)



## 24 Lycopersicon esculentum Mill. – Tomato

<b>Flor de Laurita</b>		<b>add.</b>
Flor de Laurita	ES 6401 b	(add.)

<b>Flor de Unica</b>		<b>add.</b>
Flor de Unica	ES 6401 b	(add.)

<b>Kariatis</b>		<b>del.</b>
Kariatis	ES 6313 b	(del.)

<b>Korino</b>		<b>mod.</b>
Korino	ES 6401 b	(mod.)

<b>Lalito</b>		<b>add.</b>
Lalito	NL 89 b	(add.)

<b>Lexie</b>		<b>del.</b>
Lexie	ES 6313 b	(del.)

<b>Marzanito</b>		<b>mod.</b>
Marzanito	ES 6401 b	(mod.)

<b>Minitiger</b>		<b>mod.</b>
Minitiger	ES 6401 b	(mod.)

<b>Moly</b>		<b>add.</b>
Moly	ES 6313 b	(add.)

<b>Monbasa</b>		<b>del.</b>
Monbasa	ES 6261 b	(del.)

<b>Moradetom</b>		<b>add.</b>
Moradetom	ES 548 b	(add.)

<b>Moruno</b>		<b>mod.</b>
Moruno	ES 6401 b	(mod.)

<b>Mulato Fancy</b>		<b>add.</b>
Mulato Fancy	ES 430 a	(add.)

<b>N 4307</b>		<b>add.</b>
N 4307	NL 60 a	(add.)

<b>N 4510</b>		<b>add.</b>
N 4510	NL 60 a	(add.)

<b>N 4523</b>		<b>add.</b>
N 4523	NL 60 a	(add.)

## 24 Lycopersicon esculentum Mill. – Tomato

<b>Nargiza</b>		<b>add.</b>
Nargiza	NL 108 a	(add.)

<b>Obelix</b>		<b>add.</b>
Obelix	ES 343 a	(add.)

<b>Optasia</b>		<b>del.</b>
Optasia	BG 150 b	(del.)

<b>Orange Candy</b>		<b>mod.</b>
Orange Candy	ES 6401 b	(mod.)

<b>Orange Drop</b>		<b>mod.</b>
Orange Drop	ES 6401 b	(mod.)

<b>Oyin</b>		<b>add.</b>
Oyin	ES 453 b	(add.)

<b>Peronpompero</b>		<b>add.</b>
Peronpompero	ES 430 a	(add.)

<b>Pink Martini</b>		<b>mod.</b>
Pink Martini	ES 6401 b	(mod.)

<b>Pom Sweet Candy</b>		<b>mod.</b>
Pom Sweet Candy	ES 6401 b	(mod.)

<b>Pomcandy</b>		<b>mod.</b>
Pomcandy	ES 6401 b	(mod.)

<b>Rexiany</b>		<b>add.</b>
Rexiany	NL 123 a	(add.)

<b>Romancero</b>		<b>add.</b>
Romancero	NL 78a a	(add.)

<b>Romanza</b>		<b>add.</b>
Romanza	ES 364 a	(add.)

<b>Rosannax</b>		<b>add.</b>
Rosannax	NL 123 a	(add.)

<b>Roujande</b>		<b>add.</b>
Roujande	NL 78a a	(add.)

<b>Rozy</b>		<b>add.</b>
Rozy	ES 6313 b	(add.)

## 24 Lycopersicon esculentum Mill. – Tomato

<b>SVTD8033</b>		<b>add.</b>
SVTD8033	NL 78a a	(add.)

<b>Savorty</b>		<b>mod.</b>
Savorty	ES 6401 b	(mod.)

<b>Shamu</b>		<b>mod.</b>
Shamu	ES 6401 b	(mod.)

<b>Solfeggio</b>		<b>add.</b>
Solfeggio	ES 6313 b	(add.)

<b>Stentor</b>		<b>del.</b>
Stentor	ES 6313 b	(del.)

<b>Sugar Drop</b>		<b>mod.</b>
Sugar Drop	ES 6401 b	(mod.)

<b>SuperSauce</b>		<b>add.</b>
SuperSauce	NL 728 b	(add.)

<b>TT 144</b>		<b>add.</b>
TT 144	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 274</b>		<b>add.</b>
TT 274	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 403</b>		<b>add.</b>
TT 403	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 406</b>		<b>add.</b>
TT 406	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 568</b>		<b>add.</b>
TT 568	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 576</b>		<b>add.</b>
TT 576	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 581</b>		<b>add.</b>
TT 581	ES 6401 b	(add.)

<b>TT 705</b>		<b>add.</b>
TT 705	ES 6401 b	(add.)

<b>Tandem</b>		<b>mod.</b>
Tandem	ES 6401 b	(mod.)

## 24 Lycopersicon esculentum Mill. – Tomato

<b>Tatemaru Muchoo</b>		<b>add.</b>
Tatemaru Muchoo	NL 78a a	(add.)

<b>Tenaz</b>		<b>add.</b>
Tenaz	ES 453 b	(add.)

<b>Toddler</b>		<b>add.</b>
Toddler	NL 728 b	(add.)

<b>Tom Violet</b>		<b>mod.</b>
Tom Violet	ES 6401 b	(mod.)

<b>Tomorito</b>		<b>mod.</b>
Tomorito	ES 6401 b	(mod.)

<b>Tp 284</b>		<b>add.</b>
Tp 284	ES 84 b	(add.)

<b>Tt 768</b>		<b>add.</b>
Tt 768	ES 6401 b	(add.)

<b>Ultiplum</b>		<b>add.</b>
Ultiplum	ES 6401 b	(add.)

<b>Unimorse</b>		<b>add.</b>
Unimorse	ES 538 b	(add.)

<b>Ursyn</b>		<b>del.</b>
Ursyn	PL 286 a	(del.) Market extension date=30/06/2027

<b>VP Lova</b>		<b>del.</b>
VP Lova	BG 130 b	(del.)

<b>Verinal Star</b>		<b>add.</b>
Verinal Star	ES 430 a	(add.)

<b>Wangari</b>		<b>add.</b>
Wangari	ES 430 a	(add.)

<b>Xanadu</b>		<b>add.</b>
Xanadu	NL 123 a	(add.)

<b>Yacidi</b>		<b>add.</b>
Yacidi	ES 430 a	(add.)

<b>Yechar</b>		<b>add.</b>
Yechar	ES 84 b	(add.)



24 *Lycopersicon esculentum* Mill. – Tomato

<b>Yellow Drop</b>		<b>mod.</b>
Yellow Drop	ES 6401 b	(mod.)

<b>Yellowin</b>		<b>mod.</b>
Yellowin	ES 6401 b	(mod.)

25 *Petroselinum crispum* (Mill.) Nyman ex A. W. Hill – Leaf parsley and root parsley Group

<b>Festival 68</b>		<b>mod.</b>
Festival 68	BG 48 b	(add.) Amateur Variety=Yes
Festival 68	CZ 1495 a	Amateur Variety=Yes
Festival 68	PL 1087 a	Amateur Variety=Yes

27.1 *Phaseolus vulgaris* L. >> Dwarf French bean Group

<b>Campari</b>		<b>add.</b>
Campari	NL 140 a	(add.)

<b>GTB Blyan</b>		<b>add.</b>
GTB Blyan	BG 1 a	(add.)

<b>Gaudi</b>		<b>add.</b>
Gaudi	ES 10 b	(add.)

<b>Magellan</b>		<b>add.</b>
Magellan	NL 140 a	(add.)

27.1 Phaseolus vulgaris L. >> Dwarf French bean Group

<b>Novalina</b>		<b>add.</b>
Novalina	NL 140 a	(add.)

<b>Princeton</b>		<b>add.</b>
Princeton	NL 140 a	(add.)

<b>Voltran</b>		<b>add.</b>
Voltran	ES 10 b	(add.)

32 *Solanum melongena* L. – Aubergine / Egg plant

<b>Brujula</b>		<b>add.</b>
Brujula	ES 63 b	(add.)

<b>Madrid</b>		<b>add.</b>
Madrid	ES 364 a	(add.)

<b>Nazaret</b>		<b>add.</b>
Nazaret	ES 10 b	(add.)

<b>Olimpia</b>		<b>add.</b>
Olimpia	ES 382 b	(add.)

<b>Sade</b>		<b>add.</b>
Sade	ES 63 b	(add.)

32 *Solanum melongena* L. – Aubergine / Egg plant

<b>Vanesa</b>		<b>add.</b>
Vanesa	ES 10 b	(add.)

<b>Yukatan</b>		<b>add.</b>
Yukatan	ES 63 b	(add.)

36.1 *Zea mays* L. (*partim*) >> Sweet corn Group

<b>BSS1075</b>		<b>add.</b>
BSS1075	NL 79 a	(add.)

<b>GH4271</b>		<b>add.</b>
GH4271	NL 79 a	(add.)

36.2 *Zea mays* L. (*partim*) >> Popcorn Group

<b>Kneja pop 1</b>		<b>add.</b>
Kneja pop 1	BG 19 a	(add.)

37.2 *Cucurbita maxima* Duch. x *C. moschata* Duch.

<b>Impromer</b>		<b>del.</b>
Impromer	BG 27 b	(del.)

37.4 *Solanum lycopersicum* L. x *S. habrochaites*

<b>Arterus</b>		<b>add.</b>
Arterus	NL 108 a	(add.) Rootstock=Yes Rootstock Info=SOLAN_LHA

37.4 *Solanum lycopersicum* L. x *S. habrochaites*

<b>Fusapro</b>		<b>add.</b>
Fusapro	ES 6390 a	(add.) Rootstock=Yes Rootstock Info=SOLAN_LHA

37.16 *Solanum melongena* x *Solanum aethiopicum*

<b>Augusto</b>		<b>add.</b>
Augusto	ES 10 b	(add.) Rootstock=Yes Rootstock Info=SOLAN_MET

**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. JANUAR 2017**

(C/2024/2545)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode .....	3
2. Nachruf .....	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll .....	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll .....	4
5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll .....	4
6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll .....	4
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll .....	4
8. Abschluss eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied in einem Mitgliedstaat: siehe Protokoll .....	4
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll .....	4
10. Bekanntgabe der Kandidaten für die Wahl in das Amt des Präsidenten .....	4
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll .....	5
12. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll .....	5

Inhalt	Seite
13. Schluss der Sitzung .....	5

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. JANUAR 2017

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

*Präsident*

*(Die Sitzung wird um 18.05 Uhr eröffnet.)*

### 1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

**Der Präsident.** – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 15. Dezember 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

### 2. Nachruf

**Der Präsident.** – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit großer Trauer mussten wir am 7. Januar dieses Jahres vom Tode unseres ehemaligen Kollegen Mário Soares erfahren. Herr Soares war von 1999 bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er gehörte der S&D-Fraktion an und hat sich in diesem Hause als Mitglied verschiedener Ausschüsse, insbesondere als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Israel, eingesetzt.

Für sein Heimatland, für Portugal, war Mário Soares eine prägende, eine historische Persönlichkeit. Er stand für den Widerstand gegen Unterdrückung, gegen die Diktatur, und er war ganz ohne Zweifel für die Portugiesen und die Menschen in Europa insgesamt ein Symbol für den Kampf für die Demokratie. Als Außenminister, als Ministerpräsident und als Staatspräsident Portugals war er eine zentrale Figur beim demokratischen Aufbau seines Landes, und er war eine entscheidende Triebfeder für den Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft.

Mit Mário Soares verliert Europa einen herausragenden Staatsmann, einen Visionär und einen Pragmatiker, einen Mann des Widerstands gegen die Diktatur und einen Reformier, einen Kämpfer gegen den Autoritarismus und einen überzeugten Demokraten. Es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, sein politisches Vermächtnis zu ehren und zu verteidigen.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich der Familie von Mário Soares, seinen Freunden und allen, die ihm nahegestanden haben – auch hier in diesem Hause sind viele darunter –, unser tiefstes Mitgefühl übermitteln. Ich darf Sie bitten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sich zu Ehren dieses großen Staatsmanns von Ihren Plätzen zu erheben.

*(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)*

### 3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
5. **Prüfung der Mandate: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll**
7. **Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
8. **Abschluss eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied in einem Mitgliedstaat: siehe Protokoll**
9. **Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**
10. **Bekanntgabe der Kandidaten für die Wahl in das Amt des Präsidenten**

**Der Präsident.** – Ich erinnere Sie daran, dass gemäß Artikel 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung unter Vorsitz des scheidenden Präsidenten keine Aussprache stattfinden kann, deren Gegenstand nicht die Wahl des Präsidenten oder die Prüfung der Mandate gemäß Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 2 betrifft.

Was bedeutet dieser schön formulierte Satz, den ich, ehrlich gesagt, beim ersten Lesen selbst auch gar nicht verstanden habe? Er bedeutet Folgendes: Wir müssen morgen gemäß den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung die Wahl des Präsidenten vornehmen. Gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung müssen die Kandidaturen für das Amt des Präsidenten unseres Parlaments mit dem Einvernehmen der Kandidatinnen und Kandidaten von einer Fraktion oder von mindestens 38 Abgeordneten eingereicht werden. Neue Vorschläge können vor jedem Wahlgang eingereicht werden.

Ich habe gemäß der Geschäftsordnung folgende Kandidaturen für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments erhalten, die ich in alphabetischer Reihenfolge verlese. Eingereicht wurden als Vorschläge die Kandidatur von

Frau Eleonora Forenza

Frau Jean Lambert

Herrn Gianni Pittella

Herrn Laurențiu Rebegea

Frau Helga Stevens

Herrn Antonio Tajani

Herrn Guy Verhofstadt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten haben mir mitgeteilt, dass sie mit ihrem Einvernehmen vorgeschlagen wurden.

Die Wahl findet, wie Sie wissen, morgen statt. Wir treffen uns zunächst zur Durchführung des ersten Wahlgangs um 9.00 Uhr hier im Plenarsaal. Der erste Wahlgang ist vorgesehen von 9.00 bis 12.00 Uhr



Es wäre günstig, meine Damen und Herren, wenn Sie morgen Früh Ihre Badges dabei haben, weil wir möglicherweise die Identifikationskontrollen ein bisschen verstärken müssen. Warum sage ich Ihnen das? Wir haben selten alle 750 Abgeordneten hier. Wir müssen aber morgen dafür sorgen, dass alle 750 Abgeordneten ordnungsgemäß und ohne jedes Problem hier Zugang zum Saal bekommen. Nun kennt nicht jeder Mitarbeiter jeden Abgeordneten persönlich. Zur Vermeidung von Konflikten bringen Sie bitte Ihren Badge mit.

Dann, meine Damen und Herren, haben wir beschlossen, dass es morgen hier eine Vorstellungsrunde gibt. Ich habe eben am Anfang gesagt: Normalerweise findet diese Wahl ohne Aussprache statt. Die Fraktionen haben sich aber untereinander darauf verständigt, dass die Abgeordneten, die als Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen wurden, sich morgen hier kurz vorstellen können. Wir haben in der Konferenz der Präsidenten vereinbart, dass dies mit drei Minuten Redezeit geschehen soll, und zwar in umgekehrter Reihenfolge: Wir beginnen mit den kleineren und enden mit den großen Fraktionen.

Das ist im Wesentlichen das, was ich Ihnen mitzuteilen habe.

Wir werden morgen Früh noch Zähler bestimmen müssen. Das heißt, aus der Mitte aller 751 Abgeordneten lösen wir aus, wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, morgen als Zählerin oder als Zähler fungieren soll.

Ich habe jetzt schon eine große Bitte an die Zählerinnen und Zähler, und ich sage das auch in der gebotenen Klarheit: Diejenigen, die zählen, möchten bitte ihre Mobiltelefone zuhause lassen. Denn ich glaube, dass das Parlament einen Anspruch darauf hat, dass nicht irgendwelche Agenturen Ergebnisse veröffentlichen, sondern dass sie hier im Plenum bekanntgegeben werden. Ich sage das deshalb, weil ich als derjenige, der diese Sitzung leitet, auch darauf achten werden, dass es nicht die Zähler sind, die irgendetwas verbreiten, sondern dass wir das machen. Ich glaube, dass das zur demokratischen Gepflogenheit dazu gehört.

*(Beifall)*

Jetzt entlasse ich Sie in den Wahlkampf. Wir sehen uns morgen Früh.

## **11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

## **12. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

## **13. Schluss der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 18.15 Uhr geschlossen.)*

—

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. JANUAR 2017**

(C/2024/2546)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung .....	3
2. Kurze Präsentationen durch die Kandidaten für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin .....	3
3. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (erster Wahlgang) .....	8
4. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse) .....	9
5. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (zweiter Wahlgang) .....	10
6. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse) .....	10
7. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (dritter Wahlgang) .....	11
8. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (dritter Wahlgang) .....	11
9. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (vierter Wahlgang) .....	12
10. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (vierter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse) .....	12
11. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (Frist für die Einreichung der Kandidaturen): siehe Protokoll .....	13
12. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll .....	13

Inhalt	Seite
13. Schluss der Sitzung .....	13

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. JANUAR 2017

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

*Präsident*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)*

### 2. Kurze Präsentationen durch die Kandidaten für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

**Der Präsident.** – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Präsentation durch die Kandidaten für die Wahl zum Präsidenten / zur Präsidentin.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, dass gemäß Artikel 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung unter dem Vorsitz des scheidenden Präsidenten keine Aussprachen stattfinden werden, deren Gegenstand nicht die Wahl des Präsidenten oder die Prüfung der Mandate betrifft. Das heißt im Klartext: Heute gibt es keinerlei Aussprachen außer solche, die sich auf den jetzt bevorstehenden Wahlgang beziehen.

Auf der Tagesordnung steht heute Vormittag die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin gemäß den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung. Die Kandidaturen für das Amt des Präsidenten unseres Hauses müssen gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung mit dem Einvernehmen der jeweiligen Kandidatin oder des jeweiligen Kandidaten von einer Fraktion oder von mindestens 38 Abgeordneten eingereicht werden.

Ich habe unter den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Bedingungen folgende Kandidaturen für das Amt des Präsidenten des Parlaments erhalten:

Frau Eleonora Forenza

Frau Jean Lambert

Herr Gianni Pittella

Herr Laurențiu Rebegea

Frau Helga Stevens

Herr Antonio Tajani.

Herr Abgeordneter Verhofstadt hat mir vor wenigen Minuten mitgeteilt, dass er seine bereits angekündigte Kandidatur zurückgezogen hat.

Vor der Eröffnung des Wahlganges gebe ich den Kandidatinnen und Kandidaten das Wort. Die Kandidaten haben jeweils drei Minuten Redezeit, um ihre Kandidatur kurz zu erläutern. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass das in der umgekehrten Reihenfolge zur Stärke der Fraktionen erfolgen soll. Deshalb beginnen wir mit der Vorstellung des Herrn Abgeordneten Rebega, der von der ENF-Fraktion vorgeschlagen wurde.

**Laurențiu Rebega (ENF).** – Domnule Președinte, dragi colegi, aceste alegeri au loc în cel mai critic moment al existenței Uniunii Europene. E bine, întrucât acum avem nevoie de o altă alternativă, mai bună pentru Europa. După o lungă serie de crize politice, economice, de migrație și serioase probleme de securitate, trebuie să recunoaștem că referendumul în favoarea Brexit-ului a însemnat o primă atenționare gravă la adresa Uniunii. Uniunea se clatină pe marginea unui prăpastii. Marea Britanie va pleca, susținută de președintele ales, Trump.

În zilele din urmă, și eu și ceilalți candidați am făcut publice o serie de documente în care ne-am prezentat motivele pentru care candidăm, calitățile care ne recomandă, credințele pe care le avem și viziunile pe care vrem să le transpunem în practică. Există o obsesie a corectitudinii politice, care duce la o lipsă de curaj în a arăta cu claritate atât cauzele reale, cât și soluțiile evidente pentru Parlament și pentru cetățenii țărilor noastre. Dacă noi credem într-adevăr că Uniunea Europeană se află într-o criză profundă, atunci e evident că o schimbare superficială nu va fi de ajuns. Nu, eu cred că nu este de ajuns și vă rog să priviți mai atent și mai îndeaproape. Discursurile vechi și acțiunile de rutină nu mai funcționează.

Grupul Europa Națiunilor și a Libertăților, pe care îl reprezint, cere mai multă democrație și mai multă transparență în Parlamentul European. Cerem respect pentru milioanele de contribuabili care au votat pentru candidații noștri, cerem respect pentru drepturile deputaților noștri în comisii și delegații și cerem încetarea hărțuirii administrative la care sunt supuși membrii staff-ului nostru politic. Dacă aceasta este o instituție democratică, atunci de ce nu este permis un lucru atât de simplu, ca acordarea unui loc în primul rând, al președintelui nostru? Cer echilibru și corectitudine pentru toți deputații, pentru că democrația și respectul nu pot fi doar apanajul grupurilor mari. Respingem orice afiliere, conexiune sau simpatie, prezentă sau viitoare, cu orice regim autoritar sau totalitar.

Toți vrem ca Parlamentul să joace un rol mai important. Dar să ne întrebăm mai întâi cum a funcționat în realitate relația cu Comisia Europeană, care a arătat în mod constant o lipsă de respect față de Parlament. Noi, Grupul Europa Națiunilor și a Libertăților, ne opunem oricărui transfer al suveranității naționale către orice instituție supranațională. Dorim o Europă a cooperării, care să respecte interesele națiunilor noastre. Mai mult, eu consider că puterea națiunilor stă în păstrarea și dezvoltarea specificităților lor. Și, nu în ultimul rând, trebuie să apărăm în interiorul, dar și în exteriorul acestei Camere, libertatea individuală, libertatea cuvântului și libertatea digitală.

Dar să revenim la întrebarea principală: ce fel de președinte ne dorim cu adevărat pentru Parlamentul European? Unii spun că e nevoie de un președinte puternic, capabil să impună o voință politică. Dar cât de corectă ar fi impunerea unei asemenea voințe? Alții consideră că nu președintele trebuie să fie puternic, ci însuși Parlamentul. Dar mă întreb cum ar putea acționa Parlamentul coerent și inovator dacă este dominat de grupuri politice care dictează o agendă?

Chiar dacă nu împărtășim aceeași viziune, e nevoie de stabilitate. Avem nevoie de răbdare și voința unui președinte care să asigure respectarea regulilor și a compromisurilor parlamentare. Oricine ar fi, președintele trebuie să fie corect, răbdător în negocieri și puternic în luarea deciziilor pentru apărarea stabilității și echității pentru toți deputații. În același timp, va trebui să apere interesele Parlamentului față de toate celelalte instituții.

Dragi colegi, vă chem să votați pentru o schimbare reală, plecând de la o reformă transparentă și coerentă a acestei Camere. Asta înainte de a ne gândi la orice altă formă a Uniunii. Oamenii vor o Europă a națiunilor și a libertății, construită prin cooperare. Trebuie să facem schimbarea în numele cetățenilor și al păcii. Vă chem să votați pentru proiectul pe care susțin și pentru o democrație reală, extinsă și împărtășită de toate grupurile politice și de toți membrii Parlamentului European. Schimbarea adevărată nu vine niciodată din afară, ea trebuie să vină din interiorul fiecăruia. Și poate să înceapă în fiecare clipă. Fie ca în această zi să înceapă schimbarea!

**Jean Lambert (Verts/ALE).** – Mr President, colleagues, it has been a genuine pleasure talking with all of you during this campaign for the Presidency of the European Parliament, and having listened to you, it is clear that we agree that Parliament needs to change, and the apparent ending of the grand coalition gives an opportunity to demonstrate that we can shift away from electing a usual suspect and maybe even dare to elect a woman from a smaller group – and, if we're feeling really radical, from the UK, difficult though I know that is for some of you.

We may know later today more about the UK's proposals for its future relationship with the European Union, but we do know that this Parliament will vote on that final deal and should be involved in those discussions, not least as we have enormous knowledge and expertise to offer. And I believe we agree that, as far as possible, this must be a win-win outcome for all our citizens but does not undermine the European Union. But when we were talking, you were clear about some of the other changes. You wanted independence and visibility of the institution, not least in the eyes of our citizens. You wanted greater inclusion – that Parliament's President must involve the voices of the different political groups in our decision-making, but also inclusion of the people of Europe, and giving more structure and value to the work that we already do, whether that's with young people, people experiencing poverty, or initiatives such as the Freedom Drive, but inclusion also in our diversity in that wider sense.

Transparency was also an issue, and Parliament's President has to carry through the recent rule changes that we have made, as well as doing more on environmental progress and social responsibility. So visibility, inclusion, transparency are important to all of us, but so are the values that underpin our work as Members of the European Parliament and that our President, as our face to the world, has a responsibility to promote. And when I travel outside the European Union, I am often told that our commitment to universal human rights, democracy and solidarity within and across our borders, backed by environmental progress, is what makes the European Union a valued partner.

But of course, it's not every leader or every country that espouses those values. We are in difficult and shifting political times, but our Parliament has shown itself capable of being critical of some of our own national governments, painful though that is. We have supported proposals for the European Union to act together, to manage the refugee situation (which Council has singularly failed to do), and as Parliament, we have acted to push Council to be a stronger negotiator in the critically-important climate change negotiations. And this week, through our work on the pillar of social rights, we can show that a stable economy does not have to destroy Social Europe.

We face many challenges today. Change is necessary. But I believe we are stronger when we promote the values of democracy, universal human rights, and solidarity on a sustainable planet together, and on that basis, I would be honoured to work with you as your President.

(Applause)

**Eleonora Forenza (GUE/NGL).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, buongiorno a tutte e a tutti voi.

Desidero in primo luogo ringraziare il gruppo GUE/NGL per avermi candidata alla Presidenza del Parlamento europeo, una candidatura che non vuole rappresentare un gruppo, ma vuole rappresentare una speranza, che anche al Parlamento europeo possa esserci realmente discontinuità. Sono una femminista e una femminista può fare la differenza, non solo per interrompere la lunga serie di giacche e cravatte che si sono sedute su quello scranno, ma può fare la differenza perché la piena attuazione, la ratifica della Convenzione di Istanbul, il superamento del *gender pay gap*, il contrasto a sessismo e omofobia sono e devono essere priorità in un'Unione europea in cui una donna su tre subisce violenza fisica o psicologica.

Rimettere al centro del progetto europeo autodeterminazione per donne, uomini, popoli. Provengo dal Sud Europa e le politiche di austerità hanno reso la questione meridionale una questione continentale, hanno messo interi popoli a margine del progetto europeo con il ricatto del debito. E ancora, le politiche di sicurezza hanno reso il Mar Mediterraneo una frontiera mortifera: cinquemila morti nel Mediterraneo nel solo 2016. Una vergogna e una colpa incancellabile per l'Unione europea.

La prima cosa che farei da Presidente del Parlamento europeo? Portare solidarietà nelle carceri turche ai deputati e alle deputate dell'HDP imprigionati dalla repressione di Erdogan, che l'Unione europea continua a finanziare in cambio di un blocco dei flussi migratori.

Oggi tutti i candidati alla Presidenza parlano della necessità di cambiare, di porre fine alle politiche di austerità. La grande coalizione è morta, sentiamo dire, in realtà più che altro è rimasta orfana, perché nessuno degli esponenti dei tre grandi gruppi che l'hanno composta, e anche il Presidente uscente che la garantiva, se ne assumono la responsabilità.

Tutti ci chiedono quale candidato dei più grandi gruppi sosterremmo qualora io non dovessi arrivare all'ultimo turno. Chiedo a voi se è maggiore garanzia di discontinuità chi ha fatto parte della grande coalizione o chi l'ha sempre criticata e contrastata, dentro e fuori il Parlamento europeo. Penso di poter essere la migliore garanzia di un'autonomia del Parlamento da Commissione e Consiglio, non avendo mai partecipato a nessun G5, al massimo ho contestato il G8, di pari dignità di tutti i deputati, di un funzionamento del Parlamento non bloccato dall'accordo tra i grandi gruppi, un reale potere di iniziativa legislativa del Parlamento, una revisione dei trattati a sessant'anni da quelli di Roma, la fine dello sperpero di due sedi per il Parlamento europeo. Come Presidente darei voce a tutto questo.

Ma soprattutto vorrei dare voce a una generazione, la mia generazione, la generazione che ha conosciuto la precarietà e la disoccupazione, per cui l'Europa non è mai stata il sogno di Altiero Spinelli, ma un incubo, un incubo fatto di precarietà, fatto di incertezza e di instabilità. Io vorrei essere la loro voce, vorrei essere la voce di quella generazione che ha sfilato per le strade di Genova, per le strade di Praga, per le strade di Salonicco, che si è aggirata per l'Europa dicendo che un'altra Europa è possibile.

Ecco, il Parlamento europeo non deve essere una zona rossa, deve essere una casa trasparente, deve essere la casa di chi pensa che un'altra Europa sia possibile e da Presidente del Parlamento europeo vorrei lavorare a costruirla.

**Helga Stevens (ECR).** – Mr President, standing here reminds me of the first time I entered this grand Chamber. I remember the excitement I felt, knowing that in this room we can deliver the greatest amount of good for the largest number of people. That is why we are all here: to improve the lives of our citizens. Yet, since I arrived, what have I seen? I have seen an old boys' club in charge, a few men from a few countries seeking to dominate every major decision, and a way of working that leaves many MEPs and the people they represent out in the cold.

That is not fair, not open and not representative of the diversity of Europe. So I stand here with a clear purpose: to make sure that every voice matters in this Parliament and that every MEP – every one of you – has equal power. There is an old saying: 'A strong woman stands up for herself, a stronger woman stands up for everyone else'. So my appeal to every single one of you in this. Don't vote for the candidate who wants to further their own agenda. Vote for the candidate who wants to help you deliver your agenda and your citizens' agenda and who wants to stand up for all 750 of you. Vote for the candidate who embodies change and who shows the people of Europe that we are here to represent every corner of Europe, every viewpoint, every single citizen. Vote for the candidate who will listen to you. Now I might be deaf, but I am a very good listener. And let us today send out a signal that we stand by our own motto of 'united in diversity': that, wherever you come from, whatever background you have or obstacles you have faced, Europe is a place where even the greatest of challenges can be overcome with hard work and optimism.

Since I was elected, I have been honoured to work with MEPs from across this Chamber. Any of you who have worked with me will know what I believe in. I believe in uniting people, in equality and fairness, and in respect. Those are the values I would bring to this role if you vote for me today.

So let us make a bold and decisive step towards change right now. Let us restore people's faith in the European Parliament. Let us end the old boys' club and breathe some fresh air into this building. If you think it's time for change, then I can deliver it: nobody left behind, no more backroom dealing, no more old boys' club. It is time that every voice matters.

*(Applause)*

**Gianni Pittella (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi candido a Presidente del Parlamento europeo perché voglio un'Europa più coraggiosa, un Parlamento più forte di fronte alle grandi sfide del mondo, un'Europa che non ha paura della diversità, ma che la incoraggia. Questo Parlamento deve essere lo spazio del dibattito di tutti e fra tutti.



Per questo non ci sarà mai più, qualunque sia il risultato di oggi, una grande coalizione, un'intesa privilegiata tra i grandi gruppi, perché c'è bisogno di chiarezza, perché mai come ora l'Europa e le nostre democrazie hanno bisogno di una dialettica limpida e civile tra idee e visioni diverse, che è cosa diversa dall'instabilità e dalla paralisi. Se mi eleggerete Presidente sarò il garante di questo confronto, metterò tutti i gruppi politici e tutti voi, individualmente, nelle condizioni di esprimervi al meglio e di influire sulle decisioni di questa Istituzione. Lavorerò perché questo Parlamento sia il più inclusivo possibile, sarò il Presidente di tutti.

Ho profondo rispetto per la diversità, sosterrò la parità di genere all'interno di questa Istituzione, credo nella trasparenza e farò tutto ciò che è nelle mie possibilità perché il Parlamento sia una casa di vetro. Credo nel metodo comunitario, credo in un rapporto leale di collaborazione con la Commissione europea, ma chiederò che tutte le Istituzioni portino pieno rispetto alle prerogative del Parlamento.

Lavorerò per un Parlamento che coinvolga i cittadini attraverso grandi forum sulle questioni centrali della nostra vita, dal rapporto tra democrazia e finanza allo sviluppo sostenibile, al cambiamento climatico, alla cultura. Sarà un Parlamento proiettato verso il mondo in questi tempi turbolenti per essere vessillo, motore calmo e potente di pace, di democrazia, di rispetto dei diritti umani e di speranza, ma sarà anche il Parlamento capace di essere con i suoi membri e con il suo Presidente lì dove si soffre e si eccelle, nelle scuole e nelle università, nelle aziende e tra le organizzazioni non governative, nelle piazze e in tutti i consessi democratici.

Sono sempre più convinto che l'uomo, noi, possiamo risolvere i problemi anche più grandi seminando libertà ed eguaglianza nelle terre aride del disincanto e della delusione e in quelle brulle della disperazione. Mi guida la bussola della fede nella ragione e nella scienza, nell'intelligenza degli uomini e dei popoli, nell'etica cristiana della cura delle persone, della comunità e dell'ambiente. Colleghe e colleghi, vengo anch'io da un paese del Sud Europa, da una terra piccola ma dignitosa, un villaggio da cui l'Italia sembrava lontano e la vita delle campagne era dura come la zappa che incontra la pietra e la fame era tale che negli anni migliaia di persone sono state costrette ad emigrare, ma sempre a testa alta.

Questa Europa va cambiata, e io lo so, ma il solo fatto che io, venendo da così lontano, sia qui di fronte a voi, in questo emiciclo, con l'alta ambizione di darvi voce, di dare voce a tutti voi, nonostante tutto, il sogno che un'Europa più giusta e più libera sia la speranza dei nostri popoli. Io non so cosa accadrà quest'oggi ma sappiate, e ve lo dico con tutto il mio cuore, che se voi mi eleggerete Presidente servirò a testa alta, con umiltà e con passione e riconoscenza, la vostra speranza.

**Antonio Tajani (PPE).** – Mr President, I believe in Europe, but we need to change. We need a strong Parliament and we need a good President. We need a good speaker working for everybody.

Serve un Presidente, non un primo ministro, un Presidente che abbia esperienza, io metto a disposizione i miei 23 anni di lavoro in queste Istituzioni, per difendere la volontà del Parlamento di fronte al Consiglio e di fronte alla Commissione. Quando sarò davanti al Consiglio non esporrò le mie idee, esporrò le idee della maggioranza del Parlamento, spiegando che c'è anche una minoranza che la pensa in maniera diversa e, prima di andare al Consiglio, vi informerò su quello che intendo dire.

I deputati avranno un ruolo importante da svolgere per avvicinare l'Europa ai cittadini. Abbiamo bisogno di un'Europa più democratica, non possiamo rinchiuderci nel castello di Bruxelles, dobbiamo andare verso i cittadini e avvierò una serie di iniziative per aprire le porte del Parlamento ai cittadini, alle categorie, in modo che ci possa essere un confronto continuo tra deputati, tutti i deputati, e i cittadini europei.

Non ho un programma da presentare al Parlamento, perché il Presidente del Parlamento non può avere un programma personale. Il mio programma è il programma deciso dal Parlamento, frutto dell'accordo interistituzionale con la Commissione e il Consiglio. Si tratta di: lotta al terrorismo, soluzione dell'immigrazione, lotta contro il cambio climatico, l'agenda digitale, la politica energetica, il Brexit naturalmente, dovremo essere molto equilibrati, difendere i diritti dell'Europa, ma pensare che un domani la Gran Bretagna sarà un nostro importante interlocutore.

E poi c'è la crescita e il lavoro, non possiamo dimenticare quanti disoccupati ci sono ancora nella nostra Unione europea. Non c'è libertà e non c'è dignità senza lavoro e anche noi dobbiamo dare un segno concreto. Io ho cercato di farlo quando ho rinunciato alle indennità di mezzo milione di euro da Commissario europeo, la mia indennità di buonuscita, perché mi sembrava ingiusto che di fronte a tanta gente che soffriva un Commissario europeo incassasse una somma così importante.

Ma abbiamo fatto anche cose concrete...

Hemos trabajado mucho con los diputados españoles del Principado de Asturias para defender la industria de Tenneco. Cuando los americanos intentaban cerrar esta fábrica, nosotros hemos ganado: la fuerza de Europa, la fuerza de todos los diputados. Ahora hay más de doscientos trabajadores que trabajan en Tenneco, en Gijón.

Queste sono cose concrete che noi abbiamo fatto, dovremo andare avanti, ma anche il mio gabinetto, e concludo signor Presidente, sarà immagine di ciò che voglio fare. Ridurrò il numero dei membri del gabinetto del Presidente, ci saranno lo stesso numero di donne e di uomini perché l'uguaglianza di genere è importante, ci sarà un membro dedicato ai rapporti con i deputati, ci sarà un membro dedicato ai rapporti con le terre più lontane, con le regioni più periferiche e con le minoranze linguistiche.

E poi non possiamo dimenticare i valori.

Je pense qu'il faut conclure. Je le ferai en langue française parce que je veux dire, de façon très claire, que je soutiendrai tous les députés et tous les groupes. Je ne partage pas tout ce que M. Voltaire a dit, mais il y a une phrase que je partage: 'je ne suis pas d'accord avec ce que vous dites, mais je me battraï jusqu'à la fin pour que vous puissiez le dire'. Et cela vaut pour tous les députés et tous les groupes. Pourquoi? Parce que tel est le sel de la démocratie. Il faut défendre la démocratie. J'y crois et sans démocratie, il n'y a pas de liberté pour nos concitoyens. La liberté, c'est la clé de l'Union européenne, la clé de notre civilisation, la clé de notre histoire et la clé de l'avenir de l'Union.

*(Vifs applaudissements)*

**Der Präsident.** – Damit ist die Vorstellungsrunde beendet.

### 3. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (erster Wahlgang)

**Martin Schulz (S&D).** – Wir werden nun mit dem Wahlvorgang beginnen. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit für die prozeduralen Fragen.

Gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Geschäftsordnung erinnere ich daran, dass ein Kandidat, um gewählt zu werden, bei den ersten drei Wahlgängen die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten muss. Nicht ausgefüllte oder ungültig gemachte Stimmzettel gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Wir kommen nun zur Auslosung von acht Stimmzählerinnen und Stimmzählern.

*(Als Zähler werden bestimmt: Herr António Marinho e Pinto, Herr Christian Ehler, Frau Anneliese Dodds, Herr Ricardo Serrão Santos, Herr György Hölvényi, Frau Lola Sánchez Caldentey, Herr Gunnar Hökmark, Frau Elisabeth Köstinger.)*

**Anneliese Dodds (S&D).** – Mr President, I have childcare issues in the evenings, so I am not sure if this is going to work. I am sorry, it might be difficult. I have got an 11-month-old baby with me. I can't try but she might not like it very much.

*(Applause)*

**Der Präsident.** – Wenn Sie früher weg müssen, Frau Kollegin, dann ziehen wir vor dem Wahlgang eine Ersatzzählerin für Sie.

*(Der Präsident gibt Instruktionen für die Stimmzählerinnen und Stimmzähler und bittet sie, vor dem Wahlgang kurz zu ihm zu kommen und danach ihre Plätze an den Wahlurnen einzunehmen.)*

*(Die Sitzung wird kurz unterbrochen.)*

**Der Präsident.** – Wir kommen jetzt gemäß unserer Geschäftsordnung zur Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments.

*(Der Präsident gibt technische Instruktionen für das Ausfüllen der Stimmzettel und den Ablauf der Wahl.)*

Der Wahlgang ist eröffnet.

\*\*\*\*

Der Wahlvorgang ist geschlossen.

*(Die Sitzung wird um 11.25 Uhr wieder aufgenommen.)*

#### **4. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse)**

**Der Präsident.** – Ich gebe nun das Ergebnis des ersten Wahlgangs zur Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments bekannt.

Abgegebene Stimmen: 718

Ungültige Stimmen: 35

Abgegebene gültige Stimmen: 683

Damit liegt die absolute Mehrheit, die notwendig ist, um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, bei 342 Stimmen.

Es entfielen auf

Frau Abgeordnete Forenza 50 Stimmen,

Frau Abgeordnete Lambert 56 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Pittella 183 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Rebege 43 Stimmen,

Frau Abgeordnete Stevens 77 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Tajani 274 Stimmen.

Da kein Kandidat und keine Kandidatin die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, kommen wir zu einem zweiten Wahlgang.

Falls es keine weitergehenden Bemerkungen gibt, gehe ich davon aus, dass die Kandidaturen des ersten Wahlganges aufrechterhalten werden. Mir liegen also bis dato die Kandidaturen Forenza, Lambert, Pittella, Rebege, Stevens und Tajani vor. Möchte jemand der genannten Kolleginnen und Kollegen seine bzw. ihre Kandidatur zurückziehen? Das ist nicht der Fall. Dann bleibt es im zweiten Wahlgang bei allen angegebenen Kandidaturen.

Nach unserer Geschäftsordnung ist es möglich, vor jedem Wahlgang auch weitere Kandidaturen einzureichen. Sollte also irgendjemand von Ihnen Lust verspüren, in einem zweiten Wahlgang zu kandidieren, kann der- oder diejenige das tun. Die Frist für die Abgabe von solchen Kandidaturen für den zweiten Wahlgang setze ich auf 12.30 Uhr fest. Die Kandidaturen müssen beim amtierenden Präsidenten hinterlegt werden, und sie können beim Stellvertretenden Generalsekretär im Büro R00.101 eingereicht werden. Das ist das Büro der Präsidentschaft.

*(Die Sitzung wird von 11.30 Uhr bis 13.00 Uhr unterbrochen.)*

## 5. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (zweiter Wahlgang)

**Der Präsident.** – Wir kommen nun zum zweiten Wahlgang.

Ich habe keine neuen Kandidaturen für den zweiten Wahlgang für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments gemäß der Geschäftsordnung erhalten. Mir ist darüber hinaus mitgeteilt worden, dass alle Kandidaturen des ersten Wahlganges aufrechterhalten bleiben.

Ich bitte die Saaldienere nun, die Stimmzettel und die Umschläge zu verteilen.

*Allez-y, distribuez les bulletins de vote.*

Sie kennen alle das Prozedere. Ich darf die Stimmzähler bitten, ihre Plätze einzunehmen. Es bleibt bei der Liste der Zählerinnen und Zähler. Ich bitte die Stimmzähler und Stimmzählerinnen, sich zu ihren Wahlurnen zu begeben und mir ein Signal zu geben, wenn sie an den entsprechenden Plätzen angekommen sind.

Der Wahlgang ist eröffnet.

\*\*\*\*

Der Wahlgang ist geschlossen.

Ich bitte die Stimmzähler, sich zur Stimmenauszählung wieder in den Saal R1.1 zu begeben.

*(Die Sitzung wird um 13.30 Uhr bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses des zweiten Wahlgangs unterbrochen.)*

*(Die Sitzung wird um 14.35 Uhr wieder aufgenommen.)*

## 6. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse)

**Der Präsident.** – Ich gebe nun das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments bekannt.

Abgegebene Stimmen: 725

Ungültige Stimmen: 34

Abgegebene gültige Stimmen: 691

Damit liegt die absolute Mehrheit, die notwendig ist, um im zweiten Wahlgang gewählt zu werden, bei 346 Stimmen.

Es entfielen auf

Frau Abgeordnete Forenza 42 Stimmen,

Frau Abgeordnete Lambert 51 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Pittella 200 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Rebecga 45 Stimmen,

Frau Abgeordnete Stevens 66 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Tajani 287 Stimmen.

Ich stelle fest, dass kein Kandidat und keine Kandidatin die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat und wir somit in einen dritten Wahlgang eintreten müssen.

Falls es keine weiteren Bemerkungen gibt, gehe ich davon aus, dass die Kandidaturen des zweiten Wahlganges auch für den dritten Wahlgang aufrechterhalten werden. Bis dato liegen mir die Kandidaturen von Frau Forenza, Frau Lambert, Herrn Pittella, Herrn Rebege, Frau Stevens und Herrn Tajani vor.

Es können auch bei diesem dritten Wahlgang erneut weitere Kandidaturen bekanntgegeben werden. Ich setze deshalb die Frist für die Abgabe von Kandidaturen für den dritten Wahlgang oder eventuelle Veränderungen gegenüber den jetzigen Kandidaturen auf 17.00 Uhr fest. Diese Kandidaturen müssen beim Präsidenten, der die Sitzung leitet, eingereicht werden. Die Einreichungsstelle ist das Großraumbüro der Präsidentschaft. Die Kandidatur oder auch eine Veränderung der Kandidatur muss beim Stellvertretenden Generalsekretär eingereicht werden.

Ich beraume die Sitzung für den dritten Wahlgang für 17.30 Uhr an.

*(Die Sitzung wird von 14.40 Uhr bis 17.30 Uhrunterbrochen.)*

## 7. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (dritter Wahlgang)

**Der Präsident.** – Wir kommen nun zum dritten Wahlgang.

Ich habe keine neuen Kandidaturen für den dritten Wahlgang für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments gemäß unserer Geschäftsordnung erhalten. Die Kandidaturen des zweiten Wahlganges werden aufrechterhalten.

Ich bitte die Saaldiener nun, die Stimmzettel und die Umschläge zu verteilen. Ich darf die Stimmzähler bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Der Wahlgang ist eröffnet.

\*\*\*\*

Der Wahlgang ist geschlossen.

## 8. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (dritter Wahlgang)

**Der Präsident.** – Meine Damen und Herren! Ich wurde informiert, dass es während des dritten Wahlgangs einen Zwischenfall an einer Wahlurne gab: Ein Mitglied verweigerte das Zeigen seines Identitätsdokuments und warf den Wahlzettel neben die Urne. Die Zähler haben sich über diesen Vorfall zusammengesetzt und einstimmig entschieden, diese Stimme als ungültig zu bewerten. Ich bitte Sie alle, für den Fall der Notwendigkeit Ihren Abgeordnetausweis beim letzten Wahlgang bei sich zu haben, falls es notwendig ist, ihn zu zeigen.

Ich komme nun zum Ergebnis des dritten Wahlgangs zur Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Abgegebene Stimmen: 719

Ungültige Stimmen: 29

Abgegebene gültige Stimmen: 690

Damit liegt die absolute Mehrheit, die notwendig ist, um im dritten Wahlgang gewählt zu werden, bei 346 Stimmen.

Es entfielen auf

Frau Abgeordnete Forenza 45 Stimmen,

Frau Abgeordnete Lambert 53 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Pittella 199 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Rebega 44 Stimmen,

Frau Abgeordnete Stevens 58 Stimmen,

Herrn Abgeordneten Tajani 291 Stimmen.

Da kein Kandidat und keine Kandidatin die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, kommt es zu einem vierten Wahlgang.

Gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Geschäftsordnung kandidieren beim vierten Wahlgang nur die beiden Kandidaten, die im dritten Wahlgang die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Das sind, in alphabetischer Reihenfolge, Herr Abgeordneter Pittella und Herr Abgeordneter Tajani.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis 20.00 Uhr und berufe den vierten Wahlgang für 20.00 Uhr ein.

*(Die Sitzung wird von 19.10 Uhr bis 20.00 Uhr unterbrochen.)*

## **9. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (vierter Wahlgang)**

**Der Präsident.** – Zunächst bedarf es der Auslosung einer neuen Stimmenzählerin, da Frau Anneliese Dodds ersetzt werden muss.

*(Der Präsident wählt per Losziehung Frau Lara Comi als Stimmenzählerin aus.)*

Wir kommen nun zum vierten Wahlgang.

Ich erinnere noch einmal daran, dass gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Geschäftsordnung beim vierten Wahlgang nur die beiden Mitglieder Kandidaten sein können, die im dritten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Das sind die Herren Pittella und Tajani.

Ich bitte nun die Saaldiener und Saaldienerinnen, die Stimmzettel und die Umschläge zu verteilen. Ich bitte die Stimmenzähler, ihre Plätze einzunehmen.

Der Wahlgang ist eröffnet.

\*\*\*\*

Der Wahlgang ist geschlossen.

## **10. Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Parlaments (vierter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse)**

**Der Präsident.** – Ich gebe das Wahlergebnis des vierten Wahlgangs bekannt.

Abgegebene Stimmen: 713

Ungültige Stimmen: 80

Abgegebene gültige Stimmen: 633

Auf Herrn Abgeordneten Pittella entfielen 282 Stimmen, auf Herrn Abgeordneten Tajani entfielen 351 Stimmen.

*(Beifall)*

Ich stelle fest, dass Herr Abgeordneter Antonio Tajani damit zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt worden ist.

Sehr geehrter Herr Kollege Tajani! Ich beglückwünsche Sie von Herzen zu Ihrer Wahl. Ich wünsche Ihnen für die Ausübung Ihres Amtes alles Gute, eine glückliche Hand, viel Erfolg.

Herr Präsident! Ich darf Sie bitten, Ihren Platz einzunehmen.

*(Anhaltender starker Beifall)*

## **PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI**

*Presidente*

**Presidente.** – Voglio ringraziare tutti voi, sia coloro che hanno votato per me sia coloro che hanno votato, in questa ultima tornata, per il mio amico Gianni Pittella e saluto anche tutti coloro che hanno votato per gli altri candidati dei vari gruppi politici.

È stato un confronto democratico. Io, come vi ho detto quest'oggi, sarò il Presidente di tutti, rispetterò tutti i deputati, rispetterò tutti i gruppi. Potrete contare sulla mia totale disponibilità. Ringrazio il Presidente Martin Schulz, sono stato suo primo vicepresidente e credo di aver dimostrato nei suoi confronti sempre grande lealtà, come lui l'ha dimostrata nei miei confronti, quindi lo ringrazio per il lavoro che ha svolto.

Voglio dedicare questo risultato alle vittime del terremoto che ha colpito il mio paese, che ancora stanno vivendo momenti di grande difficoltà, fa molto freddo, ancora non tutti sono riusciti a risolvere il loro problema, quindi credo che a loro debba andare un messaggio forte di solidarietà da parte di questo Parlamento, come deve andare a tutte le vittime del terrorismo, senza dimenticare coloro che soffrono in questo momento, sia coloro che non hanno casa, i senzatetto, sia coloro che non hanno lavoro. Ecco, io credo che noi dobbiamo guardare e prestare grande attenzione e dedicare il nostro lavoro a tutti coloro che sono in difficoltà, credo che questo sia un sentimento comune e il messaggio migliore che da Strasburgo possa partire verso i nostri concittadini.

Grazie ancora per quello che avete fatto in questa giornata partecipando a una grande competizione democratica, domani mattina ricominceremo a lavorare insieme per il bene dei nostri concittadini. Naturalmente manterrò tutte le promesse che ho preso con voi quest'oggi, cercherò di fare del mio meglio e, naturalmente, chiederò il sostegno di tutti i deputati che siedono in questa assemblea.

### **11. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (Frist für die Einreichung der Kandidaturen): siehe Protokoll**

### **12. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

### **13. Schluss der Sitzung**

*(La seduta è tolta alle 21.10)*

—

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. JANUAR 2017**

(C/2024/2547)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung .....	3
2. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Kandidaturen) .	3
3. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang) .....	4
4. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse) ...	4
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll .....	5
6. Arbeitsplan .....	5
7. Abstimmungsstunde .....	7
7.1.    Mitgliederzahl der ständigen Ausschüsse (B8-0029/2017) .....	7
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll .....	7
9. Tätigkeitsprogramm des maltesischen Ratsvorsitzes (Aussprache) .....	7
10. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Kandidaturen) .....	32
11. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse) .....	33

Inhalt	Seite
12. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll . . . . .	34
13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll . . . . .	34
14. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2016 . . . . .	34
15. Wahl der Quästoren des Europäischen Parlaments . . . . .	54
16. Änderung der Tagesordnung . . . . .	55
17. Benennung von Ausschussmitgliedern: siehe Protokoll . . . . .	55
18. Stand der Verhandlungen über die Finanztransaktionssteuer . . . . .	55
19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . . .	66
20. Soforthilfe für Flüchtlinge und Migranten, die in europäischen Lagern widrigen Wetterbedingungen ausgesetzt sind (Aussprache) . . . . .	66
21. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (kurze Darstellung) . . . . .	85
22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll . . . . .	90
23. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll . . . . .	90
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll . . . . .	90
25. Schluss der Sitzung . . . . .	90

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. JANUAR 2017

### PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente*

*(La seduta è aperta alle 9.05)*

#### 1. Eröffnung der Sitzung

**Presidente.** – La seduta è ripresa. Buongiorno a tutti, vi prego di prendere posto, sarà una lunga giornata di votazioni anche oggi, quindi cerchiamo di svolgere il nostro impegno nel modo più rapido e più agevole possibile.

Saluto ancora Martin Schulz, Presidente uscente, lo ringrazio per il lavoro svolto e gli rivolgo – come ho fatto nell'incontro che abbiamo avuto – i migliori auguri per la sua carriera politica in Germania.

#### 2. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Kandidaturen)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca l'elezione dei Vicepresidenti del Parlamento europeo.

Ho ricevuto le seguenti candidature: Ryszard Czarnecki, Ildikó Gáll-Pelcz, Evelyne Gebhardt, Sylvie Guillaume, Alexander Graf Lambsdorff, Bogusław Liberadzki, Ulrike Lunacek, Mairead McGuinness, Dimitrios Papadimoulis, Ioan Mircea Pașcu, David-Maria Sassoli, Indrek Tarand, Pavel Telička, Ramón Luis Valcárcel Siso, Rainer Wieland.

I candidati mi hanno comunicato di accettare le rispettive candidature. Siccome ci sono più di 14 candidati passiamo allo scrutinio.

Gli scrutatori sono gli stessi intervenuti per l'elezione del Presidente e li invito a prendere posto presso le urne. Loro voteranno alla fine dello scrutinio. Prego i servizi di verificare se c'è qualche assente rispetto agli scrutatori scelti ieri.

Vi dicevo poi che il numero dei candidati è superiore al numero dei seggi da assegnare. Dobbiamo procedere conformemente all'articolo 17, paragrafo 1, del regolamento a una votazione a scrutinio segreto. Vi ricordo le disposizioni dell'articolo 17, paragrafo 1, del nostro regolamento: «Successivamente si procede all'elezione, con un unico scrutinio, dei vicepresidenti. Sono eletti al primo scrutinio, fino a un massimo di quattordici deputati e nell'ordine numerico dei voti riportati, i candidati che hanno ottenuto la maggioranza assoluta dei voti espressi. Se il numero dei candidati eletti è inferiore al numero dei seggi da assegnare, si procede a un secondo scrutinio, con le stesse modalità, per l'assegnazione dei seggi restanti. Qualora un terzo scrutinio si renda necessario, l'elezione ha luogo a maggioranza relativa per i seggi che rimangono da attribuire; in caso di parità di voti, sono proclamati eletti i candidati più anziani.»

Gli scrutatori sono tutti presenti? Perfetto.

Prego gli uscieri allora di distribuire le buste e le schede.

I deputati ovviamente sono invitati a utilizzare unicamente le schede ricevute e contrassegnare la casella corrispondente ai candidati prescelti.

Poiché i Vicepresidenti sono 14, è importante, i deputati dispongono di 14 voti al massimo. Le schede che recano più di 14 voti sono nulle. Ricordo che ai sensi dell'articolo 15, paragrafo 1, del regolamento, in caso di scrutinio unico per l'assegnazione di più seggi la scheda è valida solo se è stata espressa più della metà dei voti disponibili.

### 3. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang)

**Presidente.** – All'urna LM manca l'onorevole Sánchez. È presente in Aula l'on. Sánchez, scrutatrice? Se no dovrei estrarre un altro nome.

Perfetto, l'onorevole sta arrivando, benissimo.

Ripeto, dal momento che i seggi da Vicepresidente da assegnare sono quattordici, occorre votare almeno per otto candidati, altrimenti la scheda non sarà valida. Se vengono selezionati meno di otto nomi, la scheda, ripeto, sarà considerata nulla. Qualora un deputato decida di rettificare il voto, può chiedere una nuova scheda a un usciere, il quale la consegnerà in cambio della scheda errata che sarà distrutta. La presenza sulla scheda di scritte o segni di qualsiasi tipo nonché l'indicazione di più di quattordici voti o meno di otto ne comporterà l'annullamento.

Lo scrutinio è aperto.

**Presidente.** – Siamo per chiudere le urne. Ci sono deputati che devono ancora votare? Tutti hanno votato? Non c'è nessun ritardatario.

Dichiaro quindi chiusa la votazione. Invito gli scrutatori a recarsi nella sala R1.1 per procedere allo spoglio delle schede. La seduta è sospesa. La sua ripresa sarà segnalata dal suono della campanella e un annuncio apparirà sugli schermi per informare i deputati che sta per riprendere la seduta.

*(La seduta, sospesa alle 9.35, è ripresa dopo lo spoglio delle schede per l'annuncio dei risultati)*

**Presidente.** – La seduta è ripresa.

Prima di annunciare l'esito della votazione, nello scusarmi per essere arrivato in ritardo, volevo informare tutti quanti voi, ma in modo particolare i parlamentari italiani, che c'è stata una forte scossa di terremoto nell'Italia centrale. Dalle prime notizie pare che non ci siano vittime; non ci sono particolari richieste di soccorso. Sono in contatto con le autorità italiane, ma pare che il forte terremoto, di grado 5,6, che è stato sentito in tutta l'Italia centrale e anche a Roma, non abbia provocato vittime, quindi questa è già una buona notizia. Ci tenevo però ad informare tutti i parlamentari su quello che è accaduto e sul perché sono arrivato leggermente in ritardo da voi.

*(La seduta è ripresa alle 11.00)*

### 4. Wahl der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (erster Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse)

**Presidente.** – Annuncio ora l'esito dello scrutinio per l'elezione dei Vicepresidenti:

— hanno votato 680 parlamentari,

— le schede bianche o nulle sono state 62,

— i voti espressi 618,

— la maggioranza assoluta è di 310 voti.

Questo è il risultato hanno ottenuto:

- l'onorevole Czarnecki 328 voti;
- l'onorevole Gáll-Pelcz 310 voti;
- l'onorevole Gebhardt 315 voti;
- l'onorevole Guillaume 335 voti;
- l'onorevole Lambsdorff 308 voti;
- l'onorevole Liberadzki 378 voti;
- l'onorevole Lunacek 291 voti;
- l'onorevole McGuinness 466 voti;
- l'onorevole Papadimoulis 274 voti;
- l'onorevole Paşcu 282 voti;
- l'onorevole Sassoli 377 voti;
- l'onorevole Tarand 220 voti;
- l'onorevole Telička 313 voti;
- l'onorevole Valcárcel Siso 323 voti;
- l'onorevole Wieland 336 voti.

I risultati ci dicono che ci sono ancora dei seggi da assegnare però hanno ottenuto la maggioranza assoluta dei voti espressi gli onorevoli McGuinness, Liberadzki, Sassoli, Wieland, Guillaume, Czarnecki, Valcárcel Siso, Gebhardt, Telička e Gáll-Pelcz.

Mi congratulo con tutti questi colleghi per la loro avvenuta elezione.

Restano ancora da assegnare 4 seggi. È pertanto necessario procedere a un secondo turno.

Se non ci sono osservazioni considero mantenute le candidature del primo turno.

Ci sono osservazioni?

Bene, allora le candidature del primo turno sono mantenute e propongo di fissare il termine per il deposito delle candidature al secondo turno alle ore 12.30.

Il secondo turno si svolgerà alle ore 13.30, dopo l'intervento naturalmente del Presidente del Consiglio in carica, Muscat.

## 5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

## 6. Arbeitsplan

**Presidente.** – Il progetto definitivo di ordine del giorno fissato dalla Conferenza dei presidenti il 12 gennaio a norma dell'articolo 149 è stato distribuito.

A seguito di consultazioni con i gruppi politici desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifiche al progetto di ordine del giorno definitivo: mercoledì, le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sullo scambio di informazioni in materia di applicazione della legge dell'Unione europea e sostituzione degli strumenti pre-Lisbona saranno rinviate alla tornata di febbraio II. Questo punto verrà sostituito dalle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sull'aiuto d'emergenza per i rifugiati e i migranti che affrontano condizioni climatiche avverse nei campi profughi europei e verrà spostato da giovedì mattina.

Vi sono obiezioni? Le modifiche sono così approvate.

Ho inoltre ricevuto la seguente richiesta per mercoledì, il gruppo Verts/ALE ha chiesto che il voto sul regolamento delegato della Commissione che modifica il regolamento delegato (UE) 2016/1675 della Commissione che integra la direttiva (UE) 2015/849 individuando i paesi terzi ad alto rischio con carenze strategiche sia spostato da giovedì a mercoledì.

Do la parola all'onorevole Sargentini per presentare la richiesta del gruppo Verts/ALE.

**Judith Sargentini (Verts/ALE).** – Mr President, indeed as co-rapporteur on the motion for a resolution on Commission Delegated Regulation amending Commission Delegated Regulation 216/1675 supplementing Directive 215/849 by identifying high-risk third countries with strategic deficiency, I request to expedite the vote from tomorrow to today. This vote needs an absolute majority to be valid. This Parliament should take our right to decide on delegated acts seriously. Before we were mere bystanders. We know that attendance for the vote is better on Wednesday than on Thursday, and actually I think we should take all our delegated act votes on Tuesday or Wednesday. So let us demonstrate today that we mean business and take this vote today.

(Applause)

**Krišjānis Kariņš (PPE).** – Mr President, with all due respect to Ms Sargentini, yesterday and today within our Groups we have been debating the votes on who will be President of Parliament, and today we are still in the process of voting on who will be the Vice-Presidents, and then in the evening on the Quaestors. In our Groups, we always have a discussion in the evening before a vote on how the Groups will vote. This is not only an important issue, but also a rather technical one, because certainly within the EPP we have had no discussion within the Group on this issue. We would normally have it on a Wednesday evening – that is, this evening. I propose that we stick with the original agenda, we vote tomorrow as planned, and we discuss it properly, as it should be.

**Fabio De Masi (GUE/NGL).** – Mr President, I would like to speak in favour of the request by Ms Sargentini, if that is possible.

Die Linksfraktion hatte beantragt, die schwarze Geldwäscheliste der EU-Kommission abzulehnen, denn auf der Liste der EU-Kommission fehlen etliche Länder wie etwa Panama oder die Bahamas. Die EU-Kommission hat die völlig unzureichenden Empfehlungen der *Financial Action Task Force* einfach übernommen. Sie ist aber laut Antigeldwäscherichtlinie verpflichtet, eine eigene Analyse vorzunehmen. Der Wirtschaftsausschuss und der Innenausschuss haben daher diese Liste abgelehnt. Wir hoffen, dass die Mehrheit des Plenums dieser Empfehlung folgt, und möchten den Antrag unterstützen, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen, damit mehr Abgeordnete anwesend sind.

**Presidente.** – Grazie onorevole De Masi, come Lei sa, il nuovo regolamento non prevede che ci siano più oratori in caso di proposta di cambiamento, ma siccome si avvia il nuovo regolamento, da questa settimana ho preferito lasciarle la parola, in base al vecchio regolamento, poiché credo che sia giusto fare così, essere flessibili. La ringrazio quindi per il Suo intervento.

Pongo ora in votazione la richiesta del gruppo Verts/ALE di spostare la discussione sul regolamento da giovedì a mercoledì. Quindi chi vota a favore, vota a favore dello spostamento di questa discussione da giovedì a mercoledì, chi vota contro, vota per mantenere l'ordine del giorno così com'è.

Chi è a favore della proposta del gruppo Verts/ALE? Chi è contro? Mi pare respinta, comunque se volete fare un check, facciamo un check. La votazione è aperta.

La votazione è chiusa. La proposta è stata respinta, quindi l'ordine del giorno non è pertanto modificato.

**Ska Keller (Verts/ALE).** – Mr President, I am sorry, but we had actually tabled another request for the Wednesday plenary session: we had requested that Mr Juncker – who is already here – would join us today in the plenary debate on the situation of refugees. That will happen tonight, and we had tabled a request for that. I hope the Groups can support us, and that Mr Juncker can support us, because I think it is a disaster that we have people freezing to death in the European Union of today, and that is why I would like to ask for your support in inviting Mr Juncker to that debate.

**Presidente.** – Non serve votare su questo argomento, quindi è una richiesta che non modifica l'ordine del giorno.

Quindi passiamo alla composizione numerica delle commissioni permanenti, saluto il Presidente Juncker.

**Pervenche Berès (S&D).** – Monsieur le Président, je souhaite simplement vous signaler qu'une erreur technique s'est produite au moment du vote. Lorsque vous avez vérifié le vote de demain ou d'aujourd'hui du point à l'ordre du jour, le tableau d'affichage ne s'est pas correctement inscrit sur les écrans. Nous n'avons vu que le résultat chiffré et non pas l'image de l'hémicycle.

**Presidente.** – La proposta era chiaramente respinta per, mi pare, 30 voti di differenza, quindi sul mio monitor è apparso molto chiaro. Mi dispiace che non sia stato verificato, lo faccio verificare immediatamente dai servizi in modo che, anche se dovesse servire per la prossima votazione, ci sia la possibilità per tutti quanti i parlamentari di leggere sullo schermo, se i servizi possono provvedere. Grazie per la segnalazione on. Berès.

## 7. Abstimmungsstunde

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

### 7.1. Mitgliederzahl der ständigen Ausschüsse (B8-0029/2017)

**Presidente.** – Dobbiamo votare la composizione numerica delle commissioni permanenti. La proposta di decisione presentata alla Conferenza dei presidenti, al paragrafo 1, il punto 3 riguarda la commissione per il commercio internazionale, c'è l'emendamento 1.

Chi è a favore? Chi è contro? Chi si astiene? Approvato.

Facciamo un check.

La votazione è aperta. La votazione è chiusa. È approvato.

La decisione nel suo insieme.

Chi è favore? Chi è contro? Chi si astiene? Approvato.

Grazie.

L'ordine del giorno è fissato come deciso.

**James Carver (EFDD).** – Mr President, just a point of order – a bit of housekeeping – the bell does not appear to be working in the corridor of my political party, the UKIP delegation, the EFDD Group, on the eighth floor. I know that colleagues would like us all to be in the Chamber for our votes, so perhaps you could arrange for that to be looked at.

**Presidente.** – Assolutamente sì, inviamo subito qualche responsabile dei servizi perché possa controllare ed eventualmente e sistemare problemi tecnici che ci sono.

## 8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

## 9. Tätigkeitsprogramm des maltesischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul Programma di attività della Presidenza maltese (2016/2791(RSP)).

**Joseph Muscat**, *Presidente in carica del Consiglio*. – Sur President, nibda billi nawguralek għall-elezzjoni fil-kariga l-ġdida tiegħek. Signor Presidente, so che dopo una campagna elettorale così combattuta Lei saprà fare del suo meglio per continuare l'ottimo lavoro fatto dal suo predecessore Martin Schulz, che ha alzato di molto la rilevanza e la visibilità di questa Istituzione.

Sono certo che, come ha saputo fare negli altri ruoli da Lei ricoperti e come ha già detto, Lei darà il massimo durante questo periodo delicato per la nostra Europa. Le assicuro che la Presidenza maltese di questo semestre europeo sarà un interlocutore leale e un lavoratore assiduo per portare a casa i risultati prefissati.

Complimenti di nuovo a Lei e ai candidati.

Sur President, nistqarr li dan huwa mument emozzjonali għalija: l-ahhar darba li dhalt fil-plenarja disa' snin ilu kien bhala Membru ta' din il-Kamra. Dak iż-żmien, flimkien ma' Louis Grech, li llum li huwa d-Deputat Prim Ministru tiegħi, u oħrajn, konna mal-ewwel grupp ta' parlamentari Ewropej ġejjin minn pajjiżi li, dak iż-żmien, kienu jissejhu Stati Membri godda.

Kien hawn arja ta' eċċitament u ottimizmu kbir f'din l-istituzzjoni u madwar l-Ewropa kollha. L-inkwiet tagħna kien dwar kif nistgħu nkabbru aktar l-ekonomija; kif nistgħu nlahhqu mal-Aġenda 2020; kif se niproteġu lill-konsumaturi tagħna aktar; kif nistgħu mmexxu lill-Ewropa aktar «il quddiem». F'tit kienu qed jobsru li ġejja krizi finanzjarja, krizi finanzjarja dinjija li kienet se tissagrifika tant postijiet tax-xogħol. Hadd ma kien jippretendi li banek b'sahhithom se jkollhom jspiċċaw jiġu salvati mill-flus ta' min ihallas it-taxxi. F'tit kienu qed jistennew li se jkollna taħdidiet biex Stat Membru jiġi salvat mill-falliment. Kwazi hadd ma kien jistenna li se jkollna nibdew taħdidiet biex wiehed minna jitlaq. Kif kien ikun hawn hafna tbissim meta konna nkunu f'tit hafna li nitkellmu dwar il-krizi tal-immigrazzjoni, li dak iż-żmien kienet għadha meqjusa bhala problema Mediterranja u mhux problema Ewropea.

Dak iż-żmien ukoll kien ikolli żewġ minuti (xi drabi hamsa) biex nitkellem – illum għandi f'tit iktar minn hekk, u se nipprova nuża dan il-privileġġ bl-ahjar mod. Naf li hafna minnkom diġà qraw il-programm tal-Prezidenza Maltija li, b'intenzjoni, flimkien mal-hbieb tagħna Olandiżi u Slovakkji, huwa ffukat hafna. Għas-sitt xhur li ġejjin għażilna li niffukaw fuq sitt setturi: l-immigrazzjoni, is-suq waħdieni, is-sigurtà, l-inkluzjoni soċjali, il-vicinat tal-Ewropa u s-settur marittimu. Se naghzel li, minflok ngħid f'tit sentenzi fuq kull qasam, se niffoka fuq uhud minnhom u lil hinn minnhom, u niġbed f'tit tagħlimiet minn dawn il-paralleli ta' kif inbidlet l-Ewropa u d-dinja f'dan id-deċennju; u l-arja li kien hawn dakinhar, u l-arja li hawn illum f'din il-Plenarja u madwar l-istituzzjonijiet Ewropej u, fuq kollox, fejn veru jghodd, fid-djar tal-familji ta' madwar l-Ewropa kollha. Ovvjament, wara nkun lest li nwieġeb għall-mistoqsijiet tagħkom fuq l-oqsma kollha.

I believe we should start with migration. We know for a fact that there is a need for a holistic policy, which has gone amiss for many years and has only recently been recognised as a priority. I must say that the Commission has shown exceptional leadership in this – as has Parliament – and I have to admit that any hesitation is coming from the institution I represent here today. I will not waste your time by repeating the clichés that have been going round for so long: on the need to use all our policies, including development aid and a long-term approach. We all know that, and we all agree with that – also thanks to decisions taken during the Valletta Summit a little over a year ago, which have given new impetus to the external dimension and led to the negotiation of a number of compacts, which are the basis for such a long-term approach.

But the issue is much more pressing, and time is not on our side. You know Malta's position on this issue very well. We have been stressing for more than a decade that the migration situation in the Mediterranean is unsustainable. We were among the first to sow the seeds – even within this Parliament – on the need for responsibility sharing, and also the sharing of the burden of managing the flows that cannot fall exclusively on the shoulders of front-line Member States. Yet for many years we were left almost alone, trying to overcome a crisis which was not of our making. The only solution we were given – and even that only at times – was some more money. But that is not a solution. I confess that, when last year we came to take sides in the Council on the distribution mechanism proposed by the Commission, there were quite a few voices back home urging me to stand against the relocation of migrants. They said that nobody helped us when we needed it. We took our fair share over the years, so now let us mind our own business. I assure you that such a stand would have been very popular and would have had a popular backing within the silent majority.



Instead, we opted to do just the opposite, because we know that this is an issue of principles and credibility. Solidarity is not an à la carte option that we use when we need it and turn a blind eye to when others need it. Solidarity is an essential European value at the very core of what the founding mothers and fathers envisaged 60 years ago in Rome. So the smallest Member State, which over the years – bar the last few – has suffered first-hand the brunt of the human plight of migration with little or no help, signed up to take asylum seekers from other Member States which are facing a crisis. To me, that is more than enough to assert that our European and human values are indisputable.

I was sorry to see a minority of Member States resist this system. During these next six months we can choose to dig our heels in further and antagonise each other even more, or, on the other hand, we can try to understand any genuine concerns and misgivings that these Member States – and indeed our people in our own Member States – have about the whole way in which Europe is handling the migration issue. We have opted for a two-pronged approach which focuses on the effective management of our borders while concurrently working to achieve progress on the fairer allocation of responsibility and – to be very clear – the fair allocation of the burden, since we are now used to calling it that. The proper management of our land and – more problematically – sea borders is part and parcel of our approach towards a revision of the Dublin Regulation, which needs to be an ambitious and workable solution.

The last major crisis we had caught Europe unprepared, also because the situation was rendered even more critical by our own inadequate and dated European systems and procedures. In fact, these flaws were exposed in their entirety. All this led to tensions on different approaches – «to wall, or not to wall?» In the end, the only way in which the flow was stemmed was through an agreement with Turkey. We all know it is not a perfect deal, and that it is not a long-term solution, but we have to admit that this is what has made some difference up to now. Europe cannot be caught in this conundrum once again. Come next spring, Europe will face a new heavy influx of migrants – this time through the central Mediterranean. Needless to say, their composition, their origin and the reasons why these people want to undergo the riskiest voyage of their life across a deadly sea is different from that of the mainly Syrian refugees crossing the Aegean Sea. We also all know that the countries across the southern littoral of the central Mediterranean are different in so many ways from Turkey. Nevertheless, in my mind there is no doubt that, unless the essence of the Turkey deal is replicated in the central Mediterranean, Europe will face a major migration crisis.

Let me not mince my words: I see no way in which one single Member State can manage or absorb this further wave. Thus, the essence of the core principles of the European Union will be seriously tested unless we act now. Let me also be very clear about what I mean by the replication of the «essence» of the Turkey deal. I mean, most importantly, breaking the business model of the criminal gangs making millions of euros out of this inhumane business. I believe that a strong political message is necessary at this point, and if we manage to get such an agreement, we should then, as the European Union, organise humanitarian safe passages and corridors that would get recognised asylum seekers to Europe safely.

*(Applause)*

One final point on migration: I have no doubt that, unless we are ready to make such bold moves, we will be made to make even bolder ones in the months to come, and these citizens will be led by people who do not have the progress of the European project at heart. This is a matter which we intend to tackle directly during the meeting of the Heads of State and Government in Malta next month.

I said that I would not go into each and every priority of the Presidency, but I cannot give this address without specifically mentioning the priority of security. The European Union is meant to deliver an area of freedom, security and justice for its citizens. Our citizens need to feel safe and protected wherever they are within Europe. In recent times, we have seen a direct threat to that security. We have learned, at our own cost, that the security of one Member State is the security of another. If we are not together, we are extremely vulnerable. Strengthening our resilience to protect our way of life is a common responsibility, and therefore taking cooperation in this area to a different level is not an option. Member States and institutions need to work relentlessly to deliver a safe Europe for citizens. A lot has been done in recent months, but a lot more needs to be done and our efforts need to increase, because time really is of the essence. The Maltese Presidency will work hand-in-hand with you, Parliament, to address this common challenge with determination.

Allow me now to take some time to discuss Brexit. It is quite a historic irony for a country that has been a British colony for two centuries, and which currently also presides over the Commonwealth, to hold the Presidency of the Council of the European Union at the time of the triggering of the process by means of which the United Kingdom will, unfortunately, cease to be a member of the European Union which it supported us to join. Given our historical ties and the great – and mostly positive – influence that the British systems had on our own, from the basis of our educational and administrative systems to English, which is one of our two official languages; from the George Cross for the bravery shown by our forefathers during the Second World War, which we proudly display on our flag, to the side of the road on which we drive, this is not a happy event for us.

We want a fair deal for the United Kingdom, but that deal necessarily needs to be inferior to membership. This should not come as a surprise to anyone. Indeed, thinking it can be otherwise would indicate a detachment from reality. Yesterday's statement by my colleague and friend, Prime Minister May, helps clarify the priorities of the British Government during the impending negotiations. Our understanding is that Prime Minister May is prioritising curbs to freedom of movement of people over membership of the single market and the customs union. She added that she does not want the United Kingdom to replicate something that exists, but rather the creation of something new.

I would like to confirm to this House today that, at this point, there is unequivocal unity within Council. This stand does not arise from antagonism, but from belief in the core principles of the European project. As stated by the 27 heads of state and government after the Brexit referendum result, which we respect as a sovereign decision, the freedom of movement of persons, goods, services and capital cannot be decoupled. To put it simply, the four freedoms are indivisible.

*(Applause)*

Indeed, the fact that the British Prime Minister declared that she will take her country out of the single market because of the political choice to limit the freedom of movement of persons confirms the position of the EU 27 that the four freedoms are one package. That, in itself, is a somewhat positive development. This is not to say that we should allow these principles to be abused or undermined. The freedom of movement of persons is aimed at allowing people to move freely across the Member States, to work and establish themselves and their families freely. It was never meant to encourage people to shop around Member States to see who offers the best social benefits. This is why we look forward to Commission proposals in this area.

Once there is a notification, a clear and clean cut from current arrangements, and afterwards a negotiated and unrelated new free-trade agreement ushered in by possible transitional agreements where European rules and institutions cannot be compromised, will be an arduous task, as our recent experiences in trade agreements suggest. This task should never be underestimated. Nor should our colleagues on the other side of the table be underestimated.

I would like to report to you how the Council intends to go about the mechanics of Brexit. First of all, we will keep to the maxim that there will be absolutely no negotiations without the official notification. Once the notification is made, depending on the contents of such a notification, consultations will start amongst Member States with the intention of convening an extraordinary European Council meeting within a short period of time – possibly four to five weeks from notification – with the aim of establishing the guidelines that will serve as a mandate to the Commission to negotiate. I also want to take this opportunity to say that I am very impressed with the thorough preparations that Michel Barnier and his team are making. The Commission will be asked to refer back to the Council as appropriate. The General Affairs Council will be tasked with the preparation of the Council's work.

This leads me to the role of Parliament in all this. As already publicly stated, I advocate that Parliament should be involved as much as possible in this process.

*(Applause)*

Having been part of this institution myself, I am aware of the organic dynamics within it. I am of the opinion that not involving Parliament is not the best choice. It comes with its own risks, and would also lead to the risk of even the fairest of deals being scuttled. Having said this, I do appeal to all institutions to adopt a consistent approach that is aimed at safeguarding the European project and not at punishing any particular country.

Before closing, I would like to pinpoint a further element which is present in the narrative and the programme of the Maltese Presidency: the social factor. I believe that the social aspect of this 60-year-old project is the essence of our European Union.

*(Applause)*

It is an ethos that no other group of nations can say is theirs. It is a characteristic that no trade deal can ever aspire to replicate. Indeed, social Europe is the X factor of the European Union: you either have it or you don't. This is why we want these six months to lead the drive towards a strengthening of this ideal, which can go a long way towards contributing to the real question that families across our continent are asking, and the experiences that they go through each and every day of their lives. Social Europe should not be treated as a concept belonging to the 90s, but rather as a unique European essence, the real scope behind projects such as the single market and the euro. The fact that we have not pursued this goal actively over the past few years may provide an explanation for the current mood in many of our Member States. So we are proud to put social Europe back on the agenda, in sync with the Commission's recent work.

*(Applause)*

I strongly believe that matching this dimension with policies conducive to economic growth and more – and better – jobs can help provide a guiding light not only to our people, but also to the global community that is desperately looking for progressive leadership.

Sur President, hemm bosta sugġetti ohra li xtaqt nitkellem dwarhom u nittama li jkolli çans nitkellem dwarhom fi twegiba għall-interventi tal-kollegi: fost l-ohrajn is-suq wahdieni, il-qasam tat-tassazzjoni, id-dinamiçi interistituzzjonali, l-ambjent u l-klima, il-qasam marittimu, ir-road map ta' Bratislava, is-Sittin Anniversarju tat-Trattat ta' Ruma, fuq kollox – kif għidt diġà – l-aspett soċjali.

L-Ewropa tfisser affarijiet differenti għal kulhadd. Dak li għal uħud hija aktar konverġenza, għal haddiehor huwa kontroll żejjed. Dak li jista' jitqies li huwa sussidjarjetà, hemm min jarah bhala nuqqas ta' Ewropeizmu; iżda m'hemmx dubju li, bid-diffetti kollha tiegħu, il-proġett ta' dawn l-aħhar sittin sena ta' Ewropa magħquda wassal għall-aħjar perjodu fl-istorja millenarja ta' dan il-kontinent. Kien l-aktar perjodu li ġab ġid u li ġab progress. Għalhekk it-tema tagħna hija *reunion*, għaliex is-sittin sena tal-Ewropa – fis-sittin sena tagħha – l-Ewropa m'għandhiex taħseb biex tirtira iżda biex tavanza.

**Jean-Claude Juncker**, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais d'abord, Monsieur le Président, vous féliciter chaleureusement d'avoir été porté à la tête de cette assemblée.

Je vous connais depuis des siècles, je vous sais un Européen convaincu et je suis sûr et certain que vous exercerez votre nouveau métier avec l'élégance et le savoir-faire qui vous caractérisent depuis toujours.

*(Applaudissements)*

Je voudrais, tout aussi chaleureusement, rendre hommage à Martin Schulz, ni pour la première ni pour la dernière fois. Il fut un grand Président de ce Parlement et l'Europe lui doit beaucoup. Martin Schulz est un grand Européen.

Venant du plus petit pays fondateur de l'Union, je me réjouis également que Malte, le plus petit de nos États membres, prenne pour la première fois les rênes de la présidence de l'Union. Lorsque je suis à Malte, je dis toujours à Joseph, à Louise et à mes amis maltais que le jour où Malte est devenue membre de l'Union européenne fut un jour heureux pour moi, parce que ce jour-là, le Luxembourg a cessé d'être le plus petit État membre de l'Union. Par conséquent, j'étais spontanément en faveur de l'adhésion de Malte.

Je me réjouis de la présence de Malte et de son accession à la présidence du Conseil des ministres parce que je sais que l'engagement européen n'est pas proportionnel à la taille des pays et que les plus petits font souvent les plus grandes présidences. Ne voulant pas défendre leurs intérêts immédiats, ils affichent, en règle générale, de grandes ambitions pour l'Europe. Et de l'ambition, nous en avons plus que jamais besoin pour relancer nos économies, pour affronter la vague migratoire, pour affronter la menace terroriste, pour trouver la bonne façon de réagir à la décision du Royaume-Uni de choisir le Brexit et pour préparer nos relations avec l'Amérique de Donald Trump.

Je salue les clarifications apportées hier par la Première ministre britannique. Hier soir, je lui ai dit qu'un discours seul ne déclenche pas des négociations. Dès que le Royaume-Uni aura activé l'article 50, une négociation inédite débutera, qui devrait aboutir en deux ans selon le traité et dont les conséquences seront considérables pour ce pays, pour ses 27 partenaires et pour l'Union européenne tout entière. Pour ma part, je ferai tout pour que cette négociation aboutisse à une solution équilibrée dans le respect intégral de nos règles.

La plupart d'entre vous, la plupart des responsables politiques, la plupart de nos citoyens et, sans doute plus que tous, la Commission, que j'ai l'honneur de présider, auraient voulu que l'Europe réponde plus rapidement et de façon plus solidaire aux événements qui ont tristement marqué l'année 2016. Souvent, nos hésitations, parfois nos divisions, ont fait le jeu des extrémistes et des europhobes qui se sont empressés de rendre l'Union européenne responsable de tous les maux. Je veux affirmer, ici et maintenant, qu'ils se trompent et, plus grave encore, qu'ils trompent ceux à qui ils font croire que le repli sur soi, la fermeture des frontières, le rejet des demandeurs d'asile constituent des solutions. C'est tout à fait le contraire. Nous devons dire clairement et surtout prouver à ceux qui pensent que le moment est venu de déconstruire l'Union, de la mettre en pièces, de nous diviser, qu'ils ont complètement tort. Sans l'Union, aucun État membre ne serait capable d'accueillir les demandeurs d'asile, de combattre le terrorisme, d'organiser notre économie, de lutter contre le chômage et de peser dans les affaires du monde.

*(Applaudissements)*

La présidence maltaise peut compter sur l'appui de la Commission pour que, tous ensemble, nous fassions en sorte que les célébrations du 60<sup>e</sup> anniversaire du traité de Rome, préparées par le sommet – non moins important – de Malte de février, ne consacrent pas seulement nos avancées passées mais marquent aussi et surtout un nouveau départ, un sursaut d'énergie, de clairvoyance, de vision pour engager une refondation de l'Europe qui prouvera ainsi que, comme cela a toujours été le cas dans son histoire, qu'elle sort renforcée des épreuves et des défis.

Pour y parvenir, nous pouvons avoir confiance en Malte, pont entre l'Orient, l'Afrique et l'Occident, qui mettra à profit cette expérience de bâtisseur pour convaincre nos opinions publiques différentes, parfois antagonistes, de dépasser les égoïsmes nationaux et de retrouver l'élan et la solidarité qui nous permettront d'être encore plus efficaces dans nos efforts de stabilisation de nos économies en Europe.

Plus d'une fois, au cours des dernières années, j'ai regretté que la solidarité ne fut pas toujours un réflexe spontané et je déplore que, pour la première fois dans l'histoire européenne, certains pays n'ont pas appliqué les décisions adoptées dans un domaine aussi sensible que celui de l'asile, même si des progrès significatifs ont été réalisés par ailleurs. Il nous reste beaucoup à faire, en particulier pour mettre en place un mécanisme européen permanent nous permettant de gérer les migrations de manière crédible et sur le long terme. Pour y parvenir, la Commission a proposé de réformer les règles de Dublin en instaurant un système clair, prévisible et juste pour aider les pays en première ligne en cas d'afflux massif de réfugiés, et aussi en transformant le Bureau européen d'appui en matière d'asile, qui a son siège à La Valette, en une véritable agence de l'Union européenne pour l'asile.

Monsieur le Président, je lance ici un appel solennel à tous, et notamment au Parlement et au Conseil, pour que nous réussissions à conclure la réforme du mécanisme de Dublin sous présidence Maltaise car le temps presse. Je voudrais aussi que la nouvelle agence européenne pour l'asile devienne opérationnelle avec la même rapidité que celle qui nous a permis de créer le corps européen de gardes-frontières et de garde-côtes parce qu'il en va de la crédibilité et de l'honneur de l'Europe qui doit protéger ses frontières tout en menant une politique migratoire humaine et solidaire. Elle opposera ainsi un démenti indiscutable à ceux qui tentent de faire prospérer leurs idées en se livrant à un dangereux amalgame entre réfugiés et terroristes.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bürger sorgen sich natürlich um ihre Sicherheit. Sie setzen auf den Kampf gegen den Terror, vor allem nach den furchtbaren und feigen Attentaten in Deutschland, Frankreich und Belgien. Deshalb müssen wir genauer wissen, wer unsere Grenzen passiert. Wir müssen besser überwachen können, wann und wie sich potenzielle Terroristen bewegen. Dafür müssen wir auch die Bewegungen sämtlicher Reisenden systematisch kontrollieren, die unsere Grenzen ohne Visa überqueren. Ich hoffe, dass unser Vorschlag dazu bis zum Ende der maltesischen Präsidentschaft Wirklichkeit wird.

Die andere Priorität der Bürger ist Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Auch in dieser Frage müssen wir schnell konkrete Ergebnisse liefern, um ihr Vertrauen wiederzugewinnen. Das schaffen wir, indem wir Hemmnisse abbauen und so neue Arbeitsplätze schaffen sowie unser volles wirtschaftliches Potenzial entfalten.

Die maltesische Ratspräsidentschaft unterstützt unser Vorhaben, den Binnenmarkt zu vollenden, indem wir vor allem den digitalen und den Energie-Binnenmarkt ausbauen. Außerdem eröffnen wir kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zur Kapitalmarktunion, sodass sie zusätzliche Finanzquellen erschließen können und nicht allein vom Bankensektor abhängig sind.

Wir möchten die Investitionsoffensive, die wir gestartet haben, auch möglichst vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute kommen lassen. Sie sind es, die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Deshalb appelliere ich an Sie, noch vor Ende des maltesischen Semesters die Ausweitung des Investitionsplans zu verabschieden.

Ich bin froh darüber, dass für die maltesische Ratspräsidentschaft zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten auch die sozialen dazugehören. Das ist ein Anliegen, das uns gleichermaßen wichtig ist. Fairness und soziale Gerechtigkeit liegen mir in all meinem politischen Handeln am Herzen. Für mich ist die soziale Dimension unerlässlich für das Gleichgewicht und die Glaubwürdigkeit unseres europäischen Projekts.

*(Beifall)*

Wir müssen der Sozialpolitik deshalb den Platz einräumen, den sie verdient, insbesondere indem wir eine gemeinsame europäische Basis der sozialen Rechte verankern. Es geht dabei um nichts weniger als darum, das europäische Modell zu bewahren und zu verteidigen – das Modell einer sozialen Marktwirtschaft, die mit ihren Regeln alle und besonders die am wenigsten Begünstigten schützt; eine soziale Marktwirtschaft also, die verhindert, dass die Ungerechtigkeit wächst – und die ist im Wachsen –, und die dafür sorgt, dass die Schwächsten nicht auf der Strecke bleiben.

Monsieur le Président, lorsque Malte nous a rejoints en 2004, elle a ouvert l'Union vers le grand large en renforçant sa vocation maritime. Treize ans plus tard, Malte accède pour la première fois à la présidence du Conseil, à un moment, il est vrai, crucial pour l'Europe qui doit choisir entre relance et délitement en reprenant son destin en main et en renouant avec l'esprit des pères fondateurs. C'est dire combien nous avons besoin d'un bon capitaine qui sache tenir le cap.

Je sais que Malte saura montrer la voie, mais j'en appelle à la responsabilité de tous, et notamment du Parlement, sans lequel rien n'est possible, pour que 2017 offre un nouveau souffle à l'Europe et une vision d'avenir grâce à des projets sans lesquels elle ne survivra pas et sans lesquels ses citoyens, et notamment les jeunes, nous tourneront le dos.

*(Applaudissements)*

**Le Président.** – Monsieur le Président, je vous remercie pour le message que vous m'avez envoyé. Je veux aussi vous remercier pour votre engagement en faveur de mes concitoyens qui ont été victimes du tremblement de terre. Merci beaucoup!

Je remercie également l'Union européenne pour son engagement en faveur de la reconstruction de la basilique Saint-Benoît de Norcia.

Purtroppo c'è stata una seconda forte scossa di terremoto sempre nella stessa zona, di 5.7 gradi, pare che non ci siano né feriti né vittime, però la situazione è complicata anche dal maltempo, ci tenevo a informare i deputati italiani, però la Protezione civile mi dice che non dovrebbero esserci né morti né feriti, quindi questa è già una buona notizia rispetto alla situazione che si fa sempre più complicata.

**Manfred Weber**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Parlamentspräsident, lieber Antonio, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident und vor allem Herr Ratspräsident, lieber Herr Premierminister! Ein herzliches Willkommen, als ehemaliger Kollege umso mehr willkommen in Ihrer alten Wirkungsstätte im Europäischen Parlament! Wir haben hier eine Grunddebatte: Nämlich, im Europäischen Parlament gibt es da drüben diese rechten Politiker, die behaupten, die Nationen würden an Einfluss verlieren, wenn wir Europa machen, die Nationen würden überflüssig werden, die Nationen würden aufgelöst werden. Ich glaube, dass der heutige Start der maltesischen Präsidentschaft ein Sinnbild für das Gegenteil ist: dass ein Land wie Malta, ein kleines Land wie Malta, mit der Mitgliedschaft in Europa Größe hat, Stärke hat, Durchsetzungsfähigkeit hat, seine Interessen auf europäischer Ebene einbringen kann. Deswegen begrüßen wir Ihre Präsidentschaft – politisch ein wichtiges Zeichen.

Die Prioritäten sind richtig gesetzt: Zunächst die Migration. Das Frühjahr steht bevor – wir wollen alle miteinander, dass das Sterben, das wir im Mittelmeer jedes Jahr erleben müssen, sich nicht wiederholt, dass es möglichst eingedämmt wird! Dazu brauchen wir konkrete Schritte. Eine Bitte, die wir als Parlamentarier immer haben, wenn sich eine Ratspräsidentschaft vorstellt, ist: Bitte kümmern Sie sich auch um die Umsetzung des Beschlossenen. In Valletta wurde beispielsweise ein Afrika-Fonds für 1,8 Milliarden Euro beschlossen, und von den Mitgliedstaaten – von Ihnen – sind mittlerweile 80 Millionen Euro einbezahlt. Vier Prozent von dem zugesagten Geld sind mittlerweile einbezahlt. Das ist eine Tragödie, was wir da erleben: viele Zusagen und kein Liefern durch die Mitgliedstaaten. Kümmern Sie sich darum!

Und wir müssen die Blockade bei der Frage der Solidarität in Europa beenden, endlich die richtige Balance zwischen Helfen und Kampf gegen illegale Migration finden. Wir wollen am Kampf gegen Terror arbeiten – Sie haben es angesprochen. Da brauchen wir mehr Vollzug, mehr Umsetzung. Die Defizite sind offensichtlich: Nach jedem Terroranschlag – in Paris, in Brüssel und auch in Berlin – treffen sich die Innenminister und beklagen, dass es mit dem Datenaustausch nicht klappt, dass wir nicht vorankommen mit dem Datenaustausch. Deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass wir im Parlament uns mit einem Sonderausschuss auch um diese Frage kümmern müssen, dass wir die Hintergründe überprüfen. Wir müssen endlich Schluss machen damit, dass die Bürger nicht genügend geschützt werden, weil der Datenaustausch nicht funktioniert. Das ist gerade ein Thema, wo die Bürger mehr Europa fordern – mehr Europa, mehr Sicherheit.

Ein drittes Thema ist das Schlagwort Fairness und Gerechtigkeit auf diesem Kontinent: Die Tatsache, dass manche Konzerne keine Steuern bezahlen und dafür die Handwerker die Zeche zu bezahlen haben – das geht nicht. Und wenn wir dann noch Panama mit dazu nehmen, die Fragestellung der Steuerparadiese, die wir heute bereits kurz andiskutiert haben, dann bitte ich Sie darum, sich um dieses Thema zu kümmern. Unsere Gesellschaften fordern Gerechtigkeit.

Und zu guter Letzt möchte ich ansprechen, dass wir in den nächsten Wochen auch über ein wichtiges Thema – für mehr Jobs – abstimmen werden. Wenn wir Arbeitsplätze auf diesem Kontinent schaffen wollen, wenn wir der jungen Generation, vor allem im Süden des Kontinents, eine Zukunft geben wollen, dann müssen wir offen sein für eine moderne Handelspolitik. Wir werden über CETA abstimmen. Und ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass eine sozialistische Regierung, eine linke Regierung in Malta sich klar zu CETA bekennt, sich klar zu CETA hinstellt, dass wir bei diesem Thema vorankommen.

Ein Thema darf ich noch anschneiden, ein rein technisches, aber für uns als Parlamentarier wichtiges Thema: Ich bitte Sie, die Wahlen 2019 vorzubereiten. Wir arbeiten an einem europäischen Wahlrecht, und wir brauchen endlich Bewegung im Europäischen Rat, im Ministerrat, damit wir beim Wahlrecht vorankommen, und eine stabile legislative Grundlage haben, um die Wahlen 2019 durchzuführen.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg! Europa braucht den Kompromiss, braucht das Miteinander: Die EVP ist dazu bereit.

**Maria João Rodrigues**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to welcome the Prime Minister and welcome the Maltese Presidency. You are starting your Presidency in a very challenging context, with Europe being surrounded by many sources of tension and, with the Putin effect on the one hand and the Trump effect on the other, the calls for nationalistic solutions. But we Europeans really believe in united solutions, cooperative solutions, and European unity and solidarity are more important than ever. That is why this should be translated into an ambitious road map to be adopted in Rome on 25 March 2017, because we need once and for all to assert the European Union as a strong, economic, social, political and democratic power. We need to use the roadmap for this and to reconnect with our citizens with this purpose.

We believe in our Group that the road map should be an ambitious one, a progressive one. It means that if we start with the Bratislava road map, which pointed out the need for strengthening European defence and security, we can agree with it but also say clearly that it is not enough. We need to have a road map where social Europe is really at the heart to reconnect with citizens, making the best of the upcoming European pillar of social rights, and we need also to make sure that the growth and jobs strategy will be underpinned by a more powerful investment plan, aligned with sustainable development goals, and these goals should also inspire our development policy because this is the only way to go to the source of the oncoming migration wave. We need to cooperate with third countries, developing countries, to help them to address their development problems. This is the real root of the challenge coming from migration.

And then of course, as you just mentioned, Prime Minister, another big test for your Presidency is to come up with a real European asylum system where we can again restate our values, because we cannot go on like that. What is happening with refugees so far is shameful. And finally, we need to translate this into credible financial instruments, financial means, which means to align the Community budget to support all these goals, and to make sure that eurozone Member States also have the instruments to implement these objectives. So we are waiting for the Commission White Paper. We would like also to have a powerful and balanced reform of the Economic and Monetary Union, and we count on your Presidency to support this push. To conclude: a road map to prepare Europe for the future, a road map to reconnect again with citizens, is in your hands.

**Syed Kamall**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, we stand here today at the start of a new year, at the start of a new Presidency of the Council, at the start of a new President of Parliament, and the ECR Group wishes both the new presidencies the very best. Let us hope that these presidencies will be the new start that the EU so badly needs: to face up to the challenges not just of the next six months, but of the next few years.

Presidencies so often judge their success on how many trilogues are completed, or how much new legislation is passed in their six months. But while more trilogue agreements can give the illusion of action, we have to ask with each new agreement whether the people we represent feel safer; whether the people we represent feel more prosperous; whether the people we represent feel more confident in us taking decisions on their behalf.

This must be a proud and historic moment in the history of Malta: a Maltese Prime Minister, a former Member of European Parliament, taking over the Presidency of the European Union, and you chose as your first priority to bring the EU closer to the people by encouraging vigorous debate on the key issues. But that closeness you desire will not be achieved by legislating every aspect of people's lives or by being preoccupied with the intrigue and the politicking of the Brussels bubble, but by listening and acting on the big issues facing the EU and by doing less and doing it better – taking tough but fair decisions on migration and asylum, cooperating on security, offering protection against those who wish us harm, and solving the problems of the eurozone while facing the challenges and opportunities of Brexit. For while the process of Britain leaving the EU will begin on your watch, let us hope that this Presidency sees Brexit about more than just the intricacies of Article 50, but about creating the basis for a constructive and mutually beneficial relationship between the UK and the EU, a prosperous European Union trading and cooperating with a prosperous United Kingdom.

Let us hope that in addressing your specific issues of migration, security, the single market, social inclusion, the neighbourhood policy and the maritime sector, that the Maltese Presidency is able to draw a clear distinction between migration and asylum to ensure that the EU delivers a policy that is tough but fair, is able to strengthen security cooperation that makes our peoples feel protected and less vulnerable, to develop a single market that delivers less bureaucracy and more choice for consumers, to encourage social inclusion that learns from the very best projects in our local communities in each of our countries, and to develop a neighbourhood policy that does not mean a costly EU army, but the ability to take tough decisions on sanctions when they really matter, and also to encourage innovation and growth in the maritime sector to support increased open trade.

So, speaking as leader of what is still the third largest political group in the European Parliament, I urge you to throw away the template of previous presidencies and take the EU in a new direction. And if we can see real progress on your priorities over the next six months, then in years to come we will all look back at this Maltese Presidency as a true turning point in the history of the European Union.

**Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group.** – Mr President, I would like to thank the Prime Minister for the inspiring speech. I thank you also for always defending the interests of the European Parliament, and that will be necessary in the coming months, in particular because of the negotiations on Brexit (although I will not talk about Brexit as we have a debate this afternoon with President Tusk). And I agree with my colleague, Mr Kamall – which is not always the case – when we say it could be a true turning point. Let's face it, the turning point is already here: a US President, Trump, who is openly against the European Union and saying that other countries will break away. What other turning point do we need? Why are you still here, I ask myself? Go to the United States, go to the inauguration of Mr Trump instead of being here, but a US President openly saying that other countries are going to break away from the European Union? I have never seen it, never heard it before, and I think that it is a wake-up call for us to reform the European Union as fast as possible. If we don't understand now that we have to stick together, that we need unity, that we need reform, that we need a more integrated European Union – also for our geopolitical interests – then when are we going to understand it? It is the moment, and that is your enormous historical responsibility.

You have an important summit in Valletta in February, where you are going to talk with the other leaders of the European Union about the future. I think it is absolutely necessary, and we in the House – the coalition between the PPE and ALDE – have prepared five concrete points, which in our opinion are necessary for the reform of the European Union. And we also offer a very good method for doing this. Why not use the method we used with the Monti report? The Monti report was a report on the own resources of the European Union where the three institutions work together – the Council, Commission and European Parliament – that is the proposal we are making. Start the process and let it be an open process. It's not the process of two groups; it has to be a process, Gianni, of all pro-Europeans in this Parliament. It's not the time to start the elections in 2019 and to say, 'I'm in opposition to the rest of the European Parliament'; it's time to work together, because it is now that we have to rescue Europe – not in 2019.

**Presidente.** – Per vostra informazione, siccome siamo in ritardo rispetto ai tempi previsti, non sto concedendo il «cartellino blu». Spero, se tutti rispetteranno i tempi, di poter dare più tempo di parola durante il *catch-the-eye*, quindi i colleghi che intendono intervenire possono farlo iscrivendosi al *catch-the-eye*, ma siamo in forte ritardo.

**Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL.** – Ευχαριστώ κύριε Πρόεδρε και θα ήθελα, με αυτή την ευκαιρία, να σας συγχαρώ και από το βήμα για την ανάληψη των καθηκόντων σας και να σας ευχηθώ μια παραγωγική προεδρία στο Ευρωκοινοβούλιο για το καλό και την αναβάθμιση του Κοινοβουλίου, για το καλό όλων των ευρωπαϊκών λαών.

Αγαπητοί συνάδελφοι, κύριε Πρωθυπουργέ, κύριε Πρόεδρε της Επιτροπής, η Προεδρία της Μάλτας θα κληθεί να διαχειριστεί τη βαθιά οικονομική κρίση που μαστιάζει τους λαούς. Για να επιτύχει όμως, πρέπει να σταματήσει η εμμονή στη συνέχιση των καταστροφικών νεοφιλελεύθερων πολιτικών, η στήριξη στο Σύμφωνο Σταθερότητας και η εμβάθυνση της οικονομικής και δημοσιονομικής Ένωσης. Αντίθετα, πρέπει να προωθηθούν μέτρα που θα δώσουν ώθηση στην πραγματική οικονομία και θα ενισχύσουν την κοινωνική συνοχή.

Χαιρετίζουμε τους στόχους που έχουν τεθεί για δημιουργία νέων θέσεων εργασίας, βιώσιμη ανάπτυξη και στήριξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων. Εντούτοις, οι στόχοι που τέθηκαν, εξακολουθούν να μη παράγουν απτά αποτελέσματα, καθώς προωθούνται στο πλαίσιο των νεοφιλελεύθερων πολιτικών της σκληρής λιτότητας οι οποίες συντηρούν την κρίση και την ύφεση, διογκώνουν το δημόσιο χρέος, αυξάνουν την ανεργία διευρύνοντας ανισότητες, και οδηγούν τους λαούς στη φτωχοποίηση.

Η Μάλτεζικη Προεδρία έχει θέσει ως ύψιστη προτεραιότητα το προσφυγικό. Θετικό βήμα είναι ο στόχος που τίθεται για δημιουργία ενός κοινού συστήματος ασύλου και αναδιάρθρωση του Κανονισμού του Δουβλίνου και δίκαιη κατανομή των βαρών. Αυτά όμως δεν αρκούν. Πρέπει να καταργηθεί εντελώς το Δουβλίνο και να αναπτυχθεί μια προσφυγική πολιτική στη βάση του ανθρωπισμού και της αλληλεγγύης. Να τερματιστεί κάθε προσπάθεια δημιουργίας μιας «Ευρώπης-φρούριο» στο πρότυπο μάλιστα και της απαράδεκτης συμφωνίας που συνήψε η Ένωση με την Τουρκία. Πρέπει να δημιουργηθούν νόμιμοι και ασφαλείς οδοί καθώς και ένα μόνιμο και δίκαιο σύστημα μετεγκατάστασης των προσφύγων. Διαφορετικά, οι προσφυγές θα συνεχίσουν να πνίγονται στη Μεσόγειο και η Ευρωπαϊκή Ένωση θα φέρει την ευθύνη.



Εξίσου σημαντικό, στο πλαίσιο της πολιτικής γειτονίας που τίθεται ως προτεραιότητα, είναι να σταματήσει κάθε στήριξη και συμμετοχή σε ξένες επεμβάσεις και να αναπτυχθούν πρωτοβουλίες ώστε η Ένωση να καταστεί πυλώνας ειρήνης. Ιδιαίτερα, να ασκηθούν πιέσεις προς το Ισραήλ για να τερματιστεί ο εποικισμός, να αρθεί η κατοχή, και να δεσμευτεί το Ισραήλ σε έναν οδικό χάρτη για την ειρήνη και τη δημιουργία δύο κρατών.

Τέλος, αναμένουμε από τη Μαλτέζικη Προεδρία, ενόψει και των εξελίξεων στο Κυπριακό, να αναλάβει πρωτοβουλίες ώστε η Ένωση να πιέσει την Τουρκία να σεβαστεί τα ανθρώπινα δικαιώματα όλων των Κυπρίων, να άρει την κατοχή, να αποσύρει τα κατοχικά στρατεύματα από την Κύπρο, και να επιδείξει εποικοδομητική στάση για μια λύση του Κυπριακού στη βάση της διζωνικής δικαιοδικής ομοσπονδίας για μια Κύπρο χωρίς εγγύηση στρατού και διαιρετικά συρματοπλέγματα.

Με αυτή την ευκαιρία, επιθυμώ να ευχαριστήσω τον Πρόεδρο Γιούνκερ για την παρουσία και τη συμβολή του στην ειρηνευτική διάσκεψη για την Κύπρο στη Γενεύη· εύχομαι και ελπίζω αυτή η παρουσία να γίνει ακόμα πιο ενεργή γιατί είναι πολύ σημαντική για όλους εμάς στην Κύπρο.

**Philippe Lamberts**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, bienvenue au Parlement européen et, d'emblée, tous nos encouragements au gouvernement maltais pour sa première présidence de l'Union. La Lituanie a prouvé en 2013 qu'une première présidence d'un petit pays pouvait être un succès. Je suis sûr que vous êtes capable d'en faire autant.

Mais c'est peu dire que l'heure est grave. Entre les présidents russe, turc, chinois et désormais américain résolu à diviser l'Europe et une extrême droite déterminée à la dynamiter de l'intérieur, l'Union européenne, à savoir la première expérience au monde de démocratie transnationale, est menacée.

Je veux aborder ici deux enjeux de votre présidence. Vous avez placé en tête de vos priorités celle des migrations et c'est bien naturel. L'année 2016 a été la plus mortelle en Méditerranée, les causes des migrations sont loin d'avoir disparu et, en ce moment même, des dizaines de milliers de réfugiés arrivés dans l'Union sont encore parqués dans des conditions totalement inhumaines qui menacent leur vie. Avec l'Italie et la Grèce, Malte est en première ligne pour faire face à ce défi et on ne peut pas dire que la solidarité des autres États membres de l'Union ait été spécialement rapide ou particulièrement généreuse. Je me serais donc attendu à ce que Malte déploie toute son énergie afin de mobiliser cette solidarité. Ainsi, l'accord de juillet 2015 prévoyant la relocalisation de 160 000 réfugiés reste faiblement exécuté: seulement 10 000 réfugiés ont été relocalisés à ce stade. Par conséquent, il faut accélérer l'exécution de l'accord et faire en sorte que la répartition devienne la norme. Il est inacceptable que des pays en première ligne, tels que Malte, doivent y faire face seuls. Mais, ce n'est pas cela que je lis dans votre programme. Au contraire, celui-ci s'inscrit dans l'esprit de l'accord UE-Turquie «contenir et refouler». Pire encore, vous évoquez la possibilité de conclure un accord analogue avec la Libye. Alors dites-moi: entre deux gouvernements, deux parlements, d'innombrables chefs de guerre, avec qui allez-vous conclure un accord? En vue d'obtenir quoi? Le confinement, aux mains de groupes mafieux, de migrants livrés à l'esclavage et à la prostitution? Ce serait indigne des valeurs de l'Union européenne.

Le deuxième enjeu que je veux évoquer est celui de la justice fiscale, qui ne figure même pas dans votre liste de priorités. La concurrence fiscale débridée entre les États membres ne profite qu'aux gros contribuables. Il faut y mettre un terme et faire de la justice fiscale une priorité absolue. Sans quoi, l'explosion des inégalités, alimentée par l'injustice fiscale, permettra aux rangs des partis nationaux populistes de grossir davantage. Après les multiples scandales et révélations, la Commission européenne, soutenue par le Parlement, a multiplié des initiatives législatives dont je ne trouve aucune trace dans votre programme. Et on le comprend. D'après une étude que nous, les Verts, avons réalisée, Malte constitue un véritable paradis fiscal pour les multinationales étrangères et les individus fortunés. Entre 2012 et 2015, votre pays a soustrait pour 14 milliards d'euros de recettes fiscales aux autres États membres de l'Union. Je vous demande donc de rouvrir au plus vite les négociations au sein du Conseil à ce sujet, notamment sur la directive anti-blanchiment, sur la création de registres publics des bénéficiaires effectifs des trusts et sociétés écrans, sur la transparence fiscale publique des multinationales et sur un début d'harmonisation de l'assiette fiscale de l'impôt des sociétés.

Monsieur le Premier ministre, nous savons que les échéances électorales sont multiples et nombreuses en Europe et qu'elles peuvent être paralysantes. Je vous invite à ne pas vous résigner et à vous appuyer sur l'indignation croissante de nos concitoyens afin de lever les blocages que vous rencontrerez sur votre chemin.

**Rolandas Paksas, EFDD frakcijos vardu.** – Taigi, pirmininkauti pradėjo Malta. Dar viena plati darbotvarkė, dar vienas bandymas atversti naujus Europos Sąjungos politikos puslapius. Kiek tokių bandymų mes jau turėjome? Šiandien gi Europos Sąjungos institucijų languose plieskia ryški šviesa, tačiau sakyčiau, kad toji šviesa taip ir lieka tarp šių sienų. Daugybės žmonių ji nepasiekia. Milijonai europiečių tiesiog stengiasi išgyventi komplikotos kasdienybės prieblandoje, socialinėje atskirtyje, permanentinėje bedarbystėje, emigracijos ir įvairių grėsmių, kurias nuolat eskaluoja žiniasklaida, kontekste. Europos Sąjungą vis dar tebėra apėmusi gili tapatybės krizė, kuri, deja, metai iš metų tik gilėja. Ir tai, mano nuomone, yra pagrindinė Bendrijos problema, kuri itin neigiamai veikia piliečių pasitikėjimą dabartine Europos Sąjungos politika. Mūsų teisėkūra itin intensyvi ir produktyvi, tačiau esminių politinių sprendimų mechanizmai, deja, neveikia. Galbūt todėl, kad iki šiol Briuselis vis labiau ignoruoja nacionalinius parlamentus, siekdamas tapti tikra centrine valdžia. Ir vis tik aš tikiuosi, jog Malta savo pirmininkavimo laikotarpiu suformuos naujus Europos Sąjungos politikos prioritetus ir sugebės mus įtikinti dėl jų įgyvendinimo.

**Marcel de Graaff, namens de ENF-Fractie.** – Voorzitter, mijnheer Muscat, ik ben verheugd over het feit dat de Maltese voorzitter van de Raad migratie als hoogste prioriteit voor de Europese Unie ziet en pleit voor een stevige grensbewaking. Mooie woorden, maar we weten wat meer bewaking van de buitengrenzen tot nu toe betekent: meer inzet om illegale migranten op te pikken voor de kust van Libië en meer EU-reisagentschappen op de Noord-Afrikaanse kust om de weg te wijzen naar het gratis geld en de gratis zorg in de EU.

De wijze waarop de EU meer bewaking van de buitengrenzen invult, is een weg naar de hel gebleken, die meer immigranten oplevert, met alle mogelijke gevolgen van dien. De veiligheid in de EU is dramatisch. Op elke grote feestdag vindt er een islamitische aanslag plaats. Onze zorg wordt op grote schaal misbruikt, zowel waar het gaat om asielprocedures als waar het gaat om financiële en medische bijstand. De massa-immigratie leidt tot de ontwrichting van de EU en de ineenstorting van onze beschaving.

De enige juiste oplossing is het instellen van nationale grenzen, het tegenhouden en terug slepen van boten met ongewenste vreemdelingen, het snel uitzetten van illegalen en het terugdrijven van islam uit Europa.

**Krisztina Morvai (NI).** – Elnök Úr, több szempontból is új időszak kezdődik ma. Szívből gratulálok Tajani elnök úrnak a megválasztásához! Mélyen érint, hogy ezen a mai, számára ünnepi napon is a szíve a hazájában, Olaszországban van, és együtt érez a mai földrengés miatt szenvedőkkel. A tegnapi elnökválasztási napnak kétségtelenül volt egy másik győztese is Helga Stevens képviselőtársnőnk személyében, aki szintén jelölt volt, és fergeteges beszédében volt egy olyan jelmondat, amelyet a máltai elnökség figyelmébe ajánlok, azt ajánlva, hogy nekik is legyen valami hasonló a jelmondatuk. Azt mondta Stevens asszony, hogy lehet, hogy siketként születtem, de nagyon jó képességem van arra, hogy meghalljam az emberek hangját. Arra kérem Önöket, vállalják azt a küldetést a következő fél évben, hogy tanítsák meg az európai politikusokat végre meghallani az európai emberek hangját. Például olyan területeken, mint a bevándorlás.

Hallják meg végre a valódi emberek valódi történeteit Európában, az úgymond őslakosokét, akiknek az életét teljes mértékben felforgatta a tömeges bevándorlás, különös tekintettel is a nőkre, akiknek az életének a részévé vált a bűncselekményektől való mindennapi megalapozott félelem. Hallgassák meg ezeket a történeteket, és tegyék részévé a migrációs politikájuk alakulásának vagy alakításának. Hallják meg továbbá az ún. új tagállamoknak a hangját is, részben Önök is ugye ide tartoznak, elégük van abból például a magyar embereknek, hogy több mint tíz éve léptünk be az Európai Unióba, és még mindig négy-ötszörös jövedelmi különbségek vannak, például Magyarország és Ausztria között. Ezzel foglalkozzanak, kérem szépen, szociális befogadás címszó alatt. Fogadja be végre az Európai Unió egyenjogú tagállamként a volt szocialista országokat, és legyen egyenlő méltósága a magyar embereknek a nyugati emberekkel, és hasonló jövedelmi viszonyai, hasonló életszínvonala.

**David Casa (PPE).** – Grazzi Sur President u nawguralek f'din il-kariga ġdida tiegħek. Din hija Presidenza illi tohloq fija konflikt. Jiena hdimt hafna sabiex Malta tissieheb fl-Unjoni Ewropea; li nara lil pajjiżi fit-tmexxija tal-Unjoni Ewropea, dan jagħmilni kburi.

Iżda għandi gvern li qiegħed jimbarazzani. Din hija amministrazzjoni bbażata fuq il-vendikazzjoni u li m'għandha ebda sens ta' misthija, u hija mifnija wkoll – din l-amministrazzjoni – mill-korruzzjoni. Din hija amministrazzjoni li holqot ostakoli lill-istampa lokali waqt il-laqgħat ministerjali tal-Prezidenza.

Nies li huma qrib hafna tal-Prim Ministru nqabdu fil-fatt. Dawn inkixfu bil-Panama Papers illi fetħu strutturi ta' hasil ta' flus li fihom kellhom il-hsieb li jiddepożitaw miljuni ta' flus. Ewlieni fosthom huwa l-Ministru Konrad Mizzi li se jkun qed imexxi l-laqgħat tal-Kunsill dwar l-Energija. Ilbierah ġie żvelat li din il-kumpanija tiegħu fil-Panama għadha attiva u dan il-ministru huwa x-xempju ta' dak kollu li l-Unjoni Ewropea hija kontra: il-korruzzjoni hija l-antiteżi tal-valuri Ewropej. Din hija sitwazzjoni surreali u jien mhux lest niġi hawn quddiemkom u nagħmel diskors normali, mhux se nagħmel hekk u m'għandix nagħmel hekk.

Jien kburi li jien Malti imma nħossni nisthi minn din l-amministrazzjoni. Il-kilba tagħha illi għandha din l-amministrazzjoni u n-nuqqas ta' rigward lejn id-diċenza bażika ma tirrapprezentax lilna, lill-Maltin u lill-Għawdxin.

**Alfred Sant (S&D).** – Wara l-eżagerazzjonijiet li għadna kemm smajna, fost l-għanijiet li l-Prezidenza Maltija tal-Unjoni Ewropea poġġiet għall-hidma tagħha, jisthoqqlu kull merħba l-għan li tingħata importanza lill-vicinanza Mediterranja tal-Ewropa. Dan l-aħhar, il-Mediterran spicċa mrekkien l-aktar friferenzi li jirrapprezentawh bhala teatru għal tragedji tal-immigrazzjoni. Xorta baqgħet zona viċina tal-Unjoni Ewropea, taqsam ma' stati b'interessi li, fuq medda tat-tul u għal żmien medju, eventwalment se jikkonverġu mal-interessi tal-Unjoni. Huma interessi li jkopru oqsma ekonomiċi, politiċi, soċjali, kulturali, kif ukoll ta' sigurtà.

L-Unjoni Ewropea missha terġa' tagħti prijorità shiha lill-htieġa li l-kooperazzjoni f'dawn l-oqsma tinbena bla waqfien, b'koerenza u b'sens ta' shubija. Waqt li l-Unjoni Ewropea tagħmel hekk se jkun kruċjali li ma tagħtix l-impressjoni li għandha xi għan favur agenda mfassla biex iġġib bidla fil-gvernijiet, jew li qed tipprova tirxoxta mill-imġhoddi x-xenarji tal-esplorazzjoni.

Hu minnu li l-kooperazzjoni bejn l-inhawi kollha tal-Mediterran setgħet tiżviluppa aktar għall-aħjar kieku kellna lkoll istituzzjonijiet li jikkonverġu, kif nixtiequ wkoll lejn id-demokrazija. Imma dawn l-iżviluppi jridu jiġru bl-inizjattiva li l-popli kkonċernati jassumu u li jwettqu b'mod hieles. Jekk ma jiġrux jew jekk jiehdu għamliet differenti minn dawk li l-Ewropa żviluppat, xorta wahda jibqa' l-interess tagħna lkoll li nassiguraw għall-Ewropa politika Mediterranja proattiva u li thares 'il quddiem.

L-Ewropej jikkommettu żball kbir jekk jipprovaw jgħaddu l-oqsma li jridu jiddiskutu dwarhom skont l-aġendi tagħhom biss. Min-naha l-oħra, l-Ewropa trid turi li fl-oqsma tas-sigurtà u tal-ġlieda kontra t-terroriżmu, m'għandhiex għażla oħra hlief li tkun harxa u soda, li lesta wkoll taġixxi kontra kull min jagħtihom kenn u inkoraggiment. Dan kollu jieħu s-sura ta' proġett kumpless.

Madankollu jista' jinftehem hażin politikament u moralment; u din tkun hsara kbira. Malta għandha kull interess vestit: dak li tara li n-nahat kollha tal-Baħar l-Abjad itejbu l-qagħda tagħhom u jiżviluppaw quddiem l-isfidi li jiffaċċjaw. Hija għandha l-vantaġġ li tinsab f'qagħda fejn ma jstax ikollha xi agenda moħbija. Ir-rieda tajba tagħha f'it tista' tiġi kkontestata. Dan għandu jrendi l-proposta tal-Gvern Malti biex jagħti profil akbar lill-affarijiet tal-Mediterran bhala punt ta' tluq b'siwi kbir hafna; anki jekk il-Prezidenza Maltija jirnexxiha tasal parti biss mit-triq meħtieġa biex tilhaq l-għanijiet li poġġiet quddiemha, il-hidma bilfors trid titqies bhala sforz li tajjeb li jkun twettaq.

**Bernd Lucke (ECR).** – Herr Präsident, Herr Premierminister! Europa braucht neue Reformen. Ich glaube, es ist Ihre Hauptaufgabe, im Verlauf Ihrer Amtsführung als Vorsitzender des Rates diese Reformen voranzubringen. Da sind sich auch viele Kräfte in diesem Haus einig. Selbst Menschen, die sonst so unterschiedlich denken wie Herr Verhofstadt und ich, sind uns einig in der Frage, dass diese Reformen notwendig sind. Ich finde es sehr gut, dass Herr Verhofstadt dem auch insofern Tribut gezollt hat, als er jetzt seiner eigenen Fraktion die Aufnahme von Euro-Gegnern vorgeschlagen hat.

Der Euro ist nämlich nach wie vor ein großes Problem, und ein großes Problem ist die Verschuldung von Staaten. Deshalb zählt meines Erachtens zu den Aufgaben, die Sie auf sich nehmen sollten, auch etwas, was Sie nicht erwähnt haben, nämlich endlich eine Ordnung für Staatsinsolvenzen in der Eurozone zu schaffen. Wir wissen es aus zahlreichen Zeugnissen, unter anderem des Internationalen Währungsfonds, dass an Staatsinsolvenzen in der Eurozone kein Weg vorbeiführen wird. Wir sehen es an der Unfähigkeit der Europäischen Union, die fiskalische Disziplin tatsächlich durchzusetzen, die unsere Verträge eigentlich erfordern. Wir brauchen geordnete Staatsinsolvenzen, und wir brauchen ein Regelwerk dafür. Das ist eine große Aufgabe für die maltesische Präsidentschaft.

**Marielle de Sarnez (ALDE).** – Monsieur le Président, l'Union européenne ne se porte pas bien du fait de ses propres faiblesses et de l'absence récurrente de volonté politique de ses dirigeants nationaux, et ce alors que nous sommes confrontés à des défis de plus en plus lourds: crise de notre économie et de l'emploi, crise des réfugiés et des migrants, terrorisme, guerres à nos frontières et départ du Royaume-Uni. Tout cela à un moment où gouvernants américain et russe jouent chacun leur propre partition avec tous les risques que cela comporte.

Ce moment difficile devrait être une exigence pour l'Europe et les Européens à agir. L'Europe doit enfin se décider à exister par elle-même. Je plaide devant vous pour un sursaut européen. C'est le moment d'avancer vers la refondation de notre Union. C'est le moment de mettre le paquet pour une croissance durable et instaurer, au sein de la zone euro, l'harmonisation fiscale et sociale et la gouvernance politique que nous attendons depuis bien longtemps. C'est le moment de parler d'une seule voix pour peser enfin en Syrie, en Irak, pour la sortie de crise et de guerre et sur la scène diplomatique du monde. C'est le moment de se mettre autour de la table pour jeter les bases d'une véritable politique de sécurité et de défense européenne et c'est le moment, vous l'avez dit, Monsieur le Premier ministre, de mettre en œuvre une politique commune digne de ce nom en matière d'asile, de migration et de développement.

Les citoyens européens attendent que leurs dirigeants soient enfin à la hauteur de tous ces défis. La responsabilité de ces derniers est donc clairement engagée. Ils ont l'obligation d'agir et de réussir.

**Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL).** – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, νιώθω ικανοποίηση, ως εισηγήτρια, που η Μάλτεζικη Προεδρία ανέδειξε τη μεσογειακή εταιρική σχέση PRIMA σε πρώτη προτεραιότητά της στον τομέα έρευνας και τεχνολογίας. Εννέα κράτη μέλη, δύο συνδεδεμένες και τέσσερις τρίτες χώρες μετέχουν από κοινού στο πρόγραμμα με κοινοτική συνεισφορά, στο πλαίσιο του Ορίζοντα 2020, 200 εκατομμύρια ευρώ και ισόποση συνεισφορά από τους συμμετέχοντες. Με δεκαετή ορίζοντα υλοποίησης, στόχος είναι η βελτίωση της αποτελεσματικότητας της ασφάλειας και της βιωσιμότητας των γεωργοδιατροφικών συστημάτων, αλλά και της διαχείρισης του δημόσιου αγαθού του νερού στη λεκάνη της Μεσογείου.

Συνάδελφοι, οι ένοπλες συγκρούσεις, η πολιτική αστάθεια, η κλιματική αλλαγή, η κατασπατάληση των φυσικών πόρων και ο ταχέως αυξανόμενος πληθυσμός είναι οι σημαντικότεροι παράγοντες του εκρηκτικού προβλήματος της μετανάστευσης. Το PRIMA είναι μία από τις σπάνιες προσπάθειες επιστημονικής διπλωματίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης που μπορεί να συμβάλει στην αντιμετώπιση του αναγκαστικού εκπατρισμού των κατοίκων της Μεσογείου. Προσβλέπω, λοιπόν, στη δημιουργική συνεργασία Συμβουλίου, Επιτροπής και πολιτικών ομάδων, για την έγκαιρη έναρξη της υλοποίησης του PRIMA.

**Sven Giegold (Verts/ALE).** – Mr President, while this Parliament has made the fight against tax evasion and money laundering a priority, Malta unfortunately exploits a loophole in EU corporation tax policy: it treats local income differently to international income. Local businesses have to pay 35% on their profits; international corporations profit from a corporation tax rate of as little as 5%. That is not social; that is not European. Prime Minister, I call on you to change that in the interests of the coherence of the common market. Secondly, members of the Maltese Government appear in the Panama papers. Will you cooperate fully with our inquiry committee and publish the investigative report by Manfred Galdes on the inclusion of some members of your government – or close to your government – in the Panama papers information?

**Beatrix von Storch (EFDD).** – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Wir reden heute über das Programm der neuen maltesischen Ratspräsidentschaft. Ich stelle fest: Es hat sich etwas geändert. Die maltesische Ratspräsidentschaft will das Thema „illegale Migration“ mit hoher Priorität behandeln. Die Vorgänger-Ratspräsidentschaft unter der Slowakei sprach noch von „nachhaltiger Migration“ und davor die Niederländer von der „gegenwärtigen Migration“, der man mit einem umfassenden Ansatz begegnen wollte. Und wiederum davor haben die Luxemburger – blauäugig, wie sie waren – von der „effektiven Einwanderungspolitik“ gesprochen, die man besser managen wollte.

Innerhalb von zwei Jahren ist also das, was früher effektive Einwanderung war, die man besser managen wollte, nun illegale Migration geworden. Ich glaube, hier kommen wir näher an den Punkt. Die illegale Migration ist es, die Probleme verursacht, und illegale Migration muss man nicht besser managen, die muss man verhindern und beenden. Ich möchte gerne glauben, dass die maltesische Ratspräsidentschaft dies tut. Glauben tue ich es, wenn ich es sehe.

**Harald Vilimsky (ENF).** – Herr Präsident! Bevor ich jetzt auf die Gipfel in Valletta und die maltesische Ratspräsidentschaft zu sprechen komme, ein Wort noch schnell zur aktuellen Situation. Der Zirkus und das Ringen um Machtposten und Einfluss ist weitestgehend vorbei. Wir haben einen neuen Präsidenten. Es sind heute noch 14 - Vizepräsidenten zu wählen, wobei ich die Frage stelle: wozu 14 Vizepräsidenten? Das ist nicht ein Zeichen einer schlanken europäischen Verwaltung. Aber das machen Sie bitte selbst mit Ihrem Prestigedenken aus.

Zum neuen Präsidenten: Sie haben eine Mehrheit, das ist zu akzeptieren – keine Frage. Ich erlaube mir nur, den Wunsch zu äußern, dass Sie, Herr Präsident, sich zu allen Fraktionen dieses Hauses in Äquidistanz üben und hier auch Gerechtigkeit in alle Richtungen walten lassen und nicht, wie Ihr Vorgänger, Herr Schulz, mit parteipolitischer Brille agieren.

Was ich zu Malta sehe, ist ein Festhalten an der bisherigen Politik. Man versucht etwas, man versucht, die illegale Immigration einzudämmen. Gut, das ist in Ordnung. Aber der eigentliche Schlüssel für eine gute Zukunft, nämlich dass man sagt, man hält die Menschen in der Region selbst, man nimmt die Mittel, die man hier verwendet, um den Menschen vor Ort zu helfen, um nicht weiter hier quasi als Magnet für Personen zu wirken, die alle nach Europa kommen wollen – das ist bislang verabsäumt worden. Und ich vermisse weiters, dass man hier Arbeitsplatzmaßnahmen für Europa endlich ernstnimmt. Es gibt zwar jede Menge Konferenzen über LGBTI, aber was es nicht gibt, ist, effektive Arbeitsplatzmaßnahmen zu schaffen. Das wäre ein Schlüssel, um hier in Europa weiter eine gute Zukunft zu finden.

**Bruno Gollnisch (NI).** – Monsieur le Président, les priorités de la présidence maltaise ne diffèrent guère de celles de ses prédécesseurs et cela s'inscrit dans la logique du travail en trio entre trois présidences successives.

Je voudrais saisir cependant cette occasion pour répondre à MM. Juncker, Weber, Lamberts et Verhofstadt qui ont cru devoir, à cette occasion, stigmatiser les populistes, extrémistes et eurosceptiques que nous serions. Comme si, par une espèce de méchanceté gratuite, nous voulions casser en quelque sorte votre jouet. Mais ce n'est pas le cas du tout. Nous constatons simplement que l'abus constant de réglementations paralysantes ne permet pas à l'Union européenne de répondre aux défis qui se posent à nos pays, que ce soit la crise économique et sociale persistante, la crise migratoire, l'insécurité ou le terrorisme et, bien entendu, nous regrettons cette situation.

Pour le reste, dans son histoire, Malte a été un poste avancé protégeant l'Europe de l'invasion islamique. J'espère qu'elle sera aujourd'hui à la hauteur de son destin historique.

**Franck Proust (PPE).** – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, le 1<sup>er</sup> janvier, Malte a pris la présidence du Conseil de l'Union européenne, à l'heure où les défis pour notre continent n'ont sans doute jamais été aussi grands.

Au nom de la délégation française du groupe PPE, je me réjouis de voir que la première priorité de la présidence maltaise sera la gestion de crise des réfugiés. L'urgence est à l'action pour répondre aux préoccupations légitimes de la grande majorité de nos citoyens européens.

En 2016, nous nous sommes battus au Parlement européen pour que le PNR, le fichier sur le contrôle des passagers aériens, soit adopté. Nous nous sommes aussi engagés pour qu'une agence de gardes-frontières et de garde-côtes aux moyens accrus soit mise en place au service de la sécurité et de la stabilité. Continuons donc sur la voie du réalisme, car c'est en obtenant des résultats que nous ferons face aux extrêmes, pour qui l'instabilité est un terreau.

Au moment de célébrer le 60e anniversaire du traité de Rome, les négociations sur le Brexit débiteront officiellement. Nous devons être fermes car l'Europe à la carte n'est pas une solution durable. Les Britanniques, emmenés par un gouvernement peu préparé, se rendent déjà compte des perspectives sombres que présente la sortie du pays de l'Union.

Alors, ayons un cap clair: contrôle accru des frontières, combat pour une sécurité renforcée sur le continent, engagement pour une économie forte grâce aux investissements et à la défense de nos intérêts dans les accords commerciaux ou encore lutte contre le dumping fiscal et social.

Voici les dossiers sur lesquels l'Europe devra agir avec force dans les semaines à venir en étant unie et pragmatique face aux défis géopolitiques qu'elle doit relever.

**Tanja Fajon (S&D).** – Spoštovani premier. Napovedali ste, da se bo spomladi Evropa soočila z novim valom priseljencev. Opozorili ste na možnost zelo resne krize, če ne bomo prevzeli skupne odgovornosti. Vztrajajte in ukrepajte, če je temu tako.

Da, sodelovanje s Turčijo je ključno, ampak ključno je tudi vzpostavljanje varnih poti za begunce, ki bežijo na evropska tla. In tega danes ne počnemo.

Malta ima izkušnjo z razmerami z begunci in migranti in računam na vas, da nam bo uspelo vzpostaviti delujočo evropsko migracijsko politiko.

Pozdravljam vašo pobudo o vrhu v Valeti, a upam, da boste iskali tudi konkretne rešitve za prenovno Unije. Stojimo na mestu, praktično se ne premikamo, če povzamem minulo leto.

V središče postavljate državljana in si želite s tako imenovanim pragmatičnim idealizmom nasloviti skrbi prebivalcev Unije, omogočiti več služb in zagotoviti varnost.

Srčno želim, da nam skupaj uspe in prihajajoč iz Slovenije, podobno majhne države, verjamem, da ima Malta veliko možnosti, da predsedovanje izpelje korektno in dosledno.

**Anja Hazekamp (GUE/NGL).** – Uit de laatste Eurobarometer blijkt dat het grootste deel van de Maltese bevolking de Europese dierenwelzijnsregels wil verbeteren. Ik vraag het Maltees voorzitterschap daarom om in te zetten op een nieuwe dierenwelzijnstrategie, met minder intensieve veehouderij en meer bescherming voor huisdieren. Maar hoe geloofwaardig zou dat zijn nu Malta zelf een waar en bloedig slagveld is voor vogels? Miljoenen migrerende vogels gebruiken Malta als rustplaats, maar die rust is ver te zoeken.

Op dit moment is de najaarsjacht nog volop aan de gang en wordt op tientallen vogelsoorten gejaagd. In het voorjaar zullen ruim tienduizend jagers in slechts drie weken tijd vele duizenden tortelduiven en kwartels doden. Veel andere vogels vallen ten prooi aan deze jagers op illegale wijze: grauwe kiekendieven, wielewalen, gierzwaluwen. Dat zijn zo maar een aantal voorbeelden. Dit is onacceptabel en in strijd met alle internationale verdragen! U kunt kiezen: Malta als mooi, mediterraan vogelparadijs of als lust- en moordeiland voor lustjagers.

Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

**Fabio Massimo Castaldo (EFDD).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo dire che inizialmente ero rimasto positivamente colpito dal Suo discorso, Primo ministro, ma poi, Le chiedo, ho sentito bene? L'accordo con la Turchia per Lei è un modello? Un accordo nettamente illegale, in quanto privo di base giuridica, non votato da questo Parlamento, spacciato secondo convenienza e secondo le circostanze come un semplice comunicato stampa o come un quasi-trattato, con un paese che ha un'evidente deriva autoritaria e che schiaccia i diritti delle opposizioni, che schiaccia la società civile, oscura i media, arresta i parlamentari e, da un certo punto di vista, non fa altro che ricattarci e minacciarci, visto che certi paesi hanno fatto prevalere i loro interessi elettorali sugli interessi di tutti quanti noi come Unione interamente considerata? E con chi lo esportiamo? Forse con l'Egitto, che ancora tace sul barbaro omicidio di Giulio Regeni a distanza di un anno, o con la Libia nel caos?

La vera priorità, signor Primo ministro, è che i paesi che hanno violato la legalità delle decisioni e la moralità della solidarietà devono essere ricondotti di fronte alle proprie responsabilità e sostenere i paesi della sponda Sud, quelli che veramente sono coerenti con i nostri valori, così come ha fatto finora la Tunisia.

Malta sarà forse demograficamente un piccolo paese, ma può ottenere grandi risultati se avrà la coerenza, se avrà l'impegno e se metterà un bando all'ipocrisia degli ultimi anni.

**Janice Atkinson (ENF).** – Mr President, I attended the Conference of Presidents last month in Malta. Prime Minister, you and your cabinet were at great pains to stress that your offshore tax status is firmly off the agenda for your Presidency. You haven't mentioned it today – how very odd. I was the only one in that meeting to tell you honestly that it will be firmly on the agenda in this place. Higher taxes mean raiding our pockets to pay for their vanity projects. Higher tax on electricity, CO<sub>2</sub>, the financial transaction tax and a one-size-that-won't-fit-all corporation tax are on the 2017 agenda. They hate the fact that you've established an offshore tax haven – and good for you, and I wish that Britain would actually follow suit. They hate the fact that you've done that, and that's music to my ears. As Britain sets off on an exciting Brexit future with Donald Trump in the White House and my colleagues here riding high in the polls, I'm actually quite optimistic – one of the very few who are optimistic about 2017. They may not get round to your tax status, as they're too busy destroying our countries' identities with mass migration, putting our security at risk, and their obsession with the Green Blob and gender issues. That should keep them pretty busy, turning a blind eye to your tax status. On Brexit, it's actually in the EU's interests not to have the usual drawn-out free trade negotiations. I wish you well, and nice to see you again.

**Pilar del Castillo Vera (PPE).** – Señor presidente, bienvenida la Presidencia maltesa. Ya se han subrayado los elementos fundamentales de las prioridades de la Presidencia. Para empezar, la emigración, la seguridad, la parte social, las implicaciones sociales de toda la política de la Unión Europea, el *brexít*, etc.

Ha habido una menor insistencia en los temas económicos. Todos sabemos que solo una economía saludable permite afrontar cada uno de estos temas que acabo de mencionar, y que son prioridades de la Presidencia de Malta, de una manera eficaz. Por eso hay que insistir también en este aspecto.

Es fundamental que la economía europea tenga capacidad de competir globalmente, que pueda crecer, que pueda generar empleo y que pueda generar recursos económicos para que los Estados —los Gobiernos— puedan desarrollar esas políticas sociales. Y en ese contexto, hay algo que está en las manos de esta Presidencia, y es llevar a buen puerto, a buen final, por ejemplo, los dossieres, la legislación que tiene que ver con el desarrollo del mercado digital único. ¿Por qué? Porque el mercado digital único —la transformación digital— es el gran acelerador para que la economía europea tenga esa capacidad de competir globalmente y, por tanto, esa buena salud y pueda garantizar, así, el buen desarrollo de todas esas prioridades, para empezar, de la dimensión social.

En dossieres como el de la conectividad o el de las infraestructuras, ustedes tienen la posibilidad en esta Presidencia de conseguir la posición común que luego dé pie a que más adelante se consiga el acuerdo político. Es fundamental, y yo insisto mucho, mucho, mucho, en nombre de este Parlamento, para que eso sea posible.

**Marlene Mizzi (S&D).** – Il-Prezidenza Maltija se tilgħab rwol importanti biex jingħataw nifs u enerġija ġdida għall-proġett Ewropa, billi tiffoka fuq l-isfidi li qed jaffettwawna lkoll, bħall-migrazzjoni, is-sigurtà u l-Brexit, fost l-oħrajn. Hija ironika li, meta f'Marzu infakkru s-Sittin Anniversarju tat-Trattat ta' Ruma, trattat li jgħajjat għal għaqda akbar bejn l-Ewropej, se naraw ukoll lir-Renju Unit jiskatta l-Artikolu 50 biex jissepara minn mal-Unjoni. Żewġ avvenimenti li se jaqgħu f'hoġor il-Prezidenza Maltija u li għandhom iservu biex jagħtu spinta għal sforz akbar biex l-Unjoni tingħaqad.

Wasal iż-żmien li nuru Unjoni Ewropea aktar b'saħħitha, iffokata f'ħidmietha u determinata li twassal benefiċċji li verament iħossuhom in-nies. Irridu nahdmu fuq impenji mwiegħda liċ-ċittadini, bħall-abolizzjoni tat-tariffi tar-roaming, revizzjoni tad-Dublin u sistema ta' ažil, biex in-nies jaraw u jħossu l-benefiċċji tas-šhubija. Għalkemm l-iżgħar Stat Membru, Malta fasslet pjan ambizzjuż li jirrifletti ż-żminijiet li qed ngħixu filhom u ninsab ċerta li se tilhaq il-miri li stabbiliet fl-interess taċ-ċittadini Ewropej kollha.

**Kinga Gál (PPE).** – Elnök Úr, amint hallottuk itt ma többször, a máltai elnökség legnagyobb kihívása a migrációs kérdés és a belső biztonság megerősítésének kezelése lesz. Persze, azt is hangsúlyoznunk kell, ez is hangzott el itt ma többször, hogy jó lenne, ha nem vetne árnyékot az elnökségre, és ezért célszerű lenne a Panama-ügyek, és ennek kapcsán előkerült korrupciós ügyek kezelése, és a kérdés rendezése minél előbb. A prioritások kapcsán üdvözlendő, hogy az Elnökség célként fogalmazza meg szomszédságunk stabilizálását, különösen Líbia tekintetében, valamint kezelni kívánja a migráció kiváltó okait és felszámolni az embercsempészetet. Ugyanakkor a cél a külső határok feletti teljes kontroll visszaszerzése kell, hogy legyen. Ugyanis nem történhet meg még egyszer, hogy ellenőrizetlen tömegek érkezzenek be Európába.

Világossá kell tenni, hogy a belépésnek Európába törvényes rendje van, és szigorú különbséget kell tenni a tényleges védelemre szoruló és a gazdasági migránsok között. A külső határok teljes védelmével párhuzamosan pedig EU-n kívüli biztonságos övezetek kialakítására lenne szükség. Lehetővé kéne tenni, hogy ezeken a pontokon az Unió kívül is a menedékkérelmeket feldolgozzák.

**Jo Leinen (S&D).** – Mr President, I remember very well the years when we worked together in this House, years when there was a real optimism about the European idea and a big engagement for the European project. Like others here, I hope very much that your Presidency can bring back a new dynamic, that it can give hope to the citizens about Europe, show them the benefits, communicate the benefits and bring and deliver security at a time of many insecurities. But I am here for a legislative file that is not in the spotlight but that is nevertheless very important for the future of the European Parliament, especially the European elections of 2019, and you, the Maltese Presidency, are the last chance for ensuring that this dossier gets decided. If you miss that opportunity, we will not have the chance to reform the European elections. You know that we work with the Electoral Act from 1976, which is completely outdated, and I hope that your team – and especially you and your colleagues – can bring that to a positive result. Parliament has created a draft with a large majority, so take that to heart. It would benefit Parliament in future elections.

**Мария Габриел (PPE).** – Една година преди българското председателство искам да пожелаая успех на малтийското.

Ще наблегна на три теми. Най-напред миграцията. Преразглеждането на регламента от Дъблин и приоритет. Нуждаем се не от козметични промени, а от решение на европейско ниво, което осигурява справедливо разпределение на отговорностите и не поставя под непропорционално напрежение държавите като България, които са по границите на Съюза.

Второ – координиран подход за гарантиране на сигурността. Системата за влизане и излизане и ETIAS са неотложни инициативи за укрепване на външните ни граници. Те трябва да са придружени с ясни цели и процедури за нашите партньорски държави и да са отговор на опасенията на европейските граждани.

Трето – външна политика. Бъдещето ни е тясно свързано с това на нашите съседи. Нека продължим да работим за решаване на конфликтите и кризите, но и нека не забравяме страните, които са своеобразни острови на стабилност – Тунис, Ливан, Йордания в Средиземноморието.

Последно, призовавам Малтийското председателство възможно най-бързо да финализира либерализацията на визовия режим с Украйна. Страната е изпълнила критериите, Европейският парламент подкрепя, на ход е Съвета.



**Miriam Dalli (S&D).** – Ippermettili nibda billi nawguralek ukoll għar-rwol ġdid tiegħek. Prim Ministru, insellimlek. Kontrarjament għar-referenza li għamel il-kollega tiegħi Malti mill-EPP, jiena ma nisthix li jien Maltija. Anzi, huwa ta' sodisfazzjon li qegħdin nilqgħu lill-Gvern Malti fil-Parlament Ewropew u lilek Prim Ministru, bhala Prim Ministru Soċjali Demokratiku fit-tmun tal-Presidenza tal-Kunsill.

Li tkun l-iżgħar pajjiż fl-Unjoni Ewropea għandu l-vantaġġi tiegħu. Ifisser li ahna qrib il-kostitwenti tagħna u li nistgħu nifhmu l-htieġa li nindirizzaw ir-realtajiet li jiltaqgħu magħhom in-nies fil-hajja tagħhom ta' kuljum. Prim Ministru, din hija opportunità li nahdmu flimkien biex naghmlu l-Unjoni Ewropea rilevanti għaċ-ċittadini tagħna, fejn nidentifikaw minn qabel il-problemi li l-Ewropa se tiffaċċja biex inkunu kapaċi nieħu deċiżjonijiet b'saħħithom u f'waqthom.

Fuq l-immigrazzjoni u s-sigurtà, pereżempju. Li ma niħdux deċiżjoni mhijiex alternattiva u inti dan tafu tajjeb. Dwar l-immigrazzjoni naqbel mal-pożizzjoni tiegħek. Irridu nattakkaw it-traffikanti, filwaqt li nassiguraw li r-refuġjati u persuni li jfittxu l-ażil jaslu fl-Ewropa qawwijin u saħħ.

Dwar is-sigurtà hemm bżonn li l-Unjoni Ewropea tibqa' magħquda, tibqa' l-post fejn il-pajjiżi jibqgħu jikkunsidraw li xulxin alleati u mhux problema ta' sigurtà għal xulxin. Din hija l-isfida tagħna f'dawn iż-żminijiet kritiċi. Fl-ahħar mill-ahħar id-destin tal-Unjoni Ewropea huwa f'idejna biex verament naghmlu id-differenza u biex verament inpoġġu liċ-ċittadini fil-qalba tal-Unjoni Ewropea.

**Paulo Rangel (PPE).** – Senhor Presidente, gostaria, naturalmente, de cumprimentar o Presidente Antonio Tajani e dizer que lhe desejo as maiores felicidades e que tenho a certeza, vamos ter dois anos e meio com uma presidência exemplar. Quanto à Presidência maltesa do Conselho, aquilo que eu queria aqui essencialmente deixar claro é: é muito positiva a aposta na questão da resolução da crise dos refugiados e das migrações e aqui Malta tem muitas lições a dar a todos os países da União Europeia porque vive o problema com uma visão única por causa da sua situação geográfica.

Lamento que, apesar de estarem muito focados na segurança, não tenham falado sobre a política de defesa comum, ponto que eu acho que é essencial nos próximos seis meses e deixe-me agora finalmente só fazer um reparo à Sra. Dalli para lhe dizer que é lamentável o que disse aqui do Sr. David Casa, que defende aqui os interesses de Malta com todo o vigor e que tem razão porque nesta Câmara há muita preocupação com as suspeitas de corrupção que andam à volta da questão maltesa e, portanto, nós estamos atentos aos Panam Papers, nós estamos atentos às questões de corrupção em Malta, agora dizer que o Sr. Casa não é um patriota, isso é totalmente inaceitável e é lamentável num debate desta natureza.

**David Martin (S&D).** – Mr President, I would firstly like to congratulate you on your election and to welcome back the Prime Minister of Malta.

Apart from the many important issues that we have already discussed this morning, there is a great opportunity under the Maltese Presidency to make progress on international trade issues. I welcome the fact that the Council has reached agreement on trade defence instruments (TDI), but it has to be noted that this is quite far from Parliament's 2014 position. I hope his government will show flexibility in trying to find a compromise between the institutions.

Secondly, there is a proposal addressing China's market economy status (MES), and for us this is a crucial file. Together with TDI reform, they are vital in defending European jobs, not just in the steel industry, but more widely. So I hope that, on both TDI and China's MES, we can work closely and make significant progress. Also during your Presidency, in the trade area we expect the European Court of Justice to release the EU-Singapore free trade agreement (FTA) ruling. If the opinion of the Advocate General is confirmed, this will mean that it is a mixed agreement. That means that our trade credibility with our negotiating partners could be threatened, and I hope that at that point you would call for a discussion between Parliament, Commission and Council to find a way forward on this issue.

*Procedura catch-the-eye*

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Pane předsedající, myslím, že všichni očekáváme, že prioritou maltského předsednictví bude migrace. Vážený pane premiére, Vy jste hovořil o potřebě opětovné aplikace dohody s Tureckem, to znamená také přerušování obchodu s lidmi. Samozřejmě souhlasíme. V této souvislosti jste zmínil bezpečné koridory pro uprchlíky z Afriky do Evropy. Musím tady upozornit, že dohoda s Tureckem takové koridory neobsahuje.

Pane premiére, já bych Vás chtěla vyzvat, aby prioritou nebylo stěhování uprchlíků, ale zastavení násilí a válek, aby lidé nemuseli prchat do Evropy. Chtěla bych Vás také upozornit na další oblast, které se chcete vážně věnovat, a to je doporučení o evropském kvalifikačním rámci a návrhu Europass. Členské státy potřebují více času na aplikaci a budeme o tom ještě na plénu hovořit.

**Caterina Chinnici (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, signor Primo ministro, grazie per il Suo intervento sulle priorità del prossimo semestre di Presidenza.

Fra queste, la pressione dei flussi migratori rimane uno dei problemi più sensibili soprattutto per i paesi del Sud Europa, come il mio, l'Italia, come la Grecia o come il Suo stesso paese. A questo proposito, nella Giornata mondiale del migrante e del rifugiato, si è posto l'accento sull'alto numero di minori non accompagnati che, come bene sappiamo, hanno maggiore bisogno di attenzione e di tutele. Occorre quindi da parte dell'Unione un'assunzione di responsabilità sulla migrazione e occorrono strumenti legislativi veramente utili e funzionali per una soluzione efficace della crisi migratoria.

Mi riferisco in particolare alla modifica del sistema di Dublino. La proposta attuale, anche se contiene alcuni elementi positivi, non sembra idonea a fornire un adeguato sostegno ai paesi di primo approdo e non è certo idonea a tutelare i minori non accompagnati. Occorre una riforma più ambiziosa.

Confidando nel Suo impegno, Le auguro buon lavoro.

**Νότης Μαριάς (ECR).** – Ευχαριστώ, κύριε Πρόεδρε, και συγχαρητήρια για την εκλογή σας. Κύριε Πρωθυπουργέ της Μάλτας και κύριε Επίτροπε, κύριε Καταίπεν, η κατάσταση στα νησιά του Αιγαίου δεν πάει άλλο. Βρίσκονται εκεί εγκλωβισμένοι πάνω από 16.500 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες, ενώ υπάρχουν μόνο 7.000 θέσεις φιλοξενίας. Σας μεταφέρω την κραυγή αγωνίας των κατοίκων της Χίου, όπου βρισκόμουν το προηγούμενο Σαββατοκύριακο. Το αίσθημα ανασφάλειας που υπάρχει στους πολίτες είναι δεδομένο. Επί του παρόντος υπάρχουν συγκρούσεις των προσφύγων και των παράνομων μεταναστών, βιαιοπραγίες και κλοπές κατά των κατοίκων.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να στηρίξει τις υποσχέσεις της. Πού είναι, κύριε Καταίπεν οι εκατοντάδες εμπειρογνώμονες που είχατε υποσχεθεί ότι θα σταλούν στα νησιά του Αιγαίου για να βοηθήσουν στη χορήγηση ασύλου; Πού είναι οι 6.000 μετεγκαταστάσεις προσφύγων που θα γίνονταν μηνιαίως από την Ελλάδα σε άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Ποια μέτρα προτίθεστε να πάρετε για να απεγκλωβιστούν οι 64.000 πρόσφυγες που βρίσκονται αυτή τη στιγμή στην Ελλάδα; Δεν αντέχουν άλλο οι Έλληνες αυτή τη στιγμή την κατάσταση που επικρατεί.

**Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL).** – Κύριε Πρόεδρε, να σας συγχαρώ κι εγώ με τη σειρά μου για την εκλογή σας στην Προεδρία του Κοινοβουλίου. Θέλω επίσης να συγχαρώ και την Προεδρία της Μάλτας για την ανάληψη αυτού του καθήκοντος και να τους πω ότι, παρότι μικρό κράτος, και άλλα μικρά κράτη ανέλαβαν την Προεδρία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και συνέβαλαν πάρα πολύ ουσιαστικά στο να αποδείξουν, κυρίως, ότι και τα μικρά κράτη μπορούν.

Το δεύτερο που έχω να πω είναι ότι επιθυμώ να ενισχύσω και εγώ τη φωνή του κυρίου Μαριά για την κατάσταση που επικρατεί στα ελληνικά νησιά. Είναι αφόρητη η κατάσταση εκεί και η Μάλτεζικη Προεδρία πρέπει να εργαστεί προς την κατεύθυνση της πολύ γνωστής ρήσης «αλλήλων τα βάρη βασιτάζετε», να γίνει, δηλαδή, καλός διαμοιρασμός των προσφύγων στα κράτη μέλη και να μην αποφεύγουν κάποια κράτη να αναλάβουν αυτό το βάρος.

Κλείνω με το εξής: έχει λεχθεί ότι η Μάλτα, όντας υποτίθεται φορολογικός παράδεισος, ευθύνεται για την απώλεια 14 δισεκατομμυρίων ευρώ. Κανένας δεν είναι υπέρ των φορολογικών παραδείσων, ούτε και εγώ, όμως τι μπορεί να κάνει η Μάλτα; Να ανοίξει μεταλλεία; Να κάνει εργοστάσια παραγωγής αυτοκινήτων; Είναι ένας βράχος. Αυτή τη δουλειά μπορεί να κάνει στα χρηματοοικονομικά θέματα.

*(Fine della procedura catch-the-eye)*

**Jyrki Katainen**, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me first congratulate you on your election. Prime Minister, deputy Prime Minister, Ambassador, I shall be very short. It is clear that your Presidency has strong support from Members of Parliament. Also, as our President Juncker said, you have a strong ally in the European Commission.

We do appreciate, as President Juncker said, your strong emphasis on the social agenda, especially when you want to review our previous proposals on various fields, such as the participation of women in the labour market, prioritise the pillar on social rights, the posting of workers, the coordination of social security systems, and also when you have decided to have a ministerial meeting on the subject of sexual minorities. So it is very important for the EU as a whole, and it is very important for our citizens, to see that the Presidency is giving such high priority to the social agenda.

Another issue I would like to raise – and which was referred to here by many Members – is the security agenda: security and migration issues. But I also want to thank you for our last visit to Malta, to Valletta, when we had a chance to discuss the defence agenda. I know that Malta may have some constitutional issues with the defence policy as such, but I had a chance to discuss with the Finance Minister and the Minister on the Economy about defence investments, and that is something that everybody can share. There is a strong need for stronger European defence policies, but also a strong need for defence cooperation in defence investments in order to save money at the same time as making our continent more responsive, more secure, stronger and capable of addressing the challenges or threats coming from outside Europe.

I also want to thank you for prioritising internal market issues, single market-related issues, because those are European-level structural reforms which will reshape Europe, and which will strengthen our capability to modernise our economy. The internal market is a way to create new jobs, but it also creates more competition and gives more opportunities to consumers and to our companies, so that is why we appreciate your strong support for the work of the Commission in this field.

I just want to mention that we have just disclosed our services and internal market package, and that is one part of the entire internal market agenda. You have also emphasised your willingness to work with the European Parliament on the EFSI 2 proposal. Let's hope that Parliament can finalise the internal processes as soon as possible, and then the trilogues can start during your Presidency, and it would even be possible to have a final conclusion approval of the legislation later on in your Presidency.

Finally, I want to thank you for your support on CETA agreement trade policy even though there is growing opposition to trade, but it is the way to govern globalisation. Free trade doesn't mean trade without rules. Actually, free trade means trade with rules, which enables trading partners to have an easier trading environment, and this is the way we can govern globalisation and make it more socially and environmentally responsible. So thank you very much for your excellent job, and this is a good start to your Presidency.

**Joseph Muscat**, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I found today's exchange to be as colourful as I remember this plenary to be. I will try to touch on most, if not all, of the issues that have been raised by my friends. First of all, I would like to thank the leaders of the different groups for their extremely positive welcome and the extremely positive words they had for this Presidency.

I will start with migration once again. I know this is an extremely thorny issue – not only at European level, but in each and every one of our Member States. It is an extremely emotional issue, and perhaps stirs up all the wrong sentiments. This is where the battlegrounds for the next elections in our Member States and elsewhere will be played for at least the next generation. So whatever we do today has a short-term impact on the composition of the different institutions and the different governments in our Member States, and it cannot be underestimated. But if we wait for a total solution – for a perfect solution with no shortcomings to be found – we are condemned to go round in circles and stay in the same rut.

My point today was – and still is – that we may have ideological differences – actually, we might have moral differences – on the way we approach this issue. Some of us may see it as more of a humanitarian crisis, while others see it as a security issue. Maybe we are both right. My point goes beyond that. That is the ideological discourse. That is the long-term. In the long term, we are all dead. In the short term, in three months' time, we will have another crisis.

I am the first to hope that I am completely wrong on this. I am the first to hope that, come next spring, it will be business as usual with maybe a few crossings that one, two, three or a maximum of four Member States can take in. But I'm afraid that I will not be wrong, and the situation is that we either take a decision now or we will have to take a much bolder decision when there is a crisis, and when there are hundreds of thousands of people putting pressure on governments, communities and our families, and when we will need to take decisions that may not be well thought out. This is really the last train we can catch to do something which is structured when it comes to the collective handling of the migration crisis.

Money alone will not do it. So simply thinking that migration, the impending crisis and the fact that even if we do something now it is not a long-term solution, and thinking that this can be solved by throwing more money at the problem, is delusional. That is not what this is about. This is about border control. This is about having a new system to share the burden. This is about creating humanitarian corridors where and when necessary. This is about acknowledging the fact that, if we even throw around the concept of building walls that has been used by some Member States – which I personally disagree with, but I will not judge that Member State for doing that – as a country with a maritime border, we cannot build a wall in the sea. I am sorry to break it to you, but when my navy people call me at night, they do not ask me whether they can turn the people back or not. They just tell me that we need to save the people from drowning. If we allow this to happen again – not hitting these criminal gangs where it hurts, not engaging with the countries on the southern littoral of the Mediterranean – we are in for more trouble.

We are inviting more trouble by trying to postpone the issue until there is a perfect solution. There will be no perfect solution for Dublin. There will be no perfect solution for border control. There can only be progress if we really accept one another's views. I need to accept people's views where I might have some ideological differences, but at this point in time we need operational solutions that have been missing so far. Our aim, as the Maltese Presidency, is to try to achieve progress.

I think that we were mostly on the same page on Brexit. On taxation, I would tell my colleagues that I totally refute the label of 'tax haven' or 'offshore' for my country. Our country's tax system was approved by the European Commission after being thoroughly examined before membership more than a decade ago, so I do not see why things that were approved pre-membership are now a problem. I have every respect for my colleague, Mr Casa. I understand his speech. This concerns local politics, and I do not think that we should deal with it here, but we will have all the time in the world to have a healthy political fight back home.

Back here, I want to stress one final point on the issue of the social agenda, the social pillar of the Commission, and the issue of free trade. I do not see these as contradictory aims. I actually see these as complementary aims. It is through free trade that we can create more growth and more jobs. Usually, I have felt a bit out of tune with my social democratic family in being a very clear advocate of free trade, but seeing that even the President of China is an advocate of free trade, I feel a little bit more at ease in saying that free trade is good if it is properly regulated. I think that the main issue on which we should focus right now is not trying to be protectionist. Social Europe does not mean protectionist Europe. It does not mean withdrawing from the world. It does not mean trying to put up barriers to what we have achieved so far. Social Europe means that the growth and the well-being that we create through free trade needs to be distributed in an equal – or at least a fair – manner. This was missing for many years in our Member States. All the well-being that was created through the policies that were advocated, even by this institutions, did not percolate through the system, and we have to admit that the belief in only a trickle-down economic approach did not work. So, will we find a solution to all this in the next six months? Obviously not. What we want to do is to set the ball rolling in the right direction and build on the good work that has been done by our predecessors.

One final point to Parliament, rest assured that the political presence of Council within Parliament will be assured as much as possible, because we want a genuine dialogue with you.

(Applause)

**Presidente.** – La discussione è chiusa.

La seduta è sospesa fino alle 13.30.

*Dichiarazioni scritte (articolo 162)*

**Simona Bonafè (S&D), per iscritto.** – Accolgo positivamente il programma del Governo maltese alla Presidenza del Consiglio europeo. In particolare, apprezzo l'accento posto sulla necessità di un programma volto ad affrontare la presente crisi migratoria. Come l'Italia e la Grecia, anche Malta ha sofferto in prima linea dell'impatto dalla crisi migratoria e, per questo, ne conosce direttamente le sfide e la necessità di solidarietà tra gli Stati membri, valore europeo essenziale.

Mi auguro dunque che il semestre di Presidenza maltese si impegni in modo prioritario sulla revisione del regolamento di Dublino III e su un'efficace e giusta condivisione degli oneri legati ai flussi migratori che attualmente pesano quasi esclusivamente sugli Stati di primo approdo. Sottolineo inoltre l'importanza della dimensione sociale del progetto maltese e la necessità che questa dimensione venga conciliata con politiche che riportino alla crescita economica. Fattore chiave sarà dunque lo stanziamento di mezzi finanziari adeguati a sostenere questi obiettivi.

Sono certa che la Presidenza maltese si rivelerà un interlocutore importante, capace di coinvolgere attivamente il Parlamento europeo nei processi decisionali europei.

**Lorenzo Cesa (PPE), per iscritto.** – Il semestre di Presidenza maltese ha inizio in un momento particolarmente strategico per il futuro dell'Unione europea. A metà della nostra legislatura ci troviamo ancora davanti a molti problemi irrisolti che attendono soluzioni ormai non più rinviabili. L'immigrazione illegale ed il diritto di asilo sono due questioni prioritarie sulle quali procedere speditamente anche grazie alla attuazione dell'agenda europea sulla migrazione.

In questo contesto, sarà necessario dare seguito ad un nuovo quadro di partenariato con i paesi terzi al fine di salvare vite umane nel Mediterraneo ed aumentare la percentuale di rimpatri nei paesi di origine e di transito. È di ottimo auspicio l'iniziativa della Presidenza maltese che si terrà a La Valletta nel prossimo febbraio per rilanciare la questione immigrazione e le nuove politiche euromediterranee. Attendiamo fiduciosi risultati concreti proprio da questo vertice.

**Andor Deli (PPE), írásban.** – Az elmúlt időszakban több alkalommal is kifejeztem véleményemet, miszerint az EU-nak hatékonyabb bővítési politikára van szüksége, ha nem akarja elveszteni a befolyását a csatlakozni kívánó országokban, és az ott élő európai polgárok bizalmát. Nem engedhetjük meg, hogy az euroszkepticizmus letérítse a tagjelölt államokat a választott újtujukról, a felelősség egyaránt terheli a nemzeti kormányokat, de az uniós intézményeket is. Magyarország kormánya, a többi visegrádi országgal együttműködve következetesen támogatja a Nyugat-Balkán integrációját. Jó politikai és gazdasági együttműködés alakult ki a régió országaival, és Magyarország kész megosztani velük az integrációs folyamatok során szerzett tapasztalatait.

Szeretném megköszönni a szlovák elnökségnek, hogy prioritásként kezelte, és tevékenyen dolgozott a bővítésen a nyugat-balkáni térségben. Ennek fényében jogos elvárás, hogy a máltai elnökség jó példaként fog tekinteni rájuk, és a csatlakozási tárgyalások erősítése és további tárgyalási fejezetek megnyitása kiemelt helyre kerül a politikai agendájukon. Bizakodásra ad okot a máltai elnökség szóvivőjének azon kijelentése, miszerint elkötelezettek a bővítés mellett, és ott fogják folytatni a tárgyalási folyamatokat Szerbiával, ahol a szlovák elnökség abbahagyta.

**João Ferreira (GUE/NGL), por escrito.** – O programa da presidência maltesa, na esteira das que a antecederam, evidencia a profunda e persistente crise na União Europeia, expressão da crise mais geral do capitalismo, e que é simultaneamente uma crise dos pilares e fundamentos da própria UE, enquanto processo de integração capitalista que é. Evidencia também a ausência de soluções para os problemas que afetam os povos da Europa – desemprego, pobreza, exclusão, desigualdades e injustiças sociais, precariedade no trabalho e na vida. Este programa constitui também motivo de séria preocupação, pela perspectiva patente de prosseguir com novos passos na escalada militarista e securitária em que a UE se lançou. Acentua-se o carácter reacionário, retrógrado, desumano e perigoso da UE. O que é visível, desde logo, nas políticas migratórias. Pretende-se impor a generalização do acordo UE-Turquia a todos os países africanos de origem e trânsito de migrantes, visando travar e/ou expulsar todos quantos fugindo da guerra e da fome – nas quais a UE tem conhecidas responsabilidades – arriscam a vida para chegar a solo europeu. Em torno do Brexit, num processo ainda marcado por grande desorientação, digladiam-se interesses contrários aos interesses dos povos, expressivos das contra-

dições entre potências e frações do capital que marcam a atual fase de desenvolvimento do capitalismo e da UE.

**Enrique Guerrero Salom (S&D)**, *por escrito*. – Entre el «efecto Putin» y el «efecto Trump», nos hallamos en un contexto complicado. Nosotros, los europeos, no creemos en soluciones nacionales, sino en soluciones cooperativas. Para nosotros es fundamental la solidaridad europea y eso tiene que plasmarse en una hoja de ruta ambiciosa que se firme en Roma el próximo 25 de marzo. Para que la Unión sea una potencia social, económica y democrática, necesitamos esa hoja de ruta que reconecte con nuestros ciudadanos. Una hoja de ruta que, no solo refuerce la seguridad y defensa en Europa como estableció la hoja de ruta de Bratislava, sino que sea un acuerdo para una Europa social, garantizando así que la estrategia de crecimiento y de empleo vaya acompañada de una mayor inversión. En cuanto a la migración, es fundamental abordar los problemas de desarrollo con terceros países. La presidencia maltesa debe establecer un sistema europeo de asilo de verdad y no la vergüenza que estamos viviendo estos días con la ola de frío. Estamos a la espera de un libro blanco de la Comisión que dote, entre otras cosas, a la política europea de migración de mecanismos efectivos con un presupuesto a medida. Solo así estaremos preparados para el futuro.

**Danuta Jazłowiecka (PPE)**, *na piśmie*. – Przez najbliższe sześć miesięcy przewodnictwo w Unii Europejskiej będzie sprawowała Malta, która będzie musiała się zmierzyć z ogromnymi wyzwaniami. Jednym z takich wyzwań są z pewnością nadchodzące negocjacje w sprawie Brexitu i formalne rozpoczęcie procedury wychodzenia Wielkiej Brytanii ze Wspólnoty. Malta będzie musiała umiejętnie prowadzić negocjacje w ramach Rady, tak aby udało się wypracować stanowisko zabezpieczające interesy wszystkich państw członkowskich, a przede wszystkim obywateli (szczególnie tych mieszkających na terenie Wielkiej Brytanii). Dlatego cieszę się, że w opinii premiera Josepha Muscata Zjednoczone Królestwo nie powinno mieć dostępu do jednolitego rynku bez przestrzegania wszystkich swobód. To musi być fundament naszej strategii negocjacyjnej i dobrze, że taki pogląd podziela również maltański rząd.

Kolejną szalenie istotną kwestią są negocjacje na temat rewizji dyrektywy o delegowaniu pracowników. Temat ten jest niezwykle kontrowersyjny i wzbudza wiele emocji w państwach członkowskich. Malta będzie już z kolei trzecią prezydentką, która zajmie się przyszłością tej formy świadczenia usług. Obecna prezydentka powinna szukać rozwiązań, które będą racjonalne i odpowiedzialne i które z jednej strony zagwarantują przestrzeganie praw pracowników, a z drugiej pozwolą firmom na transgraniczne świadczenie usług. Ważne jest, aby stanowisko Rady odzwierciedliło wątpliwości, które pojawiły się w 11 państwach członkowskich i które stały się przyczyną uruchomienia procedury żółtej kartki.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D)**, *por escrito*. – Entre el «efecto Putin» y el «efecto Trump», nos hallamos en un contexto complicado. Nosotros, los europeos, no creemos en soluciones nacionales, sino en soluciones cooperativas. Para nosotros es fundamental la solidaridad europea y eso tiene que plasmarse en una hoja de ruta ambiciosa que se firme en Roma el próximo 25 de marzo. Para que la Unión sea una potencia social, económica y democrática, necesitamos esa hoja de ruta que reconecte con nuestros ciudadanos. Una hoja de ruta que, no solo refuerce la seguridad y defensa en Europa como estableció la hoja de ruta de Bratislava, sino que sea un acuerdo para una Europa social, garantizando así que la estrategia de crecimiento y de empleo vaya acompañada de una mayor inversión. En cuanto a la migración, es fundamental abordar los problemas de desarrollo con terceros países. La presidencia maltesa debe establecer un sistema europeo de asilo de verdad y no la vergüenza que estamos viviendo estos días con la ola de frío. Estamos a la espera de un libro blanco de la Comisión que dote, entre otras cosas, a la política europea de migración de mecanismos efectivos con un presupuesto a medida. Solo así estaremos preparados para el futuro.

**Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie.** – Erasmus+ to flagowy unijny program. Zapewnienie jego efektywnego wdrożenia i finansowania jest kluczowe m.in. dla promowania europejskich wartości i budowania poczucia bycia Europejczykiem. To właśnie tych wartości potrzebujemy obecnie najbardziej, a kolejne pokolenie Erasmusa+ ma największe szanse, aby stać się nośnikiem nowej, europejskiej tożsamości, i dalej współtworzyć zjednoczoną Europę. Dlatego zwracam się do prezydencji maltańskiej o dołożenie wszelkich starań, aby zapewnić odpowiednie finansowanie dla programu Erasmus+. Zaplanowane 50 mln, które mogłyby wesprzeć program, stanowią tylko połowę z tego, co było wcześniej przewidziane na dofinansowanie Erasmusa+. Taka kwota jest niewystarczająca, aby zapewnić dalsze efektywne funkcjonowanie programu. Już teraz wiele bardzo dobrych projektów nie może zostać zrealizowanych ze względu na brak odpowiedniego wsparcia finansowego. Niepokojący jest także fakt, iż planuje się dodatkowe inicjatywy, które miałyby być finansowane z programu Erasmus+, podczas gdy już teraz nie mamy wystarczających środków, aby pokryć bieżące potrzeby tego programu.

**Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris.** – Președinția malteză va trebui să vină cu soluții pentru probleme cheie pentru UE: relansarea economiei, migrația, terorismul, Brexit și pregătirea pentru noua relație cu SUA.

În ceea ce privește dosarele în curs care trebuie finalizate, cer Președinției malteze, în calitate de raportor al Parlamentului European pentru Regulamentul privind normele comune în domeniul aviației civile, să facă eforturile necesare pentru a găsi un acord în cel mai scurt timp.

Cer Președinției malteze să găsească soluțiile politice necesare pentru a putea debloca dosarul referitor la cerul unic european 2+ (SES2+). În calitate de raportor pentru această propunere de regulament, reiterez importanța acestei legislații pentru cetățeni: creșterea eficienței gestionării și organizării spațiului aerian european și asigurarea unui transport aerian sigur, fluent și sustenabil. Cer Președinției malteze să caute un compromis care să fie susținut atât de Spania, cât și de Marea Britanie în ceea ce privește statutul politic al Gibraltarului, care, pentru moment, are un impact negativ și asupra SES2+.

Reiterez rolul pe care Președinția malteză trebuie să îl joace referitor la pachetul privind energia, pentru găsirea unui echilibru în finalizarea acordului privind sistemul ETS, acord care nu trebuie să pună în pericol industriile din anumite state membre, în particular cele din estul Europei.

**Marijana Petir (PPE), napisan.** – Pozdravljam najavu malteških predstavnika da će prioritet njihovog predsjedanja biti građani – njihove želje i očekivanja od Europske unije. Prošlogodišnja politička zbivanja u Uniji pokazala su nam koliko je to važno. Europsku uniju moramo približiti građanima. Uvjerena sam da ćemo na tome, kao i do sada, raditi u duhu otvorenosti i suradnje.

Kada je u pitanju poljoprivredna politika, raduje me da Malta prepoznaje važnost postizanja dogovora s Europskim parlamentom oko Uredbe o ekološkoj poljoprivredi i da je spremna raditi na okviru koji će poljoprivrednicima pomoći da prebrode i druge velike izazove. Moramo osigurati uvjete kako bi građani željeli ostati živjeti u ruralnim područjima, baviti se poljoprivredom, proizvoditi kvalitetnu i provjerenu hranu koja će se posluživati na našim stolovima.

Da bismo to uspjeli, moramo stati na kraj nepoštenoj trgovačkoj praksi koja je rak rana europske poljoprivrede. Takva praksa ugrozila je opstanak mnogih obiteljskih gospodarstava. Gotovo svakodnevno obitelji gase svoja gospodarstva i odlaze sa sela. Europska unija mora stati na kraj tome, a vjerujem da to možemo samo donošenjem regulative na europskoj razini. Očekujem od Malte da tijekom svog predsjedanja poduzme korake u tom smjeru.

**Olga Sehnalová (S&D), písemně.** – Vítám, že program maltského předsednictví obsahuje mezi prioritami kapitulu vnitřního trhu, který považuje za největší přínos Unie. Cílem předsednictví v oblasti vnitřního trhu je nejen vylepšit, ale také dokončit projednání klíčových právních předpisů, které jsou v Radě a Evropském parlamentu již diskutovány. Mezi takové předpisy lze bezesporu zařadit revizi nařízení o spolupráci dozorových orgánů v oblasti ochrany spotřebitele. Jako zpravodajka tohoto legislativního aktu bych ráda zdůraznila jeho důležitost pro posílení využití potenciálu jednotného trhu, nastavení spravedlivých pravidel a vysoké úrovně ochrany spotřebitelů. Vzhledem k velkému objemu práce, které v Radě odvedlo slovenské předsednictví, věřím, že ambicí stávajícího předsednictví může být více než avizované přijetí společného postojů Rady. V Evropském parlamentu pracujeme intenzivně tak, abychom byli připraveni v rámci předsednictví Malty usilovat o výslednou dohodu mezi oběma orgány. Uplynul už více než rok od momentu, kdy Evropská komise představila Evropský akt přístupnosti, jenž má usnadnit přístup ke zboží a službám osobám s postižením. I přes komplexnost tohoto návrhu věřím, že se na půdě obou orgánů zintenzivní projednávání a členské státy dostanou svým závazkům, jež jim vyplývají z Úmluvy Organizace spojených národů o právech osob se zdravotním postižením, pokud jde o přístupnost, v čemž jim navrhovaná směrnice má dopomoci.

**Jutta Steinruck (S&D)**, *schriftlich*. – Herr Ministerpräsident! Ihr Land übernimmt die Ratspräsidentschaft in schwierigen Zeiten. Ich wünsche mir, dass Sie Ihre Ankündigung verwirklichen und als „ehrlicher Makler“ versuchen, die nationalen Egoismen zu zügeln, damit Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wieder groß geschrieben wird. Wenn die Menschen mit Europa unzufrieden sind, dann häufig deswegen, weil der Rat in den großen europäischen Fragen völlig zerstritten ist.

Heute Abend werden wir hier im Haus noch die Finanztransaktionssteuer besprechen. Diese ewige, lange Debatte in der Eurogruppe über die Finanztransaktionssteuer ist doch beispielhaft für die Probleme Europas. 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise haben wir es immer noch nicht geschafft, die Finanzindustrie als den Hauptschuldigen für den Ausbruch der Krise angemessen an den Kosten zur Bewältigung der Krise zu beteiligen. Ganz anders Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die wegen der Austeritätspolitik ihren Job verloren haben. Als ob das nicht genug gewesen wäre, wurden Sozialprogramme und öffentliche Investitionen gestrichen.

Malta ist ein kleines Land, aber ein großer Europafreund. Erweisen Sie Europa einen Dienst und setzen Sie sich dafür ein, dass in Europa in Zukunft Soziales den gleichen Wert hat wie Wirtschaft und Finanzen!

**Tibor Szanyi (S&D)**, *írásban*. – A máltai elnökség az Unió egész jövője szempontjából meghatározó, rendkívüli kihívásokkal terhelt időszakban, tiszteletre méltó ambícióval veszi át a soros elnökséget. A megjelölt prioritás-csomaggal egyetértve is látni kell azonban, hogy a félév végén a máltai elnökség megítélését, tevékenységének eredményességét az fogja meghatározni, hogy sikerült-e megteremteni a tagállami egységet, s ennek alapján konkrét, jogi kötelekkel járó uniós cselekvést elérni a menekültválság kezelése terén. Úgy vélem, ennek egyaránt elengedhetetlen részét képezik a már Európában lévő menekültek elhelyezését (re-allokációját) célzó konkrét intézkedések, a schengeni rendszer korszerűsítését (egyúttal megmentését) biztosító sürgős döntések, valamint a hatékonyság és az emberiség szempontjait az eddiginél sokkal jobban összeegyeztető megújult uniós migrációs politika előmozdítása. A tanácsi szinttel szemben e tekintetben azért is nagy most az elvárás, mert a menekültekkel szembeni embertelen bánásmódban és az uniós migrációs politika aláásásában leginkább vétkes tagállamok, mindenekelőtt az Orbán-kormány, előszeretettel hibáztatja „Brüsszelt”, illetve a Bizottságot a migrációs válságért, miközben más tagállamoknál keres támaszt. Málta félve döntő lesz abból a szempontból is, hogy a soros elnökség vezetésével a tagállamok meghatározó része egységben és határozottan fellépjen a migrációs politikáját az Unió alapelvei és érdekei ellenében megfogalmazó tagállamokkal szemben.

**Miguel Viegas (GUE/NGL)**, *por escrito*. – O programa da presidência maltesa não dá resposta à persistente crise na União Europeia, expressão da crise mais geral do capitalismo, e que é simultaneamente uma crise dos pilares e fundamentos da própria UE, enquanto processo de integração capitalista. Confirma o esgotamento e a falta de soluções para os problemas que afetam os povos da Europa: desemprego, pobreza, exclusão, desigualdades e injustiças sociais, precariedade no trabalho e na vida. Esta falta de soluções traduz-se numa espécie de fuga para frente, acentuando os piores aspetos das políticas europeias, designadamente em matéria de políticas migratórias, financeiras e de luta contra a fraude fiscal e o branqueamento de capitais, não fosse Malta um dos mais ativos *offshore* da UE.

## PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

*Vicepresidente*

### 10. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Kandidaturen)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca il secondo turno dell'elezione dei Vicepresidenti del Parlamento europeo.



Non abbiamo ricevuto altre candidature. Prego tutti i colleghi di prendere posto. Naturalmente procederemo al voto e prego gli scrutatori di prendere posto presso le urne, dove si voterà. Chiedo se ci sono gli scrutatori in Aula, presso le urne, se ne manca qualcuno. Ci sono tutti, allora cominciamo.

**Presidente.** – Onorevoli colleghi, se tutti hanno votato possiamo sospendere la seduta per lo scrutinio. Credo che non ci siano altri colleghi che devono votare, per cui invito gli scrutatori a recarsi nella sala R1.1 per procedere allo spoglio delle schede.

La seduta è sospesa, la sua ripresa sarà segnalata dal suono della tradizionale campanella e un annuncio apparirà inoltre sugli schermi.

*(La seduta è sospesa alle 14.00. per il conteggio dei voti e riprende alle 15.00. per l'annuncio dei risultati)*

## PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente*

### 11. Wahl der Vizepräsidenten des Parlaments (zweiter Wahlgang) (Bekanntgabe der Ergebnisse)

**Presidente.** – La seduta è ripresa.

Annuncio l'esito del secondo turno di scrutinio per l'elezione dei Vicepresidenti.

Numero dei votanti: 672. Schede bianche o nulle: 34. Voti espressi: 638. Maggioranza assoluta: 320.

Vi leggo i voti ottenuti dai diversi candidati:

- onorevole Lambsdorff: 393 voti;
- onorevole Lunacek: 441 voti;
- onorevole Papadimoulis: 469 voti;
- onorevole Paşcu: 517 voti;
- onorevole Tarand: 261 voti.

Sono eletti gli onorevoli Paşcu, Papadimoulis, Lunacek e Lambsdorff.

Hanno ottenuto la maggioranza assoluta dei voti espressi e sulla base del secondo turno di scrutinio li proclamo pertanto eletti Vicepresidenti del Parlamento europeo e mi congratulo vivamente con questi colleghi per il risultato ottenuto.

Conformemente all'articolo 17, paragrafo 2, del regolamento l'ordine di precedenza dei Vicepresidenti è determinato dall'ordine secondo il quale essi sono stati eletti e, in caso di parità di voti, dall'età. La composizione del nuovo Ufficio di presidenza sarà notificata ai Presidenti delle istituzioni dell'Unione europea.

Per quanto concerne l'elezione dei Questori, vi propongo di fissare il termine per la presentazione delle candidature alle ore 16.00.

Le candidature devono essere depositate presso il Segretario generale aggiunto nell'ufficio R00101, l'*Open space* della Presidenza dell'edificio Louise Weiss.

Il primo turno per l'elezione dei Questori si svolgerà a partire dalle ore 16.30.

## 12. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

## 13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

## 14. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2016

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca le dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni della riunione del Consiglio europeo del 15 dicembre 2016 (2016/2789(RSP)).

Prima di dare la parola al Presidente Tusk lo saluto, è la prima volta che ho l'occasione di incontrarlo come nuovo Presidente del Parlamento e gli cedo immediatamente la parola.

**Donald Tusk, President of the European Council.** – Mr President, first of all I want to congratulate you warmly on your election as President of the European Parliament, and to wish you, dear Antonio, and all the Members of the House, well for 2017.

No one can have any doubts that it will be an extraordinary year for Europe and the European Union. Last year, we managed to make progress on migration, security and the economy, in spite of the unprecedented difficulties we faced. This was thanks, in great part, to your hard work and sense of responsibility in responding to events. Similarly, I trust that we will rise together to meet the challenges of the next months.

I would now like to briefly outline the main results of the December European Council. Leaders discussed our efforts to regain control over migration. The radical drop in irregular migration on the Eastern Mediterranean route was possible thanks to our decision to get back to Schengen, the closure of the Western Balkan route and Turkey's cooperation. In this context, leaders stressed their commitment to implementing the EU-Turkey Statement, which also requires efforts from the Turkish side.

As regards the Central Mediterranean route, High Representative Mogherini reported on the progress with African countries. Last year, 180 000 migrants arrived irregularly in Italy. This is a situation that cannot continue. That is why Libya and our approach to the Central Mediterranean route will be the key point of the next informal summit in Malta. As you know, the EU supports the Government of National Accord and its efforts to consolidate peace and stability in Libya. We stand ready to step up the EU's engagement to strengthen the capacity to address security issues and consolidate institutions, in full respect of Libyan sovereignty.

As for Ukraine, we adopted a legally-binding decision of the leaders to facilitate the ratification of the Association Agreement in the Netherlands. This decision addresses the concerns expressed by the Dutch voters last year. Now, the responsibility lies in the Netherlands. The ratification is important not only for Ukraine, but also for Europe's geopolitical standing and credibility. We did what we could to help save the Association Agreement already ratified by 27 Member States and the European Parliament. Now the ball is in the court of the Dutch.

On the Minsk agreements, Chancellor Merkel and President Hollande gave their assessment of the Normandy process for resolving the conflict in eastern Ukraine. Their clear recommendation was that since Russia has still not implemented the Minsk agreement, sanctions should be prolonged. They are now in place for a further six months.

The world has become a more dangerous place, whether we talk about open conflict, terrorism or so-called hybrid war in the form of cyberattacks and public disinformation. Therefore, the leaders agreed to step up work on defence, in partnership with NATO. They have also agreed to increase cooperation on external security across the board – from research to how we develop military capabilities, right down to how we conduct our missions and operations. More resources will be needed, most importantly at the national level on defence spending, but also through funds from the European Union. Your support for this work will be critical, given the institutional and financial questions involved. The objective is clear: European countries should do more in the face of the immediate security threats facing our citizens, and so should the European Union.

The leaders also discussed internal security. The political agreement on the EU's Counter-Terrorism Directive, which criminalises foreign fighters and their activities throughout the European Union, is the right step forward, but we need more. Leaders called for the remaining decisions which can prevent future terror attacks to be swiftly finalised and implemented, such as, for example, tougher legislation on firearms.

We have called on the co-legislators to agree by June on an Entry-Exit System, and by the end of 2017, on a European Travel Information and Authorisation System. This will ensure that visa-exempt travellers are screened systematically. These are tough deadlines, but the situation requires that we work more quickly than normally.

The leaders also discussed several initiatives aimed at making the European economy work for everyone. We had an exchange with President Draghi, who underlined that the improved economic situation still needs reform efforts. The statistics are better, but the important thing is for ordinary people and businesses to feel confident about the future. This is why the European Fund for Strategic Investment will be extended, our trade defence instruments will be modernised, and the Youth Guarantee will be continued. To strengthen our recovery, 2017 needs to be a year of great ambition for the single market, both in terms of deepening and modernisation. Parliament's role is obviously vital here.

Finally, on Brexit, the EU 27 had a short informal meeting where we agreed procedural arrangements and reconfirmed our principles, namely the indivisibility of the four freedoms, the balance of rights and obligations and our rule of 'no negotiations without notification'.

The European Council will maintain political control over the process, while ensuring that the Commission is the Union's chief negotiator. The leaders fully realise the important role of the European Parliament in the process. With this in mind, they invited the chief negotiator to keep Parliament closely and regularly informed, and agreed how the European Council would interact with Parliament throughout the coming months. With this work now done, the EU stands ready to start the negotiations when the UK notifies its departure.

Lastly, let me make one comment. Yesterday's speech by Prime Minister May proves that the unified position of 27 - Member States on the indivisibility of the single market was finally understood and accepted by London. It would be good if our partners also understood that there will be no place for pick-and-choose tactics in our future negotiations. At the same time, I want to underline that we took note of the warm and balanced words of Prime Minister May on European integration, which were much closer to the narrative of Winston Churchill than that of the American President-Elect Trump.

**Jyrki Katainen**, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, this agenda allows us to look at the future at least 12 months ahead and assess what the political priorities are and how our political environment will evolve during this year. I think we need at least three things. First, unity. Second, we have to defend our institutions and their role, and third, we have to concentrate on deliverables and delivering those of our initiatives which have already been decided.

When looking at unity, the last European Council meeting was very good in that sense. It showed and expressed a strong unity and strong willingness to cooperate with other institutions. When looking at the role of the institutions, it is more important than ever before. We have been challenged from outside, but also from within. Many of those who have challenged the idea of an integrated Europe want, at the same time, to destroy our institutions and integration as a whole. So, in the so-called post-truth era, the institutions play a role because they represent the same basis for dealing with those issues. The institutions want to make sure that we have the same facts, those which we share and those from which we can draw different conclusions in an organised manner. That is also why the art of making compromises is getting very, very important. You cannot make compromises if your institutions are not strong and if they are not defended. So that is why all the European institutions deserve to be defended and strengthened, and there of course this House plays a crucial role.

A couple of words on delivery. Delivery was one of the main issues in the European Council. It was reinforced in December with a joint declaration of the EU's legislative priorities for 2017, signed for the first time by all three institutions, and that sort of unity was also shown during the informal meeting of 27 Heads of State or Government after December's European Council. When it comes to the discussion with the UK following an Article 50 notification, all of Europe's institutions and all 27 Member States will be singing from the same hymn sheet. The Commission was absolutely clear that this House should play a full role in those proceedings, and our chief negotiator, Mr Barnier, will work closely with Parliament's representatives to make sure that this will also happen.

From the substance point of view, the defence issue is one of the main points on the agenda in the European Council. Just to mention a few main areas in defence. First, we have to make sure that our public procurement system is becoming stronger. It is quite amazing that only 20% of purchases in the defence field have been tendered internationally. Eighty per cent of purchases happen domestically, and that is one of the reasons why our defence industry has not developed as well as other areas of industry. It is also one of the reasons why defence equipment is getting more and more expensive – faster than the others. That is why we need a better internal market in defence. Second, we need your support when looking at next year's budget when our intention is to increase research money in the defence sector.

The capability window also needs large cooperation. The Commission is working very hard on this, and we are trying to find suitable well-functioning ways for Member States to make joint purchases and, by doing so, save money and strengthen our defence in the long run.

On migration, we also saw renewed willingness to cooperate on migration and security, areas in which we have seen significant results in the last 12 months. We have already seen the first results, notably in our partnership with Niger, which has already taken action to combat migrant smuggling and has received EU support to implement its macro-economic reform programme. But we need to see more of this, and this is why we now need the co-legislators to swiftly agree on the Commission's proposal to stimulate investment in tackling irregular migration at the grassroots level. The new European Fund for Sustainable Development will have the potential to mobilise up to EUR 44 billion to create jobs, improve social conditions and promote sustainable development where it is most needed.

Finally, some words on the social dimension and economic growth. We were very happy with the strong support from the Council towards our social agenda. We have to pay attention to our societies and people's resilience, especially at a time when industrial revolution will recede our market. We have to make sure that Europeans and our societies are more resilient, and education plays a role there. But other ways to invest in youth are also very important. That is why we were very pleased that the Council backed our Youth Employment initiative by accepting a EUR 2 billion increase in funding for this purpose. The European Solidarity Corps also got strong backing from the Council.

Finally, we also got very strong support from the Council for the EFSI 2.0 project. We encourage the European Parliament to take its position as soon as possible so that we can conclude this proposal by the end of the Maltese Presidency, and we also need your support in internal market projects which got very strong backing from the Council.

**Manfred Weber**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, lieber Donald Tusk, Herr Ratspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein herzliches Willkommen und ein hoffentlich gutes neues Jahr für 2017, dass es besser wird als 2016.

Ich möchte mich heute auf zwei Themen konzentrieren, im Rückblick auch auf den Rat. Das erste ist natürlich der Brexit. Wir sind alle dankbar für die Rede von gestern, dass wir wieder Erläuterungen bekommen haben, etwas weitere Fortschritte bekommen haben. Aber so richtige Klarheit ist durch die Rede nach wie vor nicht entstanden. Ich höre zum Beispiel diese Aussage von der Bestrafung. Ich glaube, wir alle können heute schon festlegen: Es wird keine Bestrafung Großbritanniens geben. Kein Mensch will Großbritannien für die Entscheidung, die gefällt worden ist, bestrafen.

Man will die Europäische Union verlassen. Die Europäische Union ist heute vor allem ein Binnenmarkt, die Europäische Union ist ein großer Binnenmarkt. Den Binnenmarkt will man verlassen, aber nachher will man ein Freihandelsabkommen abschließen, um wieder den vollen Zugang zum Binnenmarkt zu bekommen. Das ist die Idee, die ich gestern gehört habe. Ich frage mich also: Was will man verlassen? Will man jetzt die EU verlassen, oder will man die EU nicht verlassen? Wenn die Europäische Union nicht so heißen würde, dann würden vielleicht manche in London drüben einen Beitrittsantrag stellen. Aber nur weil sie EU heißt, sind leider Gottes viele der Meinung, dass das des Teufels ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Raus heißt raus, Brexit heißt Brexit“, höre ich die ganze Zeit. Und deswegen werden wir das in den nächsten Wochen und Monaten sehr intensiv an konkreten Punkten diskutieren. Beispielsweise wird meine Fraktion nicht dulden, dass der Finanzmarkt des Euro, unserer gemeinsamen Währung, weiter aus London heraus verwaltet oder mitgestaltet wird, wenn London zukünftig nicht mehr Teil der Europäischen Union ist.

Einen zweiten Punkt darf ich noch sagen: Einerseits dürfen wir nicht davon reden, dass wir jemanden bestrafen. Aber andererseits darf uns Großbritannien offensichtlich drohen. Es steht ja von Hammond und Theresa May jetzt die These im Raum, dass gesagt wird, es werde ein neues Wirtschaftsmodell für Großbritannien gesucht, ein Steuerdumpingmodell wird angewandt, um es weiterhin für Betriebe interessant zu machen, in Großbritannien zu investieren. Mir geht da durch den Kopf, ob Großbritannien auch aus dem G8 austreten will, denn da gab es ja auch Abkommen gegen das Steuerdumping. Und ich stelle mir auch die Frage, wer denn eigentlich die Steuerausfälle dann zahlen soll, die durch Steuerdumping in Großbritannien verursacht werden. Die kleinen Leute werden die Zeche zahlen, und die großen Kapitalkonzerne werden steuerfrei gestellt. Das wird das Ergebnis sein, wenn man dieses neue Steuermodell anwendet.

Ich würde dafür werben: Wir bestrafen nicht, und London droht nicht. Dann würden wir in den Gesprächen schon viel gute Atmosphäre erzeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein zweites Thema, das ich ansprechen will, sind die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Einfluss auf uns in Europa haben werden. Wir haben Respekt vor dem Wahlergebnis, wir treten einer neuen Administration offen gegenüber, wie das jeder Demokrat macht, und es gibt auch keine Vorverurteilungen. Allerdings gibt es jetzt erste Statements des neu gewählten Präsidenten. Die Europäische Union ist als Wirtschaftsraum gleich groß wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Und deswegen muss man all denen, die den Europäern jetzt drohen, auch europäischen Konzernen drohen, deutlich machen, dass auch wir Machtmöglichkeiten haben mit dem Binnenmarkt, mit dem Beihilferecht.

Beispielsweise stelle ich mir schon die Frage, wieviel Arbeitsplätze eigentlich Google in Europa hat. Oder ich stelle mir die Frage, wieviel Steuern eigentlich Apple in Europa bezahlt. Auch wir können Fragen stellen, wenn Amerikaner Fragen stellen. Wir werden unsere Machtmöglichkeiten dafür nutzen.

Ich würde übrigens die Entwicklungen bei den Amerikanern auch als Chance für uns sehen, weil die Kanadier, die Mexikaner, die Japaner alle etwas sorgenvoll auf die Entwicklungen in Amerika blicken. Eigentlich sollte der Europäische Rat jetzt mit einer diplomatischen Initiative starten, alle Partner um Amerika herum als Partner für Europa zu gewinnen, weil das eine gute Gemeinschaft wäre.

Ich möchte abschließen mit dem, was Guy Verhofstadt heute in der Früh schon angesprochen hatte: Was tun wir denn eigentlich als Europäer, wenn jetzt Trump wirklich die NATO in Frage stellt? Was tun wir denn eigentlich als Europäer, wenn jetzt Trump die Truppen aus Polen abzieht? Was tun wir denn als Europäer eigentlich, wenn ein Deal mit Russland gemacht wird zu Lasten der Ukraine und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine plötzlich in Frage gestellt ist? Was tun wir dann?

Herr Ratspräsident, machen wir dann auf Betroffenheit, setzen wir uns dann zusammen, machen wir wieder Sondersitzungen, wie wir es oft machen, oder haben wir die Kraft, uns jetzt mal darauf vorzubereiten? Wird Europa jetzt endlich erwachsen? Geht Europa endlich die notwendigen Schritte der Vertiefung, der Verstärkung dieser Europäischen Union, um endlich selbstbewusst zu werden?

Die Nationalisten sind die Totengräber der Nationalstaaten. Nur ein geeintes Europa kann dazu führen, dass die Nationalstaaten in einer globalisierten Welt noch Kraft und Einfluss haben. Und wenn in Amerika gesagt wird „*America first*“, dann dürfen wir sagen „*Europe first*“.

**Presidente.** – Prima di dare la parola all'onorevole Niedermüller a nome del gruppo dell'Alleanza progressista dei socialisti e democratici voglio dire che, visto il ritardo e visto che alle 16.30 dobbiamo votare, non posso concedere il «*cartellino blu*» e quindi non lo concederò a nessuno.

Vediamo se riusciremo a fare il *catch-the-eye*.

La parola all'onorevole Niedermüller.

**Péter Niedermüller**, *a S&D képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr, a migráció továbbra is Európa, az Európai Unió egyik legfontosabb problémája. Éppen ezért nagy örömmel veszem tudomásul, hogy a Tanács nagy jelentőséget, fontosságot tulajdonít az európai menekültügyi ügynökség felállításának és a szükséges anyagi erőforrások biztosításának. Meggyőződésem ugyanis, hogy a közös európai menekültügyi rendszernek, a határvédelmi ügynökség mellett a másik alappillére a menekültügyi ügynökség kell, hogy legyen. Ennek legfőbb feladata a jelentős migrációs nyomásnak kitett országok hivatalainak, intézményeinek a támogatása, valamint a menekültek humánus ellátásának és tájékoztatásának a feladata. Azt gondolom, mindennek az alapja a kölcsönös szolidaritás, és azok a tagállamok, amelyek nem hajlandók szolidaritásban lenni egymás iránt, azokkal bizony szankciókkal kell számolniuk. Azt gondolom, a menekültügyi ügynökség felállításának következő lépcsője a trilógus megkezdése kell, hogy legyen, és én mint a vonatkozó jelentés jelentésvivője biztosítani szeretném a Bizottságot és a Tanácsot is, hogy mi készen vagyunk a konstruktív tárgyalások mielőbbi megkezdésére.

**Anna Elżbieta Fotyga**, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Gratuluję wyboru! Żyjemy w czasach wielkich wyzwań dla bezpieczeństwa Europy: terroryzm, fala migracji, agresja Rosji na wschodzie, w jakimś sensie również Brexit. Nawet jeśli nie znajdujemy docelowych rozwiązań, doceniam jednak podjęcie wszystkich tych zagadnień w agendzie Rady Europejskiej.

Chciałam jednak poinformować Parlament o ważnym wydarzeniu, które wpływa na sytuację geopolityczną w moim regionie. Po decyzjach szczytu NATO w Warszawie na mojej ziemi pojawiły się pierwsze oddziały amerykańskie, które są wypełnieniem sojuszniczych zobowiązań. Jesteśmy świadomi podpisanej deklaracji o współpracy między NATO i Unią Europejską. Sprawy bezpieczeństwa i pogłębiania się integracji w dziedzinie wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony wymagają przede wszystkim zgody rządów i jednomyślności państw członkowskich. To jest potrzebne dla zapewnienia bezpieczeństwa całej Unii Europejskiej, ale wymaga rozważań.

**Guy Verhofstadt**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, President Tusk said in his speech that the world has become a more dangerous place. That is the least we can say, because I remember that the last strategic paper of Javier Solana of 2003 spoke about the 'ring of friends' around us. I think it is more the 'ring of fire' around us. Putin, the conflicts in the Middle East, but merely also the new US President-Elect, Mr Trump. I have to tell you, I am a little bit disappointed at the reaction of the European Union against a US leader who is saying that it's the end of the European Union – that there will be other Member States leaving the European Union. It's insane! I think that we have to react to this. What would happen in the US if European leaders were saying, 'we think that California will break away', or 'Florida will break away'? Immediately, I think that the Ambassador of the European Union would be called to the State department in Washington to explain what this means. We have to be very conscious of the fact that this will be a turning point on 20 January 2017. Whether you like it or not, it will be a turning point – maybe not completely, but certainly in the way that we have to look at our relationship with the US, and more precisely inside the European Union. It is now the time not only to fix the European Union, but to do a number of things that were impossible in the past. Five years ago, you were saying that the European Defence Union was not necessary. In reality, it is definitely necessary, and we have to speed it up. It is the same thing with the European Border and Coast Guard. The migration crisis can only be tackled with the European Border and Coast Guard. Not with one with EUR 250 million – that is what we spent today on the European Border and Coast Guard – in the US, the amount spent on the border and coast guard is USD 32 billion. That's the comparison we have to make. The same with the governance of the eurozone, where the Five Presidents' Report – when is it coming? How long do we have to wait for a legislative proposal from the Commission to come to the Council and to the European Parliament? It is time to fix it, like it is time also to fix the cleaning up of our banks. It has taken eight years now, and we can tell that they have not cleaned up our banks in Europe; we still face the problems.

So, in the Brexit negotiations, I think you are completely right, and Mr Weber is completely right when he said no cherry picking at all. We shall never accept it. You can say, 'I want to leave the Union, I want to leave the European Judicial Court, I want to leave the Customs Union', but you cannot at the same time say 'oh, but that little piece interests me, and that is something that I like ...' No way! It is a fair agreement that we are looking for, not a situation where it is better to be outside the European Union than inside, as a Member State.

**João Ferreira**, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Senhor Verhofstadt, as razões para a agonia da União Europeia estão mais deste lado do que do outro lado do Atlântico. Nos primeiros quinze dias deste ano a enorme vala comum do Mediterrâneo ceifou mais de duzentas vidas, números oficiais, alguns relatórios apontam para mais de quatrocentos mortos.

Aos quase três mil migrantes que nestes dias chegaram ao solo europeu espera-os a desumanidade da União Europeia: campos de detenção onde são deixados a morrer ao frio até serem deportados. Terrorismo, sob o pretexto do combate ao terrorismo. Em lugar de garantir aos povos a segurança para que gozem dos seus direitos, restringem e atacam direitos por alegadas razões de segurança. No final, nem direitos nem segurança.

Este Conselho Europeu evidencia bem o beco sem saída em que a União Europeia se encontra. O euro acentua o seu carácter de impiedosa máquina de divergência e de empobrecimento da periferia. Na Holanda, aí está mais um referendo desrespeitado, desta feita sob o acordo de associação com a Ucrânia, pois, por entre os escombros deste processo de integração esgotado, parte dos problemas e já não da solução caberá aos povos com a sua luta abrir um novo caminho de progresso e de cooperação na Europa.

**Ska Keller**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I will find it a bit difficult to fill my three minutes, because at the Council I did not actually have the impression that so many meaningful conclusions or decisions were taken. I would rather say the conclusions were meagre at best.

That might actually be OK if it were a smooth time, with nothing much happening just before Christmas and if there were nothing much to do, but I think we all share a common feeling that is not really the world that we are living in. We have Brexit, we have Trump, we have refugees freezing to death in Europe, we have the rights of the far right, we have conflicts in our neighbourhoods – there are so many issues that we need to address, so many solutions that we need to find, and not just hang out and talk nicely. So, where is the plan for a social Europe? Where are the bold moves to establish tax justice in Europe? Where is the action on investment rather than austerity? Where is the joint effort to help refugees, to establish some sort of dignity at least for people looking for protection, and also for Europe? Where is the common answer for Trump? Where is the common voice in foreign policy, and where are the Member States when it comes to implementing things? As for the Defence Union and new papers, all that is very nice, but where would be the implementation of the pooling and sharing that Member States had already decided a long time ago? On all of the burning issues we get 'nada' and 'niente' (and you see I am practising my Italian). We got nothing from the Council. We got some nice warm words – or some cold words, when it came to migration – but that's it. We don't need to have European Council meetings just to keep us busy, as I think we are all rather busy!

We need a European Council that works on the future of Europe with bold decisions and real tangible results, because a lot is at stake. The whole project, the whole dream, the whole idea of Europe is at stake and is under threat. We do not have much time, and we will not get many opportunities to do something about that – to rescue this idea, and not just to rescue it, but also to further develop it. I don't expect the Council to save us all, but I do expect the Council to make a meaningful contribution, and I do expect the Presidency and the President of the Council to put serious proposals on the table to work for the best of Europe, and not just for a nice group picture. We, as Parliament, cannot wait for the Council to do something and get serious. After we have been so busy with ourselves for the last two days, which was nice, fun and all exciting, I think it is high time that we get back to business, back to policies, back to improving the lives of everyone living in Europe, and it is really urgent that we do that because we only have one Europe and it needs us.

**Paul Nuttall**, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, first allow me to congratulate you on your election. I think it's interesting that the conclusions of the Council meeting raised the issues of migration and security, because these two issues go hand-in-hand, as has recently been shown by the attacks on our continent. Certain politicians, whom I don't have to name here in this speech, should hang their heads in shame because of their dangerous and reckless policies which have allowed jihadis to cross our borders freely without checks. Thank goodness that we, the UK, will be leaving.

Yesterday, our Prime Minister, Theresa May, set out her negotiation positions. While I applaud some of it, other parts I find concerning. Firstly, I am worried that the so-called interim arrangements and phased implementation is simply Whitehall speak for a slow-motion Brexit. I am also concerned that there was no mention of immediate immigration controls, which means that, by the time we are fully out of the EU, on current trends, we could have another million people come into our country from the continent. And no one in Britain, bar UKIP, is holding the government to account on these issues, mainly because the British Labour Party is a shambles that has let down working class people for far too long. I am, however, glad that the Prime Minister made it clear that we are leaving the single market. This would allow us – if the government has the willpower – to control our own borders, not pay a membership fee, and not have to comply with EU regulations and directives. So I say to the EU negotiators: now is not the time for empty threats. Britain is not bluffing. Britain will not be bullied. Britain is not some sort of small nation on the periphery of Europe. We are the United Kingdom, the fifth largest economy in the world. We have links all over the globe to the Anglosphere, the Commonwealth, the emerging markets of the Far East. It is clear that Britain is going global as a result of that momentous vote on 23 June 2016. I believe we have a great future ahead of us.

(Applause)

**Vicky Maeijer**, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, meer overdracht van soevereiniteit, meer geld naar falend EU-beleid en tussen de dinergangen door nog een grootse schoffering van de Nederlandse kiezers die massaal neen zeiden tegen het EU-associatieverdrag met Oekraïne en het nu alsnog via de achterdeur door de strot gedrukt krijgen. Onze regeringsleiders concluderen zelfs dat Europeanen meer verantwoordelijkheid moeten nemen voor hun veiligheid. Dat is toch de wereld op zijn kop, want u moet stoppen met wegstappen!

Er is namelijk nog geen begin van een antwoord op de oorlog die de islam ons heeft verklaard. En vier dagen na de Raad werd dit ook weer pijnlijk duidelijk: wéér een aanslag, wéér de Islamitische Staat, wéér een terrorist die dood en verderf kon zaaien. Dit keer met een vrachtwagen waarmee hij inrijdt op een Berlijnse kerstmarkt, met 11 doden en 56 gewonden tot gevolg. En na de aanslag reist hij doodleuk vanuit Duitsland verder door Nederland, door België, door Frankrijk en door Italië. Dankzij het Brusselse opengrenzenbeleid kon de aanslagpleger ongestoord zijn gang gaan!

Gelukkig, voorzitter, waait er een frisse wind door Europa en is het verzet tegen alles waar u voor staat, aan het winnen. De roep om grenscontroles, de aanpak van terrorisme, de-islamisering en soevereiniteit: dit klinkt luider dan ooit tevoren. En ik ben ervan overtuigd dat in Nederland op 15 maart de Nederlandse kiezer zal afrekenen met het falende beleid van deze elite.

**Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI)**. – Σε κάθε ευρωπαϊκό συμβούλιο αυξάνεται η αγωνία σας για οικονομική ανάκαμψη αλλά η καπιταλιστική μηχανή δεν λέει να πάρει πραγματικά μπροστά, πυροδοτώντας έτσι αγριότερους ανταγωνισμούς, στρατιωτικοποίηση της Ένωσης, σκληρότερα αντιλαϊκά μέτρα παντού. Αυτό για την Ελλάδα των πολλών κυβερνητικών εναλλαγών, πάντα όμως με μνημόνια και απίστευτες λαϊκές θυσίες, μεταφράζεται απλά σε νέα μέτρα δίχως τέλος: στην ουσία, σε τέταρτο μνημόνιο. Η κυβερνητική κοροϊδία περί «κακού Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου και καλής Ευρωπαϊκής Ένωσης», αποκαλύπτεται. Η καπιταλιστική βαρβαρότητα με το όποιο πρόσωπο – Διεθνές Νομισματικό Ταμείο / ευρωπαϊκοί θεσμοί / αστικές κυβερνήσεις – δεν εξανθρωπίζεται. Η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, το ίδιο αντιλαϊκή αλλά ικανότερη από τις προηγούμενες στη λαϊκή σφαγή, μεθοδεύει μέτρα – ομαδικές απολύσεις με βέλτιστες ευρωενωσιακές πρακτικές, «ταφόπλακα»-συλλογικές συμβάσεις, γενίκευση της ευέλικτης εργασίας με ψίχουλα – για την ολοκλήρωση του τρίτου μνημονίου της, αλλά και για πολλές δεκαετίες μετά από αυτό, με μόνιμο δημοσιονομικό κόφτη μόνης αντιλαϊκής κατεύθυνσης: μόνιμα ματωμένα πλεονάσματα με μείωση του αφορολόγητου στα χαμηλότερα εισοδήματα, νέους φόρους και ΦΠΑ για το λαό, νέες μειώσεις μισθών, συντάξεων, κοινωνικών δαπανών και επιδομάτων.

Αυτά είναι τα προαπαιτούμενα-θυσίες για την ποσοτική χαλάρωση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και ρύθμιση του χρέους, που σημαίνει μόνο νέο ζεστό χρήμα και φοροαπαλλαγές στις μεγάλες επιχειρήσεις και όχι λαϊκή ανακούφιση. Ανάκαμψη για κέρδη και ανταγωνιστικότητα και κατήφορος για τον λαό, που μπορεί να σταματήσει με έναν τρόπο αυτός κατήφορος: με οργάνωση και αγώνα, τον εργατικό λαϊκό παράγοντα μαχητικά στο προσκήνιο, ενίσχυση της δύναμης του ΚΚΕ για ανατροπή.



## IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

**Elmar Brok (PPE).** – Frau Präsidentin, Herr Präsident des Europäischen Rates, Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass die Ergebnisse des Europäischen Rates vielversprechend sind, aber nicht erfüllend. Und ich finde, es ist eine wichtige Tatsache, dass man gesagt hat: Wir wollen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Ausbildung und die soziale Balance, dass man Fortschritte machen will bei Migration und Terror, und dass die Registrierungspflicht kommen soll, dass man in der Verteidigungspolitik manches aufgeschrieben hat. Jetzt ist es aber Zeit zu liefern, in allen Fragen die Umsetzung zu machen.

Herr Präsident des Europäischen Rates, Sie müssen Ihre Kolleginnen und Kollegen in den nationalen Regierungen in die Pflicht nehmen, dass es deutlich gemacht wird, dass umgesetzt wird und nicht nur in Schlussfolgerungen geschrieben wird. Und die Kommission muss die entsprechenden Gesetzgebungsvorschläge und Initiativen ergreifen in diesen Bereichen, und wir müssen den Bratislava-Prozess auch in Richtung Rom zu einer Erfolgsstory machen.

Wenn in diesen Kernfragen der Herausforderungen nicht geliefert wird, dann haben wir ein Problem – was ein milder Ausdruck für die tatsächliche Lage ist.

Ich glaube, dass wir das vor allem etwa bei der Verteidigungspolitik sehen müssen, angesichts von Drohungen und Sorgen, die wir haben, jetzt nicht nur im Süden und im Osten, sondern jetzt auch aus dem Westen heraus: Wenn wir nicht in der Lage sind, Synergieeffekte zu schaffen, zusammenzuarbeiten bei der Verteidigungspolitik, mit Hauptquartier, mit der Frage der *permanent structured cooperation*, mit Beschaffung und Forschung. Wir geben 200 Milliarden Euro für Verteidigung aus, mit einem minimalen Ergebnis, weil wir nicht in der Lage sind, gemeinsam etwas zu ergreifen. Und wenn wir sicher leben wollen, selbständig bleiben wollen, muss dies so europäisch sein in dieser veränderten Welt. Bitte jetzt umsetzen!

**Knut Fleckenstein (S&D).** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Punkten kurz etwas sagen. Das eine ist, dass ich es sehr begrüße, dass es eine Einigung zwischen dem Rat und uns gibt, was den *Suspension-Mechanismus* angeht, und dass es jetzt endlich soweit sein kann, dass die Ukraine und Georgien auch das *Visa-free-Regime* bekommen. Es ist höchste Zeit, denn gerade gegenüber Georgien haben wir uns sehr an der Grenze zur Glaubwürdigkeit bewegen müssen.

Ich begrüße auch die Klarstellung, die es der niederländischen Regierung ermöglicht, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen. Wir sollten das zum Anlass nehmen, auch an uns selbst zu appellieren, ein bisschen klarer zu sprechen, zu sagen, was ist und was nicht ist, was gemeint ist, was geht und was nicht geht. Denn das ist wichtig gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern, um falsche Befürchtungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, und gegenüber den Menschen in den betroffenen Staaten, um falsche Erwartungen gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Ein letzter Satz: Wenn wir über die Situation der Flüchtlinge reden, ist es richtig, an die Kommission und den Rat zu appellieren. Aber ich bitte Sie: Appellieren Sie auch an die griechische Regierung! Sie hat eine Menge von uns bekommen, und sie tut verdammt wenig. Von einer linken Regierung erwarte ich anderes.

**Richard Sulík (ECR).** – Rada opäť raz vyzýva na relokáciu migrantov v rámci existujúcich prerozdelených schém. Opäť raz teda tlačia členské štáty, ktoré prijali obrovské množstvo migrantov a ešte ich aj vítali, na tie krajiny, ktoré mali dosť rozumu, aby si teraz ony tých migrantov láskavo zobrali. Samozrejme, k prerozdeleniu nedôjde ani teraz, ale takéto nič neriešiacie výzvy bránia skutočnému riešeniu, a tým sú utečenecké tábory na území severnej Afriky. Ak budú tieto existovať, môže napríklad talianska pobrežná hliadka všetkých „akože“ zachránených migrantov okamžite do takéhoto tábora previezť, kde môžu požiadať o azyl.

Hovorím o „akože“ zachránených, lebo v skutočnosti ide o hrubé zneužívanie európskych pobrežných hliadok. Migranti sa spoliehajú na to, že čím skôr, najlepšie pár kilometrov od územia od afrického pobrežia, sa nájde nejaká tá loď, ktorá ich bezpečne dopraví do Afriky. Ak ale budú existovať takéto utečenecké tábory v severnej Afrike, dopraví ich pobrežná hliadka tam. A v tom momente prestane byť drahá a nebezpečná plavba cez Stredozemné more zaujímavá.

**Marielle de Sarnez (ALDE).** – Madame la Présidente, en début de semaine, nous avons eu le discours surréaliste de M. Trump sur l'Union avec son lot de critiques et d'attaques *ad hominem* et j'ai vraiment regretté l'absence de réaction commune des institutions européennes. Puis, hier, nous avons eu le discours de Theresa May sur le Brexit qui, au moins, a eu le mérite de la clarté.

Ce contexte, il nous oblige. Il nous oblige à aller de l'avant, il nous oblige à une refondation de l'Europe pour une Europe plus unie, plus forte, plus politique, qui saura se faire respecter dans le monde. Une Europe en capacité de produire de la croissance durable et du progrès social, une Europe en capacité d'assumer sa propre défense, une Europe en capacité d'apporter les bonnes réponses aux défis du monde: migration, développement, climat, terrorisme.

C'est à ce rendez-vous-là, celui de la refondation de l'Europe, que nous sommes désormais attendus par nos concitoyens.

**Liadh Ní Riada (GUE/NGL).** – A Uachtaráin, comhghairdeas ar do phost mar Leas-Uachtarán. Níl aon aontú ar ath-breithniú an MFF agus is earra maolaitheach atá againn anois leis an ngeilleagar. Táimid ag pointe an-chriticiúil san Eoraip agus sa domhan fiú. Tá impleachtaí ollmhóra ann mar gheall ar Brexit agus tá gort nua ar fad á threabhadh ag Trump sna Stáit Aontaithe. Mar sin, tá dualgas orainne anois aire níos mó ná riamh a thabhairt dár dtodhchaí agus sin é an t-aos óg. Tá faillí mhór déanta ag an dtigh seo orainne gan aon rian ar thodhchaí dhearfach níos fearr dóibh. Tá níos mó tosaíochta á tabhairt d'fhórsaí míleata ná d'fhórsaí sóisialta. Tá caint ar bhreis infheistíochta a dhéanamh san ESF. Níor oibrigh an chéad stráice de mar a bhí samhlaíthe agus anois táimid ag caint ar an mbeart céanna a dhéanamh arís. Tá fíricí ann a léiríonn nach bhfuil na SMEs ná na comhair chumainn ná an geilleagar sóisialta ag fáil aon rud fóna as. Is léir go bhfuil sé ag freastal ar an earnáil phríobháideach agus aige siúd atá gan acmhainní: titim anuas den dréimire. Easpa ceannaireachta, easpa tuisceana, easpa toill pholaitiúil agus easpa uaillmhéine. Caithfidh an Chomhairle agus an Coimisiún dul i ngleic leis na dúshláin agus dúiseacht suas go dtí an géirchéim seachas an reitric sheafóideach céanna.

**Bodil Valero (Verts/ALE).** – Fru talman! Jag ser att rådet vill avsätta ytterligare resurser till försvaret, men det handlar faktiskt inte om mängden pengar utan det handlar om vad vi får för de pengarna. Det som vi vanligtvis talar om, 2 % av BMI, det säger ingenting om den kvalitet vi har eller vilken försvarsförmåga vi har. Det är den som vi måste säkerställa.

Det finns många strukturella problem i försvaret som vi måste lösa först. Även om många, inte minst i detta parlament, gärna skulle se en försvarsunion eller en gemensam armé, är det så att försvaret fortfarande är en nationell kompetens och att alla inte är med i NATO. Därför är rådets rekommendation att förbättra samarbetet mellan medlemsstaterna mer korrekt.

Mer samarbete, pooling och sharing – det skulle minska kostnaderna istället för att öka dem. Vi har talat om det i väldigt många år, men ingenting händer. Av 300 förslag har bara 19 genomförts. Sedan har vi också förslaget om en försvarsfond, men man tillsätter inga nya pengar, utan de pengar som vi hör talas om då och då, de kommer från annat civilt arbete, och detta får jag inte ihop.

**Peter Lundgren (EFDD).** – Fru talman! Det är fantastiskt egentligen, det här huset. Det är många av er här som skulle kunna ha en karriär som framtida författare, det hör man när ni håller era tal.

Jag kan tycka att det är ganska intressant ibland när man hör, som alldeles nyss, herr Tusk. Han säger angående migrationen att man har gjort framsteg. Vilka framsteg då, undrar jag. Det är ju en fullständig katastrof – allt som handlar om migration. Människor fryser ihjäl i Grekland just nu. Det enda framsteg ni har åstadkommit, om man nu ska välja att kalla det ett framsteg, det är att ni ingick ett utpressningsavtal med Turkiet som saknar alla former av mänskliga rättigheter och som inte respekterar någon form av demokrati. Det är vad ni har åstadkommit. Det är inte så mycket att yvas över.

När det sen kommer till Ukraina så säger ni att det finns en oro hos nederländska väljare. Det är ingen oro. Det var ett klart nej. Man sa nej, men ni har väldigt svårt i detta hus att acceptera ett nej. För ni har en motvilja mot folkets vilja.

Brexit är er stora skräck, och det tror jag grundar sig på att Storbritannien kommer klara sig fint utan det här huset. Man kommer att ha ett USA-avtal på plats innan EU har det. Att straffa Storbritannien kommer omedelbart att straffa er själva, för då straffar ni de brittiska arbetarna och de brittiska medborgarna, och det kommer att slå tillbaka på er riktigt rejält.

Det enda svaret ni har är mer EU. Mer av misslyckad politik. Mer av demokratiförakt. Mer av väljarförakt. Det är det som skakar det här huset i grunden, och det kommer att bli ert fall.

**Mario Borghesio (ENF).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione del Consiglio prospetta una visione dei risultati delle politiche più recenti sull'immigrazione in termini assolutamente incomprensibili, direi quasi grotteschi, specialmente se visti dal punto di vista della realtà del mio paese, l'Italia, nei confronti della quale i dati stessi forniti dal Consiglio, 181 000 immigrati sbarcati nel nostro paese nel solo 2016, con un aumento del 20 per cento rispetto ai dati già rilevanti dell'anno precedente, ma soprattutto una valutazione, certamente generosa, di ben 80 per cento di migranti economici e solo 20 per cento di richiedenti asilo, molti dei quali poi, all'esame dell'autorità competenti nel mio paese, risultano non essere in possesso dei requisiti.

Questo dimostra che c'è una realtà molto grave, direi addirittura drammatica. Pensiamo poi a come possa impattare sulla situazione sociale di un paese come l'Italia devastato da problemi come il terrorismo e soprattutto, ultimamente, dai problemi derivanti dai terremoti.

Quindi bisogna cambiare totalmente questa politica fallimentare sull'immigrazione.

**Zoltán Balczó (NI).** – Elnök Asszony, ha összehasonlítjuk az európai csúcs októberi és decemberi ülésének következtéseit, és végigolvassuk, lényeges területeken nem történt előrelépés. A migráció kérdésében mindkét dokumentumban az szerepel, hogy az Európai Tanács döntést ígér abban a kérdésben, hogy a jövőben miként alkalmazzák a szolidaritás elvét. Tudjuk, hogy ez alatt a kötelező befogadási kvóta értendő, amit jó néhány ország Európában elutasít. Ennek ellenére itt szerepel, hogy gyorsítani kell a meglévő áttelepítési programokat. Jean-Claude Juncker ma itt azt mondta, hogy meg kell különböztetni a terroristát a migránsoktól. Természetesen meg kell, főleg, ha lehet, de eddig arról hallottunk, hogy az igazi politikai menekülteket kell megkülönböztetni a migránsoktól. Ezek szerint megváltozott most már a helyzet? Most már a terrorista a rossz migráns, az összes többi kötelező befogadni? Ehhez biztonságos útvonalak kellene, miközben Nyugat-Európa városaiban a lakosság biztonságával nem foglalkozunk?

**Andrzej Grzyb (PPE).** – Pani Przewodnicząca! Od wielu lat mamy do czynienia przede wszystkim z informacją, jak sobie radzimy z kryzysami. To dotyczy zarówno Rady, jak i Komisji, ale kryzysy migracyjny wielokrotnie był omawiany w tej Izbie i jest to problem – ciągle to powtarzam – nie tylko europejski, ale przede wszystkim globalny, tak co do źródeł, jak również co do skutecznej reakcji.

Bez umiędzynarodowienia nie można mówić tutaj o sukcesie. Stąd po pierwsze, z zadowoleniem przyjmuję informacje o pozytywnej ocenie postępu w realizacji umów z 5 afrykańskimi krajami w zakresie zarówno tranzytu, jak i pochodzenia migrantów. Po drugie, w ślad za tą pozytywną oceną zgodnie z konkluzjami chciałbym również prosić o rozwój podobnych form współpracy z innymi krajami tranzytu lub pochodzenia migracji. Po trzecie, chciałbym też, abyśmy liczyli na intensywniejsze wdrażanie planu z La Valletty, w tym przyspieszenie również prac legislacyjnych, które mają służyć zrównoważonemu rozwojowi w krajach będących źródłem migracji. Po czwarte, myślę również, że obejmująca prezydencję Rady Unii Europejskiej Malta mogłaby też pokusić się o to, żeby za czasów tej prezydencji nastąpiły znaczące postępy, jeżeli chodzi o współpracę z Libią.

Z innych spraw chciałbym z aprobatą odnieść się do inicjatywy włączenia polityki przemysłowej do strategicznych inicjatyw Unii Europejskiej – rynek pracy i polityka przemysłowa muszą być tutaj kluczowe – jak również przedłużenia okresu obowiązywania Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych.

**Isabelle Thomas (S&D).** – Madame la Présidente, Monsieur le Président Tusk, permettez-moi tout d'abord de regretter que les dernières conclusions du Conseil fassent l'impasse sur quelques priorités, comme l'Union économique et monétaire et celle d'une assiette fiscale consolidée pour les entreprises.

Quelques mots sur les priorités que vous avez évoquées. En matière de défense, vous nous demandez notre soutien. Mais le Conseil doit être conséquent: soit on en reste à une action préparatoire de recherche et ses 90 millions d'euros, soit on parle sérieusement d'Europe de la défense, et on arrête de faire croire que les redéploiements budgétaires suffiront. Car, pour cette priorité comme pour beaucoup d'autres, la question budgétaire ne peut plus être éludée.

À propos du chômage des jeunes, si l'on s'en tient aux discours, on pourrait croire à une magnifique unanimité. Mais quand il s'agit de passer à la caisse... Alors, certes, lors de notre dernière négociation budgétaire, le Parlement a obtenu 500 millions d'euros mais, dans le même temps, le Conseil tentait d'imposer que ce soit pour solde de tout compte jusqu'à la fin du cadre financier. Les priorités s'accumulent mais les insuffisances budgétaires, elles, débordent. Le Conseil multiplie les engagements tout en resserrant les cordons de la bourse.

Et puisqu'on ne peut pas continuer à asphyxier les budgets des États membres, Monsieur le Président, il est temps de mettre à l'agenda du Conseil les ressources propres. Le groupe de haut niveau de Mario Monti vient de publier son rapport. Le Parlement prépare sa position et gageons qu'elle sera offensive. Ma question est simple: quand le Conseil donnera-t-il sa position sur le rapport Monti? Je rappelle qu'elle devrait intervenir avant la fin 2017 car elle sera, n'en doutez pas, au cœur des négociations du prochain cadre financier pluriannuel.

**Zdzisław Krasnodębski (ECR).** – Pani Przewodnicząca! Ja zgadzam się z oceną, że decyzje podejmowane przez Radę Europejską nie są na miarę wyzwań, przed którymi stoi Europa i Unia. Ciągłe czekamy na nowe idee, co miesiąc z nadzieją. Niestety, nowych idei nie ma. To jest polityka małych kroków, choć czasami są to kroki w dobrym kierunku. Na przykład ostatnio Rada Europejska wezwała do szybkich działań w odpowiedzi na konkluzje Rady z dnia 6 grudnia ubiegłego roku, kiedy przyjęto program pogłębiania współpracy między NATO i Unią Europejską i zapisano w nim poparcie dla utworzenia w Finlandii Europejskiego Centrum Zwalczenia Zagrożeń Hybrydowych.

Wzmocnienie współpracy w tej dziedzinie, kształcenie ekspertów, badań naukowych w dziedzinie obrony przed cyberatakami jest krokiem jak najbardziej słusznym, ale jak często to bywa w przypadku Unii Europejskiej – spóźnionym. Wzmocnienie potencjału państw Unii w zakresie obrony przed zagrożeniami hybrydowymi i współpraca w tym zakresie z NATO nie tylko zwiększy nasze bezpieczeństwo, ale także bezpieczeństwo państw europejskiego sąsiedztwa, wobec których Unia ma zobowiązania i których stabilność ma dla nas podstawowe znaczenie.

**Izaskun Bilbao Barandica (ALDE).** – Señora presidenta, tras analizar los resultados de la última reunión del Consejo de 15 diciembre y compartir las declaraciones de intenciones expresadas en ella sobre los grandes temas de la Agenda europea —refugiados o seguridad—, quiero insistir en el empleo y la reactivación y, especialmente, en la garantía juvenil.

Necesitamos un control más estrecho del funcionamiento por países. Hemos denunciado aquí reiteradamente que, en España —el país que presenta peores datos—, una centralización inexplicable perjudica la implicación de los empleadores, la conexión educación-sistema productivo, la aparición de partenariados público-privados, la aplicación del principio de especialización inteligente o el aprovechamiento de buenas prácticas previamente existentes en políticas activas o formación profesional.

Por eso nos alegramos de que el crítico informe de la Comisión sobre los resultados en España haya provocado ya una modificación, el pasado 24 de diciembre, de las condiciones de acceso y una mejora en la participación regional y local, que reivindicamos y que debe seguir creciendo.

**Tania González Peñas (GUE/NGL).** – Señora presidenta, estrenamos año pero arrastramos los mismos problemas que desde hace ya demasiado tiempo llevamos arrastrando.

La situación de los refugiados —especialmente este invierno, con la ola de frío más intensa de los últimos años— nos deja imágenes del fracaso, la pasividad y la crueldad de esta Unión Europea a la hora de dar respuesta a la crisis humanitaria mayor en el mundo, como ha reconocido el propio Consejo.

Y en este sentido debo darle la razón a Tusk cuando, al salir de la reunión del Consejo, reconocía sobre la guerra de Siria que no estamos siendo eficaces. Y efectivamente. Pero esa ineficacia no es un fenómeno natural, sino que depende de la voluntad política y es posible cambiarla.

Por otro lado, vemos cómo el incremento de la desafección política se está canalizando en muchos países a través de proyectos irracionales y xenófobos. Debemos defender un modelo social fuerte en Europa como seña de identidad, que establezca como objetivos principales el respeto a los derechos humanos, las libertades y el bienestar social. Ese giro en el proyecto europeo debe marcar el proyecto y el rumbo de los próximos años en Europa.

**Gilles Lebreton (ENF).** – Madame la Présidente, le Conseil européen du 15 décembre a illustré l'entêtement suicidaire de l'Union européenne. Il confirme que l'Union s'entête dans sa politique migratoire calamiteuse. Il veut en effet continuer à appliquer l'accord de mars 2016 avec la Turquie, alors même que la Turquie s'éloigne clairement chaque jour davantage des valeurs et de la civilisation européenne. Il veut aussi, je cite, «accélérer les relocalisations de migrants», malgré l'opposition ouverte de trois pays: la Hongrie, la Slovaquie et la Pologne.

C'est suicidaire, car l'Union ne pourra pas continuer très longtemps à se moquer de la volonté des peuples européens. La preuve en est d'ailleurs fournie par le Conseil européen lui-même sous la pression d'un référendum néerlandais. Il a été forcé de préciser que l'accord avec l'Ukraine ne confère pas à ce pays le statut de pays candidat à l'adhésion à l'Union. Les Pays-Bas ont ainsi infligé à l'Union une belle leçon de démocratie.

**Esteban González Pons (PPE).** – Señora presidenta, el año pasado fue un mal año, el año que viene puede serlo bueno, no porque vayamos a tener menos problemas, sino porque pongamos más voluntad en las soluciones. Los refugiados y la crisis siguen ahí. El Mediterráneo sigue siendo el lugar donde mueren todos los días cientos de personas y ahora tenemos, además, también el frío y la nieve. Si nosotros queremos nosotros vamos a poder. No se trata de que desaparezca o vaya a desaparecer este año la crisis de los refugiados. Se trata de que este año seamos capaces de poner voluntad suficiente para resolverla.

Lo mismo ocurre con nuestra seguridad. Este año vamos a estar un poco más solos en el mundo. Donald Trump está empezando a convertirse en un nuevo Vladimir Putin y, con los problemas que ya tenemos en Turquía, en Oriente Medio, en Rusia, si ahora los tenemos igual que en China, en Estados Unidos, Europa va a estar más sola. Nuestra seguridad va a depender solo de nosotros.

Quiero decir algo también sobre el *brexit*. Quiero decirle a la primera ministra británica que Gran Bretaña no puede convertirse en el Panamá europeo; y que recuerde que el mercado único es único, no solo porque no tiene fronteras internas, sino porque tiene fronteras externas. La Unión Europea no puede admitir una solución específica para Escocia, para Gibraltar, ni para ninguna parte del Reino Unido. *Brexit* es *brexit* para todo el Reino Unido, y no va a haber soluciones específicas ni mágicas para nadie.

Hagamos del 2017 un mejor año no porque se reduzcan los problemas sino porque tengamos más voluntad de resolverlos.

**Ramón Jáuregui Atondo (S&D).** – Señor presidente, creo que en el acuerdo de diciembre hubo dos cosas importantes: la primera, una inteligencia muy pragmática para resolver el problema del referéndum holandés sobre el Acuerdo con Ucrania. Yo creo que hay que apreciarlo como muy importante. Y también el avance en las ideas sobre la seguridad y la defensa.

Quiero destacar que llevamos mucho tiempo sin escuchar una noticia del Consejo en favor de la Europa social. Hay un euroescepticismo grande —usted lo ha comentado, señor Katainen— porque la ciudadanía está viendo devaluado su marco sociolaboral. Y el Grupo socialista, en cuyo nombre también les hablo, está descontento con la situación socio-económica europea. Queremos oír del Consejo y de la Comisión otras noticias en favor de la protección social, del empleo de calidad, de lo que llamaríamos el empleo juvenil: todo lo que es la demanda de una política europea con alma, con alma social.

**Branislav Škripek (ECR).** – V prvom rade chcem oceniť postoj Európskej únie k Turecku. Prestávame sa spoliehať len na dohodu s krajinou, ktorá je na jednej strane síce významná, ale zároveň je nestabilná. Turecký prezident Erdogan sa v poslednom čase len snaží zaoberať hlavne tým, ako posilniť moc vo svojich rukách. EÚ musí riešiť krízu proaktívne, preto vítam, že európski lídri vypočuli volanie po riešení krízy v ohniskách jej vzniku.

Decembrový summit poukázal na potrebu dohôd s domovskými štátmi utečencov. Najmä krajiny, ako sú Líbya, Tunisko alebo Egypt sú kľúčové z hľadiska migrácie, a jedinou možnou odpoveďou je prispieť zásadným spôsobom k ich stabilizácii. Podľa prieskumu až 40 % mladých Tunisianov chce odísť zo svojej krajiny do Európy. Pomoc teda musí byť finančného ale aj inštitucionálneho charakteru.

Apelujem na zintenzívnenie tohto úsilia, pretože čas hrá znovu proti nám. Migračné vlny sa na jar a v lete znovu zväčšia a my musíme byť pripravení na túto situáciu.

**Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL).** – Madame la Présidente, je crois que le Conseil du 15 décembre a rendu le monde plus dangereux, compte tenu des violences qu'il encourage. D'abord, sur l'immigration, vous avez décidé de traiter le contrôle des arrivées en vous confiant à deux gardes-barrières obscurantistes et violents que sont les responsables de la Turquie et de la Libye.

En ce qui concerne la Russie, vous maintenez des sanctions absurdes qui maintiennent une tension irresponsable et vous comptez faire appliquer de vive force un accord sur l'Ukraine, dont le peuple hollandais a déjà dit qu'il ne voulait pas.

Après le Brexit, en gros, vous nous proposez, comme projet commun à l'Europe, l'Europe de la guerre contre la Russie. En 1954, mon pays a déjà dit «non» à la Communauté européenne de défense et je vous dis tout net que vous rêvez si vous vous figurez que nous allons faire promener le bouton de la dissuasion nucléaire dans vos réunions confuses.

Il se trouve que toutes vos déclarations pro-atlantistes et pro-Otan sont absolument dépassées par la situation, parce que le programme de M. Trump dorénavant est que la Chine et l'Europe sont ses concurrents et ses adversaires désignés.

Bref, si vous voulez fortifier l'Europe, fortifiez le peuple. Unissez les peuples par le progrès social et une vision d'avenir qui soit autre chose que la finance et la guerre.

La France va bientôt voter et l'Allemagne tout autant. J'espère que ce soit l'occasion de vous faire une nouvelle proposition européenne que celle que vous nous faites vivre.

**President.** – Colleagues, before I give the floor to Mr Niedermayer for one and a half minutes, I have to announce that there will be no catch-the-eye. I want to do that in fairness to those who may be in the room and waiting for catch-the-eye. I am obliged to start the Vote for the Quaestors at 16.30.

**Luděk Niedermayer (PPE).** – Madam President, I have carefully read the conclusions of the Council meeting, especially on migration, security and defence, and I can see that we are making progress. The progress is obviously not sufficient; there are lot of things to do, the crisis is not over – but there is progress.

What should be on our to-do list? We should still take better control of our external borders and make sure that we properly identify the people who are crossing them. We should reform the European asylum system and make a list of safe countries in order to simplify asylum procedures. Obviously, we must look for external partners, because not everything can be solved here, and preference should be given to solutions outside the European Union. I very much appreciate what was said about defence. Most countries must increase their expenditure on defence, not simply to spend money, but to increase our ability to defend ourselves and also be a valid and responsible partner in NATO for countries that are members of NATO, rather than having a free ride.

Let me say a few words on the economy: I very much appreciate the Commission Winter Package. It should be considered as a package, and not as separate proposals. Only if they are addressed together can they bring benefits to the economy and our citizens. Last but not least, let me mention that I appreciate the Council's efforts to find a solution with regard to the Ukraine Treaty. In Ukraine, a lot of people are hoping for a better life, and we should help them.

**Carlos Zorrinho (S&D).** – Senhora Presidente, cada vez mais os conselhos europeus são vistos pelos cidadãos como uma formalidade tecnocrática de onde não se espera rasgo nem decisões consequentes capazes de melhorar o quotidiano e robustecer a confiança do projeto europeu. E este Conselho que aqui analisamos não fugiu à regra.

No plano das migrações, houve passos positivos nas parcerias externas, em particular o avanço do Fundo Europeu para o desenvolvimento sustentável, mas faltou acrescentar uma parceria interna para o investimento, o crescimento e o emprego.

No plano da segurança houve uma vontade positiva de reforçar as corporações reforçadas, em particular a criação do Fundo Europeu de Defesa, mas faltou acrescentar um plano concreto de cooperação na investigação, no desenvolvimento tecnológico e na gestão comum e partilhada dos dados estratégicos.

No plano do desenvolvimento, a repetição exaustiva de boas ideias e intenções. Falta, no entanto, acrescentar modelos de financiamento robustos que permitam passar, e isso é a questão essencial, das intenções aos atos. A Cimeira de Roma, que assinala os 60 anos do Tratado, que construiu os alicerces da União Europeia, não pode ser uma réplica destes Conselhos, cheios de palavras mas nulos de consequências.

A União Europeia precisa de responder com clareza aos novos desafios globais. Ontem, aqui no Parlamento, fez-se uma escolha que, sendo democrática e legítima, foi tudo menos clara. Eurocépticos, europasmados e até euroentusiastas negociaram uma solução que abre caminho para que a União Europeia continue a navegar à vista e por isso nós não podemos continuar neste processo, temos que resistir a esta tentação. Os que resistirem estarão do lado certo da História.

**Dubravka Šuica (PPE).** – Najprije čestitam na novoj funkciji gospođi potpredsjednici, a gospodinu Tusku želim zahvaliti i iskoristiti ovu prigodu jer se u ponedjeljak u Hrvatskom saboru obratio našim zastupnicima na hrvatskom jeziku i ovo je prilika da Vam se zahvalim jer to je pozdravljeno u Hrvatskoj.

Što se tiče Vijeća, vidim da ulažete napore, vidim da puno radite, i ja bih rekla da postoji pomak. Puno je tema o kojima ste razgovarali, naravno, ciljeve još nismo ispunili kao što je rekao i gospodin Brok. Dakle, imamo zaključke, imamo razgovore, ali potrebna je implementacija. Dakle neophodna je primjena onoga što ste zaključili.

Puno je tema. Svjesni smo da je problem u Ukrajini, da nema provedbe Sporazuma iz Minska, vidimo što se događa s Trumpovom politikom, približavanje Rusiji koje nikako ne odobravamo, vidimo razloge zbog kojih ste morali produžiti sankcije. U svakom slučaju, zaključci su obećavajući, ali morate nastaviti na njihovoj provedbi ukoliko želimo da Europa zaista krene u pravom smjeru 2017. godine.

**Tonino Picula (S&D).** – Gospođo predsjednice, Vijeće je zaključcima iz prosinca obuhvatilo izazove s kojima se Europska unija danas suočava. Podržavam poziv na produljenje Europskog fonda za strukturalna ulaganja. Ujedno naglašavam da ovaj fond nije i ne smije biti zamjena za kohezijsku politiku već njena nadopuna. Kriteriji za odobravanje projekata trebaju biti geografska rasprostranjenost i opća financijska situacija u zemljama članicama. Treba izbjeći da najrazvijenije zemlje povlače najviše sredstava.

Podržavam jačanje garancije za mlade jer im je, na žalost, još uvijek potrebna. Pozdravljam tretiranje vanjsko-političkih i sigurnosnih pitanja kao prioriteta i potporu Vijeća procesu jačanja zajedničkih sigurnosnih i obrambenih politika. Europljani moraju preuzeti veću odgovornost za svoju sigurnost.

Raduje razumijevanje specifičnih situacija nekih članica kada se radi o provedbi sustavne kontrole putnika na vanjskim granicama Europske unije, u sklopu revizije zakona o schengenskim granicama. Pozivam na suzdržanost prema zloupotrebi ovog instrumenta u političke svrhe. Neprihvatljive su, na primjer, prijete jedne članice drugoj blokadom granica u turističkoj sezoni, a sve zbog bilateralnih političkih pitanja.

**Afzal Khan (S&D).** – Madam President, after months of brutality and appalling news about the siege of Aleppo, there has finally been a positive development, yet there is still much work to do. I welcome the UN resolution backing the ceasefire agreement reached on Syria last month, although reports say that it has been breached many times. After six years of war, Syria and its people want and deserve peace. I hope that the upcoming meeting in Astana will make way for a long overdue political solution for the benefit of all Syrians. The EU has established itself as an aid provider committed to saving lives and protecting the Syrian people, but the EU must also confront those responsible for these shocking acts, because peace can only go hand in hand with justice. The EU should support the efforts of the UN Commission of Inquiry investigating atrocities carried out in Syria. All perpetrators of human rights abuses in Syria

must be held to account.

**Cécile Kashetu Kyenge (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è difficile giudicare positivamente l'esito di un Consiglio principalmente incentrato sulle questioni migratorie e tutto questo alla luce di quanto sta accadendo ai confini esterni dell'Europa. Migliaia di persone bloccate al gelo tra Grecia e Serbia, in condizioni umanitarie disperate.

Eppure gli Stati membri lo scorso dicembre hanno rinnovato l'impegno a sostenere i paesi membri situati lungo la rotta dei Balcani occidentali, nonché ad intensificare gli sforzi volti ad accelerare la ricollocazione, in particolare dei minori non accompagnati, e i programmi di reinsediamento esistenti.

La solidarietà è un principio cardine del nostro ordinamento e non un meccanismo da far scattare quando uno Stato membro è sopraffatto. Spero che la chiusura della vostra Presidenza corrisponda anche al naufragio del principio della solidarietà «flessibile» e che in futuro ai vertici dedicati all'immigrazione facciano seguito atti concreti di assunzione di responsabilità di un fenomeno che va gestito nella sua globalità.

**Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission.** – Madam President, I would like to congratulate you on your re-election.

Many Members have painted our future in quite dark colours. Many Members have also referred to what President Donald Trump or others have said. Our thinking is that we should not let others define what Europe is about. Let us not let others define or say where we are going. It is our own responsibility to take this Union and this continent in the direction we want to develop in.

A very positive statement came from Germany this week: Chancellor Merkel said that Europe's fate is in our own hands. This is something we all must remember at the moment. Let us not pay too much attention to what others are saying about us. Let us shape our own future. In times like this, someone should represent the voice of common sense and responsibility. That is why our institutions play a crucial role. It might be politically interesting to comment on other people's speeches or statements, but we have to concentrate on delivering on the issues which will reshape our continent and our Union. Even Prime Minister May has said that she does not hope that other countries will follow the UK's example because, according to her, a strong EU is important to the UK.

If you have a look at the latest Eurobarometers, our citizens are showing very strong leadership at the moment. Many people think that the EU should have a bigger role in counter-terrorism and that the EU should pay more attention to defence and to social justice and equality. Many of our citizens think that the EU should play a bigger role in energy policy and, of course, in the fight against climate change and on migration issues. If we look at our ambitious agenda today – for instance, our latest proposal on services, the digital internal market, the energy package, low-carbon mobility, the circular economy, border control and defence – it is fair to say that Europe will be more closely integrated in five years' time than it is at the moment. And this is only because of a pragmatic approach: we have to do things which will reshape Europe to be more prosperous and secure.

Finally, regarding a few issues on EFSI, some mistakes were presented in today's debate. Somebody said that EFSI has not achieved the goals which were set for it. On the contrary, so far, EFSI has financed operations in 28 Member States, with around EUR 30 billion. This will mobilise around EUR 164 billion in additional real investments on the ground. As part of this EUR 30 billion, there are 250 agreements between EFSI and intermediary banks in various Member States which will mobilise financing for 380 000 European small-and medium-sized enterprises. So EFSI is doing what it should do. That is why it is very important that Parliament also concludes its internal work with the EFSI 2.0 proposal.

*(Applause)*

**Donald Tusk, President of the European Council.** – Madam President, I will make just two short remarks. First of all, I would like to thank you for your clear and wide support for our common future strategy in the Brexit negotiations. I think this is very important as a signal, not only to public opinion, but also to our 27 Member States. I think that one of the most important things to show today may be that you are really united when it comes to a Brexit strategy, as are the institutions. Thank you. I think this was a really important signal.



Secondly, I have heard some suggestions here that we should, as institutions, react to the latest interview with the US President-elect, but I am afraid that we will have too many opportunities to comment on the words of US President – and no longer President-elect – Trump. I am afraid that will be our daily work.

(Applause)

**President.** – The debate is closed.

*Written statements (Rule 162)*

**Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito.** – Celebro que en la pasada reunión de diciembre se resolviera con una inteligencia muy pragmática las inquietudes de los colegas holandeses con la adopción de una Declaración, compatible con el Acuerdo de Asociación UE-Ucrania y los Tratados de la Unión y en consonancia con el objetivo de la Unión de profundizar las relaciones con Ucrania. Asimismo, me alegra el avance, por un lado, en las ideas sobre la seguridad y la defensa y, en particular, el llamamiento a que los europeos asuman una mayor responsabilidad en lo referente a su propia seguridad con el fin de reforzar la seguridad y la defensa de Europa y proteger mejor a sus ciudadanos. Por otro lado, subrayo la necesidad de dotar de recursos suficientes a la Guardia Europea de Fronteras y Costas y a la Oficina Europea de Apoyo al Asilo y a la guardia costera de Libia. Por último, lamento que llevemos mucho tiempo sin escuchar una noticia del Consejo en favor de la Europa social. Hay un euroescepticismo grande porque la ciudadanía está viendo devaluado su marco sociolaboral. Por ello, emplazo al Consejo a proponer medidas ambiciosas en favor de la protección social, del empleo de calidad y del empleo juvenil.

**Nicola Caputo (S&D), per iscritto.** – Mi soffermo su tre temi affrontati dal Consiglio di dicembre. Sulla questione della migrazione l'impegno nei confronti dell'intesa UE-Turchia non basta! Va risolta la questione del rifiuto da parte di alcuni governi di applicare la decisione europea sulle quote di ricollocamento dei 160 000 rifugiati provenienti da Italia e Grecia così come vanno meglio attuati i meccanismi finanziari dei *migration compacts* con i paesi africani di origine e di transito dei migranti.

Sui giovani il Consiglio ha sollecitato il proseguimento di garanzia giovani disattendendo, però, l'aspettativa di nuove iniziative a favore dell'occupazione giovanile relative alla mobilità dei giovani, all'istruzione e allo sviluppo delle competenze.

Infine la sicurezza. Purtroppo non si registrano impegni per investimenti nello sviluppo di tecnologie di importanza strategica in cybersicurezza ma nemmeno nei settori terrestre, aereo, marittimo e spaziale. Occorre maggiore cooperazione tra gli Stati membri e una più ampia condivisione delle risorse nazionali. L'Europa deve fare l'Europa e se non si fa carico della propria sicurezza, nessuno lo farà al suo posto.

**Miriam Dalli (S&D), in writing.** – At the start of this mandate I said that there can be no security in Europe without security in the Mediterranean. Halfway through the mandate, it is imperative that we devise a concrete plan for our southern borders. Whilst it is encouraging to see the Council underlining the need to enhance support in the region, bold action is required. Tangible solutions are required to increase lifesaving capacity and help break human trafficker's business models. However to do this we must recognise that Libya is not stable nor safe. Rival factions wrestle for control in a highly divided region, while a UN-brokered government struggles to provide stability for the people of Libya. There is a lack of attention on the region and this will ultimately result in many deaths during the coming months. I urge the EU to take advantage of the Maltese Presidency, a Presidency of a country which has always been a central meeting point, to bring together our north-south Mediterranean shores, and come up with a concrete plan with Libya to tackle human trafficking in the region.

**Tamás Deutsch (PPE), írásban.** – Az Európai Tanácsülés 2016. december 15-ei ülésén közeledtek az Unió külső határvédelmével kapcsolatos álláspontok, ugyanakkor a migrációs politikák összehangolása további erőfeszítéseket igényel. A külső határok megfelelő ellenőrzése nélkülözhetetlen a bevándorlási nyomás csökkentéséhez, az állampolgárok biztonságának szavatolásához. A Tanácsülésen nagy figyelmet kapott a biztonság kérdésköre, hiszen az európai kormányok legfőbb kötelessége állampolgáraik biztonságának megőrzése. A bevándorlók Európába való ellenőrizetlen beáramlása elfogadhatatlan és fenntarthatatlan, ez biztonságunkra és a demokratikus jogállamiságra nézve is veszélyt jelent. Az illegális bevándorlás okait kell felszámolni a származási országokban, nem csupán a következményeket próbálni kezelni a célországokban Európában. A Tanácsülésen ismételt felmerült a bevándorlók áthelyezése felgyorsításának kérdése, a kötelező betelepítési kvóta. A bevándorlók életkörülményeinek javítása származási országukban rendkívül fontos, de az elfogadhatatlan, hogy a problémát Európába importáljuk, és az összes uniós ország vállaljon felelősséget bizonyos tagál-

lamok tavalvi felelőtlen magartásáért.

**Maria Grapini (S&D)**, *în scris*. – Am ascultat astăzi punctul de vedere al celor trei instituții europene: Consiliul European, Comisia și Consiliul de miniștri. Constat o convergență în declarații, dar am o mare rezervă în a fi optimistă dacă mă gândesc la soluțiile pe care le-ați găsit în anii trecuți. Cred că trebuie acționat cu mai multă coerență și o viteză mai mare.

Piața internă, reindustrializarea, apărarea comercială, IMM-urile, locurile de muncă, siguranța cetățenilor, sunt obiective necesare care au nevoie de măsuri eficiente. Nu avem încă o apărare comercială a pieței interne eficiente, sunt importuri de produse de proastă calitate, de multe ori periculoase, iar IMM-urile sunt distruse de concurența neloială. Avem nevoie și de creșterea siguranței cetățenilor europeni alături de calitatea vieții oamenilor. Cetățenii noștri trebuie să trăiască în siguranță, dar pentru asta trebuie să găsiți soluții pentru migrație și teroriști.

Legat de Brexit, este bine că declarați că veți veghea să se respecte cele patru libertăți cetățenești, dar aparițiile din presă arată că Marea Britanie a impus deja o taxă companiilor care angajează „străini”. Ce veți face? Marea Britanie este încă membră în UE și trebuie să respecte Tratatul.

Apoi trebuie rezolvată credibilitatea UE. Nu putem continua cu două Europe (Schengen și non-Schengen).

**Филиз Хюсменова (ALDE)**, *в писмена форма*. – Приветствам заключението от декемврийското заседание на Европейския съвет относно необходимостта Европа да продължи подкрепата за държавите по миграционния маршрут през Западните Балкани и Източното Средиземноморие.

Надявам се този призив за повече подкрепа на засегнатите държави да не остане само на думи, а да намери своето изражение в реална подкрепа на терен, с финансиране и кадри, както спрямо държавите от Западните Балкани, така и спрямо държавите членки на първа линия. В тази връзка, призовавам Съвета и неговите държави членки да задълбочат ангажираността си по отношение на овладяването на миграционната криза и да покажат истинска европейска солидарност с държавите, подложени на несъразмерен миграционен натиск.

**Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE)**, *na piśmie*. – Grudniowe konkluzje Rady Europejskiej przedstawione na sesji plenarnej dotyczyły kluczowych zagadnień na rok 2017. Zgadzam się, że obok intensyfikowania działań dotyczących bezpieczeństwa, zwalczania terroryzmu i racjonalnej polityki wobec kryzysu migracyjnego, związanej z uszczelnianiem granic i odsyłaniem nielegalnych imigrantów, ważna jest kwestia Ukrainy. W tej ostatniej zaś decyzje musi podjąć Holandia. Obecnie 27 krajów UE i Parlament Europejski ratyfikowały umowę stowarzyszeniową z Ukrainą; ten ważny dla równowagi na wschód od Europy dokument, nie może wejść w życie tylko z powodu braku akceptacji dla niego w Holandii. Rodzi to niepotrzebne i niebezpieczne także dla Polski napięcie w Europie Wschodniej. Rozwiązanie tej kwestii słusznie uznano za jeden z priorytetów w 2017 roku.

Kolejnym istotnym problemem, przed którym stoi obecnie UE, jest sytuacja w obozach dla uchodźców w Europie, gdzie ze względu na trudne warunki atmosferyczne oraz niskie temperatury potrzebna jest dodatkowa pomoc na rzecz uchodźców.

**Νότης Μαρίας (ECR)**, *γραπτώς*. – Στα πλαίσια του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου της 15ης Δεκεμβρίου, συζητήθηκε το θέμα της προσφυγικής κρίσης και εκφράστηκε μάλιστα ικανοποίηση για την κατάσταση που επικρατεί στην Ελλάδα. Ωστόσο, για ακόμα μία φορά, φαίνεται ότι ο κ. Τουσκ δεν έχει ιδέα του τι συμβαίνει στην Ελλάδα, λαμβανομένου υπόψη ότι στα νησιά του Αιγαίου έχουν εγκλωβιστεί 16.500 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες. Επιπλέον, είναι προκλητική η αδράνεια που επιδεικνύουν τα κράτη μέλη της Ένωσης και η Επιτροπή. Οι δεσμεύσεις για τις μετεγκαταστάσεις δεν εφαρμόζονται. Από τις 66.400 μετεγκαταστάσεις που έχουν συμφωνηθεί να γίνουν από την Ελλάδα σε άλλες χώρες της ΕΕ, μόνο οι 8.000 έχουν ήδη γίνει και οι διαδικασίες κινούνται με αργούς ρυθμούς. Η δυσανεμία της ελληνικής κοινωνίας απέναντι στην προσφυγική και μεταναστευτική πολιτική της ΕΕ είναι έντονη και αυτό δεν φαίνεται να λαμβάνεται καν υπόψη στα συμπεράσματα του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου. Για τον λόγο αυτό, θα πρέπει να εφαρμοστούν άμεσα οι μετεγκαταστάσεις προσφύγων, ενώ ένα μέρος από αυτούς θα πρέπει να μεταφερθεί από τα νησιά του Αιγαίου στην Ηπειρωτική Ελλάδα.

**Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς.** – Στο κείμενο αφιερώνεται μεγάλο μέρος στην ασφάλεια της ΕΕ, στο εσωτερικό και στα εξωτερικά σύνορα. Γίνεται επίσης αναφορά στη Διεθνή Διάσκεψη για την Κύπρο, στις 12 Ιανουαρίου 2017, με στόχο ενδεχόμενη λύση όπου η ΕΕ εκπροσωπήθηκε από τον κ. Γιούνγκερ ο οποίος γεύτηκε το πώς αντιλαμβάνεται την «λύση» στην Κύπρο το καθεστώς Ερντογάν. Ο εκπρόσωπος της Τουρκίας χλεύασε την παρουσία της ΕΕ και επιτέθηκε προσβλητικά στον Πρόεδρο της Κομισιόν. Επί της ουσίας των διαπραγματεύσεων, η Τουρκία ζητά να έχει στρατιωτικό επεμβατικό δικαίωμα και κατοχικά στρατεύματα στην Κύπρο. Έτσι αντιλαμβάνονται στην Τουρκία την ασφάλεια ενός κράτους μέλους της ΕΕ: η Τουρκία να εγγυάται την έννομη τάξη και την εφαρμογή των βασικών κανόνων δικαίου της ΕΕ στην Κυπριακή Δημοκρατία που θα συνεχίσει να 'ναι κράτος μέλος της ΕΕ! Επιπλέον, η Τουρκία απαιτεί ελεύθερη διακίνηση και εγκατάσταση Τούρκων υπηκόων στην Κύπρο, και άλλα. Προφανώς, η Τουρκία δεν θέλει λύση αλλά διάλυση, ώστε η Κύπρος να καταστεί δούρειος ίππος για να παρεμβαίνει η Τουρκία στην ΕΕ. Πρόσφατο δείγμα των αντιλήψεων της Τουρκίας υπήρξε η μεθοδευμένη επίθεση ακραίων στοιχείων και εποίκων που ελέγχει η Τουρκία στο κατεχόμενο μέρος της Κύπρου εναντίον της Τουρκοκυπριακής Συντεχνίας Δασκάλων ΚΤΟΣ, η οποία προάγει τις αρχές της ΕΕ και τη συνεργασία στο πλαίσιο της Κυπριακής Δημοκρατίας.

**Csaba Molnár (S&D), írásban.** – A britek döntöttek, elhagyják az Európai Unió fedélzetét. Tiszteletben tartjuk a brit nép döntését. Nem megengedhető viszont, hogy a szigetország miatt az egész Unió bizonytalanságban éljen. A briteknek gyorsan, fájdalommentesen kell kilépniük a világ legnagyobb politikai-gazdasági szövetségéből. A kilépés során keményen fel kell lépniük az európai, illetve a szigetországban élő mintegy 300 ezer magyar érdekeiért. Az Európai Parlamentben megvívjuk a csatát: nem érhet magyar állampolgárt hátrányos megkülönböztetés az Egyesült Királyságban. Ha a britek bármilyen formában hozzá akarnak férni a közös piachoz, akkor el kell fogadniuk a munkaerő szabad áramlását. Ebben nem ismerek kompromisszumot. Csak remélni tudom, hogy a magyar kormány is hasonlóan a magyar munkavállalók érdekeit tartja a legfontosabbnak. Az én álláspontom világos. A brit kilépést szabályzó alkura az Európai Parlamentnek kell rábólintania. Soha nem fogok olyan megegyezést támogatni, ami lehetetlen helyzetbe hozza az angliai magyarokat Londonban, vagy az Egyesült Királyság más részein.

**Csaba Sógor (PPE), írásban.** – Az Európai Tanács legutóbbi ülésének következtetései között megtalálható az EU–Ukrajna társulási megállapodás megkötése és a ratifikációs folyamat lezárása melletti elkötelezettség. Ezzel összefüggésben egy határozatot is elfogadtak a 28-ak vezetői, amely kifejezetten leszögezi, hogy a megállapodás lényeges eleme a demokratikus elvek, az emberi jogok és az alapvető szabadságjogok tiszteletben tartása Ukrajnában. Sajnos úgy tűnik, hogy mintha Kijevben nem olvasták volna ezeket a sorokat, hiszen az új ukrán oktatási törvény tervezete visszalépést jelent az anyanyelvi oktatás szempontjából és figyelmen kívül hagyja a nemzeti kisebbségek képviselőinek ezzel kapcsolatos fenntartásait. Úgy tűnik, mintha Ukrajna nem értené, hogy az ukrántól eltérő anyanyelvű lakosainak jogcsorbítását az EU sem tűri el, és az ország területi integritásának helyreállítása elképzelhetetlen a kisebbségek helyzetének rendezése nélkül. Egyesekben jogos aggodalmakat kelthet ez a hír, hiszen ha Ukrajna ebben a kérdésben így jár el, akkor mi a garancia arra, hogy egyéb területeken betartja a vonatkozó megállapodásokat.

**Ivan Štefanec (PPE), písomne.** – Predseda Európskej rady Donald Tusk predstavil závery zo zasadnutia Európskej rady z 15. decembra 2016. Minulý rok sa Európskej únii podarilo dosiahnuť viacero úspechov. Vďaka dohode s Tureckom a lepšej kontrole vonkajších hraníc klesol počet migrantov na území EÚ. Úspechom je aj Asociačná dohoda s Ukrajinou, ktorú ratifikovalo 27 členských štátov EÚ a Európsky parlament a ktorá je veľmi dôležitá z hľadiska stability a dôveryhodnosti EÚ. Sankcie voči Rusku boli predĺžené o ďalších šesť mesiacov, keďže Rusko neimplementovalo dohodu z Minska. EÚ je pripravená posilniť spoluprácu s NATO, avšak zároveň pracovať na vytvorení Európskej obrannej únie. Vnútrohá a vonkajšia bezpečnosť je zodpovednosťou EÚ. Rok 2017 sa bude tiež pravdepodobne niesť v znamení reforiem v rámci ECB, nástrojov na obranu obchodu a diskusií so Spojeným kráľovstvom o odchode z Únie. Našou úlohou je nájsť riešenia na súčasné problémy a Európska Únia musí postupovať spoločne, jednotne a zodpovedne v globálnom svete.

**Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie.** – W związku z konkluzjami szczytu Rady w grudniu chciałbym zwrócić uwagę na trzy sprawy: – Rada Europejska podkreśliła potrzebę większego wysiłku finansowego na rzecz wzmocnienia Europejskiego Biura Wsparcia Azylowego, jak również Europejskiej Służby Granicznej i Nabrzeżnej, by zapewnić bezpieczeństwo zewnętrznych granic Unii oraz zapewnić sprawiedliwy proces przetwarzania wniosków o azyl w państwach członkowskich UE. To dobry krok, który należy poprzeć. – W kontekście bezpieczeństwa konieczna jest rewizja, a wręcz ponowna promocja, mechanizmu finansowania misji Athena, który do tej pory nie był wykorzystywany w satysfakcjonujący sposób. Z zaciekawieniem będę obserwował rozwój pomysłów zawartych w zaproponowanym przez Komisję, a popartym przez Radę europejskim planie działania w sferze obronnej. Na szczególną uwagę zasługuje pomysł Europejskiego Funduszu Obronnego, szczególnie na odcinku wspólnego wzmocnienia zdolności. To kluczowe, by Unia włączyła się aktywnie we wzmocnianie poczucia i budowania bezpieczeństwa, szczególnie w dzisiejszym globalnym klimacie politycznym. – Zwracam także uwagę na porozumienie w sprawie przedłużenia działania EFSI, które ma być

zatwierdzone w pierwszej połowie tego roku. Ważne, by pracować nad zwiększeniem promocji programu w państwach członkowskich Europy Środkowo-Wschodniej, by w pełni korzystały z możliwości inwestycyjnych, których przecież potrzebują. To wpłynie pozytywnie na powodzenie całego planu Junckera.

## PRÉSIDENTE DE M. ANTONIO TAJANI

*Président*

**Jérôme Lavrilleux (PPE).** – Monsieur le Président, je souhaiterais faire un bref rappel au règlement sur la base de l'article 11, alinéa 3, de notre règlement intérieur, qui stipule notamment que le comportement des députés est inspiré par le respect mutuel.

Lors du débat que nous venons d'avoir, un de nos collègues, M. Peter Lundgren, député suédois du groupe EFDD, a déclaré, je cite: «c'est absolument fabuleux de voir l'avenir qu'auront tous les nègres de cette chambre quand on entend le discours de M. Tusk».

Ces propos me semblent relever au moins dans leur traduction française d'un caractère insultant et d'une vision raciale ou raciste de la société.

Je souhaiterais que vous puissiez examiner les poursuites éventuelles ou sanctions que vous pourriez être amené à prendre suite à ces propos qui n'ont pas de place dans notre hémicycle.

**Presidente.** – Chiederò al Vicepresidente che presiedeva cosa è accaduto, mi farò dare anche il testo integrale in lingua madre perché bisogna sempre verificare che non ci siano errori o forzature nella traduzione, con tutto il rispetto per i nostri interpreti, ma se c'è stata qualche violazione di qualche regola bisogna essere certi che questo sia accaduto, quindi chiederò ai servizi di verificare e parlerò con il Vicepresidente che presiedeva per sapere cosa è accaduto.

Naturalmente poi chiederò al parlamentare che avrebbe pronunciato questa frase per sapere effettivamente che cosa ha detto, quindi grazie per la segnalazione ma, naturalmente, tutto dovrà essere verificato.

**Peter Lundgren (EFDD).** – Jag är ledsen, men det där ordet sa jag aldrig. Jag sa "författare". Det är någon som skriver böcker, och inget annat. Så kanske ni skulle granska det jag sa innan ni far ut med anklagelser som inte stämmer överhuvudtaget.

**Presidente.** – Onorevole, come ho detto, io ho preso l'impegno con tutto il Parlamento che avrei rispettato ogni deputato e non ci sarebbe stato alcun trattamento punitivo nei confronti di nessun parlamentare quindi, di fronte a una segnalazione, ho detto che sarebbe stato verificato anche nel testo in lingua originale.

La sua lingua è lo svedese e quindi se Lei dice così evidentemente c'è stato un *misunderstanding*, comunque verificheremo e farò sapere sia a Lei sia all'onorevole qual è la realtà dei fatti, se c'è stato un errore di traduzione.

Io credo a quello che lei dice quindi evidentemente c'è stato un *misunderstanding* nell'interpretazione, magari da una lingua all'altra, quindi, ripeto, da parte mia non c'è nessun previo giudizio nei confronti di chicchessia.

Come ho detto, verificherò, farò verificare in lingua originale, non nella traduzione, quindi se, come Lei ha detto, c'è stato un *misunderstanding* nessun problema.

**Ashley Fox (ECR).** – Mr President, I understand that five candidates have been elected for the five vacant positions of Quaestor. Are we going to hold a vote on ranking those candidates, and if we are, will we use the same voting method – in other words, a minimum of three votes? My Group have made inquiries with the services, and they have not yet received a reply. Could you confirm at this early stage, in case we need to change the voting list?

**Presidente.** – Ho capito la sua domanda.

Abbiamo 5 candidati per 5 posti, però siccome dovrà essere fatto un ordine bisogna votare e quindi esprimere almeno 3 preferenze.

**Janice Atkinson (ENF).** – Mr President, can you tell me whether Catherine Bearder from the Lib Dems and ALDE Group is standing as Quaestor still? Has her name been put forward. Is she standing? Can you tell me?

*(Response from the floor: 'Yes')*

Well, there are some serious allegations in the British newspapers – in *The Sun*, to be precise: 'Pure Greed: sole Lib Dem MEP and arch Remoaner claimed expenses for personal legal advice after "Nazi" jibe at colleague [Mr Morten Messerschmidt] – and for a charity donation she agreed in compensation'. That charity donation of GBP 300, which is the compensation you are paying to Morten Messerschmidt for the Nazi jibe, you took out of your expenses. You are a fraudster, Ms Bearder, and you should not be allowed to stand. Do not vote for this woman.

**Presidente.** – Allora, un attimo. Ripeto, quando si formulano delle accuse bisogna sempre avere delle prove, non bastano articoli di giornale per accusare qualcuno perché qui dobbiamo sempre e comunque...

*Please, please... sit down please, sit down please, sit down please.*

Io sono stato in silenzio quando Lei ha parlato, quindi la prego di ascoltare quello che dico io.

Allora, io sono contrario ad accusare le persone quando non ci sono le prove. Bisogna avere le prove giuridiche, non le prove dei giornali, quindi, poi, se ci saranno dei casi, per qualunque candidato, a qualsiasi incarico, se ci saranno delle questioni di incompatibilità verranno verificate, ma ripeto, io sono contrario a qualsiasi strumentalizzazione della stampa per danneggiare un altro parlamentare.

Come ho detto per la questione precedente che bisognava verificare in svedese cosa era stato esattamente detto, così se ci sono dei problemi di incompatibilità qualcuno scriverà, ma devono essere non articoli di giornale ma prove concrete, quindi per quanto mi riguarda non essendoci in questo momento prove concrete la candidatura è ricevibile e quindi si vedrà.

Onorevole, se deve aggiungere qualche cosa, Lei ha detto delle cose precise, scriva una lettera e dimostri che è vero quello che dice.

**Janice Atkinson (ENF).** – Mr President, it will be too late then, because she may get elected. We have got the documentary evidence. The evidence was actually supplied by Parliament. I can give you that evidence.

**Presidente.** – Invia una lettera, adesso non si sospende la votazione, adesso la candidatura è ricevibile, Lei scriva una lettera e dimostri quello che ha detto.

**Catherine Bearder (ALDE).** – Mr President, I would like to see that evidence, because it is incorrect. To anybody who believes the Sun newspaper and someone who left a far-right Group because it was not far-right enough, and who is also under investigation: there is no investigation into me. I have no debts to pay Parliament.

*(Applause)*

**Presidente.** – Ho detto che per quanto mi riguarda la Sua candidatura è ricevibile, non essendoci stata nessuna prova che dimostri che Lei ha commesso delle violazioni delle regole, quindi per me Lei è candidabile.

Se qualcuno sarà in grado di dimostrare il contrario ne parleremo, adesso un articolo di giornale... bisogna sempre dimostrare che qualcuno è colpevole, non chiedere a qualcuno di dimostrare che non è colpevole, questa è una regola fondamentale del diritto, chi accusa deve dimostrare le proprie accuse, non deve essere l'altra persona che deve dimostrare che le accuse non sono vere, questo è un principio di diritto che io intendo far rispettare anche in questo Parlamento.

## 15. Wahl der Quästoren des Europäischen Parlaments

**Presidente.** – L'ordine del giorno prevede l'elezione dei Questori del Parlamento europeo. Ho ricevuto le seguenti candidature: l'onorevole Bearder, l'onorevole Karski, l'onorevole Kovatchev, l'onorevole Maňka e l'onorevole Morin-Chartier. I candidati mi hanno comunicato di accettare le rispettive candidature.

Passiamo alle regole, vi prego di fare attenzione. Parlerò lentamente così anche l'interpretazione potrà essere chiara. Poiché il numero di candidati non supera il numero di 5 seggi da assegnare, i candidati sono eletti per acclamazione ai sensi dell'articolo 15, paragrafo 1, del regolamento. Tuttavia, vi propongo di procedere a una votazione per stabilire l'ordine di precedenza, quindi se siete d'accordo procediamo con una votazione. Proclamo eletti i Questori che ho appena citato, mi congratulo con loro per l'elezione, però io passerei ora alla definizione dell'ordine di precedenza dei Questori, trattandosi unicamente di definire l'ordine di precedenza.

Per questo scrutinio non è richiesta la maggioranza qualificata.

Quindi se siete d'accordo io proclamo eletti i Questori e ora procederei per la fissazione dell'ordine di precedenza, così come avviene per i Vicepresidenti, con un voto elettronico segreto. Per consentire ai deputati di acquisire familiarità con il sistema elettronico facciamo una prova.

Ricordo che ai sensi dell'articolo 15, paragrafo 1, del regolamento, in caso di scrutinio unico per l'assegnazione di più seggi, la scheda è valida solo se è stata espressa più della metà dei voti disponibili, vale a dire essendo 5 candidati dovete esprimere almeno 3 preferenze. Le istruzioni per l'utilizzo del voto elettronico sono state distribuite.

Dopo l'apertura dello scrutinio sullo schermo appaiono le seguenti informazioni: l'oggetto dello scrutinio, l'elenco dei candidati, il numero dei seggi da assegnare. Bisogna posizionarsi sul nome del candidato scelto premendo i tasti blu che si trovano a destra sotto lo schermo oppure i tasti tattili a destra dello schermo ed esprimere il voto premendo il tasto «+», che è il tasto di sinistra sul terminale. La spia blu si accende e viene visualizzato un asterisco davanti al nome del candidato selezionato.

Il contatore dei voti indica una diminuzione, soltanto i voti più, favorevoli, sono contabilizzati. Per garantire la riservatezza della votazione l'asterisco scompare quando si sposta il cursore. Per astenersi premere il tasto «0», che è il tasto centrale. Prima dell'annuncio della chiusura dello scrutinio è possibile modificare la scelta operata riposizionandosi sul nome del candidato e premendo nuovamente il tasto «+» per annullare il voto favorevole.

Posizionarsi quindi sul nome di un altro candidato e premere il tasto «+» oppure premere il tasto «0» per astenersi. Non è possibile votare contro un candidato.

Per visualizzare tutti i candidati per il quale il deputato ha votato premere il tasto blu che si trova sotto lo schermo a sinistra. Premendo il tasto una seconda volta si annulla la visualizzazione degli asterischi. Credo che sia chiaro. Siete tutti quanti abbastanza esperti.

Adesso appariranno dei nomi che non corrispondono ai candidati.

Facciamo una prova. Purtroppo è stato inserito il nome di Pavarotti che è defunto...

Va bene, proviamo la votazione.

Lo scrutinio è aperto.

Avete votato tutti?

Il voto è chiuso.

Vedete il risultato, facciamo apparire il risultato sullo schermo se è possibile. Facciamo vedere il numero dei voti ottenuto dai candidati.

Passiamo ora al voto per la definizione dell'ordine di precedenza. Vi ricordo che bisogna esprimere almeno 3 voti di preferenza. Se vengono selezionati meno di 3 nomi il voto è nullo.

Lo scrutinio è aperto.

Ancora molti parlamentari non hanno votato.

Avete votato tutti?

Ci sono molte schede inserite, non tutti però hanno votato.

Allora, lo scrutinio è chiuso.

Vi annuncio i risultati. Hanno votato in 562. Voti bianchi o nulli 51. Voti validi 511. Hanno ottenuto il seguente risultato:

— l'onorevole Morin-Chartier 459 voti;

— l'onorevole Kovatchev 432 voti;

— l'onorevole Maňka 332 voti;

— l'onorevole Bearder 313 voti; e

— l'onorevole Karski 213 voti.

Sono tutti naturalmente stati eletti, mi congratulo con tutti quanti voi, avremo modo di collaborare proficuamente nei prossimi due anni e mezzo.

## 16. Änderung der Tagesordnung

**Presidente.** – A seguito delle consultazioni con i gruppi politici, tenuto conto del fatto che non si sono rivelati necessari tutti gli scrutini previsti per l'elezione dei Vicepresidenti e dei Questori, desidero proporre all'Aula di anticipare l'inizio delle discussioni di questa sera alle ore 20.

Vi sono obiezioni?

L'ordine del giorno, così modificato, è approvato.

*(La seduta, sospesa alle 16.50, è ripresa alle 20.00)*

## 17. Benennung von Ausschussmitgliedern: siehe Protokoll

## 18. Stand der Verhandlungen über die Finanztransaktionssteuer

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Consiglio sullo Stato attuale dei negoziati sull'imposta sulle transazioni finanziarie (2017/2503(RSP)).

**Ian Borg, President-in-Office of the Council.** – Mr President, I would first like to thank you for this opportunity to inform you about the state of play in the Council on the negotiations on the Financial Transaction Tax (FTT). You are well aware of the history of this file. In 2011 no agreement among the 28 Member States could be found so some Member States decided to pursue the route of enhanced cooperation in this area, which is an option foreseen by the EU Treaties. We welcome the fact that in 2012 Parliament issued its consent for this scenario and in 2013 Parliament issued its opinion on the respective Commission legislative proposal for enhanced cooperation regarding the FTT. Against this background, I would like to brief you on the remaining issues that need to be resolved in these negotiations, as we understand them from the perspective of the Presidency.

The political objectives and implications which could be expected from such a project were made clear by the Commission when the FTT proposal was put forward. You are well aware that the negotiations on an FTT are of a very complex nature and they have turned out to be quite time-consuming. Some have also made the more general point that, if the FTT is not implemented on a wide scale globally, the threat to national revenues, markets and the investment environment may outweigh any benefits. Nevertheless, some EU Member States already have their national laws on taxing financial transactions in place. These laws are adapted to national specificities and we have to clearly evaluate which aspects of such a national tax could be introduced at EU level.

As you are aware, the state of play on these negotiations has been discussed regularly and publicly in the Council, involving all 28 Ministers as required by the Treaties. The Presidency is ready to continue this practice even though Malta is not an FTT participating country. In the last Ecofin meeting during the Slovak Presidency in December, on the initiative of participating Member States, further progress was demonstrated on a number of elements of the FTT. Such progress was deemed to be of high importance for further work with a view to refining the remaining aspects of the future FTT and drafting the legislative text of the directive. Moreover, participating Member States presented their findings relating to the cost efficiency of FTT collection as the discussions so far have shown a need for further reassurance that the tax can be collected in a cost-efficient way.

Building on the progress made regarding the principle of territoriality, the tax base and the taxable event of a future FTT, a draft legislative text may possibly be drafted in the coming months. It seems clear to us that further work in the Council and its preparatory bodies will be required before a final agreement can be reached among participating Member States. As the Council Presidency, I would like to recall that any agreement will also have to respect the competencies, rights and obligations of Member States that do not participate in the enhanced cooperation.

In conclusion, I am confident of the view that, if negotiations proceed in a constructive manner, there will be a chance for a first step in the area of FTT at EU level. The Presidency will be supportive of that process and assist where it can.

**Marianne Thyssen**, *Member of the Commission*. – Mr President, let me first of all congratulate you on your election as the new President of this House. Ladies and gentlemen, dear Members of Parliament, dear Council, it was the Commission which proposed to introduce a harmonised Financial Transaction Tax in 2011 and which proposed a Financial Transaction Tax under enhanced cooperation in 2013. The objectives of this latter proposal are: first, to strengthen the single market by reducing the number of divergent national approaches to Financial Transaction Taxation; second, to ensure that the financial sector makes a fair and substantial contribution to public revenues; and, finally, the Financial Transaction Tax will support regulatory measures in encouraging the financial sector to engage in more responsible activities geared towards the real economy. The Commission therefore fully supports the work of the Member States participating in the enhanced cooperation and acknowledges the significant basic agreement among the ten participating Member States on the core engine of the text. This agreement has now to be translated into a legal text.

There are still some features of the text design that have to be decided upon. The Commission stands ready to continue to provide technical support to participating Member States in their effort to present the final FTT design. The Commission encourages and supports the ten Member States participating in the enhanced cooperation to undertake all the necessary steps in order to define a calendar that will allow a compromise decision on the full text to be reached by mid-2017.

**Dariusz Rosati**, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, when the Financial Transaction Tax (FTT) was proposed by the Commission in 2011, it was greeted with euphoria by many. The tax was supposed to limit the scope for speculative transactions that were at the root of the financial crisis. Now, almost six years down the road, the FTT is still being debated and the initial enthusiasm has largely vanished. We know that there are two major problems with the FTT. First, when a tax is imposed on financial transactions it tends not only to reduce speculation, but also harms productive transactions such as equity investment and bond trading. The extent to which this negative effect contains productive capital flows may be substantial. And second, when a tax is imposed by a group of selected countries only, financial transactions tend to migrate to other jurisdictions where no taxes are applied. These capital outflows from countries concerned may jeopardise their growth prospects.



If, however, an FTT is to be eventually implemented, it should be carefully designed so as to minimise the risks involved. Three suggestions can be made in this context. First, the tax rate has to be set at a very low level to minimise efficiency losses and hit only high-frequency speculative transactions. Second, the tax base has to be as broad as possible, covering all financial transactions in order to avoid arbitration. And third, its purpose should be strictly to reduce speculation. It should not be burdened with other noble goals, such as providing additional budgetary revenues or the redistribution of wealth.

**Udo Bullmann**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, werter Vertreter des Rates! Das Europäische Parlament, meine Sozialdemokratische Fraktion, hat diese Aussprache herbeigeführt, weil wir – ich müsste fast sagen: wieder einmal – den Eindruck haben, dass die Einführung der Finanztransaktionssteuer verschleppt werden soll und dass die Arbeiten daran darniederliegen. Wir halten das für unbegreiflich. Nein, wir halten das für beschämend!

Kollege Rosati argumentiert in der Sache. Aber Kollege Rosati weiß auch, dass die Bedenken weitgehend ausgeräumt worden sind, nämlich auch dank der Initiative von Pierre Moscovici – Ihrem Kollegen, Frau Kommissarin –, der sehr viel darin investiert hat und sehr viel gearbeitet hat, dass diese Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch liegen, praktikabel sind.

Unsere Fraktion, dieses Haus – es ist jetzt fast sechs Jahre her – hat am 8. März 2011 mit fast 80 % Mehrheit gefordert, dass diese Finanztransaktionssteuer kommt. Die Kommission war ursprünglich nicht dafür; ein Vierteljahr später hat sie einen Vorschlag unterbreitet. Ich will Ihnen damit deutlich machen: Wir haben Konflikterfahrung, und wir können nicht verstehen, warum ein Instrument nicht genutzt wird, das beides kann, nämlich einmal wirkungsvoll die Spekulation bekämpfen und gleichzeitig Einnahmen – von der Kommission geschätzte 35 Milliarden jährlich – in die Kassen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union spülen.

Seien Sie versichert, dass wir eins tun werden – Herr Borg, sagen Sie das den Kolleginnen und Kollegen unter den Finanzministern: Wir werden keine Ruhe geben. In einer Situation, in der die Krisen sich zuspitzen, in einer Situation, in der auch der soziale Missstand in der Europäischen Union sich zuspitzt, wo elf Millionen Kinder kein warmes Zuhause und nicht genügend zu essen haben, werden wir keine Ruhe geben. Und die Finanzminister werden es sich nicht erlauben können, die Finanztransaktionssteuer zu beerdigen. Wir werden Sie hier sehen, in der Endphase der Auseinandersetzung, in Straßburg oder in Brüssel. Und Sie werden in die Mikrofone Europas reden müssen, warum Sie versagen. Deswegen ist unser Rat, dass Sie nicht versagen.

**Ruža Tomašić**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, while some European countries, including Belgium, believe that the new Financial Transaction Tax (FTT) will discourage speculative trading and bolster debt-laden public finances, it could in fact sink the euro area into deeper economic trouble. Well-judged regulation is important. Ill-judged regulation, as is the case with the EU's proposed FTT, can do immense economic damage. Indeed the FTT would have a severe impact on the functioning of debt markets, which are essential for governments and companies to raise funds, as it would increase both their borrowing and operational costs.

The Commission's proposal is not just a tax on banks and is not just a tax on speculation, but will impact all areas of business as it will be applied at each stage of a multi-tiered financial transaction. This will have damaging consequences for the overall economy as it will cause a flood of financial activity to move beyond the borders of the FTT zone. As for the non-participating states, the FTT will be charged not just on transactions that take place within the 11 countries, but on any transaction that involves shares or bonds issued by them. It therefore threatens to give investors an extra reason not to buy Europe's securities or transact with its institutions at a time when it can ill afford to drive away economic activity.

**Izaskun Bilbao Barandica**, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, hace catorce años, cuando era miembro del Parlamento vasco, aprobamos una resolución en la que solicitábamos al Gobierno de España que incluyese en el programa de trabajo de la Presidencia española del año 2002 la defensa de la tasa Tobin. España es hoy uno de los Estados comprometidos en una operación de cooperación reforzada para instaurar una tasa sobre transacciones financieras. Empezamos aquí este camino en el año 2011. En 2013, Francia e Italia ya comenzaron a aplicar su propio impuesto. El 22 de enero de 2013 se acordó que diez países lo harían juntos en 2014. Y el último Ecofin de 2015 lo prometía para diez a mediados de 2016. Espero que esta vez sea la buena.

Lo digo porque el debate de hoy nos recuerda que necesitamos regresar a un mundo en el que el sistema financiero vuelva a su función instrumental y se dedique simplemente a mediar entre el ahorro y las actividades productivas. Lo digo porque necesitamos ese dinero para impulsar la innovación, el crecimiento; para consolidar el pilar social, para rescatar a las personas de la marginación. Una vía didáctica y útil para lograrlo es pasar en este tema de las palabras a los hechos.

Solo plantear el debate es útil porque reconoce que estas operaciones deben tributar. Implantar esta tasa debe ayudar a prevenir y evitar algunas operaciones simplemente especulativas que no generan empleo y solo enriquecen a quienes las practican; actividades que no dinamizan la economía.

Este impuesto no va a perjudicar a los usuarios de los servicios bancarios; está destinado a gravar la compraventa a mediana y gran escala de activos financieros, una operación no precisamente cotidiana para la inmensa mayoría de los europeos. Creo que esta vía, además, si se establece a nivel comunitario, permitiría a la Comisión alcanzar un grado de independencia económica y financiera respecto a los Estados miembros que haría mucho más eficaz su tarea de impulso y coordinación de las políticas que aportan valor añadido europeo. También son valores europeos el humanismo, la redistribución y la solidaridad, principios completamente ajenos a la avaricia y a la especulación.

**Fabio De Masi**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Die EU-Staaten kürzen seit der Wirtschafts- und Finanzkrise Löhne und Renten, öffentliche Investitionen. Nur eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation zu dämpfen und Milliarden in die Staatskassen zu spülen, gibt es immer noch nicht. Die Finanzmärkte wachsen schon wieder schneller als die reale Wirtschaft. Neue Krisen sind daher wahrscheinlich.

Die Finanzlobby argumentiert gegen die Steuer: Sie würde die Finanzierung von Investitionen und die Absicherung etwa gegen Wechselkursschwankungen verteuern. Beides ist offensichtlich unberechtigt, denn die Steuer trifft nicht die Aktien oder Staatsanleihen selbst, sondern nur den exzessiven Handel damit, etwa den Hochfrequenzhandel der *Flash Boys*, wie sie der US-Autor Michael Lewis in einem Bestseller so hervorragend beschrieben hat. Daher sind auch Repos und Staatsanleihen einzubeziehen. Beim Kauf einer Devisenoption fiel mit dem EU-Vorschlag eine Steuer von nur 0,01 % an. Eine solche Steuer könnte exzessive Währungsspekulation gar unterbinden.

Die zehn Finanzminister, die sich zur *financial transaction tax* bekennen, müssen daher endlich liefern. Und ich hoffe, die Kommission unterstützt sie dabei.

**Ernest Urteasu**n, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, la verdad es que, en nuestro grupo parlamentario, nos parece uno de los proyectos más importantes que deben salir adelante. Estamos un poco preocupados por que esa propuesta tan ambiciosa, en la que desde el año 2011 venimos trabajando y que el Parlamento ha pedido, se empiece a diluir como un pequeño terrón de azúcar, en el sentido de que, bueno, ya estamos con una cooperación reforzada con solo diez países, y también nos preocupa que haya cosas que se vayan poco a poco diluyendo.

Es decir, tenemos una base imponible cada vez más reducida. Nos preocupa que se quieran excluir por ejemplo los derivados de futuros, los derivados de tipos de interés. Después se está hablando también —no tenemos aún los tipos, pero se está hablando— de unos tipos extremadamente reducidos, con lo cual, si eso fuera así, evidentemente, los dos objetivos que creo que ese impuesto tiene, que son, evidentemente, recaudar (y la cifra de 35 000 millones que ya ha sido recordada sería muy importante) y también atajar algunas de las actividades especulativas, se quedarían muy cortos.

Desde ese punto de vista creo que tanto el Consejo como la Comisión deberían intentar insistir en dos cuestiones: la primera, que esto finalmente salga adelante. Nos preocupa también el calendario porque teníamos unas negociaciones el 5 de diciembre que fueron pospuestas, y llevamos muchos atrasos ya en su aplicación, pero también que la Comisión y el Consejo insistan, aunque sea en una cooperación reforzada, en que este impuesto tenga realmente capacidad para ejercer su función. Que no nos quede un impuesto sobre las transacciones financieras formal, pero con muy poca concreción o tan débil que no cumpla prácticamente su función. Con lo cual, a eso sí que les invito, a que aprieten. Nos gustaría que tuviéramos un texto legislativo ya presentado el mes que viene, si puede ser en el Ecofin del 27 de enero; eso sería muy positivo.

Y también quiero recordarles —y con esto, finalizo— que el informe Monti de recursos propios que ha salido esta semana señala el impuesto de transacciones financieras como una de las medidas clave para los recursos propios, y es probablemente uno de los más sencillos de poner encima de la mesa, con lo cual, por favor, hagan todo lo posible para que esto salga adelante y, por favor, para que terminen los atrasos y se concrete de una vez.

**Marco Valli**, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il fatto che ci sia una netta concentrazione di denaro nei mercati finanziari, che in questo periodo sia stata ulteriormente ingigantita dall'iniezione di liquidità delle Banche centrali è evidente, come è evidente, appunto, la disparità che si ha tra questo mercato finanziario ingigantito e l'economia reale e quindi come siano concentrate certe ricchezze in modo spropositato. Ulteriormente vediamo come questi mercati molto spesso non vengono utilizzati per creare, generare un'economia virtuosa, ma per creare semplicemente scommesse e speculazioni.

Quindi penso che la volontà popolare si già ben chiara sull'obiettivo che deve porsi la politica e quindi è tutta una questione di volontà nostra, di tutti gli Stati membri, non solo europei ma anche a livello globale, per cercare di porre fine a questa disuguaglianza. È anche uno dei grandi temi di cui stanno discutendo oggi a Davos, la disuguaglianza e cercare di risolvere questo problema. Quindi il popolo si è già espresso, perché se facessimo un referendum su questo è ovvio che vorrebbero che la speculazione finanziaria avesse fine e che si mettesse giustizia con una piccola tassa che può fornire anche da deterrente alla speculazione e che si utilizzi per ridistribuire la ricchezza.

Quindi è una questione, ripeto, solo di volontà politica, sta a noi, sta ai ministri e sta quindi a tutti quelli che rappresentano i cittadini in Europa e nel mondo.

**Marco Zanni**, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho ascoltato con molto interesse quello che hanno detto sia il Consiglio, sia la Commissione, sia i colleghi su come vorrebbero che fosse strutturata questa tassa sulle transazioni finanziarie.

Credo però che sia necessario fare prima di tutto una riflessione politica riguardo a questo argomento, ossia ancora una volta la discussione su questo tema dimostra come l'Unione europea sia incapace di portare avanti proposte concrete a favore dei cittadini, ancora una volta abbiamo una proposta che avrebbe molto senso, che sarebbe molto semplice da implementare, e su questo hanno già dibattuto e hanno già fatto proposte economisti e premi Nobel, però l'Europa in sei anni non è riuscita a portare a casa un risultato.

Questo dimostra come queste istituzioni, come la Commissione, come il Consiglio, siano istituzioni vetuste che non sono in grado di rispondere e di fare proposte legislative per superare i problemi dei cittadini. Ancora una volta la tassa sulle transazioni finanziarie lo dimostra.

E questo ha una ragione, a mio avviso, molto importante e fondamentale, cioè l'influenza che le lobby e soprattutto la lobby finanziaria ha su queste istituzioni. Se noi oggi siamo a questo punto, in questo stallo, sulla tassa sulle transazioni finanziarie è chiaro che è colpa anche di questo sistema marcio e corrotto che oggi influenza le istituzioni europee.

Il 2017 sarà un anno di cambiamento, speriamo veramente che le elezioni in tante nazioni europee diano un segnale forte anche per portare avanti proposte a favore dei cittadini.

**Diane James (NI)**. – Mr President, the United Kingdom has a famous historical figure called Robin Hood and it is therefore no surprise – or there should not be any surprise – that this proposed financial instrument mechanism is often referred to in the British press as the Robin Hood tax since it also purports to rob the rich in aid of the poor.

Well, let us just for a minute remind ourselves of what the expert opinion is indicating will be a direct consequence, and series of direct consequences, if this is enacted. Asset values will be reduced, cost of capital will increase, liquidity in markets will, in all likelihood, drop and pension fund administration costs will increase. You could not put together a better jigsaw of market volatility, if you tried. Now, does the European Union really want to inflict this degree and this type of damage on an important sector that has places and locations and centres of financial expertise right across the Member States?

I would hope it does not want to do that. We have heard even this evening, with the opening statement, that further work is required. Well I suggest two bits of further work: either bin it, or park it, and come back with something that can be worked through and delivered and is not detrimental to the financial sector of Europe.

**VORSITZ: RAINER WIELAND**

*Vizepräsident*

**Der Präsident.** – Frau Kollegin James! Diese Debatte findet ja ein bisschen früher statt als ursprünglich geplant, und wir haben dadurch etwas mehr Zeit. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Redezeiten nicht völlig neu zu verteilen, dass wir aber etwas flexibler sind, sodass ich nicht ganz so streng bin, wie ich das normalerweise bin. Aber das soll eine Ausnahme bleiben, die der Übereinkunft der Fraktionen geschuldet ist.

**Brian Hayes (PPE).** – Mr President, as the Presidency said, this is a complex and very long issue in terms of the length of time it has taken to bring a proposal – it is now over six years since 2011 — and I think it is fair to say also that there is a fair degree of scepticism about how operational this tax is, actually, within the ten Member States. It is also fair to say that since 2011 the percentage share of tax that has come into the EU from the corporate sector has increased – much of it as a consequence of the OECD agenda. I was glad to hear the Presidency refer to the fact that those Member States not participating in the Financial Transaction Tax (FTT) proposal would also have their views heard and listened to.

From my perspective, there are three major problems with this. One is displacement: if you have a system where there is a tax in some financial centres and not in others, that will lead to displacement and could actually lead to an unintended consequence in terms of money going offshore. But secondly, there is a real concern in my own Member State about the secondary debt markets, as to the negative impact that this could have in terms of increased liquidity and also in terms of reduced investor demand.

My final remark is this. In my country, we have a financial transaction tax. It is a 1% stamp duty on the transaction of shares with incorporated Irish businesses. It took in half a billion last year. The Commission proposal is 0.1%. So here we have a situation where we would reduce the amount we are taking on share transactions if we went down this road, and that is why we have to think about this long and hard and make sure that Member States have regard to the views of other Member States.

**Pervenche Berès (S&D).** – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Madame la Commissaire, j'aurais voulu dire au Président Tajani que maintenant qu'il était le président de cette maison, il devait porter le mandat qu'il avait adopté. Or, 78 % de cet hémicycle a adopté un rapport dit «Podimata», qui demande à ce que soit mise en place une taxation des transactions financières. Nous demandons au nouveau président du Parlement de porter aussi cette partie-là des travaux de notre hémicycle car, nous le voyons bien, c'est de ce Parlement que vient l'impulsion à un moment où, au niveau du Conseil, on continue à hésiter même dans le cadre de la coopération renforcée mise en place.

Or, nous le voyons bien, y compris dans mon pays, la France, une taxation des transactions financières a pu être mise en place et a rapporté un milliard d'euros en 2015. Alors, ne pensez-vous pas que nous avons besoin de cette ressource nouvelle également pour financer le budget de l'Union, tout comme pour financer la transition écologique et nos actions extérieures?

Certains nous disent: «Ah, mais ce n'est pas possible. Il faut le faire au niveau mondial et à ce moment-là, on pourra le faire au niveau européen». Ce sont les mêmes qui sont capables de nous dire l'inverse.

Très franchement, l'expérience qui existe dans un certain nombre d'États membres nous montre que l'on peut commencer dans l'espace de cette coopération renforcée et qu'il faut aller vers une taxe qui contribue à réduire l'instabilité des marchés, que cette taxe porte sur les transactions intra-jour ou sur le fameux trading haute fréquence. Il est temps qu'au niveau du Conseil, de ce cercle de la coopération renforcée, nous avancions. En effet, moins cette taxe sur les transactions financières est mise en place et plus, compte tenu des difficultés des États membres, ces derniers demandent aux citoyens de combler leurs budgets. Il est temps que les marchés financiers soient mis à contribution.

**Patrick Le Hyaric (GUE/NGL).** – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Madame la Commissaire, la taxe sur les transactions financières doit cesser d'être ce serpent de mer qu'on agite devant nous, comme pour nous distraire.

Il faut maintenant avoir le courage de prendre une décision à son sujet et ne pas en faire un simple affichage, mais une vraie taxe avec un taux compris entre au moins 0,1 % et 0,5 % sur tous les mouvements financiers spéculatifs, les actions, les obligations et toute cette machinerie spéculative inventée pour que l'argent fasse de l'argent, simplement en circulant, contre l'investissement productif. C'est l'une des conditions pour agir contre la spéculation et réorienter l'argent ainsi collecté vers les biens communs, le progrès social et environnemental.

Il faut maintenant cesser d'écouter le monde de la finance et cesser de lui céder. Il faut écouter et servir les peuples, servir l'intérêt général.

**David Coburn (EFDD).** – Mr President, I would like to try again to explain what a thoroughly bad idea the Financial Transaction Tax is. Don't you know who will pay it? It won't be the fat cats in financial services: it will be their customers, investors. You demonise them, but they are responsible folk investing for their future in the hope that they will not become a burden on the state – mostly people saving for their pensions. When costs rise, the less well-off will be discouraged from investing in their future. An ever larger group of people will become ever more dependent on the state – but that's what you want, isn't it? A whole generation crushed by tax and regulation. That's what this place is all about.

In the process, you will discourage business from using capital markets and encourage investors to look outside the EU. The costs and risks of investing in Europe are being driven higher at a time when the returns of investing elsewhere are much more enticing. I'm relieved that the UK will not be taking part in this tax on pensions, but for your sake I despair of the economically illiterate fiscal incontinence that will drive down your ability to be competitive, and of course the business will move to the City of London.

**Barbara Kappel (ENF).** – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Kommissarin! Der EU-Haushalt soll künftig nicht mehr mit Beiträgen aus dem Budget der Mitgliedstaaten sondern direkt mit Steuern finanziert werden. Zu diesem Schluss kam heute Mario Monti in einem Bericht, welchen er in seiner Funktion als Vorsitzender der Hocharrangigen Gruppe „Eigenmittel“ im Auftrag von Rat und Kommission erstellt hat.

Als geeignet für die Finanzierung der EU sieht Herr Monti eine Reihe von energie- und klimabezogenen Steuern und Abgaben an, aber auch Unternehmens- und Verkehrssteuern sind als Einnahmequellen für den EU-Haushalt konform: eine harmonisierte Körperschaftsteuer, eine einheitliche Mehrwertsteuer, eine Bankenabgabe – die Banken werden sich freuen über eine weitere Abgabe – und eben auch die heute diskutierte Finanztransaktionssteuer, die ein ganz wesentlicher Punkt für eine Haushaltsrechnung sein kann.

Geplant ist die Finanztransaktionssteuer als eine progressive Steuer auf Finanztransaktionen von Wertpapieren und Derivaten, welche im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit von den, wie schon erwähnt, zehn Mitgliedstaaten eingeführt werden soll. Eine EU-weite Lösung ist derzeit nicht vorgesehen, ebenso wenig eine globale Lösung, was das Beste wäre.

Ihr Optimismus in allen Ehren, aber auch in der Zehnergruppe zieht sich die Umsetzung hin, sodass die Medien heute schon von einem Begräbnis erster Klasse für die Finanztransaktionssteuer sprechen. Dabei könnte die Steuer jährlich bis zu 35 Milliarden an Einnahmen bringen, ausgestattet mit einem breiten Anwendungsbereich und einem sehr geringen Steuersatz sowohl Lenkungs- als auch Finanzierungszweck verbinden und eine sprudelnde Einnahmequelle für Herrn Montis gesamte europäische Steuerpläne sein.

Die Realität ist eine andere: Die Steuer wird auch nicht im Jänner dieses Jahres bestimmt werden – leider –, da es heute keine Folgenabschätzung für Banken und Versicherungen, Finanzdienstleister und Pensionsfonds gibt. Die Finanztransaktionssteuer ist leider noch nicht reif für den Praxistest und hoffentlich niemals reif als EU-Zentralsteuer.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Já se zájmem poslouchám tuto rozpravu a dovoluji mi říci několik osobních postřehů. Když před 6 lety Komise přišla s tímto návrhem nové daně z finančních transakcí, tak já jsem tehdy v České republice byl členem vlády, která tuto otázku velmi podrobně analyzovala, a na základě mnoha doporučení mnohých expertů jsme došli k závěru, že tento prostředek je mimořádně škodlivý. Jsem proto odpůrcem tohoto návrhu.

Jsem přesvědčen v duchu expertů, že zavedení této úpravy povede k tomu, že se finanční transakce přesunou do zemí, kde takovéto daňové zatížení není, tzn. dojde k úbytku transakcí ve státech, které tuto spolupráci přijmou.

Já samozřejmě nechci, jako poslanec za zemi, za Českou republiku, která nechce být součástí oné posílené spolupráce, kritizovat nebo rozporovat vůli deseti zemí, které se rozhodly takovouto posílenou spolupráci přijmout. Ale jsem přesvědčen, že pokud daň vstoupí v účinnost, povede to k tomu, že v těchto státech se sníží množství transakcí a ty se přesunou do zemí, kde takováto daň není. Já vás jenom prosím, pokud k tomu dojde, nenuťte nás, zbylé státy Evropské unie, které takovouto daň nechtějí, abychom k tomuto daňovému produktu přistoupili, protože podle mého názoru je špatný a evropskou ekonomiku poškodí.

**Evelyn Regner (S&D).** – Herr Präsident! Reiche Menschen werden immer reicher, Arme werden ärmer. Sehr reiche Menschen werden unverschämter reicher, und sehr arme – und zwar sehr viele Arme – beschämender ärmer. Wir haben das jetzt alle diese Woche gesehen mit der Oxfam Studie. Es ist beschämend. Die Finanztransaktionssteuer ist hier das richtige Mittel zur Umverteilung, ist das richtige Mittel für mehr Gleichheit.

Wir befinden uns außerdem bald schon im zehnten Jahr der Krise – der Banken-, Finanz-, Spekulationskrise. Und auch hier: Die Finanztransaktionssteuer ist das absolut richtige Mittel gegen Spekulationen. Deshalb haben wir hier in diesem Hause mit so überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, dass dieses Projekt angegangen wird.

Alles, was auch wirklich wirksam ist – und die Finanztransaktionssteuer ist so wirksam –, braucht offensichtlich lang und hat viele Gegner. Daher meine Botschaft an Sie, Vertreter der maltesischen Präsidentschaft – von der wir natürlich wissen, dass Malta hier jetzt nicht beteiligt ist –, meine Aufforderung an Sie, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die verstärkte Zusammenarbeit der Willigen – und das ist jetzt Ihre Aufgabe – auch tatsächlich möglich ist, also all das zu tun, damit diejenigen, die daran arbeiten wollen, dass diese Finanztransaktionssteuer etwas wird, auch die Rahmenbedingungen haben, dass das in nächster Zeit gelingt.

Und ich bin davon überzeugt: Wir schaffen das. Es dauert lang, aber wir schaffen das.

*(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Herrn Coburn nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)*

**Gunnar Hökmark (PPE).** – Herr talman! Ett skäl till varför transaktionsskatten inte är införd är att det inte finns något stöd för den bland medlemsstaterna. Till slut har det bara blivit tio stycken medlemsstater som fortfarande diskuterar frågan. Skälen är mycket enkla – transaktionsskatten skapar inga nya pengar. Den skapar bara nya kostnader och höjda skatter i den del av världen som redan har de högsta skatterna. Det är låntagare som måste betala, sparare som får betala, pensionärer som får betala, och alla företag som behöver investeringar.

Hela idén med en finansiell transaktionsskatt går rakt emot det vi vill uppnå genom en kapitalmarknadsunion. För att få fler investeringar, mer företagande och nya jobb. Detta är inget sätt att trola fram nya pengar ur en hatt för att lösa nya utgifter, utan det innebär svårare villkor för dem som redan idag är beroende av att låna i banken eller behöver pengar för att investera i företag. Det går rakt emot våra behov av fler och nya jobb.

Jag tycker, som en signal till ordförandeskapet och till kommissionen: lyssna till debatten. Den har svängt. Hör ni detta, i denna debatt, i denna kammare? Idag är det fler som är emot, och skälet till detta är att fler och fler medlemsstater insett att detta riskerar välbstånd och välfärd. Det riskerar investeringar, och är ett förslag som bör läggas åt sidan.

**Ana Gomes (S&D).** – O imposto sobre transações financeiras visa introduzir justiça e regulação nos sistemas fiscais na Europa e garantir uma contribuição elementar, mais que devida, do setor financeiro para os orçamentos dos Estados-Membros e da União, tanto mais que políticas de austeridade sobrecarregam brutalmente de impostos classes médias e pequenas e médias empresas. Este imposto deve, obviamente, ter um impacto global. E é por isso que eu lamento que a Presidência de Malta não tenha entre as suas prioridades a harmonização fiscal, a transparência e o combate ao branqueamento de capitais, em especial quando membros do seu governo estão implicados nos Panama Papers e esta é uma questão vital também no combate à criminalidade organizada, incluindo o terrorismo.

Malta, um dos países que a Comissão e o Conselho toleraram que se especializasse na concorrência fiscal e em práticas agressivas e opacas, tem agora especiais responsabilidades, acrescidas responsabilidades, como presidência da União Europeia, para fazer avançar as medidas já propostas pela Comissão para combater estas práticas, incluindo desbloquear, no Conselho, o projeto de cooperação reforçada sobre o imposto sobre as transações financeiras, que desde já foi iniciado por dez Estados-Membros, incluindo o meu, Portugal.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

**David Coburn (EFDD), blue-card question.** – What I cannot understand – and I would like you to try and explain to me, and I wonder if you could help me with this – is that the people who are going to be paying this transaction tax are going to be those who have invested in pension funds. It is not going to be rich fat cats in the City, as you seem to think it will be; it will be ordinary people who have invested in pension funds. They will be penalised, and so this is not going to help any sort of social redistribution of wealth. This is just nonsense. You are going to be damaging the European Union as a financial concept. People will go elsewhere, to Britain or to the Far East, to do their financial transactions. Would you agree with me?

**Ana Gomes (S&D), blue-card answer.** – The FTT is also to have a redistributive impact, and that is also essential to control a financial system that has gone totally out of control, as we saw in the financial crisis. If we want to start to control the financial system, we absolutely need to have this tax paid. It is also a way to contribute to our national budgets, as well as to the budget of the EU, and is a crucial question for social justice, without which citizens will not trust our governments.

**Romana Tomc (PPE).** – Jaz pa pozdravljam prizadevanja Evropske komisije za uvedbo davka na finančne transakcije.

Namreč, zelo težko razložimo ljudem, pa tudi podjetnikom, ki plačujejo visoke davke, da je finančni sektor relativno nizko obdavčen, kljub temu, da ustvarja zelo visoke dobičke in da je povzročil marsikatero krizo v tem svetu, zaradi katere ljudje slabše živijo.

Vendar na drugi strani mnogi tudi ne razumejo tega, da je davke zelo lahko prevaliti na druge. In na koncu koncev vedno najšibkejši potegnejo krajši konec. Zato je uvedba davka na finančne transakcije precej problematična zadeva.

Posledice ne bodo samo v finančnem sektorju, posledice bodo tudi v realnem sektorju, pri ljudeh, ki živijo čisto običajno življenje. In to smo jim dolžni obrazložiti.

Kljub temu, kot na začetku rečeno, podpiram uvedbo davka na finančne transakcije, vendar moramo postaviti zelo previdno to zakonodajo. Eden izmed pogojev, ki ga moramo nujno upoštevati, je, da bo to davek, ki bo veljal za vse države članice. Sicer se nam lahko zgodi bumerang in se bodo zadeve selile tja, kjer so seveda manj obdavčene.

**Ramón Jáuregui Atondo (S&D).** – Señor presidente, muchos compañeros dicen que esto va a provocar la marcha del dinero. Yo les preguntaría: ¿Qué pasó cuando hace más de cien años las empresas tuvieron que pagar un impuesto al trabajo y crearon la Seguridad Social? El mejor ingenio social que ha inventado el mundo. Alguien empezó. Alguien empezó. Alguien debe empezar con la fiscalidad a los movimientos financieros. Alguien debe empezar, y Europa debe ser.

Europa debe ser quien empiece marcando un camino que es una señal maravillosa para el mundo, que es una señal maravillosa para la justicia social que esperan millones de europeos que están esperando que Europa dé señales progresistas y que permita una recaudación fiscal para la Unión Europea y para la redistribución social.

Alguien debe empezar y podemos hacerlo, porque se puede superar los problemas técnicos. Se puede, sí se puede.

#### *Catch-the-eye-Verfahren*

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'imposta sulle transazioni finanziarie impone una cooperazione rafforzata tra gli Stati membri. Il costo della non-Europa sulla mancanza di armonizzazione e sulla disincentivazione alle attività finanziarie più speculative è elevatissimo e non direttamente percepibile e concorre a minare la libera circolazione dei capitali e l'ordinato funzionamento del mercato interno dei servizi finanziari.

Da tempo mi sono occupato della riduzione dell'attività speculativa che considero un obbligo da raggiungere anche attraverso l'introduzione di meccanismi deflattivi come la tassazione. Con una delle mie prime interrogazioni, del 3 settembre 2014, sul *trading* ad alta frequenza ho chiesto infatti di rafforzare la regolamentazione dei mercati finanziari e ho sostenuto la priorità della prevenzione dell'uso improprio del sistema finanziario per scopi illeciti.

Credo che uno degli elementi di maggiore turbativa dei mercati, che abbatte la fiducia anche sull'economia reale, è l'estrema volatilità su azioni e opzioni, obbligazioni, derivati e *commodities* e va in ogni caso analizzata l'opportunità di introdurre, accanto al principio di residenza, quello complementare di emissione.

**Νότης Μαρτιάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, η επιβολή του φόρου των χρηματοπιστωτικών συναλλαγών έχει σαν στόχο να αναγκάσει τον χρηματοπιστωτικό τομέα να συνεισφέρει επιτέλους στην κάλυψη του κόστους της τρέχουσας οικονομικής κρίσης, στην ενίσχυση των δημοσίων εσόδων, καθώς και στη λήψη μέτρων κατά της φοροαποφυγής. Ποια μέτρα όμως έχει λάβει η Επιτροπή για να καταπολεμήσει την φοροαποφυγή, αλλά και να αντιμετωπίσει την οικονομική κρίση;

Όπως φάνηκε και από τα σκάνδαλα των Panama Papers και των Luxleaks, ο αριθμός των πολυεθνικών εταιρειών που παράγουν υπερκέρδη και αποκρύπτουν τα κεφάλαιά τους σε φορολογικούς παραδείσους δεν μειώνεται καθόλου ενώ, παράλληλα, η πολιτική των μνημονίων, που επιβάλλει η τρόικα σε χώρες όπως η Ελλάδα, έχει οδηγήσει στη μείωση των μισθών και στην ανεργία. Η μόνη λύση επομένως στο πρόβλημα των πρακτικών φοροδιαφυγής και φοροαποφυγής είναι η φορολόγηση των κερδών των επιχειρήσεων στον τόπο όπου πραγματοποιούνται τα κέρδη, ενώ η πραγματική αντιμετώπιση της οικονομικής κρίσης θα γίνει με την εγκατάλειψη της λιτότητας και των φορομπηχτικών πολιτικών κατά των πολιτών και των μικρομεσαίων επιχειρήσεων.

*(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)*

**Ian Borg, President fil-Kariga tal-Kunsill.** – Grazzi wkoll lill-Onorevoli Membri tal-ħsibijiet li qasmu.



F'din l-ewwel opportunità li kelli, hadt gost nisma' l-interventi differenti minn dawk li ġenwinament ghandhom fehmiel forsi differenti minn ta' xulxin. Waqt li anke napprezza li f'din il-Kamra hawn Membri onesti, Membri li jixtiequ jserrhu rashom mill-Presidenza Maltija wkoll fuq il-hidma li ser inkunu qeghdin naghmlu f'dawn is-sitt xhur, u nahseb li l-intervent tal-Membru Regner huwa sintezi ta' dak li ahna nikkommettu ruhna li ser naghmlu, u allura li nkomplu naraw li dawk li jixtiequ jaghmlu progress fuq din il-legizlazzjoni jkun possibbli ghalihom, u jien nintrabat bhala Presidenza li nkompli niġi hawnhekk u ninforma lill-Parlament kif ikun opportun skont iċ-ċirkostanzi.

F'dak li ghandu x'jaqsam mal-Presidenza Maltija, iva, nikkonferma illi se jkollna, fost l-enerġija li se nkunu qeghdin niddedikaw fix-xhur li ġejjin, il-hidma fuq ir-raba' Direttiva tal-"Anti-Money Laundering" u anki t-tieni Direttiva tal-Evazzjoni tat-Taxxa, fuq nett tal-aġenda tal-Kunsill rispettiv.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)*

**Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito.** – Los socialistas españoles llevamos muchos años defendiendo la necesidad de introducir un impuesto a las transacciones financieras que penalice la especulación y mejore la justicia fiscal, por lo que hemos venido respaldando la propuesta original de la Comisión, así como su aprobación mediante procedimiento de cooperación reforzada. Este impuesto además debe ser europeo, de modo que se convierta en un recurso propio de la Unión (con los ajustes que sean necesarios mientras haya Estados miembros que no participen) y se refuerce la autonomía financiera y política de la Comisión, lo que la convertiría en un auténtico poder ejecutivo de corte federal. Resulta decepcionante, por tanto, que el Consejo venga al Parlamento a no decir nada, pues no explica qué elementos mantienen la discusión abierta, ni cuando se espera que se apruebe. Por tanto reclamo que el Consejo proceda a aprobar antes del final de la presidencia maltesa el Impuesto sobre las Transacciones Financieras, de base amplia y con capacidad de recaudación.

**Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito.** – La Comisión había prometido que la Tasa Tobin sería una realidad a finales del año 2015; después de las dificultades en las negociaciones, parece que deberíamos conformarnos con que en 2017 ésta siga en la agenda del Consejo. No podemos demorar más una decisión y esperamos que la presidencia de Malta dé respuesta por fin a una demanda histórica de los movimientos sociales contra la especulación financiera. Para nosotros, el principal potencial de la Tasa Tobin es el de reducir la volatilidad financiera, con un peaje a la actividad netamente especulativa de los fondos y mercados financieros. Sin embargo, no olvidamos que este tipo de actividad, aunque dañina, no es la principal causa de la actual crisis económica, que tiene causas estructurales en el aumento de las desigualdades, la caída de los salarios y la reducción del papel del Estado en la economía como consecuencia de la creciente financiarización de su funcionamiento. Es por ello que censuramos que la Tasa Tobin sea utilizada por la Comisión para esconder su apuesta real por profundizar en esta senda, a través de iniciativas como la Unión Bancaria o de Capitales, que seguimos rechazando.

**Victor Negrescu (S&D), în scris.** – Avem nevoie de o taxă pe tranzacții financiare cât mai repede pentru a începe să acționăm direct pentru a preveni fraudele fiscale, a evita dubla impunere și a reduce denaturarea concurenței pe piața unică europeană. Doar printr-o măsură comună putem să limităm abuzurile și solicita G20 o acțiune la nivel mondial.

Astfel, impozitarea ar urma să fie realizată în locul în care este stabilită instituția financiară implicată în tranzacție având un efect inhibitor pentru procesul de delocalizare și ar aduce un plus real bugetelor din Uniunea Europeană. Cu o cotă estimată de 0,1 % pentru acțiuni și obligațiuni și 0,01 % pentru alte tipuri de tranzacții, cum ar fi instrumentele derivate, taxa ar putea genera încasări de aproximativ 57 de miliarde de euro pe an. De aceea, Parlamentul European consideră că această resursă poate alimenta pe viitor bugetul european. Întârzierea implementării taxei reduce capacitatea Uniunii Europene de a implementa obiectivele politicilor comune.

În consecință, invit toți actorii instituționali să accelereze acest proces care ar crește transparența și ar întări încrederea cetățenilor că Uniunea Europeană este un factor suplimentar de dezvoltare, și nu o organizație finanțată în totalitate din bugetele naționale.

**PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME***Vice-présidente***19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll****20. Soforthilfe für Flüchtlinge und Migranten, die in europäischen Lagern widrigen Wetterbedingungen ausgesetzt sind (Aussprache)**

**La Présidente.** – L'ordre du jour appelle le débat sur les déclarations du Conseil et de la Commission sur l'aide d'urgence pour les réfugiés et les migrants confrontés à de graves intempéries dans les camps en Europe (2017/2502(RSP)).

**Ian Borg, President-in-Office of the Council.** – Madam President, the Presidency shares Parliament's concern about the situation and the fate of the thousands of refugees and migrants currently facing severe weather conditions in European camps. According to the data supplied by the Greek authorities, more than 15 000 migrants are currently present on the Greek islands. The hotspots are overcrowded, and living conditions are very difficult due to the wintry conditions. Furthermore, UNHCR has reported that 7000 migrants are currently stranded in Serbia. Some of them are staying in overcrowded facilities or sleeping rough in the centre of Belgrade. We cannot, of course, change the weather conditions, but we have at our disposal resources and instruments that can remedy the immediate negative consequences of these severe conditions. The Commissioner will brief you on the possibilities of using the emergency funding in order to mitigate that situation, as well as on other forms of support already being provided to the most affected countries, or which are foreseen.

Nemmen li tinsabu konxji li l-awtoritajiet Griegi baghtu bastiment navali attrezzat lejn Lesbos halli jghinu lil dawk l-immigranti li qed ihabbtu wiċċhom mat-temp kiefer. Il-Prezidenza qed issegwi mill-qrib is-sitwazzjoni u fl-istess hin qiegħda f'kontatt kontinwu mal-Istati Membri, il-Kummissjoni Ewropea, kif ukoll mal-aġenziji Ewropej ikkonċernati.

Ahna determinati bis-shiħ li naghmlu dak kollu fil-poter tagħna sabiex intejbu l-kundizzjonijiet tar-rifugjati, kif ukoll nimmitigaw u nsolvu s-sitwazzjoni. L-impenji li ttiehdu għall-provvediment tal-kapaċitajiet ta' akkoljenzi addattati għax-xitwa għandhom jintlahqu malajr kemm jista' jkun. L-ebda pajjiż mhu kapaċi jaffronta din is-sitwazzjoni wahdu.

Madankollu, l-impenn m'għandux isir biss minn dawk il-pajjiżi li huma l-izjed milquta, u iżda, anke l-pajjiżi l-oħra għandhom joffru l-għajnuna tagħhom. Nistghu nevitaw dawn is-sitwazzjonijiet milli jsiru rikorrenti billi nsahhu l-koo-perazzjoni u nimxu b'hidma u azzjoni kongunta u kkoordinata, kemm fuq perjodu qasir ta' żmien, kif ukoll anke billi nipplanaw għal perjodi itwal.

Wahda mill-prijoritajiet tagħna għal dan is-semestru hija li nimbuttaw għall-implimentazzjoni ta' miżuri li diġà kien hemm qbil fuqhom, u li niżguraw li l-kwistjonijiet li baqa' jibqgħu fuq nett tal-agenda politika tagħna – u dan kien diġà rrimarkat dalgħodu proprju f'din il-Plenarja mill-Prim Ministru Joseph Muscat, Prim Ministru ta' Malta, illi bħalissa qiegħdin nippresiedu fuq il-Kunsill tal-Unjoni Ewropea.

Iċ-ċittadini qegħdin jippretendu u jistennew illi niehdu azzjoni. Sinjuri, ir-rilokazzjoni tista' tgħin ukoll biex ittaffi l-effetti ta' din il-kriżi. Madankollu, anke jekk sar progress, il-proċess miexi bil-mod. Sal-11 ta' Jannar ta' din is-sena, proprju sebat elef u tliet mija u sebgha u tmenin persuna biss ġew rilokati mill-Greċja. Jekk inhaffu dan il-proċess inkunu qed ngħinu lill-Greċja u dan ikun qed iħalli impatt fuq il-kundizzjonijiet tal-hajja tar-rifugjati.

It-talbiet għar-rilokazzjoni għandhom jiżdiedu b'mod urgenti. L-Istati Membri għandhom jirrispondu minnufih u b'mod pożittiv lejn sejhiet għall-esperti mill-aġenziji – primarjament il-Frontex u l-EASO – bħala appoġġ lejn dawk l-Istati Membri li jhabbtu wiċċhom ma' din is-sitwazzjoni. Dan ikun b'zonjuż sabiex tiġi accelerata l-implimentazzjoni tal-proċess ta' rilokazzjoni.

Stabbiltà fit-tul fis-sitwazzjoni fir-rotta tal-Lvant tal-Mediterran tehtieg ukoll iżjed implimentazzjoni tad-Dikjarazzjoni bejn l-Unjoni Ewropea u t-Turkija. Hemm bżonn iżjed impenn sabiex inhaffu u ntejbu l-effiċjenza tal-proċeduri għat-talba tal-ażil, kif ukoll għar-ritorn tal-immigrati mill-Gżejjer Griegi lura lejn it-Turkija. Appoġġ kontinwu lejn il-pajjiżi tal-Balkani tal-Punent huwa kruċjali.

Fuq perjodu twil ta' żmien se nkomplu neżaminaw il-proposti legiżlattivi fuq ir-riforma għal Sistema Komuni Ewropea tal-Ażil, halli tkompli tibni fuq ix-xogħol li diġà sar mill-Presidenzi kemm tal-Olanda, kif ukoll dik Slovakka. Sistema Komuni Ewropea tal-Ażil iżjed b'sahhitha hija importanti sabiex ir-responsabbiltà tinqasam bejn l-Istati Membri b'mod iżjed ġust.

l-għan ahhari tagħna huwa li, b'mod gradwali, ikun hemm politika sostenibbli fuq l-ażil u l-migrazzjoni, fejn fiha ninkludu kontroll effettiv fuq il-konfini esterni tagħna. Qed nimmiraw ukoll li nindirizzaw u nsolvu sitwazzjonijiet ta' emerġenza, bħal dawk diskussi lllum, sabiex insalvaw il-hajja ta' bosta persuni, kif niżguraw li s-sistema wkoll tkun waħda ġusta. L-appoġġ tagħkom ikun ferm apprezzat ukoll, u ninsab ċert li l-Kummissarju kapaċi jagħtikom iżjed informazzjoni fuq dan is-sugġett.

**Christos Stylianides**, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for this timely debate. Migrants and refugees in Europe are facing the harshest winter conditions we have seen in decades, from the Aegean islands to the north of Europe. In some parts of Europe, this was not expected. We have all seen the images in the press of many of the refugee camps and let me be clear: nobody should feel proud of this situation.

Our moral obligation is to offer these people dignity. Today. Not next week. Not even tomorrow. We are therefore assisting the authorities in their response on all the urgent actions that need to be taken by Greece in order to accelerate the winterisation of the camps. Both my dear colleague Commissioner Avramopoulos and I are in regular contact with the Greek authorities. On the Greek islands, where the situation is most serious, we are exploring all possible solutions to assist the government and the local authorities in these extraordinary times. Commissioner Avramopoulos was in Lesbos earlier today, to assess the situation on the ground and, of course, to discuss and find immediate solutions.

We welcome the quick response of the Greek authorities to deal with the difficult situation on the islands. First, to move the most vulnerable to winterised reception sites. Second, to transfer to the mainland asylum applicants – especially vulnerables – who cannot be returned to Turkey and who therefore have been referred to the regular asylum process. Third, to deploy a navy ship to accommodate those in need, especially in Lesbos, during the harsh weather conditions.

Having said this, for the medium term, we are discussing with the Greek authorities the creation of appropriate shelters, including closed facilities on the islands, as well as the improvement of existing infrastructure. As my dear colleague Dimitris Avramopoulos mentioned to me and said today in Lesbos, this solution will only work in cooperation and with the support of the local authorities and, of course, of the local populations in the islands who have demonstrated immense generosity to hundreds and thousands of refugees and migrants in the last two years.

We stand ready to provide available funding to create this additional accommodation capacity and we have communicated this to the national and local authorities. We did so in the mainland, in partnership with UNHCR and other humanitarian actors and other humanitarian partners.

The European Union humanitarian aid partners – UN agencies, international organisations and NGOs – are also on the ground assisting. Over 200 000 winterised items have been distributed to the refugees and migrants – sleeping bags, blankets, and clothing appropriate for cold weather. These are not of course long-term solutions, but these extraordinary times require extraordinary responses. We are monitoring the situation on the island closely and we will keep doing whatever is needed to support the Greek authorities for as long as it takes.

On the mainland, the situation is very different. Winterisation can be considered to be under control. Thirty-one sites are already winterised with the help of the Emergency Support Instrument. This is my responsibility, through the Emergency Support Instrument, and thank you so much for your support in establishing this Emergency Support Instrument, which is managed by my services and DG ECHO. EUR 200 million were allocated last year in the humanitarian field alone, and 25% of this amount – more than EUR 50 million – has been provided to humanitarian aid partners for winterisation activities in Greece, in particular on the mainland, and of course to repair and improve existing shelters, to construct new ones, to improve sanitation conditions and to provide heating – the list is long. This is in addition to the funds already available. Since the beginning of 2015, EUR 352 in emergency assistance from the Home Affairs Funds were made available for Greece. This assistance, provided either directly to the national autho-

rities or to EU agencies and international organisations, is aimed at directly supporting migration management in Greece, including its reception capacities and, of course, improving the camps on the mainland and islands.

This emergency funding comes on top of the EUR 509 million already available to Greece under the national programmes for 2014-2020. Here, let me remind you that, overall, the European Union has made available over EUR one billion for Greece under the Home Affairs Funds and the new Emergency Support Instrument. Greece is the biggest beneficiary of these EU funds.

Let me now turn to Serbia and to the former Yugoslav Republic of Macedonia. The Commission is using all possible tools to help the authorities cope with the refugee crisis, not least because these two countries are candidate states. Here we are also providing significant financial and technical support. I am aware of the huge difficulties due to the cold weather and heavy snowfall, especially in Serbia. I will be going to Serbia this weekend to assess the situation on the ground and to discuss with the authorities, meet with the refugees and express once again tangible European Union solidarity. Expanding the reception capacities and ensuring that existing centres are adequate for the winter has been a priority for us.

With more than EUR 43 million allocated to Serbia since October 2015, both through humanitarian aid and pre-accession assistance, the European Union is the largest donor. (EUR) 19 million of humanitarian assistance was granted to improve reception conditions, to winterise facilities, and to provide a warm meal and medical help. A further EUR 24 million financed through the Instrument for Pre-Accession is also helping Serbia to host these refugees and migrants and at the same time to reinforce its capacity to control its borders. This is part of over EUR 118 million in EU financial and technical support for Serbia in this field since 2007.

Of course, more needs to be done to provide safe and humane conditions for migrants, including through the expansion of reception capacity. We stand ready to help and this is why I am going there at the weekend to negotiate and discuss matters with the Serbian authorities in order to improve the situation on the ground.

The Former Yugoslav Republic of Macedonia is hosting around 200 refugees. Since the crisis broke out in 2015, the Commission has allocated EUR 19 million specifically to help the Former Yugoslav Republic of Macedonia cope with the refugee crisis, including in humanitarian assistance. This is part of over EUR 50 million in EU financial and technical support for the country since 2007 in the field of border, migration and asylum management. We will consider additional funds as needs arise.

This is the situation in the three countries referred to – Greece, Serbia and FYROM – and course I would like to say again that we are not proud of this very painful situation. The European Union allocated enough money, but through some weaknesses on the ground this money was not utilised in the best way in order to deal with this unprecedented situation.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra**, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, la felicito muy sinceramente por haber renovado la confianza de la Cámara.

Europa está atravesando una de las peores olas de frío de los últimos años, que afecta a miles de personas que buscan refugio, especialmente en las fronteras balcánicas y en el Egeo, y que afecta con dura virulencia a los colectivos más vulnerables, especialmente a los niños y a los ancianos. Abrigo y alimentos precarios. Todo precario, todo insuficiente en los campos que afectan a 120 000 personas.

Señor comisario y señor presidente del Consejo: yo he estado sobre el terreno, he estado en Moria y en Mitilene y he visto el fraude que suponen los contenedores. Los contenedores son frigoríficos en el invierno y son calor abrasante en el verano. Se ha referido usted, señor comisario, a la incorrecta utilización de los fondos. Efectivamente, pero es responsabilidad de la Comisión Europea no solamente hacer llegar los fondos sino fiscalizar la correcta utilización de los mismos. Hemos conseguido avanzar en salvamento marítimo, pero ahora se mueren en nuestras fronteras, y la prioridad esencial es salvar vidas.

No estamos hablando de filosofías, estamos debatiendo sobre el título que aquí nos concierne. No hablamos de urgencia, hablamos de emergencia y hablamos de la solidaridad y hablamos de la respuesta de emergencia. Eso ya lo vemos en los artículos 21 y 80 del Tratado de la Unión y del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Pero lo que hay que hacer urgentemente es comprometerse. Y no me hable, señor presidente del Consejo, de Turquía. Turquía no forma parte de este debate. De este debate forma parte exclusivamente la Unión Europea.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

**Ernest Urtasun (Verts/ALE)**, pregunta de tarjeta azul. – Señor diputado, gracias por su intervención y sus palabras en favor del compromiso. Pero, ¿sabe qué ocurre? Que muchos de los refugiados que están en estos momentos atrapados en Grecia, bajo la nieve, deberían estar en algunos Estados miembros, pero estos no cumplen sus compromisos en materia de reubicación y reasentamiento. Y mi pregunta es muy clara: ¿Considera usted que el Gobierno español está cumpliendo sus compromisos como debería, teniendo en cuenta que solo hasta ahora ha ejecutado y ha recibido un 6 % de los refugiados que se comprometió a acoger en el mecanismo de reubicación pactado con la Comisión Europea?

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE)**, respuesta de «tarjeta azul». – Señor diputado, mis palabras están envueltas en compromiso, y están envueltas en compasión, y conciernen a cualquier gobierno. De modo que lo que yo digo no tiene que ver con una situación concreta. Estoy de acuerdo: ocho mil personas han sido reubicadas frente al compromiso comprometido. Pero de lo que yo hablo ahora no es de lo que usted pregunta, cargado de intencionalidad política. Yo estoy hablando sencillamente de emergencia, y la emergencia es visible, y la compasión trasciende a cualquier acción positiva o negativa de cualquier gobierno.

**Josef Weidenholzer**, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Letzte Woche

kam es in ganz Europa zu heftigen Schneefällen. Viele haben sich darüber gefreut, aber die Zehntausende Flüchtlinge in Griechenland und auf dem Balkan haben eine fürchterliche Katastrophe erlitten. Wir sahen schreckliche Bilder. Das hat uns sehr berührt und zornig gemacht, und deswegen haben wir diese Debatte heute gefordert.

Wir dürfen aber nicht nur reden, wir müssen handeln. Ich begrüße die Präsenz des zuständigen Kommissars. Es ist gut zu hören, dass entsprechende Mittel aufgebracht werden sollen.

Es ist eingetroffen, wovor wir immer gewarnt haben. Und das Problem liegt tiefer; es liegt in der Tatsache, dass die Menschen aus Griechenland immer noch nicht umgesiedelt werden konnten, obwohl es Bereitschaft dazu gibt. Die Unterbringung ist katastrophal, das bürokratische Wirrwarr entsetzlich, und der zuständige Kommissar Avramopoulos verspricht uns jedes Mal, dass sich in den nächsten Wochen etwas ändern wird. Es ändert sich aber nie etwas. Ich glaube, wir müssen dieses Problem wirklich ernst nehmen, wir müssen wirklich daran gehen, eine *Task Force* einzurichten, die diesen Prozess endlich in Gang bringt.

**Νότης Μαριάς**, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση που επικρατεί στα hotspots στην Ελλάδα είναι επιεικώς απαράδεκτη λόγω της υπερσυγκέντρωσης χιλιάδων προσφύγων και παράνομων μεταναστών. Υπερσυγκέντρωση που οφείλεται στο ότι η Τουρκία συνεχίζει να στέλνει πρόσφυγες στα νησιά του Αιγαίου, όπου έχουν εγκλωβιστεί 16.500 άτομα ενώ υπάρχουν μόνο 7.000 θέσεις φιλοξενίας. Υπερσυγκέντρωση που οφείλεται στο γεγονός ότι το NATO και η Frontex, αντί να περιορίσουν τις προσφυγικές ροές, κάνουν κυριολεκτικά τον τροχονόμο. Υπερσυγκέντρωση που οφείλεται στο γεγονός ότι από τους 66.400 πρόσφυγες που υποτίθεται ότι έπρεπε να μετεγκατασταθούν σε άλλες χώρες της Ένωσης, έχουν μετεγκατασταθεί μόνο 8.000 άτομα. Υπερσυγκέντρωση που οφείλεται στο γεγονός ότι η εξέταση των αιτήσεων ασύλου χρειάζεται υπερβολικό χρόνο, μια και η Ευρωπαϊκή Ένωση, αν και υποσχέθηκε να στείλει εκατοντάδες ειδικούς να συνδράμουν τις ελληνικές αρχές, δεν το έχει πράξει.

Κύριε Στυλιανίδη, καταγγείλαμε σε όλους τους τόνους το γεγονός ότι η κυβέρνηση άφησε χιλιάδες πρόσφυγες μέσα στο χιόνι, ειδικά στη Μόρια της Λέσβου, αλλά και στη Ριτώνα. Όμως, η κατάσταση στη Σάμο, αλλά και στη Χίο, όπου βρέθηκα το Σαββατοκύριακο, δεν είναι καλύτερη κι αυτό παρότι οι περίφημες ΜΚΟ έχουν πάρει εκατοντάδες εκατομμύρια ευρώ για τη στήριξη των προσφύγων. Πού πήγαν λοιπόν τα λεφτά, κύριε Στυλιανίδη; Γιατί οι ΜΚΟ κάνουν πάρτι με τα λεφτά για τους πρόσφυγες. Εδώ, σε αυτή την αίθουσα, από τον Οκτώβρη έχω ζητήσει να παρέμβει η OLAF για το ζήτημα αυτό και να γίνει έλεγχος. Ακόμη περιμένω, κύριε Στυλιανίδη, απάντηση στην ερώτηση που υπέβαλα τον Οκτώβριο για την κακοδιοίκηση, από πλευράς ελληνικής κυβέρνησης, των κονδυλίων που έχουν πάει για τους πρόσφυγες. Περιμένουμε μια απάντηση. Υπάρχουν ευθύνες και της Επιτροπής. Υπάρχουν ευθύνες και της ελληνικής πλευράς. Η Ελλάδα πλέον δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες, αλλά και οι πρόσφυγες δεν μπορούν να είναι μέσα στο κρύο.

**Cecilia Wikström**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the snow is falling and the temperature is falling. The harsh winter weather has now arrived, even in the southernmost part of the EU – in the southern Member States – and more refugees are faced with unacceptable living conditions. Thankfully, at the moment, NGOs and international organisations have been providing emergency relief. I would like to reach out to give recognition and wholeheartedly felt thanks to them at this time.

At the same time, the European governments and the Union institutions have to improve the management of this situation. The conditions are unacceptable for EU citizens, and are equally unacceptable for people who have reached our shores to ask for refuge. We must – and can – do much better than this. I realise that the relocation from Greece and Italy has not worked. Therefore, in the Dublin Regulation that I am responsible for and currently working on, I will try to present some ideas on how we can solve some of these issues, but these are long-term solutions. What we need to see now are emergency measures to assist all refugees on our continent – both those in Member States and those who are stuck in the countries of the Western Balkans. I hope that Member States and the Commission will do all that they can to provide the necessary assistance, because today we need both emergency measures and passion and compassion for those in need. We need to reach out in this humanitarian crisis on European soil. Generations to come will judge us on what we do, or what we avoid doing, today. That goes without saying. Commissioner, I wish you well in all your efforts. Let us try to work together to solve this.

**Barbara Spinelli**, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi domando quanti dei richiedenti asilo dovranno morire di freddo in questo inverno della nostra vergogna.

Chiedo alla Commissione di ascoltare Amnesty e i *Refugee Community Leader* di Moria, che i migranti nelle isole greche siano spostati verso la terraferma e non in campi senza elettricità e acqua. L'accordo Unione-Turchia non prevede che i rimpatri avvengano dalle isole, come chiede Erdogan. In queste condizioni i rifugiati in Europa non vanno rispettati in Grecia e in Italia per rispettare Dublino. Diciamoci finalmente che questa non è una crisi dei rifugiati ma delle nostre politiche d'asilo, di ricollocazione, di riunificazione familiare, del rispetto del diritto alla vita.

Commissario, questo inverno così freddo non era imprevedibile. Con i rifugiati di Moria chiedo la fine delle deportazioni in Turchia dei più vulnerabili e che siano garantite tutte le garanzie procedurali cui i richiedenti hanno diritto.

**Ska Keller**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, imagine, we are in the European Union, we are in the 21st Century, and yet there are people who are dying, who are freezing to death. There are children with frostbite inside the European Union in the 21st Century, and we seem to be unable to help effectively. How could we let this happen in our own European Union for which we are all, together, responsible? I think a big part of it is the logic of trying to keep asylum seekers, migrants, refugees, whatever, out, and treating them badly, to stop them coming. We accept that people suffer so that others might be deterred, but is this really the Europe that we want to live in? Is this the Europe that we imagined when we were running for this position, for example, and is this really acceptable to us? For me it is not and I believe for many of you it is not either. But if it is not acceptable, then we have to get real, we have to transfer refugees from the islands to the Greek mainland. The big problem here is the Turkey deal, because of the limitations it puts when Turkey will only accept back refugees that come from the islands. But we put ourselves – or not us, but the Council and the Member States put themselves in this situation and they are putting pressure on Greece not to transfer refugees to the mainland. We know that. That is why people are stuck on the islands, where there is no accommodation – nothing whatsoever. We need to relocate, relocate and relocate. Only 6.4% of the 160 000 people promised have been relocated so far. This is nothing. Again, we need the Member States to act on that. But it is not just Greece, it is also Serbia, Macedonia and Bulgaria where we need to step up efforts of reception and accommodation. Overall, we need to stop pretending that people will stop fleeing from war, from conflict, from persecution if we just make it really horrible for them here. This will not happen. We need to accept that reality and finally bring some dignity to the people, but also to Europe.

**Kristina Winberg**, för EFDD-gruppen. – Fru talman! Ännu ett år har passerat och kring Medelhavet har situationen blivit enbart marginellt bättre. Återigen pratar vi om temporära lösningar på problem som uppenbart skulle uppkomma. Vi i Sverigedemokraterna kommer aldrig sluta prata om att det är bättre att hjälpa folk på plats, i stället för att locka migranter över Medelhavet med löften om evig försörjning och bostäder. Tänk preventivt nästa gång. Då kanske man slipper skicka miljarder till Turkiet bara för att de ska bevaka sina gränser.

Nu har en stor mängd migranter sökt sig till Grekland och situationen där är mycket ansträngd. Detta skadar dessutom övriga EU, eftersom vi inte kan skicka tillbaka Dublinfall dit sedan 2011. Vi i Sverige ska inte tvingas försörja asylsökande bara för att de råkade passera Grekland som första land, vilket är situationen nu.

I Sverige var vi också tvungna att sätta upp tältläger förra vintern. Detta för att vi tog ett överdrivet ansvar och släppte in nästan samtliga som tog sig till Sverige. Man bygger tillfälliga hus över hela vårt land och sätter in hundratals nya skolelever i små orter ute på landet. Det kanske är dags för en stor debatt i denna kammare om det land som tagit emot överlägset flest asylsökande per capita: Sverige.

Fokuset på Grekland har varit enormt i EU de senaste 7-8 åren. Stödpaket, omfördelning av deras asylsökande och en ny EU-myndighet som ska skydda landets gränser. Frågan är naturlig: När kommer hjälpen till Sverige, och när ska reglerna i Dublinförordningen följas?

**Steeve Briois**, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, la préférence étrangère que l'Union européenne s'attache à mettre en œuvre au quotidien est particulièrement scandaleuse en raison notamment des 120 millions d'Européens qui connaissent la misère au quotidien. Sans-abris ou retraités pauvres, leur point commun est de ne pas être des migrants clandestins et, ainsi, de ne pas concentrer toute l'attention des politiques sociales européennes.

Je vous rappellerai juste l'intitulé de ce débat: aide aux migrants confrontés à de graves intempéries. Comme si nos sans-abris ne subissaient pas, eux aussi, ces mêmes aléas climatiques. Si notre morale ne doit pas conduire à établir une hiérarchie entre la misère des uns et des autres, pour autant nous devons faire preuve de bon sens. Or, dans mon pays, certains élus comme le maire de Paris se sont précipités pour construire des centres d'accueil réservés aux migrants alors que, sous leurs yeux, des milliers de sans-abris dorment sur le trottoir chaque soir et ce, dans l'indifférence la plus totale.

Le bon sens voudrait que l'on pense d'abord aux nôtres avant de penser aux autres.

**Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI)**. – Κύριε Επίτροπε, Γενάρη μήνα θα κάνετε προσαρμογή, όπως λέτε, για τον χειμώνα; Και σήμερα στη Λέσβο, προτείνετε πάλι σκηνές. Με δήλωσή της δε, η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ δηλώνει μάλιστα ικανοποιημένη. Ισχυρίζεται, αποκρύπτοντας πραγματικά στοιχεία, ότι 57.000 είναι στεγασμένοι και με θέρμανση. Ομολογεί ότι οι υπόλοιποι, δηλαδή 6.000, ξεπαγιάζουν με κίνδυνο ζωής. Πρόκειται για απτό αποτέλεσμα της συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας που τους καταδίκασε σε διπλό εγκλωβισμό, σε απεριγράπτους συνθήκες διαβίωσης να περιμένουν βασιανιστικά άσυλο, ενώ οι ΜΚΟ λυμαινούνται όλα αυτά τα κονδύλια και κανοναρχούν στους καταυλισμούς.

Αυτά όλα είναι αποτέλεσμα της κοινής απόφασης της Ευρωπαϊκής Ένωσης και όλων των κυβερνήσεων, όχι μόνο του Βίζεγκραντ, να κλείσετε τα σύνορα, να χτίσετε τείχη με καταστολή, απελάσεις, ευρωσυνοριοφυλακή. Άμεσα, τώρα να μετακινηθούν από τα νησιά οι διπλοεγκλωβισμένοι, να μεταφερθούν στις χώρες τελικού προορισμού τους. Επείγουσα ανάγκη να μην μείνει κανένας πρόσφυγας και μετανάστης σε σκηνή, κανένας χωρίς θέρμανση, ρεύμα, νερό, να προβλεφθεί κατάλληλη σίτιση και ένδυση για τον χειμώνα, να υπάρχει κρατική περιθάλψη. Έξω από τα κέντρα οι ΜΚΟ. Καμιά δημιουργία κέντρου κράτησης και κάτω τα χέρια των φασιστών της Χρυσής Αυγής από τα προσφυγόπουλα και το δικαίωμά τους στην εκπαίδευση.

**Ελισσάβητ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE).** – Κυρία Πρόεδρε, δεν άκουσα το όνομά μου. Σας εύχομαι καλή επιτυχία μετά την επανεκλογή σας. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, το πρόβλημα που συζητάμε είναι πάντα επίκαιρο και δυστυχώς οξύνεται γιατί τα προβλήματα αυξάνονται. Στην Ελλάδα, στη χώρα μου, ξέρετε ότι ο στόχος της μετεγκατάστασης μέχρι τον Σεπτέμβριο του 2017 πρέπει να είναι 2.000 με 3.000 άτομα τον μήνα. Μέχρι σήμερα, έχουν μετεγκατασταθεί μόνο 7.000 άτομα, κάτι που σημαίνει ότι ο θεσμός έχει αποτύχει. Επίσης, «απειλείται» - τονίζω το ρήμα εντός εισαγωγικών – επανέναρξη των μεταφορών σταδιακά από το Μάρτιο του 2017, δηλαδή επανενεργοποίηση της Συνθήκης του Δουβλίνου που, όπως ξέρετε, έχει ανασταλεί από το 2011, κάτι το οποίο βοήθησε τη χώρα εν μέρει να αντιμετωπίσει το πρόβλημα. Επίσης, σύμφωνα με τη συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας, πρέπει να γνωρίζετε με επίσημα στοιχεία ότι έχουμε καθημερινές αφίξεις αλλοδαπών, 150 περίπου άτομα την ημέρα, δηλαδή περίπου 4.000 το μήνα.

Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, στα νησιά έχουν συγκεντρωθεί 16.000 άνθρωποι και, παρά το γεγονός ότι η ελληνική πολιτεία δεν έχει ανταποκριθεί, δεν έχει μπορέσει να διαχειριστεί στην επάρκεια το πρόβλημα, γνωρίζετε όλοι ότι Ελληνικός λαός έχει δείξει δείγματα θαυμαστού ανθρωπιστικού έργου προς τους ανθρώπους αυτούς, που ποτέ δεν αντιμετώπισε ως αριθμούς, αλλά ως ανθρώπους. Το πρόβλημα είναι όμως οξύ και πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να βοηθήσει. Το λέω γιατί ξέρετε όλοι σας ότι μία και μόνη χώρα, ένα και μόνο κράτος, δεν μπορεί να το καταφέρει και αν η Ελλάδα αποτύχει στη διαχείριση αυτού του πολύ σημαντικού προβλήματος, θα έχει αποτύχει όλη η Ευρωπαϊκή Ένωση.

**Enrique Guerrero Salom (S&D).** – Señora presidenta, estos últimos días, las televisiones de algunos de los países más ricos de la Unión Europea, hablan de una ola de frío en sus propios países. Hablan de brotes de gripe y declaran una situación de emergencia. Pero donde está la situación de emergencia es en los Balcanes, es en Grecia, es en Rumanía, es en la República Checa, es en varios sitios de Serbia, donde miles y miles de refugiados han pasado las Navidades en una auténtica ola de frío física y moral, abandonados por los otros Gobiernos de la Unión, que no han asumido sus responsabilidades en el trato humano con quienes llegan a nuestras fronteras.

Se trata de darles una ayuda de emergencia —alimentos, habitación, cuidados médicos, ayuda legal, ayuda de todo tipo—, pero se trata también de poner en marcha un plan a medio y largo plazo, lo que se llama un *winterization plan*. Animo a la Comisión y a los Estados miembros a que asuman ese compromiso.

*(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))*

**Michaela Šojdrová (PPE), otázka položená zvednutím modré karty.** – Já jsem se chtěla pana kolegy zeptat, odkud má informace, o kterých teď hovořil?

Je pravda, že v České republice jsou velké mrazy. Je pravda, že i v České republice máme bezdomovce, lidi, kteří nemají střechu nad hlavou. Ale je také pravda, že máme nevyužitě kapacity v azylových domech, a bohužel oni nevyhledali útočiště, takže o jednotlivých úmrtích z důvodů umrznutí víme. Ale víme také, že sociální pomoc pro tyto lidi byla poskytnuta, bohužel se tyto výjimečné případy staly. Mě překvapila informace, kterou jste tady poskytl.

**Enrique Guerrero Salom (S&D), respuesta de «tarjeta azul».** – Ojalá, efectivamente, llegue esa ayuda a los refugiados, pero acudo a la Organización Internacional de Migraciones, al ACNUR, a Amnistía Internacional y a los propios datos de la Comisión, que sabe que en muchos sitios de la Unión, incluido alguno de la República Checa, están sufriendo esa situación. No voy en contra de la República Checa. Otros países tienen más posibilidades que la República Checa y no están ejerciendo sus responsabilidades. Posiblemente el mío esté entre ellos.

**Marek Jurek (ECR).** – Pani Przewodnicząca! Gdy zaczyna się katastrofa humanitarna, kończy się polityka, dlatego wszystkie działania, o których mówił przedstawiciel Komisji Europejskiej, są oczywiste. Oczywiście stwierdzając to, ja w pełni popieram wszystkie głosy, które mówiły o tym, że środki, które są przekazywane na pomoc przebywającym w ośrodkach dla uchodźców, powinny być poddane bardzo efektywnej kontroli. Bo te środki powinny trafić do tych, którzy ich potrzebują.

Powtórzę jeszcze raz: gdy zaczyna się katastrofa humanitarna, kończy się polityka. Ale nie kończy się odpowiedzialność polityczna, dlatego że udzielając tej pomocy, musimy być świadomi tego, kto doprowadził do tej sytuacji. Oczywiście bezpośrednim sprawcą jest mafia nielegalnego przemytu imigrantów, którą – przypomnę – już prawie dwa lata temu deklarowaliśmy zwalczać. Tymczasem nie dość, że nie podejmowaliśmy żadnych realnych kroków, to jeszcze nie podejmowaliśmy nawet kroków dyplomatycznych, żeby uzyskać poza basenem oddzielającym Włochy od Libii realny mandat na prowadzenie takich działań. Ale sprawcy również są w kierownictwie Unii Europejskiej. To są ci ludzie, którzy mówili, że można bez ograniczeń przyjeżdżać. Nasi koledzy mówili o tym, że przecież od dziesięcioleci wiemy, że w trudnych warunkach atmosferycznych po prostu giną bezdomni, a mimo to narażano tych ludzi kompletnie nieodpowiedzialnymi deklaracjami i obietnicami. To musi się skończyć.



**Charles Goerens (ALDE).** – Madame la Présidente, le commissaire Stylianides vient d'annoncer une série de mesures urgentes dans la présente crise. Je le remercie de tout cœur. Dans l'immédiat, il faut agir vite et de façon efficace afin de réserver aux plus vulnérables la protection à laquelle ils ou elles ont droit au regard de l'impératif humaniste et humanitaire de l'Europe.

L'heure est à l'urgence et non à une querelle stérile qui consiste à chercher les responsables de l'inaction des dernières années ou des derniers mois. Plus tard, bien entendu, on devra analyser s'il y a eu des lacunes dans le système d'aide d'urgence, s'il y a lieu de soutenir la Grèce dans son effort, si les plans d'intervention sont suffisants, si un partage des charges ne devrait pas être équitablement réparti entre les vingt-huit, au lieu de laisser seuls des États membres comme la Grèce ou l'Italie qui, par ailleurs, ont des difficultés à résoudre les problèmes déjà présents avant l'arrivée des réfugiés.

Arrêtons d'attaquer la Commission. Attaquons-nous plutôt au refus catégorique de plusieurs États membres de l'Union européenne qui, par pur égoïsme national ou par populisme, ne font strictement rien pour accepter un partage du fardeau. C'est absolument inadmissible. Je vous jure que si on donnait les moyens suffisants au commissaire Stylianides, il réussirait à allouer, en un rien de temps, toutes les ressources données afin de résoudre ce problème.

Ce à quoi il faut s'attaquer, c'est au comportement honteux dont font preuve certains États membres de l'Union qui, d'un côté, refusent de transférer les compétences nécessaires à la Commission européenne et, de l'autre, ont encore le culot de s'attaquer à la Commission concernant une action. C'est absolument honteux!

**Malin Björk (GUE/NGL).** – Tack fru talman! Situationen nu i vinter är omänsklig. Människor fryser ihjäl. Fryser ihjäl i läger år 2017 i Europa. Inte för att de måste, utan för att vi har skapat denna situation med felaktiga, omänskliga politiska beslut. Vad är det för Europa? Ett svart hål av ligkiltighet.

Europas gränser har stängts. Tiotusentals flyktingar sitter fast i Grekland i en slags arrest på öarna, och tusentals ytterligare på västra Balkan. När det gäller att stoppa människor och skicka personal, fordon och båtar för att patrullera gränser, ja då ställer EU-länderna upp för varandra. Men då det gäller att ordna värdiga mottagarförhållanden för flyktingar, ja då händer ingenting. Det håller inte. Det måste ändras. De här planerna som jag har hört nu, det är inte tillräckligt. Vi har en humanitär katastrof nu.

Jag ber kommissionen att kalla de villiga medlemsländerna – och jag säger de villiga medlemsländerna, för man ska inte gömma sig bakom några få som inte vill göra någonting – att visa att det går att göra skillnad. Visa oss inte varje gång att det inte går att göra skillnad. Vi vill ha ett snabbt möte, vi vill ha *emergency relocation* och vi vill att ölagren ska stängas.

**Judith Sargentini (Verts/ALE).** – Achttien minibuses, negentig generatoren, 300 opklapbedden, 4 600 slaapzakken, duizend dekens, duizend kussens, 300 setjes beddengoed, 2 350 toilettasjes met inhoud en twee waterpompen! Dat is wat het trotse Nederland Griekenland geschonken heeft om vluchtelingen op te vangen! Noodhulp die Nederland en andere lidstaten verstrekken voor een crisis die ze zelf veroorzaakt hebben door te weigeren vluchtelingen uit Griekenland en Italië op te vangen. Er wachten daar 10 000 vluchtelingen al maanden op de afgesproken herverdeling, maar Nederland sluit opvangcentra!

Ze zijn volgens mij in de hoofdsteden stiekem blij met deze humanitaire ramp. Foto's van vluchtelingen in de sneeuw, dat schrikt af! Dank u wel, gulle gevers van Europa. Maar leg die lakens en die dekens op uw eigen bedden en laat vluchtelingen uit Griekenland bij u aan uw haardvuur plaatsnemen!

**Ελευθέριος Συναδινός (NI).** – Κυρία Πρόεδρε, πολλοί εντός και εκτός Κοινοβουλίου, φορώντας τον μανδύα του ανθρωπιστή, με πολιτική ταυτότητα και άποψη που θέλουν να επιβάλουν, μιλάνε για το δράμα προσφύγων και λαθρομεταναστών. Δηλώνουν ανθρωπιστές, αλλά στην πραγματικότητα ξεχνάνε να είναι άνθρωποι. Στην Ευρώπη και ειδικά στη χτυπημένη από τα μνημόνια Ελλάδα, υπάρχουν άνεργοι που αδυνατούν να επιβιώσουν, οικογένειες χωρίς στέγη, ρεύμα, τρόφιμα και πετρέλαιο θέρμανσης. Συνάνθρωποι και ομοεθνείς μας που προσβλέπουν στον ανθρωπισμό όλων μας. Το δράμα όλων αυτών δεν μπορούμε να το παραβλέψουμε ή να το τοποθετούμε σε δεύτερη μοίρα.

Ασφαλώς και οφείλουμε, ως άνθρωποι και χριστιανοί, να βοηθήσουμε τους πρόσφυγες. Κανένας όμως πολιτικός και καμία κυβέρνηση δεν έχει το δικαίωμα να στρέφει τη βοήθεια αποκλειστικά στους λαθρομετανάστες και να αδιαφορεί για τα προβλήματα των Ελλήνων και των Ευρωπαίων γενικότερα. Αν εμείς εδώ δεν μπορούμε να λύσουμε τα προβλήματα των συμπολιτών μας, τότε ηθικά και νομοτελειακά δεν έχουμε λόγο πολιτικής ύπαρξης. Να υπενθυμίσω σε όλους εσάς, άνθρωπιστές και μη, ότι έχετε βήμα και λόγο στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο διότι σας εξέλεξαν οι συμπολίτες μας και όχι οι λαθρομετανάστες.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

**Charles Goerens (ALDE)**, *question «carton bleu»*. – Je viens d'écouter votre discours dans lequel vous opposez les migrants aux réfugiés. Ce n'est pas l'un ou l'autre. Ne croyez-vous pas que c'est à l'un et à l'autre que nous devons réserver un traitement humain?

**Ελευθέριος Συναδινός (NI)**, *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Θα μπορούσα να συμφωνήσω σε αυτό που λέτε εάν γινόταν, εδώ και τόσον καιρό που συζητάμε σε αυτό το Κοινοβούλιο, κάποιος διαχωρισμός μεταξύ προσφύγων και λαθρομεταναστών. Σύμφωνα με το Διεθνές Δίκαιο, άλλο είναι οι μεν και άλλο είναι οι δε.

**Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE)**. – Señora presidenta. Gracias, comisario, por su empatía hacia quienes sufren situaciones de emergencia como las que estamos presenciando en lugares de Europa. Me duele la indiferencia europea cuando veo a personas que huyen de la guerra y la tortura desafiando a la muerte bajo una ola de frío, que parece haber helado no solo los cuerpos de los niños indefensos, sino también nuestros corazones, incapaces de avanzar en esta crisis de refugiados.

El verano pasado estuve en Atenas y en Lesbos. Allí comprobé, entrando en las tiendas en Kara Tepe, en Moria, viendo el calor infernal que padecían. Hoy esas mismas personas, esos mismos refugiados estarán padeciendo en las mismas tiendas un frío brutal. La situación es dramática; por eso, dramática también tiene que ser nuestra petición, para evitar que los niños cojan infecciones y mueran de gripe. Estamos a tiempo de destinar ayuda de emergencia a Grecia y a sus islas.

Ayer fue el calor, hoy el frío y mañana, ¿qué será? Necesitamos impulsar un sistema de asilo simplificado que permita vías de acceso seguras y legales a Europa para que las personas, desesperadas, no tengan que ponerse en manos de traficantes sin escrúpulos. Hay que agilizar los trámites para que los refugiados puedan salir de Grecia. Porque aquello se ha convertido en una ratonera, y la gente vive sin esperanza.

Termino haciendo un llamamiento para proteger a los menores, las víctimas más vulnerables. Un 10 % de ellos son menores no acompañados que necesitan protección, alimentos y ayuda psicológica. Porque ningún niño puede vivir asustado y lejos de su hogar, con frío, no solo en su cuerpo, sino también en su alma.

**Claude Moraes (S&D)**. – Madam President, in the next few days my colleague, the Chair of the Committee on Development, and I will go with the international rescue committees to some of the most acute areas where people have been suffering from hypothermia – children, elderly people – and, for those colleagues who are saying that there is no suffering, the data from the NGOs that Mrs Wikström and others have mentioned is very clear. The suffering is very acute and is built on pre-existing problems.

This is not a zero-sum game. There is suffering all over Europe – we know this – but there is a particular problem. For those of us who visited Lebanon and Jordan, we know that there is a refugee problem all over the world, but we cannot see in 2017 a situation where the cold weather will potentially kill refugees in Europe. This is not a situation any of us want to see.

In the short time that I have, I just want to say that in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, we met Martin Verwey, the coordinator. We understand the relocation problems and we know the context. But I would just simply put this question to the Commissioner, who I know is working hard on this. Commissioner, I know you are working hard on this and no one doubts your motives. The question I specifically put to you is to ask, in this emergency situation what more can be done? What we heard from Martin Verwey in our Civil Liberties Committee last week made us feel that this is not a sustainable situation for the coming weeks and we can do more. Please give us some analysis of what that can be.

**Ivan Jakovčić (ALDE).** – Stanje na grčkim otocima je više nego dramatično. Ono što moramo sami sebi priznati jest da je naša politika pala na ispitu. Mi nismo uspješni. Mi ne znamo da nakon ljeta dolazi jesen pa da onda neminovno dolazi i zima i da ta zima nosi snijeg i hladnoću. Zaboravili smo godišnja doba, izgleda.

Poznata mi je situacija u Srbiji. Ona je isto tako iznimno dramatična jer govorimo o tome da je u glavnom gradu, u Beogradu, u centru grada, veliki broj izbjeglica i migranata. Mi moramo pomoći Srbiji, moramo pomoći Beogradu kao gradu. Moramo pokušati sve učiniti da se ova situacija zaista sanira odmah.

Ono što želim na kraju naglasiti je i potreba da budemo vrlo oprezni oko eventualnog otvaranja zapadnobalkanske rute zato što na Balkanu danas nije dobro. Opet vrije. Opet ovo bure baruta na Balkanu vrije. Budimo jako oprezni što ćemo činiti jer se odnosi na Balkanu zaoštravaju, a eventualni priliv tisuća novih izbjeglica bi mogao dodatno zakomplicirati situaciju. Znam da je to teško govoriti, ali to je realno, i nažalost takvo je stanje.

**Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL).** – Κυρία Πρόεδρε, η σημερινή συζήτηση για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες που αντιμετωπίζουν ακραία καιρικά φαινόμενα αποτελεί μια καλή ευκαιρία να δείξουμε περισσότερη αλληλεγγύη. Οι πρωτοφανείς καιρικές συνθήκες που επικράτησαν το τελευταίο διάστημα σε περιοχές όπως η νησιωτική Ελλάδα, δοκίμασαν τις αντοχές των κρατικών μηχανισμών αλλά και των προσφύγων. Είναι αναγκαίο η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβεβαιώσει την υποστήριξη της με στόχο την καταλληλότερη φροντίδα προσφύγων και μεταναστών.

Ήδη, τα στοιχεία δείχνουν πως η πλειοψηφία των ανθρώπων αυτών λαμβάνει κατάλληλη φροντίδα με υλική υποστήριξη, αλλά και με επιπλέον προσωπικό. Καθώς όμως οι καιρικές συνθήκες έφτασαν τον ελληνικό κρατικό μηχανισμό στα ακραία του όρια, θα πρέπει να αποφασίσουμε, το συντομότερο δυνατό, την παροχή επιπλέον βοήθειας στις περιοχές που επλήγησαν από την κακοκαιρία, όπως πράττουμε σε όλες τις περιπτώσεις φυσικών καταστροφών.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

**Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), pregunta de tarjeta azul.** – El 20 de marzo de 2016, cuando entró en vigor el acuerdo entre la Unión Europea y Turquía, Grecia dejó de ser un país de tránsito para pasar a ser el custodio indefinido de 66 000 refugiados. Al menos la mitad de ellos deberían estar ya reubicados, pero sabemos que aproximadamente solo el 10 % lo serán. Grecia pasó a recibir también doscientos millones del instrumento europeo de ayuda de emergencia para acometer esa responsabilidad de convertir lo efímero y temporal en algo permanente. ¿Qué es lo que ha hecho el Gobierno de Grecia? ¿Ha perdido el señor Tsipras el control de la Administración? Porque con doscientos millones se puede hacer mucho por 66 000 refugiados, contando por supuesto con los compromisos europeos.

## PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

**Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα».** – Το ποσό των 200 εκατομμυρίων ευρώ, στο οποίο αναφερθήκατε, είναι πάρα πολύ μικρό αν αναλογιστούμε τον αριθμό των προσφύγων και μεταναστών που φιλοξενούνται στο ελληνικό έδαφος, ο οποίος υπερβαίνει τις 60.000, αλλά και τις αντικειμενικές δυσχέρειες λαμβάνοντας υπόψη και τις γεωγραφικές συνθήκες: πρόκειται για μικρά νησιά τα οποία είναι υπερφορτωμένα. Συνεπώς, δεν πρέπει να τα ρίχνουμε όλα στον ελληνικό κρατικό μηχανισμό. Δεν λέω ότι όλα γίνονται τέλεια, αλλά η Ευρώπη πρέπει να βοηθήσει περισσότερο.

**Daniel Buda (PPE).** – Domnule președinte, domnule comisar, migrația a devenit o realitate crudă și dureroasă pentru Uniunea Europeană și, din păcate, nu s-a reușit identificarea unor soluții eficiente care să permită gestionarea acestui fenomen. Statele membre, care deși sunt în spațiul Schengen, nu au reușit să-și securizeze în mod corespunzător frontierele, astfel că, potrivit Frontex, în anul 2015, s-au înregistrat peste 1,83 de milioane de treceri ilegale ale granițelor europene. Cu siguranță, acest număr este mai mare în 2016. Toate aceste persoane, fie că vorbim de migrații economice, fie că vorbim de migrații care fug din calea bombelor sau atentatelor sângeroase din propriile țări, se confruntă astăzi cu aceeași situație: veniți din zone deșertice, ajunși aici, sunt nevoiți să lupte nu doar cu condițiile sociale și cu condițiile meteorologice care în acest an parcă au fost mai vitrege ca niciodată, greu de suportat inclusiv de persoanele băștinașe.

Personal, am vizitat tabăra de refugiați de la Calais, înainte de a fi desființată. Un loc de care, cu siguranță, ai fi vrut să uiți că a existat, un loc parcă uitat de Dumnezeu, un loc al suferinței, dar, mai ales, o expresie a neputinței noastre.

Astăzi, în mod cert, trebuie să fim solidari cu cei aflați în situații similare și în dificultate. Să nu uităm un lucru însă: în interiorul Uniunii Europene putem avea doar soluții de moment. Soluția definitivă se află în afara granițelor europene, la ei acasă, unde trebuie create zone de siguranță și liniște pentru aceștia.

**Elena Valenciano (S&D).** – Señor presidente, yo tengo bastante confianza en el comisario y creo que está haciendo todos los esfuerzos que son posibles. Y tengo mucha esperanza en la Presidencia maltesa, porque creo que la Presidencia maltesa tiene una sensibilidad especial hacia una cuestión como esta.

Lo cierto, y ya lo han dicho todas sus señorías, es que hemos construido un gran limbo legal y humano para miles de personas, y ese limbo a veces se congela y a veces alcanza altísimas temperaturas y se convierte en un infierno. Y esto va a seguir pasando. ¿Por qué no intervenimos, al menos, sobre nuestro propio territorio? ¿Por qué no sacamos de las islas griegas a todas esas personas que están en ese limbo de hielo que se convierte en una ratonera, como decían sus señorías, para muchos niños y niñas que no son responsables de nada y que tienen derecho a la ayuda internacional y a la protección internacional?

En vez de acogerlos, los hemos abandonado; y somos responsables, claro que lo somos, de las decisiones políticas y de la ineficiencia de nuestra propia gestión. Y miro más bien a la Presidencia maltesa, que se estrena, para animarla a que insista ante el Consejo, a que insista ante los primeros ministros sobre la urgente necesidad de que actúen para que este debate algún día sea un debate de esperanza y no de desesperanza.

**Elly Schlein (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, qualche giorno fa ho visto un video girato da un richiedente asilo nel campo di Moria, a Lesbo. Centinaia di persone costrette a dormire in tende non riscaldate, sotto la neve, manca cibo, mancano le cure.

È evidente che lo strumento emergenziale che Lei ha citato non è sufficiente se la situazione è questa. La invito ad aumentarlo e a controllare come vengono utilizzati i fondi della Commissione per assicurare immediatamente condizioni di vita umane. MSF e molte altre ONG denunciano situazioni gravi anche in altre zone della Grecia, anche in Serbia, dove a -20 gradi oltre 3 000 persone vivono in edifici abbandonati.

L'UNHCR chiede di trasferire le 15 000 persone dalle isole sulla terraferma per garantire un'accoglienza degna. Inoltre i ricollocamenti sono fermi al 12 per cento. Cosa intendete fare per velocizzarli?

E infine andrebbe anche riattivato il meccanismo di protezione civile dell'UE che era stato già attivato nel 2015, Commissario. Non è accettabile lasciare al freddo nessuno, tantomeno le persone in cerca di protezione internazionale.

**Linda McAvan (S&D).** – Mr President, Claude Moraes and many other colleagues have spoken about the real suffering that is going on. NGOs are telling us about people living in substandard accommodation, with thousands trapped on the Balkan route, including unaccompanied children. We are hearing that there are 300 unaccompanied children in Belgrade living in squats. So it is an urgent situation and we need to do something. Elena Valenciano spoke about the limbo, and in this limbo what we have to try and do is make people's lives as comfortable and as near to normal as possible. One of the ways to do that is to get people onto some kind of cash voucher scheme. Instead of people having to get their food provided by kitchens, and having to queue up at soup kitchens, we can give them cash to buy local food that helps them lower the costs and also gives a bit more dignity.

I wonder if there is any update on the progress there, and also on the issue of children and education. There are many children who have been out of education for many years. I know this is a priority of yours, Commissioner, and it would be very helpful for this House to have an update.

To the Maltese Presidency, I would say that we know that you are doing your best. We know that Greece is not easy. I am not here criticise Greece. My own country hasn't done anything like what Greece has done. These are very difficult situations and I think we just need to pull together to tackle the emergency. And then of course we have the big policy issues we need to come back to.

*Pytania z sali*

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Vidím, že jsme opět zaskočeni. V roce 2014–2015 jsme byli zaskočeni velkou migrační vlnou nelegálních uprchlíků, nelegálních migrantů. Dnes jsme zaskočeni tím, že v hotspots na řeckých ostrovech nejsou důstojné podmínky pro lidi, kteří potřebují pomoc v podmínkách, které nebyly očekávány na těchto ostrovech.

Je vidět, že Evropa stále ještě není připravena, nepředvídá situace, které mohou nastat. Já souhlasím s tím, že je potřeba, abychom společně v tomto postupovali. To nevyřeší jeden stát. Proto také oceňuji přístup Komise, zprávu pana komisaře, že zde jsou finanční prostředky.

Jen se chci zeptat. Co jsme tedy včera neudělali pro to, abychom dnes nemuseli čelit tak velké humanitární krizi, která na těchto ostrovech je? Vy sám jste řekl, že pomoci musíme dnes. Něco jsme tedy zanedbali. Musíme vědět, co to bylo, abychom byli lépe připraveni na další události.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, solo a Belgrado migliaia di persone sono bloccate al gelo e rischiano di morire per assideramento. Tante famiglie e tantissimi bambini cercano in queste ore riparo nei vecchi edifici abbandonati.

Cercano protezione umanitaria in Europa e l'Europa risponde innalzando muri di filo spinato e inasprendo progressivamente le misure per fermare il flusso di disperati. L'Europa risponde non applicando più le normative internazionali che garantiscono il diritto alla protezione umanitaria. Questa Europa, che sanziona chi sfiora il patto di stabilità ma non chi viola i diritti umani, non rispetta i miei valori e quelli del mio paese che, al contrario, è impegnato da anni a salvare vite umane in mare.

Questa parte dell'Europa che respinge donne e bambini, li perseguita e li condanna a morte non è l'Europa che vogliamo. È il momento di agire, è necessario mobilitarsi per dare assistenza immediata a questa moltitudine di persone, sciogliendo definitivamente il nodo dell'atteggiamento cinico di alcuni Stati europei rispetto alle politiche sull'immigrazione.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – Señor presidente, Comisión, Presidencia maltesa, cuando al final de cada semestre de presidencia rotativa se reúne el Consejo, lo hace para que los Gobiernos de los Estados miembros hablen entre ellos; pero cuando acuden aquí al Parlamento Europeo lo hacen no solo para dialogar, sino también para escuchar a la representación de la ciudadanía, indignada ante el invierno polar al que cruelmente se ha sometido a los refugiados en sus campamentos.

Por eso me dirijo a la Presidencia maltesa, —un país que ha sido capaz de sostener su europeísmo a pesar de haber vivido en primera línea la dimensión más dramática de la presión migratoria, que hemos llamado mal «crisis de los refugiados», en su dimensión más humana, a rebufo de esta interminable crisis, que se desató en 2008, tan pésimamente manejada— para que exija a los Gobiernos de los Estados miembros que cumplan sus propios compromisos en materia de reasentamiento y de realojamiento, pero sobre todo para que desbloquee el paquete de asilo y el código de visas y la adopción, por fin, de vías legales de acceso a la Unión Europea para los demandantes de asilo y refugio en caso de situación humanitaria grave. Visas humanitarias. Corredores humanitarios.

Presidencia maltesa, hable a sus compañeros del Consejo. En el Gobierno de los Estados miembros de la Unión Europea tiene que haber una respuesta que pueda llamarse «humanitaria», de dimensión humanitaria, para lo que hemos llamado mal «crisis de los refugiados».

**Cécile Kashetu Kyenge (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, noi chiediamo un intervento urgente. Chiediamo questo intervento urgente per assicurare aiuti di emergenza per le migliaia di migranti e richiedenti asilo che si trovano in difficoltà a causa delle condizioni climatiche con gelo e neve in Europa. Eppure era tutto prevedibile, potevamo agire in tempo, ma siamo rimasti ancora con l'appoggio emergenziale.

Dobbiamo uscire da questo, dobbiamo uscire da questo per cominciare a tracciare programmi di medio e anche lungo termine. Abbiamo bisogno, con questo nuovo strumento di aiuto umanitario sul suolo europeo, di poter agire in fretta. Non sono più tollerabili i ritardi, noi dobbiamo essere presenti laddove la gente soffre, laddove la gente ha bisogno.

Abbiamo bisogno che la Commissione si possa attivare velocemente con gli Stati membri e soprattutto andare al di là degli egoismi degli Stati membri. Si tratta di salvare vite, non di costruire muri. La vita umana viene prima di tutto, la solidarietà non può e non deve essere flessibile.

**Julie Ward (S&D).** – Mr President, while some in this House have been busy with petty political deals, selling out their ideals to the highest bidder, and whilst my own Prime Minister in the UK keeps distracting with an incoherent fiction about hard Brexit, human beings are freezing to death on the street and in camps across Europe. Refugees and asylum seekers escaping war have been stranded outdoors with no support in temperatures as low as -30 °C, snowed under on Greek islands or pushed back by hostile government authorities across the Balkans. Men, women and children who had managed to escape atrocities and war, and to cross seas and rivers are now being killed by winter and by our governments' cruel intransigence. The UN Refugee Agency has urged European governments to take urgent action to help these refugees and we, in this House, have called on our governments to act on their commitments time and time again. Yet they have not done so – shame on them. I would recommend that all colleagues here do what they can on a personal level: donate to local grassroots charities, go out and help, campaign in person. Yes, we need emergency support, but if governments refuse to act then citizens must, and I thank them for their compassion. I am very proud that people from my northwest England constituency – doctors, dentists, teachers, carpenters, social workers, youth workers – are all helping the refugees.

**Silvia Costa (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho molto apprezzato oggi sia l'intervento del presidente Muscat che ora del ministro Borg per l'impegno preso per dare una priorità, davvero, alla questione migratoria e lo dico da europea ma anche da italiana, penso che in questo noi ci aspettiamo molto della vostra Presidenza. E ho anche molto apprezzato, naturalmente, la grande partecipazione del Commissario Stylianides.

Certo, sappiamo tutti e dobbiamo convincerci di questo, ma sappiamo tutti che qualcosa va assolutamente e urgentemente adeguato. Ci sono governi effettivamente che evidentemente, come il governo greco, diciamolo con franchezza, non riescono probabilmente a intervenire su questioni di emergenza umanitaria assolutamente straordinaria. Credo che sia importante assumere la responsabilità di riportare sulla terraferma questi 15 000 profughi.

Penso che abbiamo anche bisogno di andare oltre rispetto all'appello ai paesi che non stanno ottemperando al dovere di accogliere le quote di rifugiati. Noi abbiamo chiesto sanzioni per questi paesi, o facciamo sanzioni soltanto per il rigore nell'ambito delle regole economiche?

Chiediamo anche che ci sia una questione di fondo che dobbiamo porre alla nostra coscienza. Non è pensabile che ieri, e lo dico con franchezza, la Guardia costiera italiana ha detto che salvare le vite è un dovere non solo morale ma un imperativo giuridico e invece salvare la vita sulla terraferma, ai confini della terraferma, invece ha un diverso valore. Questo non è accettabile. Credo che in questo l'Europa debba dare dei segnali e un esempio diverso.

**Μιλτιάδης Κύρκος (S&D).** – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, αν μιλούσα εκ μέρους της ελληνικής κυβέρνησης, θα σας έλεγα: «Τα χρήματα τα οποία θέλετε να δώσετε, δώστε τα μόνο στη Σερβία». Εκεί παγώνουν οι άνθρωποι στον δρόμο -και παγώνει και η καρδιά μας- και εκεί τα χρήματα θα πιάσουν τόπο. Δεν παγώνουν οι άνθρωποι στην Ελλάδα επειδή δεν έχουν διατεθεί χρήματα: έχουν διατεθεί και πολλά μάλιστα. Παγώνουν οι άνθρωποι στα νησιά εξαιτίας της απίστευτης διοικητικής ανεπάρκειας, της κατασπατάλησης πόρων μεταξύ ΜΚΟ και κυβερνήσεων και, κυρίως, παγώνουν εξαιτίας σας, εξαιτίας μας και εξαιτίας των ευρωπαϊών πολιτικών.

Η συσσώρευση στα νησιά γίνεται επειδή δεν ολοκληρώνεται η συμφωνία με την Τουρκία από τη μεριά μας. Επειδή, από τον Μάρτιο, οι άνθρωποι περιμένουν την εξέταση της αίτησης ασύλου, ώστε αυτοί που ανήκουν σε ευαίσθητες ομάδες να μετακινηθούν στην ενδοχώρα και να πάρουν άσυλο και άλλοι να επιστρέψουν στην Τουρκία, και επειδή οι χώρες που εξέτασαν ένα εκατομμύριο αιτήσεις προσφύγων μέσα σε ένα χρόνο δεν μας δίνουν τους ανθρώπους που έχουν υποσχεθεί, τους 800 αυτούς ειδικούς που μας έχουν υποσχεθεί, για να εξετάσουμε 15.000 αιτήσεις. Αυτό ζητάμε από την Ευρώπη. Δεν ζητάμε ένα άλλοθι, δεν ζητάμε χρήματα. Ζητάμε τους ανθρώπους που μας υποσχεθήκατε και αλληλεγγύη.

**Javi López (S&D).** – Señor presidente, hoy miles de refugiados están padeciendo una terrible ola de frío en los Balcanes, en Grecia, con consecuencias devastadoras. Y, además, lo están padeciendo por nuestra propia inacción —de algunos Gobiernos nacionales y también de las instituciones europeas—. Están padeciendo temperaturas gélidas sin refugio, sin alimentos, sin abrigo.

Una ola de frío que ha causado ya varios muertos en el continente, de gente que huía de sus países porque estaban recibiendo bombas en sus casas. Muchos de ellos, a pesar de sobrevivir a un peligroso camino (hay que recordar que han habido cinco mil muertos en el Mediterráneo el año pasado), se han encontrado con el más absoluto desamparo en el continente que esperaban que les acogiera y algunos, como he dicho, han encontrado la muerte.

Nuestra inacción o por lo menos nuestra acción insuficiente debería remover nuestras conciencias. Porque, ¿dónde está el alma de Europa ante lo que está pasando? No podemos tolerarlo por decencia, por dignidad, por justicia. Es necesario, de forma inmediata, utilizar el fondo de emergencia, activar todos los mecanismos con la complicidad del Gobierno nacional, para acabar con las consecuencias de esta ola glacial, evitar muertes y sobre todo el sufrimiento de aquellos que solo esperaban un lugar de acogida, huyendo de la guerra.

**Izaskun Bilbao Barandica (ALDE).** – Señor presidente, tenemos que aplicar las medidas de emergencia para enfrentar las sucesivas olas de frío, pero seguimos apostando por una respuesta global a la crisis de los refugiados que pasa por volver a nuestros valores, cumplir la legislación de acogida en vigor, trabajar en integración y crear unos procedimientos de llegada y asilo que sean seguros. Las sociedades con alma, las que mejor gestionan la diversidad, son, también, las más prósperas. La solidaridad de la ciudadanía se expresa claramente en iniciativas de personas, de organizaciones cívicas, de instituciones locales o regionales, el nivel que va acoger y que gestiona los servicios que deben recibir los refugiados.

Hay que conectar con esa disposición y tener voluntad cívica y política en los procesos de decisión de los Estados más reticentes a aplicar estas medidas. Y, en esa línea, el presidente de Euskadi, Iñigo Urkullu, tras volver a ganar las elecciones, apostando por esos valores, ha dedicado su primer viaje al exterior a conocer la experiencia de los corredores humanitarios de San Egidio y solicitará que se aplique esto al Gobierno español, que se aplique en España.

**Ernest Urtasun (Verts/ALE).** – Señor presidente, da auténtica vergüenza ver lo que está ocurriendo en Grecia. No sé si somos todos conscientes del desapego que genera ver cómo toda Europa trata a los ciudadanos, en relación con el proyecto europeo de muchísima gente que está viendo eso y piensa: «¿Dónde está Europa?».

Además, yo creo que debemos ser conscientes —y ustedes lo saben— de que sabían ustedes que esto podía ocurrir. Evidentemente cuando uno tiene, como se ha dicho, tantos miles de personas en un limbo sin ningún tipo de ayuda, una desgracia este tipo podía ocurrir y al final ha ocurrido. Y ha ocurrido porque nosotros estamos más preocupados como Europa de devolver los refugiados a Turquía, de que no lleguen, y no de acogerles con dignidad.

Y quiero recordar que esto está ocurriendo, porque la mayoría de Estados miembros que se comprometieron con las cuotas de reubicación no está cumpliendo con sus compromisos. Particularmente España no ha cumplido ni tan siquiera el 10 % de lo que se comprometió (el 6 %). Y es una auténtica vergüenza lo que está ocurriendo y la responsabilidad es de los Estados miembros.

Y mi último comentario es para la Presidencia maltesa. Francamente venir hoy hablar de la aplicación y el control fronterizo y de la aplicación del Acuerdo con Turquía, con la que está cayendo. Mire, ¿sabe qué? Hoy no era el día.

*(Konic pytań z sali)*

**Christos Stylianides**, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you very much for this discussion. It was definitely a painful discussion because all of us feel very uncomfortable about the situation. Nobody should feel proud of this situation, especially because of our moral framework, because all of us, we know well and we want to offer these people dignity in this very unprecedented situation.

Let me take this opportunity to repeat that the Commission is committed to helping the authorities of the countries concerned in their response. This is why Commissioner Avramopoulos was in Lesbos and in Greece today to talk with the Greek authorities. This is why I am going to Serbia on Saturday, in order to meet with the Serbian authorities and to discuss all things, from unaccompanied minors to the conditions of the refugees, even in Belgrade.

Through our various funding instruments we are ready to respond to additional needs. I can say now that in Serbia on Saturday I will announce additional funding, especially to support our humanitarian partners on the ground, with the collaboration, of course, of the Serbian authorities, because we strongly believe that no one should remain in the cold in these conditions.

I completely agree with you that in these very challenging days for the European project we can send our EU citizens the message that we are ready to make a difference in order to provide assistance to these vulnerable people. EU citizens want to see actions, not words, and our success in these very difficult circumstances will be measured by how effectively we can work together. Here, I would like to say a big thank you to this House for its support, because today I saw that you are ready to give us support in order to continue on this difficult road.

Of course, regardless of the emergency situation – and we have to meet this emergency situation – in these challenging times we should not forget the need for longer-term solutions. I call on all other EU Member States, through, of course, the Maltese Presidency, to continue stepping up the number of people they relocate from Greece and Italy.

Member States should also deliver on their commitments and deploy their asylum experts for a sufficiently long period of time. I completely agree with my dear friend Mr Kyrkos that the situation regarding experts on the ground is unacceptable. So far, on average only half of the experts requested are present on the ground.

I admit that the EU-Turkey Agreement has some controversial parts but, at the same time, it has allowed us to put a stop to the countless deaths at sea. But here I would like to emphasise that this refugee crisis is not a national problem. It is not a Greek, an Italian, a Serbian, or a Spanish problem; it is a European problem and its solution remains a collective European responsibility. This is why we have to insist on having a common European position and we have to, of course, ask the international community to help us in this condition because it is also a global issue. It is also a global responsibility.

I would like to focus on some issues. I totally agree with Linda McAvan about the cash voucher scheme. From my experience on the ground, I saw that this is the only way to offer dignity to refugees. This is why it is one of my top four priorities in Greece, along with shelter, education of course, and special care for unaccompanied minors. In this way we give, first and foremost, dignity to these people, as I already said. This is the foundation for everyone in order to deal with the situation when they come as refugees. From my experience also, and from my staff's evaluation, this is much more cost-effective and efficient than any other scheme, and especially the catering services which are currently provided in Greece.

The cash voucher scheme also supports the local markets, the local economies, and this is why we established in Turkey the ESSN project for one million Syrian refugees inside Turkey. The Greek Minister for Migration, Mr Mouzalas, has publicly announced the transition to this scheme, from catering services to cash and voucher, by March. We should not delay this transition.

I would like to thank Mr Moraes for his kind words. As I said, there are funds available. If the space is given, we will support new shelters. If another ship comes to host refugees we could support that too. This is why we are in daily contact with the Greek authorities through Commissioner Avramopoulos and Mr Verwey from our services. We find daily that the solution is not easy but we give our soul to achieve the best and I think this is what we need.



I would also like to focus the issue of the transfer of refugees and migrants from the Aegean islands to the mainland, which many of you raised. After considerable talks with the Greek authorities, we decided to transfer vulnerable people at least, in order to avoid a deterioration in the situation.

I would like to say that on the mainland of Greece we can manage to deal with the present situation and many of the refugees who were in inappropriate camps have already been transferred to very good conditions in many hotels around Thessaloniki and around Athens. If we can manage to establish the cash voucher scheme by March, and if we can manage to transfer more refugees from the Aegean Islands to the mainland, I think the situation will get better.

Thank you very much again for your support and for your help and assistance in these very difficult conditions.

**Ian Borg, President fil-Kariga tal-Kunsill.** – Ahna, bhala Presidenza, nerġa' nsostni li konxji mid-diffikultajiet u l-kundizzjonijiet illi qeghdin jesperjenzaw ir-refuġjati u l-immigranti ġewwa l-Greċja u s-Serbja, u nahseb illi l-Kummissjoni Ewropea qalet diġà x'miżuri qeghdin jittiehdu, x'riżorsi qeghdin ghad-dispożizzjoni. Bhala Presidenza, se naghmlu dak kollu illi nistghu biex inkomplu nsegwu dawn l-iżviluppi fl-interess tad-dinjità ta' dawn ir-refuġjati u l-immigranti li, fl-ahhar mill-ahhar, ma ġewx ġewwa l-kontinent Ewropew b'kapriċċ, iżda spiċċaw fostna għaliex qeghdin jaharbu mill-gwerer u l-persekuzzjonijiet f'pajjiżhom.

Però ppermettuli nfakkar illi pajjiżna, kif qalu bosta mill-kelliema, mill-Onorevoli Membri, għandu esperjenza għaliex, għall-ahhar snin – mhux fl-ahhar sena, mhux fl-ahhar sentejn, imma fl-ahhar għaxar snin – esperjenza din l-isfida, hafna drabi wahidna. Hafna drabi qajla kont tisma' d-diskussjoni fl-istituzzjonijiet Ewropej, u nafu sew xi tfisser illi ta' kuljum ikollok ir-riżorsi tal-pajjiż barra fuq l-ibhra jsalvaw lill-esseri umani u, fl-ahhar mill-ahhar, nilqgghom fostna u naraw illi jintegraw.

U l-Prim Ministru, dalghodu, qalha bla tlaqliq: qal illi bażikament hemm bżonn ta' aktar hidma fil-Kunsill sabiex, l-ewwel nett, naraw li dak illi qbilna fuqu jiġi implimentat (uħud minnkomm semmew ir-rilokazzjoni) u rridu nkomplu naraw kif daww il-pajjiżi illi għadhom lura fit-teħid tal-kwota jridu jkomplu jagħmlu l-almu tagħhom f'dan ir-rigward. Kif ukoll, iżda, irridu jkollna kontroll effettiv tal-fruntiera, kif ukoll inkomplu nsegwu dak li qbilna fuqu meta, għal darba oħra, ahna konna offerejna l-pjattaforma li nospitaw il-Valletta Summit, 14-il xahar ilu, f'tit aktar minn sena ilu. U hemmhekk, fuq l-aspett estern, mhux biss bejnietna l-Ewropej, imma kellna wkoll lil shabna l-Afrikani. U issa, fil-ġranet li ġejjin, il-Prezidenza Maltija se tkun qieghda ssejjah laqgħa tal-uffiċjali għolja ha naraw xi progress sar, xi progress sar miż-żewġ naħat, u kif dak l-investment li plegġajna qieghed jiġi investit sabiex l-attività illegali fil-kontinent Afrikan tkun mibdula b'attività b'investimenti pożittivi f'dan ir-rigward.

U wkoll ha nahdmu, għalkemm nafu li, f'dawn is-sitt xhur, ma nistghux insolvu l-isfidi u l-problemi kollha li għandna f'dan il-qasam, ha nkomplu nipprogressaw sabiex ikollna l-qsim tar-responsabbiltà bejn kulhadd. Nerġa' nġhid, ahna nafu x'jiġifieri illi tkun wahdek tiffaċċja din l-isfida u ahna nemmnu, u se nahdmu bhala Presidenza, u nkomplu nifhmu aktar lill-kumplement tal-Membri Stati halli nirreġistraw progress fuq il-qsim tar-responsabbiltà bejn kulhadd.

Grazzi hafna u ninsab sodisfatt ta' din l-ewwel opportunità li kelli li nkun fostkom u nħarsu 'l quddiem sabiex inkomplu nahdmu flimkien għal dawn il-ġimgħat u x-xhur li ġejjin bhala Presidenza, flimkien mal-Parlament Ewropew.

**Przewodniczący.** – Zamykam debatę.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito.** – Los socialistas hemos logrado incluir en esta sesión plenaria un debate sobre la dramática situación que enfrentan miles de refugiados, solicitantes de asilo y migrantes que están sufriendo condiciones extremadamente difíciles debido a la ola de frío que azota Europa, y que se suman a la ya de por sí insostenible situación que se vivía en muchos campos. La nieve y la falta de instalaciones adecuadas, en ausencia incluso de sistemas básicos de calefacción, están haciendo que la vida de miles de personas necesitadas de protección internacional sea aún más dura e insostenible. Pedimos una reacción inmediata, en particular al Consejo y a los Gobiernos de los Estados miembros para hacer frente a esta situación dramática —que podía haber sido prevista— poniendo los medios necesarios, entre otros la movilización del «fondo de emergencia interior» de la Unión, para poder cubrir las necesidades básicas y dar una respuesta que pueda calificarse de humanitaria. Asimismo, es imprescindible que los Gobiernos den cumplimiento a sus propios compromisos en materia de reubicación y reasentamiento, que

no llegan ni al 15 %. Las miles de personas que continúan abandonadas al frío en Grecia deberían haber sido trasladadas a diferentes Estados miembros hace meses.

**Francisco Assis (S&D)**, *por escrito*. – Para além dos horrores da guerra, do terrorismo e da violência sectária de que escaparam, para além dos milhares de mortos no Mediterrâneo, para além das longas e penosas viagens por terra, para além das fronteiras fechadas, da incompreensão e da hostilidade de que em muitos casos foram alvo, os refugiados enfrentam agora os rigores do inverno, que este ano trouxe à Europa condições climáticas adversas há muito não vistas.

Há dezenas de milhares de refugiados em campos superlotados, constituídos muitas vezes por tendas precárias e não calafetadas, sem meios de aquecimento. É evidente que este drama também decorre da exasperante lentidão do processo de redistribuição de refugiados pelos Estados-Membros, que até à data ainda só abarcou alguns milhares de pessoas. A Europa tem a obrigação humanitária e moral de usar de todos os instrumentos e recursos para acudir a estes refugiados, entre os quais se contam bebés, crianças e idosos.

Saudamos por isso o conjunto de decisões tomadas pela Comissão, em articulação com as autoridades nacionais, no sentido da criação de abrigos apropriados e da melhoria dos já existentes, da distribuição de meios de aquecimento e da deslocação de pessoas em situações especialmente vulneráveis para sítios apropriados.

**Ivo Belet (PPE)**, *schriftelijk*. – Merkel's aanpak, "wir schaffen das", is altijd de combinatie geweest van solidariteit met echte oorlogsvluchtelingen, en tegelijkertijd werk maken van een effectieve controle van onze buitengrenzen. Toch zitten nog 40.000 mensen die eerder in Europa aankwamen, deze winter vast in tijdelijke opvangkampen in Griekenland en de Balkan. Dat is onaanvaardbaar. Er moeten vandaag nog oplossingen komen, humanitaire antwoorden, warmte en een dak boven hun hoofd. Maar dat is tijdelijk. Er ligt al geruime tijd ook een structurele oplossing op tafel. Die moet nu uitgevoerd worden. Alle lidstaten moeten nu engagement opnemen in deze vluchtelingencrisis. Dat betekent uiteraard dat de vluchtelingen en migranten zelf ook bereid moeten zijn om in te gaan op het aanbod voor opvang dat hen wordt geboden en dat ze asiel aanvragen waar ze opgevangen worden. Plichten zijn er aan beide kanten. Enkel met strakke grenscontroles én met een heldere en vlotte registratie van wie vluchteling is en wie migrant is, kunnen we een maatschappelijk draagvlak voor een humanitair vluchtelingenbeleid overeind houden.

**José Blanco López (S&D)**, *por escrito*. – Los socialistas hemos logrado incluir en esta sesión plenaria un debate sobre la dramática situación que enfrentan miles de refugiados, solicitantes de asilo y migrantes que están sufriendo condiciones extremadamente difíciles debido a la ola de frío que azota Europa, y que se suman a la ya de por sí insostenible situación que se vivía en muchos campos. La nieve y la falta de instalaciones adecuadas, en ausencia incluso de sistemas básicos de calefacción, están haciendo que la vida de miles de personas necesitadas de protección internacional sea aún más dura e insoporable. Pedimos una reacción inmediata, en particular al Consejo y a los Gobiernos de los Estados miembros para hacer frente a esta situación dramática —que podía haber sido prevista— poniendo los medios necesarios, entre otros la movilización del «fondo de emergencia interior» de la Unión, para poder cubrir las necesidades básicas y dar una respuesta que pueda calificarse de humanitaria. Asimismo, es imprescindible que los Gobiernos den cumplimiento a sus propios compromisos en materia de reubicación y reasentamiento, que no llegan ni al 15 %. Las miles de personas que continúan abandonadas al frío en Grecia deberían haber sido trasladadas a diferentes Estados miembros hace meses.

**Mireille D'Ornano (ENF), par écrit.** – La vague de froid en Europe a provoqué au moins 65 décès, notamment parmi les personnes sans domicile fixe et les migrants. L'Unicef, en particulier, a alerté sur la situation des enfants vivant dans les camps de migrants dans les Balkans et en Grèce, qui, pour 23 700 d'entre eux, seraient menacés d'hypothermie ou bien de maladies respiratoires graves. Cette nouvelle crise humanitaire liée à l'explosion migratoire a motivé la demande de création d'un nouveau plan d'urgence afin de soutenir les États d'accueil, notamment la Bulgarie, la Grèce et la Serbie, soulignant ainsi la difficulté, pour l'Union européenne, d'assurer un financement pérenne de l'accueil des migrants. En effet, les réfugiés ont absorbé 72 % du budget humanitaire de l'Union européenne ainsi qu'une part importante du volet «politique de sécurité» (2,38 milliards d'euros en 2016). Des fonds d'urgence ainsi que des accords avec des États tiers visant à juguler l'afflux de migrants (Turquie, Libye) viennent compléter ce maquis budgétaire, qui reste difficile à évaluer globalement. Ce drame humain suscite, à juste titre, notre émotion et notre indignation. Il rappelle également l'urgence de trouver une solution juste et réaliste à la crise migratoire.

**Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма.** – Темата с миграционната криза продължава да бъде изключително актуална, но вместо да обсъждаме начините за справяне с конфликтите в страните, от които идват тези мигранти, ние за пореден път провеждаме дебат с друга насоченост. ЕС не съумя да вземе мерки, да се справи с проблема или да ограничи машабите му. Поддаде се на шантажа на турския диктатор Ердоган и на наивността, граничеща с глупост, на г-жа Меркел и сходно мислещите с нея европейски лидери. Резултатът е налице – изправени сме пред поредната бедствена ситуация, която можеше да бъде избегната.

Хиляди мигранти бедстват на гръцките острови и на граничните пунктове по пътя си към Западна Европа. Трябва да се работи за дългосрочно решаване на проблема, защото в противен случай ситуацията ще се влошава, а в момента дори и природата е срещу нас. В Южна Европа сме свидетели на една от най-студените зими от десетилетия насам. Множество региони са откъснати от света и хората бедстват. Безспорно, трябва да бъдат предприети мерки, за да се избегне поредната хуманитарна катастрофа шо се отнася до мигрантите. Фокусирайки се, обаче, върху кризисната ситуация, пред която те са изправени, не бива да забравяме и да загърбваме собствените си граждани.

**Laura Ferrara (EFDD), per iscritto.** – Un altro effetto delle fallimentari politiche europee in materia di asilo e di immigrazione è rappresentato dalle terribili condizioni di vita che migliaia di rifugiati e richiedenti asilo, abbandonati in accampamenti informali, spesso senza acqua o elettricità, vivono in questo periodo. Soprattutto i soggetti più vulnerabili, come donne, malati e bambini, cercando di sopravvivere alle rigide temperature invernali in diverse zone d'Europa, subiscono la mancanza di beni di primo soccorso e assistenza medica urgentemente necessaria.

Le attuali procedure di richiesta di asilo, le condizioni di accoglienza e la mancanza di integrazione forzano migliaia di profughi a correre ulteriori rischi, ad affidarsi a reti di trafficanti per raggiungere migliori condizioni di assistenza e protezione. E mentre le istituzioni continuano a discutere sulle responsabilità e sulla gestione dei fondi e degli aiuti che avrebbero dovuto evitare questa situazione, migliaia di persone continuano a rimanere esposti alle terribili condizioni del gelo invernale.

**Kinga Gál (PPE), in writing.** – Europe has a responsibility to help those qualifying for international protection or in need of humanitarian assistance. However, assistance and protection should primarily be granted by the EU in the crisis countries themselves and in their neighbouring areas. There is for example a great need to improve the living conditions of refugee camps in Turkey, Lebanon, Jordan and Northern Iraq, which offer safe haven to millions of real refugees. I agree with the European People's Party's position – set out in its Political Assembly's resolution of 15 November 2016 entitled 'Protecting Lives and Controlling Migration to Europe' – that there is a need to establish asylum and migration centres in third countries and to create safe zones in Africa in which support, assistance and protection could be provided. The possibility to process asylum claims outside the EU should also be an available option. The existence of these facilities outside Europe would prevent migrants from embarking on the dangerous journey to Europe and thus from being exposed to severe weather conditions in European camps.

**Iratxe García Pérez (S&D), por escrito.** – Los socialistas hemos logrado incluir en esta sesión plenaria un debate sobre la dramática situación que enfrentan miles de refugiados, solicitantes de asilo y migrantes que están sufriendo condiciones extremadamente difíciles debido a la ola de frío que azota Europa, y que se suman a la ya de por sí insostenible situación que se vivía en muchos campos. La nieve y la falta de instalaciones adecuadas, en ausencia incluso de sistemas básicos de calefacción, están haciendo que la vida de miles de personas necesitadas de protección internacional sea aún más dura e insoportable. Pedimos una reacción inmediata, en particular al Consejo y a los gobiernos de los Estados Miembros para hacer frente a esta situación dramática —que podía haber sido prevista— poniendo los medios necesarios, entre otros la movilización del «fondo de emergencia interior» de la Unión, para poder cubrir las necesidades básicas

y dar una respuesta que pueda calificarse de humanitaria. Asimismo, es imprescindible que los gobiernos den cumplimiento a sus propios compromisos en materia de reubicación y reasentamiento, que no llegan ni al 15 %. Las miles de personas que continúan abandonadas al frío en Grecia deberían haber sido trasladadas a diferentes Estados Miembros hace meses.

**Afzal Khan (S&D), in writing.** – We are all devastated about reports of refugees and migrants stranded in the cold and dying of hypothermia in the EU. It does not matter where these people have fled from. No human should be left out in such extreme winter conditions. But Member States on the front line have been left on their own to deal with the consequences. Disappointingly, only 5% have been relocated from Greece and Italy under the EU commitment adopted more than a year ago. Member States must focus on managing refugee movements effectively in accordance with international law, instead of shifting the problem around. The UK Government has not even allowed entry to one single child from Greece under the Dubs Amendment, where currently more than 2 300 unaccompanied are struggling to survive in minus temperatures. Time to act now! There are accusations of mismanagement of EU funds in Greece for the most vulnerable. I urge you, Commissioner, to ensure that there is a monitoring system in place guaranteeing the money goes where it is most needed. The situation is dire. Our response based on solidarity, responsibility sharing and respect for fundamental rights is needed. And we all have a role to play.

**Urmas Paet (ALDE), kirjalikult.** – Tuhanded põgenikud kannatavad Euroopas äärmiselt kehvade ilmastikuolude käes. On tulnud teateid selle kohta, et nt Serbia takistab põgenike liikumist, seades sellega nende elu veelgi enam ohtu. Samuti on teateid sellest, et kriminaalsed rühmitused tegelevad põgenike röövimise, füüsilise väärkohtlemise, ähvarduste ja välja pressimisega pagulaste seas. Kuigi riigid on võtnud meetmeid, et põgenikke soojematesse elamistingimustesse toimetada, on siiani veel sadu inimesi, kes peavad öid veetma telkides pakases. On oluline, et liikmesriigid lõpetaksid põgenike liikumise takistamise ning aitaksid neil leida peavarju, kus oleks võimalik inimväärselt külmalaine üle elada. Lisaks liikmesriikidele, kes põhiliselt pagulaste probleeme peavad lahendama, peaksid ka ELi institutsioonid andma oma parima, et riike praeguses olukorras aidata. EL peab ka toetama abiorganisatsioone nende tegevuses.

**Kati Piri (S&D), schriftelijk.** – Duizenden asielzoekers staan letterlijk in de kou. Ondanks beloofde steun aan Griekenland is het niet gelukt om ervoor te zorgen dat mensen humanaan en veilig worden opgevangen. Dat er mensen doodvriezen in Europa is onacceptabel en alle Europese leiders zouden zich hier verantwoordelijk voor moeten voelen. In plaats van te wijzen naar de Griekse regering zouden zij hun afspraken moeten nakomen om Griekenland te ontlasten en solidariteit te tonen met de vluchtelingen. Nog altijd komen lidstaten hun afspraak niet na om duizenden vluchtelingen van Griekenland over te nemen. Daarnaast moeten zij voldoen aan de oproep van EASO om voldoende experts te leveren, zodat de asielprocedures in Griekenland versnellen en vluchtelingen van de eilanden naar het vasteland kunnen – of terug naar Turkije indien ze worden afgewezen. Bovendien zouden de Europese landen op grote schaal de meest kwetsbare Syrische vluchtelingen hervestigen vanuit Turkije als onderdeel van de migratiedeel, wat moest voorkomen dat mensen illegale, gevaarlijke routes blijven nemen. Ook aan deze afspraak is nog lang niet voldaan. Als de Europese regeringen zich aan hun eigen afspraken hadden gehouden, zat er nu niemand in de kou.

**Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito.** – Los socialistas hemos logrado incluir en esta sesión plenaria un debate sobre la dramática situación que enfrentan miles de refugiados, solicitantes de asilo y migrantes que están sufriendo condiciones extremadamente difíciles debido a la ola de frío que azota Europa, y que se suman a la ya de por sí insostenible situación que se vivía en muchos campos. La nieve y la falta de instalaciones adecuadas, en ausencia incluso de sistemas básicos de calefacción, están haciendo que la vida de miles de personas necesitadas de protección internacional sea aún más dura e insoportable. Pedimos una reacción inmediata, en particular al Consejo y a los Gobiernos de los Estados miembros para hacer frente a esta situación dramática —que podía haber sido prevista— poniendo los medios necesarios, entre otros la movilización del «fondo de emergencia interior» de la Unión, para poder cubrir las necesidades básicas y dar una respuesta que pueda calificarse de humanitaria. Asimismo, es imprescindible que los Gobiernos den cumplimiento a sus propios compromisos en materia de reubicación y reasentamiento, que no llegan ni al 15 %. Las miles de personas que continúan abandonadas al frío en Grecia deberían haber sido trasladadas a diferentes Estados miembros hace meses.

## 21. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (kurze Darstellung)

**Przewodniczący.** – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Inés Ayalę Sender w imieniu Komisji Transportu i Turystyki w sprawie logistyki w UE i transportu multimodalnego w nowych korytarzach TEN-T (2015/2348(INI)) (A8-0384/2016).

**Inés Ayala Sender, ponente.** – Señor presidente, en primer lugar, me gustaría agradecer a todos los ponentes alternativos de los distintos grupos su cooperación y las buenas ideas para mejorar el texto vía las enmiendas. Quiero decir que hace ya tiempo que la Comisión no había tenido a bien presentar una propuesta relacionada con la necesidad de analizar y evaluar la situación del transporte de mercancías dentro de lo que es ahora mismo la situación general de la movilidad, las infraestructuras y el transporte europeo, más dedicada a la parte de transporte de pasajeros que a la de mercancías.

En este sentido en el momento actual, en el que hay un crecimiento vía, por una parte, la apertura de Panamá y, por otra parte, la apertura de Suez, y sobre todo, digamos, los distintos aspectos del comercio electrónico y de la subida de las nuevas masas sociales, que justamente están exigiendo vía a las exportaciones en Europa, necesitamos, desde luego, el hacer una evaluación de la situación actual. Y ahí nos encontramos, en relación con la libre circulación de personas, bienes y servicios, con la aparición de normas nacionales que tienden a crear nuevos obstáculos, sin que la Comisión hasta ahora haya conseguido establecer un marco claro y evidente para evitar ese tipo de obstáculos y de problemas para la movilidad.

También en ese sentido necesitamos una estrategia con toda una serie de puntos que den más coherencia a la legislación nacional y de la Unión Europea, donde también aparezca toda la importancia de los nodos urbanos y la logística urbana específica, y conseguir que la financiación del nuevo marco financiero que empezará a negociarse en 2017 reconozca todas esas necesidades.

También necesitamos, y vemos, con interés, cómo la Comisión también se está interesando por mejorarlos, mejorar los transportes transfronterizos y, sobre todo, en particular, los enlaces que faltan en mi región —por ejemplo, todo lo relacionado con el paso del Canfranc—, y también subsanar los enlaces ferroviarios a puertos marítimos, fluviales o a los aeropuertos. En el caso en España también me interesaría en ese sentido el corredor cantábrico-mediterráneo. Y sobre todo, facilitar también la capilaridad —es una de las demandas de la industria— de la red global hacia la red básica y los corredores, y el papel fundamental de las plataformas multimodales en las redes transeuropeas.

Una serie de ideas o intentos de solución: en el Semestre Europeo, la necesidad de hacer más coherentes los planes nacionales con los planes que los mismos Estados miembros han firmado en Bruselas, y que a menudo no se corresponden; la propuesta de la *golden rule*, es decir, que la obligación de cofinanciar las infraestructuras europeas no conlleve peso en la deuda pública, específicamente.

También, que los coordinadores se concentren en los aspectos de transporte de mercancías en sus corredores correspondientes, y que de manera bianual podamos evaluar con la Comisión lo que se hace en esos corredores en relación con la mejora de la intermodalidad en el ámbito del transporte de mercancías.

Nos preocupa también la necesidad de inversiones en el mantenimiento de esas infraestructuras, no solamente la construcción de nuevas infraestructuras, y de ahí también que le agradezcamos al señor Katainen que, en sede parlamentaria, aceptase que toda la inversión relacionada con el mantenimiento y el *upgrading* de las autopistas y carreteras pudiera ser parte del nuevo FEIE.

Apoyamos, desde luego, la continuidad del Foro de Transporte y Logística Digitales, sobre todo con todos los aspectos de innovación, digitalización, simplificación, y sobre todo para volver a evitar esa legislación redundante que va añadiendo capas a la nacional, regional y local con las nuevas propuestas de directivas y normas europeas.

Desde luego, queremos facilitar el desarrollo de los puertos y los sistemas que relacionan y que mejoran la seguridad, sobre todo aquellos como Galileo y EGNOS, y asegurarles la financiación para que no vayamos siempre angustiados con su continuidad.

Para ello también pedimos, por lo tanto, a la Comisión que haya una financiación específica para el transporte de mercancías y una convocatoria específica, que esperamos que sea en 2017, para los proyectos logísticos. También, que se apoyen y que se faciliten mediante buenas prácticas proyectos en los nodos urbanos, precisamente relacionados con la logística urbana, tan necesaria, que eviten la contaminación, el ruido y la congestión.

También destacamos la necesidad de que las nuevas tecnologías como la automatización, los drones, etc., que se van a integrar cada vez más rápidamente en la logística y el transporte de mercancías, tengan una relación fluida con los vehículos convencionales y también con los usuarios, cada vez más vulnerables. Completamos nuestro informe con una propuesta de corredores verdes, con la necesidad de mejorar los datos y, como colofón, con la necesidad de recuperar la dignificación del empleo y las condiciones de trabajo para hacerlo más atractivo para las nuevas generaciones.

*Pytania z sali*

**Michel Dantin (PPE).** – Monsieur le Président, chers collègues, je tiens tout d'abord à saluer le travail de ma collègue Ayala Sender. Je crois que son rapport est un travail équilibré qui défend non pas une réforme mais une nécessaire évolution de la politique RTE-T en Europe.

Les grands corridors européens sont en effet, à mes yeux, l'expression d'une Europe forte quand elle est unie. Cette politique a permis de concrétiser les bénéfices du marché intérieur. Elle permet en effet de créer des interconnexions entre les réseaux nationaux, de bâtir des infrastructures de transports au service de la croissance économique. Mais cette politique qui rapproche les peuples doit aussi avoir une dimension environnementale. Trop de secteurs sont aujourd'hui fortement perturbés sur le plan de la pollution et donc sur le plan de la santé par le taux élevé d'émissions de carbone de nos transports. Il nous faut donc davantage avancer sur la voie de la décarbonisation des transports en Europe.

Très récemment encore, les vallées alpines autour du mont Blanc ont connu près de 50 jours de pollution de la qualité de l'air, non pas simplement à cause des transports mais aussi à cause des transports.

Nous avons donc ensemble un défi à relever, qui est celui de nouvelles formes de transport, du développement d'une intermodalité décarbonée, ce qui signifie qu'il nous faut faire confiance à de nouvelles technologies et investir davantage dans la recherche. C'est bien le budget de l'Europe, l'action de l'Europe qui peut nous faire progresser tous ensemble.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un sistema infrastrutturale omogeneo, se attuato conformemente alla normativa dell'Unione, apporta benefici al settore della logistica e favorisce sviluppo e crescita.

Gli Stati membri devono però intensificare gli sforzi e rispettare la legislazione europea in materia di mobilità, logistica e trasporto. La mancanza di un'efficiente armonizzazione e di un'attuazione puntuale della legislazione europea da parte degli Stati membri ostacola i progetti transfrontalieri, in particolare i collegamenti ferroviari regionali. I piani infrastrutturali nazionali degli Stati membri sono troppo spesso definiti senza tener conto degli obiettivi della rete transeuropea dei trasporti e la Commissione deve interrogarsi su tale mancanza di cooperazione, favorendo il coordinamento tra i due livelli di pianificazione.

Penso che sia necessario concentrare gli sforzi per rilanciare le ferrovie e le vie navigabili interne, favorire lo sviluppo delle modalità di trasporto elettrico e a carburante alternativo, nonché l'introduzione di norme sul carburante per i veicoli commerciali pesanti e limiti per le emissioni di CO<sub>2</sub>, dando così seguito alla strategia europea di trasporto sostenibile e agli accordi di Parigi.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, δεδομένου ότι οι μεταφορές αποτελούν ζωτικό κομμάτι της οικονομικής και κοινωνικής ζωής, η αποδοτικότητα των μεταφορών και της εφοδιαστικής είναι αναγκαία προκειμένου να διασφαλιστεί η ανταγωνιστικότητα, να δημιουργηθούν νέες θέσεις εργασίας και επιχειρηματικές ευκαιρίες, να προστατευθεί το περιβάλλον και να μετριαστεί η κλιματική αλλαγή. Ήδη από 2007, η Επιτροπή έχει καταρτίσει ένα σχέδιο δράσης για την εφοδιαστική εμπορευματικών μεταφορών που στοχεύει στη βελτίωση του συστήματος των εμπορευματικών μεταφορών της Ευρωπαϊκής Ένωσης χωρίς ωστόσο να έχει βελτιωθεί επαρκώς ο εν λόγω τομέας.

Παράλληλα, η ψυχροπολεμική σύγκρουση Ευρωπαϊκής Ένωσης-Ρωσίας έχει προκαλέσει δυσμενείς συνέπειες στους μεταφορείς του ευρωπαϊκού Νότου. Οι Έλληνες μεταφορείς έχουν χάσει πάνω από 10 εκατομμύρια ευρώ από το ρωσικό εμπόριο, καθώς το 40% των ελληνικών αγροτικών προϊόντων που εξαγόταν στη Ρωσία, μεταφερόταν με φορτηγά. Επομένως, θα πρέπει να βελτιωθεί άμεσα το σύστημα εμπορικών μεταφορών της Ένωσης και να διασφαλιστούν αποδοτικότερες και περισσότερο φιλικές προς το περιβάλλον οδικές μεταφορές στην εφοδιαστική αλυσίδα.

**Izaskun Bilbao Barandica (ALDE).** – Señor presidente, quiero felicitar a la señora Ayala Sender y desear que los contenidos de este informe obliguen a los Estados a cumplir los compromisos que firmaron. El primer acicate es la idea de no computar a efectos de deuda estas inversiones. El segundo, que necesitamos un sistema integrado de movilidad de personas y mercancías, plenamente intermodal, sin cuellos de botella entre Estados y bajo en emisiones. El tercero, que esta revolución logística es básica para luchar contra el cambio climático, mejorar nuestra competitividad a nivel global y activar una interesante cantera de empleo basada en el conocimiento y la utilización intensiva de las nuevas tecnologías.

Por eso cuando un Estado no cumple su parte del trato y retrasa las inversiones en un proyecto prioritario como la llamada «Y vasca», está perjudicando a todos los socios del proyecto europeo. Por eso hay que poner los medios para relanzar esta lista de obras prioritarias imprescindibles, para que podamos hablar en serio de transporte, de movilidad y de logística en la Unión Europea.

*(Koniec pytań z sali)*

**Christos Stylianides, Member of the Commission.** – Mr President, the Commission welcomes Mrs Ayala Sender's own-initiative report, which draws attention to two important elements of our transport policy: first, the trans-European transport networks – TEN-T – and, second, freight logistics. These elements are vital for the efficiency, service quality and sustainability of transport, and therefore for jobs, growth and investment in the European Union.

I think we are already on track to take up the challenges set out in the report prepared by Parliament. Multimodality and logistics are strong components of our TEN-T policy. Trans-European transport corridors support a more integrated, multimodal freight transport and logistics. The TEN-T guidelines and the Connecting Europe Facility regulation address a broad range of aspects referred to in our report. Allow me to highlight the most important ones.

All transport modes are covered. The removal of bottlenecks on railway lines, as well as inland waterways, are identified as investment priorities for European long-distance transport. In the road sector, the focus lies especially on increasing efficiency through innovative technologies, safe and secure driving and parking conditions, as well as the smooth integration into multimodal transport chains. Intelligent transport systems are included for all modes in order to enable a more efficient infrastructure use, to promote new-generation user services for passengers and freight, as well as automation and digital solutions. Under our TEN-T policy, network nodes and the connection of transport modes are given reinforced importance, including at terminals, ports and airports. Urban nodes and urban logistics infrastructure are amongst the newest elements of TEN-T corridors. They allow investments in efficient multimodality and freight logistics and, thereby, also contribute to the reduction of greenhouse gas emissions. Finally, infrastructure for clean fuels, such as natural gas, hydrogen and electricity, forms an integral part of TEN-T infrastructure.

EU funding under the Connecting Europe Facility supports various types of projects, from large-scale infrastructure to very targeted intelligent transport system projects, clean fuel solutions or access infrastructure to multimodal terminals. While the TEN-T corridors are a top priority, attention is also given to the complementarity between the core and comprehensive networks.

The Core Network Corridors approach has proven an effective tool to identify obstacles to efficient and seamless freight transport flows. The corridors' completion continues to require substantial investment to remove physical bottlenecks which still hamper smooth flows of passengers and goods.

EU funding until 2020 and beyond, including the mobilisation of private investment through the European Fund for Strategic Investment (EFSI), remains a key element to address the investment gap to meet the needs in transport sectors with focus on TEN-Ts. We estimate the needs to complete the TEN-T core network to be EUR 700 billion by 2030. Thus we need to mobilise all sources of private and public funds. For example, we are going to launch a EUR one billion CEF Blending call next month to combine grant funds with EFSI financing whenever possible, and private funds to fund projects in line with TEN-T priorities.

An efficient and sustainable transport system is key to making full use of the internal market and to generating new jobs and economic growth. Remaining administrative and technical barriers in and between modes of transport and national systems should also be removed.

Once again, I wish to thank and congratulate you on your report. On behalf of my colleague, Violeta Bulc, the Commission welcomes that the European Parliament attaches importance to the TEN-T and the good functioning of logistics in the EU. We know we can count on your support to Connect Europe.

**Przewodniczący.** – Otrzymałem jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek dnia 19 stycznia 2017 r.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu.** – Veiksminga ir tvari kroviniinio transporto logistika atlieka esminį vaidmenį užtikrinant sklandų daugelio kitų paslaugų ir veiklos mūsų ekonomikoje vykdymą, nes ji apima visą ciklą nuo prekių gamybos ir tiekimo iki antrinio perdirbimo, taip pat nuo vietos iki pasaulio lygmens. Todėl sunku pervertinti kroviniinio transporto logistikos ekonominį poveikį ir jos indėlį į Europos ekonomikos augimą ir konkurencingumą. ES logistikos ir kroviniinio transporto politika turėtų būti siekiama suteikti daugiau galimybių išlaikyti palankią aplinką, pašalinti kliūtis ir pasinaudoti ekonomikos augimo ir užimtumo potencialu šiame sektoriuje atsižvelgiant į ryškėjančias ekonomikos ir socialines tendencijas, dinamiškus technologinius pokyčius ir didėjančią tarptautinę prekybą. Didėjančios energijos kainos, poreikis sumažinti išmetamo CO<sub>2</sub> kiekį, konkurencija kvalifikuotos darbo jėgos rinkoje senėjant visuomenei, sparčiai digitalizacija, automatizuotos ir savarankiškai veikiančios transporto priemonės ir operacijos, vis labiau integruotos tiekimo grandinės, platesnis konteinerių naudojimas – visa tai sudaro iššūkių ir galimybių spektrą. Todėl sutinku, kad būtina optimizuoti kroviniinio transporto infrastruktūros formavimą TEN-T, ypač stipriai perkrautose teritorijose, siekiant įtraukti novatoriškas miestų logistikos strategijas. Turime iš naujo įvertinti kroviniinio transporto tinklų kūrimo metodiką ir kriterijus ir užtikrinti, kad visų pirma būtų investuojama į alternatyvius kroviniinio transporto maršrutus, jungiančius mažiau apkrautus mazgus, terminalus, oro uostus ir uostus, taip pat atsižvelgiant į aplinkos apsaugą ir triukšmo mažinimą.

**Ivan Jakovčić (ALDE), napisan.** – Svjesni smo da je potrebno ojačati TEN-T mreže, te potaknuti realnu digitalizaciju prometa uz novi sustav sigurnosti i uporabu novih oblika energije u prometu. Svakako trebamo uzeti u obzir probleme humanitarne i migrantske krize, te sve češće zatvaranje granica, što je posebno problematično za teretni promet.

U tom kontekstu smatram da je iznimno važna logistika kako bi se jamćio učinkovit i održiv teretni prijevoz u EU-u.

Posebno su važna ulaganja u gradska čvorišta, kao i promicanje željezničke povezanosti s industrijskim postrojenjima i poboljšane međupovezanosti željeznice i morskih luka, riječnih luka i čvorišta u unutrašnjosti. Regionalne mreže ne bi smjele ostati izvan europske perspektive, među ostalim i u pogledu finansijskih i regulatornih mjera, te su stoga potrebna ulaganja kako bi se dovršile veze između glavnih koridora Unije. Jasno je da je nužno potaknuti razvoj oblika prijevoza koji se temelje na električnoj energiji i alternativnim energijama, te nastavno tome i potrebne infrastrukture.

**Diane James (NI), in writing.** – The EU TEN-T programme is intended to improve transport connectivity in EU. The 'small print', however, highlights that the focus is on between Germany and central Europe. There are nine projects but only one involving the UK: this is through the Midlands to the coast. HS2 is a highly contentious project, economically unjustified and with the reasons for its existence constantly changing to facilitate its construction. In all likelihood there will be a massive cost overrun. The combination of the Brexit vote and the decision on Heathrow expansion meant I could not vote to support the TEN-T programme proposals. The UK, no longer as a EU Member State, will be in a better situation to select and fund its national transport infrastructure requirements.



**Monika Smolková (S&D), písomne.** – Správa o logistike a multimodálnej doprave v rámci TEN-T koridorov sa zameriava na potrebu efektívnej a udržateľnej nákladnej dopravy s využitím nielen ciest, ale aj železníc a vodnej siete. Napriec Európou je v súvislosti s logistikou zamestnaných viac než 11 miliónov ľudí a toto odvetvie vytvára takmer 14 % HDP v EÚ. Predpokladá sa, že sektor nákladnej dopravy bude v budúcnosti rásť, a preto voláme po jeho modernizácii. Súvisí to aj so záväzkom Európskej komisie, ktorá vo svojej Bielej knihe o doprave uviedla, že do roku 2030 by sa malo preniesť 30 % cestnej nákladnej dopravy nad 300 km na železnicu alebo vodnú dopravu. Aby sme mohli tento cieľ naplniť, bude nevyhnutné, aby členské štáty zabezpečili rozvoj svojej infraštruktúry. Predpoklad na zriadenie multimodálnej infraštruktúry je daný rámcom TEN-T, ale koordinácia jeho naplnenia je stále nedostatočná. Obzvlášť budú musieť členské štáty znížiť regulačné, operačné a technické prekážky. Popritom by sa malo pokročiť so zavádzaním nových technológií, prichádzať s digitálnymi riešeniami alebo aj automaticky riadenými dopravnými prostriedkami. Postupný presun nákladnej dopravy na nevyužitú železničnú koridory a vodnú dopravu výrazne zlepši životné prostredie a uľahčí život obyvateľom, ktorí svoje obydlia majú v blízkosti cestnej infraštruktúry.

**Patricija Šulin (PPE), písno.** – Dobro delujoča logistika je kot olje v evropskem gospodarskem motorju in vsi vemo, kaj se zgodi z motorji, če je olje slabo ali ga ni. Z dobrim načrtovanjem, upravljanjem in izvajanjem pretoka blaga lahko uresničujemo več ciljev.

Z akcijskim načrtom za logistiko tovarnega prometa iz leta 2007 je bil na številnih področjih dosežen napredek, a izzivov je še zmeraj veliko, kot denimo boljša vključenost železniškega prometa, izkoriščanje digitalnih rešitev, boljša poraba sredstev za infrastrukturo in večja skrb za delovne pogoje.

Potencial železniškega prometa je premalo izkoriščen zaradi še zmeraj obstoječih tehničnih ovir v interoperabilnosti kot tudi slabega in prepočasnega obnavljanja in posodabljanja železniške infrastrukture, kjer se Slovenija žal ne more kaj prida pohvaliti.

**Jarosław Wałęsa (PPE), na piśmie.** – Logistyka obejmuje usługi, procesy planowania, zarządzania oraz przepływ towarów i informacji pomiędzy punktem pochodzenia a miejscem przeznaczenia. Efektywność i zrównoważenie logistyki transportu towarowego odgrywa istotną rolę dla prawidłowego funkcjonowania wielu innych usług i działań w naszej gospodarce, obejmujących produkcję towarów do ich dostarczenia czy choćby recyklingu materiałów. Europejski sektor logistyczny przyczynia się do wzrostu PKB Unii Europejskiej do około 14 % oraz zatrudnia ponad 11 milionów pracowników na terenie Unii Europejskiej. W związku z tym jest bardzo istotne, aby wspierać oraz rozwijać sektor logistyczny.

Jednym z rozwiązań jest korytarz transportowy TEN-T. Celem rozwijania sieci TEN-T jest zapewnienie spójności terytorialnej UE i usprawnienie swobodnego przepływu osób oraz towarów. Efektywnie funkcjonujący w ramach Unii system transportowy ma przyczynić się do poprawy działania jednolitego rynku wewnętrznego, stymulować wzrost gospodarczy regionu, a także podnosić konkurencyjność poszczególnych państw członkowskich i całej UE w skali globalnej. Przewiduje się, że dzięki korytarzowi TEN-T popyt na usługi transportowe zostanie odbudowany i do 2020 roku szacuje się odzyskanie poziomu sprzed kryzysu ekonomicznego z 2008 roku. Natomiast w 2040 przewidywany jest wzrost na poziomie 40%.

Dlatego więc istotne jest, aby zapewnić optymalne wykorzystanie dostępnych środków, wprowadzenie nowych technologii cyfrowych i innowacyjnych, poprawę dostępności informacji na temat usług multimodalnych i logistycznych na terenie Unii Europejskiej czy też zwiększenie atrakcyjności sektora dla profesjonalistów.

**Janusz Zemke (S&D), na piśmie.** – Jako członek Komisji Transportu i Turystyki Parlamentu Europejskiego zgadzam się, że w Unii Europejskiej musimy stworzyć znacznie lepsze warunki dla rozwoju transportu multimodalnego. Obecnie w transporcie zdecydowanie dominuje transport drogowy, co powoduje wzrost zatorów na drogach i pogarsza stan środowiska. Radykalna zmiana tej sytuacji wymaga zwiększenia środków na rozwój kolei i transportu wodnego. Powinniśmy dążyć w Unii do tego, by w 2030 r. 30 procent transportu drogowego na większe odległości przenieść na transport kolejowy lub wodny. Określenie takich celów wymaga jednak stopniowej zmiany priorytetów inwestycyjnych. Mam nadzieję, że zostaną one uwzględnione w następnej perspektywie finansowej 2021-2027, nad którą obecnie pracujemy.

**22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll****23. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll****24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

**Przewodniczący.** – Bardzo się cieszę, że mogłem po raz pierwszy prowadzić posiedzenie w nowej mojej kadencji. Dziękuję wszystkim za poparcie i głosy. Dziękuję Panu Komisarzowi za bardzo wartościową obecność w naszym gronie, istotne wystąpienia. Dziękuję naszym tłumaczom, dziękuję administracji. Życzę Państwu dobrej nocy.

**25. Schluss der Sitzung**

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.00)

---

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

C/2024/2548

12.4.2024

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. JANUAR 2017

(C/2024/2548)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung .....	4
2. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll .....	4
3. Eine europäische Säule sozialer Rechte (Aussprache) .....	4
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) .....	27
4.1. Indonesien, insbesondere die Fälle von Hosea Yeimo, Ismael Alua und des Gouverneurs von Jakarta .....	27
4.2. Zentralafrikanische Republik .....	32
4.3. Lage in Burundi .....	39
5. Mitteilungen des Präsidenten .....	45
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll .....	47
7. Abstimmungsstunde .....	47
7.1. Indonesien, insbesondere die Fälle von Hosea Yeimo, Ismael Alua und des Gouverneurs von Jakarta (RC-B8-0072/2017, B8-0072/2017, B8-0073/2017, B8-0077/2017, B8-0079/2017, B8-0080/2017, B8-0083/2017, B8-0088/2017) (Abstimmung) .....	47
7.2. Zentralafrikanische Republik (RC-B8-0074/2017, B8-0074/2017, B8-0076/2017, B8-0081/2017, B8-0085/2017, B8-0087/2017, B8-0090/2017, B8-0092/2017) (Abstimmung)	47

Inhalt	Seite
7.3. Lage in Burundi (RC-B8-0075/2017, B8-0075/2017, B8-0078/2017, B8-0082/2017, B8-0084/2017, B8-0086/2017, B8-0089/2017, B8-0091/2017) (Abstimmung) . . . . .	48
7.4. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo: Verfahren für die Anwendung (A8-0361/2016 - Adam Szejnfeld) (Abstimmung) . . . . .	48
7.5. Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter spezifische Einfuhrregelungen der Union fallen (A8-0311/2016 - Hannu Takkula) (Abstimmung) . . . . .	48
7.6. Abschluss des Übereinkommens zur Weiterführung des Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums (A8-0363/2016 - Elmar Brok) (Abstimmung) . . . . .	48
7.7. Benennung von Ausschussmitgliedern (Abstimmung) . . . . .	48
7.8. Einwand gegen einen delegierten Rechtsakt: Ermittlung von strategische Mängel aufweisenden Drittländern mit hohem Risiko (B8-0001/2017) (Abstimmung) . . . . .	48
7.9. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (A8-0384/2016 - Inés Ayala Sender) (Abstimmung) . . . . .	48
7.10. Eine europäische Säule sozialer Rechte (A8-0391/2016 - Maria João Rodrigues) (Abstimmung) . . . . .	48
7.11. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (B8-0024/2017) (Abstimmung) . . . . .	48
8. Stimmerklärungen . . . . .	49
8.1. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (A8-0384/2016 - Inés Ayala Sender) . . . . .	49
8.2. Eine europäische Säule sozialer Rechte (A8-0391/2016 - Maria João Rodrigues) . . . . .	50
8.3. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (B8-0024/2017) . . . . .	52
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . . .	53
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . . .	53
11. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll . . . . .	53
12. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll . . . . .	53
13. Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (Aussprache) . . . . .	53
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . . .	60
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll . . . . .	60
16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll . . . . .	61

Inhalt	Seite
17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll . . . . .	61
18. Unterbrechung der Sitzungsperiode . . . . .	61

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. JANUAR 2017

**Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU**

*Vicepreședinte*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(Ședința a fost deschisă la ora 9.00)*

### 2. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

### 3. Eine europäische Säule sozialer Rechte (Aussprache)

**Președinte.** – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Maria João Rodrigues, în numele Comisiei pentru ocuparea forței de muncă și afaceri sociale, referitor la pilonul european al drepturilor sociale (2016/2095(INI)) (A8-0391/2016).

**Maria João Rodrigues, rapporteur.** – Mr President, the European Parliament will adopt today the most important political initiative for developing a social dimension during this legislature, and for giving citizens the means to get control of their lives and restoring trust in the European Union project. The European Parliament wants this to be a central priority in the roadmap for the future of the European Union to be adopted at the next summit in Rome on 25 March. We must put the social dimension at the heart of this roadmap for the future of the European Union.

This European Parliament report is based on very long work by our Members, and also involving many other stakeholders across Europe who were extremely active in building up a new vision for the social dimension of the European Union. So first of all I would like to thank all of you. Now is the moment, once the report is adopted, for the Commission to come also with a bold proposal, to put it on the table at the Council of Ministers, and finally on the table of the European Council. The European Parliament will stand ready to set this deal with the Commission, the Council, and the European Council.

We must have a vision of a social dimension able to cope with the current challenges, which are not only global competition and ageing trends, but also a very important digital revolution, and internal problems and internal divergences in the eurozone. This report must become a turning point when updating social standards and security and fundamental social rights for all European citizens. This pillar should address the entire European Union. First of all, by giving children a real guarantee to avoid poverty; delivering a strong Youth Guarantee; and organising the transition between education and employment in such a way that we make the best of the youngest generation in Europe.

We need also to make sure that all workers, whatever their jobs, can count on a clear contract with social rights, decent working conditions and full access to social protection; and we want all citizens to have a European social security card and a personal account where they will build their rights to social protection. The skills guarantee must become a new social right for the 21st century.

Finally, we must ensure that women and men can reconcile their working life with family life, using not only childcare services but all the leave schemes we need to legislate the plan. We want poverty to be tackled with more effective minimum-income schemes all over Europe. These are key issues for this pillar, but we want the means to deliver, and the means are labour legislation, changing the way the European Semester works, and addressing the financial means we need to have to implement all these social standards.

**Marianne Thyssen**, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by congratulating you on your reappointment as Vice-President of this House.

Almost a year ago, in March 2016, I was announcing to you in this House the launch of a broad discussion on the European social values and rights for the world of work in the 21st century. This was the consultation on establishing the European Pillar of Social Rights, an initiative already announced by President Juncker in the State of the Union address in September 2015.

Today, we are here to discuss your own-initiative report, which represents a valuable contribution to the consultation on the European Pillar of Social Rights. I would like to start by congratulating Ms Rodrigues not only for a very ambitious report, but also for her ability to get the support of all political groups in this House for this initiative.

During the past year, we have consulted widely at European and national level, engaging European institutions, social partners, civil society, national governments and parliaments and national-level stakeholders. I would like to thank all of you who organised debates here in the European Parliament or in your constituencies on the Pillar of Social Rights. They all contributed to the broader consultation.

We have received about 16 500 online replies and nearly 200 position papers. We have been listening to stakeholders' concerns about their rights, their careers, their life choices and opportunities in the 21st century. We heard a clear call for action. I am convinced more than ever that the debate on social issues should be at the heart of the discussions on what kind of Union our citizens want to have.

Next Monday, we will hold a conference at the highest political level, where your rapporteur, Ms Rodrigues, will be one of the main speakers. President Juncker will be there, along with Vice-President Dombrovskis and many ministers and high-level representatives of European social partners and civil society. We also expect the new President of the European Parliament to be there with us. This will be the occasion to reflect on the results of the consultation and to reflect, collectively, where we want to go from here. Following that, the Commission will adopt its final proposal on the Pillar in the spring.

I am very happy that your report not only wholeheartedly endorses the Pillar, but that it also appeals for greater ambition. This House has repeatedly called for a better balance between our economic policies and social realities. This is not only an economic or social imperative, but is a political necessity. There is a need to regain the trust of citizens in the European project by reaffirming the commitment to European social values and delivering on this commitment. This is the approach the Commission is following: strengthening the European social model and promoting upward social convergence. Most importantly, your report is a resolute call for action which would make a difference to European citizens.

I would like to highlight some of the most important suggestions in your report, which we are considering for the implementation of the Pillar. Your report rightly stresses the need to address new forms of employment and working conditions and calls for horizontal legislation on decent working conditions. We share your view that we have to consider the new forms of employment relationships. But we cannot turn back the clock. We also need to encourage new ways of working. I believe we should not discourage one form or the other, but should ensure that a core of rights is available to everybody.

Pivotal to this core of rights, in my view, is that everyone should have a written contract. In this respect, as mentioned in the 2017 Commission Work Programme, we will consult the social partners on revising the Written Statement Directive. Further, I take note of your call to ensure adequate social protection for people in all forms of employment – standard and non-standard employment relationships, and also self-employment. In fact, this message also came out from the consultation on the Pillar: how to ensure that a larger number of people benefit from the coverage of social protection. This is a key question for the future of work and for the sustainability and relevance of the European social model, and that is why the Commission has included in its 2017 Work Programme an initiative on access to social protection.



I welcome your call to address the issue of work-life balance. We have already concluded the consultation of social partners, and I am pleased to inform you that we will launch a package of legislative and non-legislative measures to support working families and businesses in spring this year. Our aim is to present a more holistic approach to addressing the challenges of work-life balance – not only for parents, but for other carers as well, and we will propose up-to-date solutions to meet the real needs of today's families.

I do share your concerns about poverty and the fact that we need further efforts to achieve the poverty reduction and social inclusion target of the Europe 2020 Strategy. In this context, your report rightly points out the importance of an adequate income for maintaining human dignity. I agree that decent living wages are important as a means of avoiding in-work poverty. We take note of your recommendation to set up wage floors in the form of a national minimum wage, as that is an issue, but – as you rightly underline – with due respect for the competence and practices of each Member State. As regards reinforcing convergence, the Commission, through its coordinating and facilitating role, helps Member States find ways of achieving upward convergence whilst maintaining competitiveness and a high level of employment and social protection.

You also call upon us to put forward a clear roadmap of concrete measures for the full practical implementation of the European Pillar of Social Rights. Here you can count on me. The Pillar must be more than words, so we will chart how we move from political commitment to delivery. This is an agenda which needs to fully engage all stakeholders, in particular Member States, in line with the subsidiarity principle. We are ready to play our part, but the centre of gravity of social and employment policies is, and will remain, with national and local authorities. The primary responsibility for making social rights a reality lies with national governments and social partners.

The European Pillar of Social Rights is an opportunity – we could even say an imperative – to address challenges and make the most of opportunities in the changing world of work and society in the 21st century. It is a crucial step towards a shared vision of a more social Europe and a Union founded on fairness. We will need the commitment of all stakeholders – European institutions, national governments and parliaments, social partners and civil society – to achieve these objectives on the ground. We count on Parliament's support to make sure that the Pillar is not only an aspiration, but will become a reality for all citizens.

**Maria Arena**, *rapporteuse pour avis de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je voulais tout simplement adresser mes remerciements à Maria João Rodrigues pour le travail réalisé sur le fond, bien entendu, mais aussi sur toutes les discussions politiques qu'elle a pu tenir concernant le pilier des droits sociaux.

Madame la Commissaire, quand nous aurons voté ce rapport, vous disposerez d'un outil précieux, fondamental pour l'objectif que M. Juncker s'est fixé, c'est-à-dire le triple A social de l'Union européenne.

Le pilier des droits sociaux concerne tous les citoyens: les enfants avec la garantie pour l'enfance, les jeunes avec la garantie pour la jeunesse et le renforcement de cette garantie, les travailleurs, actifs et demandeurs d'emploi, dans le cadre de leurs droits de travailleurs mais également de sécurité sociale. Et, surtout, ce pilier des droits sociaux a mis au centre de ses priorités l'égalité entre les hommes et les femmes. L'égalité qui peut être obtenue grâce à l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie privée par le renforcement des congés parentaux, du congé de maternité ou de paternité car, comme on le sait, c'est à cause de ces situations que les femmes sont aujourd'hui discriminées sur le marché de l'emploi.

Par conséquent, et vous l'avez dit, ces outils législatifs et non législatifs doivent contribuer à lutter contre les inégalités. Et la première de ces inégalités, qui est flagrante aujourd'hui en Europe, est celle entre les hommes et les femmes. Je compte donc sur vous, Madame la Commissaire, et sur l'ensemble de la Commission, mais aussi sur l'engagement politique du Conseil pour que ce pilier des droits sociaux ne demeure pas un rêve ou une utopie, mais devienne une réalité.

**Tom Vandenkendelaere**, namens de PPE-Fractie. – Weinig citaten van Commissievoorzitter Juncker werden zo vaak herhaald als die ene zin uit zijn speech in oktober 2014. Te midden van een broos economisch herstel sprak hij toen de wens uit voor een sociale triple A-status voor Europa en daarmee zette hij meteen het sociale beleid op gelijke voet met het economische beleid en gaf hij u, mevrouw de commissaris, een enorme opdracht. Die opdracht vult u vandaag met verve in. Hoewel de jeugdwerkloosheid een probleem blijft, dalen de cijfers jaar na jaar.

Maar we mogen de teugels niet laten vieren. Elke jongere die werkloos thuis zit, is er één te veel. In het semester-proces worden voortaan ook sociale indicatoren opgenomen. En dat is een goeie zaak. U deed voorstellen rond het versterken van de vaardigheden en u werkt keihard aan een oplossing om de sociale dumping aan te pakken, iets wat onze bouw- en transportsectoren in Vlaanderen echt nodig hebben.

Maar misschien nog meer dan de dossiers die ik zo-even vermeldde, is het de sociale pijler die die fameuze sociale triple A-status zal vormgeven. De verwachtingen zijn dus erg hoog gespannen. Maar u weet evenzeer dat de discussies over de rol van Europa op sociaal beleidsvlak even hoog oplopen. Het is per definitie een beleid waar het subsidiariteitsprincipe onverkort geldig moet zijn. En laat ons niet Europees regelen wat kan en moet gebeuren op lidstaatniveau, maar we mogen ook onze verantwoordelijkheid niet ontlopen. Als Europa een meerwaarde kan bieden, dan moeten we handelen.

Heel concreet denk ik daar aan het creëren van een gelijk speelveld voor nieuwe vormen van werk tegenover bestaande arbeidsvormen, een Europese aanzet die de lidstaten de nodige ruggensteun kan geven om op dat vlak rechtvaardigheid te scheppen.

Mevrouw de commissaris, we kijken uit naar uw voorstel over die sociale pijler en ik hoop dat dit initiatiefverslag van het Parlement een bron van inspiratie kan vormen voor de taak die u te wachten staat.

**Jutta Steinruck**, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Die EU hat ein chronisches Defizit, wenn es um ihre soziale Dimension geht. Deswegen brauchen wir mehr als Konsultationen und Diskussionen: Wir brauchen konkrete Gesetzgebung, die die soziale Dimension der Europäischen Union stärkt. Es ist wichtig, dass das Parlament heute sehr klare Linien hier beschließt, die die Kommission dann hoffentlich auch aufnimmt.

Für uns Sozialdemokraten gehört dazu unbedingt eine EU-Richtlinie für gerechte und gute Arbeitsbedingungen. Die muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten, auch für jene, die heute scheinbar selbständig sind, aber tatsächlich abhängig beschäftigt sind. Wir wollen ein Verbot der Null-Stunden-Arbeitsverträge. Für uns ist eine Kindergrundsicherung, eine sogenannte *child guarantee*, sehr sehr wichtig. Und ein faires Europa braucht ein Sozialprotokoll, ein europaweites Mindesteinkommen und eine silberne Regel für Sozialinvestitionen.

Deswegen: Bitte, liebe Kommission, handeln Sie jetzt! Das *social triple-A* wird schon lange versprochen, aber konkret ist bisher wenig geschehen.

**Arne Gericke**, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Thyssen! Lassen Sie mich meine Rede zum Bericht über die soziale Säule mal ganz biblisch beginnen: Bereschit – am Anfang war das Wort. Ja, genauso war es auch mit der sozialen Säule, die Kommissionspräsident Juncker in seiner *State of the Union*—Rede 2015 zum ersten Mal als Begriff in den Raum gestellt hat. Ich zitiere: „Ich möchte eine europäische Säule sozialer Rechte entwickeln, die uns als Kompass für den Euroraum dienen kann.“ So stand es geschrieben.

Leider laden Leerkörper wie die soziale Säule viele der in ihrer Regelungswut sehr kreativen Kollegen dieses Hauses dazu ein, sie mit Vorschlägen zu füllen. Und genau das ist auch mit dem Initiativbericht dazu passiert. Nicht einmal die einzige Vorgabe Junckers – eine Säule für den Euroraum – wurde akzeptiert. Nein, fröhlich fordert man Richtlinien, Vorgaben, Verordnungen für die EU 28, und dabei tut man so, als müsse man soziale Standards für Europa neu erfinden.

Liebe Kollegen, holen Sie doch bitte mal unser Licht unterm Scheffel hervor! Europa hat die höchsten Sozialstandards weltweit. Wir haben einen funktionierenden positiven Wettbewerb nationaler Sozialsysteme und lebendige Sozialpartnerschaft. Wir wachsen an unserer Vielfalt und respektieren Subsidiarität. Das soll so bleiben; das ist das europäische Sozialmodell.

Und ich wünschte mir, wir würden dieses Erfolgsmodell gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Sozialpartnern weiterentwickeln, statt hektisch an einer neuen Säule zu bauen, deren Tragfestigkeit ich schon heute schwer anzweifle. Ich wünschte, wir würden Bestehendes besser umsetzen, statt ständig mit neuen Superprojekten um uns zu werfen, nach neuer Macht zu greifen.

Europa hat einen gesunden sozialen Boden, mehr tragend als jede neue Säule. Ich vermute, wir werden einst auch von der sozialen Säule sagen: Am Ende bleibt es beim Wort.

**Enrique Calvet Chambon**, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente. Feliz año señora Thyssen. Es la primera vez que nos vemos, nos veremos mucho más. Debo agradecer a la señora Rodrigues y a todos los compañeros coponentes el enorme esfuerzo que han hecho con este excelente texto y empiezo muy brevemente preguntando: ¿Un pilar social por qué y para qué?

Vamos a lo esencial. Un pilar social en este momento es indispensable por tres motivos. Primero, para enfrentarse a las nuevas realidades que llegan desde las nuevas formas de trabajo —la tecnología, la adaptación a ella, las nuevas generaciones—, la sociedad civil se tiene que adelantar.

En segundo lugar, para combatir las desigualdades que una grave crisis económica y también la creación de una moneda única dentro la eurozona —una eurozona en construcción y creciente— inevitablemente han creado, hay que ocuparse de las personas paralelamente.

Y en tercer lugar, para hacer una más y mejor Europa alrededor de una ciudadanía que tiene su modelo: un modelo de coherencia, de competitividad dentro de la solidaridad. Por eso hemos trabajado para encontrar valores fundamentales con la señora Rodrigues y con los demás compañeros.

No es el pilar laboral, es el pilar social. Hablamos del derecho a una vivienda digna; hablamos, por supuesto, de la igualdad de género y de muchas cosas más. Si nos atenemos a esos textos fundamentales, la mayoría de mi Grupo va a votar por supuesto favorablemente a este valor, porque es una palanca, es un punto de partida para desarrollar acciones —y ¡ajo! financiarlas, pues es muy importante que no se quede en el vacío—, para favorecer a nuestra sociedad civil, no solo en el aspecto laboral. Evidentemente tendremos dificultades en el desarrollo práctico. Pero eso viene después. Admitamos, ahora el modelo de sociedad europea que queremos.

**Gabriele Zimmer**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Mit dem Titel „Säule sozialer Rechte“ hat die Kommission eine Riesenversprechung gemacht, und es gilt, diese Versprechung einzuhalten, weil ansonsten immer mehr Menschen von der EU enttäuscht sein werden und sich rechtem Populismus und Rechtsextremismus zuwenden.

Der erste Entwurf der Kommission, von dem Sie vorhin sprachen, Frau Kommissarin, war enttäuschend, weil tatsächlich nicht mehr als das, was wir bisher auch immer wieder als Ankündigungspolitik erhalten hatten, dort zu finden war. Wir hoffen sehr, dass im Ergebnis der öffentlichen Anhörung und der Beteiligung von Initiativen, von Organisationen, von Menschen an dieser öffentlichen Anhörung und eben auch vom Europäischen Parlament mit diesem Bericht doch mehr Konkretes in den Vordergrund gestellt wird. Wir wollen Sie eigentlich ermutigen, mit Ihrem Vorschlag dann im März auch in die entsprechende Richtung zu gehen.

Soziale Rechte schützen Menschen vor Ausbeutung und Machtmissbrauch. Kündigungsschutz, gute Tariflöhne, armutsfeste Mindesteinkommen – es geht eben um Würde, es geht um persönliche Freiheit, und es geht um gesellschaftliche Teilhabe. Dafür muss Geld investiert werden, dafür brauchen wir konkrete Maßnahmen. Und deshalb frage ich auch Herrn Gericke: Wenn das europäische Sozialsystem so gut funktionieren würde, wie Sie behaupten, dann frage ich mich: Warum leben 120 Millionen Menschen in der Europäischen Union in Armut? Das scheint aber egal zu sein für Sie.

Wir fordern, dass soziale Rechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben müssen. Die von der EVP getriebene Krisenpolitik der letzten Jahre hat mehr Armut geschaffen. Das Ergebnis sind mehr Armut, mehr Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, mehr Reichtum, Spekulationsgewinne auf der anderen Seite. Und wir stehen hier politisch in der Verantwortung, Dinge zu korrigieren, die schiefgelaufen sind. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen eine echte Sozialunion.

Dieses Parlament ist in der Pflicht, hier mehr zu tun, und ich unterstütze sehr den Beitritt der EU zur Sozialcharta des Europarates. Mindestlöhne in Höhe von 60 % des jeweiligen Medianlohns in den Mitgliedstaaten, Stärkung von Tarifverhandlungen auf allen Ebenen, eine Garantie für Kinder für freien Zugang zu Bildung, Betreuung, Wohnung, gutem Essen. Dem kann eigentlich niemand widersprechen.

Danke auch nochmal an Frau Rodrigues für die sehr ambitionierte Verhandlungsführung. Dafür hat sie unsere Unterstützung. Wir als Linke würden gerne weiter gehen. Aber das wäre ein erster Schritt.

**Tamás Meszerics**, a Verts/ALE képviselőcsoport nevében. – Elnök úr, köszönöm a szót! Biztos asszony, raportőr asszony, képviselőtársaim, engedjék meg, hogy a hazám nyelvén, magyarul szóljak most Önökhöz. Teszem ezt azért is, mert hiába vagyunk nagyon kevesen ebben a teremben, valószínűleg az ülészak egyik legfontosabb jelentéséről kéne most tényleges vitát folytatnunk. Persze a viták nem mindig itt zajlanak ebben a teremben, a viták nagy része lezajlott már az előkészítés során. Először is engedjék meg, hogy raportőr asszonnynak megköszönjem azt a fáradságos munkát, amivel lehetővé tette, hogy egyáltalán létrejöjjön ez a jelentés, ugyanis ez sem volt teljesen világos az első pillanatban, hogy ebben a parlamentben lehet-e egy ilyen jelentést elfogadni. Tehát az egyik legnagyobb előnye a jelentésnek az, hogy létezik, van benne rengeteg olyan konkrét javaslat, amit mind-mind külön-külön támogatunk, de most nem erről szeretnék beszélni.

Azt szeretném Önöknek elmondani, hogy a jelentés jogokról beszél, ahogyan a Bizottság előterjesztése is jogokról beszél. Nem pusztán jámbor elvekről, amiket hát vagy érvényesítünk, vagy nem, hanem érvényesíthető jogokról. Amennyiben a szociális jogok nem lesznek ilyenek Európában, a szétszakadás elkerülhetetlenül tovább fog folytatódni. Képviselőtársaim egy része előszeretettel beszél a szubszidiaritásról, csak az a helyzet, hogy a szubszidiaritás elve nem a legalacsonyabb szintet jelenti, hanem a legalacsonyabb hatékony szintet. Nézzenek körbe képviselőtársaim a nemzetállamokban, milyen hatékonysággal folyik a szociális jogok védelme, és utána döntsék el, hogy mi az a hatékony szint, ahol ezt kezelni lehet.

Ugyancsak vannak olyan politikai csoportok, akik a tárgyalások során, a jelentés előkészítése során, költségvetési fejelemre hivatkozva ellenezték bármilyen pénzügyi eszköz újragondolását. Na, most ugyanezek a csoportok, és néha ugyanezek a képviselők minden nehézség nélkül támogatnak olyan ötleteket, ahol a hadiipari lobbis ráteszi a kezét teljesen másra szánt európai alapokra. Uraim és Hölgyeim, vagy költségvetési fejelem van, vagy arra használjuk az európai alapokat, amire valók, ebből választani kell. Ha tovább folytatják ezt a következetlenséget, ez a következetlenség fogja szétvetni Európát, és nem a szociális jogok fészegetése.

**Laura Agea**, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie all'onorevole Rodrigues, Commissario, nel 2015 Juncker parlava di proteggere attraverso un pilastro dei diritti sociali i lavoratori, puntando il dito contro certi cambiamenti epocali del mondo del lavoro. Signori, mi dispiace informarvi che non si tratta di cambiamenti piovuti dal cielo, sono le riforme incoraggiate dalla Commissione che hanno fatto a pezzi il mercato del lavoro di questo continente, come quelle imposte agli italiani dal governo Monti, dal governo Renzi, e come quelle imposte ai greci dall'inquietante alleanza tra la Commissione e il Fondo monetario.

Chi oggi lavora in Europa non ha più nessuna garanzia contrattuale e nessuna protezione e la responsabilità è di quella Commissione che oggi si finge presa alla sprovvista dai cambiamenti mondiali e punta il dito verso la crisi globale come causa di tutti i mali. Non è la crisi del 2008 che ha smantellato i vecchi contratti, sono state le politiche neoliberiste finalizzate a trasformare l'uomo in un numero e la vita dei cittadini in pura contabilità, quelle politiche neoliberiste che ora ci volete continuare a imporre spacciandole come inevitabili, ma sono quelle stesse politiche che erano già nel cassetto da molto tempo, mancava solo il momento giusto per attuare misure straordinarie in tempi straordinari.

Non ci interessa un granché proteggere i lavoratori europei e ce lo dite pure in faccia, è scritto nero su bianco nelle comunicazioni della Commissione. L'obiettivo finale del pilastro non è salvare le persone ma permettere quella che è la costruzione di un'unione economica e monetaria più profonda. La vita umana è sottomessa alle esigenze della grande finanza.

Sarà forse un caso che, mentre la Commissione avvia le consultazioni sul pilastro sociale, il Fondo internazionale annuncia che le persone vivono troppo a lungo. Sì, perché è questo che ha affermato Christine Lagarde nel 2016, chiedendo poi ai governi di applicare politiche di cambiamento radicale per evitare che la lunga vita delle persone possa compromettere la stabilità finanziaria.

Signori della Commissione, Commissario, io credo che dietro agli effetti speciali del vostro pilastro si nasconda in realtà l'intento di seguire proprio gli inquietanti consigli del Fondo monetario. Se invece le vostre intenzioni sono genuine, allora fateci capire con chiarezza quali saranno le azioni concrete che farete per veramente realizzare il pilastro sociale, in cosa consisterà, al di là di documenti e parole, questo pilastro sociale. Cosa farete, perché con le parole non si sfamano 120 milioni di poveri che oggi lottano per la sopravvivenza. Non c'è bisogno di pensare a come si allungherà la vita dei cittadini, perché oggi sappiamo che i cittadini europei non sopravvivono.

**Dominique Martin**, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la prétention de ce dossier est tout à fait proportionnelle à son épaisseur et au flou artistique qui mêlent vœux pieux de protection des individus, égalité des chances et de l'accès au travail, concepts économiques et surtout monétaires.

Vous avouez clairement certains buts, tels que celui de créer un socle européen des droits sociaux qui puisse servir de boussole à la convergence de la zone euro, disant ainsi clairement que cette zone a perdu la boussole.

Vous avouez aussi que l'harmonisation en matière de santé et de sécurité au travail passera par une harmonisation des systèmes sociaux, c'est-à-dire de leurs caractéristiques nationales, et cela au détriment de la subsidiarité et de la proportionnalité.

Tout cela cache mal des buts plus officieux, tels que la captation par les États des budgets sociaux pour rembourser leurs dettes nationales, tout particulièrement dans la zone euro, dont le taux de chômage est supérieur de deux points à celui des zones hors euro. La Banque centrale européenne (BCE) sera alors seule en capacité de pratiquer, comme elle le fait déjà pour les banques, l'«hélicoptère monétaire» destiné à alimenter un matelas de sécurité contre la pauvreté.

Ce n'est pas une fiction, c'est pour demain. Si l'on en croit les projections à moins de dix ans, nous assisterons à des pertes massives d'emplois secondaires par la généralisation des procédés numériques et robotiques. Ce sera le revenu universel, héritier du salaire minimum européen, qui placera ainsi tous les Européens dans les seuils officiels de pauvreté.

Pour toutes ces raisons, nous sommes opposés à ce texte.

**Λάμπρος Φουντούλης (NI)**. – Κύριε Πρόεδρε, η Ένωση μιλά για την θέσπιση ευρωπαϊκού πυλώνα κοινωνικών δικαιωμάτων και, ταυτόχρονα, στην πράξη προωθεί συστηματικά την εκμετάλλευση των εργαζομένων, θυσιάζοντας το μέλλον τους στον βωμό της εξυπηρέτησης οικονομικών συμφερόντων των μεγάλων πολυεθνικών.

Οι ίδιοι που σήμερα μας ομιλούν περί κοινωνικών δικαιωμάτων, είναι οι ίδιοι που επιβάλλουν την πλήρη απορρύθμιση της αγοράς εργασίας στην Ελλάδα, είναι οι ίδιοι που, χωρίς καμία εξήγηση, απαίτησαν την κατάργηση ή την πλήρη υποβάθμιση των συλλογικών συμβάσεων εργασίας στον ιδιωτικό τομέα. Η λίστα με τις ενέργειες των ευρωπαϊκών θεσμών είναι μακρά. Εκτός της ληστρικής φορολόγησης, περιλαμβάνει επίσης απελευθέρωση ομαδικών απολύσεων, ενώ με τις νέες ευέλικτες μορφές εργασίας, πολλοί εργαζόμενοι στην Ελλάδα δουλεύουν, φαινομενικά, με καθεστώς ημιαπασχόλησης, αλλά στην πραγματικότητα έχουν ωράρια που ξεπερνούν το οκτάωρο. Σε συνδυασμό με την –επίσης επιβληθείσα– τρομακτική μείωση του βασικού μισθού, έχουμε το αποτέλεσμα, εργαζόμενοι να δουλεύουν ίσως και δέκα ώρες την ημέρα για 250 ευρώ.

Εάν θέλατε πράγματι σύγκλιση και μάλιστα προς τα πάνω, το πρώτο πράγμα που θα θεσπίζατε θα ήταν ενιαίος πανευρωπαϊκός βασικός μισθός. Επειδή αυτό δεν θα το κάνετε ποτέ, κρίνω πως σκοπός είναι η εξυπηρέτηση οικονομικών συμφερόντων και μόνο.

**Thomas Mann (PPE)**. – Herr Präsident! Für die Arbeitnehmer – sowohl die Beschäftigten als auch die von Arbeitslosigkeit Betroffenen – haben wir eine klare Botschaft: Wir wollen ein soziales Europa, das sie nicht allein lässt. Arbeitsbedingungen müssen fair sein, Wohlfahrtssysteme in den Mitgliedstaaten müssen dauerhaften Sozialschutz bieten. Eine europäische Säule sozialer Rechte kann Instrumente aufzeigen, muss jedoch die Eigenständigkeit in den Mitgliedstaaten berücksichtigen: Unterschiede in der Lohnentwicklung, Unterschiede bei den Mindesteinkommen. Dabei brauchen wir volle Transparenz, keine geheime Kommandosache. Wir müssen sichtbar werden, spürbarer werden und hörbarer werden. Das Programm der EVP – ein modernes soziales Europa – ist dafür eine inhaltlich ausgezeichnete Grundlage.

Ich habe im Beschäftigungsausschuss einen Antrag eingebracht, über den heute auch abgestimmt werden wird. Ich habe vorgeschlagen, einen EU-Sozialkonvent einzuberufen – nicht nur online und nicht nur, um eine Konferenz zu haben, sondern dauerhaft –, die Betroffenen einzuladen: von Arbeitslosigkeit Betroffene, Jugendliche, Ältere, Ausgegrenzte, Sozialpartner sind einzubeziehen. Wir brauchen ihre Erfahrung. Das Europäische Parlament wird eine zentrale Rolle dabei spielen müssen, auch die nationalen Parlamente – Stichwort Subsidiarität – und die Zivilgesellschaft. Und wir brauchen die Unternehmen, die die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Und ich habe einen speziellen Jugendsozialkonvent vorgeschlagen. Die Jugendlichen müssen zu Wort kommen können.

Wir brauchen also Reformprozesse für nachhaltige Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten und für dynamische Arbeitsmärkte. Das ist das Ziel. Dann hat die europäische Säule sozialer Rechte eine Chance, ein Gewinn zu sein.

**Marita Ulvskog (S&D).** – Herr talman! Jag kan instämma i väldigt mycket av det som herr Mann sa. Det finns ju en bred samstämmighet i denna fråga, nämligen vikten av att särskilt stödja en social utveckling genom insatser av de slag som Maria João Rodrigues har tagit fram i sitt lovvärda betänkande.

Jag vill särskilt lyfta fram ändringsförslag 4 om ett socialt protokoll. Ett socialt protokoll skulle slå fast att grundläggande mänskliga och fackliga rättigheter inte är underordnade de ekonomiska friheterna på den inre marknaden. Det är centralt. Om EU inte kan säkra medborgarnas grundläggande sociala rättigheter, som likabehandling av arbetstagare och principen om lika lön för lika arbete, så är det väldigt stor risk att människor i fler EU-länder kommer att vända hela det europeiska projektet ryggen. Vi ser det redan i dag.

Därför fullt stöd, full uppslutning kring det förslag som Maria Rodrigues har tagit fram.

**Czesław Hoc (ECR).** – Panie Przewodniczący! Oczywiście, że popieramy aktywne formy współdziałania w kwestiach społecznych: współpracę i dialog społeczny. Popieramy Europę bez barier dla osób niepełnosprawnych, przeciwdziałanie ubóstwu dzieci i ochronę ich praw, wzmacnianie praw osób w starszym wieku, przeciwdziałanie bezdomności, programy zatrudniania osób młodych, ochronę osób wykluczonych z rynku pracy, prawa i integrację Romów itd., ale nie popieramy odgórnego narzucania standardów i pouczenia w oderwaniu od realiów gospodarczych i społecznych poszczególnych państw członkowskich. Brak też akceptacji naruszania zasady subsydiarności oraz możliwości pogorszenia konkurencyjności poszczególnych państw członkowskich.

Poza tym wiele z tych szczytnych celów jest niestety w istocie działaniami pozornymi, nadal jest ubóstwo dzieci, wykluczenia, marginalizacja, bezrobocie wśród ludzi młodych. Sprawozdanie domaga się też wysokiej jakości zatrudnienia kobiet, w tym na wysokich stanowiskach. Zatem pytanie – niestety retoryczne – ile kobiet objęło stanowisko na najwyższych trzech urządach Unii Europejskiej, tj. szefa Parlamentu Europejskiego, Komisji Europejskiej i Rady Europejskiej?

**Morten Løkkegaard (ALDE).** – Hr. formand! Allerførst vil jeg sige, at dette er et meget sympatisk forslag, det er en meget sympatisk tanke med den sociale søjle. Der er brug for at samtænke økonomi og sociale forhold og have europæiske svar på de udfordringer, der er på dette område. Når det så er sagt, skal man jo også respektere medlemsstaternes kompetencer og traktaterne, og det går jeg ud fra, at Kommissionen er indstillet på. I den forbindelse er det ikke nogen hemmelighed, at vi i de nordiske lande har meget velfungerende modeller på dette område, som handler om fleksibilitet, og hvor fleksibiliteten står i centrum, hvor det er et spørgsmål om, at arbejdsmarkedets parter frivilligt samarbejder om at skaffe de bedste modeller. Det har været en stor succes gennem snart hundrede år. Det forslag, der foreligger nu, lægger op til en lang række lovmæssige indgreb, som vi selvfølgelig er stærkt bekymrede over. I den forbindelse snakker man bl.a. om en lovfastsat europæisk mindsteløn, men jeg er glad for, at jeg i de danske aviser har set kommissæren lægge afstand til dette. Der er brug for en frivillig ordning og for, at man selvfølgelig vil respektere det her. Det vil jeg gerne bede kommissæren om at bekræfte.

**João Pimenta Lopes (GUE/NGL).** – Senhor Presidente, o ataque aos direitos sociais na Europa tem sido promovido ao longo de décadas pela direita e social-democracia e decorre da vossa matriz de classe. Estão preocupados com o défice social na Europa? Defendam a regulação dos horários de trabalho, a jornada de trabalho que não ultrapasse as 8 horas. Salário igual para trabalho igual, o fim de qualquer forma de trabalho precário, a contratação coletiva e o papel das organizações de trabalhadores, o aumento real de salários e uma justa e efetiva distribuição da riqueza, a segurança social pública universal e solidária, propostas que não se encontram neste relatório.

Este pilar social abre o caminho da harmonização laboral, da harmonização dos sistemas de proteção e segurança social. Será mais um logro que prosseguirá a ofensiva contra os direitos dos trabalhadores, reduzir os padrões dos direitos laborais e sociais subjugados aos mecanismos da governação económica e do euro, alimentando as políticas de empobrecimento e exploração. Não se pode fazer lavagem social de um edifício antissocial e esperar que daí resulte progresso.

**Terry Reintke (Verts/ALE).** – Mr President, there is a poisonous fear going around Europe and the world at the moment: the fear of losing something, of losing jobs, of being deprived of social rights, the fear of ending up in poverty and precariousness, having to work at three jobs, 60 hours a week without breaks, without a pension to prevent poverty, without a security net to fall back on. We can meet this fear with ignorance, by simply denying it exists, but in the end we will all lose when right-wing populists and those wanting to profit from this fear find scapegoats in the weakest members of our societies.

But we can also meet this fear with the strongest asset that this continent holds: solidarity. Yes, to fight inequality we will need to tackle big macroeconomic issues, we will need good regulatory measures and we will need more tax justice. But we will also have to start with the reality of the very ordinary people – of the Romanian child, the worker in Ireland, the unemployed in Greece, the pensioner in the Netherlands. It is precisely through this proposal, the pillar of social rights, that we can meet the fears and the realities of very ordinary people. Mr Juncker said that we need to do big things big in the European Union. I would like to say to Madam Thyssen that this is a big thing and I hope, Madam Thyssen, that you will do this big.

**Bill Etheridge (EFDD).** – Mr President, here we have a classic case of where socialist dreams meet reality. From the hermetically sealed, artificially lit Chamber that we sit in, people decide to make plans and directives and legislation to change the world to achieve socialist utopia: fundamental social rights for children, women and workers all across the EU; a single European social model. Here's the problem: until then, it's all so far, so socialist heaven. However, the problem is that we all emerge from the womb free. It's not for the government or the EU to tell us how free. We're free to compete; we're free to have different views; we're free to do things differently in different countries. Let's not stand in the way of human nature. Let's compete, strive and struggle to improve ourselves.

*(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))*

**Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés.** – Elnök úr, tisztelt képviselő úr, Ön amit most az imént mondott, az számomra egy teljesen érthetetlen dolog, egy világos összefüggés van aközött, hogy ahol kiterjedt szociális jogok érvényesülnek, ott van is gazdasági növekedés, és fordítva. Európának pont az a baja, hogy nincsenek szociális jogok széles körűen alkalmazva, ezért nem tudunk növekedni. Ön ezt cáfolja, vagy megerősíti?

**Bill Etheridge (EFDD), blue-card answer.** – Thank you; I think that's the first blue card I've ever had, so I feel very honoured to have been asked a question! I think there is an absolute link between the European model of social rights and economic growth – it strangles it; it's the whole reason why the EU lags behind in growth, and why countries outside of it grow quicker, with all these well-intentioned schemes and costly ideas. What you actually do is cripple your economies. A better idea is to live by your means, live how you can afford – and yes, give people good rights and good conditions, but let's work for them, let's earn them, and let's compete for them.

**Danuta Jazłowiecka (PPE).** – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Nie ulega wątpliwości, że państwa członkowskie muszą zmodernizować rynki pracy i politykę społeczną. Ciągłe zmieniający się świat pracy, globalizacja, cyfryzacja, starzenie się społeczeństwa, nowe modele biznesowe – to są wszystkie zjawiska, które wymagają szybkich i skutecznych rozwiązań.

Według zapowiedzi Komisji Europejskiej filar spraw społecznych ma stanowić ramy dla polityki społecznej i zatrudnienia i ma wspierać reformy na szczeblu krajowym. To bardzo słuszny kierunek. Niestety, sprawozdanie przyjęte przez Komisję Zatrudnienia w wielu miejscach wychodzi znacząco poza te ramy. W mojej ocenie europejski filar praw społecznych powinien po pierwsze, respektować zasadę subsydiarności. Ze względu na duże różnice w organizacji rynku pracy Europa nie jest gotowa na tworzenie jednolitych rozwiązań dla wszystkich państw. Po drugie, kluczowym elementem filaru powinno być egzekwowanie obowiązującego prawodawstwa w celu respektowania praw pracowniczych. Ze względu na nowe trendy i cyfryzację powinniśmy stworzyć ramy prawne dla nowych form zatrudnienia bez zbędnej zmiany istniejących dobrych rozwiązań prawnych. Po trzecie, poziom rozwoju społecznego jest pochodną postępu gospodarczego. Filar powinien tworzyć ramy, a nie narzucać odgórne, konkretne standardy społeczne. Lepsza współpraca w ramach rynku wewnętrznego, sprawniejszy przepływ pracowników, dóbr i usług – to wszystko są zjawiska, które pozwolą na szybszą konwergencję społeczną.

Bardzo dziękuję sprawozdawcy grupy PPE Tomowi Vandenkendelaere za prowadzone negocjacje, podczas których dbał o przestrzeganie obowiązującej zasady subsydiarności, szczególnie dzisiaj bardzo, bardzo ważnej dla państw członkowskich, by nie doprowadzić do pogłębienia się Europy dwóch prędkości.

**Brando Benifei (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tra qualche ora il Parlamento europeo è chiamato a votare sulla sua relazione su un pilastro europeo dei diritti sociali. Sono grato alla relatrice Rodrigues per il documento che ha presentato, lungimirante, ambizioso, che davvero traccia la rotta per il rilancio dell'Europa.

I risultati della consultazione pubblica del 2016 devono essere letti con attenzione e interpretati come un ennesimo segnale d'allarme sul deterioramento delle condizioni socioeconomiche nei nostri paesi. Il Parlamento europeo oggi deve dimostrare di saper fare il proprio lavoro. Dobbiamo esigere che il pilastro dei diritti sociali non si limiti a una dichiarazione di buone intenzioni ma crei strumenti concreti e specifici, tramite legislazione, tramite nuovi meccanismi politici, con migliori e più efficienti strumenti finanziari.

Nella lista di iniziative proposte voglio sottolinearne tre: ottenere una direttiva quadro sulle condizioni di lavoro dignitose in tutte le forme di occupazione, realizzare un sistema europeo di assicurazione contro la disoccupazione e, infine, esigere che i diritti delle persone con disabilità siano rafforzati e rispettati, trovando il giusto spazio all'interno del pilastro. Continuiamo a lavorare su questo insieme.

**Helga Stevens (ECR).** – Ik ben absoluut voorstander van een sociaal Europa, maar we moeten ons durven afvragen hoe dit sociaal Europa het best kan worden bereikt.

Dit verslag gaat echter de verkeerde weg op. Om te beginnen schendt het herhaaldelijk het subsidiariteitsbeginsel. Willen we de burgers niet verder van de Unie vervreemden, dan moet sociaal beleid zo dicht mogelijk bij de burgers worden uitgevoerd. De toegevoegde waarde van de EU ligt vooral in coördinerende maatregelen, *benchmarking* en het uitwisselen van goede praktijken. Zo kunnen we ook opwaartse convergentie realiseren.

Ten tweede wil ik benadrukken dat sociale welvaart niet kan worden gebouwd op een economisch kerkhof. Een competitief Europa is een essentiële voorwaarde voor een sociaal Europa.

Tot slot mogen we niet bang zijn voor flexibiliteit. Immers, flexibele arbeidscontracten zijn één van de manieren om mensen aan de slag te krijgen of terug aan het werk te helpen. Werk is immers nog steeds de beste sociale bescherming. Daarnaast, en dit is voor mij ook zeer belangrijk, is het aan de lidstaten om aanvullend in voldoende sociale bescherming te voorzien.



**Lynn Boylan (GUE/NGL).** – Mr President, if the social pillar is to be successful and deliver on its stated aims, it has to represent what the citizens of Europe need and want. I hope that through the contributions made by Parliament, social partners and civil society, the social pillar can be aligned so as to guarantee social rights in the manner that citizens deserve and in a manner that will address poverty, income inequality and other serious social injustices. We need to work towards a situation where social policy is not considered a burden to economic growth, but rather that the two are considered to be symbiotic. We must stop the subordination of the social to the economic. It is a chance for the EU to move in the right direction: to prove that it is capable of change. Therefore, I urge the Commission to seize this opportunity and to not let the citizens down. However, if 'business as usual' continues, then citizens will suffer and the rise of euroscepticism will continue.

*(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))*

**David Coburn (EFDD), blue-card question.** – You just said – and I was totally mystified – that you should subordinate the economic to the social. Surely, if you've got an economic mess, you cannot possibly improve people's social conditions. Surely that is complete common sense, otherwise it's economic illiteracy. Can you explain to me how, if you've got a catastrophic economic situation, you can possibly help people's social movement or improve their social life. The best way to improve social rights and everything else is to have a booming economy. Everything else, I think, is nonsense. So please enlighten me on how you can reverse gravity. I'd really love to know.

**Lynn Boylan (GUE/NGL), blue-card answer.** – I will happily enlighten you, because we continue to treat the market as though it is some sort of god – 'we must not interfere with the market'; 'the market will react'. Well, the market depends on people being able to spend money, and if you don't have any money, then the markets cannot successfully work. So we need to pay people a decent living wage; we need to ensure that they can rent properties, unlike in my country, Ireland, where they're being made homeless because they can't afford the rent and we are having to pay for them to stay in hotels. That's about subordinating the social to the economic. This week, Oxfam announced that eight billionaires own the same amount of money as 50% of the population of the world. Unless we address that inequality, then I'm afraid your wonderful market is doomed to fail when people don't have the money to spend in it.

**Jordi Solé (Verts/ALE).** – *(The speaker prefaced his remarks with a few words in Catalan.)* Mr President, social rights should not be just a pillar of the European Union; they must be their foundation and their priority, because there is no real European project without social justice, and there is no social justice without social investment, without tax justice, without effective redistribution, without accessible and quality public services, without decent working conditions, without the minimum of economic security, without an effective right to housing, without gender equality, and without opportunities for all – especially for the young.

Probably, if the European Union had long had social Europe really on its agenda, we would have better navigated through the crisis that has had such a negative impact on social cohesion in Europe – especially in certain countries, including mine, Catalonia. Let us not make the same mistake again. Let us bring social content finally to the European political project.

**Anne Sander (PPE).** – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, l'Europe sera sociale ou ne sera pas. En effet, nous ne pouvons baser notre vivre ensemble simplement sur un marché unique. La concurrence n'est plus viable sans la convergence. En soutenant cette initiative en faveur d'un pilier social, nous envoyons un message fort. Le Parlement veut une Europe qui protège les salariés précaires, qui accompagne les jeunes et les seniors, qui combat les discriminations, qui favorise la mobilité des apprentis et qui permet à tous de trouver un emploi.

C'est un enjeu également pour nos petites et nos moyennes entreprises et nos artisans qui souffrent du dumping social et de l'absence de coordination entre les pays. Toutes les mesures que nous prendrons devront veiller à ne pas compliquer les embauches et à ne pas piétiner la subsidiarité.

Sur les nouveaux emplois du numérique, je pense qu'il est urgent de clarifier les règles applicables pour favoriser une économie du numérique qui soit juste et équitable. Mais créer une nouvelle directive alors que nous n'avons toujours pas défini ces nouveaux emplois est, à mon sens, prématuré.

Chers collègues, l'Europe sociale est une priorité et, pour ma part, je voterai ce rapport.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D).** – Europai šiandien kaip niekad trūksta stipraus socialinio pagrindo, norint išlaikyti pasitikėjimą Europos Sąjunga. Žmonės nori gyventi geriau, turėti stabilų darbą, pajamas, jausti ekonominę ir finansinę saugumą, užtikrinti savo vaikams ateitį. Todėl Europos Sąjunga ir valstybės narės privalo dirbti kartu, kovoti su vis didėjančiu skurdu, ypač vaikų skurdu. Kreipiuosi į Komisijos narę: būtina kuo skubiau sukurti Vaikų garantiją, pagal kurią būtų galima taikyti konkrečias, finansiškai pagrįstas priemones, kurios padėtų skurstantiems vaikams visoje Europos Sąjungoje. Taip pat mes privalome sukurti palankią aplinką šeimoms, kad žmonės galėtų derinti profesinę ir asmeninį gyvenimą. Tačiau tam būtina, kad Komisija pateiktų teisės aktus dėl motinystės ir tėvystės atostogų, pagerintų vaikų priežiūros atostogų sąlygas bei ES lygiu priimtų Slaugytojų direktyvą. Komisijos nare, aš iš visos širdies nuoširdžiai dėkoju, jog Jūs šiandien dar kartą patvirtinote, kad pavasarį pateiksite visą paketą dėl profesinio ir asmeninio gyvenimo suderinimo, o mes pasirengę dirbti kartu.

**Zbigniew Kuźmiuk (ECR).** – Panie Przewodniczący! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę, że działania Komisji Europejskiej, jakie będzie ona podejmowała w sprawie filaru spraw społecznych, powinny przestrzegać zasady pomocniczości. Chcę przy tym zwrócić uwagę, że w moim kraju, w Polsce, jest realizowany od blisko roku pronatalistyczny program „Rodzina 500+” wspierający kwotą blisko 120 euro miesięcznie na dziecko rodziny wychowujące dwoje i więcej dzieci, a także mniej zamożne rodziny z jednym dzieckiem. Program dotyczy blisko 4 mln dzieci, a więc około połowy wszystkich do osiemnastego roku życia, i kosztuje 23 mld złotych rocznie, a więc blisko 1,5 % polskiego PKB, i jest wielką inwestycją młode pokolenie.

Chciałbym przy tej okazji zwrócić się do Komisji z postulatem, aby tego rodzaju programy realizowane przez poszczególne państwa członkowskie mogły być w przyszłości wspierane z Europejskiego Funduszu Społecznego. Wszak problemy demograficzne ma zdecydowana większość krajów unijnych.

**Κωνσταντίνα Κούνηβα (GUE/NGL).** – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρώπη υπερηφανεύεται για το κοινωνικό της μοντέλο αλλά, εάν δούμε τους άνεργους της Ελλάδας ή τους εργαζόμενους της Βρετανίας και της Γερμανίας με τις «μηδενικές» συμβάσεις, δηλαδή τους σκλάβους του 21ου αιώνα, συνειδητοποιούμε ότι καταστρέφεται το περίφημο μοντέλο μας. Γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει σκληρούς κανόνες για τους προϋπολογισμούς και τις αγορές, προβλέπει ποινές και πρόστιμα, αλλά δεν έχει ανάλογους κανόνες για τα εργασιακά και κοινωνικά δικαιώματα παρά μόνο λόγια και ευχές.

Ο κοινωνικός πυλώνας που προβλέπει τις ελεύθερες συλλογικές διαπραγματεύσεις για τους μισθούς και τους άλλους όρους συνεργασίας, πρέπει να υποχρεώνει κάθε χώρα, την Επιτροπή και την Ευρωπαϊκή Τράπεζα να στηρίζουν αυτή τη θέση. Επομένως, να μην επιβάλλουν κατάργηση των συλλογικών συμβάσεων και να κρύβονται πίσω από το ΔΝΤ όπως προσπαθούν να κάνουν στην Ελλάδα.

**Sofia Ribeiro (PPE).** – Senhora Presidente, cara Colega Maria João Rodrigues, há muitos pontos de convergência entre o PPE e os socialistas relativamente ao projeto europeu. Assim tem sido ao longo da história desta instituição. Concordamos que as políticas económicas têm que ter um efeito social positivo, que deve haver um financiamento adequado das políticas e programas europeus. Concordamos que a convergência económica não foi acompanhada pela ambicionada convergência social.

A questão central reside nos mecanismos que devem ser ativados para que haja uma harmonização também a nível social, dando cumprimento ao projeto europeu. Mas há pontos que nos separam, Senhora Deputada. Para podermos contribuir para o desenvolvimento da Europa não podemos deixar de ter em conta o funcionamento da mesma, de considerar quais as competências da Comissão e quais as competências dos Estados-Membros, porque se não o fizermos estaremos a fazer promessas vãs aos nossos concidadãos. Não conte comigo para propostas demagógicas, tão arbitrarias que se tornam vazias, nem que põem em causa a soberania dos Estados-Membros ou desrespeitem os parceiros sociais.

Enquanto a Senhora andou, nas últimas horas, a fazer conferências de imprensa a acusar o PPE de perverter o seu relatório, nós andávamos a negociar para que possamos aprovar daqui a pouco um pilar social europeu. Sem as emendas do PPE tal não teria sido possível. Fizemo-lo, porque o que nos move não são as tricas partidárias, o que nos move é a defesa dos interesses dos cidadãos europeus.

**Георги Пирински (S&D).** – Днес пред този парламент се открива наистина историческият шанс да начертае посоката към същински нов курс за Европа. Докладът Родригес за Европейския стълб за социални права дефинира базисните характеристики на нова социална Европа като едничкия шанс за Европейския съюз да си възвърне доверието на своите граждани и да възстанови статута си като предлагаш най-високото качество на живот.

Става дума за приемането на рамкова директива за достойни условия при всички форми на заетост, включително онези, възникващи в резултат на цифровизацията; разширяване на системите за социална сигурност, за да обхващат всички хора заети във всички форми на работа, включително самонаетите; гаранции за достойни заплати и координирани увеличения на националните нива на минимални заплати към шестдесетте процента на средно претеглените национални равнища на заплащане.

Крайно време е да отговорим на волята на хората. Ето и декларацията на българските синдикалисти: „Ако тези основни параграфи отпаднат от доклада, ще бъдат застрашени планираните подобрения в условията на труд и живот в Европа и ще остане неистовият стремеж да се запази експлоататорския договор за нула часова заетост.“ Никои днес тук не може да си позволи подобно нещо да се случи.

**Javi López (S&D).** – Señor presidente, comisaria. Estamos ante el mayor reto que va a tener la Unión Europea en los próximos años en esta segunda parte del mandato. Un pilar social, un pilar de derechos sociales que recupere el alma europea; que conecte de nuevo con millones de ciudadanos que durante estos últimos años han desconectado de las instituciones europeas; que intente arreglar buena parte de los problemas institucionales de la moneda euro y, a la vez, que recupere la voluntad de convergencia y de redistribución que debería tener la Unión Europea.

Ante ello, medidas concretas como una tabla de salarios mínimos, la mejora de la negociación colectiva, la garantía infantil, la voluntad de tener un mecanismo de desempleo, una prestación de desempleo europeo, que permitan tener un objetivo. Un pilar social que vaya más allá de una carta de buenas voluntades.

No podemos volver a cometer los errores que hemos cometido con la Europa 2020 o la Estrategia de Lisboa, que han quedado en papel mojado, teniendo en cuenta que hoy tenemos ciento veinte millones de pobres o de personas en riesgo de exclusión social en Europa.

*Procedura „catch the eye“*

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Souhlasím s tím, abychom na úrovni Evropské unie garantovali základní práva, včetně sociálních práv, a pomáhali členským státům, aby mohly vytvářet dobré sociální politiky, snižovat nezaměstnanost. Paní komisařka zde velmi správně uvedla, že politika zaměstnanosti a sociální zabezpečení zůstává plně v rukou členských států, a my to budeme respektovat.

Ve zprávě se opakovaně zmiňuje evropský model sociálního státu. Musím upozornit, že nic takového neexistuje. Máme 28 sociálních politik, které vychází ze 3 modelů sociálního státu podle jejich historického a politického vývoje. Sociální a platovou konvergenci, kterou si přejeme napříč evropskými státy, nemůžeme dosáhnout nařízením z centra a novými směrnici, ale jedině ekonomickým růstem, politickou stabilitou a větší efektivitou. Pokud bychom měli postavit pilíř sociálních práv, musíme ho postavit na pevných základech a přijetí všech zemí. Poučili jsme se z brexitu?

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il protrarsi della crisi della zona euro ha inferto un duro colpo alla dimensione sociale dell'integrazione europea.

Molti Stati membri sono stati costretti ad attuare rigide misure di risanamento di bilancio che si sono tradotte in gravi disagi sociali. Senza un quadro comune europeo gli Stati membri sono destinati a restare intrappolati in una concorrenza distruttiva, fondata su una gara al ribasso degli standard sociali.

Un pilastro europeo dei diritti sociali può essere credibile solo se accompagnato da adeguate risorse a livello nazionale ed europeo in grado di garantire la realizzazione degli obiettivi stabiliti. Occorre, se necessario, rivedere il quadro finanziario pluriennale 2014-2020, rafforzare ulteriormente l'iniziativa a favore dell'occupazione giovanile e garantire il pieno utilizzo del FES e del Fondo europeo di aiuti agli indigenti. Tali strumenti finanziari vanno potenziati anche con riferimento all'istruzione e alla formazione, alla riqualificazione professionale, alla lotta alla povertà e alle sfide impreviste fino a qualche anno fa, come l'integrazione dei rifugiati nel mercato del lavoro.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή μιλά για την κοινωνική διάσταση της Ευρωπαϊκής Ένωσης και το κοινωνικό «τριπλό Α», ενώ ακόμη και τώρα συνεχίζει να υποστηρίζει την πολιτική της λιτότητας που γέμισε την Ευρώπη με στρατιές ανέργων και με 120 εκατομμύρια φτωχούς. Μια πολιτική που έστειλε τη νέα γενιά στη μαζική ανεργία και στην υποαασχόληση.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, με το Σύμφωνο Σταθερότητας και τη βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή, διέλυσε το κοινωνικό κράτος και το συνταξιοδοτικό σύστημα. Ταυτόχρονα, σε χώρες με μνημόνια, όπως η Ελλάδα, η Ιρλανδία, η Κύπρος, η Πορτογαλία και η Ισπανία, πετσοκόπηκαν μισθοί και συντάξεις. Στην Ελλάδα μάλιστα, η τρόικα δεν αναγνωρίζει καν το δικαίωμα της σύναψης συλλογικών συμβάσεων.

Αν θέλετε λοιπόν, κύριοι της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, την κοινωνική Ευρώπη, αφήστε τα μεγάλα λόγια και τις περιφημες διασκέψεις και εγκαταλείψτε τη λιτότητα και τα μνημόνια, καταργήστε το Σύμφωνο Σταθερότητας, υιοθετήστε πολιτικές για δίκαιη διανομή του παραγόμενου πλούτου, εγκαταλείψτε την πολιτική των ελαστικών σχέσεων εργασίας, στηρίξτε τον πανευρωπαϊκό ενιαίο μισθό.

**António Marinho e Pinto (ALDE).** – O chamado «Pilar Europeu dos Direitos Sociais», tal como foi aqui apresentado pela relatora Maria João Rodrigues, deve ser encarado como a pedra angular da coesão europeia. Entre esses direitos sobressai, naturalmente, o direito a um salário mínimo europeu, ou seja a um limite abaixo do qual não seja permitido remunerar o trabalho. Os direitos sociais são hoje uma das dimensões fundamentais dos direitos humanos e estes, no seu conjunto, só poderão realizar-se historicamente se as necessidades básicas das pessoas estiverem satisfeitas.

Por isso, o combate à pobreza assume hoje, neste contexto, um significado estratégico não só pelos seus efeitos no crescimento económico, mas sobretudo como fator relevante de paz social. A pobreza acaba sempre por gerar violência.

**Paloma López Bermejo (GUE/NGL).** – Señor presidente, los derechos sociales son los grandes ausentes de la construcción europea y por ello recibimos con sorpresa la propuesta de la Comisión de crear un pilar social de derechos. Con sorpresa, pero también con cierta perplejidad, pues las políticas económicas promovidas por la Unión Europea en el marco del euro se resumen en el desmantelamiento progresivo de las instituciones que protegen a la mayoría trabajadora.

No sería la primera vez, por desgracia, que la Comisión Europea nos promete algo para ofrecernos al final lo contrario. Por eso es importante escuchar al Parlamento, que en este informe detalla muchas de las iniciativas necesarias para que el pilar de derechos sociales no sea otra cortina de humo.

El cumplimiento de la Carta Social Europea, una Directiva marco sobre el trabajo decente, un sistema de rentas mínimas por encima del umbral de la pobreza, el refuerzo de la negociación colectiva: todas son iniciativas concretas y necesarias que la Comisión deberá tener en cuenta.

**Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, όσο αυξάνονται οι φιλανθρωπικές συνθηματολογίες των ευρωενωσιακών οργάνων κάτω από τη λαϊκή αγανάκτηση, τόσο χειροτερεύει η εργασιακή ζούγκλα. Ο ευρωπαϊκός πυλώνας κοινωνικών δικαιωμάτων είναι ύπουλη προσπάθεια, μέσα από πάντα ανέξοδα συνθήματα, με σκοπό να απομείνουν τελικά ρυθμίσεις χειροτέρευσης της κατάστασης των εργαζόμενων. Συμπιέζει εργασιακά κοινωνικά δικαιώματα προς τα κάτω, προωθώντας τη «δίκαιη μοιρασιά» μεταξύ φτωχών και εξαθλιωμένων, αποκλείοντας κάθε επιβάρυνση της εργοδοσίας. Η εργασία με πλήρη δικαιώματα μετατρέπεται επικίνδυνα σε αξιοπρεπή, δήθεν, εργασία και επαρκές εισόδημα απλά επιβίωσης.

Προωθεί την ενεργό γήρανση, δηλαδή, μερική σύνταξη με μερική εργασία, εκβιαστικά, αφού οι συντάξεις τσακίστηκαν. Προετοιμάζει αύξηση ορίων ηλικίας με βάση το προσδόκιμο ζωής, προωθεί τον καθορισμό από το κράτος του κατώτερου και υποκατώτερου μισθού, την ταφόπλακα «συλλογικές συμβάσεις εργασίας» με κριτήριο την ανταγωνιστικότητα, τα κέρδη, για τα οποία μόνιμα θυσιάζονται μισθοί, επιδόματα, δικαιώματα. Μιλάει για μισθούς ανά περιφέρεια, δηλαδή ειδικές οικονομικές ζώνες και κάτεργα. Οι εργαζόμενοι να ανησυχούν! Να οργανώνονται, να αντεπιτεθούν!

**Csaba Sógor (PPE).** – Mr President, while I commend the report for pointing out the vast number of social challenges EU countries are faced with, I find that it misjudged the causes of problems and consequently insists on the wrong solution. The issue is not that the EU is not social enough. I would point out that the EU accounts for approximately 7% of the world's population but around 40% of global public social expenditure.

Existing social challenges are not so much a result of missing social policy but mainly of insufficient reforms, including to the labour market, and the lack of economic growth and job creation. A more social Europe should not be one that throws money at every problem it identifies, or one that stifles competitiveness – a precondition for job creation and sustainable social protection. Rather, in full respect for subsidiarity, it should be one that promotes sound economic policies and encourages national reforms in areas such as education and active labour market policies.

**Jean-Paul Denanot (S&D).** – Monsieur le Président, le premier des droits que l'Union européenne doit assurer à ses concitoyens, c'est évidemment le droit au travail. Mais cela ne suffit pas, il faut que ce travail soit un travail décent qui permette à chacun de vivre sa vie, de faire ses choix personnels et de participer à la vie collective.

Destiné à éclairer la Commission sur ce que doit être le socle européen des droits sociaux, le rapport de Maria João Rodrigues, constitue une réponse globale aux promesses qu'a faites, ici même, M. Jean-Claude Juncker sur le triple A social.

Ce droit au travail doit comprendre d'autres droits protecteurs pour les salariés, hommes et femmes, qui ne doivent pas être confrontés à l'incertitude du lendemain. En effet, comment construire sa vie avec un contrat de travail à zéro heure? Comment construire sa vie dans l'inquiétude de ne pas avoir de pension de retraite? Comment construire sa vie dans la peur de ne pas être soigné en cas de maladie? Comment, aujourd'hui, construire sa vie sans accès aux services publics et au numérique?

L'Union doit répondre à ces questions et, bien entendu, assurer les financements nécessaires les concernant. Sans cela, nous resterions dans le domaine de l'incantation.

**Krzysztof Hetman (PPE).** – Panie Przewodniczący! Europejski filar praw socjalnych został zapowiedziany we wrześniu 2015 r. W roku ubiegłym odbyły się bardzo szerokie konsultacje i cieszę się, że Parlament Europejski podjął inicjatywę sprawozdania, które jest wkładem w tę dyskusję. Uważam – tak jak wiele koleżanek i kolegów tutaj na sali – że w obliczu dynamicznie zmieniających się warunków zatrudnienia i globalnych trendów gospodarczych państwa członkowskie powinny współdziałać w kwestiach zatrudnienia i społecznych, aby zapewnić obywatelom Unii odpowiednie standardy pracy i zabezpieczenia społecznego.

Należy jednak zaznaczyć, iż na mocy Traktatów państwa członkowskie sprawują wyłączną kompetencję nad systemami zabezpieczeń społecznych i rolą Unii są działania zapewniające wzmocnienie tej współpracy. Jednak musimy mieć na uwadze, że ogromne zróżnicowanie lokalnych praktyk i wciąż niepełna kohezja pomiędzy poszczególnymi rynkami pracy powodują, że propozycje na przykład wspólnego dochodu minimalnego czy jednego europejskiego ubezpieczenia dla bezrobotnych uważam za drogę w złym kierunku.

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule vice-președinte, vă felicit pentru realegerea în această funcție importantă.

The European Pillar of Social Rights is making substantial achievements for Europe and the citizens we represent, and I would like to congratulate our rapporteur Rodriguez for her important work. This pillar goes beyond political interest, and it reminds us that the European Union is here to bring improvements in living and working conditions in Europe. Nevertheless, some people in this House still act to maintain precarious, unregulated forms of work, and to keep millions of Europeans uncertain about basic rights such as maternity leave or protection of health and safety at the workplace. Young people – my generation – cannot wait anymore for those people to wake up and realise that without action we condemn our future generations to poverty. We need to build our legislation on decent living conditions; we need to stop the exploitation of zero-hour contracts; we need decent living wages, and we need to properly finance European instruments capable of delivering results in terms of jobs, skills and social protection. So, dear colleagues, if you have in mind to support some of the amendments opposing that, please forget about it.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, Uniunea Europeană trece printr-o criză de încredere și o criză socială. Principalul antidot al crizei este pilonul european al drepturilor sociale și trebuie să acționăm. Vreau să o felicit și să-i mulțumesc raportoarei noastre, doamna Rodriguez, pentru excelentul raport, măsurile propuse și argumentarea adusă. Pilonul European al drepturilor sociale poate schimba fundamental viața cetățenilor noștri, viața copiilor, a tinerilor, a persoanelor în vârstă, a persoanelor cu dizabilități, a lucrătorilor.

Am susținut toate amendamentele propuse de doamna Rodriguez pentru că eu cred în ele. Cred în nevoia urgentă de a da un semnal oamenilor că ne pasă de viața lor. Promovarea activităților economice, toate trebuie să țină cont de un prim scop, cel de a servi oamenilor. Este nevoie de creșterea responsabilității întreprinderilor, a autorităților locale și centrale naționale privind drepturile sociale. Rezolvând problemele sociale, obținem un triplu efect: atașament față de locul de muncă, creșterea productivității și atașament față de Uniunea Europeană. Îndemn toți colegii să voteze raportul și, încă o dată, o felicit pe colega noastră.

**Marju Lauristin (S&D).** – Mr President, there is a saying that it is better do something good late than never. I think that if we had had the European Pillar of Social Rights at the beginning of the enlargement process, we would not now have such big differences between the new Member States and the old ones. It is very good that, before making the very important changes which come with the digital revolution, we are now discussing what we have to do with regard to social rights and defining social protection for decent working people in this new situation. We very much hope that we will do this in time and that, before these jobs disappear and new jobs arrive, we will have an understanding of the new social policy and standards and the common social pillar. Then we will an upward convergence rather than a downward one, which is what we have seen up to now.

**Julie Ward (S&D).** – Mr President, this report is a key milestone, and we must indeed refocus the delivery of the EU 2020 objectives of smart, sustainable and inclusive growth, paying much more attention to social education and employment targets, as well as properly recognising the contribution of culture in reaching the so-called Social Triple A for the development and wellbeing of individuals and societies. The European Commission has already acknowledged that austerity has increased inequalities, social injustice and poverty in Europe. Children are among the most impacted and remain the group at the highest risk of poverty and social exclusion. If this situation is not properly addressed through decisive political action, we risk excluding a great part of the next generation. So, as a member of the Intergroup on Children's Rights, I am proud that the report we are about to adopt includes a call for the creation of a child guarantee, in line with the 'Investing in Children' recommendations, that will ensure that every child in Europe at risk of poverty – including refugees – has access to free healthcare, free education, free childcare, decent housing and adequate nutrition.

**Doru-Claudian Frunzulică (S&D).** – Domnule președinte, vă felicit pentru cel mai mare număr de voturi obținut de un vicepreședinte al Parlamentului European.

I strongly believe that we have to make strong efforts in order to adapt our social security systems to the living and working conditions Europeans will have in the 21st Century, ensuring that everyone has the necessary education and skills and gets decent living wages, maternity leave, sick leave, pensions and child care. The single market needs rules on decent working conditions in all forms of employment, so that all working people have basic rights regardless of the type of their contract. Decent national wage floors must be ensured in all European Union countries, secondary education should be compulsory and the skills guarantee should ensure that everyone has the skills needed in tomorrow's economy. A child guarantee should ensure that every child at risk of poverty has free healthcare, child care, education, adequate nutrition and decent housing.

**Tibor Szanyi (S&D).** – Elnök úr, tisztelt képviselőház, hosszú idők teltek el, majdnem három évtized, mire ezen a kontinensen rádöbbenünk arra, hogy az oktatásra fordított összegek azok nem pusztán kiadásokat jelentenek, hanem bizony befektetést. Befektetést, nyilván befektetést az emberbe. Hát ugyanígy vagyunk millió más szociális vonzattal, hiszen mindazok a fillérek, centek, eurók, amiket mi az európai szociális jogok pillérének megerősítésére fordítunk, ezek mind mind mind az európai összterméket, az európai GDP-t növelő tételek, bár szemmel láthatólag néha ez a kiadási oldalt húzza, de azért húzza a kiadási oldalt, mert mindenki annyit tud költeni bizonyos célokra, amennyit csak akar.

Úgyhogy én bátorítanám a jelentéstevőt, illetve bátorítanám valamennyiünket, hogy a szociális jogok érvényesítését egyféle európai beruházásnak, európai befektetésnek tekintsük. Végezetül pedig, szeretném megerősíteni azt, amit a jelentéstevő még indítványlatkozáatában mondott, ez nem az euróövezet pillére, ez az egész Európai Unió pillére, sőt minden Európában dolgozó ember pillére.

**Liisa Jaakonsaari (S&D).** – Arvoisa puhemies, Euroopan syvin talouskriisi muutti Eurooppaa henkisesti, poliittisesti ja taloudellisesti. Itse asiassa elämme vielä henkisesti tuota talouskriisin aikaa, ja monissa jäsenmaissa harjoitetaan vielä ylikorostunutta, liioiteltua leikkauspolitiikkaa. Nyt on todella viimeinen aika muuttaa tätä politiikan suuntaa, ja Rodriguesin mietintö palvelee sitä erittäin hyvin.

Toivon, että tämä antaa jäsenmaille ja Euroopan unionille inspiraation ottaa huomioon suuret muutokset, jotka tällä hetkellä talouskriisin pitkän hännän perässä asettavat edelleen haasteita Euroopalle. Jäsen Lauristin mainitsi niistä yhden: digitalisaatio haastaa Euroopan ja työmarkkinat, ikääntyminen haastaa Euroopan ja työmarkkinat, ja kaikki nämä haastavat Euroopan sosiaalisen mallin.

(*Incheierea procedurii „catch the eye”*)

**Marianne Thyssen, Lid van de Commissie.** – Ik wil in de eerste plaats het Parlement danken voor dit debat en ik wil het Parlement, de rapporteur en de schaduwrapporteurs natuurlijk in de eerste plaats danken voor het rijke en het ambitieuze verslag waarvan ik hoop, maar het ziet er ook naar uit, dat het de brede steun van dit huis zou krijgen als er plenair over gestemd wordt.

Beste parlementsleden, geachte rapporteur, ik beschouw uw bijdrage inderdaad als een inspiratiebron, maar ook als een steun om onze gedeelde ambities te realiseren. De Europese Unie is een plaats waar zeker niet alles perfect loopt en gelopen is, maar waarvan we wel moeten zeggen dat de sociale dimensie er meer dan in andere plaatsen ter wereld concreet vorm gekregen heeft. Meer dan elders in de wereld is bij ons, door ons, hebben wij samen een werk gemaakt zodat er een goeie combinatie is van economische groei en sociale vooruitgang, de wezenskenmerken van de sociale markteconomie, een van de doelstellingen van het Europees Verdrag.

Meer dan elders ter wereld ook is er gezorgd voor herverdeling van de welvaart, hoewel dat niet belet dat de ongelijkheid ook in Europa toegenomen is. Maar de wereld verandert en hij verandert snel. We hebben nog af te rekenen met de nasleep van de crisis en we hebben gezien dat die ook met zich meegebracht heeft dat we in plaats van meer convergentie meer divergentie tussen lidstaten gekregen hebben.

Maar de wereld verandert ook vooral door de globalisering en de digitalisering die een ingrijpende invloed hebben op onze economie en op onze manier van leven en samenleven. Die veranderingen baren de mensen zorgen. Mensen maken zich inderdaad zorgen over hun vrijheid en veiligheid, over de democratie, maar ook over hun economische en hun sociale toekomst en over die toekomst gaat het in de pijlers.

We hebben een nieuw referentiekader nodig, een nieuw referentiekader waaraan we het werkgelegenheidsbeleid en het sociaal beleid kunnen toetsen, nieuwe uitgangspunten. We moeten kijken hoe we ook in de toekomst ervoor kunnen zorgen dat in nieuwe omstandigheden, in tijden van globalisering, in tijden van technologische verandering, hoe we er ook in die periode voor kunnen zorgen dat de principes van onze sociale markteconomie vorm krijgen in Europa. Dat wil zeggen dat we een competitieve economie hebben, waar kwaliteitsvolle jobs gecreëerd worden, maar waar ook werk gemaakt wordt van duurzame en adequate sociale bescherming en dat gedurende de hele levensloop van de mensen.

We hebben daarom een referentiewerk nodig en we hebben inderdaad ook concrete actie nodig. Woorden en referentiekaders alleen volstaan niet. We moeten concreet werk maken van die zaak. En we zullen daar ook snel aan beginnen en we gaan daarvoor de tools gebruiken, de instrumenten die we ter beschikking hebben. Wetgevend? ja, daar waar we bevoegdheden hebben en daar waar het aangewezen is. Maar ook *benchmarking*, coördinatie en ook het inzetten van onze fondsen, van onze financiële middelen.

Meer dan ooit is het debat over de sociale kwesties deel van het debat over welk Europa we willen, hoe we de toekomst zien van onze Europese Unie. Daarom is, zoals hier ook terecht door de rapporteur gezegd is bij de inleiding van haar verslag, dit debat van fundamenteel belang. Het is daarom goed dat we het hier gehouden hebben. Het was meer dan ooit tijd en ik wil u heel hartelijk daarvoor danken.

We hebben nog veel werk voor de boeg en ik hoop dat we ook als het op het concrete aankomt heel goed kunnen samenwerken. Hartelijk dank.

**President.** – Before I give you the floor, Ms Rodrigues, Mr Løkkegaard would like to add something. Twenty seconds, you mentioned?

**Morten Løkkegaard (ALDE).** – Mr President, thank you for that. I don't know whether the interpreter got my question to you, Commissioner, but I asked if you could confirm that you actually said to the Danish press that this minimum wage discussion is a matter of subsidiarity and that we will find national solutions to this. Could you confirm that?

**Marianne Thyssen, Member of the Commission.** – Mr President, it is true that wages as such are not part of the competences at European level. It is said explicitly in the Treaty that wages belong to the competence of Member States, and I think that is right because it also respects the autonomy of the social partners who, in most Member States, have a say or have to decide on this, but it does not necessarily prevent us from setting benchmarks. If we want to go to convergence between Member States, that could be good and it can be one of our objectives – that we look all together at what is a decent minimum wage, and what elements we need to decide upon that. We encourage Member States to set a minimum wage, but in the end the decision belongs to the Member States, and it is a principle that we have to respect. We want to respect the distribution of competences as foreseen in the Treaty.

**President.** – The Commissioner was not obliged to respond to this question, but I am very glad that she did, because we have now clarified this matter.

**Maria João Rodrigues, rapporteur.** – Mr President, today's debate was very important

because it was made clear for everybody that, with this report, Parliament sees what is at stake, which is making sure that there will be a turning point in the direction in which the European project is going.

Without a stronger social dimension, there is no future for the European Union. This came out of this debate very clearly. I believe that with this report we can lay down the conditions for a new stage of European social policy because what is at stake is no longer only making a level playing field for the single market to operate. We do need this, but it is not enough. What is at stake is also being able to cope with common challenges, notably the upcoming digital revolution which will profoundly change the way in which the markets operate. What is at stake is to organise a full process of upward economic and social convergence in the European Union and inside the eurozone.

In order to do this we need to combine powerful means: labour and social law, changing the direction of economic governance, and providing the necessary financial means. Regarding the so-called European Semester, we need to have stronger social targets along with economic targets, focusing on the problems of unemployment, social inequalities and poverty to make sure that economic policy takes into account the social impact. We need to have a new kind of interaction between economic and social policy.

Secondly, we need to have the appropriate means, starting with the means for social investment in education, training, tackling poverty and providing good social services. This should also be translated into the Community budget, the European Fund for Strategic Investment, as well as a proper fiscal capacity in the eurozone. These ideas are included in our report and, through these, we also want to establish positive cooperation between our colleagues in the Committee on Economic and Monetary Affairs and those in the Committee on Employment and Social Affairs. This is the kind of cooperation we need to develop in order to implement such a pillar.

I would like to thank all the shadows once again. Our citizens are making a clear call for a strong social union. Now we just need to deliver.

(Applause)



**Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ***alelnök*

**Elnök asszony.** – A vitát lezárom.

A szavazásra ma, 12 órakor kerül sor.

*Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)*

**Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto.** – Grande assente nelle politiche dell'UE è la dimensione sociale. È stato costruito il mercato unico senza prevedere una sua integrazione e ciò ha creato e crea tuttora *dumping* interno e rischi per i lavoratori. Il cosiddetto «modello sociale europeo» in voga alla fine del secolo scorso deve essere aggiornato, ma, soprattutto, è necessario che la dimensione sociale divenga parte integrante delle politiche comuni.

La relazione affronta elementi importanti quali la redistribuzione del reddito, regimi collettivi di previdenza sociale, programmi di assistenza sociale, servizi pubblici, servizi di interesse generale, investimenti nel sociale e lotta all'evasione fiscale. Tuttavia, tali istanze vengono inserite in un contesto che prevede un maggiore coordinamento a livello della governance europea che, così come strutturata oggi contribuisce attivamente ad incentivare diseguaglianze ed impoverimento della gran parte dei cittadini europei, in particolare attraverso l'imposizione del blocco alla spesa pubblica dei singoli Stati membri.

**Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς.** – Η έκθεση της Επιτροπής Απασχόλησης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με έναν ευρωπαϊκό πυλώνα κοινωνικών δικαιωμάτων περιέχει σειρά εύστοχων διαπιστώσεων, όπως ότι η κοινωνική διάσταση της ευρωπαϊκής ενοποίησης έχει υποστεί βαρύ πλήγμα από την κρίση της ευρωζώνης, καθώς πολλά κράτη υποχρεώθηκαν να εφαρμόσουν σκληρά μέτρα εσωτερικής υποτίμησης λόγω της έλλειψης κοινών μηχανισμών σταθεροποίησης στο πλαίσιο της ημιτελούς νομισματικής ένωσης. Αδιαμφισβήτητο επίσης είναι ότι, όπως αναφέρει η έκθεση, με την κρίση αυτή η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει αρχίσει να θεωρείται από πολλούς πολίτες ως μηχανισμός που δημιουργεί αποκλίσεις, ανισότητες και κοινωνική αδικία. Είναι ακόμη θετική η έκκληση που περιλαμβάνεται στην έκθεση, να εργαστούν από κοινού η Ευρωπαϊκή Επιτροπή με τους κοινωνικούς εταίρους προκειμένου να υποβάλουν πρόταση οδηγίας πλαισίου για την προώθηση της αξιοπρεπούς εργασίας, ώστε να διασφαλισθεί μεταξύ άλλων το δικαίωμα των συλλογικών διαπραγματεύσεων και της συλλογικής δράσης, δηλαδή της απεργίας. Το πρόβλημα ωστόσο είναι ότι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή όχι μόνο παραλείπει να φέρει στο Κοινοβούλιο ένα παρόμοιο σχέδιο οδηγίας, αλλά με την πολιτική της υποβαθμίζει τις συλλογικές διαπραγματεύσεις, όταν δρα ως μέλος της «τρίοικας» στα πλαίσια του ελληνικού προγράμματος και επιβάλει την αποδυνάμωση της ισχύος των συλλογικών συμβάσεων στην Ελλάδα. Χρειαζόμαστε λοιπόν έργα και όχι λόγια και τα χρειαζόμαστε άμεσα.

**Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich.** – Ich bin der Überzeugung, dass die wirtschaftliche Integration innerhalb der EU sozialpolitisch flankiert werden muss. Die europäische Marktwirtschaft ist eine soziale Marktwirtschaft. Deshalb muss es auch auf europäischer Ebene eine Sozialpolitik geben, die die Marktprozesse im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sozial gestaltet. Die europäische Säule sozialer Rechte sollte entsprechend eine unterstützende, ergänzende und koordinierende Funktion einnehmen. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass im sozialpolitischen Bereich die Zuständigkeiten nicht bei der EU, sondern bei den Mitgliedstaaten liegen, und dass hier das Subsidiaritätsprinzip Anwendung findet: Die Gestaltung von Kündigungsschutz, Renteneintrittsalter oder Elternzeit ist Angelegenheit der Mitgliedstaaten.

**Viorica Dăncilă (S&D), în scris.** – În prezent, statele membre ale UE se confruntă cu provocări sociale și în materie de ocupare a forței de muncă, dar și cu o evoluție continuă a acestei piețe, cu forme „atipice” sau „non-standard” de ocupare: munca temporară sau cu fracțiune de normă, munca sezonieră sau cea intermediată de platformele digitale. În plus, asistăm la o diversificare a forței de muncă, lucru care poate aduce beneficii și poate genera alte oportunități profesionale, dar poate genera și inconveniente – insecuritate economică prelungită, condiții de muncă precare, venituri mai scăzute și mai puțin sigure, lipsa asigurărilor sociale și de sănătate, lipsa perspectivelor de carieră și dificultăți în concilierea muncii cu viața de familie.

Consider deci că sunt necesare investiții strategice adecvate și mai consistente pentru realizarea obiectivelor sociale ale UE și în materie de ocupare a forței de muncă, dar și un sprijin mai substanțial pentru coeziune în regiunile defavorizate, cu scopul de a le face mai competitive și a preveni accentuarea declinului demografic, cu accent pe reducerea sărăciei în rândul copiilor, și adoptarea de măsuri concrete pentru a asigura acces gratuit la asistență medicală, învățământ, la o locuință decentă și la o alimentație adecvată.

**Rosa Estaràs Ferragut (PPE)**, *por escrito*. – El Pilar social europeo fue anunciado por el presidente Juncker ante el Parlamento Europeo, el 9 de Septiembre de 2015. El Pilar europeo de derechos sociales establece una serie de principios esenciales para apoyar los mercados laborales y unos sistemas de protección social justos y que funcionen correctamente para la zona del euro. Los ámbitos de actuación del Pilar se agrupan en tres ramas principales; la igualdad de oportunidades y acceso al mercado laboral, unas condiciones laborales justas y una protección social adecuada. El informe resalta que las personas que se encuentran en situaciones vulnerables o que son víctimas más frecuentes de la discriminación, como las mujeres, las minorías étnicas, los desempleados de larga duración, los ciudadanos de la tercera edad y las personas con discapacidad pueden necesitar medidas complementarias destinadas a promover su participación en el mercado laboral y garantizar niveles de vida dignos a lo largo de su vida; En este sentido, destacar también que el informe insiste en que los derechos de las personas con discapacidad deben integrarse en todo el pilar social con un enfoque basado en los derechos humanos que esté en consonancia con las obligaciones de la Unión y de sus Estados miembros en virtud de la CRPD

**Monika Flašíková Beňová (S&D)**, *pisomne*. – Sociálne systémy vo väčšine európskych štátov sú z pohľadu ich fungovania a výsledkov stále príkladom pre zvyšok sveta. Napriek tomu sa vďaka skúsenosti a dôsledkom hospodárskej a dlhovej krízy oslabil dôvera v ich fungovanie. Cieľom európskeho piliera sociálnych práv má byť reforma sociálnych systémov a ich lepšie prispôbenie sa podmienkam 21. storočia. Sociálne systémy musia mať opäť dôveru ľudí. Musia poskytovať účinné garancie a čeliť šokovým situáciám predovšetkým v ťažkých časoch hospodárskych kríz. Podmienky a potreby v sociálnych systémoch európskych krajín sa líšia. Spoločným cieľom je však prosperita občanov. V tom sme si v Európe určite zajedno. Na jeho dosiahnutie je dôležitá efektívna spolupráca, a nie zaslepené výzvy na rozbíjanie Európskej Únie a podnecovanie vzájomnej nevrávnosti. Snahou musí byť tvorba udržateľných pracovných miest, ale aj zaistenie dôstojných a spravodlivých podmienok na prácu. Rovnako znižovanie neúnosných sociálnych rozdielov za súčasnej podpory sociálnych investícií. Podmienkou je aj lepšia regulácia medzinárodného kapitálu so zameraním sa na daňové systémy. Treba viac zabráňovať prelievaniu peňazí z európskych krajín s riadnymi daňovými systémami do kadejakých daňových rajov.

**Enrico Gasbarra (S&D)**, *per iscritto*. – Occorre fare il massimo affinché l'Unione europea reagisca in modo rapido e visibile alle crescenti frustrazioni e preoccupazioni di larga parte della cittadinanza.

Non sono più possibili risposte ordinarie: le prospettive di vita incerte, la disoccupazione, le disuguaglianze crescenti ci impongono un'azione concreta e urgente sul versante dell'Europa sociale. Sono necessari nuovi strumenti, nuove misure concrete per sostenere chi è in maggiore difficoltà e per rilanciare in forme innovative tutto il pilastro dei diritti sociali.

La Commissione europea ha avanzato una consultazione e le parti sociali hanno reagito con alcune proposte di grande interesse, la risposta del Parlamento è ora di grande ambizione, attraverso l'elencazione di priorità molto precise su come strutturare il modello sociale europeo per l'avvenire.

Mi preme in particolare ricordare i passaggi del rapporto Rodrigues in cui si ribadisce l'importanza della contrattazione collettiva come un diritto fondamentale primario dell'UE. Da tale principio emana la convinzione, più volte espressa da quest'Aula, di quanto possa essere al tempo stesso giusto e utile per la crescita un coinvolgimento dei lavoratori nel *management* delle società, attraverso l'introduzione, quanto più possibile, di misure di informazione, consultazione e partecipazione, soprattutto al fine di raggiungere nuovi e migliori modelli di organizzazione del lavoro e di anticipare i cambiamenti economici.

**Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D)**, *na písmie*. – Europejski filar praw socjalnych jest częścią prac podjętych przez Komisję Europejską na rzecz pogłębionej i bardziej sprawiedliwej unii gospodarczej i walutowej (UGW). Wyznacza on również kierunek działań na rzecz lepszej konwergencji strefy euro. UE powinna bezzwłocznie zareagować na rosnącą frustrację wielu osób związaną z niepewną przyszłością, bezrobociem i brakiem perspektyw, zwłaszcza dla ludzi młodych. Należy również umocnić fundamenty integracji europejskiej i zwiększyć wśród mieszkańców poczucie przynależności do wspólnoty.

Europejski filar praw socjalnych powinien przyczyniać się do właściwego stosowania międzynarodowych norm pracy i modernizacji dorobku socjalnego. Ponadto standardy, które należy zapisać w europejskim filarze praw socjalnych, powinny być stosowane do wszystkich państw uczestniczących w jednolitym rynku, a prawodawstwo i mechanizmy zarządzania potrzebne do ich osiągnięcia powinny mieć zastosowanie do wszystkich państw członkowskich UE.

Pewne ograniczenia wynikające z udziału w strefie euro wymagają ustalenia dodatkowych celów i norm socjalnych oraz rozważenia wsparcia finansowego na szczeblu strefy euro, otwartego zarazem na zasadzie dobrowolności dla państw członkowskich spoza strefy euro.

**Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), písemně.** – O evropském pilíři sociálních práv se v různých souvislostech v rámci EU popsaly již tisíce stran. Zejména v poslední dekádě se jedná o takové množství materiálů, že je obtížné je i pouze sledovat, natož pak zajistit jejich plnění. Aktuálně projednávaná zpráva EP na toto téma proto hned v úvodu obsahuje 71 odkazů na různé úmluvy, charty a studie. Snad nejstarší z nich, Schumanova deklarace z 9. května roku 1950 již vyzývala k „vyrovnání a zlepšování životních podmínek pracujících“. Bohužel, ani výše zmíněná deklarace z roku 1950, stejně jako řada dalších, jež ji následovaly, nedošla naplnění, a zdá se, že ani v nejbližší době není v daném systému šance, aby byla naplněna. Přední ekonomové světa upozorňují na zrychlené rozevírání nůžek mezi stále užší skupinou nejbohatších vlastníků a rychle se rozšiřující většinou těch, kteří žijí na hranici sociální nouze. Z celé zprávy je tedy vidět obrovská nerovnost mezi vytvářením dobrých podmínek pro volný pohyb kapitálu a sociálními podmínkami v jednotlivých státech EU. Jejich obrovské rozdíly se přes deklarované úsilí nejen nedaří snižovat, ale v řadě oblastí se naopak zvětšují. Řešením může být zjevně pouze systémová změna, o kterou však zatím usilují pouze strany autentické levice.

**Ádám Kósa (PPE), írásban.** – Az Európai Parlament előtt fekvő, szociális jogokkal foglalkozó jelentés már a tagállamok szuverenitását és magát a szubszidiaritás elvét veszélyezteti. Ennek ellenére a dokumentum számos olyan elemet tartalmaz ugyanakkor, amelyet támogatunk és Magyarországon már megvalósult. A teljes felsorolás igénye nélkül, a legutóbbi időszak legfontosabb eredmények közé tartozik pl. a kisgyermekek 90 százaléka eszik ingyen naponta háromszor, a hátrányos helyzetű gyermekek pedig a tanítási szünetekben is ingyenesen jutnak ételhez. A minimálbér emelés területén is jelentős előrelépés történt az elmúlt 25 év távlatában is. A jelentésben megjelenő intézményi elhelyezés és tartós ápolás-gondozás tekintetében megvalósul a nagy, vidéki intézményekben elhelyezett fogyatékos emberek (3500-4000 fő) kisebb lakóegységekbe költöztetése is. Az eddigi rezsi-csökkenés és az új, otthonteremtési megoldások és kezdeményezések is fontosak, idén márciustól számtalan a közigazgatási ügyintézéshez kapcsolódó illeték és díj szűnik meg. A legszegényebb fogyasztók érdekében csökkent – többek közt – az áfa a tej, a tojás és a baromfi esetében. A Digitális Jólét Program révén egy kedvezményes díjazású internetcsomag is megjelenik. A munkahelyvédelmi akcióterv révén évente átlagosan 900 ezer munkavállaló foglalkoztatását segítik, így jelentősen nőhetett a nők és a fiatalok foglalkoztatási szintje is. Az adókiírással és kiküldés területén az online-kasszás sikere nyomán 1000 milliárd forinttal, közel egyharmaddal nőttek az áfa bevételek 2011-hez képest.

**Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма.** – Променящите се социални реалности в Европа могат да доведат до дисбаланси, които вредят на конкурентоспособността на европейската икономика и дългосрочния потенциал за растеж. Затова е важно да търсим отговори на тези предизвикателства на базата на общи принципи, които гарантират, че растежът на икономиката води до високи равнища на заетост и социална защита, демонстрирайки ползите от европейската интеграция за всички граждани.

Социалната политика не се свежда единствено до осигуряването на социални помощи и пенсии чрез преразпределяне на бюджетни средства, а трябва да се разглежда преди всичко като инвестиция, която ще донесе дългосрочни ползи, като направи европейските граждани по-независими и овластени. Смятам, че европейският стълб на социалните права трябва приоритетно да засегне въпроса за достъпа до здравни услуги и здравните неравенства, които имат значителни последици за икономиката и обществото като цяло. В тази връзка смятам, че е важно новият стълб да важи за всички държави членки, защото страните с най-големи проблеми при осигуряването на универсално здравно покритие са извън еврозоната.

**Verónica Lope Fontagné (PPE), por escrito.** – Los ciudadanos europeos llevan tiempo pidiendo a Europa que se centre en los aspectos sociales, y por ello quiero expresar mi satisfacción por este informe, ya que ayudará a equilibrar mejor las políticas económicas y las necesidades sociales, apoyará unos mercados laborales y unos sistemas de protección más justos y fortalecerá el modelo social europeo, ayudando a alcanzar una convergencia económica, social y territorial al alza. Desde la UE tenemos que hacer frente a importantes retos actuales y futuros como son la digitalización de la economía y la consiguiente aparición de nuevos puestos y modalidades de trabajo, los retos demográficos o la lacra de la pobreza, que desgraciadamente sigue muy presente en nuestra sociedad. La reducción de la pobreza y la exclusión social debe ser uno de los pilares del pilar social ya que el crecimiento actual solo podrá ser sostenible si incluye a todos los ciudadanos. Para lograrlo tenemos que trabajar conjuntamente a corto plazo, a través de políticas que permitan

paliar la pobreza existente y favorezcan la entrada al mercado laboral, y a largo plazo, mediante políticas capaces de romper el círculo de la pobreza, principalmente centradas en la educación y la reducción del abandono escolar.

**Pavel Poc (S&D), písemně.** – Článek 2 tzv. Lisabonské smlouvy, pozměňující Smlouvu o Evropské unii a Smlouvu o založení Evropského společenství, (2007/C 306/01) stipuluje boj proti sociálnímu vyloučení, podporu sociální spravedlnosti, soudržnosti a solidarity jako jeden z hlavních úkolů Evropské unie. Chtěl bych tyto cíle postavit do kontrastu s šokujícími výsledky nedávno vydané zprávy mezinárodní charitativní organizace Oxfam zaměřující se na nerovnou distribuci bohatství na celém světě, včetně Evropské unie. Ano, i na území našeho kontinentu dochází k velmi nebezpečnému rozšiřování nůžek mezi bohatými a chudými vrstvami obyvatel, kterému pravicové vlády zdárně napomáhají. Udrží tak Evropu v nerovnovázném stavu brzdícím zlepšení pracovních a životních podmínek všech a přispívají tím i k nezdravému vyhocování politické situace. Naše Skupina socialistů a demokratů bojuje za sociální konvergenci směrem nahoru, za zvýšení sociálních standardů skutečně odpovídajících 21. století. Bojujeme za lepší nastavení evropské hospodářské správy, posílení Evropského sociálního fondu, zabezpečení minimálního příjmu Evropanů, ochranu před negativními důsledky globalizace vyúsťující v kolektivní propouštění, ochranu všech dětí ohrožených chudobou a vzdělávání. Podporuji proto pevný evropský pilíř sociálních práv zapadající do konceptu sociální Evropy. Nepotřebujeme komplikovanou Evropu, jejíž existence je založená na tajných pravicových dohodách a službách nadnárodním společnostem. Potřebujeme transparentní Evropskou unii, která se bude soustředit primárně na potřeby svých občanů.

**Soraya Post (S&D), in writing.** – More than 122.3 million people live at risk of poverty and social exclusion in the EU, such as the Roma, its largest minority, most of whom live in extreme poverty, face widespread and severe social exclusion, and often experience barriers in accessing major EU programmes. Therefore, the main goal of the Social Pillar should be to lift these people out of this situation and break the cycle of poverty and social exclusion, thereby also reaching SDGs. This, however, is only possible if the planned Social Pillar is not limited to be developed in the eurozone. Non-euro countries struggle with similar social and employment-related challenges, and thus leaving them out might result in an even greater social divergence. For a truly social Europe, in which we leave no one behind, the principle of equal treatment and non-discrimination and that of gender equality have to be mainstreamed throughout the planned Social Pillar. There should be special measures taken to reach out to socially-disadvantaged people by planned structural reforms and social investments, in order to enable and empower them, and there should be a clear and viable implementation roadmap with strong monitoring and evaluation with the involvement of civil society organisations.

**Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit.** – Le rapport sur le socle européen des droits sociaux est un rapport qui fera date dans la construction d'une Europe sociale au service des citoyens européens. Ce rapport est la réponse du Parlement européen aux engagements que le président Juncker n'a toujours pas tenus en faveur d'une Europe du triple A social. Une réponse forte et ambitieuse qui se décline en plusieurs propositions concrètes: une directive-cadre sur le travail décent, une directive pour la santé au travail ou encore l'intégration d'un protocole social dans les traités pour garantir des droits sociaux fondamentaux. Ce rapport propose aussi des réformes profondes afin de mettre en place un revenu minimum décent partout en Europe.

La Commission devra prendre en compte toutes ces propositions si elle veut tenir ses engagements. Enfin, je vous appelle à ne pas voter les amendements qui visent à baisser le niveau d'ambition du rapport et à dénaturer ses propositions. C'est la faiblesse de la dimension sociale du marché intérieur qui alimente aujourd'hui le rejet du projet européen. L'Europe sociale c'est l'alternative aux projets des populistes qui prônent le repli sur soi. Il faut envoyer un message clair et sans ambiguïté aux citoyens européens.

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk.** – Wie kwaliteitsvolle jobcreatie zegt, denkt automatisch aan een groene en sociale economie. Als we de sociale pijler in Europa willen verstevigen, is een bescherming van de sociale rechten nodig: gelijke rechten, voor gelijk werk, of werknemers tijdelijk of vast in dienst zijn. Dat weten we al lang, en dat zeggen we ook al lang. Dit rapport is een verdienstelijke bijdrage om verder te gaan dan mooie woorden en principes. Jobcreatie en groene economie gaan hand in hand: nieuwe jobs in de energiesector, voor isolatie van huizen, het zijn vaak kmo's die werkgever zijn. Naast sociale bescherming willen zij ook flexibiliteit. Begrijpelijk, maar niet zonder de nodige sociale bescherming, jobzekerheid en een goed evenwicht tussen werken en vrije tijd. Ook bewijst de aanpak via coöperatieve vennootschappen haar nut als duurzaam organisatiemodel voor kmo's. Mede-eigendom, medezeggenschap zijn ingrediënten voor een sociale en solidaire economie die sociale bescherming van werknemers in kmo's mogelijk maakt. Het rapport bevat vele van bovenstaande elementen. Het is ook geamendeerd door de groene fractie met een actieplan om minimuminkomens in kmo's te garanderen om armoede en sociale uitsluiting van werknemers tegen te gaan. Ik zal met

overtuiging voor stemmen.

**Adam Szejnfeld (PPE)**, *na piśmie*. – Nie ulega żadnej wątpliwości, iż wiele krajów Unii Europejskiej nadal boryka się z problemami społecznymi wynikającymi z kryzysu finansowego, w szczególności wysokim bezrobociem. W przypadku innych państw, szczególnie Europy Środkowo-Wschodniej, stosunkowo niski poziom zamożności wynika zaś z przyczyn historycznych. Zaproponowany przez Komisję Europejską europejski filar praw socjalnych ma na celu wsparcie zatrudnienia i postępu społecznego. Przy istniejących obecnie dużych różnicach w poziomie zabezpieczenia społecznego w 28 krajach UE trudno sobie jednak wyobrazić wypracowywanie szczegółowych rozwiązań dotyczących polityki społecznej na poziomie Wspólnoty, a nie na poziomie poszczególnych państw członkowskich.

Dlatego obawiam się, iż inicjatywa Komisji w obecnym kształcie, pomimo szczytnych założeń, może w praktyce doprowadzić do naruszenia lub wręcz dawać przyzwolenie państwom UE na ograniczanie fundamentalnych dla jednolitego rynku swobód: przepływu pracowników i świadczenia usług. Takie działania, prowadzone już teraz pod pretekstem walki z tzw. „dumpingiem socjalnym”, są całkowicie niezgodne z ideą, zasadami oraz przepisami ustanowionymi na rzecz stworzenia jednolitego rynku. Ba, nie leżą w interesie państw-biedniejszych członków UE, które muszą mieć szansę na szybkie nadrobienie zaległości, zwłaszcza tych, które zaistniały po II wojnie światowej i utrwały się w okresie „zimnej wojny”.

**Theodor Dumitru Stolojan (PPE)**, *în scris*. – Uniunea Europeană are nevoie de un pilon european al drepturilor sociale. Dar acest pilon social trebuie să cuprindă un număr redus de drepturi sociale reglementate la nivel european. În esență, drepturile și politicile sociale trebuie să fie în puterea de decizie a fiecărui stat membru. Avem în vedere că factorii determinanți ai drepturilor și politicilor sociale sunt specifici fiecărui stat membru: evoluția demografică, nivelul de dezvoltare economică, tradițiile în politicile sociale etc. Consider că ceea ce se dorește a fi definit la nivel european depășește cu mult ceea ce este necesar.

**Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D)**, *în scris*. – În contextul dezvoltării durabile și al schimbărilor exponențiale în toate domeniile socio-economice, Uniunea Europeană trebuie să-și asume rapid și vizibil responsabilitatea în ceea ce privește inegalitățile tot mai accentuate apărute în comunitatea europeană, creșterea șomajului, dezechilibrele dintre viața profesională și cea privată, sărăcia în rândul copiilor, tinerilor și al celor în vârstă, precum și a sistemelor necesare menținerii sănătății, securității și demnității umane. Mai ales că, la nivel mondial, Uniunea Europeană prezintă standarde ridicate (nu doar) în materie de asistență socială și muncă. Aceasta deoarece modelul social european dezvoltat reprezintă cel mai avansat din istoria lumii, fapt ce îi conferă și îi încredințează Uniunii Europene menirea de lider în domeniul drepturilor sociale.

Astfel că este salutară reflecția asupra acquis-ului social existent, ce aduce împreună parlamentele naționale, guvernele, instituțiile UE, societatea civilă și partenerii sociali, în vederea elaborării unui pilon al drepturilor sociale, care să abordeze integrat formele de protecție socială și serviciile sociale. Evident, implementarea unui astfel de pilon necesită instrumente (inclusiv financiare), investiții sociale publice, mecanisme, legislație și politici convergente cu cele economice, sociale și de ocupare, astfel încât să conducă la creșterea bunăstării fiecărei entități europene (mai ales angajați și lucrători cu contracte de muncă „atipice”).

**Valdemar Tomaševski (ECR)**, *raštu*. – Šiuolaikinė Europa turi pažangiausią socialinį modelį per visą savo istoriją. Jo dėka didžiajai gyventojų daliai buvo užtikrintos deramos darbo sąlygos, visa apimanti socialinė apsauga ir pakankamai geros viešosios paslaugos. Socialinis modelis taip pat padėjo gerokai padidinti našumą ir Europos konkurencingumą. Būtina, kad mūsų valstybės gerovės struktūros neatsiliktų nuo demografinių pokyčių, technologijų, globalizacijos ir neseniai gerokai padidėjusios socialinės nelygybės. Tuo pačiu turime atitaisyti ilgą ekonominę krizės padarytą žalą, kurios pasekmes jaučiame iki šiol. ES ir vėl turi tapti atrama šiuo požiūriu, stiprindama valstybes nares ir padėdama joms propaguoti Europos socialinį modelį, visų pirma remdama šeimą ir jos vaidmenį visuomenėje. Tik tokiu būdu galima veiksmingai kovoti su demografiniu nuosmukiu mūsų žemyne. Europos ekonomikos valdymas turi būti toliau pertvarkomas labiau atsivėlgiant į socialinius rodiklius ir ekonominę politikos formavimą. Kalbant apie euro zoną, reikia pradėti tinkamą ciklą, kuriame būtų kuriamos kokybiškos darbo vietos, suteikiančios žmonėms ekonominį saugumą ir užimtumą. Didesnis užimtumas ir didesnė socialinė apsauga apimtis taip pat padidintų surenkamą pajamų kiekį, taip padidindama valstybės gerovės tvarumą, ir tai yra svarbus iššūkis, su kuriuo dabar susiduriame.

**Romana Tomc (PPE)**, *pisno*. – Evropa po krizi počasi okreva, a socialna neenakost ponekod ostaja zelo visoka. Pozdravljam prizadevanja Komisije, da z novim stebrom socialnih pravic te neenakosti odpravi.

Le na dobro stoječem gospodarstvu, ki se je sposobno odzvati na pretrese in se jim prilagoditi, lahko gradimo pravičen socialni sistem. Zdravo gospodarstvo bo prineslo urejen trg s poštenimi delovnimi pogoji, ustrezno in vzdržno socialno zaščito, enakimi možnostmi in dostopom do trga dela.

Ne glede na to, da si želimo večjega poenotenja, pa je treba upoštevati načelo subsidiarnosti, po katerem imajo države članice možnost, da same urejajo nekatera področja, kot so na primer minimalna plača, porodniški dopust, socialna nadomestila idr.

Evropska unija potrebuje močan socialni model, ki bo temeljil na dejanskih, ljudem dostopnih in razumljivih ukrepih. Komisija je v svojem predlogu pokrila številne pereče tematike, nujno pa je, da se zagotovi izvajanje predlaganih ukrepov, da ne ostanejo le črke na papirju.

**Kathleen Van Brempt (S&D)**, *schriftelijk*. – Ik verwelkom de Europese Pijler van Sociale rechten als belangrijk initiatief om een meer sociale unie tot stand te brengen en ons sociaal model de 21ste eeuw in te loodsen. Het is een kans om concrete acties op te zetten waarvan burgers ervaren dat ze hen ten goede komen. Ik denk dan aan het recht op een minimuminkomen, een pakket sociale rechten die gelden voor alle werkenden (werknemers én zelfstandigen), het recht op vorming, een kindgarantie die ervoor moet zorgen dat minder kinderen in armoede of sociale uitsluiting opgroeien. Hiervoor zijn niet alleen wetgevende initiatieven nodig, maar ook bijkomende middelen. Naast de concrete initiatieven, en minstens even belangrijk, moet de Sociale pijler ervoor zorgen dat sociaal beleid op een gelijkwaardige voet met economisch en monetair beleid geplaatst wordt. Analooq aan het *fiscal compact*, dat lidstaten verplicht hun begrotingen in evenwicht te houden, moet er een Sociaal Pact afgesloten worden. Dat Sociaal Pact moet niet alleen de grote principes van de Sociale pijler verankeren in Europese wetgeving, maar moet ook toelaten dat lidstaten verplicht worden hun sociaal beleid ernstig te nemen. Slechte scores op gebied van (jeugd-)werkloosheid, (kinder-)armoede enz. zijn immers minstens even problematisch als slechte begrotingscijfers.

#### **4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)**

##### **4.1. Indonesien, insbesondere die Fälle von Hosea Yeimo, Ismael Alua und des Gouverneurs von Jakarta**

**Elnök asszony**. – A következő napirendi pont vita hét, Indonéziával, nevezetesen Hoszea Jeimo, Iszmael Alua és Jakarta kormányzója ügyével kapcsolatos állásfoglalási indítványról (2017/2506(RSP)).

**Pier Antonio Panzeri**, *autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il mese scorso oltre 500 persone sono state arrestate e in seguito rilasciate per aver partecipato a diverse manifestazioni pacifiche simultanee tenutesi in diverse regioni dell'Indonesia, in particolare nella provincia della Papua occidentale.

Hosea Yeimo e Ismael Alua, due giovani attivisti appartenenti a un'organizzazione studentesca, sono stati arrestati e accusati di ribellione per poi essere rilasciati con il divieto di lasciare la città. A Giacarta, invece, il governatore Ahok, appartenente alla minoranza cristiana, il primo governatore non musulmano eletto, è sotto processo per il reato di blasfemia.

Con questa risoluzione si chiede che l'Indonesia non solo riveda la propria posizione per i casi citati, ma si attivi per la tutela dei diritti umani, con l'immediata abolizione della pena di morte ancora vigente. Ci auguriamo che nel dialogo di alto livello tra Indonesia e Unione europea questi temi non solo vengono trattati ma avviati a soluzione.

**Bas Belder**, *Auteur*. – Eenheid in verscheidenheid, het nationale motto van Indonesië. Tolerantie tussen alle groepen, culturen en religies. Het is de grote verantwoordelijkheid van de Europese Unie, dus ook van ons hier, alle Indonesische gezagsdragers in het kader van de onderlinge betrekkingen daarop krachtig en vasthoudend aan te spreken, want zelfs zeer bedachtzame kringen in de archipel, zo hoorde ik gisteren nog, vrezen ernstig dat de nationale slinger zich beweegt naar islamitisch fundamentalisme en radicalisme, dat wil zeggen intolerantie.

Treurige illustratie daarvan is het proces tegen de huidige gouverneur van Jakarta. Diens christelijke én Chinese achtergrond zijn de evidente motieven van de aanklagers. Al op de eerste dag van de rechtszaak tegen Ahok intimideerden zijn islamitische opposenten de rechters, het tegendeel van eenheid in verscheidenheid! Daarom moeten wij de noodklok luiden met alle democratische krachten in Indonesië.

**Barbara Lochbihler**, *Verfasserin*. – Frau Präsidentin! Einige Kollegen in diesem Haus stören die Menschenrechts-Dringlichkeitsaktionen. Sie halten sie für sinnlos, für einen Störfaktor in den Beziehungen mit den angesprochenen Ländern. Blickt man jedoch mit offenen Augen in diese Länder, dann sieht man sehr leicht, dass unsere *urgencies* sowohl von den Regierungen, den Parlamenten, den Medien als auch von der Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Deshalb freut es mich besonders, dass in der vorliegenden Entschließung die beiden festgenommenen Mitglieder der *West Papua National Committees*, Hosea Yeimo und Ismael Alua, noch im Prozess der Erarbeitung der Entschließung wieder freigelassen wurden. Der nächste Schritt muss aber sein, auch die Anklage gegen die beiden wegen rein friedlicher politischer Aktivitäten fallenzulassen.

Es sind keine Einzelfälle. Berichten zufolge ist ein starker Anstieg an politischen Verhaftungen in West-Papua zu verzeichnen. Versammlungs- und Meinungsfreiheit müssen garantiert werden, und Gesetze wie Artikel 106 und 110 des indonesischen Strafgesetzbuchs dürfen nicht zur Kriminalisierung friedlicher politischer Aktivitäten missbraucht werden.

*(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)*

**Arne Gericke (ECR)**, *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin Lochbihler! Gibt es nicht schon seit der Auflösung der Kolonie von den Niederlanden die Empfehlung, dass West-Papua eigentlich zu Papua-Neuguinea gehört und die Insel Neuguinea eine Einheit bildet? Hat es nicht schon seit Jahrzehnten Zwangsumsiedlungen der Urbevölkerung aus West-Papua weg gegeben, die im Grunde dazu geführt haben, dass mittlerweile die Urbevölkerung eine Minderheit bildet?

**Barbara Lochbihler**, *Verfasserin, Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich bin keine Indonesien-Expertin. Aber das ist auch, was ich gelesen habe. Nur, ich denke, dass wir uns da positionieren. Ob wir für eine Unabhängigkeit sind oder nicht, das sprengt eigentlich den Rahmen einer menschenrechtspolitischen Diskussion.

**Ignazio Corrao**, *autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, buongiorno Commissario, le autorità governative in Indonesia hanno adottato una politica sempre più repressiva nei confronti di oppositori, attivisti e rappresentanti delle minoranze sul territorio, accanendosi soprattutto nei confronti della comunità papuana. Sono stati documentati a diverse ONG, infatti, arresti arbitrari a seguito di proteste pacifiche e conseguenti maltrattamenti ad opera di guardie carcerarie. Di tale politica ne ha fatto le spese anche il governatore di Giacarta, condannato con l'accusa di blasfemia, un pretesto volto a screditare ed eliminare un personaggio scomodo.

La complessità del caso e la vastità delle operazioni dovrebbero farci riflettere sull'effettiva portata della multireligiosità indonesiana, che potrebbe addirittura influire sulla futura democrazia del paese. Non possiamo dimenticare che l'Indonesia è un nostro importante partner commerciale ed è fondamentale, pertanto, che le relazioni economiche e commerciali bilaterali siano accompagnate da una ferma pretesa di miglioramento nella situazione interna in materia di diritti umani, a partire dai casi dibattuti in questa risoluzione e compresi i diritti delle minoranze.

L'Unione europea deve monitorare costantemente ciò che avviene in Indonesia e usare la leva commerciale per tutelare i diritti umani.

*(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))*

**Doru-Claudian Frunzulică (S&D)**, *blue-card question*. – Dear colleague, as I know very well you are a lawyer, do you not think that the European Union should intervene in order that Indonesia immediately repeal its blasphemy laws, the electronic information and transaction law, and the provisions in its criminal code relating to rebellion?

**Ignazio Corrao (EFDD)**, *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Sì, on. Frunzulică, io sono d'accordo, dovrebbe intervenire, l'Unione europea dovrebbe utilizzare quello che è in suo potere dal punto di vista diplomatico per cercare, appunto, di fare pressione sul governo affinché vengano modificate queste leggi.

**Marie-Christine Vergiat**, *auteure*. – Madame la Présidente, l'Indonésie est un très grand pays, le plus grand pays musulman du monde, riche d'une grande diversité culturelle et religieuse reconnue par sa Constitution.

L'Indonésie a fait des progrès importants vers la démocratie depuis la chute du général Suharto. Pourtant, des sources d'inquiétude subsistent. Tel est le cas avec la répression des militants pacifistes papous. Hosea Yeimo et Ismael Alua en sont les symboles. Même chose avec l'instrumentalisation des lois archaïques sur le blasphème, notamment contre le gouverneur de Jakarta, à la veille des élections locales. On pourrait aussi parler du lourd bilan du président Jokowi en matière d'exécutions capitales, essentiellement pour trafic de drogue, dont le cas de Serge Atlaoui est symbolique, mais aussi des violences à l'égard des LGBTI, ou du travail des enfants.

Enfin, il serait temps, comme le demande la commission indonésienne des droits de l'homme, d'ouvrir le dossier des massacres de 1965, au cours desquels des centaines de milliers de communistes ou supposés tels ont perdu la vie, et alors que leurs descendants continuent d'être persécutés en Indonésie.

Alors, oui, le dialogue sur les droits de l'homme prend tout son sens dans ce pays.

**Frédérique Ries**, *auteure*. – Madame la Présidente, Hosea Yeimo et Ismael Alua, les deux militants pacifistes papous qui sont à l'origine de notre débat de ce matin, ont effectivement été libérés mais leur sort reste inquiétant. Accusés de rébellion, ils risquent maintenant la prison à vie. Il est donc essentiel que le Service européen pour l'action extérieure maintienne la pression. C'est ce que nous demandons précisément dans notre résolution.

J'aurais apprécié que notre texte commun mentionne et exige de façon aussi claire, précise et ferme la levée des charges qui pèsent sur le gouverneur de Jakarta, dont le sort a été évoqué. Basuki Tjahaja Purnama, chrétien d'origine chinoise, se trouve injustement accusé de blasphème par les islamistes radicaux.

Madame la Présidente, les bonnes relations qu'entretient légitimement l'Union européenne avec l'Indonésie – et je n'oublie pas ici que ce pays a été l'un des tout premiers frappés par les attentats islamistes – ne doivent pas nous empêcher de continuer à être exigeants sur la question du respect des droits de l'homme.

**Jeroen Lenaers**, *author*. – Madam President, the ties between the EU and Indonesia go back many years, and they have never been stronger than today: we have the adoption of the EU-Indonesia Partnership and Cooperation Agreement, the negotiations on the FTA and, last but not least, we had the relaunch of the European Parliament-Indonesia Friendship Group earlier this year. As part of our friendship, which is based on shared values of human rights, democracy and governance, united in diversity, it is crucial that we are able to discuss matters that concern us with each other. That is exactly the point of this resolution here today: we are concerned about the arrest and prosecution of peaceful demonstrators, concerned about the resumption of capital punishment, and concerned about the blasphemy case against Governor Ahok. We cannot stress enough the need to protect all human rights, particularly for minorities: freedom of belief, freedom of expression and freedom of peaceful assembly. It is our duty to continue, and we look forward to doing that with the Indonesian authorities in the framework of the human rights dialogue and beyond to make sure that the 'united in diversity' values that we both share will remain a crucial part of Indonesian society.

**Pavel Svoboda**, *za skupinu PPE*. – Jedním z aspektů této kauzy je svoboda vyznání. Ta nesmí být omezována např. existencí zákonů proti rouhání, které lze využít nejen vůči projevům náboženské víry, ale také šireji zneužit proti uplatňování svobody vyjadřování.



Evropská unie by tedy zcela určitě měla vyzvat indonéskou vládu, aby podporovala náboženskou toleranci ve své zemi a hájila lidská práva. Evropská unie by proto také měla postupovat ve smyslu doporučení Evropského parlamentu Radě z června 2013, které doporučuje podmínit poskytování rozvojové pomoci dodržováním svobody vyznání. Za posledních 10 let Evropská unie Indonésii poskytla minimálně půl miliardy EUR a pokračování této pomoci by tedy mělo být podmíněno dodržováním lidských práv u všech Indonésanů bez rozdílu náboženského vyznání nebo původu.

**Ana Gomes**, em nome do Grupo S&D. – A Indonésia é parceiro estratégico da União Europeia. Prova que Islão e democracia são compatíveis. E é para todos uma referência no combate ao extremismo pela experiência na promoção de uma sociedade tolerante e unida na diversidade.

Como parceiros amigos e leais, queremos, através desta resolução, encorajar as autoridades indonésias a tomar medidas para que os direitos de todos os ativistas e protestantes pacíficos sejam protegidos, em especial os que clamam por justiça social e liberdades básicas na região da Papua, como Hosea Yeimo e Ismael Alua, já entretanto libertados, mas sujeitos a processos judiciais.

Esperamos ver frustradas tentativas de intimidação de políticos por certos grupos que se pretendem mais defensores que todos na defesa do Islão. Esperamos ver a Indonésia repelir as leis da blasfémia e voltar a suspender a aplicação da pena de morte.

**Diane James (NI)**. – Madam President, Indonesia is a prime example of where voters' high hopes of an improvement in preceding government human rights failures might be addressed, might be righted and might be improved. But that has not been the case, and as we've all noted this morning, victimisation, persecution, denial of the free voice and inter-society violence continues unabated. However, care should be taken, and I do not agree with those of my colleagues who this morning have called on the EU to intervene in this situation. It is very complex, and a continent half a world away should not be interfering in a situation which should be dealt with by the geo-political grouping ASEAN, but should leave it for Asian countries surrounding Indonesia to resolve. We, the European Union, have a habit of intervening – intervening in the wrong way, as the sanctions against Russia have shown; we've called, in instances, for political isolation; we've even called for active military intervention. All of those have shown that EU intervention doesn't work, shouldn't be used, and shouldn't be allowed in this instance.

**Jiří Pospíšil (PPE)**. – Já chci podpořit návrh usnesení, které zde bylo předloženo mými kolegy. Jsem přesvědčen, že je třeba poukazovat na porušování lidských práv ve světě, a to i u zemí, které jsou strategickými partnery Evropské unie.

Indonésie určitě je klíčovým partnerem Evropské unie, ale pokud Indonésie je partnerem a získává ze strany Evropské unie finanční pomoc, pak máme i morální právo kritizovat stav lidských práv v této zemi. Ty dva případy, které zde byly zmiňovány a kvůli kterým je problém lidských práv v Indonésii dnes na stole, je třeba zdůraznit. Jedná se o papuánské aktivisty, to je jedna věc, a jedná se o guvernéra Jakarty. Oba případy jsou o tom, jak je svoboda projevu v Indonésii relativizována a v poslední době potlačována.

Stejně je třeba kritizovat to, že tato země obnovila trest smrti, což je věc, se kterou Evropská unie zásadně nesouhlasí, a trest smrti je bohužel v této zemi využíván. Takže to dnešní usnesení je, myslím, dobrým vodítkem pro jednání Komise vůči Indonésii.

*„Catch the eye” eljárás*

**Csaba Sógor (PPE)**. – Madam President, the latest events from the world's largest Muslim majority democracy give rise to concerns about whether its hard-earned record of tolerance is in danger. Although the words of Ahok, the governor of Jakarta, may have been ill-considered and rash, charging him with blasphemy seems to be an excessive measure. Also, giving in to Islamist hardliners in such matters of freedom of expression represents a dangerous slippery slope and also risks reigniting the communal clashes and anti-minority pogroms that are still in recent memory. I sincerely hope that, for the sake of promoting a tolerant society, Indonesia will be wise enough to change course and avoid imposing restrictions on the right to freedom of expression which go beyond the provisions of the international human rights obligations it subscribed to.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα να σας συγχαρώ για την εκλογή σας και θα ήθελα να πω ότι υποστηρίζω το ψήφισμα το οποίο έχω υπογράψει, επισημαίνοντας ότι με αφορμή την κατηγορία σε βάρος του κυβερνήτη της Τζακάρτα για βλασφημία, καθώς και τη σύλληψη των Yeimo και Alua για τη συμμετοχή τους σε ειρηνικές διαδηλώσεις στην Ινδονησία, παρατηρούμε ότι η παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι στην ημερήσια διάταξη σε αυτή τη χώρα.

Συγκεκριμένα, ο χριστιανός κυβερνήτης της Τζακάρτα προέβη σε μια δήλωση που αμφισβητούσε την ερμηνεία που δίδουν ορισμένοι μουσουλμάνοι θεολόγοι σε μια περικοπή του Κορανίου, με αποτέλεσμα πλέον να κατηγορείται για βλασφημία, η οποία στην Ινδονησία μπορεί να τιμωρηθεί με πέντε χρόνια φυλάκιση. Παράλληλα, δύο νέοι, ο Yeimo και ο Alua, μετά τη σύλληψή τους για συμμετοχή σε διαδηλώσεις, αφέθηκαν μεν ελεύθεροι, αλλά πλέον συνεχίζουν να κατηγορούνται και έτσι αντιμετωπίζουν πιθανή ισόβια κάθειρξη.

Είναι αναγκαίο λοιπόν, πρώτον, η ινδονησιακή κυβέρνηση να άρει τις κατηγορίες κατά των Yeimo και Alua και του κυβερνήτη της Τζακάρτα, δεύτερον, να σεβαστεί τα ανθρώπινα δικαιώματα των πολιτών στη χώρα αυτή και, τρίτον, να καταπολεμήσει άμεσα τη διαφθορά.

**Jean-Luc Schaffhauser (ENF).** – Madame la Présidente, connaissant un peu la région, je voudrais signaler à mes collègues l'exploitation qui est faite, à la manière des «révolutions de couleur», des propos du gouverneur chrétien de Jakarta, Ahok, aux fins d'attiser l'islamisme. Et c'est le fait de puissances extérieures.

S'il n'y avait pas eu l'intervention coordonnée de deux autres puissances extérieures, la finalité de fragiliser ce pays pour mettre en place l'islamisme radical aurait été obtenue par certains fous qui, effectivement, de l'extérieur, soutiennent l'islam radical.

Je demande donc à ce que mes collègues se rendent compte que derrière les événements, il y a aussi des manipulations et l'utilisation de l'islam à des fins politiques.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ci siamo occupati altre volte dell'Indonesia per chiedere una moratoria della pena di morte e per protestare per le violazioni dei diritti umani nel paese.

Oggi chiediamo con maggiore determinazione alle autorità indonesiane il rispetto dei diritti umani e un freno all'uso sproporzionato della forza. Chiediamo il rispetto dei diritti umani, diritti come quelli violati di Hosea Yeimo e Ismael Alua, due attivisti politici arrestati a causa delle loro attività politiche pacifiche con l'accusa di ribellione, ai sensi del codice penale indonesiano. Anche se sono stati rilasciati su cauzione, i due, che si sono dichiarati prigionieri di coscienza, rischiano, per un reato di opinione, una pena fino all'ergastolo.

Non possiamo non esprimere preoccupazione per i continui arresti di manifestanti pacifici, detenuti solo per aver esercitato i loro diritti alla libertà di espressione e di riunione. L'Unione europea deve rafforzare la cooperazione con l'Indonesia su una serie di questioni, sicuramente sulla lotta al terrorismo, ma anche sullo Stato di diritto e per il rispetto dei diritti umani.

A „catch the eye” eljárás vége.

**Christos Stylianides, Member of the Commission.** – Madam President, first of all I would like to thank the authors of this resolution for their initiative and all colleagues for this comprehensive discussion. Our relations with Indonesia are friendly and close. They develop within the solid framework of the EU-Indonesia Partnership and Cooperation Agreement. In the last couple of months relations between the European Union and Indonesia have advanced in an impressive manner. Last April in Jakarta we launched the ministerial strategic dialogue. A few days later, we welcomed President Widodo to Brussels for the first ever visit of an Indonesian President to the European Union institutions. The first round of negotiations on a Comprehensive Economic Partnership Agreement with Indonesia took place in September. In June we held the sixth session of our bilateral human rights dialogue and in November we organised the first Joint Committee under the EU-Indonesia Partnership and Cooperation Agreement. November also witnessed the reactivation of the EP-Indonesia parliamentary friendship group.

We see Indonesia as an essential partner. With a quarter of a billion inhabitants, Indonesia is one of the largest democracies in the world. The EU values Indonesia, with its emphasis on pluralism and tolerance, as a model for other countries in the region and beyond.

The two young Papuans referred to by the honourable Members were arrested on 19 December for helping to organise demonstrations throughout the Indonesian provinces of Papua and West Papua. They were charged with treason and secession and were granted temporary suspension of detention on 11 January.

Indonesia and the European Union have discussed the situation in Papua and West Papua on a regular basis in our bilateral human rights dialogue, including during the last meeting, which took place in June. In this context, the European Union has consistently raised concerns about restrictions to Freedom of Expression and Freedom of Peaceful Assembly in the provinces of Papua and West Papua and called on Indonesia to invite relevant UN bodies to visit the country.

We have welcomed also President Widodo's announcement of May 2015 to release all the Papuan prisoners imprisoned for peaceful protest. Indeed, reports from civil society show that the number of such prisoners has decreased from two years ago. This definitely indicates that the Widodo administration is delivering on its promise.

The ongoing trial against the Jakarta Governor who is accused of blasphemy has triggered extensive debate among Indonesians about the role of minorities in the country, as well as about religious tolerance and pluralism, which are at the heart of the Indonesian state and society. Indonesia and the European Union are closely engaged in an ongoing exchange on these and other issues pertaining to Freedom of Religion or Belief and Freedom of Expression.

Please be assured that the European Union will continue to use every opportunity, including the next EU-Indonesia human rights dialogue, to continue to raise the situation in Papua and, of course, the issue of religious freedom, with our Indonesian counterparts.

**Elnök asszony.** – A vitát lezárom.

A szavazásra ma kerül sor.

*Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)*

**Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto.** – Nello sviluppo delle future relazioni tra Unione europea e Indonesia ha un ruolo fondamentale la dimensione dei diritti umani, per questo motivo la seguente proposta di risoluzione si impegna in questo senso. Nello specifico reputo molto grave che, nonostante gli impegni del governo, in Indonesia alcune minoranze, tra cui la comunità LGBT, siano ancora discriminate, e altrettanto grave che sia stata reintrodotta la pena di morte. Inoltre l'Unione europea deve impegnarsi per chiedere fortemente il rilascio dei numerosi prigionieri politici che sono stati imprigionati durante le frequenti proteste pacifiche, così come l'adozione di tutte le misure necessarie per assicurare la realizzazione di condizioni idonee all'esercizio della libertà di parola e di manifestazione pacifica.

**Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně.** – Dnes jsme projednávali situaci v Indonésii v oblasti lidských práv. Indonésie je čtvrtou nejlidnatější zemí světa, třetí největší demokracií, největší převážně muslimskou zemí s miliony vyznavačů dalších náboženství a různorodou společností, která čítá 255 milionů obyvatel různých etnik, jazyků a kultur. V návrhu rezoluce uvádíme, že si velice vážíme vzájemných vztahů mezi EU a Indonésií. EU a Indonésie spolu úzce spolupracují v široké škále otázek. EU a Indonésie se dohodly na realizaci konkrétních projektů spolupráce v celé řadě oblastí zahraničních mimo jiné přístup ke spravedlnosti a politiku v oblasti trestního práva, boj proti násilnému extremismu či práva v oblasti podnikání. Zároveň však vyjadřujeme znepokojení nad tím, že v Indonésii narůstá nesnášenlivost vůči etnickým, náboženským a sexuálním menšinám, a odsuzujeme veškeré násilné činy páchané na menšinách a jejich pronásledování a zastrasování a beztrestnost osob, které se takovýchto činů dopouštějí.

## 4.2. Zentralafrikanische Republik

**Elnök asszony.** – A következő napirendi pont vita hét, a Közép-afrikai Köztársasággal kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2017/2507(RSP)).

**Pier Antonio Panzeri, autore.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel corso dell'ultimo anno la situazione di tensione e di violenza persistente nella Repubblica centrafricana non ha mostrato segni di miglioramento. L'uccisione dei due *peacekeeper* e il ferimento di un terzo, tutti operatori della missione delle Nazioni Unite MINUSCA, sono episodi che dimostrano come la violazione dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario sia ancora al centro della crisi che il paese sta affrontando dal 2012.

Pur avendo già richiamato in quest'Aula la necessità di un intervento chiaro da parte dell'Unione europea e dell'Unione africana, attraverso l'istituzione di un sistema giudiziario funzionante e indispensabile per poter svolgere un'indagine accurata su tutti i casi di violenza, reati e crimini, noi con questa risoluzione oggi confermiamo e rilanciamo come Parlamento europeo la nostra attenzione e il nostro impegno affinché la Repubblica centrafricana possa effettivamente superare questo stato di crisi e dare avvio a una nuova stagione di democrazia, rispetto dei diritti umani e crescita positiva.

**Charles Tannock, author.** – Madam President, the election of President Touadéra last year was an important step in trying to rebuild the Central African Republic after the outbreak of a very violent civil war in 2012. The UN mission there, which now has over 10 000 troops on the ground, is continuing to enforce the peace, but the realities of daily life remain bleak. Law and order beyond the confines of the capital Bangui is patchy, and acts of violence are executed with impunity. Recent attacks targeting UN peacekeepers are a grave concern. With more than 2.2 million people in need of humanitarian assistance and nearly half a million IDPs, the need for aid is urgent and cannot be stressed enough. In this regard, I am pleased to know that the European Union is the largest donor to CAR and I welcome the multi-donor EU trust fund established in 2014. The launch last year of the EU CSDP training mission is also a welcome step. The creation of competent and professional security forces is vital for the long-term stability of that landlocked country and a key part of ultimately transferring peace-keeping operations back to the government. I am also very concerned about the activities of the Lord's Resistance Army and the fact that despite Joseph Kony being indicted for war crimes, they are still now trying to find a foot in that country. I will conclude by saying that I hope that these efforts can contribute towards disarming the militias and restoring stability to that landlocked country.

**Bodil Valero, författare.** – Fru talman! Centralafrikanska republiken har sedan länge stora problem. Det finns väldigt mycket att oroa sig över. Både vad gäller säkerhet och vad gäller fattigdomsproblematik. Samtidigt så är det också så att stora framsteg har gjorts den senaste tiden. Dels har landet genomfört val, dels har man antagit en ny konstitution i en folkomröstning, och det har såvitt jag vet varit fritt och rättvis. Presidenten ser också ut att göra ett gott arbete i nuläget.

Därför har vi lite svårt att förstå varför vi just nu ska behandla Centralafrikanska republiken som ett brådskande ärende. Det finns väldigt många andra brådskande ärenden som vi inte tar upp här och som jag skulle uppleva som kanske ännu mer brådskande.

Det finns dock mycket bra i resolutionen också. Jag vill särskilt lyfta fram uppmaningen till de internationella företagen att sluta att göda denna konflikt och brott mot de mänskliga rättigheterna genom sin handel med illegala diamanter och andra illegalt utvunna naturresurser.

**Ignazio Corrao, autore.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la guerra civile nella Repubblica centrafricana va avanti ormai dal 2004, causando morte, distruzione e un numero sempre crescente di rifugiati.

Il 2017 ha già visto la morte di tre *peacekeeper* delle Nazioni Unite e la situazione è sempre più precaria, tanto che in alcune aree gli operatori umanitari sono stati costretti a sospendere la propria attività. Lo Stato ha difficoltà crescenti nel mantenere l'ordine sul territorio e non riesce ad assicurare alla giustizia tutti coloro che stanno approfittando di questa crisi per commettere crimini e abusi.

Già in un precedente intervento avevo messo in luce, ad esempio, il pesante contributo di aziende occidentali che, pur di mantenere i loro affari, non si sono fatte scrupolo di appoggiare entrambe le fazioni in lotta nel tentativo di prolungare e mantenere lo stato di guerra nella Repubblica centrafricana.

Il Parlamento europeo è intervenuto più volte sulla questione e il 17 novembre si è tenuta una conferenza ad hoc. Adesso è il momento di agire, di applicare le misure contenute in questa risoluzione per fare un passo decisivo verso una pace duratura e un definitivo ritorno allo statu quo *ante bellum*.

**Maria Lidia Senra Rodríguez**, *Autora*. – Senhora Presidente, os direitos humanos das mulheres também são direitos humanos. O direito das mulheres a não serem violadas é um direito humano e, por isso, perante as queixas por violação na República Centro-Africana por parte de soldados franceses e de capacetes azuis, quero fazer um apelo à Alta Representante e aos Estados, nomeadamente ao Estado francês, para pôr fim à impunidade para qualquer militar que seja um agressor, que seja um delinquente sexual.

Queremos também manifestar a nossa profunda preocupação pela opacidade e pelo arquivamento, por parte das autoridades francesas, das queixas contra os seus soldados por violação na República Centro-Africana. Pedimos que nenhuma queixa seja arquivada e que se abram de novo aquelas que já o foram.

Pedimos, ainda, uma investigação independente e transparente e que se apure a verdade e que se faça justiça relativamente a estas graves acusações de abusos sexuais.

**Tomáš Zdechovský**, *autor*. – Ve Středoafričké republice stále dochází k násilí a potlačování lidských práv obyvatel, a to i přes veškeré snahy místní vlády a mezinárodní vojenské mise MINUSCA.

Ty se dlouhodobě snaží místní tragickou situaci zlepšit, a proto jsem rád, že se všechny frakce shodly na textu této rezoluce. Nejenže jsou zde zabíjeny desítky nevinných civilistů, včetně dětí, ale vidíme i časté přepadávání vojenských konvojů. A to nesvědčí o ničem jiném než o pokračované nestabilitě v této zemi. Je nutné dále apelovat na místní autority, aby se snažily o důsledné potrestání všech viníků a vybudování stabilního a spravedlivého justičního systému. Jen tak může dojít ke zlepšení celkové situace ve Středoafričké republice.

Úkolem Evropské unie je nejen upozorňovat na pokračující problémy, ale také pokračovat ve své roli významného dárce humanitární pomoci, která pomáhá nejchudším lidem této druhé nejchudší země světa. K tomu je potřeba také ochota vlády Středoafričké republiky. Ochota konečně ukončit utrpení svých občanů, ochota nastolit pořádek a v neposlední řadě ochota zajistit, aby byla zajištěna všechna lidská práva, a to bez výjimky.

**Cristian Dan Preda**, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, félicitations pour votre réélection.

Je salue la tenue de notre débat aujourd'hui sur la situation en République centrafricaine. Nous n'avions pas eu de telles discussions au sein de notre Parlement depuis un certain temps. Or, il est essentiel de montrer que nous nous intéressons à cette question et que la multiplication des violations du droit international humanitaire et des droits de l'homme, y compris des exécutions arbitraires, de la violence sexuelle et de toutes sortes d'agressions contre la population civile, ne nous laisse pas indifférents.

Bien au contraire, nous condamnons fermement ces crimes graves et s'agissant des attaques les plus récentes contre les forces de la MINUSCA qui ont coûté la vie à deux casques bleus marocains et à un du Bangladesh, nous exprimons notre sympathie envers leurs familles et leurs gouvernements.

Il faut que la République centrafricaine reste sur notre radar en dépit des progrès significatifs enregistrés et de la tenue des élections marquant le succès de la transition politique. Le pays reste malheureusement en proie à l'instabilité et à la violence sporadique. Nous devons continuer de soutenir et d'accompagner les efforts en cours visant à promouvoir la paix et la réconciliation.

**Nicola Caputo**, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, condanno con fermezza le violazioni dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario che si registrano nella Repubblica centrafricana a opera dei ribelli musulmani Seleka e della milizia cristiana Anti-Balaka.

Invito il governo della Repubblica centrafricana ad avviare indagini imparziali su tutte le violazioni, perseguendo i responsabili, magari istituendo una Corte penale speciale. È indispensabile che il governo della Repubblica centrafricana investa in misura significativa, con il sostegno della comunità internazionale, nel sistema giudiziario, con l'obiettivo di ricostruire i tribunali e le forze di polizia e quindi mettere fine all'attuale impunità diffusa. Invito le autorità africane ad attuare, con il sostegno dei suoi partner internazionali, il piano nazionale per la ripresa e il consolidamento della pace, in particolare attraverso il rafforzamento delle capacità delle forze di sicurezza nazionali, il disarmo, la smobilitazione e la reintegrazione dei gruppi armati.

Relativamente allo sfruttamento e al traffico illecito delle risorse naturali, opportuna sarebbe infine la creazione, da parte delle Nazioni Unite e nel quadro di MINUSCA, di un'unità speciale per contrastare il contrabbando di diamanti, legname, oro e avorio.

**Mark Demesmaeker**, *namens de ECR-Fractie*. – Eén blik op de geschiedenis van de Centraal-Afrikaanse Republiek leert ons dat het land en zijn bevolking reeds decennialang worden geteisterd door etnisch en religieus geweld, dictatoren en grove schendingen van de mensenrechten.

De bevolking verdient beter. We zijn dan ook verheugd met de vreedzame verkiezing van president Touadera. Maar de situatie in de CAR is nog niet wat ze moet zijn. Nog al te vaak bereikt ons nieuws over verkrachtingen, afrekeningen en hongersnood. We steunen dan ook ten volle de voorliggende resolutie.

We willen natuurlijk allereerst dat al diegenen die zich schuldig hebben gemaakt aan geweld, aan schendingen van humanitair recht ter verantwoording worden geroepen. Daar moet de regering echt werk van maken. Ook van de hervorming van het rechtssysteem, samen met de internationale gemeenschap.

Daarnaast steunen wij de gesprekken tussen de verschillende gewapende groeperingen onder leiding van de VN. We roepen ook alle internationale partners op om hun financiële verplichtingen na te komen zodat de verschrikkelijke hongersnood structureel kan worden aangepakt. De helft van de Centraal-Afrikaanse bevolking lijdt honger, dit is een schande. Wij mogen deze mensen echt niet aan hun lot overlaten.

**Louis Michel**, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, mon groupe politique a décidé de ne pas cosigner la résolution portant sur la RCA.

Ce qu'on vous propose dans cette résolution conjointe, dans le fond, que vous le vouliez ou non, c'est de sanctionner le bilan d'un gouvernement élu démocratiquement, il y a un peu moins d'un an, qui tente de créer une union sacrée en vue de construire une dynamique de rassemblement répondant aux besoins de paix, de développement et de sécurité, grâce à un dialogue permanent et inclusif.

Nous avons tous salué, à l'occasion de la conférence internationale des donateurs, qui s'est tenue à Bruxelles, les efforts déployés par ce même gouvernement et par l'assemblée nationale pour bâtir la paix et la réconciliation dans un contexte fragile et aléatoire.

Au Parlement européen, en marge de cette conférence, nous avons exprimé notre soutien au président Touadéra et félicité le président de l'assemblée, Karim Meckassoua, pour la composition large et inclusive de sa délégation et pour les efforts visibles qu'ils font pour reconstruire leur État.

Je tiens à rappeler que la RCA a signé le protocole sur la torture, adopté une législation sur l'égalité des sexes et accéléré la législation sur la nouvelle architecture judiciaire prévue par la Constitution. Il faut, bien entendu, investir dans le secteur de la sécurité, nous le savons. Il faut rétablir l'autorité de l'État sur l'ensemble du territoire pour être à même de lutter contre l'impunité.

Mais le problème le plus urgent actuellement, c'est la mise en place d'une justice transitionnelle qui est prévue. Je souligne que la procédure de sélection des magistrats internationaux pour la Cour pénale spéciale vient d'être lancée aux Nations unies.

Dès lors, au lieu de voter un texte qui envoie un signal négatif à la communauté internationale à une semaine seulement de la réunion à Bangui entre la Commission européenne et les autorités centrafricaines pour mettre en place la structure de coordination de l'aide, nous serions bien inspirés d'inviter le président Touadéra et le président de l'assemblée nationale, ici, au Parlement européen, pour débattre avec nous.

**Louis Aliot**, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, voici quelques mois, la transition présidée par Catherine Samba-Panza se terminait par un constat de pratiques financières douteuses et un clientélisme systémique indécent. Fidèle à sa tradition de protection des populations, la France s'engagea heureusement, dès 2013, avec succès pour mettre un terme aux massacres de la minorité islamique Séléka à l'encontre des chrétiens majoritaires dans le pays. J'en profite pour féliciter l'armée française pour son action dans des conditions particulièrement difficiles.

Dans un pays où l'État ne contrôle plus qu'une faible partie de son territoire et où les partis politiques sont constitués sur des bases ethniques et religieuses, tout le monde a fermé les yeux sur la légalité douteuse des élections. Malheureusement, cela devient une habitude aujourd'hui en Afrique. La population souffre d'un état d'insécurité alimentaire croissante et ne survit que grâce à quelques ONG.

Depuis l'investiture du nouveau président, rien n'a changé, rien ne fonctionne: ni justice, ni santé, ni éducation. Les criminels de sang et les prédateurs économiques ont toujours pignon sur rue. Les diamants alimentent toujours les places d'Anvers ou de Dubaï avec des Centrafricains bien connus à la tête de ces réseaux mafieux qui utilisent le Cameroun et le Soudan comme points de passage. Les sites miniers sont contrôlés par les rébellions qui bénéficient de complicités politiques.

Aujourd'hui, seuls les financements du FMI et de l'Union européenne permettent de payer les fonctionnaires qui perpétuent ce système corrompu voué à l'échec. Il est à craindre que la République centrafricaine ne devienne le centre de rébellions en Afrique centrale et n'alimente davantage les flux migratoires à l'intérieur de l'Afrique.

Chers collègues, ce n'est pas en niant la réalité qu'on améliore l'état de droit. L'Afrique est demandeuse de paix, de stabilité et de coopération. Vous souhaitez être crédibles? Mettez fin au trafic et punissez chez nous, en Europe, celles et ceux qui profitent de ces richesses au détriment du développement de ces pays.

**Γεώργιος Επιτήδειος (NI).** – Κυρία Πρόεδρε, σας συγχαίρω κι εγώ για την επανεκλογή σας. Η προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι υποχρέωση καθενός ο οποίος αισθάνεται ότι πρωτίστως είναι άνθρωπος. Υπό την έννοια αυτή, είναι σωστή η ευαισθησία που επιδεικνύει η Ευρωπαϊκή Ένωση για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε όλες τις χώρες της Ευρώπης και, εν προκειμένω, στην Δημοκρατία της Κεντρικής Αφρικής, όπου πράγματι παραβιάζονται τα ανθρωπίνια δικαιώματα.

Στο σημείο όμως αυτό, οφείλουμε να επισημάνουμε την υποκρισία από την οποία διακατέχεται ο ηγετικός κύκλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης η οποία ασχολείται επιλεκτικά με την παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων και επικαλείται μόνο εκείνα που εξυπηρετούν πολιτικές σκοπιμότητες. Πώς προστατεύτηκαν τα ανθρωπίνια δικαιώματα εκείνων οι οποίοι, εξαιτίας των πολέμων, αναγκάστηκαν να εγκαταλείψουν τις πατρίδες του, μία φυγή την οποία η Ευρωπαϊκή Ένωση, ενώ μπορούσε, δεν ήθελε να αποτρέψει; Πώς προστατεύτηκαν και προστατεύονται τα ανθρωπίνια δικαιώματα όλων εκείνων που η Τουρκία, με την ανοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στέλνει κατά εκατοντάδες χιλιάδες στην Ελλάδα, μια χώρα κατεστραμμένη οικονομικά από τη λιτότητα των μνημονίων η οποία δεν μπορεί να τους εξυπηρετήσει και κατά συνέπεια εκεί θα υποφέρουν; Πώς προστατεύτηκαν τα ανθρωπίνια δικαιώματα, ακόμη και το ίδιο το δικαίωμα στη ζωή, αυτών οι οποίοι πέθαναν από το ψύχος στην Ελλάδα, τη Σερβία και τις άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Πώς προστατεύτηκαν, τέλος, τα ανθρωπίνια δικαιώματα αυτών οι οποίοι πνίγηκαν στα νερά της Μεσογείου; Είναι υπεύθυνη η Ευρωπαϊκή Ένωση για τους θανάτους αυτούς και η βοήθεια που τώρα θέλει να προσφέρει δεν την απαλλάσσει από τις τεράστιες ευθύνες της.

**Bogdan Brunon Wenta (PPE).** – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Republika Środkowoafrykańska, będąca przodostatnim krajem w rankingu rozwoju społecznego ONZ, mierzy się z rosnącą przestępczością, a także trudną sytuacją humanitarną. Mimo wyborów przeprowadzonych pomyślnie w lutym zeszłego roku i ustabilizowania kraju po zamachu stanu oraz wojnie domowej o podłożu religijnym w ostatnich miesiącach doszło do intensyfikacji ataków rebeliantów na ludność cywilną, w tym mniejszości etnicznej, i wzrosło poczucie bezprawia. Akty agresji wobec pracowników misji MINUSCA oraz organizacji humanitarnych skutecznie uniemożliwiają przekazanie pomocy ponad dwóm milionom obywateli tej pomocy potrzebujących.

Ważne jest, aby władze Republiki Środkowoafrykańskiej nie ustawały w wysiłkach związanych z rozbrojeniem i reintegracją członków grup zbrojnych, a także wprowadzeniem praworządności i sprawnego systemu wymiaru sprawiedliwości. W tym kontekście duże znaczenie ma ścisła współpraca władz tego kraju z Unią Europejską, Bankiem Światowym i Organizacją Narodów Zjednoczonych.

**Cécile Kshetu Kyenge (S&D).** – Madame la Présidente, le renforcement du dialogue et de la réconciliation est la voie pour le rétablissement d'une paix durable en République centrafricaine. Le président Touadéra y travaille depuis son élection dans des conditions de fragilité extrême, à cause d'un système usé par des décennies de guerre civile.

Je crois que nous avons le devoir et la responsabilité de soutenir les efforts de ce nouveau gouvernement démocratiquement élu afin d'obtenir le renforcement d'une structure administrative et de l'État.

Nous regrettons tous les massacres des populations qui ont été perpétrés. Nous condamnons aussi avec fermeté les attentats meurtriers contre les forces de la MINUSCA engagées dans des opérations pour le maintien de la paix.

Je crois qu'à travers notre soutien, nous attendons aussi des nouvelles autorités un renforcement de la gouvernance politique et économique, une séparation des pouvoirs et la lutte contre l'impunité, mesures que les institutions démocratiquement élues ont déjà mises en place.

Le Parlement européen continuera de soutenir tous les efforts du nouveau gouvernement et veillera à ce que les conditions de normalité soient rétablies dans le pays.

„Catch the eye” eljárás

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Já vám blahopřeji ke znovuzvolení a chtěla bych se vyjádřit ke zprávě, kterou jsem také podepsala. Situace ve Středoafričké republice je velmi vážná a tato naše zpráva je adresována právě vládě Středoafričké republiky, také OSN a Evropské komisi. V této zemi umírají civilisté a lidská práva nejsou chráněna.

Evropský parlament ve své zprávě oceňuje úsilí vlády Středoafričké republiky, která za pomoci mezinárodních jednotek usiluje o zklidnění situace a ochranu civilistů, ale toto úsilí není dostatečně úspěšné. V zemi panuje velké násilí, nejistota a jsou zde statisíce uprchlíků do okolních zemí. Tito uprchlíci samozřejmě hledají bezpečí. Také Evropské unie se toto týká, protože z těchto uprchlíků mohou být také uprchlíci, kteří budou hledat cestu do Evropy. Evropská unie podporuje finančně stabilizaci ve Středoafričké republice a my podporujeme vládu této země.

**Fabio Massimo Castaldo (EFDD).** – Signora Presidente, complimenti per la sua rielezione, onorevoli colleghi, nella Repubblica centrafricana da diversi anni ormai imperversa una vera e propria guerra tra milizie e bande, che ha assunto purtroppo i contorni religiosi ed etnici che ben conosciamo. Imperversano, al contempo, anche traffici illeciti e lo Stato ormai ha difficoltà ad avere un vero e proprio controllo del territorio, che è ormai limitato, così come è limitata la sua capacità di garantire un controllo dell'ordine pubblico.

Qui, come altrove, chi imperversa e chi attacca ancora l'ordine statale è soprattutto la logica del *divide et impera* dei gruppi multinazionali e delle imprese, anche europee, che, presi dalla febbre e accecati dalla rincorsa delle risorse preziose di questo paese a buon mercato, di fatto, rischiano di portare a una destabilizzazione che potrebbe nel tempo deflagrare nell'intera regione e nell'intera area.

È tempo di pretendere comunione e che ci sia giustizia per le vittime delle torture, degli omicidi e degli attacchi costanti, che ci sia la possibilità per queste persone di uscire dallo stato di carestia che mette a repentaglio decine di migliaia di vite e che le violazioni dei diritti umani abbiano fine, così come abbiano fine questi traffici illeciti che stanno minando la centralità dello Stato.

È tempo che la comunità internazionale e l'Unione europea facciano davvero il loro dovere.

**Patricija Šulin (PPE).** – Po več desetletjih nerazvitosti in pomanjkanja stabilnosti smo v Srednjeafriški republici končno priča večjim prizadevanjem oblasti pri spodbujanju miru in sprave.

Kljub temu pa se država še vedno sooča z nestabilnimi razmerami, ki so posledica različnih spopadov po državi. Za izboljšanje razmer na področju varstva človekovih pravic potrebujemo intenzivnejše in učinkovitejše sodelovanje vseh akterjev, vključno z OZN in Evropsko unijo.

V tej luči moramo podpreti delo Mednarodne organizacije za frankofonijo, ki se že vrsto let bori za izboljšanje razmer v Srednjeafriški republici. Brez njenih prizadevanj za krepitev demokracije in pravne države (med drugim je podprla tudi ustanovitev nacionalne komisije za človekove pravice) bi bile razmere v Srednjeafriški republici zagotovo veliko slabše.

A „catch the eye” eljárás vége



**Christos Stylianides**, *Member of the Commission*. – Madam President, I am grateful that this house has maintained its intention on the Central African Republic which, as has already been said, is at a very critical moment in its history and where the European Union has potential to make an important and positive difference.

Human rights are an important element of our approach, including our diplomatic dialogue. With the help of the international community, the Central African Republic has made important progress in the last couple of years, after one of the most painful periods in its history. Credible presidential and parliamentary elections have provided the national authorities with legitimacy and a clear mandate to break with the past and lead the country towards recovery and peace.

Many challenges remain and the Central African Republic is still in a very fragile situation with very limited state control, unfortunately. Insecurity continues to be widespread. In the past months we have seen a resurgence of clashes between armed groups, again causing civilian deaths, new displacements, and serious human rights violations which are mostly the consequences of armed violence. The killing of three blue helmets at the beginning of January was a sad reminder of this insecurity, as well as a reminder of the importance of the work of MINUSCA, which as you know the European Union fully supports.

The ongoing fragility also hampers the much-needed access for humanitarian and development actors to some areas. President Touadéra speaks with strong conviction about the need for national conciliation and justice, and his government has taken the first steps to establish a dialogue with the armed groups in order to disarm, demobilise, reintegrate and repatriate them. We need to encourage this process and make sure that both pillars – reconciliation and justice – receive appropriate attention, as true reconciliation will not be possible without rendering justice for serious violations of human rights. Improving the capacity of the justice system, as well as reforming the security forces are therefore key.

The European Union, as the Central African Republic's most important partner, continues to support the government in these efforts. The European Union has invested more than EUR 500 million in the Central African Republic in the last three years, and the Brussels Conference for the Central African Republic last November, co-chaired by the High Representative, led to more than 2 billion pledges, 750 million of them from the European Union, and our Member States are as usual the largest donors. I attended the conference myself and I saw the strong commitment of all those present to make a difference.

The challenge now is to deliver and effectively implement the Central African Republic's national plan. This is the crucial challenge for the national authorities and, of course, for the international community and us, the European Union. Addressing human rights in transitional justice is at the centre of the European Union's approach in the Central African Republic. In our political dialogue with the authorities as well as with regional and international partners, we continue to advocate ending impunity for human rights violations in the Central African Republic and improving the protection of the most vulnerable groups, among them, unfortunately, women, children and minorities.

2017 will be a decisive year for the Central African Republic. The European Union stands ready to continue our support to put the country firmly on the path of peace and reconstruction.

**Elnök asszony**. – A vitát lezárom.

A szavazásra ma kerül sor.

*Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)*

**Anna Elżbieta Fotyga (ECR)**, *na piśmie*. – RŚA jest jednym z najbiedniejszych państw świata, które od czasu wyzwolenia się spod władzy kolonialnej nie zdołało zbudować stabilnej państwowości. Problemy, które dotyczą ludność RŚA, uosabiają najpoważniejsze wyzwania: głód, bieda, susze, powodzie, wyjąłowanie ziemi, potworne konflikty religijne i etniczne, których niekontrolowana eskalacja doprowadziła do masowych zbrodni, morderstw, przestępstw, rozbojów. Szczególnymi ofiarami konfliktu, zwłaszcza po wejściu oddziałów Seleka i odłamów Boko Haram, stali się chrześcijanie. Nasila się zjawisko terroryzmu, przemyty ludzi, broni, narkotyków, a rabunkowa eksploatacja bogactw naturalnych nie przynosi żadnych korzyści ludności RŚA.

Unia Europejska jest największym donatorem pomocy humanitarnej i rozwojowej. W swoich działaniach wykorzystuje kanały ONZ. Obecność Zachodu nie zawsze okazywała się efektywna. Dochodziło również do zjawisk kompromitujących przedstawicieli misji pokojowych i stabilizacyjnych. Potrzebne jest intensywne zaangażowanie struktur unijnych i dobrze przemyślany plan pomocy. Unijna misja pomostowa, obejmująca oddziały żandarmerii państw członkowskich, w tym Polski, była niewątpliwym sukcesem, trwała jednak zbyt krótko. Po początkowych problemach organizacyjnych, ONZ-owska misja MINUSCA, która przejęła od niej zadania, pozwoliła na poprawę sytuacji w stopniu pozwalającym na przeprowadzenie wyborów prezydenckich. Wysiłki całego świata zachodniego, wszystkich jego demokratycznych instytucji są niezbędne dla wprowadzenia stałego pokoju w RŚA. Doceniam również zaangażowanie wszystkich przywódców religijnych, a także obecnych tam od wielu lat polskich misjonarzy.

**Ilhan Kyuchyuk (ALDE)**, *in writing*. – The situation in the Central African Republic remains unstable. Although the brutal violence between Seleka rebels and the ‘Anti-balaka’ militia has dropped out of the picture, attacks against civilians (in particular women and children), peacekeepers and humanitarian organisations persist. In addition, the Central African Republic authorities are struggling to re-establish the rule of law in the country and therefore fail to hold accountable before justice those responsible for violence. Therefore, the country’s authorities have to focus on fighting against impunity by increasing protection of witnesses and victims and by adopting without delay a strategy for transnational justice in order to address the legacy of past-fundamental rights violations. In addition, I call on the EU to increase its support for civil society organisations in the country in order to improve documentation of human rights abuses and crimes under international law.

**David McAllister (PPE)**, *schriftlich*. – Die Zentralafrikanische Republik ist nach wie vor in einer schwierigen Lage. Trotz der friedlichen Wahlen im Februar 2016 und den Anstrengungen von Präsident Touadéra, das Land nach Jahren bewaffneter Konflikte zu stabilisieren, sind täglich Menschenrechtsverletzungen zu beklagen. Die hinterhältigen und unerträglichen Angriffe auf die Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen – bei denen drei Soldaten ums Leben kamen – sind ein weiterer Beleg für die anhaltende instabile Situation im Land. Damit sich weder die Gräueltaten an der Bevölkerung noch die Anschläge auf Friedenstruppen wiederholen, muss nun der gemeinsam von EU, UN und der zentralafrikanischen Regierung erarbeitete „National Plan for Recovery and Peacebuilding“ umgehend implementiert werden. Dieser Plan sieht unter anderem vor, die Gewalt im Land durch Abrüstung und Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern einzudämmen, die Sicherheitspolitik des Landes neu zu ordnen, das Justizsystem zu reformieren und Menschenrechtsverstöße konsequent zu ahnden sowie die Versöhnung zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Nur wenn die Regierung in Bangui aktiv darauf hinwirkt, dass in Zentralafrika nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt, kann dieses Land – mit Hilfe seiner internationalen Partner – wieder zur Normalität zurückfinden.

**Rolandas Paksas (EFDD)**, *raštu*. – Balsavau už šią rezoluciją. Pažymėtina, kad nepaisant politinės pažangos, CAR vis dar kausto nestabilumas, nesaugumas, prievarta ir atsiktiniai neramumai. Todėl būtina kuo skubiau spręsti šią problemą ir nutraukti šią nesaugumo padėtį. Visų pirma, reformos turėtų būti vykdomos remiantis demokratinio ir ekonominio valdymo principais ir vedant konstruktyvų dialogą. Reikia užmegzti dialogą su ginkluotais grupuotėmis ir atkurti teismų ir baudžiamojo proceso grandinę bei kovoti su nebaudžiamumu. Be to, vyriausybė kuo skubiau turėtų inicijuoti operatyvius ir nešališkus visų tariamų žmogaus teisių ir humanitarinės teisės pažeidimo atvejų tyrimus. Atkreiptinas dėmesys į humanitarinę, visų pirma šalies viduje perkeltų ir izoliuotų asmenų, padėtį šalyje. Ne tik ES, bet ir visi tarptautiniai paramos teikėjai turi dėti didesnes pastangas teikiant humanitarinę pagalbą. Atsižvelgiant į tai, jog neteisėta prekyba deimantais ir mediena bei jų gavyba kursto konfliktą ir finansuoja ginkluotąsias pajėgas, CAR valdžios institucijos turi kuo skubiau parengti savo nacionalinę kovos su neteisėtos gamtos išteklių gavybos ir prekybos tinklais strategiją.

### 4.3. Lage in Burundi

**Elnök asszony**. – A következő napirendi pont vita hét, a burundi helyzettel kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2017/2508(RSP)).

**Pier Antonio Panzeri, autore.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il mese scorso il Presidente del Burundi ha annunciato che concorrerà per un quarto mandato nel 2020 e sta già provvedendo ad apportare gli emendamenti necessari a superare il limite di due legislature imposto dalla Costituzione. Sono ormai quasi due anni che il paese sperimenta una forte repressione, seguita alle rivolte dei cittadini che si erano già opposti al terzo mandato.

Destano preoccupazione le gravi violazioni di diritti umani, lo stretto controllo sull'informazione e la chiusura di cinque organizzazioni della società civile, nonché l'atteggiamento del governo nei confronti delle istituzioni internazionali. Con questa risoluzione chiediamo al governo del Burundi di rilasciare le persone arbitrariamente detenute e di porre fine agli atti di intimidazione nei confronti dei difensori civici dei diritti umani e dei giornalisti.

L'Unione europea, insieme all'Unione africana e al Consiglio di sicurezza, deve impegnarsi per promuovere il dialogo fra tutte le parti, trovare una soluzione pacifica della crisi e ripristinare la democrazia e lo Stato di diritto, partendo dall'accordo di Arusha che ha contribuito a sostenere per un decennio la pace in Burundi.

**Mark Demesmaeker, Auteur.** – Als oud-mandaatgebied van mijn lidstaat houdt Burundi mij natuurlijk bezig. België draagt een historische verantwoordelijkheid en het raakt mij dan ook dat het land, onder president Nkurunziza, verder afglijdt naar een meer en meer autoritaire staat.

De jongerenafdeling van zijn politieke partij maakt zich schuldig aan verkrachtingen, afpersingen en intimidaties. Mensenrechtenactivisten zoals Marie-Claudette Kwizera verdwijnen en elke vorm van oppositie wordt de kop ingedrukt.

Ik steun dan ook deze resolutie die de Afrikaanse Unie, de VN-Veiligheidsraad en onze Hoge Vertegenwoordiger van de Europese Unie vraagt verdere stappen te ondernemen tegen het regime en die de aandacht vestigt op het lot van de vluchtelingen.

Onze eerdere inspanningen brachten al een sprankeltje hoop. Zo werd zeven dagen na de stemming van onze vorige resolutie journalist Bob Rugurika onder borgtocht vrijgelaten. Ik ben ook blij dat de Belgische regering Pierre Claver Mbonimpa heeft opgevangen voor verzorging na een brutale aanval op hem in Bujumbura. Vandaag zet hij zijn strijd voor de mensenrechten in Burundi voort vanuit België.

Laten we met dit in het achterhoofd ons werk voor Burundi voortzetten en de druk op het regime hoog houden.

**Michèle Rivasi, auteure.** – Madame la Présidente, comme cela a été indiqué, la situation politique au Burundi est très préoccupante, au point que certains observateurs s'inquiètent de la survenue d'un génocide.

En fait, le pays n'a connu que très peu de répit depuis son accession à l'indépendance et la guerre civile a ouvert des plaies difficiles à refermer. C'est pourquoi les provocations du président Nkurunziza doivent cesser. En effet, après sa deuxième élection illégitime en 2010, il a réussi, en 2015, le coup de force d'une troisième élection truquée, contraire à la Constitution du Burundi et à l'accord d'Arusha. Maintenant, il nargue son peuple et la communauté internationale en annonçant un probable quatrième mandat. En fait, il s'agit d'un hors-la-loi.

Si la Constitution est la clé de voûte de la stabilité institutionnelle et politique, l'accord d'Arusha est celle de la paix sociale, puisqu'il repose sur des piliers censés assurer la juste représentation des différentes ethnies. Aujourd'hui, cette garantie de paix est remise en cause.

Je tiens à souligner quand même que l'Europe a contribué à hauteur de 22 millions d'euros à une aide humanitaire pour toutes les personnes ayant quitté le Burundi et dont la moitié sont des enfants.

Par conséquent, parmi les solutions, il faut vraiment rétablir les droits fondamentaux, permettre le retour et l'inclusion de l'opposition politique et étendre les sanctions ciblées.

**Fabio Massimo Castaldo**, *autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la catastrofe umanitaria e civile che sta accadendo in Burundi ha un nome e un cognome, si chiama Pierre Nkurunziza, l'attuale Presidente che, beffandosi della Costituzione e degli accordi di pace, non soltanto si è fatto eleggere per un terzo mandato ma oggi parla di una quarta elezione nel 2020.

Quello che sta accadendo nello stato burundese è spaventoso. Ogni volta che la comunità internazionale prova a fare qualche timido passo c'è una risposta veramente colpo su colpo, come quando, il 19 ottobre 2016, il Burundi si è ritirato dalla Corte penale internazionale dopo l'annuncio della Corte stessa di avere aperto una prima investigazione preliminare. Le ONG sono state espulse, parlo anche della UNIIB o ancora della Ligue Iteka, la più antica del paese, e adesso ormai ogni voce di dissenso e ogni voce che si leva contro questo governo viene costantemente silenziata. Le forze di polizia e le forze di sicurezza, così come le terribili milizie Imbonerakure stanno imperversando con omicidi, rapimenti, tortura, stupro e arresti sommari e la crisi, che è nata come politica, ormai ha assunto contorni palesemente etnici per volontà dello stesso governo. Le vittime di etnia Tutsi crescono esponenzialmente, anche un ministro addirittura la notte del nuovo anno.

E questo nel silenzio della comunità internazionale, tant'è vero che qualcuno ha parlato di un vero e proprio «genocidio silenzioso» e noi invece abbiamo l'onere di tenere alta la guardia, di pretendere una reazione forte. Lo dobbiamo a persone come Pierre Claver Mbonimpa, che ho avuto l'onore di conoscere e di invitare anche a Roma per un evento di sensibilizzazione su quello che sta accadendo nel paese.

Lo dobbiamo anche a un intervento che deve essere forte, devono essere schierate forze di polizia per ridurre la violenza, come forza di interposizione. Non possiamo permettere che quel «*never again*» che dicemmo in Ruanda invece diventi un «*again and again*» oggi come oggi.

Questo dipende anche da noi, se continueremo ad essere così passivi e aspettare che la storia faccia il suo corso, magari semplicemente per dimenticanza o perché pensiamo che le priorità siano altre, lasceremo una comunità e lasceremo queste persone a se stesse e negheremo quel Nobel per la pace che invece è stato attribuito all'Unione europea.

**Marie-Christine Vergiat**, *auteure*. – Madame la Présidente, le Burundi est le pays le plus pauvre du monde. Depuis le printemps 2015, il s'enfonce dans la crise la plus grave depuis la fin de la guerre civile, depuis que le président a décidé, contrairement à ses engagements, de briguer un troisième mandat. Il vient d'ailleurs d'annoncer qu'il était prêt à en briguer un quatrième.

Il s'agit d'une spirale infernale que rien ne semble pouvoir arrêter. Des milliers de morts, des centaines de personnes disparues, torturées, des centaines de femmes victimes de violences sexuelles et, en conséquence, des milliers de réfugiés. Oui, il y a un risque de génocide.

En septembre dernier, la mission d'enquête de l'ONU parlait de possibles crimes contre l'humanité et, en réaction, le Burundi a décidé de quitter la CPI. Son mandat demeurera cependant valide encore pendant un an.

Oui, il faut tout faire pour rétablir le dialogue politique et les États africains ont une lourde responsabilité dans ce domaine. Veulent-ils agir? J'ai des doutes et je crains le pire pour le peuple rwandais et tous ceux qui osent encore braver le pouvoir. Iteka, la plus ancienne ligue de défense des droits de l'homme en Afrique en est un symbole et, notamment sa trésorière portée disparue depuis plusieurs semaines.

**Pavel Telička**, *author*. – Madam President, I need to say that we do not always focus on the right urgencies or the most flagrant cases. Sometimes we even slip up and focus on a country which is making progress and we are more critical than in other cases.

But this is the right case. If we look closely into the situation in Burundi, there is hardly a worse case. I am glad that this time we managed to have a good text in the resolution. We found the right language, we seek to tackle impunity and we seek sanctions. May I draw your attention to the fact that, in a country where we see death, torture and rape used as a weapon, targeted violence against women with thousands of people being killed, displaced, etc., I am glad to see that we have a paragraph which calls on the UN Security Council and the International Criminal Court (ICC) to quickly open a full investigation into alleged human rights violations in Burundi, including the danger of genocide within its jurisdiction committed during the recent crisis in the country. I think that this is something that we need to state very clearly.

Finally, I welcome that we are focusing on the targeted sanctions adopted by the EU on 1 October 2015, consistent with the decision taken by the African Union. This is the language that we need to have the courage to use. We cannot be passive, we need to address it and that has to be a strong signal.

**Joachim Zeller**, *Verfasser*. – Frau Präsidentin! Zum wiederholten Mal ist die Situation in Burundi hier Thema im Plenum, seit im April 2015 der amtierende Präsident Nkurunziza – einer der reichsten Männer Afrikas übrigens in einem der ärmsten Länder der Welt – verkündet hat, dass er nicht aus dem Amt scheiden will, so wie es die Verfassung Burundis ihm eigentlich auferlegt. Seitdem wird das Land von der Willkür des Machthabers und dem Terror der von ihm geschaffenen Miliz Imbonerakure beherrscht. Hunderte Menschen wurden bereits getötet, Tausende sind eingekerkert, 300 000 sind in die Nachbarländer geflohen. Die freie Meinungsäußerung wird unterdrückt, und die Pressefreiheit ist abgeschafft. Es droht ein Wiederaufleben des Bürgerkriegs, der vor zwölf Jahren beendet wurde. Deswegen denke ich auch, es ist dringlich, dass wir uns mit der Situation dort beschäftigen.

Es ist allerdings bedauerlich, dass es uns bislang nicht gelang, in der Versammlung AKP-EU eine gemeinsame Entschließung dazu mit den afrikanischen Partnern zu formulieren. Wir müssen ihnen klarmachen, dass es uns nicht um Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines afrikanischen Landes geht, sondern dass wir Sorge haben um die Stabilität in der Region, um das Schicksal von vielen hunderttausend Menschen und die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten.

**Mariya Gabriel**, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, il est de notre devoir de renforcer les actions de l'Union européenne au Burundi. Je vais me concentrer sur deux aspects: les droits de l'homme et le contexte régional.

Oui, il y a dix jours, la ligue Iteka a été radiée de la liste des ONG autorisées à travailler dans le pays pour ses dénonciations concernant les violations des droits humains et le risque de génocide. Cette décision s'ajoute à d'autres visant des ONG internationales qui dénoncent la dégradation de la situation au Burundi et envoient un signal de radicalisation du gouvernement. Nous devons protéger les défenseurs des droits de l'homme, les ONG internationales et la société civile burundaise. Et, en ce sens, j'appelle à l'adoption d'un plan urgent de normalisation de la situation des droits humains et des libertés fondamentales.

Deuxièmement, nous ne pouvons pas laisser de côté le contexte régional, qui se dégrade de jour en jour. L'instabilité politique croissante en Afrique de l'Est approfondit la crise humanitaire et l'insécurité.

Il est impératif que l'Union œuvre plus étroitement — mais surtout avec des responsabilités clairement définies — avec l'Union africaine, la Communauté de l'Afrique de l'Est et tous les partenaires internationaux à la reprise d'un dialogue inter-burundais afin de trouver une issue rapide et concertée à la crise que traverse le pays.

**David Martin**, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, in July 2015 I was the EU's chief observer for the Presidential elections in Burundi. Within days of arriving in the country, I concluded that the conditions for fair elections did not exist and that the media, the opposition and NGOs were all being intimidated and harassed. The situation then was grim.

Since then, I'm sad to say, Burundi has descended into total lawlessness. Burundi's once vibrant media has been decimated, the ruling party's Youth Movement murder, torture, rape and extort money and possessions with complete impunity. With the media silenced, the opposition decimated and the judiciary corrupt, ordinary Burundians have no one to speak for them. They have no voice or protection in their own country, so others must speak for them.

I welcome the EU's decision to extend our suspension of direct economic support and our restrictive measures against key figures, but we must be prepared to do more and we must encourage Burundi's African neighbours to take on board their responsibilities.

**Jean-Luc Schaffhauser**, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, d'abord, comme vous n'avez pas voulu me donner la parole et que je ne vais pas être trop long, je tenais à soutenir particulièrement le président Michel et ma collègue Kyenge pour leurs interventions sur la République centrafricaine. Je crois que leurs propos relèvent du bon sens, de l'intelligence d'une situation et de la transition que nous devons soutenir avec le nouveau président centrafricain.

Concernant le Burundi, ce pays est un concentré des malheurs de l'Afrique et, il faut le dire, de la crise de la région des Grands Lacs. Le malheur de l'absence de développement due à la faiblesse des États, le malheur de la tribalisation du pouvoir, encouragée, il faut le dire, par des sociétés étrangères et des États, le malheur d'une région où ingérences et massacres se succèdent.

Ce que nous devons faire pour cette région des Grands Lacs, mais aussi pour la zone du lac Tchad, est de mettre en place un véritable plan Marshall alliant sécurité et développement. Sans la sécurité, pas de développement. Sans développement, pas de sécurité.

**Seán Kelly (PPE)**. – A Uachtarán, ós rud é gurb é seo mo chéad óráid san athbhliain tá mé chun é a dhéanamh i mo theanga dhúchais féin. Is trua gur ábhar míshásúil atá idir lámha againn ach tá súil agam go n-éireoidh linn tríd an rún seo rudaí a fheabhsú sa Bhurúin. Agus tá rudaí imithe ar gcúl go háirithe ó shocraigh uachtarán na tíre dul ar aghaidh don triú téarma i gcoinne a bhunreacht féin. Meastar go bhfuil míle duine curtha chun báis ó shin, go bhfuil daoine ag teitheadh na tíre, go bhfuil cearta daonna á séanadh, go bhfuil coir agus caimiléireacht de gach saghas ar siúl agus go bhfuil 4.6 milliún duine i mbaol ocrais. Dá bhrí sin, is uafásach an scéal é mar a dúirt na feisirí eile agus tá súil agam go n-éireoidh linn brú a chur ar an uachtarán chun an deachtóireacht uafásach seo a stopadh sa Bhurúin.

**Maria Arena (S&D)**. – Madame la Présidente, le Burundi, à l'arrivée de Nkurunziza et même avant l'arrivée de celui-ci, présente une situation dramatique. Le président Nkurunziza annonce d'ailleurs qu'il pourrait éventuellement briguer un quatrième mandat. Le troisième ne le satisfait pas et le fait d'avoir plongé son pays dans l'instabilité et l'incertitude ne le satisfait pas non plus. Il voudrait continuer avec un quatrième mandat.

Il sort le Burundi de la Cour internationale, plonge son pays dans la pauvreté et dans l'instabilité et risque l'explosion d'une approche ethnique au sein du Burundi. Aujourd'hui, nos relations avec lui présentent de sérieuses difficultés. Nous savons qu'il y a des négociations, des médiations avec le gouvernement burundais. Nous demandons de pouvoir maintenir des sanctions à l'égard de ce gouvernement. Nous demandons qu'il puisse aussi y avoir des sanctions ciblées et nous demandons qu'il y ait un travail de la part des autorités burundaises.

Un dialogue pourrait s'établir, mais dans les conditions actuelles, en l'absence de démocratie, compte tenu du fait que des journalistes, des avocats et tous ceux qui s'expriment contre le Burundi ne peuvent plus parler, il est devenu impossible pour nous, Européens, de continuer à dialoguer avec ce pays.

*„Catch the eye” eljárás*

**Stanislav Polčák (PPE)**. – Je skutečností, že prezident Burundi nedodržuje sjednané dohody, dokonce odstoupil od statutu Mezinárodního trestního soudu. Páchá genocidu, potlačuje svůj lid, já si myslím, že je třeba vyslat jasný vzkaz panu prezidentovi Burundi, že i pokud by se odstěhoval na Měsíc, tak bude podléhat jeho jednání zpětnému přezkoumání a minimálně bude i trestně odpovědný.

Myslím si, že je důležité, abychom my dnes zde dali vzkaz těm lidem v Burundi, kteří usilují o její demokratickou obrodu, že naše pomoc bude cílená, že budeme trvat na sankcích vůči tomuto režimu a že budeme podporovat ty, kteří jsou dnes tímto režimem stíháni. To si myslím, že by měl být základní vzkaz z dnešního jednání, jinak samozřejmě podporuji návrh zprávy, který byl předložen.

**Cécile Kashetu Kyenge (S&D).** – Madame la Présidente, depuis le passage en force pour un nouveau mandat anti-constitutionnel contraire aux accords d'Arusha, le président Pierre Nkurunziza et son régime redoublent d'ardeur dans l'application de la politique de l'arbitraire. Cela se traduit par la fermeté arbitraire d'organisations des droits de l'homme, notamment de la ligue Iteka, et par des attentats et assassinats ciblés perpétrés contre des politiciens, des journalistes et la population. Récemment, trois personnes ont été radiées de l'ordre des avocats et une personne suspendue pour un an, en totale violation de la liberté d'expression des avocats et de l'autonomie du pouvoir judiciaire.

Face à cet état de fait, nous avons suspendu les financements et appliqué des sanctions ciblées en ce qui concerne le régime en place à Bujumbura. Mais, si le régime continue à ne pas respecter sa population, l'Union européenne devra prendre des mesures plus contraignantes contre les responsables politiques burundais.

A „catch the eye” eljárás vége.

**Christos Stylianides, Member of the Commission.** – Madam President, first of all, I am very grateful to those colleagues who have kept Burundi high on the agenda of this House. Burundi remains of great concern. Since 2015 we have witnessed a sharp rise in political violence linked to the electoral process, which led to a contested third mandate for the president. We are confronted with widespread impunity, high levels of armed incidents, extra-judicial killings and abductions as well as cases of torture by the police and the intelligence service. Government officials are reducing the political space, the freedom of the media and of association, and are publicly indulging in hate speech. There is no disarming of militias and no significant return of the more than 533 000 refugees who have fled the country.

In sum: we are still a long way from addressing the causes of this crisis which are manifest in the corrosion of the political, security and governance environment.

Against this backdrop, the European Union has suspended financial support to the Burundian administration, including budget support. But let me take the opportunity to underline again that we maintain direct support to the population – supporting health, nutrition, agriculture, energy and humanitarian assistance in the region.

As you know, this decision under Article 96 of the Cotonou Agreement coincided with individual sanctions against persons undermining democracy or obstructing the search for a political solution, including by acts of violence, repression and inciting violence. Those responsible for human rights violations and violence – regardless of their political persuasion – cannot escape personal responsibility for their actions.

The position of the government appears to be hardening, including the decisions: to stop cooperating with the office of the UN High Commissioner for Human Rights; to withdraw from the Rome Statute of the International Criminal Court; to recall the Burundian ambassador in Brussels; and to impose additional restrictions on international NGOs working in Burundi as well as to withdraw the license of such important national NGOs as the famous ITEKA which has been following the human rights situation for more than 20 years.

There are further disturbing developments, such as the President's announcement to possibly envisage even a fourth term in 2020, in as much as the indications are that the authorities are preparing for a change in the constitution, possibly including the abandoning of the Arusha Principles which have served the country so well in recent years.

The confrontational stance of the government puts particular emphasis on African-led processes, and especially the dialogue facilitated by President Mkapa on behalf of the Eastern African Community. In January in Arusha we saw the resumption of this consultation process. Crucial questions concerning an inclusive Burundian dialogue have been raised – but it was not possible to bridge important gaps to major Burundian opposition groups. There are additional consultations ongoing, including with the government, from 18 to 20 January.

The European Union remains fully committed to contribute solving the Burundian crisis, through our bilateral cooperation, at regional level and in cooperation with the African Union and the United Nations.

The next assessment of progress made in the Article 96 context is due in spring 2017. At the same time, the Commission services are planning for substantial direct support of the population, as we did in 2016.

The Burundian drama will stay with us for some time to come. We need principled and steadfast action in support of African-led mediation and possible new UN initiatives.

**Elnök asszony.** – Köszönöm szépen, Biztos Úr! Igazán megérdemli a tapsot képviselőtársaimtól. Rendkívül figyelmesen hallgattam, és elnézést kérek, hogy ilyen zajosan érkeznek be a képviselőtársaim a szavazásra.

A vitát lezárom.

A szavazásra ma kerül sor.

(Az ülést felfüggesztik)

## PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente*

### 5. Mitteilungen des Präsidenten

**Presidente.** – La seduta è ripresa.

Devo purtroppo comunicare all'Assemblea che, a seguito delle numerosissime scosse di terremoto che hanno colpito l'Italia, una valanga ha sommerso un albergo, ci sono trenta dispersi, anche bambini, con una situazione meteorologica bruttissima, il Soccorso Alpino della Guardia di Finanza ha raggiunto l'albergo dopo sei ore di marcia perché tutte le strade erano bloccate. Quindi sugli sci i militari della Guardia di Finanza hanno raggiunto il posto e stanno ora cercando, con i cani antivalanga, di vedere se i dispersi, come ci auguriamo tutti, siano sopravvissuti. Due persone sono state salvate, però certamente la situazione non è delle migliori.

La popolazione è stremata. Da ieri a mezzanotte a questa mattina alle sei ci sono state ottanta scosse di terremoto. I cittadini sono terrorizzati, la situazione meteorologica è pessima, quindi credo che a nome di tutto il Parlamento possiamo inviare un messaggio di solidarietà a questi cittadini europei che stanno vivendo momenti drammatici. E farò di tutto, credo con il vostro pieno consenso, affinché la Commissione europea possa accelerare i tempi per erogare il Fondo di solidarietà con il nostro sostegno, perché, ripeto, la situazione, lo sanno i miei colleghi italiani, è veramente disastrosa.

I giornali di tutto il mondo stanno parlando di quello che è successo. Il terremoto ha provocato una valanga e la valanga ha sommerso un albergo e sono tutti sotto la valanga, l'albergo è sotto la valanga. Questa è la situazione drammatica. Ho parlato poco fa con il comandante generale della Guardia di Finanza, l'ho ringraziato per il lavoro che hanno compiuto questi esperti, sei ore di marcia sono tante, però speriamo che possano riuscire a trovare i dispersi in vita.



Ringrazio ancora tutti quanti, il Presidente Juncker, il Commissario per la vicinanza espressa, credo che dovremo fare di tutto per dare risposte concrete a questi cittadini. Come mi ha chiesto il presidente della Protezione Civile italiana, chiedono soprattutto solidarietà, perché vivere con centinaia di scosse – ci sono state centinaia di scosse negli ultimi giorni – non è certamente facile. Quindi vi ringrazio come italiano, ma soprattutto come Presidente del Parlamento per la solidarietà che vorrete inviare a questi nostri compatrioti.

Grazie. Ha chiesto la parola l'onorevole Valenciano.

**Elena Valenciano (S&D).** – Señor presidente, toda nuestra solidaridad y cariño y toda la fuerza que sea necesaria para las víctimas italianas. Pero, ya que está aquí el comisario Stylianides y que sabemos también que hay centenares de miles de refugiados también en una situación casi imposible por esta ola de frío, también reclamo solidaridad y ayuda para estos refugiados.

**Rosa D'Amato (EFDD).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oltre alla solidarietà c'è stata, nell'ultima seduta plenaria, una mozione di risoluzione sul terremoto, che la Commissione deve prendere seriamente in considerazione.

C'erano delle richieste ben precise che la maggioranza del Parlamento europeo ha approvato, quindi possiamo anche ai fatti. La solidarietà certamente la dobbiamo fare, la dobbiamo dare, ma servono atti concreti perché la situazione non migliorerà e non sono alcuni cittadini a essere in pessime condizioni, ma è la stragrande maggioranza della popolazione del centro Italia.

**Presidente.** – Già ieri il Presidente Juncker ha detto che farà tutto il possibile, lo chiamerò anche oggi, ma credo che noi abbiamo fatto sentire chiaramente la nostra voce perché si faccia non soltanto l'applauso, ma anche cose concrete.

**Ελένη Θεοχάρους (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, εκφράζω και εγώ, εκ μέρους του λαού της Κύπρου, τη συμπαράστασή μου στον δοκιμαζόμενο λαό της Ιταλίας. Εγώ θα σας μιλήσω για μια ανθρωπογενή καταστροφή η οποία συνέβη πριν από 43 χρόνια και εξακολουθεί να βασανίζει τον λαό της Κύπρου.

Λυπάμαι πάρα πολύ που υποχρεώνομαι να πάρω τον λόγο ενώπιον του Σώματος, αλλά θα πρέπει να σας ενημερώσω ότι απαγορεύθηκε στο γραφείο μου να διοργανώσει μία έκθεση φωτογραφίας από την κατεχόμενη Λευκωσία, από την γραμμή κατάπαυσης του πυρός που λέγεται «παγωμένη Λευκωσία», και ο λόγος είναι ότι, δήθεν, βρισκόμαστε σε ένα κρίσιμο στάδιο για τις συνομιλίες οι οποίες θα επηρεαστούν από μία έκθεση φωτογραφίας που θα γίνει μέσα στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Και εγώ σας αναφέρω, κύριε Πρόεδρε, πρώτον, ότι δεν είμαστε σε ακτίνα συμφωνίας, δεύτερον, αν υπάρξει συμφωνία, δεν θα είναι συμβατή με το ευρωπαϊκό κεκτημένο και θα την απορρίψουν τα μέλη και τρίτον, οι εμπρηστικές δηλώσεις του Ερντογάν παραβιάζουν πολύ περισσότερο τις συνομιλίες από μια έκθεση. Λυπάμαι, αλλά αυτό μου δίνει την εντύπωση ότι είμαστε συνεργοί σε άλλες καταστάσεις.

**Presidente.** – Non dobbiamo aprire un dibattito su questo, verificheremo, chiederò ai Questori di darmi una risposta.

Onorevole Forenza, aveva chiesto la parola.

**Eleonora Forenza (GUE/NGL).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo sia stato importante il Suo annuncio rispetto a quella che è la situazione nel centro Italia. Ci sono migliaia di cittadini e cittadine europei che stentano a ritrovare la normalità.

Credo sia fondamentale che la sicurezza dei cittadini e delle cittadine europei venga interpretata, in primo luogo, come sicurezza del proprio territorio, rispetto alle proprie abitazioni e che questo faccia premio rispetto alla logica della stabilità.

Mi permetto di testimoniare anche la nostra solidarietà, di tutta quest'Aula e di questo gruppo, a quelle popolazioni e di ringraziare vivamente tutte le brigate di solidarietà attiva che in queste ore stanno portando soccorso in una situazione disastrosa per il terremoto e per la neve.

**Presidente.** – Durante la Conferenza dei presidenti, abbiamo deciso di dare rilievo all'Aula e anche rilievo all'attualità. Ho sottolineato quello che è accaduto in un paese dell'Unione europea, quindi credo che sarà celere nei voti. Però rispettiamo anche ciò che è accaduto e il sentimento dei rappresentanti del popolo italiano che siedono in quest'Aula.

Non siamo dei burocrati, siamo dei rappresentanti dei popoli europei e quando c'è un popolo europeo che soffre, noi dobbiamo essere vicini al popolo europeo, non è questione di votare prima o dopo. Sarò rapido nelle votazioni.

**Jill Seymour (EFDD).** – Mr President, I would like to congratulate you on your appointment, and certainly your stance on Italy right at this moment. On a point of order under Rule 15(1), could I ask you to look at the future election voting system that we have just incurred this week, where it says the President should be elected by secret ballot. I have no objection to this, but why are we going backwards in time by using paper ballot votes that took a whole day to process under enormous cost to the taxpayer? Yet, within this Chamber, we have the facility to process secret electronic votes. I believe in future you should encourage this Chamber to avoid wasting time and taxpayers' money by moving for a better process.

**Presidente.** – Grazie onorevole. Abbiamo già votato per i Questori con questo sistema.

Ieri, l'onorevole Lavrilleux ha affermato, durante la discussione sulle conclusioni della riunione del Consiglio europeo del 15 dicembre, che l'onorevole Lundgren avrebbe pronunciato una frase razzista nel corso del suo intervento. L'onorevole Lundgren ha smentito di aver pronunciato quella frase. Come vi avevo promesso ieri, ho chiesto di avere la trascrizione e la traduzione degli interventi prima di prendere qualsiasi decisione su questa vicenda. Dopo aver preso visione della traduzione e dell'intervento nel testo originale nella lingua madre dell'onorevole Lundgren e della registrazione dell'interpretazione francese, posso confermare che si è trattato di un equivoco dovuto ad un errore di interpretazione.

L'onorevole Lundgren non ha pronunciato alcuna frase razzista nel corso del suo intervento. Gliene devo dare atto pubblicamente e mi scuso se c'è stato un errore; ognuno di noi può commettere un errore, ma la parola poteva essere interpretata diversamente, quindi dobbiamo dare atto all'onorevole Lundgren di non aver pronunciato alcuna frase razzista e ringrazio anche l'onorevole Lavrilleux che nella traduzione in lingua francese ha ricevuto invece un'interpretazione (...).

Ho promesso a quest'Aula di garantire il diritto di parola a tutti i deputati. Faremo in fretta la votazione, però siccome l'accusa rivolta all'onorevole Lundgren era grave, ho voluto accertare la verità e siccome non ha pronunciato alcuna frase razzista, l'Aula intera doveva esserne portata a conoscenza. L'onorevole Lavrilleux giustamente ha denunciato quello che era successo nell'interpretazione francese.

## 6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

## 7. Abstimmungsstunde

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

*(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)*

**7.1. Indonesien, insbesondere die Fälle von Hosea Yeimo, Ismael Alua und des Gouverneurs von Jakarta (RC-B8-0072/2017, B8-0072/2017, B8-0073/2017, B8-0077/2017, B8-0079/2017, B8-0080/2017, B8-0083/2017, B8-0088/2017) (Abstimmung)**

**7.2. Zentralafrikanische Republik (RC-B8-0074/2017, B8-0074/2017, B8-0076/2017, B8-0081/2017, B8-0085/2017, B8-0087/2017, B8-0090/2017, B8-0092/2017) (Abstimmung)**

- 7.3. Lage in Burundi (RC-B8-0075/2017, B8-0075/2017, B8-0078/2017, B8-0082/2017, B8-0084/2017, B8-0086/2017, B8-0089/2017, B8-0091/2017) (Abstimmung)**
- 7.4. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo: Verfahren für die Anwendung (A8-0361/2016 - Adam Szejnfeld) (Abstimmung)**
- 7.5. Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter spezifische Einfuhrregelungen der Union fallen (A8-0311/2016 - Hannu Takkula) (Abstimmung)**
- 7.6. Abschluss des Übereinkommens zur Weiterführung des Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums (A8-0363/2016 - Elmar Brok) (Abstimmung)**
- 7.7. Benennung von Ausschussmitgliedern (Abstimmung)**
- Presidente.** – Nomine per la composizione delle commissioni parlamentari.
- Le proposte di nomina per la composizione delle commissioni parlamentari presentate alla Conferenza dei presidenti sono state comunicate ieri all'Aula. Vi informo che il gruppo ECR ha chiesto di sostituire l'onorevole Tannock con l'onorevole Bashir come membro della sottocommissione per i diritti dell'uomo.
- Dichiaro pertanto le nomine approvate con questa modifica.
- 7.8. Einwand gegen einen delegierten Rechtsakt: Ermittlung von strategische Mängel aufweisenden Drittländern mit hohem Risiko (B8-0001/2017) (Abstimmung)**
- 7.9. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (A8-0384/2016 - Inés Ayala Sender) (Abstimmung)**
- 7.10. Eine europäische Säule sozialer Rechte (A8-0391/2016 - Maria João Rodrigues) (Abstimmung)**
- 7.11. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (B8-0024/2017) (Abstimmung)**

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

## 8. Stimmerklärungen

**Elnök asszony.** – Most rátérünk a szavazatindokolásokra.

### 8.1. Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren (A8-0384/2016 - Inés Ayala Sender)

#### A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Já se pokusím v daném hluku vysvětlit, proč jsem podpořil tuto zprávu. Tato zpráva může podle mého názoru přispět k rozvoji dopravní infrastruktury v rámci EU a budujeme-li vnitřní trh, pak vnitřní trh těžko může fungovat bez kvalitní infrastruktury. Zkrátka a dobře, bavíme-li se zde například o digitálním prodeji zboží na internetu jako o jedné z priorit Komise pro toto volební období, tak prodej zboží nebude fungovat, pokud nebude dostatečná kvalitní dopravní infrastruktura, která povede k dovozu a vývozu zboží přes hranice jednotlivých členských států.

Já tu zprávu tedy vítám, podpořil jsem ji, kéž by přispěla k rozvoji dopravní infrastruktury. Určitou nevýhodou této zprávy je, že je hodně obecná a že neobsahuje žádné závazky, které by měly vést k tomu, že by jak EU, tak jednotlivé členské státy do budoucna vydávaly více peněz na rozvoj dopravní infrastruktury.

**Michela Giuffrida (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, velocità, sostenibilità, efficienza, sono le parole chiave per organizzare il flusso di beni e informazioni dal loro punto di origine alla destinazione. Europa significa abbattere i confini, più difficile sembra abbattere le distanze, ridurre i tempi di percorrenza, organizzare gli spostamenti.

Ho votato a favore di questa relazione perché la costruzione europea si declina concretamente nella logistica. È la logistica che fa muovere l'Europa, nessuno ha più il tempo di aspettare, il trasporto merci deve essere sempre più veloce e sempre più efficiente, la logistica oggi dà lavoro a oltre 11 milioni di persone, entro il 2040, in poco più di vent'anni, il settore crescerà del 40 per cento.

È importante sviluppare i corridoi centrali TEN-T ma anche e soprattutto la rete globale più capillare che permette alle merci di arrivare alla destinazione finale. È sull'ultimo tratto che bisogna insistere, bisogna lavorare lì dove è più complicato. Sono le regioni, come la mia, la Sicilia, insulari e remote con infrastrutture carenti la vera sfida della logistica europea.

**Stanislav Polčák (PPE).** – Já jsem tento návrh podpořil, protože bezproblémově fungující logistiku a provázanou infrastrukturu považuji za velice důležitou pro regionální rozvoj a ekonomický růst obecně v EU.

Myslím, že význam nákladní dopravy velmi zásadně ilustruje fakt, že v tomto odvětví je zaměstnáno více než 11 milionů osob ve všech členských státech EU. Proto pokládám za velmi důležité, aby takovéto zprávy byly předkládány plénu, aby dále rozvíjely toto odvětví, ale zároveň se rovněž chci přihlásit k tomu, aby zprávy byly poněkud konkrétnější a neobsahovaly pouze obecná tvrzení.

Jedno z těch konkrétnějších tvrzení, proč jsem zprávu také podpořil, byla právě zmínka o nezávislých vědeckých studiích, které budou mimo jiné zkoumat dopad dopravy na životní prostředí a prostředky, kterými by se mohlo snižovat znečištění ovzduší. Takže tímto směrem bych rád pokračoval dál.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, in transport, as in other areas, policy tends to be constantly playing catch-up with technology. Next time you're standing at a busy junction, count how many people are driving for a living, one way or another – bus drivers, van drivers, Uber drivers, black cab drivers and delivery men – and then ponder the thought that, in 10 or 15 years, almost all those jobs will be redundant – replaced by driverless cars or drones. A lot of people find that a very frightening prospect, and yet we've heard the same argument with every new technology. When the industrial revolution happened, there was a constant backlash of people saying that the only real jobs were on the land, and that there would never be enough factory jobs to support all those people; when the economy was moved from industry to service, exactly the same arguments were made: that there wouldn't be enough jobs cutting each other's hair and flipping burgers. But what those arguments miss is that when you free up time through technological innovation, people are liberated to create whole new industries that nobody dreamed of. Who saw these things coming 15 years ago? There will be more jobs than ever.

**Seán Kelly (PPE).** – Madam President, I commend this report's thorough consideration of the process of planning, managing and achieving an efficient and sustainable flow of goods and information throughout the EU. The full realisation of such logistics may foster the smooth functioning and enhancement of the internal market, whilst contributing to European GDP, growth, employment and competitiveness. In bolstering existing and future strategies, we may achieve a more sustainable European framework of mobility across all networks, and in light of evolving economic, societal and technological trends. These efforts will have an immeasurable effect on the day-to-day lives of Europeans, furthering our goals of harmonisation, whilst realising the renewed potential of the free movement of persons, goods and services across Member States. I therefore support this report and voted for it, according to my colleagues' in the EPP's line.

## 8.2. Eine europäische Säule sozialer Rechte (A8-0391/2016 - Maria João Rodrigues)

### A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Já jsem v konečném hlasování nemohla podpořit usnesení o evropském pilíři sociálních práv. Hlasovala jsem pro ty návrhy, které se snažily tuto zprávu upravit tak, aby nezasahovala do subsidiarity a pravomocí členských států.

Jsem pro rozumnou sociální politiku, pro garanci sociálních práv na evropské úrovni, ale ne pro zasahování do práv členských států. Usnesení EP v tomto směru jde za hranu. Jsem ráda, že se nám v hlasování podařilo vypustit požadavek na zavedení minimální mzdy, ale bohužel další pozměňovací návrhy přijaty nebyly a návrh, jako např. garance pro děti z úrovně EU, považuji za opravdu nerealistický. Proto jsem nemohla usnesení jako celek podpořit.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Já jsem tento návrh také nepodpořil. Nemyslím si, že otázka sociální politiky má být klíčovým tématem evropské agendy. Samozřejmě jako moderní politik vnímám sociální politiku jako důležitou součást činnosti státu, ale sociální politika by podle mého názoru podle principu subsidiarity měla zůstat primárně na úrovni jednotlivých členských zemí.

Návrh, který jsme přijali, výrazně překračuje a odebírá kompetence jednotlivým národním státům a snaží se vytvářet evropskou, řekněme centrální sociální politiku. Požadavek na zavedení minimální mzdy, požadavky na zavedení různých typů rodičovských dovolených včetně mateřské, otcovské, pečovatelské atd., to jsou věci, které si mají upravit jednotlivé členské státy podle své ekonomické síly, podle své historie, podle své tradice, ale neměli bychom to my diktovat z Bruselu jednotlivým národním státům. Proto tento návrh považuji za špatný a nepodpořil jsem jej.

**Michela Giuffrida (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, quasi due anni fa abbiamo tutti accolto con grande favore le parole del Presidente Juncker che appoggiavano il pilastro europeo dei diritti sociali.

Io ho votato a favore di questa relazione perché davvero serve un sistema sociale europeo che sancisca diritti chiari e precisi per tutti i lavoratori europei. Serve uno strumento in grado di cambiare e di migliorare la vita dei cittadini: un lavoro senza diritti, in un'Europa in cui di lavoro ce n'è davvero poco, è un lavoro che si basa quasi sempre sul ricatto. Il lavoro senza diritti è una mera merce di scambio.

Se questa Europa, così tanto in discussione, vuole crescere, questo è il momento di farlo, perché non esiste crescita economica senza crescita sociale. Nella nostra Europa non esiste lavoro senza diritto dei lavoratori. Penso ai tanti, troppi operai che muoiono per la mancanza di sicurezza e alle donne e agli uomini costretti a rinunciare alla loro vita privata per non perdere la professione.

E allora questa Europa ha davvero bisogno del pilastro dei diritti sociali, anzi, più che di un pilastro, io direi, ha bisogno di una base forte su cui costruire la crescita della nuova Europa.

**Diane James (NI).** – Madam President, I am an independent MEP, and I am not affiliated to any political group. I supported the ENF proposed amendment today and I want to explain why.

The ENF proposal and their amendment highlighted the detrimental effect of the single currency and the harmful EU policies which resulted in increasing unemployment and poverty across the continent. It also highlighted that employment and social policy initiatives should be Member State competences, which actually is a very important perspective; equally, that only national governments can truly effect the financing of changes in these areas to deliver results; and the amendment also stressed the need for Member States to take responsibility to achieve economic and social recovery. Finally, the amendment criticised the EU's blame-game policy, casting blame rather than acknowledging that fault actually lies with the EU itself.

Now I may not support the ENF politically, but today they submitted an objective and valid amendment which I was happy to support.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Подкрепих доклада на колегата Родригеш относно Европейския стълб за социалните права. Съдържащите се в него предложения са важни и допринасят за обмена на добри практики за справяне с предизвикателствата. Без да омаловажавам факта, че основната компетентност в сферата на социалната и трудовата политика и законодателство е на държавите членки на Европейския съюз, искам да отбележа, че Европа се нуждае от нов модел, който да следва. Модел, в чиято основа са поставени интересите на европейските граждани. Модел, който да се съсредоточи върху истинските проблеми на Съюза и върху тяхното разрешаване.

Европа трябва да съумее да се справи с напредъка и развитието на технологиите, които от своя страна допринесоха за създаването на нови условия на труд и до изискване за качествено и адекватно образование. Универсални решения няма, но предизвикателства пред страните членки често са сходни. Въпреки насочеността си към Евророната важното е, че Европейският стълб на социалните права ще бъде отворен към всички страни, които искат да се присъединят към него.

**Stanislav Polčák (PPE).** – Já jsem tento návrh zprávy nemohl podpořit z mnoha důvodů. Za prvé obecně si myslím, že právě jistá bohatost nebo síla společnosti má potom svědčit o tom, zdali si může dovolit určitou úroveň sociální ochrany práv. EU, ačkoli je obecně považována za prostor, kde je bohatství poměrně jednoznačně definováno a měřitelné, má na druhou stranu ve svém prostoru velmi jasné rozdíly a i z tohoto důvodu by bylo daleko vhodnější, aby tato úroveň sociálních práv byla nechána na členských státech.

Já jsem nemohl souhlasit ani se snahou o vytvoření evropského rámce na podporu v nezaměstnanosti nebo minimálního příjmu nebo se snahou o posílení 1. důchodového pilíře na úkor těch dalších. Ve zprávě je celá řada sporných momentů, které nebyly dostatečně vyjasněny, a z těchto důvodů já jsem nemohl – i pro porušení zásady subsidiarity – tuto zprávu podpořit.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, after the UK's departure from the European Union the other Member States will be much freer to push ahead with the harmonisation of social policy, which I'm sure will be a matter of relief to many Members in this House. It will no longer be our responsibility, but of course we will still have a continuing interest in the success and stability of our neighbours. Prosperous neighbours make good customers, and we are talking about countries which are old friends and allies. One of the things that I have found quoted at me many times since I was elected nearly 20 years ago is Winston Churchill's speech in Zurich in 1946 when he said: 'I am going to say something which will astonish you. I want a United States of Europe'. Nobody ever quotes what he went on to say; he made it clear that Britain would not be part of that the United States of Europe, but would support it from the outside as a flying buttress, as a friend and a sponsor. Now we have the opportunity, belatedly, to realise his vision: to have a relationship with our European friends that is based on cooperation rather than convergence, on alliance rather than absorption.

**Seán Kelly (PPE).** – Madam President, I appreciate that the European pillar of social rights is a central facet of the Commission's efforts to move toward a deeper, fairer and more harmonised economic and monetary union. However, in line with my colleagues in the EPP, I remain cautious of certain proposals within this report, including, but not limited to: definitions of 'worker'; certain framework directives and financial instruments outlined; as well as calls for a binding EPSR and proposals in the sphere of social and educational investments.

In line with my Group I voted in favour of this report, as such concerns were somewhat abated and because it is important to have social rights in mind in all policy making. However, I would urge that our EPP's recommendations be seriously considered and that further dialogue may be facilitated as we lay the grounds for a European pillar of social rights catering to the needs of all Member States and all their citizens.

### **8.3. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (B8-0024/2017)**

#### **A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások**

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Hlasovala jsem pro návrh usnesení o řešení viz souvisejících s prováděním celního kodexu Unie, protože podporuji snahu dosáhnout harmonizace procesních pravidel celní správy jednotlivých členských států. Považuji to za nezbytné k dosažení cíle celní unie, jímž je především společný postup EU vůči třetím zemím při výběru cla a kontroly vstupu zboží ze třetích zemí na trh EU.

Vítám také tuto iniciativu k posílení spolupráce mezi celními správami jednotlivých členských států stejně jako plnou elektronizaci celních systémů, což považuji za zásadní v moderní době. Za nezbytné také považuji snížení administrativní zátěže, která představuje překážku především pro malé a střední podniky. Na rozdíl od evropské regulace sociálních práv je tento proces harmonizace na místě.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Já budu velmi stručný, já jsem tento materiál podpořil, protože v rámci celní unie je třeba dbát na to, aby komunikace mezi celními orgány jednotlivých členských států probíhala co nejefektivněji. Tento materiál počítá s tím, co již bylo přijato a zahájeno minulý rok, tzn. že by jednotlivé celní orgány měly komunikovat elektronicky a od roku 2020 by ta komunikace měla být 100% kompletně elektronická.

Tato zpráva, která se váže k této komunikační změně, je podle mého názoru správná, zavazuje Komisi k tomu, aby Komise celý proces sledovala a aby o výsledcích EP informovala. Tato právní úprava jednoznačně povede k rychlejšímu a lepšímu fungování v rámci celní unie.

**Stanislav Polčák (PPE).** – Já jsem tento návrh rovněž podpořil, protože reaguje na problém, který je skutečně závažný. Tím v současnosti myslím právě celní pravidla a postupy v rámci celních řízení, které jsou velmi složité, postihují zvláště nepříznivě malé a střední podniky. Jejich zjednodušení, odstranění administrativní zátěže a elektronizace je proto vysoce žádoucí, po tom ostatně volá tato zpráva.

Já chci rovněž zdůraznit, že celní unie je základním stavebním kamenem EU a její efektivní nastavení je proto důležité pro řádné fungování vnitřního trhu, o které se tady snažíme. I z těchto důvodů velmi vítám podobné zprávy, které mají za cíl zlepšit, zefektivnit fungování základních stavebních kamenů a pilířů, na kterých je EU postavena, a tam celní unie rozhodně spadá.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, a number of members yesterday were questioning what the British Prime Minister had meant when she said she wanted some continuing aspects of the Customs Union to remain in force. Actually if you read her words it was pretty clear. We are very determined – she is very determined – to leave the common commercial policy and to have the freedom to negotiate bilateral trade deals with America and Australia and India and China and so on, but there may be technical aspects of the Customs Union which would survive if they were in the interests of all parties – for example, the rules that obviate the need for veterinary checks at every border. If all sides wanted those things to continue then of course it would be silly to make an ideological point out of sacrificing pragmatism to dogma. As I have said on many occasions in this Chamber you will be losing a bad tenant, but I hope you will be gaining a good neighbour.

**Seán Kelly (PPE).** – Mr President, I was pleased to vote in favour of this report on the challenges of implementing the Union Customs Code (UCC). The UCC builds on existing concepts to streamline the customs processes and procedures across the Customs Union, clarifying the rules on release for free circulation and on special procedures.

Effective customs cooperation in the EU and with third countries is crucial, given the significant trade volumes and the challenges for the Customs Union since its creation. I welcome the report's call for a timeline and for a clear strategy to ensure necessary elements are introduced for the EU customs systems. I also welcome the call on the Commission to rectify any legal shortcomings that may be hindering trade. The proper implementation of the UCC is important for the EU to function as one of the largest trading blocs in the world and I am sure that such strategic cooperation may be an aspect that, despite what my good friend Mr Hannan says, the British may regret when they leave the European Union.

**Elnök asszony.** – Ezzel lezárom a szavazáshoz fűzött indokolásokat.

## **9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

(A 13.00 órákor megszakított ülést 15.00 órákor folytatják.)

**VORSITZ: RAINER WIELAND**

*Vizepräsident*

## **10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

## **11. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll**

## **12. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll**

## **13. Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft (2017/2505(RSP)).

**Marianne Thyssen, Member of the Commission.** – Mr President, on 10 January, the Commission presented one of the last Digital Single Market Initiatives addressing Europe's Digital Future, which concerns data. With the adoption of the communication on building the European Data Economy, the Commission launched a public consultation.

Data has become an essential resource for economic growth and social progress. In the near future, most economic activity will depend on data. The data market is estimated in the European Union at more than EUR 50 billion and models project its growth to EUR 111 billion in 2020. In the Digital Single Market Strategy we committed to tackling restrictions on the free movement of data in the European Union, considered essential for the European Union's successful transition to Industry 4.0 and a modern data economy.

The barriers to the free movement of data in the European Union may arise from legal rules or administrative guidelines or practices that required the storage or processing of data to be limited to a particular geographical area or jurisdiction. The trend, both globally and in Europe, is towards more data localisation, an approach often based on the misconception that localised services are automatically safer than cross-border services. This could inhibit data-driven businesses, particularly start-ups and SMEs, from scaling up their activities or entering new markets, but it could also block access for businesses and public sector organisations to cheaper and more innovative data services.



The Commission wants to ensure that Europe's fundamental freedoms concerning the movement of services and establishment are also respected when it comes to data services. The principle of free movement of personal data based services is enshrined in European Union primary and secondary law. Any Member State's action affecting data storage or processing should be guided by a principle of free movement of data within the EU in line with their obligations under the free movement of services and the free establishment provisions of the Treaty, but also by obligations stemming from relevant secondary legislation.

The current Data Protection Regulation fully regulates the processing of personal data in the European Union, including machine-generated or industrial data when this identifies a natural person. By setting uniform high standards of data protection, the General Data Protection Regulation (GDPR) ensures the free flow of personal data in the European Union. In this context, as announced in the communication, the Commission will soon enter into structured dialogues with the Member States and other stakeholders on the justification for, and proportionality of, data allocation measures. It will take as a starting point restrictions already identified by the Commission. Following the results of the structured dialogues with Member States and other stakeholders and further evidence gathering via public consultations, the Commission will launch, where needed and appropriate, infringement proceedings to address unjustified or disproportionate data location measures. It will also, if necessary, take further initiatives on the free flow of data.

The communication also addresses other aspects of the data economy such as data ownership, data transfer and liability issues, for example who owns data, how it can be exploited and where responsibility should lie if an automatic device makes the wrong choice. These are essential issues to clarify for a working data economy.

This part of the communication further examines issues connected with access to data and how more data can become available for use and reuse. Large-scale trading, sharing or exchange of data, is unfortunately rare today in the European Union.

Finally, we need to look into improving the portability of business data. For example, a company cannot yet easily switch its data between cloud service providers. Portability can lower costs and increase trust and therefore also lower entry barriers for innovative ideas.

In the communication, the Commission makes it clear that more information is needed on the above areas. To this end we have launched two public consultations and will enter into structured dialogues with the Member States and other stakeholders to seek out workable solutions. Following the results of the dialogues and the further evidence-gathering, these solutions may include guidance, benchmarks, model contracts or other new initiatives if these are deemed necessary. Our overall objective is to remove barriers and support data economy developments. Indeed, the more the data available is used and flows freely, the better the data economy will develop and help to create growth and jobs.

On 10 January, the Commission also adopted its proposal for a regulation on privacy and electronic communications after a year-long review of the e-Privacy Directive. If we want to make the most of data, people must feel confident that their data is protected. This is why the Commission is proposing new rules on privacy and the protection of personal data in electronic communications. The measures aim to update the current rules, extending their scope to all electronic communication providers. They also aim to create new possibilities to process communication data and reinforce trust and security in the digital single market, which is a key objective of the Digital Single Market Strategy. A major objective of the review is to align the rules for electronic communications with the new world-class standards of the European Union's General Data Protection Regulation.

As you know, Europeans are concerned about their privacy. Electronic communications can reveal highly sensitive information about a person or a business. In a recent Eurobarometer survey, 92% of respondents say it is important, or very important, that personal information on their computer, smartphone or tablet can only be accessed with their permission. 92% also state that it is important – or again very important – that the confidentiality of their emails and online instant messaging is guaranteed. The proposed regulations on privacy and electronic communications seek to address those concerns. At the same time, the new rules will support innovation and increase consumer trust in electronic communication services essential for the digital single market to flourish. The proposed regulation will increase the protection of people's private lives and open up new opportunities for business by taking the following four measures.

First of all, the Commission proposes an extension of the scope to include providers of electronic communication services such as WhatsApp, Facebook Messenger, Skype, Gmail, iMessage and Viber. Secondly, the confidentiality of communications' content and metadata remain the core of the legal instrument. So privacy will be guaranteed for both content and metadata derived from electronic communications, for example the time and duration of a call and location. Thirdly, the proposal provides for new business opportunities. Once consent is given for communications data to be processed, traditional telecom operators will have more opportunities to use data and provide additional services. Finally, simpler rules on cookies are needed. Therefore the so-called Cookie Provision, which has resulted in an overload of consent requests for internet users, will be streamlined. New rules will allow users to be more in control of their settings, providing an easy way to accept or refuse the tracking of cookies and other identifiers in case of privacy risks. The Commission believes that the extensive consultation of stakeholders, better regulation evaluation and the impact assessment resulted in a balanced and technologically neutral proposal fit for the digital age.

Finally, on 10 January the Commission presented new rules to ensure that, when personal data are handled by European institutions and bodies, privacy is protected in the same way as it is in Member States under the General Data Protection Regulation. The Commission also presented a strategic framework for international personal data transfers where it reiterated its commitment to encouraging data transfers with our partners, businesses or companies based on high personal data protection standards.

The EU is a world leader on data protection rules and we serve as an inspiration for many third countries. Those with whom we have very close economic ties are interested in adequacy findings – this is particularly the case for Japan and South Korea – and we will engage with them. Our aim is to promote high data protection standards internationally.

**Andreas Schwab**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst mal möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu Ihrer überzeugenden Wiederwahl zu gratulieren. Ich freue mich, die nächsten zweieinhalb Jahre mit Ihnen hier im Haus noch häufig zusammenzutreffen. Zum Zweiten freue ich mich, dass Frau Kommissarin Thyssen, die einmal selber dem Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments angehört hat, heute dieses wichtige Gesetzespaket der Europäischen Kommission zur *Data Economy* vorstellt. Herzlichen Dank dafür.

Das Paket ist so breit und groß, dass ich mich nur auf einen Aspekt konzentrieren will: den Aspekt, den Günter Oettinger, der scheidende Kommissar, der jetzt ja für den Haushalt zuständig ist, hier vorgelegt hat. Ich finde, das ist wirklich ein sehr umfassendes Paket, das die richtigen Schwerpunkte auf die wesentlichen Fragen der Datenökonomie setzt und grundsätzlich auf diese Fragen eingeht, und vor allem auf die Frage des Eigentums von Daten im digitalen Zeitalter eine Antwort sucht.

Denn eins ist klar: Viele Verbraucherthemen sind angesprochen worden. Dafür können wir Lösungen finden. Aber die große Verunsicherung, vor der viele mittelständische und kleinere Unternehmen stehen, ist, dass sie nicht wissen, wie sie auf der einen Seite die Öffnung zur digitalen Ökonomie hinbekommen sollen, andererseits aber gleichzeitig Sorge dafür tragen können, dass die Daten entsprechend sicher und geschützt sind. Da gibt es zum einen mal natürlich die Vorgaben der Netzwerk- und Informationssicherheitsrichtlinie, die dringend umgesetzt werden müssen, weil wir uns gegen Cyber-Attacken und für mehr Cyber-Security nicht nur staatlicherseits, sondern auch privatwirtschaftlich einsetzen müssen. Aber es geht natürlich auch um die Frage, welche Anreize der Gesetzgeber setzt, um Daten gemeinsam zu nutzen.

Das beste Beispiel ist immer die Frage, welche Daten im Pkw am Ende welchem Dienstleister zugeordnet werden können. Und diese Frage, Frau Kollegin Thyssen – das muss man so sagen – ist mit dem Vorschlag nicht abschließend geklärt. Es ist auch eine politisch und wirtschaftlich unglaublich schwierige Frage. Wenn es uns nicht gelingt, Anreize zu setzen, dass die Daten, die vorhanden sind, auch genutzt werden, und zwar von allen Anbietern im Markt, die daran Interesse haben, dann werden wir die europäische Datenökonomie nicht mit dem Impetus versehen können, der dringend notwendig ist.

Und zum Zweiten finde ich sehr positiv, dass die Kommission in diesem Vorschlag ausdrücklich mal den sogenannten Lock-in-Effekt anspricht – einen Effekt, der zwar in Wettbewerbsverfahren eine Rolle gespielt hat, in der Gesetzgebung bisher aber keine Rolle gespielt hat.

**Andrejs Mamikins**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, digital data is an essential resource for economic growth, competitiveness, innovation, job creation and social progress in general. The EU needs to ensure that data flows across borders and sectors. This data should be accessible by most stakeholders in an optimal way. A coordinated European approach is essential for the development of the data economy. I think that it is very important that the Commission has launched a public consultation and dialogue with stakeholders on these topics. This process will help identify future policy or legislative measures that will unleash Europe's data economy.

The value of the EU data economy was estimated at EUR 272 billion in 2015, or almost 2% of EU GDP. If the policy and legal framework conditions for the data economy are put in place in time, its value will increase to EUR 643 billion by 2020, representing more than 3% of overall EU GDP. The General Data Protection Regulation will be one single European set of rules, as opposed to 28 national laws today. The newly created one-stop shop mechanism will ensure that one data protection authority will be responsible for the supervision of cross-border data processing operations carried out by a company in the European Union.

To build the data economy the EU needs a policy framework that enables data to be used throughout the value chain for scientific, social and industrial purposes. The Commission should launch a wide-ranging stakeholder dialogue on the issues of building a European data economy. The first step in this dialogue will be a public consultation. The issue of data access and liability should be tested in a real-life environment in the field of cooperative, connected and automated mobility. Concerning to the free flow of data, the Commission has to continue to work to fully implement the principle of the free flow of data within the EU. The Commission has to continue also to monitor and gather evidence, and if necessary consider taking further initiatives on the free flow of data.

**Dita Charanzová**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the ALDE Group read the Data Economy package from last week with great interest and hope. I have to say that there is one important item missing in your package. Where is the ban on localisation requirements within the EU? Where is the ban, Madam Commissioner?

It is wrong to allow Member States to force companies to hold data in one Member State instead of another Member State. All Member States are equal. All European data is governed by the same set of principles and the same data protection rules. That is why we have adopted a General Data Protection Regulation. A regulation, not a directive. It should not matter if a server is in Helsinki or Lisbon or Prague. Every European should know that their data is safe, throughout the European Union.

Companies must be free to use digital infrastructure anywhere in Europe. We have seen a number of countries outside the European Union adopting data localisation laws for both economic and anti-democratic reasons: to spy, to censor, to demand money from companies. These rules can often endanger citizens more than protect them. The free flow of data must be regarded as the fifth freedom of the Single Market in Europe and the ALDE group therefore says 'no' to data localisation laws.

You have rightly said that you want to remove the barriers in the digital single market. Yes, I agree, we want a fully functioning digital single market, but data localisation is a barrier to making it happen.

**Seán Kelly (PPE)**. – Mr President, congratulations on your re-election and also congratulations to Mrs Thyssen on a very good presentation to us here today. There is no doubt about it: a thriving digital economy is one of the cornerstones of growth and employment in the EU. However, as has been outlined by the Commissioner, barriers remain that prevent us from achieving the full potential of the digital economy. Europe's digital market, for example, remains heavily fragmented. This is a key part of the European digital single market strategy which could add EUR 415 billion per annum to the EU economy, creating an additional income of EUR 817 per person. The digital economy is estimated to represent 22.5% of the world economy and is estimated to be worth 8.4 billion or 5% of GDP in my own country of Ireland. That is an 85% increase between 2009 and 2014. So completing the digital single market is vital for all of us.

Because of that, we must look at the barriers and here our competitiveness is at stake. Ensuring the free flow of data in the EU is simply crucial if we in Europe want to keep pace with Asia and North America. Data localisation rules in different Member States inhibit growth and are a barrier to this investment. In order to complete and implement the European digital single market and enable international data flows that support innovation securely, removing existing data localisation measures will drive down the cost of data services while expanding their use and choice. This alone could boost GDP by up to EUR 8 billion per year.

So, we have a lot of work to do, especially in the following areas: supervisory authorities obliging financial services providers to store their data locally; professional secrecy rules, for example in the health sector, implying local data storage and processing; sweeping regulations requiring the local storage of archived information generated by the public sector whatever its sensitivity.

Finally, I would just like to say I had the pleasure of working on the Data Protection Regulation and now I look forward to working with what is not covered in that – that is non-personal data.

**Ivan Jakovčić (ALDE).** – Gospodine predsjedavajući, čestitam Vam prije svega na izboru i odmah naglašavam koliko je veliko, ogromno novo europsko podatkovno tržište. To je velika nova prilika, nova šansa za naše gospodarstvo, ali ona traži i našu novu odgovornost.

Tu želim prije svega jasno naglasiti kako nam je potreban niz jasno preciziranih, ali i pojednostavljenih pravila i pravne regulacije koji će razriješiti probleme u pogledu vlasništva podataka, prenosivosti podataka, dostupnosti podataka, istraživanja i inovacija u podatkovnom gospodarstvu, zaštite osobnih podataka, lokalizacije podataka, o čemu smo već govorili, i naravno uskladiti sve to skupa s jedinstvenim digitalnim tržištem. Druga stvar koju želim naglasiti je potreba partnerstva, partnerstva Europske unije sa zemljama članicama, ali nemojmo nikad zaboraviti niti regionalne i lokalne vlasti i naravno privatni sektor, a kada govorimo o privatnom sektoru ne mislim uvijek samo na velike tvrtke nego i na male tvrtke.

Dakle imamo puno toga za učiniti, a partnerstvo, siguran sam, može doprinijeti da naše gospodarstvo u podatkovnom smislu bude još efikasnije i jače.

**Lambert van Nistelrooij (PPE).** – Mr President, I think big data is the fuel for the future, let me say. We know that it will contribute to solving a lot of society's challenges. In healthcare, for instance, resource efficiency, intelligent transport, etc.

Let me make two remarks. Firstly, we need the free movement of data across the borders and to address several legal uncertainties – and Mr Schwab has already spoken about this – preventing companies to treat Europe as a one big market, not as 28 small separate markets. Europe has repeatedly missed the last ten years, taking the leading role in new cloud business models. Let us not allow this to happen again. Secondly, it is of key importance to educate and enable our young people in the business sector. I strongly welcome the Commission's report for a European Data Science Academy to bridge the skills gap in Europe by designing curricula for data science training and data science education. I am personally active in this approach in the Netherlands. We are helping a Dutch Academy in this field and it has already started in Den Bosch. There is a huge interest for that, not only for technical aspects but also ethical aspects. Finally, there is – as I just said before – a role for the regions and the cities to take up such a kind of initiative, and during the consultation we will come forward with these kind of possibilities close to citizens and their future.

#### *Catch-the-eye-Verfahren*

**Michaela Šojdová (PPE).** – Kolegyně a kolegové, vítám tuto výměnu informací v EP s Komisí právě na téma budování datové ekonomiky. Jak zde již bylo řečeno, tento trh má velký potenciál pro růst, pro zaměstnanost. Oceňuji aktivity Komise, které směřují k odbourání bariér pro sběr, šíření a také obchodování s daty.

Toto téma je přesně to téma, o kterém nemohou rozhodnout efektivně členské státy samostatně, ale musí spolupracovat společně také s Evropskou komisí na budování jednotného digitálního trhu. Nejdůležitější a nedílnou součástí těchto opatření musí být také zajištění ochrany soukromí v elektronické komunikaci.

Proto vítám iniciativu Evropské komise v této oblasti. Skype, G-mail, Facebook, Whatsapp, to jsou dávno každodenní prostředky, které používáme, a my musíme mít do budoucna jistotu bezpečné komunikace. Děkuji paní komisařce za představení této iniciativy.

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule președinte, economia datelor este esențială pentru dezvoltarea viitoare a Europei. Vorbim de o oportunitate pe care nu o putem rata, de modernizarea economiei și industriei noastre, dar și de folosirea competențelor pe care noi le avem aici, în Europa. Această transformare a economiei nu poate fi oprită. Avem două posibilități: să fim proactivi sau reactivi.

A fi reactivi înseamnă să legiferăm asupra problemelor generate de economia datelor după ce acestea se produc, uneori mergând prea departe și blocând dezvoltarea sectorului la nivel european. Cel mai ilustrativ exemplu este cel al marilor corporații care s-au îmbogățit folosindu-ne datele. După ani de zile am reacționat, blocând însă dezvoltarea companiilor europene printr-o reacție prea dură. De aceea, îmi doresc să devenim proactivi, să stimulăm dezvoltarea economiei datelor printr-un set de reguli comune, clare pentru utilizatori, dar și accesibile antreprenorilor mici și mijlocii.

Ideea unor programe educaționale este un prim pas, dar trebuie să ne atingem potențialul și trebuie să investim mai ales în securitatea cibernetică și a datelor. Cred că avem expertiză la nivel european și pot să spun că, în mod special în țara mea, România, putem să găsim specialiști.

**Jozo Radoš (ALDE).** – Gospodine predsjedniče, moje čestitke na vašem ponovnom izboru. Gospodo povjerenice, uz sve prednosti koje donosi podatkovno gospodarstvo, ja bih naglasio tu da bi korištenje te grane omogućilo i smanjenje troškova državne i javne uprave za 15 do 20 posto. Postoji veliki prostor za napredak europskog podatkovnog gospodarstva budući da Sjedinjene Američke Države, s kojima smo usporedivi, imaju dvostruko više zaposlenih u toj grani gospodarstva i sudjeluju s dvostruko većim udjelom u ukupnom prometu roba i usluga. Dakle, postoji veliki prostor za napredak europskog podatkovnog gospodarstva.

Od svih poteškoća spomenuo bih opasnost digitalne podjele, opasnost da se razlike u razvijenosti naših regija u Europskoj uniji još povećaju i na to treba obratiti posebnu pozornost. No svakako zahvaljujem na izvješću i pozdravljam sve mjere koje je povjerenica najavila za rast podatkovnog gospodarstva u Europi.

*(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)*

**Marianne Thyssen, Member of the Commission.** – Mr President, I wish to thank the Members of Parliament for their comments and feedback. I took note of all their questions and concerns. As I said in my introduction, we do not have all the answers yet to all those issues. That is why we are engaging in a broad consultation before deciding on possible policy and legal actions. We are looking forward to pursuing collaboration with the European Parliament on these issues. We are very much looking forward to constructive discussions with the European Parliament in the negotiation of the Commission's legislative proposal on the privacy and data protection of electronic communications. It is important to act swiftly in order to ensure that the date of application of the general data protection regulation and the new e-privacy regulation coincide and is done in a coherent manner.

As announced in the DSM, the Commission's objective is to create a clear and adapted policy and legal framework for the data economy by removing barriers to the movement of data and addressing legal uncertainties created by new technologies. We do not yet have, as I said, all the answers to the complex issues in front of us, so we will consult extensively. The gathered information will be invaluable in deciding how to best move forward, in particular with respect to the free flow of data.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)*

**Cristian-Silviu Bușoi (PPE), in writing.** – Due to the rapid digitalisation of the global economy and the aim of the European Union to be a world leader in this digital economy, the Digital Single Market (DSM) strategy was adopted on the 6 May 2015 to ensure the free movement of goods, persons, services and capital. Building a European data economy is part of the Digital Single Market strategy, which, through the best use of its essential resource, digital data, may deliver innovation, economic growth, job creation and competitiveness in all fields, including in health care where it could improve daily life.

Even if access to machine-generated data is under consideration in the health and care sector, the diversity of the data processed by machines for scientific purposes could improve products or create innovative services for patients. As the Commission underlined in its communication, the 'big data' sector is growing by 40% per year, seven times faster than the IT market, but all this data need to be protected. Therefore, ensuring a policy framework is more than necessary, and Parliament, together with the Council, should play a fundamental role.

**Barbara Kappel (ENF)**, *schriftlich*. – Die Digitalisierung hat heute alle Bereiche unseres Lebens erfasst, und es spielt keine Rolle, ob es sich dabei um Privates oder Berufliches handelt. Verlässlicher Datenschutz und höchste Sicherheit stellen dabei große Herausforderungen und gleichzeitig enormes wirtschaftliches Potenzial dar. Die Digitalisierung birgt Herausforderungen für die verschiedensten Branchen, kein Wirtschaftsbereich scheint davon ausgenommen zu sein. Neue innovative Geschäftsmodelle, insbesondere im Bereich der KMU, werden geschaffen und stellen einen Mehrwert für Wirtschaft und Gesellschaft dar. Doch nehmen auch die Cyberbedrohungen und Hackerangriffe zu und entwickeln sich zu einer enormen Bedrohung für kritische Netzinfrastrukturen, wie beispielsweise die Stromversorgung. Hier müssen wir aktiv werden, um die Netz- und Informationssicherheit (NIS) gewährleisten zu können.

Datenschutz spielt auch in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Rolle. Fragen etwa des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen oder Datensicherheit müssen noch konkreter geklärt werden. Ebenso ist die Fragmentierung einzelner Sektoren – wie Sicherheit, Transparenz und die Standorte von Nutzern und Daten – kritisch zu betrachten. Fragmentierung in der Datenwirtschaft ist nicht zielführend und daher ebenso wie Internet-Zensur und Massenüberwachung abzulehnen.

**Karol Karski (ECR)**, *na piśmie*. – W ostatnich latach jesteśmy świadkami nowej rewolucji w gospodarce, której siłą napędową są dane cyfrowe. Gromadzenie i przetwarzanie danych na niespotykaną dotąd skalę stwarza z jednej strony wiele wyzwań, a jednocześnie stanowi ogromny potencjał dla zwiększenia produktywności unijnej gospodarki. Rozwój gospodarki opartej na danych wymaga jednak swego rodzaju planu działania, jeżeli chcemy sprawić, żeby przedsiębiorcy i konsumenci w Unii Europejskiej w pełni korzystali z dynamiki sektora dużych zbiorów danych, co stanie się wyznacznikiem zmian dla całej naszej gospodarki.

Parlament Europejski już od jakiegoś czasu wzywa do przeglądu możliwych narzędzi dla rozwoju gospodarki opartej na danych oraz wskazuje rodzaje niezbędnych ram w obszarze potrzeb regulacyjnych i pozaregulacyjnych, które byłyby kluczowym elementem dla kształtowania lepszego środowiska dla wzrostu w tej dziedzinie.

Europejska gospodarka cyfrowa zbyt wolno przyjmuje rewolucję w zakresie danych w porównaniu np. z USA czy nawet Chinami. Dlatego niezbędne jest pełne wykorzystanie korzyści płynących z sektora dużych zbiorów danych przez europejskich przedsiębiorców i konsumentów. Będzie to wyznacznikiem zmian dla naszej gospodarki i przyniesie Europie wymierne korzyści w zakresie konkurencyjności, tak ważnej, żeby nie powiedzieć przełomowej, w nadchodzących latach.

**Jeppe Kofod (S&D)**, *skriftlig*. – En grundpille for udfoldelsen af den europæiske digitale dagsorden er, at data kan flyttes frit. Samtidig er det selvkært en forudsætning for frie datastrømme, at personfølsomme oplysninger behandles fuldkomment sikkert og forsvarligt, samt at EU's medlemslande kan sætte nødvendige begrænsninger af hensyn til national sikkerhed. Dette sikres kun ved hjælp af fælles lovgivning og fælles definitioner i EU. Studier fra ECIPE viser, at der kan frigøres enorme summer i den europæiske økonomi, hvis eksisterende blokeringer fjernes. Estimaterne går helt op til 8 mia. euro om året (ca. 60 mia. kr.). Et beløb, der vil realisere sig i besparelser for europæiske borgere og virksomheder. Samtidig ser vi også en tendens til flere nationale krav om, at data af forskellig art skal opbevares inden for geografisk afgrænsede områder. Fortsætter denne tendens, kan konsekvensen ifølge førnævnte studier blive et tab for den europæiske økonomi på op til 52 mia. euro om året (ca. 387 mia. kr.). Derfor vil jeg opfordre Kommissionen til hurtigst muligt at fremsætte forslag til fælles europæisk lovgivning på dette område, så vi kan sikre europæiske borgeres og virksomheders følsomme oplysninger på bedst tænkelig vis, undgå fordyrende særkrav og frigøre store summer til en investeringstrængende europæisk økonomi.

**Eva Paunova (PPE)**, *in writing*. – The four freedoms of the EU single market rely on the free movement of data. However, unjustified data localisation requirements in national public procurement rules and legislation is increasingly fragmenting the single market. Consumers and companies, rather than authorities, should decide where in the EU they want to store their data.

In its communication entitled 'A Digital Single Market Strategy for Europe' from May 2015, the Commission recognised that 'unnecessary restrictions regarding the location of data within the EU should both be removed and prevented'. It later promised a European 'free flow of data' legislative proposal to tackle restrictions on the free movement of data within the EU and unjustified restrictions on data location. The European Parliament welcomed this initiative in its resolution of January 2016.

Despite announcements and wide support from Parliament and the Council, the Commission's communication on 'Building a European Data Economy' falls short of a legislative proposal. It will neither remove any further data protectionism nor prevent it from fragmenting the single market.

I strongly encourage the Commission to put forward, without delay, an ambitious legislative proposal to remove and prevent data localisation requirements in the EU single market, for the benefit of European companies and consumers.

**Algirdas Saudargas (PPE), raštu.** – Europos komisijos komunikatas „Building a European Data economy“ įvardija duomenis kaip neatsiejamą ekonominio augimo, darbo vietų kūrimo ir visuomenės pažangos faktorius. Duomenų rinka Europoje yra nuolat auganti, bet palyginus su JAV vis dar fragmentuota, ir tai sudaro kliūtis pramonės konkurencingumui. Yra būtina užtikrinti pusiausvyrą tarp duomenų verslo plėtros modelių ir teisinės duomenų apsaugos. Palaikau Komunikate išsakytą siekį suvienodinti Europos Sąjungos teisinę duomenų apsaugą. Tuo pačiu noriu akcentuoti, jog ne mažiau svarbios yra šio laikmečio kibernetinės grėsmės ir kiti su to susiję reiškiniai. Negalime tikėtis, jog vien tik teisiškai apibrėžę šiuos klausimus, išspręsimė problemas. Nūdienos realybė yra tokia, jog technologijų pažanga yra spartesnė nei jų naudojimo teisinius aspektus reglamentuojančios taisyklės ir įstatymo nuostatos. Todėl duomenų ekonomikos sritis turi būti padidinto dėmesio zona, siekiant joje įtvirtinti pusiausvyrą tarp teisių ir pareigų.

**Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno.** – EK je januarja letos predlagala rešitve za razvoj podatkovnega gospodarstva kot del strategije enotnega digitalnega trga. Po njenem mnenju EU namreč ne izkorišča v celoti svojega potenciala, zato bi bilo treba čim prej odpraviti omejitve kot so pravila o lokalizaciji in druge tehnične in pravne ovire, ki otežujejo pretok podatkov med državami članicami in znotraj enotnega digitalnega prostora.

Digitalni izdelki in storitve, ki temeljijo na podatkih, lahko močno vplivajo na izboljšanje varovanja okolja in varnosti preskrbe s hrano, učinkovite rabe energije ter razvoj pametnih transportnih sistemov in pametnih mest. Analiza podatkov izboljšuje procese in odločitve, spodbuja inovacije in izboljšuje predvidljivost.

EU nima urejenega enotnega digitalnega trga za podatke, saj obstajajo ovire za prost pretok podatkov in številne druge pravne negotovosti, zato je zamudila že marsikatero gospodarsko, socialno in poslovno priložnost. Podatkovno gospodarstvo lahko ustvarja rast in delovna mesta le, če podatke, ki so nam na voljo, tudi uporabimo.

Zato moramo zagotoviti ustrezen pretok podatkov tako z geografskega kot tudi medsektorskega vidika, da bodo ti lažje dostopni in optimalno uporabljeni. Usklajen evropski pristop je bistvenega pomena za razvoj podatkovnega gospodarstva kot dela enotnega digitalnega trga in pomembno je, da pri tem upoštevamo tudi pravico do varstva osebnih podatkov in zasebnosti.

## 14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

## 15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

**16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**

**17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**

**18. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

**Der Präsident.** – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 15.35 Uhr geschlossen.)*

—



*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. FEBRUAR 2017**

(C/2024/2553)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 1. und 2. Februar 2017

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . . .	3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . . .	3
3. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll . . . . .	3
4. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll . . . . .	3
5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll . . . . .	3
6. Mittelübertragungen: siehe Protokoll . . . . .	3
7. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll . . . . .	3
8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll . . . . .	3
9. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll . . . . .	3
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . . .	3
11. Arbeitsplan . . . . .	4
12. Reisebeschränkungen infolge der Exekutiverlasse des US-Präsidenten (Aussprache) . . . . .	8

Inhalt	Seite
13. Lage der Energieunion (Aussprache) . . . . .	21
14. Steuerung der Migration über die zentrale Mittelmeerroute (Aussprache) . . . . .	41
15. Lage im Südsudan (Aussprache) . . . . .	55
16. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (Aussprache) . . . . .	60
17. Null Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen (Aussprache) . . . . .	67
18. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Aussprache) . . . . .	78
19. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (Aussprache) . . . . .	85
20. Durchführung von Erasmus+ (Aussprache) . . . . .	94
21. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (kurze Darstellung) . . . . .	106
22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung . . . . .	111
23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll . . . . .	116
24. Schluss der Sitzung . . . . .	117

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. FEBRUAR 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente*

### **1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode**

*(La seduta è aperta alle 15.05)*

**Presidente.** – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 19 gennaio 2017.

### **2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

### **3. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll**

### **4. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**

### **5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll**

### **6. Mittelübertragungen: siehe Protokoll**

### **7. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**

### **8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll**

### **9. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll**

### **10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

## 11. Arbeitsplan

**Presidente.** – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 19 gennaio 2017 è stato distribuito.

**Jo Leinen (S&D).** – Mr President, I would like to ask you to make contact with the Commission and Council in order to push for the refusal of the accreditation of the designated US Ambassador, Ted Malloch. Mr Malloch has shown extreme hostility towards the European Union and the core idea of European integration. I think he should be *persona non grata* in Brussels.

**Anna Maria Corazza Bildt (PPE).** – Mr President, I would like to share the concern of many of us at the resumption of massive heavy shelling in eastern Ukraine, where nine people have been killed, 26 wounded, thousands of civilians have been displaced, and hundreds of thousands of civilians are without basic supplies. I don't know if it is a coincidence that this weekend, on Saturday, President Putin and President Trump had a phone call, but the EU should react. I am happy that the High Representative is here with us to call for a ceasefire, for humanitarian aid and to restore the political process.

**Anna Elżbieta Fotyga (ECR).** – Mr President, I would like to raise the issue already mentioned by Ms Corazza Bildt. Unfortunately, the situation in eastern Ukraine and the humanitarian crisis in Avdiyivka, the destruction of critical infrastructure and the deaths of civilians require our debate here in the plenary. Therefore, I propose to add this point to the agenda. Please vote on this.

**Peter Lundgren (EFDD).** – Mr President, today a new item will be added to the agenda: managing the migration in the Mediterranean. With regard to this proposal, the EFDD Group would highlight that our member, Beatrix von Storch, already tabled a major interpellation on managing the migration in the Mediterranean. This issue is already in the pipeline for parliamentary follow-up with the High Representative. Mr President, could you please confirm that the major interpellation tabled by the EFDD Group shall not be dismissed on the grounds that a debate on a similar issue is taking place today?

**Nigel Farage (EFDD).** – Mr President, can I respond to the somewhat bizarre Communist intervention from the German Member Jo Leinen who wants us to ban and bar ... (*Loud objections, catcalls and whistles from the floor*) ... Oh, isn't this just the European House of democracy! So you shout me down before I've even said anything? Well, Mr President, these people's minds aren't very open. Can I just point out that it would be somewhat bizarre to bar and ban Ted Roosevelt Malloch from any engagement with the European Union, given that he hasn't even been appointed yet.

**Νότης Μαριάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ενημερώσω εσάς και το Σώμα για μια ιδιαίτερα επικίνδυνη εξέλιξη ενάντια στο δικαίωμα των ευρωβουλευτών να ασκούν ελεύθερα το λειτουργημά τους. Στις 24 Ιανουαρίου και κατά τη συνεδρίαση της Επιτροπής Αναφορών της οποίας είμαι μέλος, εξέφρασα τις απόψεις μου και στήριξα με τη ψήφο μου, για λόγους προστασίας της δημόσιας υγείας και του περιβάλλοντος, την αναφορά δύο πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης κατά των εξορύξεων χρυσού στη Χαλκιδική. Προχθές έλαβα επιστολή από την εταιρεία «Ελληνικός Χρυσός» που διενεργεί τις παραπάνω εξορύξεις χρυσού, η οποία επιστολή στην ουσία ποινικοποιεί το δικαίωμα μου της ελεύθερης έκφρασης γνώμης και ψήφου κατά την άσκηση των καθηκόντων μου ως ευρωβουλευτή. Καταγγέλλω αυτήν την απειλητική συμπεριφορά της εταιρείας «Ελληνικός Χρυσός». Δηλώνω ότι δεν πτοούμαι από τις απειλές τους και καλώ εσάς, κύριε Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, να προβείτε στις δέουσες ενέργειες προκειμένου να διασφαλιστεί το δικαίωμά μας να ασκούμε τα καθήκοντά μας ελεύθερα ως ευρωβουλευτές και να μην υφιστάμεθα απειλές από οποιαδήποτε ιδιωτική επιχείρηση.

**Presidente.** – On. Marias, mi invii una lettera detagliata sull'argomento. Farò verificare dalla Direzione generale della Sicurezza e verificheremo cosa si potrà fare. Comunque sarà nostro impegno garantire la libertà di espressione di tutti quanti i deputati.

**Ana Gomes (S&D).** – Mr President, besides supporting my colleague, Jo Leinen, in his request that the person designated as Ambassador to the EU will not be accepted, I want to hear you, Mr President – as President of this Parliament and on behalf of this Parliament – to clearly condemn the measures that President Trump has announced in the US banning Muslims from certain countries as illegal, against international law and our principles as allies, racist, xenophobic, discriminatory and inviting terror reactions.

*(Applause)*

**Presidente.** – Ci sarà una discussione sui rapporti con gli Stati Uniti, su quello che sta accadendo, quindi naturalmente la mia posizione sarà quella espressa dal Parlamento.

**Janice Atkinson (ENF).** – Mr President, can I just say that we have not seen the like of this outpouring of liberal left grief. Were you outpouring, were you marching on the streets when President Obama proposed this ban on these 11 countries? No. It is a 90-day moratorium. Were you marching on the streets? You were not.

**Presidente.** – Stiamo parlando di punti all'ordine del giorno, non stiamo facendo una discussione sul probabile futuro candidato ambasciatore degli Stati Uniti presso l'Unione europea. Quindi vi prego di attenervi al rispetto del regolamento.

**Николай Барев (ECR).** – Г-н Председател, бих искал да информирам Европейския парламент, че днес в моята родина България отбелязваме деня на жертвите от комунистическия терор. Милиони български семейства, включително и моето, са жертви на този терор. Искам Парламентът да почете този факт, без, разбира се, да обиждам колегите отляво. Това са исторически събития, но трябва да склоним глава пред тях, защото много хора в цяла Европа загубиха живота си.

**Presidente.** – Sono state presentate le seguenti proposte di modifica.

Mercoledì 1° febbraio: una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle restrizioni di viaggio a seguito degli ordini esecutivi del Presidente degli Stati Uniti è aggiunta come primo punto all'ordine del giorno, seguita da un giro di interventi di oratori dei gruppi politici.

Secondo punto – una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla gestione della migrazione lungo la rotta del Mediterraneo centrale è aggiunta come terzo punto all'ordine del giorno, dopo la dichiarazione della Commissione sullo stato dell'Unione dell'energia.

Terzo – l'interrogazione orale sui pesticidi biologici a basso rischio è rinviata alla tornata di febbraio II.

Di conseguenza la seduta sarà prolungata fino alle ore 24.00.

Vi sono obiezioni?

*(Il Parlamento accoglie la richiesta)*

L'ordine del giorno è così modificato.

Comunico di aver ricevuto inoltre la seguente richiesta. Mercoledì 1° febbraio il gruppo Europa delle Nazioni e della Libertà ha chiesto che una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle attività segrete del Servizio europeo per l'azione esterna sia aggiunta come secondo punto dopo la dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante sulle restrizioni di viaggio a seguito degli ordini esecutivi del Presidente degli Stati Uniti.

**Georg Mayer**, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte für unsere Fraktion die Einschubung eines Tagesordnungspunkts beantragen. Sie haben schon gesagt: nach dem Tagesordnungspunkt „Reiseeinschränkungen des US-Präsidenten“. Es geht uns da um das *EU Intelligence Analysis Centre* (INTCEN) – welcher ein klingender Name für einen Geheimdienst. Dieser Dienst ist völlig im Dunkeln entstanden. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für diesen Dienst. Noch dazu hat das Parlament hier im Haus keine Einschaltmöglichkeit bzw. keine Kontrollmöglichkeit für diesen Dienst. Das ist auch einzigartig in der Welt, dass so ein Geheimdienst nicht vom Parlament kontrolliert werden kann.

Insofern stelle ich folgenden Antrag für meine Fraktion: Die Rolle des INTCEN im Allgemeinen und im Besonderen im Zusammenhang mit dem Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 hier zu debattieren. Ich weiß, es ist ein langer Tag heute, aber ich würde vorschlagen, diesen Tagesordnungspunkt nur mit einem Redner abzuhandeln.

*(Il Parlamento respinge la richiesta)*

**Presidente**. – Per giovedì 2 febbraio 2017 il gruppo del Partito Popolare Europeo e il gruppo dell'Alleanza dei Democratici e dei Liberali per l'Europa hanno chiesto che una dichiarazione della Commissione su democrazia e giustizia in Romania sia aggiunta come primo punto. Di conseguenza le votazioni inizierebbero alle 11.30 e non alle 11.00.

**Manfred Weber**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vertrauen der Bürger in den Staat ist die Grundlage unseres Staatsverständnisses, und wenn Korruption stattfindet, dann wird dieses Grundprinzip des Vertrauens in den Staat massiv erschüttert. Deswegen ist der Kampf gegen Korruption der Kampf für Europa und für Rechtsstaatlichkeit. Wir erleben jetzt in Rumänien leider Gottes, dass das Strafrecht heute Nacht mit Dekretsankordnungen der Regierung außer Kraft gesetzt wird. Über 2 000 aktuelle Fälle, die eigentlich Korruptionsfällen im Land nachgehen sollten, werden damit ad acta gelegt, und auch der Parteivorsitzende der Sozialisten wird damit freigesprochen, obwohl er bereits als jemand verurteilt ist, der korrupt ist.

Deswegen glauben wir, dass es ein Anlass ist, über diese Entwicklungen in Rumänien zu diskutieren. Wenn der Staat käuflich ist, durch Korruption, dann ist dies ein ganz schwerwiegender Eingriff. Wir respektieren, dass Hunderttausende von Menschen in Rumänien auf der Straße sind und dagegen demonstrieren. Wir unterstützen den Präsidenten Rumäniens, der gegen diese Initiativen protestiert und seine Macht einsetzt. Das Europäische Parlament muss sich mit dieser Frage beschäftigen.

**Presidente**. – Il gruppo dei Liberali chiede di dare non una formulazione congiunta ma di avere un'altra proposta.

**Norica Nicolai**, *in numele grupului ALDE*. – Domnule președinte, Grupul ALDE solicită o dezbatere în acest Parlament, nu în spatele ușilor închise, așa cum s-au mai tranșat în vechime chestiuni care au ținut de România și dorim, domnule președinte, să avem o dezbatere despre starea democrației și a justiției în România. Am vrea ca această dezbatere să răspundă la câteva întrebări și întrebările pe care le pun nu îmi aparțin mie, ca om politic, ci aparțin comunității magistraților din România. Am vrea ca această dezbatere să răspundă la următoarele întrebări: este politica penală atributul guvernelor sau al instanțelor judecătorești? Sunt deciziile Curții Constituționale, într-un stat de drept, facultative pentru magistrați, judecători sau procurori, sau sunt obligatorii? Este nevoie ca conflictele între puterile politice ale statului să fie manageriate de puterea judecătorească? Este nevoie ca parlamentele să mai adopte legi? Este nevoie ca legile care guvernează funcționarea justiției să fie înfăptuite, alături de serviciile secrete, prin forme administrative și prin nu prin lege?

Deci sunt întrebări la care este nevoie de un răspuns și magistrații din România, domnule președinte, cer acest răspuns și această dezbatere în plenul Parlamentului European și salutăm dezbaterea de mâine.

**Presidente**. – Mi pare che le due proposte, seppur formulate con termini diversi, possano essere riunificate. Quindi mi sembra di poter mettere all'attenzione della Plenaria una proposta unica per avere una dichiarazione della Commissione sulla democrazia e la giustizia in Romania. Quindi abbiamo ascoltato la proposta congiunta PPE/ALDE.

**Maria João Rodrigues**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the S&D position is in favour of having a plenary discussion about democracy and justice in Romania, and as this is being proposed in particular by the ALDE Group. We also think that we need to clarify facts by complementing this debate in plenary with a proper discussion in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs. We feel that we should also send a fact-finding mission to Romania to check what is really happening.

We consider that it is particularly important to clarify these points: not only the purpose of the legislative package adopted yesterday, but also the way the prison system works in Romania, as well as the way the judicial system works. So this is our proposal: a debate in plenary, a debate in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, and a fact-finding mission to Romania.

**Presidente**. – On. Rodrigues, chiede di mettere ai voti anche la sua proposta, alternativa a quella dei Liberali e del PPE?

**Maria João Rodrigues**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I agree with the ALDE proposal concerning the debate in plenary on the theme of democracy and justice in Romania. We agree with this proposal, and add to it a proper discussion in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs afterwards, as well as a fact-finding mission to Romania.

**Presidente**. – Sentiamo il gruppo Popolare. On. Weber, siete a favore della soluzione suggerita dal gruppo Socialista?

**Manfred Weber**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich bitte um Klärung. Also wir beantragen, dass die Diskussion in dieser Mini-Plenartagung stattfindet, das heißt, nach unserer Vorstellung morgen Früh. Wenn die Sozialisten dem zustimmen, dann können wir das so machen, aber ein weiteres Verzögern, ein weiteres Vertagen der Debatte würde aus unserer Sicht nicht richtig sein. Okay? Dann würden wir es so unterstützen.

**Presidente**. – Se ho capito bene il gruppo Socialista chiede, oltre alla discussione, anche una discussione in LIBE, o sbaglio?

**Maria João Rodrigues**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we agree with the debate in plenary but we want to add two other initiatives: a debate in the LIBE Committee and a fact-finding mission to the country itself. This is our proposal.

**Presidente**. – Possiamo unificare la proposta, quindi integrare la proposta illustrata dall'on. Weber e dall'on. Nicolai con la proposta dell'on. Rodrigues in modo che ci sia una discussione in Plenaria e poi un dibattito in LIBE, per poi inviare una missione in Romania. Siamo d'accordo? Metto in votazione le tre proposte congiunte.

*(Il Parlamento accoglie la richiesta)*

*(L'ordine dei lavori è così fissato)*

**Rebecca Harms (Verts/ALE)**. – Mr President, I think Ms Fotyga had an amendment to our agenda and order of business. She asked, taking up Ms Corazza Bildt's proposal, to put the Ukrainian crisis and the escalation in Avdiivka on our agenda in this mini-session. According to our working methods, if there is such a request, we should vote on it.

**Presidente**. – On. Harms, avevo ascoltato attentamente l'intervento dell'on. Fotyga, ma il regolamento prevede che la richiesta di modifica dell'ordine del giorno sia presentata almeno un'ora prima della discussione a nome di un gruppo. Questa richiesta non è arrivata, è stata fatta dall'onorevole, io l'ho ascoltata in Aula, quindi non posso modificare. C'è il nuovo regolamento, quindi bisogna rispettare il regolamento.



## 12. Reisebeschränkungen infolge der Exekutiverlasse des US-Präsidenten (Aussprache)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle restrizioni di viaggio a seguito degli ordini esecutivi del Presidente degli Stati Uniti (2017/2546(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per questa discussione non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

**Federica Mogherini, VPC/HR.** – Signor Presidente, vorrei iniziare con il congratularmi con Lei per l'elezione a Presidente di questo Parlamento e augurarmi, anzi essere certa, di un'ottima cooperazione che d'altra parte abbiamo già avviato.

I would also like to underline one element. I fully agree with what my friends, Ms Fotyga and Ms Corazza Bildt, raised. In the Foreign Affairs Council on Monday, the situation in Ukraine will be on the agenda with the Foreign Ministers, and that will also give us an opportunity to restate our full support for the country and for the full implementation of the Minsk Agreement.

Turning to the issue on our agenda today, I would start by saying that Europe and the United States of America are tied by an old and deep friendship. Personally I have always looked – and I still look – at the United States with great respect and admiration, as a land where everyone can succeed whatever their social, ethnic or cultural background. It is a land of opportunities, a land of hope and dreams, a country that has always been great precisely because it has always been open and has always been a champion of freedoms.

As a good friend of the United States, I believe Europe has a duty to be clear – respectful and clear – whenever disagreement arises, especially when it relates to our fundamental values. We certainly disagree with the executive order issued by the President of the United States on 27 January as, it seems, do many in the US too. As you know, the executive order introduces a temporary suspension, for a period of 90 days, of the entry into the USA of foreign nationals from seven countries: Iraq, Syria, Sudan, Iran, Somalia, Libya and Yemen. A temporary suspension is also foreseen, for a period of 120 days, of the US refugee admissions programme, in principle so that no new refugee application can be accepted until the US Secretary of State, in conjunction with the Secretary of Homeland Security, reviews the current application process.

There have been questions about which citizens are affected by the travel ban. I would like to tackle this issue immediately and then focus on what to me is even more important. The US Department of State clarified yesterday that European Union citizens will not be affected by the ban, even if they hold dual citizenship in one of the seven countries listed in the executive order. We welcome this clarification, but let me be absolutely clear that this does not change our overall assessment of the executive order.

*(Applause)*

I have already made clear in recent days where the European Union stands on this. No-one – no-one – can be deprived of his or her own rights because of their place of birth, their religion or their ethnicity. This is written in our constitutions, both in Europe and in America. This is who we are, this is our identity, and this is something we cannot forget. Our European history has taught us to celebrate when a wall is torn down and a bridge is built. We learned from our own great, but also tragic, history that every human being is, first and foremost, a person with fundamental rights that cannot be put into question.

Let me add, from a personal point of view, that I found it really sad to learn that this executive order was issued on 27 January, Holocaust Remembrance Day, that is first and foremost a day to commemorate millions of Jews killed by Nazis, but also to reject any discrimination and to reflect on our duty to host those who flee from persecution and protect them and their rights.

*(Applause)*

Many of them – most of them actually – are fleeing from terrorist groups such as Daesh. They are victims of terrorism and, beyond being refugees, they are men, women and children with personal stories, dreams, fears and profound wounds. Most of all, they have a future to build, also for the sake of their own countries and our own security, because the social reconstruction of their countries depends on them. So let me – actually, I should say let us – be very clear. The European Union will not turn back anyone who has the right to international protection. This is where we stand. This is where we continue to stand.

It would not be moral, it would not be just, it would not be legal, and it would not be in our interest, because this kind of measure has the potential to increase tensions and mistrust among peoples and nations. When I say among people, I also mean among people in our own societies. I am worried by the trends we are seeing inside American society at the moment, and that is why, with a lot of respect, I invited the President of the United States to pay attention to what is happening in his own country.

Only respect and cooperation can make us more secure. Only respect and cooperation can help us manage the many crises around the world. This is the European way. We work together with the countries experiencing a crisis and with their neighbours – all of them. A travel ban can maybe – maybe – give a temporary illusion of addressing the issue, but it can only create more frustration and anger. We need cooperation, not closures. We need to engage and to build common ground, not to ban. The EU will continue to be a partner and a strong point of reference for all countries in the region, regardless of the religion of their citizens. They can count on us.

We will continue to be a partner and a strong point of reference for all those in the world who believe in international cooperation, human rights and the rule of law. This is also why the European Union is the biggest donor in the world to the Syrian people and their neighbouring countries, with more than EUR 9 billion invested since the start of the fighting in Syria. So far, the European Union and the US have worked closely together, including at the UN Summit on Refugees in New York, because a global issue requires global common work. Bold commitments were made, both to protect the human rights of all refugees and migrants, and to counter hate speech against refugees and migrants.

The EU is always ready to engage with the new US Administration to follow up on these commitments, as well as on the many other achievements we have managed to build together in recent years, and which are today key fundamental elements of our European Union policy – from climate change to the Iran deal, from the Middle East peace process to our support for the UN system and a free and fair trade system.

On the basis of this very clear international agenda, we will work with the US administration as partners with full reciprocal respect. This is the European Union way. These are our principles, our values and our interests. I believe we have a responsibility, both towards our citizens and our partners in the region and beyond, in the world, to be true to our values and identity, and show leadership and strength.

*(Applause)*

**Manfred Weber**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Thema Einreiseregulungen, aber wir wissen und spüren alle, dass es um mehr geht. Wir unterstützen die Position, die Federica Mogherini heute im Namen der Kommission vorgestellt hat, aber es geht – wie gesagt – um mehr.

Trump ist gewählt, er ist im Amt. Wir respektieren das, es war eine demokratische Entscheidung. Und wir als EVP wollen die Zusammenarbeit, wir wollen einfach miteinander reden – jeder in seiner Verantwortung –, miteinander Brücken bauen. Diesen Respekt vor dem Wahlergebnis, den muss man zunächst zum Ausdruck bringen.

Wir als EVP wollen auch die Differenzierung. Wenn Donald Trump beispielsweise sagt, er kämpft gegen die illegale Migration, dann hat er uns als EVP an seiner Seite. Wenn er sagt, er kämpft gegen den islamistischen Terrorismus, dann hat er uns als EVP an seiner Seite. Und wir freuen uns auch, dass nach dem Gespräch mit Theresa May und auch nach den Telefonaten mit Angela Merkel jetzt ein klares Bekenntnis zur NATO im Raum steht. Danke dafür! Aber das Positive ist leider Gottes nicht das, was überwiegt, wenn wir auf die Äußerungen von Donald Trump in den letzten Wochen und auf die Aktivitäten der letzten Tage schauen.

Amerika ist eigentlich das Land der Freiheit, die USA sind eigentlich das Land der Einwanderer. Das ist das Bild, das ich seit jungen Jahren im Kopf habe. Generalverdacht für einzelne Staaten, Generalverdacht für einzelne Religionsgemeinschaften: Das führt nicht zu Freundschaft und zu Abbau von Hass, das führt zu neuem Hass. Der kanadische Attentäter, der Muslime in Ottawa ermordet hat, hat sich explizit auf Trump bezogen.

Die USA waren für mich immer das Land des freien Marktes, der freien Marktwirtschaft. Jetzt erleben wir einen amerikanischen Präsidenten, der jede Handelsbeziehung abbrechen will, die TTIP-Gespräche beendet, das transpazifische Abkommen zerreißt. Wir als Europäer wollen den Handel, wir wollen die Partnerschaft im fairen Welthandel, und deswegen werden wir im Februar auch für CETA stimmen und damit ein klares Signal setzen. Wir unterstützen auch die Kommissarin Malmström bei allen Bestrebungen, mit Mexiko, mit Kanada, mit Japan, mit anderen ins Gespräch zu kommen und den Handel zu stärken. Wir wollen diesen Handel.

Die USA waren für mich immer – um noch ein drittes Beispiel zu bringen – das Land der Grundrechte, der Menschenrechte, für die gekämpft worden ist, für die gestorben worden ist. Und Trump stellt sich jetzt hin und sagt, dass Folter effektiv ist und er seinen Behörden freie Hand dafür gibt. Wenn ein Staat Folter anwendet, dann wird dieser Staat selbst zum Verbrecher. Und deswegen darf es dazu nicht kommen.

Es wurde heute bereits angedeutet, dass eventuell ein neuer US-Botschafter kommt. Einen US-Botschafter haben wir mit Nigel Farage schon hier sitzen, aber es kommt noch ein weiterer, der den Euro am Ende sieht, der den Brexitanfang als Anfang sieht. Und das ist die große neue Unabhängigkeit Großbritanniens, dass man jetzt anstatt nach Brüssel nach Washington fahren und alles genehmigen lassen muss. Aber ich möchte für die EVP-Fraktion auch sagen: Wenn wir einen Botschafter aus Amerika hier begrüßen müssten, der den Euro infrage stellt und der sich das Ende der Europäischen Union wünscht, dann kann er von den europäischen Institutionen nicht akkreditiert werden. Mit so einem Partner können wir nicht zusammenarbeiten.

Putin baut seine Machtsphäre aus, er setzt auf Krieg, um seine Interessen durchzusetzen, und er will ein schwaches Europa. Donald Trump hat die Wirtschaft, „America First“ im Blick. Er sieht, dass Europa und China die zwei großen wirtschaftlichen Konkurrenten sind, die Amerika auf Augenhöhe begegnen können. Auch er will ein schwaches Europa, ein zerstrittenes Europa, ein zerteiltes Europa. Deswegen geht es in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren um grundsätzliche Fragen, nämlich darum, ob wir zusammenstehen oder nicht.

Wenn wir auf die Geschichte der USA und auch auf die Geschichte des Vereinigten Königreichs blicken, dann fallen mir Namen wie Roosevelt und Churchill ein. Das waren Politiker, die Seite an Seite für die Freiheit und gegen den Totalitarismus und den nationalen Egoismus gekämpft haben, die nicht zunächst auf den nationalen Egoismus geschaut, sondern für Werte gekämpft haben. Reagan und Thatcher haben den Kommunismus mit dem NATO-Doppelbeschluss gemeinsam in die Knie gezwungen, sie haben nicht zunächst egoistisch geschaut, was für das Land richtig ist, sondern was für die Welt richtig ist.

Beide Paare, die ich gerade beschrieben habe, haben für die Freiheit in dieser Welt gekämpft. Ich würde mir wünschen, dass das heutige führende Politiker auch machen. Donald Trump und Theresa May stehen leider Gottes für den nationalen Egoismus und nicht mehr für das Weitertragen der Flamme der Freiheit auf dieser Welt.

Die Welt verändert sich fundamental, und deswegen ist meine und die Bitte meiner Fraktion, dass Valletta am Freitag ein klares, starkes Signal aussendet, das bereits Donald Tusk in seinem Brief grundgelegt hat. Le Pen sagt, die EU sei ein Protektorat der USA, und ich glaube, dass Valletta zeigen kann, dass dem nicht so ist, dass Europa geeint und stark für das eintritt, was wir als unsere Werte bezeichnen.

**Gianni Pittella**, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alcuni, diciamo la verità, pensavano che Trump sarebbe stato uno scherzo, quasi una barzelletta, e invece si sta rivelando un incubo. Non sottovalutiamo, quanto abbiamo sottovalutato nella storia, alcune personalità che si sono trasformate in dittatori e hanno seminato guerre e sangue.

Come ha detto giustamente Federica Mogherini, l'amicizia con il popolo americano è fuori discussione. Per noi è essenziale, feconda, rimane un punto fermo dei nostri sentimenti e delle nostre azioni, così come rimane forte l'ammirazione per gli Stati Uniti d'America, per quello che sono stati nella storia e per quello che sono. Ma proprio per questo diventa doloroso prendere atto di queste proposte, di questi provvedimenti che sta portando avanti Trump, che sono un attacco alla civiltà giuridica europea, ai valori fondamentali.

Diciamo le cose come stanno, on. Weber: il *travel ban*, diretto ai cittadini solo di alcuni paesi musulmani, non ha niente a che vedere con la gestione delle frontiere e con la lotta al terrorismo. È una bugia demagogica. Si fa il *ban* per alcuni e per altri no, con i quali Trump fa affari. Diciamo la verità, perché i cittadini hanno bisogno di parole chiare. È un attacco al diritto all'asilo e allo Stato di diritto, è un attacco che viene insieme ad altre cose, come il muro con il Messico. Le relazioni internazionali ne vengono a perdere, le relazioni con il Messico, con l'America latina, tutto il mondo viene infettato da questo virus di instabilità, di perturbazione. Io dico alle compagnie aeree: non lo assecondate, non rifiutate l'imbarco per gli Stati Uniti di passeggeri provenienti dalle nazioni prese di mira da Trump.

Ha ragione Jo Leinen, e qui ha ragione anche Manfred Weber, quando dice: se fosse nominato quell'ambasciatore non sarebbe persona gradita, perché non posso gradire uno che dice, prima ancora di essere nominato, «io vado là per distruggere l'Unione europea». E dico alla signora May e al governo del Regno Unito: non si presti, la signora May, e non si presti il governo del Regno Unito a svolgere il ruolo di cavallo di Troia per distruggere l'Unione europea.

Dico anche che sarebbe bene che gli Stati membri (sono liberi di farlo) chiamassero i loro ambasciatori e si consultassero su ciò che sta succedendo negli Stati Uniti. Sarebbe anche un atto simbolico. E sarebbe anche bene che, sul suolo europeo, fino a quando questa tendenza non cessa, Trump non venga invitato.

Ho concluso. Anch'io sono, come la vicepresidente Mogherini, per la cooperazione, ma fino a quando Trump non cambierà questa linea, la porta dell'Europa non può che essere sbarrata nei suoi confronti.

**Syed Kamall**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, according to a study by the Cato Institute – a well-respected and classically liberal US think-tank – No American has been killed since 1975 on US soil by a national from any of the seven countries listed in President Trump's executive order. So those of us who believe that law should be fair, that there should be equality under the law, that the primary functions of law should be enforcement of contracts and social order, will rightly be concerned by this arbitrary ban, which affects not only Muslims, but also affects Christians fleeing persecution and war. Sending a message that there is some inherent contradiction between being a good Muslim and being a good citizen of a Western democracy, simply plays into the arms of Daesh and other extremists who make exactly the same claim.

*(Applause from certain quarters)*

It plays into their arms because they make exactly the same claim when they are recruiting disillusioned and disconnected young Muslim men and women as terrorists. But whatever we in this Chamber may think, the fact is that Americans voted for a candidate who said what he thought, and now they find that they have a President who does what he promised to do. We must accept that this President, his priorities and these policies are the consequence of a growing tide of discontent to be found not only in middle America, but also in many of our countries. Electorates have lost faith in mainstream politicians on both sides of the Atlantic; electorates that have lost trust in politicians' ability to listen and act upon their legitimate concerns; electorates attracted by simplistic solutions offered by politicians on the edges of the political spectrum.

While we express our concerns over President Trump's executive orders, we must also realise that as long as the gains from globalisation are seen only in the portfolios of company directors and not in the pay packets of workers, as long as our migration and asylum policies are seen as more about compassion, diversity and political correctness, and less about ensuring integration, we will find politicians pursuing similar policies and making electoral gains in France, the Netherlands and elsewhere in the EU. So every time a mainstream politician dismisses those who disagree with the current direction of political travel in Europe and America, every time you dismiss them as racist or populist, this simply demonstrates an inability to offer a credible alternative.

In the meantime, no matter how strongly we feel about the current policies of the US President, let us all ask ourselves: what is more effective? The hot heads of protest or the cool heads of diplomacy? And let us make it clear to our American allies that decisions of the new US Administration in these executive orders, which lacked the support of Congress, which are arbitrary, which have been purely planned without preparation for the consequences, will not make America great again. Moreover, they will not strengthen, but only weaken, our transatlantic relationship. Let us also remember that friends are more likely to pay attention to friendly voices of reason, not raised voices of anger.

## PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

*Vicepresidente*

**Guy Verhofstadt**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I will start from where Mr Pittella ended his intervention and also from where Mr Kamall started.

I do not understand something in your intervention, Mr Kamall. First of all you say, yes, it is not done, and then you say two phrases later that we have to accept it because he is elected. No, it is not because he is elected that he can go against human values and the values of the United States of America. Even an elected President with a majority – and he has no majority of the popular vote in the US – has to listen to the American Constitution, has to listen to the American judiciary. That is the starting point of my intervention.

In fact, some people are saying in the US that it helps security. That is nonsense. You have given the figures. Since 1975, all terrorists in the US came from three countries – Egypt, Saudi Arabia and Lebanon. None of them is on the list of seven countries and nobody came from those countries since 1975 as a terrorist. So it is pure discrimination, and pure discrimination in a broader approach, because it is not only about this religious ban. It is about fuelling populism and nationalism – that is what the Trump administration is doing for the moment, and that is not only by appointing Mr Farage as his spokesman here in the plenary, but it is also by having the idea to designate Malloch as the ambassador and, more importantly, and let's be aware of this, Steve Bannon, a member now of the National Security Council of the United States of America and a man who is openly saying that we want a worldwide right-wing movement to get rid of the European Union, to get done with the European Union, and they are sitting here. It is our Fifth Column, because Mr Farage is working with Mr Bannon. He sees him on a regular basis to effect one thing, which is to see how the European Union can be destroyed in the coming years. Not thinking, dear colleagues, of one thing, which is that it is a big risk to bid on nationalism and populism in Europe. We have had it already in the past. We have had it already in the 20th century. People would say that nationalism and populism was the solution for our continent and they created the most gross atrocities we have ever seen: 20 million deaths, Mr Farage, is what nationalism has cost in Europe. There is no family in the European Union which does not have a grandfather or a grandmother or a son or a daughter who was a victim of that nationalism and of that populism. And that is the reason why we created the European Union – to overcome that, to make a continent of peace.

Normally an American President – take Roosevelt, for example – wants to be the leader of the free world, and now I see an American President who wants to be the leader in the fight against the free world, against solidarity, and against tolerance. I think it is an existential moment for the European Union. We can only take one decision. We have the autocrat Putin who wants to defy Europe. We have President Trump, who has a populist nationalist view and wants to disintegrate us. We have the threat from the radical Islamists in the south and we have a bunch of people here who want to destroy within the European Union.

We can do one thing and that is unite, fight back as the European Union, and I hope in Valletta it will not only be the letter – and I support the letter of President Tusk on his behalf – that will be the conclusion. I hope for once that all European leaders have the courage to stand up together with the European Parliament and fight back against this bunch of nationalists and populists who want to destroy us.

(Applause)

**Gabriele Zimmer**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir werden uns heute sicher nicht das erste und nicht das letzte Mal mit der Politik der Vereinigten Staaten und insbesondere der Regierung Trump beschäftigen müssen. Und ich danke Ihnen sehr, Frau Mogherini, dass Sie auch den Zusammenhang mit dem Zeitpunkt hergestellt haben, an dem Herr Trump sein Dekret zur Beschränkung oder zum Stopp der Einreise von muslimischen Bürgern veröffentlichte – dem 27. Januar. Das ist nicht einfach Gedankenlosigkeit gewesen, die Herr Trump da erkennen ließ, sondern das hat System bei ihm. Es hat System, weil er nämlich gleichzeitig – fast noch am gleichen Tag – den demokratischen Abgeordneten Schumer beleidigte, als dieser vor dem Hintergrund seiner Biographie, angesichts des Todes seines Großvaters und enger Familienangehöriger in deutschen KZs, darüber redete, was das bedeutet, wenn Menschen wegen ihres Glaubens ausgegrenzt werden, nicht einreisen dürfen, und Trump ihn fragte, welcher schlechten Schauspiellehrer er denn gehabt habe.

Ich glaube, es ist diese Art und Weise der Auseinandersetzung, die wir bekommen werden – darauf müssen wir uns einstellen. Wir sollten uns aber darüber im Klaren sein, dass, wenn wir beweisen wollen, dass unser System, dass die Europäische Union dem etwas entgegenzusetzen hat – dieser Verachtung von Menschen entgegenzutreten kann –, wir dann beweisen müssen, dass wir besser sind. Sie haben in einem Tweet darauf verwiesen, dass die Europäische Union ein sicheres Haus für Migrantinnen und Migranten sei. Nein, das ist es auch nicht.

Also beweisen wir und setzen wir unsere Werte tatsächlich dieser Verachtung von Trump entgegen und sorgen wir mit einer anderen, mit einer solidarischen Migrationspolitik dafür, dass Menschen, die Schutz suchen, hier nicht als Wurzel des Übels betrachtet werden und als diejenigen, die Terror und Kriminalität zu uns bringen, sondern dass wir hier unseren Werten verpflichtet bleiben und hier gemeinsam agieren.

Ich sage es nochmal: Was wäre nach 1945 aus den Nachkriegsdemokratien hier in Europa geworden, wenn vielen der Flüchtlinge, die gerade zur Zeit des Nationalsozialismus – des übelsten deutschen Faschismus –, als dieser brennend und mordend durch Europa und durch die Welt zog, damals kein Aufenthalt gewährt worden wäre? Wo wären wir hingekommen? Wie schmerzlich hätten wir sie vermisst, wenn sie den Nazis in die Finger geraten wären? Und genau das muss uns dazu verpflichten, dass wir uns auf diese Spielchen nicht einlassen. Aber nicht einfach nur wild zurückschlagen, sondern mit dem, was wir besser machen können, beweisen, dass wir etwas entgegenzusetzen haben und dass wir mit den amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zur Wehr setzen, hier auch kooperieren.

Im Übrigen – das auch noch abschließend gesagt: Das, was mir in diesen Tagen wirklich Hoffnung gegeben hat, das ist, dass unmittelbar am Tag der Amtseinführung und auch in den Tagen danach überall in der Welt und insbesondere in den USA Tausende, Hunderttausende von Frauen sich gegen ein solches Menschenbild gestellt haben. Da geht es nicht nur um die Diskriminierung von Frauen, sondern es geht generell um die Achtung und den Respekt des Einzelnen – von Menschen, ob Frauen, ob ausgegrenzt, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Glauben. Darum geht es, und das ist das, was wir auch bei uns durchsetzen müssen.

Bekämpfen wir Trump und seine Ideologie, indem wir ihn beispielsweise auch daran hindern, in irgendeine Situation zu kommen, dass er tatsächlich den Knopf auslöst! Sorgen wir ein bisschen mehr für Sicherheit, schaffen wir die amerikanischen Atomwaffen von EU-Boden endlich ab! In Deutschland sind immer noch welche stationiert. Das macht auch mir Sorge.

**Ska Keller**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the 45th President of the United States of America is truly opening a new chapter in the history of the US and in the history of democracy as well. Let us very clear: this ban on seven countries is not something that is put forward for security or one of the other reasons. It is very clearly a discriminatory act. It is targeting Muslims. Even though not only Muslims are hit, and even if it does not hit all Muslims, it is directed against people because of their religion.

Who could have imagined that such a thing could happen? Who could have thought that the freedoms and the rights that we all assume are normal and natural, that we have always had and think are guaranteed, can evaporate so quickly and can disappear so suddenly? This is apparently how liberal democracy dies. It vanishes very quickly with an executive order. The US built itself on religious freedom – that was one of the key figures of its founding – and on immigration. Now what is left of this American dream? How quickly did it vanish. But that is also the point isn't it? All the rights, the freedoms and the liberties that we take for granted are actually not for granted. They always have to be fought for. They have to be fought for every single day. Democracy is not something that you set up, you write into your constitution and then, *voilà*, it is there. No, you have to defend it every single day. The same goes for human rights. They are never guaranteed. You have to work for them.

Here in Europe we pride ourselves on living in a union of peace, democracy and the rule of law. We are proud to defend the idea of human rights in the world as well, but do we really do enough to safeguard those values? Don't we also restrict access at our borders? Don't we also have walls and fences? Do we not also – even in this Chamber sometimes – hear people who discriminate against other people based on where they come from and based on their religion? And what are we doing about that? Every one of us, including the governments of the Member States, need to be clear on which side we stand. Do we stand on the side of hate and of walls, or do we stand on the side of democracy and of building bridges?

I think we need to build our European Union stronger, and for that we need to get our act together when it comes to finally solving the economic crisis that is still leading to so much unemployment, especially for young people. We need to coordinate our foreign policy and we need to be champions of international law because there are not many other people out there in the world who will do so. We need to step up our role in the UN and also when it comes to climate change. Let us make Europe the counter-model to Trump, the light of liberty of human rights and the rule of law, and also of generosity. Let us be the ones who show justice and compassion. Let us make sure that we are not just speaking of those values, but are actually demonstrating them in everything we do.

The Statue of Liberty was once given by France to the younger sister, America – sisters in freedom and rights. I think we should build more statues of liberty. We need to put them in Lesbos and Lampedusa, where people arrive full of hope and fear. We need to put them everywhere where people are standing up for their rights and also for their neighbour's rights. Let us be the Europe that brings forward and champions those people who fight for their rights and the rights of others, no matter what their nationality, religion, sex or sexual orientation, and no matter where they come from. Europe needs to be building bridges and not walls. Let us do that together.

*(Applause)*

**Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group.** – Mr President, I can see that you are all very upset here this afternoon and I've no doubt that the events in the USA over the last few weeks have been a very profound shock to you; perhaps you're right. You see, what has happened here is somebody has stood on a manifesto for election, got into office and, within one week, said that he will hold faith with his own electorate. It is called genuine democracy – unlike the system we have in the European Union, where the unelected Commissioners like Mogherini here have the sole right to propose legislation. So I am sure that it's a great shock to you to see that a genuinely-elected democrat is doing what he was put in to do. And it must be, I would think today in Washington ...

**Presidente.** – La invito a essere rispettoso...

*(Sorry, I can't hear you, mate.)*

...nei confronti di questo Parlamento e delle funzioni istituzionali dei Commissari. Questo lo dobbiamo non solo per il rispetto istituzionale alla Commissione, ma anche per la benevolenza del Vicepresidente/Alto rappresentante Mogherini. La ringrazio.

**Nigel Farage (EFDD).** – And out of institutional respect, President, to the truth, perhaps you will understand and agree with me that within the European form of law-making it is the unelected Commission that has the sole right to propose legislation. If I'm wrong in saying that, you can throw me out of this Parliament right here, right now, this afternoon.

**Presidente.** – On. Farage, io la richiamo soltanto a un atteggiamento rispettoso.

**Nigel Farage (EFDD).** – I will be respectful alright, and perhaps you will be too – for the right of the leader of a political party that won the European elections in the United Kingdom in 2014.

It seems to me that with all the anti-Trump rhetoric that is coming from everywhere, actually what we are hearing is the true nature of the European project, which is genuine anti-Americanism. Trump is motivated by protecting the United States of America from Islamic terrorism, whereas what has happened in this room and in governments around Europe is you have welcomed these people into your own homes.

But can we just for a moment look at the facts, amongst all the hyperbole and the hysteria? All that Donald Trump has done is taken seven countries that were identified by President Obama as posing a risk to the USA. Obama had already put in place extreme vetting; what Trump has done is, for 90 days, to say 'let's examine that vetting and see whether it is good enough'.

What I want to ask you, Mr Verhofstadt, and all the others, with your faux outrage today, is where were you when Obama in 2011 banned any Iraqi from going into the country for six months? Why do I hear no criticism in this Chamber, or from the Commission, of Saudi Arabia, Kuwait, Bahrain and others, who have refused to take a single – not one – refugee or displaced person from Syria. And how can it be that on Holocaust Day last Friday, not a single one of you criticised the 16 countries in the world that ban Israeli Jews from even going to their country on holiday? What is this hypocrisy?

So perhaps what we need to do, Mr President, and through you to the Members, is to be a little bit more constructive. All of us here say we are democrats, well here is the chance to prove it. Let us invite President Trump to come here, to this European Parliament. I am sure that as democrats you would all agree that what we need to do is to have an open dialogue with the newly-elected most powerful man in the world. And if you throw that rejection back in my face then you prove yourself to be the anti-democratic zealots that I always thought you were.

*(Applause from certain quarters)*

**Presidente.** – *(Riferendosi all'intervento senza microfono dell'on. Verhofstadt «We should have Obama here in Parliament»)* Grazie, on. Verhofstadt.

**Marcel de Graaff**, *on behalf of the ENF Group.* – Mr President, Mr Tusk recently said that the United States of America is as great a threat to the EU as Russia and the Islamic State. Is Mr Tusk suffering from irrational anxiety, from panic attacks that disturb his view on reality? President Trump has rightfully introduced a temporary stop on the entry of citizens from countries that were already identified by his predecessor Mr Obama – as Mr Farage has said already – as countries that pose a threat to US security. This argument to improve border controls before allowing people to enter is completely valid. In the EU, we are directly suffering from the consequences of failing border control. We have suffered attacks in Brussels, Nice, Paris and Berlin, and many have lost their lives or were severely injured.

Trump called the EU a mess, and he's right – it is a mess. The outcry against President Trump is pure hypocrisy, as Mr Farage has already said. Where were the protests against exclusion of Israeli citizens by the same Islamic countries that are now banned from the United States? You should be ashamed for jeopardising the lives of EU citizens because of the failing border controls in the EU. And I call upon Mr Tusk and the Commission to follow the example of President Trump: install national border control; keep jihadists out, not just from the seven countries that President Trump has singled out, but from many more that are responsible for the wave of illegal migrants in the EU.

*(Applause from certain quarters.)*

**Bill Etheridge (EFDD).** – Mr President, during Nigel Farage's speech a Member of the British Labour Party sat behind him with a sign, all the way through, and not till the end did someone come down to deal with that. I trust that something will be done to discipline this Member, because if not I will write my own sign and go and sit over there. It might say something like 'sell-out'.

**Presidente.** – Abbiamo mandato i commessi a dire all'onorevole che non poteva esporre quel cartello.

**Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, η επιλογή Trump εκφράζει ανακατατάξεις ανάμεσα σε μερίδες του κεφαλαίου των Ηνωμένων Πολιτειών. Οι απαράδεκτες απαγορεύσεις και τα μέτρα καταστολής της διακυβέρνησης Trump συνιστούν επικίνδυνη εξέλιξη. Βάζουν στο στόχαστρο εκατομμύρια μετανάστες και πρόσφυγες, μεγάλα θύματα του καπιταλιστικού συστήματος που διαχειρίζεται και η διακυβέρνηση Trump. Στόχος είναι η μέγιστη κερδοφορία των αμερικανικών επιχειρηματικών ομίλων σε βάρος των Αμερικανών εργαζομένων. Οι κινήσεις οικονομικού προστατευτισμού των Ηνωμένων Πολιτειών που συγκεντρώνουν δυνάμεις στην αντιπαράθεσή τους με την Κίνα, επιχειρώντας προσέγγιση με τη Ρωσία, οξύνουν τις αντιθέσεις, δρομολογούν ανακατατάξεις. Το Brexit, η στήριξη των λεγόμενων ευρωσκεπτικιστών, αποτελούν απάντηση μερίδας του κεφαλαίου στην Ευρώπη που δεν κερδίζει όσα υπολόγιζε στο πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αξιοποιώντας κιόλας και τη λαϊκή δυσaréσκεια. Η συνοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της ευρωζώνης θα δοκιμαστούν. Πιθανός είναι και ο σχηματισμός άλλων συμμαχιών εξίσου αντιδραστικών με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Οι λαοί πρέπει να απορρίψουν κάθε συμμαχία του κεφαλαίου και να βαδίσουν το δρόμο των δικών τους συμφερόντων για μια άλλη, νέα οργάνωση της κοινωνίας και της οικονομίας, αποδεσμευμένη από τις αλυσίδες των λυκοσυμμαχιών τύπου Ευρωπαϊκής Ένωσης και NATO.



**Federica Mogherini, VPC/HR.** – Grazie Presidente, la ringrazio anche per le parole di rispetto.

I will switch to English because that might be better. Respecting the role of the Commission – and in particular, in my case being a Vice-President of the Commission and also a High Representative – is also a sign of respect for this Parliament, because I was asked to do this job by the European Parliament, which, to my knowledge, is elected, and, by the way, also by the European Council, which is composed of Prime Ministers who are elected.

I see that there is a lot of confusion in some parts of the UK. The United States is a great country and a great democracy. America will have to deal with its own divisions and discussions. I know that, as Europeans, we specialise in making every crisis our own crisis, but it is clear that this is an American crisis that which will have to be dealt with by Americans. They will have to sort this out somehow, starting with the dangerous divisions and polarisations we are seeing in the American political, institutional and societal dynamics. But I am confident that our American friends will find their way out of these tensions and crises and continue to be the great country that most of you recognise that they are, have been, and will continue to be.

What is up to us here is not to try and solve the American contradictions of the present, but to be clear on where we stand, to affirm our own values, our own policies and our own interests, and be true to them. Those of you who underlined this are completely right. This is also up to you in this Chamber, and to many others in the European institutions. Be strong and show leadership. We might have lost one important partner on some files, but this makes our leadership even more important, relevant, and, I would say, indispensable.

All around the world, be it in our region or very far away, people are now looking to the European Union – maybe not in the UK, but in the rest of the world – as a point of reference with regard to multilateralism, free and fair trade, human rights, respect – which for us is the basis not only of institutional relations but also of human relations – and our own, in Italian we would say «humanism». I am not sure if that works in English. Europeans are like this. Sometimes we are not proud enough of what we are, who we are and what we can be.

I will end by saying that some great Americans, good friends, only a few months ago were reminding us, the Europeans – here in Brussels – that Europeans should believe in themselves as much as their friends in the world believe in them. I think that this is the time for us, as Europeans, to realise the potential we have, to realise the responsibilities we hold in this particular historic moment, and to be that strong point of reference that the world needs at this moment, in particular in our region.

I was thinking of the paradox that we will have Prime Minister al-Sarraj from Libya here tomorrow. That was natural and the invitation came before the executive order came out, but a Libyan citizen will be here in Brussels discussing ways out of the Libyan crisis with us. When you ban something and build a wall, you might have the feeling that you are more secure, but you are actually building walls all around yourself and preventing yourself from having many opportunities. We Europeans are not like that. We will continue to be true to our values and to our way of working – the European way, which puts cooperation before confrontation. I think we will have to be proud of that and to do that even more.

*(Applause)*

**Presidente.** – La discussione è chiusa.

*Dichiarazioni scritte (articolo 162)*

**José Blanco López (S&D), por escrito.** – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE.UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς.** – Το διάταγμα του νέου προέδρου των ΗΠΑ που εκδόθηκε στις 27.1.2017, συνιστά προσβολή σε βάρος της ανθρώπινης αξιοπρέπειας. Με το διάταγμα αυτό ο νέος πρόεδρος των ΗΠΑ απαγόρευσε για 90 ημέρες την είσοδο στη χώρα του κάθε πολίτη επτά συγκεκριμένων κρατών (Ιράν, Ιράκ, Συρία, Λιβύης, Σομαλίας, Σουδάν και Υεμένης). Μια τέτοια γενική απαγόρευση, για ανθρώπους οι οποίοι διαθέτουν ατομική θεώρηση εισόδου και άρα έχουν κριθεί από τις ίδιες τις αμερικανικές αρχές ότι δεν είναι επικίνδυνοι, συνιστά δυσμενή μεταχείριση στηριγμένη αποκλειστικά στο γεγονός ότι είναι φορείς συγκεκριμένης εθνικότητας, χωρίς να υφίσταται εμπόλεμη κατάσταση μεταξύ των ΗΠΑ και των κρατών αυτών. Είναι μάλιστα αξιοσημείωτο ότι τουλάχιστον στην περίπτωση του Ιράν δεν υφίσταται καν κάποια μείζονος σημασίας εσωτερική αναταραχή ή ανωμαλία.

Στη βαθύτερη λογική του το διάταγμα της 27.1.2017 στοχοποιεί επομένως ανθρώπους ανεξάρτητα από τα ατομικά τους χαρακτηριστικά, απλώς και μόνο για να εξυπηρετήσει κάποιες πολιτικές σκοπιμότητες, συμβολικού ή άλλου χαρακτήρα, δηλαδή μετατρέπει αδιακρίτως τους πολίτες των επτά αυτών κρατών σε αντικείμενα προαποφασισμένης δυσμενούς μεταχείρισης από τις ΗΠΑ. Ελπίζω ότι τα αρμόδια αμερικανικά δικαστήρια θα αποδείξουν στον νέο πρόεδρο ότι δεν μπορεί να αγνοεί τα θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα.

**Eugen Freund (S&D), schriftlich.** – Noch hat der neue amerikanische Präsident kein Dokument unterschrieben, das direkte Auswirkungen auf Europa hat, aber indirekte: Wir haben das bei seinem Dekret gesehen, wonach keine Staatsbürger aus sieben moslemischen Ländern mehr in die USA einreisen dürfen – mit dem Resultat, dass sogar auf dem Flughafen in Wien Menschen aus dem Iran gestrandet sind, die ein gültiges Einreisevisum hatten. Sollen wir jetzt dem neuen amerikanischen EU-Botschafter die Akkreditierung verweigern, oder sollen wir gar Präsident Trump solange nicht nach Europa einladen, bis er die Einreiseverbote wieder aufhebt? Auch diese Vorschläge sind diskutiert worden. Ich bin der Ansicht, dass Europa nicht mit gleicher Münze zurückschlagen sollte – nicht zuletzt, weil unsere Flüchtlingspolitik auch nicht gerade ein Vorzeigeprojekt ist. Nein, Europa muss sich stärker auf eigene Beine stellen, näher aneinander rücken – auch das schafft Wärme, mit der man der Kälte, die über den Atlantik strömt, entgegenwirken kann. Und: So lange wird die Präsidentschaft von Donald Trump vielleicht gar nicht dauern. Ich bin nicht der einzige, der sagt, es könnte schon vor Ablauf der ersten Periode ein Amtsenthebungsverfahren geben. Damit würde man vielleicht Donald Trump loswerden, aber die USA würden von dieser prä-revolutionären Phase in eine noch schlimmere Krise schlittern.

**Eider Gardiazabal Rubial (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE. UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Sergio Gutiérrez Prieto (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE. UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Ramón Jáuregui Atondo (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE. UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Benedek Jávor (Verts/ALE)**, *írásban*. – Elnök Úr, Trump elnöki rendelete a menekültek és egyes országok állampolgárainak kitiltásáról, beleértve az Amerikában zöld kártyával rendelkezőket is semmi másra nem alkalmas, minthogy elmérgesítse a helyzetet. Pökhendi és fölösleges lépés, ami semmilyen módon nem járul hozzá az állampolgárok biztonsággal kapcsolatos – amúgy jogos – elvárásainak teljesítéséhez. Ráadásul jól láthatóan az amerikai elnök személyes üzleti érdekei jobban befolyásolták a lista pontos összeállítását, mint a biztonsági megfontolások – egyébként semmi más magyarázata nincsen annak, hogy például Szaúdi-Arábia kimaradt a listáról. Amit elért Trump ezzel a rendelettel, az pusztán annyi, hogy tovább rombolta az amúgy is gyenge bizalmat a nemzetközi szintéren és növelte a feszültséget.

Márpedig a fokozódó feszültség eredménye nagy valószínűséggel további konfliktusok és újabb menekültek lesznek – azaz pont az ellenkezője a hivatalos célnak. Továbbá nem lehet eléggé hangsúlyozni, hogy a terrorizmus elleni harc keretei között is elfogadhatatlan a rendelet: nem lehet általános gyanúval élni embercsoportok ellen származásuk és/vagy vallásuk miatt. Ez az intézkedés tehát nem csak jogszerűtlen és ellentétes az emberességgel, hanem egész egyszerűen ostoba, értelmetlen és eredménytelen – egy globális válsághoz vezető populista politikai manőver iskolapéldája.

**Barbara Kappel (ENF)**, *schriftlich*. – Die emotionale Debatte rund um die Reisebeschränkungen nach dem Dekret des US-Präsidenten verlangt es, Tatsachen auf den Tisch zu legen: Es gibt kein generelles Einreiseverbot für Muslime in die USA, vielmehr gilt ein 90tägiges Einreiseverbot für Personen aus sieben muslimischen Ländern. Es sind dies der Iran, der Irak, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Die Auswahl dieser sieben Länder hat einen besonderen Hintergrund, denn bereits 2011 hat Trumps Vorgänger, Barack Obama, sechs Monate lang Visa für irakische Flüchtlinge ausgesetzt. Die genannten Staaten sind von der Obama-Administration als „Quellen des Terrorismus“ identifiziert worden. Die Trump-Administration hat Personen mit zwei Staatsbürgerschaften von diesem Einreiseverbot ausgenommen. Es gibt gute Gründe, diese undifferenzierte Einreisepolitik zu kritisieren; allein, der Sicherheitsaspekt dahinter ist berechtigt.

Ebenso ist anzusprechen, dass seit 1948 Israelis in 16 muslimischen Ländern mit einem Einreiseverbot belegt sind. Die meisten davon befinden sich in der betroffenen Staatengruppe. Und Präsident Trump sagte dazu: „Um es klar zu machen: Dies ist kein muslimischer Bann. Hier geht es nicht um Religion, es geht um Terror und darum, unser Land zu schützen“. Wenn in den nächsten 90 Tagen „sichere“ Maßnahmen in Kraft gesetzt werden, dann werden die USA wieder Visa für diese Länder erteilen.

**Javi López (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al derecho internacional impulsadas por la nueva Administración de los EE.UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación socialista española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE.UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

**Elena Valenciano (S&D)**, *por escrito*. – La UE debe reaccionar de forma contundente, clara y unida contra las medidas arbitrarias y contrarias al Derecho internacional adoptadas o anunciadas por la nueva Administración de los EE.UU., que se muestra hostil hacia la UE, hacia América Latina y hacia el conjunto de la comunidad internacional. La Delegación Socialista Española propone las siguientes medidas:

1. Solicitar a la Comisión Europea un informe jurídico sobre el impacto de las nuevas disposiciones migratorias norteamericanas, concretamente sobre los efectos del veto a la entrada en los Estados Unidos para los ciudadanos con doble nacionalidad, de un país europeo y de alguno de los estados afectados.
2. Pedir a la Alta Representante Mogherini que llame a consultas al embajador de la UE en Washington.
3. Negar el plácet a Ted Malloch, al que el presidente Trump pretende nombrar embajador ante la UE, por sus declaraciones hostiles al euro y a la propia existencia de la UE.
4. Pedir a los Estados miembros que no reciban al presidente Trump mientras mantenga esta política de hostilidad y desprecio a los derechos humanos.
5. Solicitar un debate con resolución en el próximo pleno para fijar la posición del Parlamento Europeo sobre las relaciones Europa-EEUU en este nuevo contexto.

### 13. Lage der Energieunion (Aussprache)

**Presidente**. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione sullo stato dell'Unione dell'energia (2017/2523(RSP)).

**Maroš Šefčovič**, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, once again I would like to thank you for the invitation and for the opportunity to present to you the Second State of the Energy Union Report, only a few hours after it was adopted this morning by the College. As you may remember, Parliament was one of my first stops in presenting the first report as well, and this is no coincidence. It reflects the importance I see in working very closely with you, the European Parliament, in co-piloting the Energy Union. Only through close partnership can we ensure that the legislative proposals of the November package will be adopted over the next nine months.

This is the objective I presented last week in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE), in line with the December Declaration of our three institutions. A quick adoption is important so that our proposals can be swiftly transposed by the Member States and put into action. It would also send an important message to EU citizens that, when it comes to the Energy Union, we mean business. 'We' being all EU institutions.

While negotiations on the legislative proposals are ongoing, my colleagues and I are not sitting and waiting. To the greatest extent possible, the Commission will already start the implementation of the Energy Union on the ground. This is one of the key messages of the second State of the Energy Union: while 2016 was a 'year of delivery', 2017 will be a 'year of implementation'. What does that mean in practice? It means that, apart from the upcoming legislation on the low-emission mobility, we have delivered on all Energy Union proposals, and we are now ready for the next phase.

The second State of the Energy Union serves exactly for that next phase. It give us a good overview of where we stand and what has been achieved both at EU and national levels. Our thorough analysis shows that the European Union is largely on track. For instance, among major global economies, Europe is one of the most greenhouse gas efficient. This creates significant 'first-mover opportunities' for European companies. But we are in no way in a position to rest on our laurels. Other parts of the world are also speeding up their efforts; they are also modernising their economies, and they are also increasing their competitiveness. There is no room for complacency if we want to remain global leaders in areas such as clean technologies.

The State of the Energy Union Report therefore also looks forward and identifies the work that still has to be done; it sets the political priorities for this year. In line with the Energy Union Strategy, these priorities go far beyond energy and climate alone. The Energy Union is about accelerating the modernisation of our entire economy: making it low-carbon; making it efficient in the use of energy and resources; making sure our economy is socially fair and consumer-oriented; and strengthening the Energy Union's external dimension. In the current, ever-changing and volatile geopolitical context, we need European global leadership. This is true in the field of climate action but also for safeguarding our competitiveness, jobs and economic interests.

Such an over-arching approach implies strengthening the ties between the Energy Union Project and other European flagship policies, such as the circular economy, the Digital Single Market, the Security Union, our Skills Agenda, the EU's economy and climate diplomacy, our investment policies, and so on.

What does it mean in practice? Simply put, when we look at the modernisation of our economy, we will also need to look at: the huge job potential of the green economy; the heavy economic costs of air pollution; the threats of cyber-attacks, and many other areas. It means we must make sure that each and every new measure benefits consumers, especially the vulnerable ones. It means that we will make real progress this year on providing the missing infrastructure links. We will look deeper into how we can avoid stranded assets, for example when preparing the next list of Projects of Common Interest.

It means that we must step up even further our investment policies, and for this purpose we will set up investment platforms on the ground in all Member States. It also means that we will make Europe's global leadership more concrete by helping the developing world, Africa in particular, jump over the fossil age. These are just a few examples to give you the gist of the report. As you can see, a lot remains to be done.

With the State of the Energy Union, I am also launching a second Energy Union Tour. I will once again visit the Member States, and I hereby invite you to join me when I visit your constituencies. Even in the event that you cannot join me in person, I encourage you to help me bring the message of the Energy Union to your electorates. Help me convey the urgency of the energy transition, and the opportunities it brings to our citizens.

As I have mentioned earlier, we intend to make 2017 the Energy Union's 'year of implementation'. I will therefore use this tour to campaign and push for the swift implementation of the Energy Union not only at national level, but also at local level, which is becoming increasingly important.

I will discuss, with government representatives, the importance of presenting their National Energy and Climate Plans. We will together ensure that drafts will be presented by the end of 2017. I will also emphasise the need for a broad consultation of the plans not only within the Member States with all relevant stakeholders, but also with the neighbouring Member States on a regional level.

At the local level, my tour will be a good opportunity to showcase some of the most promising and innovative projects of cities and regions. It is important that we provide such projects with a strong tail-wind and match them with financing. I am glad to share with you that we are actively working on that, in cooperation with the Committee of the Regions. Showing concrete progress on the ground will help our citizens to visualise and grasp the multiple benefits of the clean energy transition.

Distinguished Members, let me once again thank you for your support in realising our joint ambition. I will stop here, as I would like to listen to the comments and suggestions of the honourable Members on today's report.

**Krišjānis Kariņš**, *PPE grupas vārdā*. – Priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs, kolēģi! Ja padomājam mirkli, tad pēdējos 10-15 gadus mūsu enerģētikas politikai ir bijis viens galvenais mērķis. Un tas ir bijis cīnīties pret klimata pārmaiņām, samazinot CO<sub>2</sub> izmešus. Visa enerģētikas politika faktiski bijusi pakārtota šim mērķim. Un es nesaku, ka šis mērķis ir bijis nepareizs. Bet tagad tas, ko Eiropas Komisija ir ierosinājusi, – šī astoņu likumprojektu pakotne – ievieš, manuprāt, sen vajadzīgu papildinājumu šim mērķim. Proti, mums ir jāsāk domāt ne tikai par klimata pārmaiņām, bet arī par mūsu iedzīvotāju un uzņēmumu konkurētspēju un enerģētikas cenu.

Un tas veids, kā mēs varēsim vienlaikus pieturēties pie saviem klimata pārmaiņu mērķiem un samazināt cenas patērētājiem, īpaši mūsu industrijai, ir, ieviešot ļoti elementāru principu, kas darbojas pilnīgi visur tautsaimniecībā, — konkurenci. Atbrīvojot tirgus ierobežojumus, mēs dosim pareizos signālus, lai rastos lielāka konkurence pret vai starp dalībvalstu enerģijas ražotājiem. Mums ir jāatceļ ierobežojumi — gan fiziski, gan regulatoriski —, lai šī konkurence varētu pastāvēt.

Konkurence nav iespējama situācijā, kur vēl pastāv plašas subsīdijas gan fosilajām degvielām, gan atjaunojamajai enerģijai. Tātad vienlaikus mums būs jāskatās, kā mēs varēsim saprātīgi samazināt tirgu kropļojošas subsīdijas visiem spēlētājiem, visām nozarēm, veicinot konkurenci, turoties, protams, pie mūsu klimata mērķiem, bet domājot par to, kā pazemināt cenu iedzīvotājiem un uzņēmējiem, lai celtu konkurētspēju.

**Dan Nica**, *in numele grupului S&D*. – Domnule președinte, domnule vicepreședinte Șefcovič, vă mulțumesc pentru munca depusă pentru ca uniunea energetică să fie un proiect european prioritar și pentru livrarea pachetului energetic de iarnă, alături de colegii dumneavoastră din Comisie.

Uniunea Europeană importă în continuare mai mult de jumătate din necesarul energetic, dar se fac progrese în vederea diversificării resurselor, a rutelor și a furnizorilor de energie. Cu cât avem o mai bună eficiență energetică, cu atât vom fi mai puțin dependenți de furnizorii externi de energie. Eficiența energetică ne va permite să investim mai mult în crearea locurilor de muncă și în inovare. Bani ar trebui să fie mai bine cheltuiți pentru producția de energie durabilă, pentru creșterea eficienței energetice și actualizarea rețelilor de energie și pentru a asigura o energie curată și la prețuri accesibile pentru industrie și pentru cetățenii europeni.

Subliniez importanța interconexiunilor electrice și consolidarea liniilor interne pentru a integra în continuare piața internă a energiei electrice. Trebuie să facilităm fluxurile transfrontaliere de energie electrică pe teritoriul Uniunii, asigurând în același timp, securitatea sistemului.

În ceea ce privește regenerabilele, conform estimărilor Comisiei, 25 de state membre și-au depășit deja țintele indicative 2015/2016 în anul 2015. Deci, trebuie să vedem cum putem stimula investițiile în energiile regenerabile. De asemenea, o introducere mai largă a surselor regenerabile în sistemul energetic va avea nevoie de modificări importante în ceea ce privește proiectarea pieței de energie electrică.

Dezbătând Starea uniunii energetice, trebuie să ne concentram și pe viitoarele măsuri. De aceea, pachetul actual de energie trebuie să reprezinte o oportunitate de a lansa tranziția bazei noastre industriale. Vom fi capabili să utilizăm până la 177 miliarde de euro în investiții publice și private în 2021. Cu punerea în aplicare a politicilor adecvate, se pot crea 900 000 de locuri de muncă în Uniunea Europeană.

Puteți conta, domnule vicepreședinte Șefcovič, pe sprijinul nostru, al grupului nostru politic și vom întări prevederile acestui pachet energetic foarte important.

**Zdzisław Krasnodębski**, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Chciałbym tylko przypomnieć, że czysta energia jest oczywiście bardzo ważnym, jednym z najważniejszych celów unii energetycznej, natomiast jest jeszcze ten drugi cel, którego nie powinniśmy tracić z pola widzenia, mianowicie bezpieczeństwo energetyczne. To jest cel o wiele bardziej elementarny dla niektórych, więc często jest tak, że chcemy najpierw mieć energię, potem zastanawiamy, czy jest to czysta energia i to energia taka, za którą jesteśmy w stanie zapłacić.

Podstawą bezpieczeństwa energetycznego (o tym mówił już kolega) jest dywersyfikacja dostaw. Natomiast jeżeli patrzymy na dane statystyczne, to widzimy, że sytuacja nie poprawia się, bowiem według statystyk zależność Unii od importu surowców energetycznych zwiększyła się z 52% w 2010 r. do prawie 56% w 2015 r. i wydaje się, na co wskazują prognozy, że będzie się zwiększać do poziomu 60%, więc przy takiej wysokiej zależności od zewnętrznego zaopatrzenia w surowce energetyczne dywersyfikacja ma pierwszorzędne znaczenie dla bezpieczeństwa energetycznego Europy i powinna stanowić trzon unii energetycznej.

No i przede wszystkim jest sprawa nowych źródeł gazu i uniezależnienia się od dominującego dostawcy ze Wschodu, ale w tej kwestii odbieramy od Komisji zarówno sygnały pozytywne, jak i bardzo niepokojące. Pozytywne to np. strategia większego wykorzystania skroplonego gazu ziemnego oraz perspektywy wsparcia dla tzw. Bramy Północnej, która pozwoli na przesył gazu z Norwegii przez Danię do Polski i innych krajów kontynentu. Natomiast projekty uruchamiania przepustowości ze Wschodu, takie jak NordStream<sup>2</sup> czy decyzja dotycząca gazociągu OPAL, stoją w ewidentnej sprzeczności z zasadami bezpieczeństwa energetycznego i są zupełnie niezrozumiałe dla wielu Europejczyków, a także podważają zaufanie do Komisji Europejskiej. Dotyczy to również kwestii rynków mocy – ta propozycja też jest kontrowersyjna, bo w zasadzie będzie uzależniała Unię od importu gazu. Prosiłbym o zastanowienie się nad tymi dwoma



punktami, bo jest to niezwykle ważne dla wielu krajów i obywateli Unii Europejskiej.

**Fredrick Federley, för ALDE-gruppen.** – Herr talman! Det är kanske något av det viktigaste som vi gör under den här mandatperioden när vi utarbetar den kommande energiunionen.

Som flera kollegor har sagt så är det viktigt för att vi ska klara konkurrenskraften, att vi ska kunna hålla bra priser både för privatkonsumenter och för industrin, att vi ska kunna se till att vi är en progressiv del också när det kommer till det förnyelsebara, och inte minst energisäkerheten. Så att vi i en värld som blir alltmer orolig vet att vi klarar vår energiförsörjning till privatpersoner och till industrin.

Jag kommer själv att få förmånen att jobba med den delen som rör det förnyelsebara, och jag har idag noterat att kommissionens rapport om förnyelsebar energi har släppts, och som visar att vi redan är på god väg att nå det mål om 20 procent förnybar energi som är uppsatt till år 2020. Det är glädjande.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

**Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”.** – Domnule președinte, stimate coleg, ați spus, între altele, că 29% - procentul propus pentru 2030 raportat la 2012 — ar putea fi mai ambițios în ceea ce privește energia regenerabilă.

Pe de altă parte, ați spus că raportul arată că nu avem resurse suficiente pentru susținerea energiilor regenerabile și, pe de altă parte, vreau să vă întreb: credeți că este corect ca costul în certificatele verzi să fie susținut de populație?

**Fredrick Federley (ALDE), svar ("blått kort").** – Herr talman! Det finns så klart flera saker vi kan göra. Jag är ju marknadsbaserad som liberal. Det gör att jag tror på en gemensam energimarknad där vi har en prissättning som drivs av marknaden.

Nord Pool-området kan jag rekommendera kollegorna att titta närmare på. Till exempel när kollegorna från Estland blev fullvärdiga medlemmar av Nord Pools energimarknad så har man sänkt kostnaderna för privatpersoner, man har ökat säkerheten och man har sänkt kostnader för industrin. Därmed har man också skapat en ökad efterfrågan, vilket gör att investeringarna kommer att öka framöver.

Jag tror inte att det framför allt är med politiska styrmedel vi gör det, utan genom att skapa en gemensam marknad och ha politiska mål så kan vi klara detta utan alltför mycket subsidier som faktiskt skadar den marknad där vi befinner oss.

**Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL.** – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, συζητάμε συνεχώς για την κατάσταση της ενεργειακής ένωσης και κάθε φορά διαπιστώνουμε όλο και περισσότερα προβλήματα. Πέρασαν δύο χρόνια από τότε που ανακοινώθηκε η δημιουργία της ενεργειακής ένωσης. Στο διάστημα αυτό, το μόνο που έγινε είναι να προωθούνται πολιτικές για εξυπηρέτηση των αναγκών της ανταγωνιστικής αγοράς, για προώθηση των συμφερόντων των πολυεθνικών και για αύξηση των εξουσιών της Επιτροπής σε βάρος των κυριαρχικών δικαιωμάτων των κρατών. Κανένα ουσιαστικό μέτρο δεν λήφθηκε για τα σοβαρά προβλήματα που έχει η Ένωση, όσον αφορά τον ενεργειακό εφοδιασμό, την απουσία ενεργειακής ασφάλειας και την ενεργειακή απομόνωση στην οποία βρίσκονται κράτη και περιοχές της Ένωσης. Κανένα μέτρο δεν λήφθηκε για την ενεργειακή φτώχεια που ταλανίζει τους λαούς. Όσο υπάρχουν άνθρωποι στην Ένωση που στερούνται το δικαίωμα για ισότιμη και φθηνή πρόσβαση στην ενέργεια, ένα δημόσιο αναπτυξιακό αγαθό, τούτο θα σημαίνει ότι η ενεργειακή ένωση έχει αποτύχει. Εάν θέλουμε να καταπολεμηθεί η ενεργειακή φτώχεια, πρέπει να τερματίσουμε τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας και, με ένα ολοκληρωμένο σχέδιο, να στηρίξουμε έμπρακτα εκατομμύρια συμπολίτες μας. Εάν είναι ειλικρινής η φιλοδοξία μας να πρωταγωνιστήσει η Ένωση στη ανάπτυξη των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, τότε πρέπει να διασφαλιστεί η προτεραιότητα εισόδου τους στα δίκτυα και να κατατεθεί μια ολοκληρωμένη πρόταση για την προώθησή τους. Εδώ βέβαια πρέπει να πω ότι βρίσκω θετική τη σημερινή δήλωση που περιέχεται στην ανακοίνωση της Επιτροπής, δηλαδή ότι τα κοιτάσματα φυσικού αερίου στην ανατολική Μεσόγειο είναι πολλά υποσχόμενα για την εφοδιασμό της Ένωσης αλλά πρέπει επίσης να τονίσω ότι, εάν είναι ειλικρινής ο στόχος που τίθεται για προώθηση των εγχώριων πηγών ενέργειας, τότε πρέπει να δούμε και έμπρακτα τη στήριξη του αναπτυξιακών προσαπαιδίων για τα κοιτάσματα στην αποκλειστική οικονομική ζώνη της Κύπρου.

**Benedek Jávor**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the energy union is much more than a framework strategy for secure, affordable and climate-friendly energy. Sixty years ago, cooperation in the field of energy in Europe led to the European Union. Today, the energy union is a unique opportunity for us Europeans to strengthen and reinforce this cooperation in troubled times.

For a well-functioning energy union, we clearly need a high level of investment and cooperation among the Member States – and not primarily, in terms of gas and electricity, for infrastructure, but also for upscaling renewables and increasing energy efficiency efforts and exploiting the clear synergies between these aspects.

The Commission again confirms in its report the determination of the Commission to make the European Union the world number one in renewables, but the legislative proposals of the winter package do not live up to the promises; rather they put brakes on the energy transition and simply do not address key problems and market distortions. There is no real incentive to cut fossil fuel consumption. It allows subsidies to fossil fuel and also keeps the privileges of nuclear energy. Loopholes in the Energy Efficiency Directive are left unaddressed as well. According to the report, there was a very modest 0.4% growth in the share of renewables in the EU's total energy use last year.

Clearly we must accelerate our efforts. The proposal still does not contain proper incentives for further deployment of renewables. Instead it undermines market access for renewable energy sources. While regulated household energy prices in about half of the EU are – rightly – identified as a problem, there are no effective proposals for dealing with energy poverty, instead of those distorting measures. I also see a lack of proper support for prosumers, such as energy cooperatives, to compete fairly in the market. The problem of energy dependency is also well addressed in the report, but the importance of energy efficiency in fighting against it is underestimated.

Finally, one issue remains almost untouched – the poor enforcement of the existing legislation affecting the energy market. This also implies that the Commission must make sure that nuclear installations are not exempted from public procurement provisions or competition law, which currently is not the case. Despite the report stating that we are well on track, I believe that a lot more needs to be done in order to achieve a unified energy market and a sustainable, secure energy system.

*(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))*

**Tibor Szanyi (S&D)**, *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Elnök Úr! Egy gyors egyetértésről szeretném biztosítani képviselő urat, hogy valóban nagyon fontosnak tartom az energiahatékonyság terén tett lépéseket – már csak azért is, mert valóban az energiaszegénységnek ez az egyik legjobb leküzdési módja. Viszont gyors kérdésem is lenne, kettő. Az egyik az az, hogy itt az összeurópai szinten hozott intézkedések, jogszabályokat – tán itt majd mindenki el is fogja fogadni – aztán utána, a hátuk mögött, a képviselők háta mögött lévő kormányok meg fityülnek az egészre. Ön lát-e valami perspektívát, hogy hogyan lehet a kormányokat, a tagországokat rábírni, hogy legalább az energiamix dolgában egyeztessenek? Illetve a második, hogy hogyan lehet megfékezni a kormányokat, hogy össze-vissza, hasraütésszerűen alakítsák a fogyasztói árakat bizonyos helyeken?

**Benedek Jávor (Verts/ALE)**, *Kékkártyás válasz*. – Köszönöm a kérdést! Nagyon fontos témákra kérdezett rá Szanyi képviselő úr. Egyfelől a meglévő energiaszabályozásnak a végrehajtása, a kikényszerítése a tagállamokban egy kulcskérdés. És ebben azt gondolom, hogy a Bizottság nem használ föl minden rendelkezésre álló eszközt, hogy valóban végrehajtsák nemcsak az energiahatékonysággal, hanem a megújuló energiaforrásokkal, az energiapiacra a versenyjoggal, közbeszerzési joggal kapcsolatos rendelkezéseket. Itt feladatok vannak az Európai Bizottság előtt. Az ártorzítással kapcsolatban az energiaunió tervezete, illetve a téli csomag is elég világosan megfogalmazza, hogy ki kell vezetni ezeket az ártorzító rendelkezéseket. Azonban ezeknek a helyére olyan intézkedéseket kell bevezetni, amelyek hatékonyan gátat tudnak szabni az energiaszegénységnek. Ez elsődleges feladata mind a tagállamoknak, mind az Európai Bizottságnak.

**Dario Tamburrano**, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono veramente contento di vedere nel cosiddetto *winter package* numerose proposte a favore dei *prosumer* e delle comunità dell'energia. Sicuramente è un passo in avanti, e me ne rallegro e me ne congratulo con il Commissario, ma vi sono allo stesso tempo dei passi indietro, a nostro modo di vedere, che potrebbero annullare invece qualsiasi progresso verso gli obiettivi climatici ed energetici che l'Unione si prefigge.

Ci rendiamo conto che non è facile gestire una situazione dove interessi così contrapposti vengono a concentrarsi a volte su un'unica persona, come il Commissario, e quindi sono solidale con Lei. Ritengo però che sia semplicemente scandaloso aver eliminato la priorità di dispacciamento per le rinnovabili. Vero è che le tecnologie verdi sono più mature ed economiche di qualche anno fa, ma finché le esternalità delle fossili non verranno computate e con i meccanismi di capacità ancora contemplati almeno fino al 2026, come sembrerebbe, parlare della stessa competitività con le altre tecnologie, di neutralità tecnologica, secondo me – per usare un termine che va di moda – è una *fake news*.

Torno quindi a sottolineare la distorsione del mercato indotta dai 300 miliardi di sussidi diretti e indiretti – la fonte è il Fondo monetario internazionale – che in Europa finiscono ad alimentare l'economia delle energie fossili. Quando si parla di neutralità tecnologica, il libero mercato si dimentica questo enorme elefante nella stanza che viene periodicamente ignorato.

Questo senza considerare i benefici climatici e geopolitici della transizione rinnovabile. Sappiamo che vi sono studi affidabili – ve li posso fornire, ma li conoscerete – che stimano il potenziale della produzione decentrata di energia da parte dei cittadini a livello europeo con dati impressionanti: nel 2030, 112 milioni di *prosumer*, comprese scuole, comunità locali e ospedali, avrebbero il potenziale, da soli, di rispondere al 19 % della domanda di energia nell'Unione europea; nel 2050 questa risposta arriverebbe al 45 % con metà dei cittadini coinvolti.

Nello stato dell'Unione appena adottato si fa cenno a meccanismi di finanziamento, e qui io arrivo con una proposta: manca un quadro normativo per quanto riguarda il *crowdfunding*, il *crowdfunding* transfrontaliero e il *crowdfunding* per investimenti di tipo numerativo. Quindi invito il Commissario a considerare una proposta del genere, a fornire un quadro legale perché in questo caso si potrebbero stimolare gli investimenti privati dei singoli cittadini e delle comunità di cui tanto abbiamo bisogno.

**Barbara Kappel**, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar Šeřčovič, ich möchte Ihnen zu Ihrer Initiative der Energieunion gratulieren, denn ich glaube, Sie tragen damit ganz wesentlich dazu bei, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch den europäischen Bürgern die Ziele der Energieunion näherzubringen. Die Ziele der Energieunion sind wichtig, nämlich die Versorgungssicherheit, die Nachhaltigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu steigern, hin zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft, zu dezentralen Modellen und zu einer modernen Erzeugungstechnologie – so, wie Sie es gesagt haben: zur Modernisierung der Wirtschaft mit neuen Investitionsplattformen beitragen. Man könnte vielleicht auch aufgreifen, was Kollege Tamburrano gesagt hat.

Sie haben jetzt im Rahmen des neuen Winterpakets einen Modernisierungsfonds im Ausmaß von 10 Mrd. EUR vorgeschlagen. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist, auch die ambitionierten Ziele des Winterpakets, nämlich Europa zum Weltmarktführer bei der erneuerbaren Energie zu machen, die Energieeffizienz um 30 % zu erhöhen und den Fokus auf den Verbraucher zu legen, damit der Verbraucher von günstigeren Preisen profitieren kann. Ich nenne als Beispiel nur das Ökomarkt-Design und das enorme Investitionspotenzial für die Unternehmen. Ich glaube, die Sache ist gut, und Sie, Herr Kommissar, sind ein guter Promotor dafür.

**Janusz Korwin-Mikke (NI).** – Kiedyś wymyślono telewizory, potem te kolorowe. Ludzie bogaci mieli kolorowe, a biedni nie, ale nie było podatku, żeby biednym ludziom kupować te telewizory. Dzięki temu po kilku latach również wszyscy biedni mieli kolorowy telewizor. Gdyby nałożono podatki, żeby wszystkim kupować kolorowe telewizory, to by ich nie mieli w ogóle albo mieliby na poziomie produktów sowieckich. To samo z energetyką. Bogate kraje mogą sobie mieć fantazję i walczyć o środowisko, a biednym krajom trzeba pozwolić robić tak, jak chcą. Kiedy się wzbogacą, to wtedy będą mogły sobie walczyć o środowisko. Akurat Polska potrzebuje energii z węgla: taniej. Chcę zwrócić uwagę, że w tym momencie Europa jest już skansenem w porównaniu z Chinami. Za chwilę Ameryka wystrzeli do przodu i będziemy również skansenem w porównaniu ze Stanami Zjednoczonymi, które kończą z walką z globalnym ociepleniem. Proszę łaskawie wziąć to pod uwagę.

**Jerzy Buzek (PPE).** – Panie Przewodniczący! Gratuluję Komisji Europejskiej, że dostarczyła już niemal wszystkie rozwiązania legislacyjne Parlamentowi Europejskiemu – pracujemy nad nimi. Unia energetyczna staje się faktem, choć musimy ją jeszcze wdrożyć, a przede wszystkim musimy mieć stały kontakt z obywatelami, żeby czuli, jak ważna jest ona dla nich, bo nie wszędzie to dociera. To jest rzeczywiście unia energetyczna, unia obywateli, którzy mogą czuć się bezpieczni, a równocześnie mieć tańszą energię. To wszystko my wiemy, ale nie wiedzą tak dokładnie obywatele, a jest to jeden z czynników naszej integracji.

Ja chciałbym zapytać pana komisarza, jaki wpływ na naszą politykę energetyczną, a także na unię energetyczną będą miały ostatnie oświadczenia prezydenta Stanów Zjednoczonych? One są dla nas ważne, bo przede wszystkim, moim zdaniem, zagrażają realizacji porozumienia paryskiego – a przecież myśmy się umawiali, że wszyscy najwięksi emitenci (my nie jesteśmy tak wielkim emitentem jak Stany Zjednoczone) będą te reguły stosować – z czego wynikają konkretne wnioski i konkretne pytania dla nas. Przykładowo umawialiśmy się, że państwa członkowskie nie będą miały wiążących celów w zakresie oszczędności energii czy odnawialnych źródeł energii – czy cokolwiek się zmienia w tym zakresie? Mamy również propozycje ze strony unii energetycznej dotyczące ograniczenia emisji przy produkcji energii elektrycznej, a to dotyczy paliw kopalnych. Stany Zjednoczone idą w zupełnie innym kierunku, a takie ograniczenia mogą wyeliminować niektóre paliwa i spowodować, że energia będzie droższa. To bezpośrednio obniża konkurencyjność naszego przemysłu w wielu krajach.

I kolejna sprawa, już może bardzo konkretna – zadaliśmy Komisji Europejskiej bardzo ważne pytanie: czy są już znane podstawy prawne, w oparciu o które można by ocenić legalność budowy NordStream?? Prosiłbym o odpowiedź na te pytania.

**Kathleen Van Brempt (S&D).** – Commissaris, laat me beginnen met u te bedanken voor alle voorstellen die er liggen. Ik heb dat eerder al gedaan maar ik doe dat met heel veel overtuiging. U hebt daar hard aan gewerkt samen met uw collega's, maar u doet dat op een transparante, open manier, samen met het Parlement en met de stakeholders en dat apprecieert onze fractie enorm. We hebben hiervoor een debat gehad over het inreisverbod voor moslims in de Verenigde Staten en ik vond de replieken van de fractievoorzitters op één punt erg gelijklopend. We gaan meer dan ooit een Europese Unie hebben die er staat, die een oplossing biedt in zelfvertrouwen, dixit de andere vicevoorzitter van de Commissie, mevrouw Mogherini.

En dat moeten we ook in dit dossier doen, want vergeet niet dat er aan de andere kant van de oceaan ook een negatieve wind komt als het over klimaat en energie gaat en dus hebben we een eigen, zelfverzekerd beleid nodig. Daar moeten we resoluut voor gaan en deze fractie zal alle voorstellen die u doet ondersteunen, maar ook verder versterken. U kent onze ambities om op het vlak van energie-efficiëntie en op het vlak van hernieuwbare energie hogere targets te zetten, targets die ook bindend werken. Dat heeft in het verleden gewerkt. Waarom zou dat in de toekomst niet zo zijn?

En tot slot iets wat we vaak vergeten, maar de Commissaris weet dat: governance. Je hebt een zeer goede en sterke Europese gedreven governance nodig en ook op dat punt zullen wij samen met de andere fracties versterkte voorstellen indienen.

**Julie Girling (ECR).** – Mr President, this communication is very welcome, given the urgency around the need to mitigate the negative effects of climate change. Within the scope of the Energy Union Framework Strategy, I particularly welcome the increased focus on clean energy, rather than solely green energy. This is key. While the need for radical reductions in carbon are clear and well known, there are other notable pollutants such as NO<sub>x</sub> and PM which also have hugely detrimental effects on both human health and the environment, and these need to be addressed.

The Commission communication does mention health. I welcome the reference to the new NEC Directive and the reiteration – albeit only in a footnote – that in 2013 more than 450 000 people are estimated to have died prematurely from air pollution in the EU, and lost days at work caused by respiratory disease amount to a EUR 15 billion loss to the EU economy.

It is becoming ever more evident that the transition to clean – and not just green – transport must be given priority. I would like to see a clear preference given to investment in projects that combine the two objectives of lowering greenhouse gas emissions, and lowering other pollutants. This should include incentives at the level of the citizen. It is no coincidence that people experiencing fuel poverty are often also those who experience the worst possible health outcomes.

The transition to clean energy is already having a profound effect on the global energy market, and there are clear indications that clean energy is delivering record levels of investment, particularly in renewables and other new technologies. Let us make sure that we harness this momentum to create record-breaking levels of health improvement also.

**Morten Helveg Petersen (ALDE).** – Hr. formand! Jeg vil gerne starte med at takke næstformand Šefčovič for alt det hårde arbejde, han gør for at føre energiunionen ud i livet. Det er der virkelig god brug for! Denne status over energiunionen, som vi diskuterer i dag, viser jo med al ønskelig tydelighed, at der er brug for handling. Handling, hvis EU og Europa skal påtage sig det globale lederskab inden for klima, inden for vedvarende energi og inden for energieffektivitet. Og handling, hvis vi skal indfri målsætningerne for energiunionen og styrke den grønne omstilling. Det kræver ambitiøse målsætninger, mod, og det kræver handling! For vi kan jo se ud af rapporten her i dag, at der faktisk er lande, der bliver mere afhængige af import af energi udefra. Og vi kan se af rapporten, at de europæiske transmissionsnet ikke er rustet godt nok til at kunne håndtere denne integration af vedvarende energi, som er helt afgørende. Og vi kan se, at hvis vi sætter energieffektivitet højest, ja så kan vi gøre betydelige fremskridt, ikke mindst gennem at renovere bygninger. Det er initiativer, der sænker energiomkostningerne for de europæiske borgere, initiativer der samtidig forbedrer indeklimaet og skaber sunde bygninger, alt sammen samtidig med at man skaber lokale arbejdspladser, altså til gavn for os alle. Det kræver, at vi finder måder at frigøre også privatfinansiering på, så private midler kan komme i spil. Jeg hilser denne rapport velkommen, jeg ser frem til samarbejdet. Vi har en masse ting, vi skal gøre her i den næste periode, hvis vi skal påtage os et globalt lederskab.

**Kateřina Konečná (GUE/NGL).** – Pane předsedající, pane komisaři, je to již dva roky, co Komise s velkou pompou představila energetickou unii. Od počátku jsem byla velmi skeptická k naplňování velkých vizí ve zmíněném dokumentu. A realita mé pochybnosti potvrzuje – elektroenergetické sítě, které urgentně potřebujeme, se nijak nestaví ani podle všeho není společná páteřní infrastruktura v plánu. Trh s elektřinou je nadále nefunkční, společný nákup zemního plynu nefunguje a tak bych mohla dále pokračovat. Zato v oblasti legislativy jsme zavaleni tisíci stránkami nového zimního energetického balíčku. Vypadá to, že cílem evropské energetické unie je jen vytvářet stohy papíru.

A k samotnému projednávání dokumentů souvisejících s energetickou unií. Podle mě by se měly dokumenty jako ETS, ESR, LULUCF projednávat dohromady se současným zimním energetickým balíčkem vzhledem k tomu, že jsou úzce propojeny. Přitom jednání na Radě selhávají a Komise má podle všeho v plánu nejprve projednat *governance* energetické unie, o které si já myslím, že ji je potřeba projednávat až na poslední. To, co mě zajímá eminentně, je, aby občané Evropské unie měli peníze na zaplacení energií, a to se neřeší vůbec, pouze to občas někdo zmíní, že něco takového existuje a že je to prostě problém. Myslím si, že bychom od papíru měli přejít k praktickým činům, to by bylo pozitivnější.

**Jakop Dalunde (Verts/ALE).** – Mr President, we are in the midst of an energy revolution. Renewables are growing like never before and costs are falling rapidly. Now we have to seize the moment. I am, however, worried that the winter package proposed by the Commission is a missed opportunity if we want to unleash the full potential of the green transition. If we do not act now, we will not only fail in meeting our climate obligations, we will also miss out in reaping the rewards of being leaders of green innovation. We need to create a climate that attracts scientists from all over the world who want to come here and create breakthrough technologies, and we need to support the shift to new products and clean tech start-ups. Therefore, I call on my colleagues to stop protecting the old and start embracing the new. Only then will Europe be the true global leader in the green transition.

**Roger Helmer (EFDD).** – Mr President, the main element of the Commission's current proposal is the revision of the ETS system. You recognised the problem that you call carbon leakage. I call it driving energy-intensive businesses offshore, and you have decided to give these industries free allowances to redress the balance, but you have created your own catch-22: if you give them enough allowances to stay competitive you have no hope of achieving emissions targets, but to achieve your emissions targets you cannot give them enough allowances. You face a stark choice between competitiveness and emissions targets. You cannot have both. You are not cutting emissions; you are merely driving them offshore. You have also created a structure which involves perpetual market intervention and distortion and creates a field day for lobbyists and lawyers, as industries fight each other for an ever-decreasing pot of free allowances.

The proposal to offer a tiered structure for different industry sectors only exacerbates the problem, and the use of the top 10% as a standard implies that 90% of European industries will be at a competitive disadvantage anyway. We face competition from China with massive cheap coal-fired generation, and from the US where Donald Trump promises to make low-cost energy a main driver of the US economy. A few years ago, our new President, Mr Tajani, said that our energy policies were creating 'an industrial massacre in Europe'. Today's proposals are the final *coup de grâce*.

**Steven Woolfe (NI).** – Mr President, we need energy. We need it to heat our homes, to provide the businesses that create our food, and we even need it for this Chamber. But energy has a cost. The EU wants a low-carbon secure and competitive economy; they have created this framework strategy for a resilient Europe with a forward-looking climate change policy.

This sounds positive, optimistic, an energy utopia – but it is not the reality people will live in, is it? EU policy will control the sources, flow, distribution, delivery and billing of the whole of the European energy industry. It will suppress national governments' abilities to provide the best energy services and prices for their people. In truth, once again, it is a classical big government power grab. Infrastructure will be paid for by the taxpayer, corporate subsidies will be paid for by the taxpayer, and higher bills will be paid for by the taxpayer, while all profits will be distributed between the EU and global corporations. The user is always the loser in the EU.

**Bendt Bendtsen (PPE).** – Hr. formand! Tak til næstformand og kommissær Šefčovič for redegørelsen. Jeg er enig med kommissæren i, at vi er godt på vej, dog har jeg allerede i dag hørt en række politiske indlæg og beklagelser, som i sidste ende nok bunder i, at det pågældende medlemsland har ladet deres borgere i stikken hvad angår energipolitikken i flere år. Med vinterpakken har vi altså et godt udgangspunkt, og vi har nu muligheden for her i Parlamentet at forbedre både tekst og indhold i pakken. Det er klart, at der ligger en række udfordringer. Vi skal mindske afhængigheden af vores import fra Putins Rusland og fra Mellemøsten. Vi skal skabe et indre marked for energi i Europa, og vi skal bruge den energi, som vi nu har i Europa med bedre. Der er masser af muligheder i de direktiver, der nu foreligger omkring energieffektivitet, vedvarende energi, elmarkedsdesign, governance mv. Som ordfører for energieffektivitet i bygninger kan jeg allerede nu konstatere, at der er masser af muligheder. En af de nødder, vi skal have knækket i det direktiv, det er at få udløst private midler til energireoveringer. Vi ved jo, at de kun er nybygninger, der udgør halvdelen procent af bygningsmassen om året. Den resterende gamle bygningsmasse i Europa er ineffektiv, dyr og dårlig. Derfor er der virkelig behov for at få udløst nogle private pensionsmidler i Europa.

## VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

**Miriam Dalli (S&D).** – Viċi President, nibda billi niringrazzjak, l-ewwel nett tal-impenn li wrejt fl-ahhar sentejn biex l-Unjoni Ewropea tibda tranzizzjoni lejn energija nadifa b'mod serju, ambizzjuż imma wkoll realistik. L-ambizzjoni li qed turi l-Unjoni Ewropea fil-qasam tal-enerġija u t-tibdil fil-klima għalija huma pożittivi. Għalija huwa pożittiv ukoll il-fatt li l-Presidenza Maltija fil-Kunsill qed taħdem biex tikkonkludi liġijiet Ewropej mill-aktar importanti f'dan il-qasam.

Illum il-ġurnata nemmen li wasalna fil-punt fejn irridu niffukaw aktar minn qatt qabel fuq il-konsumaturi fl-Istati Membri tagħna biex ikunu huma l-aktar parteċipi f'din it-tranzizzjoni enerġetika u klimatika.

Nohlom li nara Energy Union fejn il-konsumatur ikollu l-aktar rwol importanti. Sorsi ta' enerġija rinnovabbli, bhall-pannelli tax-xemx, nemmen li jagħtu sahha akbar lill-konsumaturi biex jiehdu deċiżjonijiet responsabbli. U allura minn konsumaturi passivi jsiru produtturi attivi; jistgħu jikkonsmaw dak li jipproduċu, jew inkella anki jbigħu l-enerġija li jipproduċu fi djarhom lejn il-grid elettriku, u anki huma jkunu jistgħu jagħmlu profitt.

Illum il-ġurnata teżisti t-teknoloġija li tista' tgħin lill-konsumaturi jiehdu kontroll tal-konsum enerġetiku tagħhom bl-għajnuna ta' smart meters, kontijiet elettronici u anki kuntratti għall-provvista tal-elettriku b'elementi dinamici. Malta, il-pajjiż li ġeja minnu jiena, b'90% f'firxa ta' smart meters, huwa eżempju tajjeb ta' kif it-teknoloġija tista' verament tgħin lill-konsumatur. U allura, filwaqt li nirringrazzja lill-Viċi President, ngħid li aħna bhala Soċjalisti u Demokratiċi se nahdmu biex din il-proposta vera tkun ambizzjuża.

**Evžen Tošenovský (ECR).** – Pane místopředsedo Komise, zimní energetický balíček považuji za nejzásadnější materiál, který byl v poslední době předložen. Je velmi důležité, aby výsledná legislativa byla rozumná a obsahovala technicky dosažitelné cíle. Je tedy potřeba přistupovat ke všem 8 legislativním návrhům velmi obezřetně a ne jen z hlediska velkých ambic dělat změny za každou cenu. Energetická infrastruktura se v EU tvořila 150 let a je nezbytnou součástí života všech lidí. Všichni potřebují svítit a topit za únosné tržní ceny a není tedy možné jakkoli ohrozit fungování energetické soustavy.

Jsem rád, že Komise věnuje energetické unii takové úsilí. Evropská unie potřebuje efektivní energetiku. Věřím, že když se vydáme cestou moderních technologií s důrazem na bezpečnost, můžeme skutečně zlepšit celý energetický systém. Není však možné, abychom tento systém měnili pouze regulatorně seshora bez podpory konkurenčního prostředí, které je největším motorem nových technologií.

**Kaja Kallas (ALDE).** – Mr President, three energy packages later we are still trying to achieve one important objective: make the Energy Single Market work for businesses, for consumers and for our environmental goals. Three packages later, the electricity market is still the fourth-lowest ranked service according to the Consumer Scoreboard. It shows one thing quite clearly: that protecting national energy production and sticking to rigid centralised systems is not the right answer. Therefore, one key objective for all of us in building the Energy Union should be to bring the European energy market up to speed with the 21st century by bringing technology and utilities together. But let us take smart meters, for instance, where, eight years after the Third Energy Package, some countries are still discussing whether the deployment of smart meters is relevant or not. In the meantime, some countries are already talking about advanced smart meters that provide real-time data instead of near real-time data, enabling real-time data flows and data-sharing within the energy markets, with this being absolutely essential to build competitive and innovative energy markets for tomorrow. Therefore, we should discuss whether smart meters should be made mandatory so that all consumers have real-time data and real-time control over their energy consumption.

**Markus Pieper (PPE).** – Herr Präsident! Europa ist auf einem guten Weg, seine Umweltziele zu erreichen. Wir sind Klimaweltmeister bei CO<sub>2</sub>, bei Erneuerbaren, bei Einsparungen. Aber wir sind auch Weltmeister bei Energiekosten für kleine Unternehmen und private Haushalte, gerade in rückständigen Regionen. Wir sind Weltmeister bei der Bürokratielast für die Industrie. Deshalb ist es gut, dass die Kommission die Folgen der Gesetzgebung dieses Mal genauer analysiert hat, überlappende Gesetzgebung vermeidet, genauer, aber noch nicht ausreichend.

Ich glaube nämlich nicht, dass eine verbindliche Einsparvorgabe von 30 % für alle Länder und für alle Branchen Sinn macht. Denn diese Einsparvorgabe gilt auch für grüne Energie. Wenn wir grüne Energien in Autos und Gebäuden wollen, können wir nicht gleichzeitig diesen Strukturwandel durch Einsparzwänge für regenerative Energien verhindern.

Aber damit leider noch nicht genug. Wir als Parlament – sprich die linke Seite, die Liberalen – wollen 40 % weniger Energieverbrauch. 40 %, obwohl die Folgenabschätzung der Kommission sagt, das würde das ETS-System konterkarieren. Wir müssten erneut eingreifen, Zertifikate vom Markt nehmen, die Industrie wäre erneut verunsichert und enttäuscht von Europa.

Deshalb lasst uns auch beim Thema Energieeinsparung ambitioniert bleiben, aber bitte überziehen wir nicht, weil wir ansonsten Europas Industrie vertreiben. Wir sind gegen planwirtschaftliche Einsparzwänge, die auf Jahrzehnte angelegt sind. Wir sind für Energiegesetzgebung, die atmet, für maßvolle Energieeinsparung im Einklang mit Anreizen und Märkten.

**Martina Werner (S&D).** – Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich mich für die guten Vorschläge zum Paket „Saubere Energie“ bedanken. Und jetzt liegt der Ball hier bei uns im Feld und natürlich auch beim Rat. Wir werden jetzt auf Hochtouren arbeiten, um noch in dieser Legislaturperiode die richtigen Weichen für eine europäische Energieunion fertigzustellen.

Bei der Energieeffizienzrichtlinie und bei den erneuerbaren Energieträgern hat die Kommission gute und vor allem verbindliche Vorschläge vorgelegt. Das ist ein wichtiger erster Schritt. Ich sage aber auch hier ganz deutlich: Mut zu mehr Ambitionen. Für die Energieeffizienz schlägt die Kommission leider nur ein „Weiter so“ vor, obwohl die Ziele für 2020 bereits erreicht und weiterhin große Potenziale vorhanden sind.

Wir Sozialdemokraten fordern daher ein 40%-Energieeffizienzziel auf EU-Ebene und verbindliche nationale Ziele. Verbindliche nationale Ziele sind von entscheidender Bedeutung, denn sie stellen sicher, dass alle Mitgliedstaaten auch ihre Hausaufgaben machen. Und auch bei den erneuerbaren Energieträgern gilt: Mut zu mehr Ambitionen. Und auch hier werden wir ein 40%-Ziel verfolgen, auch bei verbindlichen nationalen Zielsetzungen.

**Anna Elżbieta Fotyga (ECR).** – Mr President, solidarity, as provided for in the Lisbon Treaty, should be a founding principle of the Energy Union. The construction of Nord Stream 2 and decisions about the Opal pipeline undermine this principle, making the countries of my region, in particular Ukraine, less resilient to Russian energy blackmail. Both projects also increase the European Union's dependence on one source of energy supplies. This should be considered by the Commission.

**Gunnar Hökmark (PPE).** – Mr President, I would like to thank the Vice-President of the Commission for his presentation.

You mentioned, Mr Šeřčovič, that for you, 2017 means implementation and it means real business, and you can certainly prove that very easily because, as you know, there is one project that is in conflict with the whole idea of the European Energy Union and in conflict with its aims, and that is Nord Stream 2. It is increasing dependence on Russia and increasing dependence on gas. It is distorting competition and it is changing the architecture of the European energy markets. It will be a means for Gazprom to assume an even more dominant market position and it is also in conflict with the rules in the third Energy Market Package about unbundling.

So, if you want to make the project of Energy Union credible and stable, you need to act. You need to stand up for the legislation that we have and the aims we have, and take a clear view and clear action. It is very easy to prove that you mean business with Energy Union. Please do that.

**Miroslav Poche (S&D).** – Pane předsedající, já považuji zimní balíček za významný krok v nastavení nového energetického rámce v Evropě. Jak se vyjádřil pan komisař Šeřčovič, jedná se o největší reformu evropské energetiky od zavedení centralizovaných systémů. Považuji návrhy v něm obsažené za správně reagující na měnící se povahu evropského energetického sektoru a na nové požadavky na uspořádání trhu. Nicméně spatřuji v tomto balíčku některé nedostatky. Především se jedná o směrnici o energetické účinnosti, kde není příliš reflektováno to, na co Parlament v posledních letech upozorňoval. Například článek 7, který v předložené podobě považuji za nedostatečný, který umožňuje pořád ještě mezery a výjimky, které byly přijaty v minulosti. Podobně bych rád zaznamenal mnohem větší podíl nízkouhlíkových zdrojů na energetickém mixu a to všechno bude naše frakce zdůrazňovat při projednávání tohoto balíčku.

**Anneleen Van Bossuyt (ECR).** – We hadden vorige week al een interessante gedachtewisseling in de ITRE-commissie over de manier waarop we de energie-unie moeten aanpakken. Ik wil graag hier vandaag drie punten benadrukken.



Het eerste punt is dat we rekening moeten houden met de betaalbaarheid van de voorstellen die op tafel worden gelegd. Voor mijn land alleen al bijvoorbeeld wacht er een rekening van 4,38 miljard euro om tegen 2030 ons energiesysteem aan te passen aan de nieuwe doelstellingen, en dan worden de kosten voor efficiëntie zelfs nog buiten beschouwing gelaten.

Ten tweede is het ook belangrijk om het aantrekkelijk te maken om te investeren in energie-efficiëntie. Daarvoor zou het mogelijk moeten zijn om de boekhoudregels van Eurostat aan te passen om de investeringen voor energie-efficiëntie eventueel te spreiden over verschillende boekjaren.

Een derde element is wat de Commissie de *smart financing* noemt, namelijk dat ook de financiële instellingen aan boord moeten worden getrokken om het investeren financieel aantrekkelijker te maken.

**Herbert Reul (PPE).** – Herr Präsident! Wir reden ständig darüber: Europa. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Europäer Zustimmung zu dem europäischen Projekt haben. Wir kümmern uns ständig darum, dass Europa stark ist. Dann müssten wir uns eigentlich auch darum kümmern, dass Europa wirtschaftsstark ist, weil das die wichtige Voraussetzung ist. Deshalb ist es gefährlich, wenn man die ganze Energiepolitik nur nach klimapolitischen Gesichtspunkten ausrichtet. Da muss man auch den Faktor im Griff haben: Was hat das an Belastungen und Kosten zur Folge, welche Auswirkungen hat das auf die Bürger, auf die Verbraucher und auf die Wirtschaft? Das vermisste ich.

Dann ist es auch nicht der Zeitpunkt, jeden Tag einen neuen Plan zu machen oder höhere Prozentzahlen zu verkünden. Das hatten wir bei Lissabon auch schon mal: höher, weiter, besser, die Allerbesten sein. Es ist viel klüger, kleine Schritte zu machen und Erfolge nachzuweisen. Nicht Pläne, sondern Taten werden gebraucht. Davon bin ich fest überzeugt.

Da gibt es ein paar interessante Sachen in diesem Papierberg, der uns da vorliegt. Das Erste ist: Ich finde es klug, dass wir wegkommen von diesem Förder-Flickenteppich von Erneuerbaren, sondern die Vorgabe haben, das über Ausschreibungen zu organisieren, marktwirtschaftlich anzugehen. Ich glaube, das ist ein kluger Beitrag, der viele Kosten sparen kann.

Es ist aber auf der anderen Seite überhaupt nicht intelligent, diese ACER – also der Versuch, die Leitungsnetze und die Überwachung der Leitungsnetze dadurch zu verbessern, dass man eine europäische Behörde noch größer, noch effektiver, noch wirkungsvoller macht, noch dicker aufbläst. Das ist nicht die richtige Antwort. Es klappt doch! Wir haben doch gar kein Problem im Moment, dass es nicht funktioniert bei den Leitungsnetzbetreibern. Was fehlt, ist das, was die Kollegin eben gesagt hat: dass nicht genug Leitungen da sind. Das ist aber kein Problem von Überwachung und neuen Behörden oder Organisationen, sondern von Investitionen. Und investiert wird nur, wenn diejenigen, die die Netze betreiben, damit auch Geld verdienen können.

**José Blanco López (S&D).** – Señor presidente, la energía es clave para la cohesión de la Unión. La actual incertidumbre política en el exterior de Europa debe servir como revulsivo para fortalecer nuestro proyecto de unión energética. Creo que es crucial avanzar hacia un nuevo modelo, mejorar los objetivos para cumplir nuestros compromisos, mantener el liderazgo europeo en renovables. Por eso, la propuesta de la Comisión se queda escasa y hay que hacer una propuesta en materia de renovables más ambiciosa y, desde luego, manteniendo los objetivos vinculantes de los Estados miembros.

Tenemos que avanzar hacia la independencia energética de Europa. Necesitamos proveer Europa de una energía segura, asequible y respetuosa con el medio ambiente y tenemos que aumentar la transparencia: la transparencia de precios para evitar situaciones como las subidas llamativas que por ejemplo se han dado en mi país, España, durante la pasada semana.

Es una oportunidad para la modernización económica y para la creación de un empleo de calidad que además tenga en cuenta a los ciudadanos en situación de vulnerabilidad. Hay que dar una respuesta de...

*(El presidente retira la palabra al orador)*

**Seán Kelly (PPE).** – Mr President, the recast of the Renewable Energy Directive is a key part of the Clean Energy package. I am delighted that I will have the chance to work on the proposals that will shape European renewable energy policy for the decade to come and will decide whether we will achieve our goal of remaining the world leader in renewable energy technologies.

I have been asked on numerous occasions in the past week what my priorities for the Renewable Energy Directive are. The answer is very short: investor certainty. Ensuring the climate is right to attract investment into the European renewable energy sector is the key challenge we face in the recast of this directive. It will be important that we put in place an ambitious, but achievable and stable, legislative framework. This is something that we have failed to do in recent years, the biofuels area being a case in point.

In Europe we are often great at patting ourselves on the back in terms of decarbonisation efforts, but the reality is that the rest of the world is waking up to the potential of clean energy sources at a time when our investment is falling due to policy uncertainty. Europe's share of global investment in renewable energy has reduced from 50% in 2005 to 20% in 2014. European investment in renewable energy dropped by around 20% between 2014 and 2015 for the good reason that the rest of the world sees the benefits of renewable energy. Costs are coming down, but there is a great opportunity for us here and we must grasp it. It is not just about saving the planet: it is about economic benefits and job creation. We must support it with legislation.

**Peter Kouroumbashev (S&D).** – Mr President, I believe that reaching a 27% EU common target for renewables without setting national targets is not possible. One of the reasons for the success of the EU, and why the EU became a global leader for renewables, was our 20-20-20 programme with targets for each Member State. I do not believe in systems in which everybody is responsible for everything. Mr Šefčovič, if you want to fly with your – or our – Airbus 380 energy package, you must distribute as a good manager responsibilities to every member of the crew – responsibilities with higher priority than flexibility in each Member State. That is why I want to ask you, Mr Šefčovič, to initiate a revision of the European Council decision not to set national targets which was taken in October 2014. I hope that after the change of that decision I can wish you a safe flight with that Airbus 380 energy package.

**Peter Liese (PPE).** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei der Kommission bedanken, dass sie auch in der heutigen Mitteilung das Thema Energie und Klimaschutz in der Energieunion nach vorne stellt. Wir brauchen weiterhin Priorität für den Klimaschutz, auch nach der Wahl von Donald Trump, wo die Zeiten ein bisschen schwieriger werden. Aber es gibt ja ganz klare Signale von den internationalen Partnern, dass wir bei der Agenda nach Paris weitermachen. Vor einigen Jahren hätte ich nicht gedacht, dass beispielsweise China sich verpflichtet, weiterzumachen, selbst wenn in den USA eine gewisse Unsicherheit entsteht.

Wir dürfen aber unsere Klimaschutzziele nicht so verwirklichen, dass wir die Industrie aus Europa vertreiben. In zwei Wochen haben wir in Straßburg im Vorfeld der Abstimmung über den Emissionshandel eine schwierige Diskussion, und ich glaube, wir brauchen eine gute Kompromisslösung. Das heißt, dass alle ihren Beitrag leisten müssen. Deswegen lege ich so viel Wert auf den Vorschlag, den Sie im November zum Thema Energieeffizienz gemacht haben. Wenn wir zum Beispiel im Gebäudebereich einen wichtigen Schritt tun, dann brauchen wir die Industrie nicht über Gebühr zu belasten.

Und eben auch der Verkehr muss seinen Beitrag leisten. Hier warten wir noch auf einen Vorschlag. Ich hoffe, er kommt sehr bald, ich höre sogar, schon Freitag dieser Woche. Wir müssen den Flugverkehr weiter in den Emissionshandel einbeziehen, weil die Dinge, die auf internationaler Ebene besprochen wurden, noch nicht ausreichend klar und ambitioniert sind. Wir sollten, auch um die andere Industrie fair zu behandeln, den Flugverkehr nicht ohne Verpflichtungen davonkommen lassen.

**Patrizia Toia (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, noi tutti apprezziamo questo pacchetto, che costituisce senz'altro una delle strategie più integrate e determinanti dell'UE, perché sono in gioco diversi elementi. È in gioco la produttività del nostro sistema manifatturiero industriale, è in gioco l'ambiente, è in gioco anche la salute dei cittadini – penso proprio in questi giorni in quante città dell'Europa si soffre per la qualità negativa dell'aria, anche in città molto evolute, in regioni molto evolute, in paesi avanzati, e anche per le finanze, per i costi delle bollette sia per le imprese che per i cittadini.

Però se vogliamo davvero fare una rivoluzione verde, dobbiamo alzare un po' l'asticella delle ambizioni. Lo diciamo da parte di un gruppo che è molto convinto di questo, che spera di avere una larga maggioranza in Parlamento, e lo diciamo a Lei, che è sensibile a questi temi. Alzare l'asticella delle ambizioni, per esempio, vuol dire avere *target* più alti sulle rinnovabili. Siamo a buon punto con quelli del 2020, ma guardiamo oltre, anche per la certezza delle industrie, e facciamo dell'Europa un punto avanzato, anche per l'industria europea relativa. Occorre poi rafforzare gli elementi di qualità e di novità. Penso ai consumatori e a tutte le possibilità dell'energia distribuita. Non è una nicchia, può diventare davvero... *(viene interrotta dal Presidente).*

**Miapetra Kumpula-Natri (S&D).** – Mr President, I very much welcome Mr Šefčovič's work on this Energy Union, and it is one of the challenges we are facing in the Union. It is encouraging that the growth of the EU economy is starting to decouple from CO<sub>2</sub> emissions, so economic growth is possible without increasing emissions. It is clear from the State of the Union speech that we heard, and which we saw in the papers, that more investment is needed, especially in electric transmission lines across the borders, to really create the reaches because with better functioning reaches we have better functioning energy markets. Despite all the efforts we have made in the EU and the Member States, renewable energy sources still constitute only 16.4% of the EU's final energy consumption. From these figures, I also think that we have to see that the EU cannot rule out any sort of renewable energy sources, not even biomass, but we have to guarantee they are sustainably produced. Energy efficiency in homes also very much improves people's quality of life.

**Carlos Zorrinho (S&D).** – Senhor Vice-Presidente, saúdo-o pela apresentação do relatório sobre o progresso das energias renováveis no quadro da União da Energia.

Esse progresso é hoje mais importante do que nunca, porque com o início da nova administração americana iniciou-se também uma nova matriz no relacionamento político e económico à escala global.

E nessa matriz, a energia, pelo seu papel na competitividade económica e no bem-estar das populações e pelo seu impacto na sustentabilidade do planeta, está e estará no centro da geopolítica e da geoeconomia nos próximos anos.

A União Europeia tem sido líder na transição energética e tem de continuar a ser, combinando eficiência, segurança, integração de mercados, investigação, inovação e investimento nas infraestruturas.

E as energias renováveis são o foco da diferenciação. Mas o progresso não é suficiente: 12% da energia total e 28,3% da eletricidade consumida é muito pouco.

Temos de agir mais depressa, rever a diretiva das renováveis, apostar na descarbonização dos transportes e investir em novas interconexões. Eis três exemplos do que temos de fazer para andar mais depressa.

**Der Präsident.** – Ich bedaure, dass ich im nun folgenden *Catch-the-eye-Verfahren* nicht alle gemeldeten Redner aufrufen kann, denn wir sind schon recht spät in der Zeit.

#### *Catch-the-eye-Verfahren*

**Μαρία Σπυράκη (PPE).** – Κύριε Πρόεδρε, αντιπρόεδρε Šefčovič η ενεργειακή Ένωση μπορεί να αποτελέσει όχημα για να δημιουργηθούν δουλειές και για να επωφεληθούν όλοι οι πολίτες, αρκεί να κατορθώσουμε τελικά να βάλουμε τους πολίτες στην καρδιά αυτής της προσπάθειας. Για αυτό οφείλουμε να δράσουμε άμεσα, όπως είπατε, ιδρύοντας επενδυτικές πλατφόρμες στα κράτη μέλη αλλά οφείλει ταυτόχρονα και η Επιτροπή να σεβαστεί τις αρμοδιότητες στο ενεργειακό μείγμα. Στην Ελλάδα για παράδειγμα, αντικαθιστούμε σταδιακά τον λιγνίτη στην ηλεκτροπαραγωγή. Χρειαζόμαστε όμως στήριξη, ώστε να εξασφαλίζουμε επάρκεια και ασφάλεια σε ακραίες συνθήκες, επεκτείνοντας για παράδειγμα τη διακομιμότητα ή διατηρώντας τα δωρεάν δικαιώματα, όπως ψηφίσαμε στην ITRÉ για την αλλαγή του ETS. Χρειαζόμαστε στήριξη και στην αντιμετώπιση της ενεργειακής φτώχειας, με στοχευμένη κοινοτική χρηματοδότηση αλλά και με ενθάρρυνση των ιδιωτών. Η αύξηση της ενεργειακής απόδοσης των κτηρίων και των κατοικιών στο Νότο θα μας δώσει δουλειές, θα δώσει κέρδη, θα μειώσει το λογαριασμό και θα ωφελήσει την υγεία των πολιτών, αρκεί να τα εξηγήσουμε όλα αυτά άμεσα, ώστε οι πολίτες να αγκαλιάσουν αυτή την προσπάθεια.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i mutamenti tecnologici, gli impegni politici in campo ambientale, il continuo mutamento della situazione internazionale e il crescente efficientamento energetico nella quasi totalità delle economie globali stanno imponendo trasformazioni importanti al mercato dell'energia.

Eppure l'Europa dell'energia resta una sommatoria di mercati nazionali tra loro debolmente integrati, con scambi fisici irrisori, differenti meccanismi di funzionamento e un'ampia divergenza dei prezzi interni. È fondamentale che l'Europa ritrovi l'unità nel segno dell'energia, a cominciare dal tema di un mercato unico del gas: la dipendenza dalle importazioni dell'Europa evidenzia la necessità di un mercato comune europeo del gas naturale per garantire sia le capacità di stoccaggio che quelle di consegna, per poter assorbire senza traumi qualsiasi interruzione degli approvvigionamenti.

Il fallimento di CECA ed Euratom, create per evitare il rischio di un'insicurezza energetica, deve indurci a riflettere sugli errori commessi e rilanciare con nuovo entusiasmo una politica energetica di ampio respiro, una *Energy Union* con un quadro normativo ambizioso e stabile.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Šefčovič, η ενεργειακή ένωση προϋποθέτει ίση μεταχείριση όλων και, αυτή τη στιγμή, κάτι τέτοιο δεν συμβαίνει όσον αφορά την Ελλάδα. Πρώτα από όλα, οι αγρότες μας, οι οποίοι βρίσκονται στους δρόμους διαμαρτυρούμενοι για τη φορομπηχτική πολιτική της τρόικας, πληρώνουν πανάκριβο το αγροτικό πετρέλαιο και τούτο διότι η τρόικα έχει επιβάλει αυξημένο ειδικό φόρο κατανάλωσης, γεγονός που δεν επιτρέπει στους ανθρώπους αυτούς να είναι παραγωγικοί. Δεύτερον, υπάρχει η περίφημη ενεργειακή φτώχεια. Ο ελληνικός λαός είναι φτωχοποιημένος. Ταυτόχρονα, ο ειδικός φόρος κατανάλωσης για το πετρέλαιο θέρμανσης έχει εκτιναχθεί στα ύψη. Ξεπαγιάζει όλη η Ελλάδα. Τούτο συμβαίνει, κύριε Šefčovič, διότι η τρόικα επιβάλλει αυξημένους φόρους. Είναι δυνατόν να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση; Πώς θα προχωρήσει η Ελλάδα; Πώς θα βρεθεί σε ένα ανταγωνιστικό πλεονέκτημα; Αυτά είναι καιρία ερωτήματα, κύριε Šefčovič, και πρέπει να τα απαντήσετε διότι ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται πλέον άλλο τις πολιτικές της τρόικας.

**Paloma López Bermejo (GUE/NGL).** – Señor presidente, señor vicepresidente de la Comisión, la unión energética es un instrumento para el oligopolio energético, que aprovechará la liberalización del mercado para manipularlo a su antojo. Lo hemos visto estas semanas en el caso de mi país, en España, cuando se duplicaron los precios mientras se seguía exportando a Francia y una buena parte de la generación, incluidos los ciclos más eficientes, permanecía sospechosamente cerrada.

¿Impulsará la Comisión alguna investigación sobre estos hechos o su Comisión continuará aceptando actuaciones siempre a favor de las grandes eléctricas, lo mismo en las renovables que en el bono social, aun contraviniendo la normativa europea?

Liberalización y poder de mercado para los grandes oligopolios son una y la misma cosa, y, por ello, son otras políticas, las de la soberanía energética, las que hay que impulsar. En sus documentos, los objetivos de eficiencia y de renovables carecen de ambición y, desde luego, hay ausencias lamentables. Y en cuanto a la distribución y comercialización, las referencias a la descentralización casan mal por su apuesta por el mercado, que en los grandes se van a comer a los pequeños.

**Zigmantas Balčytis (S&D).** – Tikrai dėkoju už pateiktą energetikos dokumentų paketą, apie jų svarbą jau pasisakė prieš mane kalbėję kolegos, todėl manau, kad tikros, stiprios ir nepriklausomos energetikos sąjungos kūrimas turi remtis aiškiais ir nuosekliais planais, o veiksmai atitikti išsikeltus tikslus. Tačiau šiandien to pasigendame. „Nordstream 2“ projektas yra didžiulis išbandymas ne vien kuriamai energetikos sąjungai, bet ir visos Europos Sąjungos vienybės ir solidarumo patikrinimas. Projektas, kuris savo esme nėra ekonominio pobūdžio ir niekaip nesiderina su Europos Sąjungos išsikeltais tikslais – mažinti priklausomybę nuo vieno tiekėjo. Tai geopolitinio pobūdžio projektas ir todėl noriu paraginti komisarą imtis visapusiško ekonominio, aplinkosauginio ir politinio „Nordstream 2“ projekto vertinimo. Negalima leisti, kad šis projektas taptų valstybių narių susipriešinimo, nusigręžimo nuo solidarumo ir vienybės priežastis.

*(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)*

**Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission.** – Mr President, I would like to thank the honourable Members not only for their encouraging words and strong support, but also for the call to be even more ambitious in our efforts to transform the European energy system and to do it through robust governance. I would like to assure you that, whenever it is possible to improve our proposals, we are ready to work very closely with the Members of the European Parliament and with the Council to make sure that the proposal we put on the table last November really leads to the most profound transformation of the energy systems in Europe since they were built in today's centralised and fossil-fuel-centred way.

Our two afternoon plenary debates confirmed that we in Europe are following developments in the USA with growing anxiety. My colleague, High Representative/Vice-President Mogherini, was discussing with you one hour ago the problems with visas and the proper treatment of visitors to the United States. And I will, of course, say a few words about climate action and the Paris Agreement.

I want to make it very clear that, for us, the Paris Agreement is a historic achievement. It is a binding international treaty which was jointly negotiated, approved and ratified and has entered into force, and we are ready to continue our communication and exchange of views with the United States because we believe we have very strong arguments. The implementation of the Paris Agreement is important not only for preserving life on our planet, for preserving mankind, but also because it has huge potential for modernising our economy: from bringing electricity to the 1.3 billion people on this planet who do not currently have access to it to really accelerating the implementation and use of all the innovations we have in our labs and our companies.

I also want to make it very clear that Europe is ready to continue to lead in these efforts. I know that this readiness to provide leadership is very much welcomed by our partners across the world, be it on energy transition or climate action, be it in the area of development aid, where we want to use our clean technology to provide access to electricity to the peoples in Africa and in Asia, or be it on free and fair trade.

I hope that this realistic and pragmatic discussion will take place again in the United States because I can hardly think of any other nation which is so affected by weather-related disasters, be it hurricanes or whirlwinds, or any of the other tragedies we have seen on our screens.

You have been highlighting the importance of putting citizens as consumers at the centre of our efforts and using this energy transition to fight energy poverty and air pollution, and I absolutely agree with you. This is a must for the European Union. We cannot lose 450 000 people every year because of high pollution. We cannot have, on our TV screens, pictures of our cities which remind us of Beijing or Delhi, and we cannot accept the fact that 50 million Europeans have to choose between paying their energy bills or buying food for their families. Therefore, we are introducing what I believe will lead to a more common approach in fighting energy poverty. The European Observatory on Energy Poverty will be up and running by the end of this year. We will be talking about how, jointly with the EU Member States, we can tackle this challenge together.

We believe that energy efficiency is a very important part of the answer, and that new electricity market design, with strong rules on the procedure leading to disconnection, should be another very important lever for improving the situation of our citizens. I know that Europe's mayors – who very often are the first addressees of citizens' complaints about air pollution or energy poverty or vulnerable sections of society – are ready to work with us very actively in the Global Covenant of Mayors for Climate & Energy.

I understand all those honourable Members who have reminded us of the importance of energy security. You know that we are dealing with that very seriously, and I think this is strongly reflected in our report: 22 out of 28 countries are actually better off; having better infrastructure and interconnectors with reverse flows is giving us much more confidence; the European market is much more liquid than it ever was before; we are open to LNG and to Caspian gas; and we are ready to develop the East Med gas reserve with its huge potential, probably as big as that of the Norwegian reserve.

We are also putting into practice rules which will no longer allow any abuse of a dominant position in the European market. In this context I would also like to thank and congratulate the Maltese Presidency because today they managed to secure the mandate for trilogue on the security of gas supply and I believe that, working together with the representatives of the European Parliament, this very important legislation on providing greater security of supply for European consumers will be agreed very soon.

The last two points I want to mention concern investment and infrastructure. I totally agree with Mr Kelly, who underscored the importance of regulatory stability, vision and the alignment of goals at global, European, national and local levels. We have to work on that, and if we achieve it I am sure that we will also be able to secure investment because this represents a huge investment opportunity for private investors and for cities, and I am sure there will be huge demand in terms of putting all the new and innovative technologies at the service of our citizens.

Mr Tamburrano suggested that we could use crowd funding, and this is actually one of the options we are studying under the Capital Markets Union. We are going to explore the possibilities here and look at how we can merge these two unions and use the potential of capital markets to invest in European energy infrastructure.

I totally agree with you when we talk about investment that it should be smart investment. We should be very careful about stranded assets. We should think twice about where we put both private and public money. And this leads me to my last point, on excessive infrastructure.

I was listening to you very carefully and I know very well your concerns on Nord Stream 2. I want to reassure you that European law would be fully respected, and that we are highlighting the fact that, even in such a harsh winter as this one, the transport capacity used for getting Russian gas to Europe is somewhere between 50% to 60%. I would emphasise too that we have consensus in the European Union – and the High Representative could be the best witness to that because we discussed it in the Foreign Affairs Council too – about the preservation and continuation of the Ukrainian gas transit route. There is consensus among all the EU Member States that we want to have it operational after 2019.

I would like to thank the honourable Members for a great debate. I am looking forward very much to working on our proposals which are on the table and on the proposals on low-carbon mobility which we are going to present in the course of this year.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)*

**Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito.** – Ante la actual incertidumbre política debemos fortalecer nuestro proyecto de Unión energética. La energía es un pilar fundamental para la cohesión de los Estados. El segundo informe sobre el estado de la Unión de la Energía pone de manifiesto que la transición energética es un hecho. Pero corremos el riesgo de que varios Estados miembros no alcancen las metas para 2020. Debemos redoblar esfuerzos para encauzar esta transición correctamente hacia la próxima década. Considero crucial mejorar los objetivos para cumplir nuestros compromisos, principalmente en materia de energías renovables. Debemos mantener los objetivos vinculantes de los Estados miembros, para afianzar el liderazgo europeo en renovables y avanzar hacia una mayor independencia energética de Europa. Necesitamos proveer a Europa de una energía segura, asequible y respetuosa con el medio ambiente. Es necesario aumentar la transparencia en los precios de la energía, para incrementar la confianza de los consumidores y evitar la subida de precios que crean alarma social, como se ha dado en España en las últimas semanas. Esta transición energética es también una oportunidad para la modernización económica, y para la creación de empleo de calidad, que además evite que ciudadanos se encuentren en situación de vulnerabilidad energética.

**Petras Auštrevičius (ALDE), in writing.** – I believe that a true European Energy Union is crucial if we want to revive and modernise the entire European economy. By overcoming energy fragmentation or ‘energy islands’ we are moving to a cheaper, more efficient and cleaner energy era. I believe that the completion of the Energy Union is as well extremely important if we want to achieve the goals of the Paris climate change agreement. However, I am still very concerned by such projects as the Nord Stream II, which completely sabotage the main goal of reducing energy dependence on third countries such as Russia.

**Simona Bonafè (S&D), per iscritto.** – La seconda relazione sullo Stato dell’Unione dell’energia evidenzia l’avvio della transizione verso un’economia a basse emissioni di carbonio per il raggiungimento degli obiettivi al 2020 riguardo a riduzione delle emissioni, efficienza energetica ed energie rinnovabili. La relazione sottolinea i buoni progressi per il completamento dell’Unione dell’energia: ad ora l’UE è sulla buona strada in particolare modo per quanto riguarda la riduzione delle emissioni e le rinnovabili, sempre più competitive, con un consumo totale di poco inferiore al 20%.

Si tratta ora di passare alla fase successiva. Il Vicepresidente Šefčovič ha ben sottolineato l’opportunità di rendere il 2017 l’anno dell’attuazione concreta e effettiva dell’Unione dell’energia. La relazione ha una chiara impronta al futuro, definendo le priorità non solo per il settore dell’energia, ma tenendo ben in conto anche gli aspetti socio-economici, come la necessità di accelerare la spinta all’economia, valorizzando il potenziale occupazionale dei settori *green* in accordo con i trend di economia circolare e diplomazia climatica. Sono certa che il Parlamento contribuirà a consolidare questo percorso, a partire dal corposo lavoro che ci aspetta sui dossier legislativi del Pacchetto «Energia pulita per tutti gli europei» presentato nello scorso mese di novembre.

**Cristian-Silviu Bușoi (PPE), în scris.** – Rolul Parlamentului European, în lucrul îndeaproape cu Comisia, este esențial pentru implementarea strategiei Uniunii uniunii eEnergetice. Mă bucură acest avans al Uninii Europene în materie de energie referitoare la țintele de emisii CO<sub>2</sub>, în comparație cu anul trecut, va trece la etapa următoare și anul acesta va fi anul implementării, atât la nivel național, cât și local. Noile propuneri referitoare la mobilitate cu emisii reduse de CO<sub>2</sub> trebuie să consolideze Uniunea uniunea eEnergetică și acest lucru va fi posibil dacă aceasta va beneficia de o guvernare robustă. Guvernarea trebuie să țină cont, în aceeași măsură, de eficiența și securitatea energetică, de interconexiunile electrice și consolidarea liniilor interne, de integrarea energiei regenerabile și de noile tehnologii folosite pentru producția energiei convenționale. Progresele în vederea diversificării resurselor, a rutelor și a furnizorilor de energie sunt vizibile, dar UE în continuare importă mai mult de jumătate din necesarul energetic. Avem nevoie de reducerea dependenței energetice prin eficientizare. Prin investiții, eficiența energetică va crea inovare și locuri de muncă, dar prin axarea pe producția de energie durabilă, se poate asigura o energie curată și la prețuri accesibile pentru industrie și pentru cetățenii europeni.

**Soledad Cabezón Ruiz (S&D)**, *por escrito*. – Ante la actual incertidumbre política debemos fortalecer nuestro proyecto de Unión energética. La energía es un pilar fundamental para la cohesión de los Estados. El segundo informe sobre el estado de la Unión de la Energía pone de manifiesto que la transición energética es un hecho. Pero corremos el riesgo de que varios Estados miembros no alcancen las metas para 2020. Debemos redoblar esfuerzos para encauzar esta transición correctamente hacia la próxima década. Considero crucial mejorar los objetivos para cumplir nuestros compromisos, principalmente en materia de energías renovables. Debemos mantener los objetivos vinculantes de los Estados miembros, para afianzar el liderazgo europeo en renovables y avanzar hacia una mayor independencia energética de Europa. Necesitamos proveer a Europa de una energía segura, asequible y respetuosa con el medio ambiente. Es necesario aumentar la transparencia en los precios de la energía, para incrementar la confianza de los consumidores y evitar la subida de precios que crean alarma social, como se ha dado en España en las últimas semanas. Esta transición energética es también una oportunidad para la modernización económica, y para la creación de empleo de calidad, que además evite que ciudadanos se encuentren en situación de vulnerabilidad energética.

**Adam Gierek (S&D)**, *na piśmie*. – Unia Energetyczna to budowa jednolitego rynku konkurencyjnej energii oraz realizacja europejskiego celu klimatycznego. Podstawowym narzędziem realizacji tych celów jest efektywność energetyczna. Chciałbym w tym miejscu powrócić do wątku podwojenia przepustowości Gazociągu Północnego. Istotny wpływ na wspomniane cele oraz na bezpieczeństwo dostaw może wyrzucić Nord Stream-2. Patrząc racjonalnie, pomijając polityczne niedomówienia, zadawnione spory i obawy wynikłe z doświadczeń historycznych, trzeba przyznać, że budowa drugiej nitki Gazociągu Północnego jest racjonalna. Konwersja energii z gazu na prąd jest co najmniej o 20% bardziej efektywna aniżeli z węgla, podczas gdy emisja CO<sub>2</sub> to tylko 40% tej powstałej przy jego spalaniu. Dodatkowym fizykochemicznym aspektem jest duża elastyczność produkcji energii elektrycznej, co doskonale współgra z energią wiatrową. Turbiny gazowe to idealny sposób na efektywność podczas tzw. szczytowych poborów. Pozwoli to na wzrost efektywności energetycznej w UE do 30% i więcej. Konstruktorzy Nord Stream-1 (szkoda, że nie Jamal-2) doskonale rozumieli geopolityczną wyższość tego projektu. W przypadku nowego projektu niezbędna będzie metoda wspólnotowa. Należy rozważyć inwestycje z odgałęzieniami do krajów unijnych w rejonie Bałtyku, co umożliwi wspólnotową eksploatację oraz ustalanie cen. Uważam też za celowe rozważenie alternatywy dla Nord Stream-2 – powrotu do idei JAMAL-2. Zarazem należy dywersyfikować dostawy gazu ziemnego, rozbudowując terminale LNG.

**András Gyürk (PPE)**, *írásban*. – Szeretném megköszönni Sefcovic alelnök úrnak a kitartó és kemény munkáját. Különösen fontosnak tartom a nemsokára elinduló energiauniós európai körútját, ahol ellátogat minden egyes tagállamba és meghallgatja azok álláspontját. Pontosan ez az emberközeli és nemzeti érdekeket szem előtt tartó hozzáállás az, ami Európát erőssé teheti. A Tiszta Energia Csomaggal az energiauniós integráció újabb fejezetet nyílik meg. Úgy gondolom, hogy az energiaunió alapvető céljaiban mindnyájan egyetértünk. Az európai energiaállást tegyük megfigyethetővé, a piacokat versenyképessé, miközben állítsuk az Uniót egy fenntartható pályára. Az energiapiaci integráció megvalósításában azonban már jelentős kockázatok vannak. Ezeket a kockázatokat felfedezhetjük a Tiszta Energia csomagban is. Vigyáznunk kell, hogy ne kövessük el a ugyanazt hibát, miszerint minden változásra központosítással reagálunk. Véleményem szerint az Európai Unió ereje éppen a sokszínűségében rejlik. Az eltérő lehetőségekre adott eltérő megoldások hajtják előre a kontinentet és biztosítják a megújulást. Hiszem, hogy a jobb Európa nem mindig jelent több Európát. Az új kihívásokra nem minden esetben egy még újabb közös intézmény felállításában, hanem a szubszidiaritás erősítésében kell keresnünk a választ. Kívánom, hogy a most induló árampiaci reform szem előtt tartsa ezeket az alapelveket és nemcsak egy gyors, de megfelelő választ is találjuk a meglévő problémákra.

**Karol Karski (ECR)**, *na piśmie*. – Realizacja postulatów unii energetycznej, zwłaszcza zapewnienie bezpieczeństwa energetycznego państwom członkowskim, jest jednym z największych wyzwań stojących przed KE. Bezpieczeństwo energetyczne powinno być nadrzędną zasadą przyświecającą Komisji przy opracowywaniu nowego prawodawstwa. Tymczasem opublikowany ostatnio „Pakiet czystej energii dla każdego Europejczyka” pokazuje, że zmierza ona w całkowicie przeciwnym kierunku. W projekcie zaprezentowanym przez KE obawy budzą przede wszystkim kryteria, które będą musiały spełnić państwa członkowskie, aby uruchomić tzw. rynki mocy. Mechanizmy mocowe mają kluczowe znaczenie dla bezpieczeństwa energetycznego państw członkowskich borykających się z niedoborami energii.

Każdy kraj powinien więc mieć możliwość kształtowania owego rynku na jak najkorzystniejszych dla siebie zasadach. Tymczasem KE proponuje, aby wprowadzić niezwykle restrykcyjny limit emisyjności (550 g CO<sub>2</sub> na kilowatogodzinę) w odniesieniu do technologii, których będzie można używać przy budowie rynków mocy. Oznacza to dyskryminację technologii węglowych. Jest to zapis potencjalnie sprzeczny z traktatami unijnymi, które stanowią, że państwo członkowskie ma prawo „określenia warunków wykorzystania jego zasobów energetycznych, wyboru między różnymi źródłami energii i ogólnej struktury jego zaopatrzenia w energię” (art. 194 TFUE). Tymczasem propozycja KE dotycząca emisyjności jest próbą obejścia tej zasady i wywierania nacisku na poszczególne państwa, jeśli chodzi o dobór nośników energii. Dodatkowe zaniepokojenie wzbudza fakt, że Komisja stawia ochronę środowiska nad bezpieczeństwem ener-

tycznym państw członkowskich.

**Marian-Jean Marinescu (PPE)**, *în scris*. – Prioritatea principală a Comisiei Europene în acest an trebuie să se focalizeze pe implementarea a ceea ce a fost deja adoptat în cadrul strategiei uniunii energetice. A doua prioritate trebuie să fie cum gerăm echilibrul între competitivitate și țintele de emisii CO<sub>2</sub>. Delocalizarea emisiilor de CO<sub>2</sub>, nu este o soluție. Consider că echilibrul trebuie găsit la nivelul sistemului de comercializare a certificatelor de emisii (ETS), care trebuie să devină un instrument eficace pentru a facilita trecerea la o economie competitivă și cu emisii scăzute de CO<sub>2</sub>. Negocierile pe textul legislativ ETS vor începe în curând. Subliniez că părțile negociatoare trebuie să țină cont imperativ de situația sectoarelor expuse la fenomenul de delocalizare a emisiilor și de limitarea închiderilor de întreprinderi în cadrul Uniunii, date fiind costurile indirecte suplimentare generate de schema ETS, care nu sunt compensate cum ar trebui.

Noile propuneri referitoare la mobilitatea cu emisii reduse de CO<sub>2</sub> trebuie să consolideze uniunea energetică și acest lucru va fi posibil dacă aceasta va beneficia de o guvernanta robustă. Guvernanta trebuie să țină cont, în aceeași măsură, de eficiența și securitatea energetică, de interconexiunile electrice și consolidarea liniilor interne, de integrarea energiei regenerabile și de noile tehnologii folosite pentru producția energiei convenționale.

**Csaba Molnár (S&D)**, *írásban*. – Tisztelt Elnök Úr! A Bizottság nemrég kiadott téli energiacsomagja az európai energiaunió megteremtésének alapja, illetve Magyarország energiafüggetlenségének első építőköve. Az energiahatékonyság javításával, az épületek korszerűsítésével, a megújuló energia elterjesztésével végre leválaszthatjuk Magyarországot az orosz gázcsapokról. Ha nő az energiahatékonyság, nem csak olcsóbb lesz a rezsizámla, de több tízezer minőségi munkahely jöhet létre Magyarországon. Az energiaunió kialakításában fontos a szélerőművek és napelemek elterjesztése, amelyek ma az energia legolcsóbb formái. Érthetetlen, hogy Magyarországon miért kellett ezeket betiltani. Az energiaunió részé az is, hogy megszűnnek a hosszú távú előnytelen gázszerveződések harmadik országokkal.

Ha például nem kötöttük volna újra tavaly az orosz gázszerveződést, ma 40%-kal olcsóbban kapnák a magyarok a fölgázt. Mindezt, azért mert a világgpiacról jóval olcsóbban vehetnék gázt. Az energiaunió arra is jó lenne, hogy megakadályozza a felelőtlen kormányokat abban, hogy károkat okozzanak saját polgárainak. Az energiaunió jó a magyar embereknek, olcsóbb és kiszámíthatóbb energiát biztosít Magyarországnak, többet hagy a pénztárcánkban hónap végén. A Bizottságnak mihamarabb végre kell hajtania ambiciózus terveit, csak így lehetünk függetlenek az oroszoktól, csak így tarthatjuk alacsonyan a rezsizámlákat.

**Marijana Petir (PPE)**, *napisan*. – EU je na dobrom putu kada se radi o energetske politici. Europska energetska unija je trenutno u drugoj fazi razvoja, tj. 2017. godina je godina provedbe donesenog zakonodavstva koje se počinje primjenjivati, kako na europskoj razini, tako i na nacionalnoj razini. Gospodarstvo EU-a jedno je od najučinkovitijih ekonomija na svijetu po pitanju smanjenja emisije stakleničkih plinova te će, prema svim relevantnom pokazateljima, dostići zacrtane ciljeve za 2020. što se tiče energetske učinkovitosti i obnovljivih izvora energije. Jedan od važnih ciljeva Europske unije u okviru energetske unije je tranzicija prema gospodarstvu s niskom emisijom ugljika. U tom području potrebno je bolje iskoristiti potencijale država članica te na taj način osigurati brojna radna mjesta za građane EU-a te sačuvati konkurentnost.

Postizanje energetske neovisnosti kao još jednog od ciljeva energetske unije utječe i na stabilnost gospodarskog rasta što je jednako tako od velikog značaja u trenutnoj turbulentnoj i prevrtljivoj globalnoj geopolitičkoj situaciji. Kako bi postigli željene ciljeve potrebno je ojačati energetske povezanost između gospodarstava država članica EU-a. Provedbom tih ciljeva EU bi se približio energetske neovisnosti, što bi pozitivno djelovalo na gospodarstvo Unije pogotovo ako znamo da danas svakoga dana Unija troši više od milijardu eura za uvoz energije iz trećih zemalja.

**Pavel Poc (S&D)**, *písemně*. – Děkuji místopředsedovi Šefčovičovi, že prezentoval druhou zprávu o stavu energetické unie v Evropském parlamentu ještě v ten samý den, kdy byla zveřejněna. Tato zpráva ukazuje tři zásadní věci. Zaprvé přináší dobrou zprávu, že modernizace hospodářství EU a přechod na nízkouhlíkové hospodářství se stávají realitou. Druhou je role obnovitelné energie. Ta je poprvé v historii ve srovnání s fosilními palivy nákladově konkurenceschopná a někdy dokonce i levnější. V celé Evropě dává práci více než jednomu milionu lidí, přitahuje více investic než řada jiných odvětví a objem našeho dovozu fosilních paliv se díky ní snížil o 16 miliard eur. Tento trend je ale zásadní udržet. Třetím bodem je schválení Pařížské dohody a její následná rychlá ratifikace, mimo jiné díky roli slovenského předsednictví. V současných podmínkách bude potřeba tuto dohodu bránit a prosazovat ještě důrazněji. Osobně považuji pokrok dosažený od zveřejnění první zprávy o stavu energetické unie v listopadu 2015 za velmi dobrý, přestože ta



nejtější část – implementace – nás čeká až v tomto roce. Jak ve svém projevu podotkl komisař Šefčovič, energetická unie se netýká výlučně energetiky a klimatu. Nezapomínejme, že jejím účelem je uspíšit zásadní modernizaci celé evropské ekonomiky tak, aby byla nízkouhlíková a účinná z hlediska energie i zdrojů.

**Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL)**, *por escrito*. – Con respecto al paquete de invierno de energía de la Comisión Europea, me gustaría abordar hoy en este brevísimo espacio que tengo para expresarme algunos aspectos importantes: En primer lugar, decir que es necesario establecer objetivos más ambiciosos para las energías renovables y que estos objetivos sean también vinculantes para los Estados. En segundo lugar, garantizar el autoconsumo, definir qué son los cargos y los procesos desproporcionados e impedir que el autoconsumo sea penalizado como está ocurriendo actualmente en el Estado español. Debe quedar clara la no aplicación de cargos sobre la energía autoconsumida. Ampliar los colectivos que se pueden incluir dentro del concepto de autoconsumidores colectivos. Y, finalmente eliminar los agrocarburantes y preservar el uso de la tierra para la producción de alimentos, impidiendo los cultivos energéticos o la forestación de las tierras agrícolas.

**Adam Szejnfeld (PPE)**, *na piśmie*. – Nie ulega żadnej wątpliwości, iż głównym priorytetem tworzenia unii energetycznej musi być wzmacnianie bezpieczeństwa energetycznego Unii Europejskiej w duchu solidarności i zaufania. Aby uodpornić Wspólnotę na zewnętrzne kryzysy energetyczne oraz zmniejszyć jej zależność od konkretnych paliw, dostawców i tras, konieczne jest podjęcie szeregu działań służących dywersyfikacji dostaw energii pod kątem źródeł, dostawców i tras. Tymczasem projekt Nord Stream 2 nie tylko stoi na przeszkodzie realizacji unii energetycznej, ale godzi również w solidarność i wzajemne zaufanie państw członkowskich. Niezrozumiała jest również postawa Komisji Europejskiej, która z jednej strony we wszystkich unijnych dokumentach strategicznych słusznie podkreśla konieczność doprowadzenia do znaczącej dywersyfikacji źródeł i dróg dostaw energii, z drugiej zaś akceptuje przedsięwzięcia inwestycyjne jeszcze bardziej uzależniające państwa członkowskie, w szczególności w Europie Środkowej i Wschodniej, od gazu z Rosji. Gazociąg łączący Rosję i Niemcy pod Morzem Bałtyckim to inwestycja niezgodna z interesami Wspólnoty, fundamentami unii energetycznej i zapisami europejskiej strategii bezpieczeństwa energetycznego. Mam nadzieję, że Komisja Europejska podejmie w końcu działania uniemożliwiające realizację tego szkodliwego przedsięwzięcia.

**Indrek Tarand (Verts/ALE)**, *in writing*. – We must not ignore the wider geopolitical repercussions of our policies in the Energy Union. For instance, allowing the doubling of the capacity of the Nord Stream pipeline has a destabilising effect on Ukraine, since it will enable Russia to reroute all the gas currently transiting through the former. As you know, full-blown war recently returned to eastern Ukraine, with indiscriminate shelling of civilians and soldiers alike. Therefore, it would be extremely irresponsible to help Putin by giving him another weapon to strangle Ukraine. In hybrid warfare, financial destabilisation can play a very significant role. Furthermore, the rerouting of the gas from the Ukrainian pipeline would put our eastern Member States in a more precarious position, since we currently lack sufficient interconnectors for the gas to make its way back from Germany. The current political climate should push us towards decreasing our energy dependence on Russia, instead of further solidifying our ties with this unreliable partner by investing in new infrastructure projects, which would become stranded assets once we truly pursue our goal of becoming energy independent.

**Miguel Viegas (GUE/NGL)**, *por escrito*. – Este mercado único energético representa uma agenda indissociável dos objetivos dos grandes grupos europeus do setor e das potências que defendem os seus interesses.

No essencial, defende a liberalização do «mercado da energia», pressionando os Estados-Membros a acelerarem o processo de privatização do que ainda é público. Sem reconhecer que, contrariando miríficas promessas, nem trabalhadores nem consumidores beneficiaram com a liberalização.

A energia é um setor estratégico, fundamental a um desenvolvimento económico soberano do país, apoiado no conhecimento científico, no progresso tecnológico e na sustentabilidade ambiental. Razão suficiente para dever ser conservado na esfera pública, sob escrutínio e controlo democráticos.

Este relatório é incompatível com estes princípios. E esta é a nossa postura e a realidade vem, paulatinamente, dar-nos razão!

**Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen.** – Tänään julkistettu energiaunionin tila -raportti osoittaa, että EU on saavuttamassa vuoden 2020 energia- ja ilmastotavoitteet. Päästöt ovat vähentyneet 22 prosenttia ja uusiutuvien osuus on nyt 16 prosenttia, kun molemmissa tavoite on 20 prosenttia vuonna 2020. Oikealla uralla siis ollaan.

Kehitys myös osoittaa, että talouskasvu ja ympäristövastuu eivät ole toisilleen vastakkaisia pyrkimyksiä. Samaan aikaan kun EU:n päästöt ovat vähentyneet 22 prosenttia, bruttokansantuote on kasvanut 50 prosenttia. Kestävä kasvu on mahdollista. Kansainvälisesti vertailtuna eurooppalainen teollisuus on jo nyt maailman puhtainta. Tuotannon arvoon nähden me tuotamme vähemmän päästöjä kuin kilpailukumppanimme. Silti meillä on vielä paljon mahdollisuuksia lisätä energiatehokkuutta ja kehittää entistä puhtaampia teknologioita. Tämä avaa myös uusia vientimahdollisuuksia. Erityisen tyytyväinen olen siitä, että komissio on ottanut tavoitteen liikenteen dekarbonisaatiosta tosissaan. Paremmalla liikennesuunnittelulla, digitalisaatiolla sekä liikenteen sähköistämällä ja kehittyneillä biopolttoaineilla pystymme leikkaamaan liikenteen päästöjä varsin merkittävästi jo seuraavina vuosina.

Euroopan energiamaarkkinoille tarvitaan lisää läpinäkyvyyttä, markkinaehtoisuutta ja tervettä kilpailua. Se edellyttää myös nykyistä parempia sähkön ja lämmön siirtoyhteyksiä. Tämä on tarpeen myös energiavarmuuden ja energiatehokkuuden parantamiseksi.

#### 14. Steuerung der Migration über die zentrale Mittelmeerroute (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Steuerung der Migration über die zentrale Mittelmeerroute (2017/2547(RSP)).

**Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.** – Mr President, I believe that the upcoming informal summit in Malta, starting on Friday, will be an opportunity for us to show that efficient – and at the same time human – management of migration is possible and is a must, if we work together, both as Europeans in solidarity and in partnership with our friends, the countries of origin and of transit.

We must repeat once again, as we did here just an hour ago, that refugees must be welcome. This is a strong position that the European Union has and will continue to have. At the same time, without any contradiction – and, on the contrary, with some complementarity – we must say that the pain and the deaths caused by smugglers have to be stopped. I have seen with my own eyes people who have managed to survive – their stories are ones that nobody should have to live through, nobody should have to listen to. It is, first and foremost, a humanitarian duty not only to save lives but also to protect the lives of the people who are migrating.

As you know very well, in the last two years we have been working literally day and night to reduce human suffering, first and foremost, and to reduce the loss of life on the various routes leading to Europe: in the Mediterranean Sea, of course, but also in places where the loss of life and the violation of human rights are less evident to the TV cameras, in particular in the desert. In the central Mediterranean, our Operation Sophia alone saved more than 32 000 people last year. Each and every one of them represents a precious result for me in a war that we are at last waging as the European Union. We also apprehended more than 100 smugglers, who are now in the hands of the law.

Our migration compacts with five African countries have started to reduce substantially the irregular flows. For instance, the number of people crossing irregularly from Niger into Libya has decreased to its lowest level in years. We thus see that our action is starting to deliver in real terms, the first concern always being to save and protect human lives.

The report adopted yesterday by the Committee on Foreign Affairs and the Committee on Development on the role of our external action on addressing the movements of refugees and migrants encourages me to keep on this path of closer cooperation with third countries, including in relation to regular channels for entry to the European Union. I would ask for your support on this specific point because, among the commitments made by the European Union with our partners at the Valletta Summit last year was that of working more on the regular channels for migration. The more we work to prevent irregular flows, the more we need to offer regular channels. We know very well that this is a difficult debate in each and every one of the Member States and also in this Parliament. It was not by chance that, back in December, the Commission increased the resources for various mobility opportunities, and this is just the beginning.

Last year we had more than 4 500 deaths at sea in the central Mediterranean. Believe me, I wish we could name each and every one of them because, as long as we refer just to numbers, it is much easier to forget them or to see this as a phenomenon. Each and every one of these people has a history, a story, a name and a future – or they should have had. Yet at times we do not even know their names. That is why all of us in the European Union need to do more, in a spirit of solidarity among Europeans and with our partners, who also have to take some ownership of the management of this problem. When we see people dying in the desert, or close to the Libyan coast, we need to have discussions with, and to help, our partners do their part to save lives and to make sure that the protection of human beings and their human rights is fully taken on board – and I will come back to that in a minute. We all need to do more, first of all to end the suffering, and to manage human mobility better.

Last week I presented a package of additional measures, worth EUR 200 million, that will feed into the discussion at the Malta Summit the day after tomorrow.

Migration has, of course, always existed. I have been accused many times of constantly pointing out, firstly, that, until a couple of decades ago, migration used to be from Europe to the rest of the world and, secondly, that if we had to live without migrants in all our societies and all our economies we would suffer a lot of negative consequences. Imagine the cost of non-migration to our European economies and you will realise that, indeed, we are talking not about a bad phenomenon but about a phenomenon that needs to be managed, first of all, as I have said, in order to protect human beings.

We all know that there is no easy way to stop the suffering and manage the phenomenon better. We know very well that the real solution implies, first of all, the economic development of Africa and also the democratic development of Africa. Here our daily work is ongoing, with the compacts with the five priority countries, the external investment plan, the trust fund, and the overall work we are doing in partnership, in particular, with Africa and also working – and I know Commissioner Mimica will be joining us for the following debates – in the framework of our cooperation and partnership with the African Union and the different countries in Africa, as well as with civil society and citizens in Africa, because we know very well that the key to development lies not only in the economy but also in society and a civil space in which Africans can find their place and their way.

Apart from that, we also have to focus now on what kind of quantitative and qualitative leap we can make in our joint work and the immediate steps we can take together and with our partners. So we name three proposals that will be on the table at the Malta Summit on Friday that I believe can be fully in line with the partnership approach we have taken on the central Mediterranean routes and with the African partnership from the beginning of last year and can also constitute a clear change and a clear step forward in having a more effective result.

First, we want to increase training for the Libyan coastguard. I am sure many of you remember a meeting we had here in this building several months ago with the cast and the director of *Fuocoammare*, the documentary film that is now nominated for an Academy Award. They told us one simple thing, among many others, namely that we should do something about the Libyan territorial waters because, while before we were seeing people dying close to Lampedusa in international waters, we are now seeing people dying in Libyan territorial waters. We cannot act inside Libyan territorial waters: that is a Libyan responsibility. But we can help and we can train and support the Libyan authorities in this work. This will be one of the things I will discuss tomorrow with Prime Minister al-Sarraj. It will not be the only one, but I will come to that in a minute.

Just a few days ago Operation Sophia launched the second package of training for a carefully vetted group of officials from the Libyan coastguard and navy and we now propose to increase the training even more substantially, including – and this is a very important point for me – human rights, women's rights and respect for international standards and obligations.

Secondly, we propose to step up our efforts on the southern borders of Libya at the point before the migratory flows enter a country that is, by definition, a difficult country in which to operate. We have already started to facilitate a common approach between Libya, Chad and Niger, in particular. Managing their common border is an interest they share, *inter alia* for security reasons. They see us as Europeans with our main focus always on the migration flows through Libya towards Europe – and I see a lot of attention paid to this, not in this Chamber but certainly in terms of public opinion – but there is also a flow of a different kind going from Libya to the south, to the Sahel and possibly connecting with the Lake Chad region and with Boko Haram. There is a security challenge there too: to control the border south of Libya in a more effective way.

So managing this common border is in their common interest as neighbours, and it is also in our interest as Europeans. We are active in the region with three missions and operations and are already training local security forces, including in respect for human rights. I stress this because, for me, this is a key component of all the training we do with local forces. These are powerful tools. We can make them even more powerful, improving cooperation among all actors in the region and taking a regional approach, including working with the African Union and its newly elected leadership, as we have the new African Union Commission President who was the Foreign Minister of Chad until a few days ago.

Thirdly, we will increase our support – at least this is my proposal – for the International Organisation for Migration (IOM) and the UNHCR. For me this is key, because you can act to the north, at sea, and to the south, in the Sahel, but the presence you already have now in Libya is there and will not disappear by itself. We all know very well that the human-rights angle of this is extremely serious, so we have to find a way of addressing the dramatic situation of stranded migrants inside Libya in a very challenging security situation. In recent weeks I have met both Filippo Grandi, the UN High Commissioner for Refugees, and William Swing, the General Director of the IOM. Together we discussed ways in which the European Union can increase its support to the IOM and the UNHCR in order for them to work more, and better, inside Libya and chiefly in the places where the migrants are.

For me, cooperation with these two organisations is the best possible way to guarantee the protection of human rights for migrants inside the country. A first project, worth EUR 20 million, was adopted in December under the Trust Fund for Africa. It will allow IOM to offer alternatives to the first group of 5 000 stranded migrants and take action to improve the dreadful conditions in detention centres. I believe that this will be a key element of our policy, where we will need to work as a team – the UNHCR, IOM and the European Union, together with the Libyan authorities, in trying to create the conditions for this to work.

All these actions are designed with the bigger picture in mind. It is not an issue for today's debate, but I think it is essential to keep clearly in mind that the key element of our work is supporting peace and reconciliation in Libya. Again, as I said, this is not an issue for this debate, but this is my main work. Our work with Libya goes far beyond the issue of managing migration. I know this is the top priority for political parties, governments and public opinion in Europe, but believe me when I tell you that the main point for us is working on finding a political solution to the crisis in Libya. I discussed this with Martin Kobler, the UN Special Envoy, just a few days ago here in Brussels, and again this will be the main point we will discuss tomorrow with Prime Minister al-Sarraj here in Brussels. We will also be discussing it with the Foreign Affairs Council on Monday.

However, while we keep working to reach a political solution for Libya, there is much we can do in the meantime – working with the Libyan coastguard and navy, working with mayors and local authorities, working with Libya's neighbours – not only to the east and west but also to the south – as a Libyan neighbour ourselves, because the European Union is a neighbour to Libya, and, with respect, trying to help and trying to focus – as I said – on a political solution that can bring stable democracy to the country, uniting it more than it is now. We will continue to work in partnership along the lines we defined together in Valletta last year in partnership with our friends, not only the authorities but also civil society organisations, and in partnership with the international organisations and the UN system with which we are involved.

In a week's time in Malta we will have the first stocktaking exercise of the Valletta Summit action plan. Next week I will have the pleasure of initiating it, with the Maltese Foreign Minister, in order to see, with our African partners and the partners from the northern part of Africa, where we are on the implementation of the action plan and what is the way forward in terms of partnership. I believe that, as Europeans, we have finally started to play our part. We are starting to see some results. I mentioned the tens of thousands of lives which have at last been saved, but even if there was only one person dying at sea or in the desert, and whether we saw it or not, this is a responsibility and a problem that we are ready to try to solve.

Again, it is not just a European responsibility. It is also a responsibility we have to share with our African partners and, specifically here, our Libyan partners. I hope – and I believe – that the Heads of State and Government in Malta on Friday will commit even more strongly to saving lives, both at sea and in the desert, to fighting the smugglers and to protecting the dignity of all human beings. This also means being true to our values, and that links us to the previous debate here in this Chamber.

*(Applause)*

**Der Präsident.** – Vielen Dank, Frau Kommissarin Mogherini.

Frau Kollegin Winberg, ich habe Sie vorhin übersehen und hatte schon der Kommissarin das Wort erteilt. Sie hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Kristina Winberg (EFDD).** – Mr President, before we start the debate on this item I would make the following points: this item was added to the agenda after Beatrix von Storch tabled a major interpellation on managing migration in the Mediterranean, on behalf of ...

*(The President cut off the speaker)*

**Der Präsident.** – Frau Kollegin! Das ist keine Wortmeldung ...

This is not a point of order. Tell me which rule you are applying.

**Kristina Winberg (EFDD).** – Mr President, I do not have the rule, but this was something we tabled.

**Der Präsident.** – Frau Kollegin! Da haben Sie jede Möglichkeit, das zu publizieren. Aber das Instrument der Wortmeldung zur Geschäftsordnung ist dafür da, dass Sie sich eben zur Geschäftsordnung melden, und nur das. Wenn jeder sich immer zu Wort meldet, der einen Tagesordnungspunkt auf die Agenda gebracht hat, dann enden wir irgendwo.

**Mariya Gabriel, au nom du groupe PPE.** – Monsieur le Président, Madame la haute représentante, tout d'abord merci de votre mobilisation et de nous rappeler encore une fois qu'il est de notre intérêt, en tant qu'Union européenne, en 2017, de ne pas perdre de vue la Méditerranée, parce qu'il est vrai qu'œuvrer à la sécurité de la Méditerranée, c'est investir dans notre sécurité, mais cela demande des actions coordonnées et la mobilisation d'un faisceau d'instruments.

Je voudrais attirer l'attention sur plusieurs points. La première urgence, vous l'avez dit, est de continuer à sauver des vies. Oui, face à l'impossibilité d'entrer dans les eaux libyennes, nous avons misé sur un soutien aux garde-côtes du pays. C'est la bonne approche. C'est pour cela qu'il est nécessaire de débloquer de nouveaux fonds pour ce projet. Mais ce n'est pas la seule solution. Il faudrait véritablement réfléchir à la façon de contrer les agissements des trafiquants qui exploitent la distinction entre «eaux territoriales» et «eaux internationales». Quel pourrait être le rôle de Frontex?

Je voudrais aussi poser une question sur le réseau Seahorse, qui devrait être opérationnel au printemps. Avons-nous un calendrier plus précis concernant les résultats à atteindre?

Deuxième urgence: stabiliser la Libye et s'assurer que les migrants y sont traités dignement. Oui, nous devons continuer à soutenir les efforts du pays, ne pas perdre de vue que la situation est fragile et nous devons porter une attention particulière aux frontières sud du pays. Je me demande dans quelle mesure certaines minorités, telles que les Toubous, pourraient être incluses dans la gestion des frontières.

Troisième point: les côtes de la Libye sont, en fait, le point de départ de 90 % des migrants souhaitant rejoindre l'Europe, mais la Libye n'est pas le pays d'origine des migrants. C'est pourquoi nous devons continuer à travailler avec les pays d'origine. Le Niger est un très bon exemple: 70 personnes en mai, 1 500 en novembre. Qu'en est-il des autres? Pour cela, effectivement, en tant qu'Union européenne, nous devons aussi continuer les efforts pour ouvrir des voies légales pour la migration.

Dernière question: nous ne devons pas perdre de vue des pays tels que la Tunisie et l'Égypte. Comment voyez-vous le rôle de l'Égypte dans la gestion de la migration? Le pays fait des efforts. Il est important que nous continuions à les soutenir.

**Elena Valenciano**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, la verdad es que cuando se escucha hablar a la señora Mogherini una tiene tendencia a empezar por felicitarla y agradecerle el trabajo que está haciendo, del que somos todos conscientes.

Es verdad que la política exterior de la Unión Europea no había tenido demasiado papel en la gestión de los flujos migratorios, que estuvieron siempre dominados por los ministros del Interior, por la política de interior.

En este último año, tanto la Comisión como el Consejo han trabajado con mucha intensidad. Ahí están la cumbre de La Valeta, el nuevo marco de asociación, los pactos sobre migración, los diálogos de alto nivel y los acuerdos y no acuerdos firmados, por ejemplo, con Turquía o Afganistán.

De hecho, se ha producido algo bastante insólito y es que el peso de la política exterior se ha puesto en marcha con mucha energía, justamente para conseguir los objetivos que la señora Mogherini hoy describía con respecto a la ruta central del Mediterráneo.

Ahora la pregunta que debemos hacernos es si todo ese esfuerzo va en la dirección adecuada. Hay algunos resultados, es verdad, insuficientes, pero lo que más me importa es saber si el horizonte es el que debemos acordar. ¿Estamos de verdad consiguiendo respetar lo que la señora Mogherini siempre defiende: los derechos humanos, la dignidad de las personas que emigran? ¿Realmente pueden los esfuerzos de la Comisión y de este Parlamento más que los esfuerzos o la urgencia del Consejo en obtener resultados concretos sobre cuántas personas hemos conseguido que no entren en la Unión Europea? ¿Cuál de las dos potencias va a tener finalmente más fuerza? De esa respuesta depende en gran medida el futuro y yo creo que el prestigio de la Unión Europea.

La ruta del Mediterráneo central es hoy la más mortífera del mundo: en solo un mes han muerto más de doscientas personas. Conseguir la estabilización de Libia debe ser probablemente el elemento central, pero no solo. Creo que tenemos que seguir apelando al esfuerzo de los Estados miembros en la defensa de la dignidad...

*(El presidente retira la palabra al orador)*

**Anders Primdahl Vistisen**, for ECR-Gruppen. – Hr. formand! Sandheden omkring EU's reaktion på migrationskrisen er, at der har været tale om en ineffektiv symptombehandling. Vi har i både 2015 og 2016 set omkring en million mennesker migrere til Europa, og alle initiativer indtil nu har kun resulteret i at skubbe flygtninge og migranter ud på en farligere rute, ikke i at løse de grundlæggende problemer, der giver incitamenterne til at komme fra nørømråderne til Europa. Grundlæggende set er den eneste humane, den eneste realistiske og den eneste konkrete løsningsmodel på udfordringen omkring migration at implementere en variant af den australske model, hvor vi tager brødet ud af munden på menneskesmuglerne ved, at der ikke længere er et økonomisk incitament til at komme til Europa. En model, hvor vi hjælper flygtningene der, hvor de er flest, og der, hvor de svageste flygtninge befinder sig, nemlig i nørømråderne. At vi sætter massivt ind med nødhjælp og sikre zoner i stedet for at tro på, at man kan forhindre verdens fattigdom i at komme til Europa, så længe det økonomisk er muligt at betale menneskesmuglere, med den klare viden i baghovedet, at man har en utrolig stor chance for at få mulighed for at blive, enten midlertidigt eller permanent, hvis først man finder veje til de europæiske myndigheder. Indtil vi indser det, vil alle vores forsøg i dette Parlament på at tackle problemstillingen kun skubbe folk ud på mere og mere farlige ruter og kun skabe mere nød og elendighed, både for de mennesker, det drejer sig om, og for de europæiske lande, der ikke kan håndtere situationen.

**Cecilia Wikström**, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I would like to say thank you, Madam Commissioner, for your engagement, your commitment and your good intentions. It goes without saying that the European Union should always contribute to stability, growth and the protection of human rights and democracy in our neighbouring countries, but we must never, ever, outsource our own responsibilities and obligations in respect of migration policies and people in need, or externalise our borders.

In times where, on a daily basis, we witness what the ugly face of populism in power really means, all decent and progressive forces on this continent need to unite. We need to put our differences aside and take the bold steps required to preserve the values that created the foundations of this very Union on the ruins of the Second World War. Openness, respect, a rejection of nationalism and egoism and, instead, the promotion of human decency, these are what we must now engage in.

Europe flourishes when we work together, and when we act on the basis of visions and hope, rather than our fears and prejudices. I hope that is the spirit in which you will work in Valletta this weekend and I wish you much success. I hope we bring back the message that what we need now are shared values and shared responsibilities for the people in need. Please, Madam Commissioner, bring that message back.

**Barbara Spinelli**, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Vicepresidente Mogherini, l'accordo con la Turchia non cessa di essere criticato, ed ecco che se ne profila uno con la Libia, ancora più inquietante.

Mi domando quale sia il senso delle proteste dei dirigenti europei contro Trump quando essi stessi predispongono operazioni legalmente discutibili e ignorano le raccomandazioni chiare espresse dal Commissariato ONU dei diritti umani, secondo cui i rimpatri in Libia non vanno fatti e neanche gli sbarchi in Libia in operazioni di *search and rescue*, perché i fuggitivi corrono rischi gravi: torture in campi di detenzione, violenze contro le donne, esecuzioni. Sappiamo dall'ONU che il pericolo non sono gli *smuggler*, sono i trafficanti, le milizie incontrollate e i funzionari pubblici di uno Stato fatiscante.

Al Consiglio vorrei chiedere che desista da accordi pericolosi, venerdì a La Valletta. Lo chiedo specialmente all'Italia, a causa dei trascorsi coloniali del nostro paese. Alla Commissione chiedo di uscire dalle doppiezze. Non si può al tempo stesso giudicare non replicabile l'accordo con la Turchia, dire che la prima preoccupazione è salvare le vite, e progettare l'addestramento e il finanziamento delle guardie costiere libiche e delle forze d'ordine libiche e il loro coordinamento con le nostre forze di frontiera...

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

**Judith Sargentini**, namens de Verts/ALE-Fractie. – Eerder vandaag tijdens het debat over het inreisverbod voor moslims van president Trump hoorde ik u, Commissaris Mogherini, zeggen dat de Europese Unie zich niet zal afwenden van mensen die recht hebben op bescherming. Ook zei u dat dat reisverbod slechts een tijdelijke en illusionaire oplossing is.

Dat ben ik helemaal met u eens, maar ik kan dat niet rijmen met uw voorstel om afspraken te maken met Libië en daar vluchtelingen op de kust tegen te houden én om daar ook nog eens dik voor te betalen. Vluchtelingen reizen niet naar Europa omdat er een gat zit in de grens, vluchtelingen komen naar Europa omdat ze vluchten voor oorlog of armoede of honger. Ontwikkelingsgeld weggooiën om een gat in de grens te dichten terwijl we dat ook kunnen besteden aan kansen voor jongeren in Afrika, is dat nou niet precies waar u ons eerder voor waarschuwde, een tijdelijke en illusionaire oplossing? Als we Libië een vrijbrief geven om vluchtelingen tegen te houden en op te sluiten, dan doen we precies wat we Trump aanwrijven, dan wenden we ons af van de mensen die bescherming nodig hebben.

En u heeft het toch gelezen in “Die Welt am Sonntag” over die Duitse ambassadeur in Niger die officiële Libische detentiekampen bestempelt als concentratiekampen zoals we die kennen uit nazi-Duitsland? Kampen waar mensen worden geëxecuteerd als ze overvol raken, als er ruimtegebrek is. Als we dat negeren, dan hebben we Trump niet nodig voor ons morele failliet.

**Jane Collins**, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, the Maltese Prime Minister, Mr Muscat, has predicted that the number of people crossing to Europe will reach record levels. Most of these people will come from Libya to Italy via people traffickers, as we know. The best way to stop these huge numbers of people illegally coming into Europe and to stop the large numbers of tragic deaths in the Mediterranean is surely to turn the boats back and process the migrants offshore. This is what Australia did, and it worked. That is why six European countries have now been in private talks with Australia, asking them which way to work things out, because they know that the EU way is failing. People traffickers are criminals. Only today, we have been warned by Italian officials that jihadis are actually plugging the gaps in funding for their actual campaign by smuggling people into Europe, because their oil money is running out. The EU, and many people in this Chamber, need to realise that their naive, soft-hearted approach to migration has not only failed, but has actually cost lives and funded terrorism and crime.

**Mario Borghezio**, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Alto rappresentante non eletto e indicato da un Presidente del Consiglio italiano anche lui non eletto non vuole ascoltare la voce di noi populistici, che invece siamo eletti dai cittadini.

Oggi a Bruxelles il leader libico propone di estendere alle acque libiche l'operazione Sophia, ma non ci dice, e non ce lo dice l'Europa, dove poi vuole portare attraverso queste navi i clandestini, i migranti. È questo il punto su cui i 15 minuti generici della relazione dell'Alto rappresentante non fanno chiarezza. Lo stesso comando della Commissione EUNAVFOR MED ci dice che fra un terzo e metà del totale della Tripolitania è collegato ai traffici di migranti, e noi dovremmo credere che queste forze governative collaboreranno con gli obiettivi che vengono richiesti da molti paesi europei, dai quali c'è la richiesta di respingimenti?

Voi usate un linguaggio molto generico: nella relazione si parla di una linea di protezione, ma non si dice da chi e da cosa, citate l'operazione Sophia ma fonti diplomatiche indicate da France Press ammettono che essa ha salvato, certo, le vite umane di cui ci parla sempre l'Alto rappresentante, ma è stata fonte di attrazione per i migranti. Questo è il fallimento di queste operazioni, sono solo fonte di nuova attrazione. Non finisce mai la storia, se non si dà vita a un'operazione seria di respingimenti che, per esempio, la Marina italiana sarebbe certamente in grado di indicare. Fornirete nuovi mezzi alla Marina libica, ma non sapete neanche chi la controlla. La controllerà, chissà, gente collegata magari al terrorismo. Chi lo sa, chi lo sa?

(Il Presidente interrompe l'oratore)

**Ελευθέριος Συναδινός (NI)**. – Κύριε Πρόεδρε, στον μεταναστευτικό άξονα Λιβύης-Ιταλίας της Κεντρικής Μεσογείου η Ένωση εφάρμοσε, σε συνεργασία με τις ιταλικές αρχές, μια πολιτική ελέγχου και ναυτικής αποτροπής της ανεξέλεγκτης εισροής μεταναστών. Θέλω να κάνουμε μια σύγκριση μεταξύ Λιβύης-Ιταλίας και Ελλάδας-Τουρκίας. Η Ιταλία δύναται να παρακολουθεί και να επεμβαίνει, λόγω θαλάσσιας απόστασης, στα έμφορτα πλοία που αναχωρούν από τις λιβυκές ακτές. Η Ελλάδα αδυνατεί να πράξει το ίδιο λόγω της μικρής απόστασης του νησιωτικού συμπλέγματος από τα μικρασιατικά παράλια. Η Ένωση σχεδιάζει ακόμη και την αποστολή δυνάμεων στη Λιβύη, λόγω της κυβερνητικής αστάθειας, για να καταπολεμήσει τα δίκτυα παράνομης διακίνησης μεταναστών. Η Τουρκία δεν καταπολεμά τα δίκτυα αυτά και αντιθέτως τα πριμοδοτεί, τα ελέγχει και απειλεί την Ένωση. Στην Ιταλία υπάρχει μια κύρια πύλη εισόδου. Στην Ελλάδα, κάθε νησί και μικρονησίδα αποτελεί αντίστοιχη πύλη και τα hot spots αυξάνονται με τους καταγιστικούς ρυθμούς με τους οποίους αυξάνεται και η ανεργία των νέων. Θέλω να δώσω μια συμβουλή στην Ένωση: αν πραγματικά επιδιώκετε να αντιμετωπίσετε τις μεταναστευτικές ροές, μην κοιτάτε την Ελλάδα και την



Ιταλία. Στρέψτε το βλέμμα σας στον κύριο ένοχο που είναι η Τουρκία.

**Roberta Metsola (PPE).** – Mr President, at this point in history it is difficult to have a debate on migration without taking the opportunity to reaffirm that the bottom line is that Europe remains committed to acting as a safe haven for those fleeing war and persecution and who are eligible for protection. Despite our long debate on how we should go about it, that must remain our core principle forged through the very worst of times. That must be the starting point for our discussions and we must be the example to the world on this issue. The situation in Libya remains precarious and the EU must stand ready to help without imposition. But while the Libyan people must remain masters of their own destiny, the EU does have a crucial role in helping with aid and expertise in helping Libya to build up its border management and its asylum systems, improving its law enforcement capabilities and helping in its fight against terrorism. We are already doing a lot as a Union, but we must stand ready to do more. It is only with a functioning Libyan State that we will ever have a proper chance to agree together on enhanced cooperation to sustainability and safely manage migration flows while defeating terrorism, destroying trafficking networks' business models and ultimately saving lives. That said, we must be careful to avoid giving the impression that a magic bullet addressing migration flows from Libya can suddenly appear from one day to the next. It is a lengthy process, and there are many steps yet to be taken before there are proper functioning State operators there. We have to acknowledge this or risk alienating our citizens on this issue and playing into populists' hands.

**Knut Fleckenstein (S&D).** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die Mittelmeerroute sind 2016 so viele Menschen gekommen wie noch nie zuvor. Über 4 500 Menschen sind ertrunken, und deshalb hat die Kommission bei allen Maßnahmen, die Leben retten können, die den Schleppern das Handwerk legen und die Lage der geschundenen Flüchtlinge in den libyschen Lagern verbessern unsere ganze Unterstützung.

Was ist das für eine perverse Haltung von Herrn Borghezio, zu kritisieren, dass man Flüchtlinge vor dem Ertrinken rettet, weil das doch wieder Lust macht, zu flüchten? Was für eine Haltung ist das?

Dennoch bleiben Fragen: Wie sieht es mit der Zusammenarbeit mit der libyschen Regierung nach dem Desaster aus, das wir dort mit angerichtet haben, zum Beispiel bei der Küstenwache, die ja überhaupt nicht zu den Mitteln der Regierung gehört, sondern jemand ganz anderem?

Aber eines ist nicht akzeptabel, nämlich dass in dieser Vorlage keine Zeile über die legale Immigration steht, keine Zeile über den Kampf gegen die Ursachen der Flucht, keine Zeile über Gedanken zu Dublin und Nachfolge, keine Informationen über Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, endlich in die Fonds einzuzahlen.

Sie können ganz sicher sein: Dieser Rat wird erfolgreich. Sie fordern ihn nicht wirklich; das Bisschen, was Sie aufgeschrieben haben, wird er schon machen.

**Marietje Schaake (ALDE).** – Mr President, the High Representative spoke today about the European way, when we critically debated President Trump's executive order, and while I cannot agree more that the EU must step up to the plate, as a values-based global player, we are hardly in a position to preach on migration or on the treatment of refugees.

The deal, or so-called Statement, with Turkey, set the tone for cynical outsourcing of EU responsibilities. Doctors Without Borders refuses European funds as a result. And look at the failure of European Member State governments to secure our common borders, and to provide proper shelter for those fleeing war! They still do not have a common position on the war in Syria, and the numbers of people coming to our shores and dying at sea are still very high.

But instead of learning from past mistakes, this Turkey arrangement now risks becoming a blueprint for more deals, including with Libya. So I would like to know how refugee and migrant rights will be respected in a situation where camps are labelled as resembling concentration camps, and torture is taking place. How does managing borders square with the right to asylum and how do we make sure that EU ...

*(The President cut off the speaker)*

**Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL).** – Señor presidente, como respuesta a las inhumanas medidas anunciadas por el señor Trump, el señor Weber, líder de los conservadores europeos, salió rápidamente a aclarar que nosotros no levantamos muros sino que construimos puentes. Imagino que esos puentes son el puente con Turquía, con Afganistán, con Sudán, Pakistán o Nigeria para deportar a las personas a las que aquí se les niega la protección internacional. O a lo mejor el puente se refería a ese acuerdo que se va a firmar con Libia para que sea la guardia costera de Libia la que intercepte a las personas migrantes y refugiadas en el mar y las lleve de vuelta a Libia.

Hay un informe de hace dos meses de las Naciones Unidas en el que se documenta malnutrición, trabajo forzado, abusos sexuales, tortura y palizas en los centros de inmigrantes en Libia. Hay quien dice que son como campos de concentración. Pues es ahí adonde llevan esos puentes de solidaridad de la Unión Europea: a esos centros.

**Barbara Lochbihler (Verts/ALE).** – Herr Präsident! Amnesty International berichtete von schlimmsten Grausamkeiten gegenüber Flüchtlingen in Libyen, und ich wiederhole den bereits zitierten Bericht der Deutschen Botschaft in Niger, die von schwersten systematischen Menschenrechtsverletzungen in Libyen spricht. Ich zitiere wörtlich: „Authentische Handysfotos und -videos belegen die KZ-ähnlichen Verhältnisse in den sogenannten Privatgefängnissen.“ Derartige Berichte bestätigen, dass es keine Rückführungen von Flüchtlingen nach Libyen geben darf.

Mit der Ausbildung und Ausrüstung der libyschen Küstenwache wird aber auch deutlich, dass die Mitgliedstaaten versuchen, den Bruch des völkerrechtlichen Refoulement-Verbots zu umgehen. Politisch macht es aber keinen Unterschied, ob wir die Menschen selbst ins libysche Chaos zurückschicken oder die Küstenwache des Landes dazu befähigen. Wer dazu beiträgt, dass Menschen in libyschen Auffanglagern der Folter ausgesetzt werden, der hat Mitverantwortung für schwerste Menschenrechtsverletzungen. Alarmierend finde ich auch, dass die maltesische Ratspräsidentschaft der Kommission empfohlen hat, ihre Interpretation von Refoulement zu überdenken.

**Vicky Maëijer (ENF).** – : “Beheer van migratie en levens redden”: dat is de titel van dit debat en het zijn beide wel de laatste zaken die de Europese Unie het afgelopen jaar gedaan heeft. Want de EU beheert migratie niet, maar faciliteert het en Brussel redt geen levens, maar veroorzaakt meer slachtoffers. Want dankzij uw opengrenzenbeleid blijven die illegale immigranten maar komen. Op weg naar sociale voorzieningen, lekker gemaakt door jarenlang EU-beleid van gratis zorg, gratis huis en gratis geld. En zelfs nu niemand, ook hier, er niet meer omheen kan dat terroristen tussen de asielzoekers geen hysterie is maar de realiteit, zelfs nu gaat u hier vrolijk verder met het faciliteren, met het bevorderen van immigratie naar Europa en het bevorderen van het verlies van onze vrijheid en onze veiligheid. Genoeg is genoeg. Onze grenzen moeten dicht.

**Alessandra Mussolini (PPE).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, salvare le vite umane in mare è una priorità, così come è una priorità non lasciare sfruttare le vite che abbiamo salvato in mare, e purtroppo in alcuni Stati questo accade.

L'intervento dell'Alto rappresentante si è concentrato sulla Libia. Questo è il punto centrale perché, così come noi abbiamo affrontato, piaccia o non piaccia, con l'accordo con la Turchia, la rotta balcanica e quindi l'interessamento orientale nel Mediterraneo, allo stesso modo noi dobbiamo affrontare, non da soli, ma con i partner e con i paesi limitrofi dell'Unione europea e i paesi terzi, il tema dell'immigrazione.

Noi stiamo affrontando in Parlamento il pacchetto delle sette direttive sul sistema di asilo comune europeo ed è molto importante soprattutto, oltre al tema della Libia, affrontare il nodo delle liste europee dei paesi sicuri, non liste nazionali ma liste europee. Questa è una cosa molto importante a integrazione del pacchetto per la risoluzione del problema.

**Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU**

*Vicepreședinte*

**Elly Schlein (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo molto preoccupati dalla volontà della Presidenza maltese di replicare l'accordo UE-Turchia con la Libia e lo siamo anche nel caso dovesse assumere forme diverse, come questa idea di formare la Guardia costiera libica affinché respinga le persone che provano a raggiungere l'UE.

La Libia è un paese instabile, non ha firmato la Convenzione di Ginevra, di certo non si può considerare un paese sicuro. L'Alto Commissariato ONU per i diritti umani nel suo rapporto parla di torture, stupri, violenze di ogni sorta e un documento di un'ambasciata tedesca emerso proprio oggi paragona i campi in Libia addirittura ai lager. Quali altre prove servono? Nei giorni dell'incivile e illegale ordine esecutivo di Trump e della grande protesta che ne è sorta, noi dovremmo dare un segnale diverso.

Pochi mesi fa a New York si è firmata una dichiarazione che impegna tutti a una maggiore condivisione delle responsabilità su rifugiati e migranti. Sapendo che l'86 % degli sfollati sono ospitati in paesi in via di sviluppo, come può l'UE fare la sua parte se ogni sforzo di Consiglio e Commissione pare teso ad esternalizzare le nostre frontiere e responsabilità? Accordo con la Turchia, *migration compact* e i *check* di inammissibilità inseriti nella riforma di Dublino che rischiano di creare un grosso filtro all'ingresso. Perché, invece, non lavorate con la Libia a un vasto piano di reinsediamenti per strappare le persone all'orrore che subiscono ogni giorno?

**Janice Atkinson (ENF).** – Mr President, Ms Mogherini really excelled herself today with 18 minutes of complete hot air, as usual.

Let us go back to who created these problems in Libya. It was Blair, Sarkozy, Cameron, and Obama – all gone, and cheered on by this place – yet we are expected to clean up their mess. But I have an answer. We should consider building a wall. A wall of nation-state naval frigates to block this invasion. And then we deploy special forces, again nation state special forces, to destroy the people traffickers and their vessels.

Let us get tough, because our human rights and our safety as European citizens are under threat. Let us take a leaf out of President Trump's policies. Let us protect our borders, our way of life, our culture and our liberties because – I tell you – they are under threat, and I for one, as the only female UK politician that stood by Mr Trump, am actually in total support of what he is doing.

You have got such a rocket coming to you! You think Brexit was bad: well, Trump is with a nuclear warhead.

**Jeroen Lenaers (PPE).** – Meer dan 13 000 mensen zijn in de afgelopen jaren omgekomen op de Middellandse Zee en onze grootste prioriteit hier moet zijn om te voorkomen dat nog meer mensen hun leven verliezen door te verdrinken. Ik ben er van overtuigd dat de enige manier om dat te voorkomen is ervoor te zorgen dat mensen überhaupt niet in die gammele bootjes stappen. Dat betekent dus dat onze focus op de zuidkust van de Middellandse Zee moet liggen en dat we met de landen in de regio moeten samenwerken om grenzen te bewaken, om criminele smokkelaars aan te pakken en om vluchtelingen te beschermen en te bewaken. Daar sluiten de plannen die de Commissie hier vandaag presenteerde, ook mooi op aan.

Maar het is natuurlijk niet nieuw. Sterker nog, het is iets wat we al jaren roepen. En als ik terugkijk op de afgelopen jaren, dan moet ik toch constateren dat de oogst wat mager is. Ik heb twee vragen daarover. Allereerst, in juni riep de Europese Raad op om voor het einde van 2016 tot meetbare resultaten te komen en de eerste migratie-overeenkomsten gesloten te hebben. Behalve in het geval van Niger, zie ik daar helemaal niets van terug en ik vraag me af tegen wanneer we daar eindelijk een beetje vooruitgang mee zullen maken.

Het tweede punt over de Libische kustwacht: wat is een realistische termijn voor de Libische kustwacht om op gang te komen om die taken uit te voeren die u van hen verwacht? En waarom zie ik in het hele voorstel in de mededeling van de Commissie helemaal niets over bijvoorbeeld de volledige uitvoering van fase 2 en fase 3 van de EU-Navfor-missie en het mandaat dat daarvoor gegeven is?

**Miriam Dalli (S&D).** – Minkejja li l-Unjoni Ewropea ilha snin titkellem dwar l-immigrazzjoni, dwar nies li jtilfu hajjithom hekk kif jippruvaw jaqsmu lejn l-Ewropa, dwar mijiet ta' eluf ta' persuni jistennew biex jtilghu fuq dghajjes li jtilqu mil-Libja u dwar traffikanti tan-nies li jaghmlu l-flus minn fuq l-aktar vulnerabbli, f'it li xejn rajna soluzzjonijiet konkreti li verament għamlu differenza.

Sorsi differenti bhalissa qeghdin jtkellmu dwar miljuni ta' persuni jistennew fil-Libja biex jaqsmu lejn l-Ewropa. Is-sitwazzjoni hija kritika u, la jikkalma t-temp, se nerggħu niffaccjaw influuss qawwi iehor mingħajr m'għandna soluzzjonijiet adegwati.

Soluzzjonijiet effettivi jistgħu jintlahqu jekk ikun hemm azzjoni diretta fuq it-traffikanti fl-istess hin li jkollna kurituri umanitarji fejn persuni li qed ifittxu asil ikollhom id-dritt japplikaw, mingħajr ma jtilghu fuq dghajjes biex jimbarkaw fuq vjaġġ perikoluż, li minnu jaghmlu l-flus it-traffikanti.

Nehtieġu skemi li jagħtu l-opportunità ta' passagġ sigur u legali għar-rifugjati u immigranti li għandhom dritt għall-asil b'mod ikkontrollat u effettiv fejn tkun tista' tinghata protezzjoni internazzjonali b'distribuzzjoni ekwa u ġusta. L-obbligi internazzjonali li dejjem iggwidawna għandhom jibqgħu jiġu mharsa. Fl-istess hin, hemm bżonn aktar minn qatt qabel li l-Unjoni Ewropea tkun proattiva u tiffoka aktar fuq ir-regjun tal-Mediterran, fuq il-htieġa li titkellem u tinnegozja mar-regjun tal-Afrika ta' Fuq u taħdem biex forsi nibdew naraw l-ewwel sinjali ta' stabbiltà f'regjun daqstant problematika.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – Señor presidente, señor comisario, érase una vez un infame *deal* con Turquía que nunca llegó a adquirir la categoría de acuerdo internacional y contra el que muchos levantamos la voz aquí, en este Parlamento Europeo, porque no solamente resultaba inhumano externalizar la llamada «crisis migratoria en el Mediterráneo», sino, sobre todo, porque era una respuesta ineficaz. Lo único que hizo fue desviar la presión hacia el infierno libio, constituido ahora en una auténtica ruta maldita en la que tanta gente arriesga la vida y la pierde.

Por eso resulta triste que muchos nos sintamos más identificados con la calidad del discurso, y sobre todo de la respuesta, del primer ministro canadiense, Justin Trudeau, que con la ofrecida hasta ahora por las autoridades europeas.

Pero el Consejo se reúne en Malta y yo vuelvo a llamar la atención del Consejo sobre la necesidad de incluir, en una respuesta comprensiva y a la altura de los valores europeos, vías legales para que la inmigración pueda tener una oportunidad y, particularmente, para que los refugiados puedan oponer su demanda de protección humanitaria ante la Unión Europea. ¡Visados humanitarios bloqueados por el Consejo! Los visados humanitarios son imprescindibles para que podamos poner de una vez una respuesta humanitaria a esta tragedia en la que muchísima gente está arriesgando la vida y ...

*(El presidente retira la palabra al orador)*

**Cécile Kashetu Kyenge (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un dato di fatto: in assenza di ulteriori interventi, i flussi migratori lungo la rotta del Mediterraneo nei prossimi mesi si intensificheranno. Nulla di sorprendente, mi viene da dire. Siamo di fronte ad un fenomeno strutturale che richiede interventi congiunti e politiche mirate e non azioni isolate dirette a bloccare i flussi verso l'Europa.

Il salvataggio delle vite umane resta una priorità anche per la Commissione. Valutiamo insieme la scelta degli strumenti più idonei per coordinare le attività di ricerca e salvataggio. Non esternalizziamo le nostre frontiere nell'illusione di fermare i flussi migratori dalla Libia – poco importa se sulla terraferma o nelle acque territoriali – per poi condurli nei centri di detenzione, veri e propri lager dove si registrano gravissime e sistematiche violazioni dei diritti umani.

Pensare che il successo di una politica migratoria si misuri soprattutto in termini di rimpatri e riammissione non fa che allontanarci da un'idea di gestione comune e globale che questo Parlamento ha adottato poco meno di un anno fa.

**Ana Gomes (S&D).** – Cinco mil mortos no Mediterrâneo em 2016 e dezenas de milhares de refugiados em condições deploráveis na Grécia e na Bulgária evidenciam tragicamente que a Europa não tem sido capaz de gerir fluxos migratórios ao longo das rotas do Mediterrâneo ou outras, não tem um sistema de asilo comum a funcionar eficazmente e continua a alimentar o negócio das redes de traficantes ao não abrir vias legais e seguras para refugiados imigrantes, designadamente através de vistos humanitários.

A Cimeira de Malta será um falhanço e uma vergonha se apostar na externalização das nossas responsabilidades e fronteiras. Apoiar a capacitação de estruturas líbias do ACNUR e da AOM para salvar e garantir tratamento com dignidade a refugiados migrantes e líbios, sim, Sra. Mogherini, mas não para impor acordos de readmissão ou réplicas do negócio ilegal com a Turquia a uma Líbia sem governação. Seria indecoroso e contraproducente.

É imperativo que os nossos governos acordem, revigorem a solidariedade europeia para responder aos que de dentro e de fora, como Trump e o seu estratega Putin, querem destruir a União Europeia porque querem destruir a democracia e, para isso, cavalgam as forças xenófobas, racistas, nacionalistas, que nos querem impedir de cumprir as obrigações básicas relativamente a refugiados e migrantes.

#### *Intervenții la cerere*

**Michela Giuffrida (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel 2016 sono state più di 180 000 le persone che hanno provato a raggiungere le coste dell'Europa attraversando la rotta del Mediterraneo e sappiamo bene che purtroppo in tantissimi non ce l'hanno fatta ad affrontare questo inferno.

Il piano presentato dalla Commissione avvia sì una cooperazione con la Libia, il nostro vicino più problematico: formare la Guardia costiera libica sul soccorso in mare può essere un primo passo, ma non è per nulla una soluzione per tutto il Mediterraneo e, soprattutto, per quei territori che non riescono più a sopportare – essendo stati lasciati da soli – il peso di centinaia di migliaia di persone che arrivano da tutta l'Africa, dal Medio Oriente e poi sulle coste libiche, siciliane, greche restano bloccate, a volte restano in veri e propri lager.

L'Europa ha bisogno, lo sappiamo, di un diverso e risolutivo approccio e di un piano d'immigrazione interno, perché la solidarietà e la ricollocazione non hanno funzionato. Le cifre sui ricollocamenti sono ancora troppo basse, davvero inaccettabili. Allora ci auguriamo che il vertice di dopodomani abbia un approccio diverso anche su questo.

**Νότης Μαρτιάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Μίμιχα, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να στρέψει το βλέμμα της και την προσοχή της στα νησιά του Αιγαίου, τα οποία πλέον απειλεί ο Erdoğan να γεμίσει ξανά με πρόσφυγες και κυρίως με παράνομους μετανάστες, στα νησιά του Αιγαίου όπου έχουν εγκλωβιστεί 16.500 πρόσφυγες και κυρίως παράνομοι μετανάστες και των οποίων οι κάτοικοι δεν αντέχουν πλέον. Εάν επισκεφθείτε αυτά τα νησιά, οι κάτοικοι θα σας πουν ότι η κατάσταση έχει φτάσει στο απροχώρητο. Στη Σάμο, όπου θα βρεθώ το Σαββατοκύριακο, η κατάσταση είναι εκρηκτική. Το ίδιο συμβαίνει και στη Λέσβο, το ίδιο και στη Χίο, την οποία επισκέφθηκα στις 15 Ιανουαρίου. Και εκεί οι κάτοικοι αντιδρούν. Δεν αντέχουν πλέον άλλους παράνομους μετανάστες, διότι οι περισσότεροι που συγκεντρώνονται εκεί είναι παράνομοι μετανάστες. Κάτι άλλο που δεν αντέχουν είναι το να δημιουργηθούν νέα hot spots. Πρέπει επιτέλους να ληφθούν μέτρα. Πρέπει επιτέλους να γίνουν οι 66.500 μετεγκαταστάσεις από την Ελλάδα στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

**Ernest Urtasun (Verts/ALE).** – Señor presidente. Miren, la defensora del pueblo les acaba de decir y les acaba de criticar porque en el acuerdo, el no acuerdo, con Turquía no se hizo ni un impacto ni un análisis del impacto sobre los derechos humanos y les ha criticado por considerar a Turquía país seguro. No han resuelto estas peticiones y esas críticas de la defensora del pueblo y ahora ya se está planteando hacer un acuerdo parecido con Libia, en este caso para ayudar a la guardia costera a devolver a la costa libia a los refugiados que intentan llegar a Europa.

Miren, Libia, además, quiero recordarles que es un país que no ha ratificado la Convención sobre el Estatuto de los Refugiados del año 51 y un país del que un embajador acaba de decir recientemente en Níger que tiene campos que son asimilables a los campos de concentración. Ante estas circunstancias, esto no puede continuar así y no se puede hacer este acuerdo.

Y quiero recordar hoy también, porque hablamos de la gestión de la ruta del Mediterráneo central, que sigue habiendo muertos en el Mediterráneo porque no tenemos una operación de salvamento marítimo en el Mediterráneo. La operación Sofía no es eso. Y están ahora las ONG solas haciendo el trabajo que deberían hacer los gobiernos.

**Γεώργιος Επιτήδειος (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, αφού απέτυχε παταγωδώς να ελέγξει τις ροές των παράνομων μεταναστών από την Τουρκία προς την Ελλάδα, ετοιμάζεται τώρα να δρέψει νέες ανάλογες δάφνες, προσπαθώντας να εμποδίσει την ροή παράνομων μεταναστών από τη Λιβύη προς την Ιταλία μέσω της Κεντρικής Μεσογείου. Στο πλαίσιο αυτό, σπαταλά χωρίς λόγο και χωρίς αποτέλεσμα μεγάλα ποσά τα οποία θα μπορούσε να διαθέσει προκειμένου να διορθώσει, να εξαλείψει ή, εν πάση περιπτώσει, να μειώσει τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν οι αναξιοπαθούντες Ευρωπαίοι. Επίσης, θα μπορούσε να δώσει τα χρήματα αυτά στις χώρες από τις οποίες προέρχονται οι παράνομοι μετανάστες για να αποκτήσουν κάποια ανάπτυξη. Τίποτε από όλα αυτά δεν κάνει. Εξακολουθεί να εφαρμόζει την ίδια αποτυχημένη πολιτική. Ανέφερε προηγουμένως η κ. Mogherini ότι οι Ευρωπαίοι πρέπει να δείξουν αλληλεγγύη. Συμφωνώ. Πρέπει όμως πρώτα οι Ευρωπαίοι να δείξουν αλληλεγγύη προς τους Έλληνες που, για έβδομο συνεχόμενο έτος, υποφέρουν από την εφαρμογή των μνημονίων. Τι κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση, δίνει τετρακόσια ευρώ για κάθε παράνομο μετανάστη, του παρέχει δωρεάν σίτιση και υγειονομική περίθαλψη, ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Mediterraneo rappresenta una regione migratoria al centro della quale si colloca la frontiera di Schengen, la frontiera esterna dell'Unione europea. Eppure l'Europa si muove lentamente.

L'eccezionale ondata migratoria che ha investito l'Europa ci mette di fronte a problematiche antiche, che richiedono risposte urgenti e concrete. Sono ancora troppi i migranti che muoiono lungo la rotta del Mediterraneo. È necessario stabilizzare i paesi da cui partono gli scafisti e spezzare definitivamente le reti che alimentano il traffico di esseri umani. La maggior parte di queste persone sono costrette a fuggire dal proprio paese a causa di conflitti, persecuzioni, violazioni dei diritti umani o situazioni di miseria.

È indispensabile migliorare lo scambio di buone prassi con i paesi terzi. È necessario che l'Unione europea riesca a costruire una vera *partnership* comune con i paesi che si affacciano sul Mediterraneo, se davvero vuole affrontare in modo adeguato e coerente il problema.

(Înceierea intervențiilor la cerere)

**Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.** – Mr President, on behalf of High Representative Madam Mogherini, I would like to convey her regret and apologies for not attending this parliamentary debate in full due to the conflicting agenda points that led her to the continuation of talks between Serbia and Kosovo this evening in Brussels.

This has indeed been a very interesting debate. As we have seen on previous occasions, the honourable Members hold somewhat divergent views when it comes to the issue of migration. However, I also take note that the large majority of the honourable Members support our approach to migration management, complementing our long-term efforts, such as the Partnership Framework, with the short-term measures outlined in our recent communication on the Central Mediterranean. I am very grateful for this support.

Even though some may like to present it in this way, there is no quick fix to the current situation. Only by applying a comprehensive and tailor-made approach – not replicating any other arrangements – continuing to save lives at sea, cracking down on smugglers and traffickers, addressing the root causes of migration and working more in particular with our African and international partners, will we be able to more effectively manage migration. This is what we will be taking from our debate today.

**Președintele.** – Dezbaterea a fost închisă.

*Declarații scrise (articolul 162)*

**Ангел Джамбазки (ЕСР), в писмена форма.** – Безспорно, дискусиата за управлението на миграцията по маршрута през Централното Средиземноморие е важна, но фокусът на дебата според мен трябва да бъде по-скоро как да спрем миграцията по всички маршрути към Европа. Усилията ни трябва да се съсредоточат върху разрешаване на първопричините за миграцията от Африка и Близкия Изток, защото докато ситуацията там не се стабилизира, не виждам как миграционният поток ще спре.

Подкрепям идеята за засилването на контрола по морските и сухопътни граници като временна мярка за справяне с тази безпрецедентна криза на сигурността. Не трябва, обаче, да се заблуждаваме в никакъв случай, че това ще е достатъчно. Трябва да съумеем да се преборим и с трафикантите и с тяхната изключителна изобретателност, граничеща с наглост и костваща все повече човешки животи.

**Kinga Gál (PPE), írásban.** – Európát a Földközi-tenger középső migrációs útvonalán keresztül illegálisan elérő migránsok túlnyomó többsége gazdasági bevándorló. Csak úgy lehet elejét venni annak, hogy az időjárási viszonyok javulásával -életüket kockáztatva- újra százezrek kíséreljék meg a Földközi-tengeren való átkelést Európába, ha kiemelten foglalkozunk a migráció külső aspektusaival is. Szükség lenne az EU-n kívüli biztonságos övezetek kialakítására, lehetővé kellene tenni a menedéjog iránti kérelmek EU-n kívüli vagy az EU külső határain történő feldolgozását, valamint migrációs és menekültközpontokat kellene létrehozni harmadik országokban. További megállapodásokat kellene kötnünk annak érdekében, hogy ne alakuljanak ki új, alternatív migrációs vonalak és az embercsempészek elleni erőteljesebb fellépésre is nagy szükség van. Fontos lenne ugyanakkor azt is elismerni, hogy a tengeri mentés nem vezethet automatikus törvényes belépéshez az EU területére, ugyanis ez arra ösztönzi az Észak-Afrikából érkező migránsokat, hogy rosszabbnál rosszabb állapotú hajókkal kíséreljék meg a veszélyes átkelést annak reményében, hogy kimentik őket. Ez a megközelítés pedig megegyezne az Európai Néppárt közgyűlése által 2016 novemberében elfogadott „Protecting Lives and Controlling Migration to Europe” állásfoglalásával is, amely a pártcsalád migrációs politikáját tartalmazza. A Közép-Mediterrán térség mellett ugyanakkor továbbra is kellő figyelmet kell fordítani a nyugat-balkáni útvonalra, támogatni kell az ezen az útvonalon fekvő országokat is. Előreláthatólag márciustól jelentősen nőni fog az érkezők száma.

**Iratxe García Pérez (S&D), por escrito.** – Libia es actualmente origen de la inmensa mayoría de desplazamientos de refugiados e inmigrantes que se dirigen en travesías prácticamente suicidas hacia territorio europeo. El Consejo entiende que tras el polémico «acuerdo» firmado con Turquía, la ruta este del Mediterráneo Este (Grecia) está «estabilizada» y trata ahora de buscar medidas para taponar la salida irregular de inmigrantes desde Libia. Si la gestión realizada con Turquía ha supuesto duras críticas tanto en el aspecto legal como moral, las posibilidades que ofrece la caótica e inestable situación en Libia amplían la incertidumbre sobre las medidas que el Consejo Europeo puede acordar en su reunión informal en La Valeta este 3 de febrero. El Grupo socialista ha solicitado que se introdujera este punto en el Pleno para que el Parlamento pueda pronunciarse de forma previa a dicha cumbre y reclamar para la gestión migratoria un enfoque humanitario y respetuoso con el Derecho internacional, una política común europea de inmigración basada en el principio de solidaridad, coherente en sus facetas interna y externa, así como la apertura de vías seguras y legales que ofrezcan una alternativa para las miles de personas que continúan teniendo que arriesgar su vida para llegar a nuestras costas.

**Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D)**, *por escrito*. – Libia es actualmente origen de la inmensa mayoría de desplazamientos de refugiados e inmigrantes que se dirigen en travesías prácticamente suicidas hacia territorio europeo. El Consejo entiende que tras el polémico «acuerdo» firmado con Turquía, la ruta este del Mediterráneo Este (Grecia) está «estabilizada» y trata ahora de buscar medidas para taponar la salida irregular de inmigrantes desde Libia. Si la gestión realizada con Turquía ha supuesto duras críticas tanto en el aspecto legal como moral, las posibilidades que ofrece la caótica e inestable situación en Libia amplían la incertidumbre sobre las medidas que el Consejo Europeo puede acordar en su reunión informal en La Valeta este 3 de febrero. El Grupo socialista ha solicitado que se introdujera este punto en el Pleno para que el Parlamento pueda pronunciarse de forma previa a dicha cumbre y reclamar para la gestión migratoria un enfoque humanitario y respetuoso con el Derecho internacional, una política común europea de inmigración basada en el principio de solidaridad, coherente en sus facetas interna y externa, así como la apertura de vías seguras y legales que ofrezcan una alternativa para las miles de personas que continúan teniendo que arriesgar su vida para llegar a nuestras costas.

## 15. Lage im Südsudan (Aussprache)

**Președintele**. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Vicepreședintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politica de securitate referitoare la situația din Sudanul de Sud (2016/2509(RSP)).

**Neven Mimica**, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, honourable Members, when South Sudan became independent in 2011 there were high hopes for the future of the world's newest state. Six years later, those hopes lie in tatters. Although 18 months of brutal civil war were formally brought to an end by a peace agreement in August 2015, fighting continues throughout much of the country. Hundreds, perhaps thousands, continue to die each month.

On 1 December last year, the United Nations Commission on Human Rights in South Sudan noted that a steady process of ethnic cleansing was underway in the country, using starvation, gang rape and the burning of villages. The United Nations Secretary-General warned in November that South Sudan stood on the edge of the abyss, with a catastrophe imminent. Around one-and-a-half million refugees have fled to neighbouring countries, while almost two million persons are internally displaced. Some four million persons are short of food, with more than one million children under the age of five acutely malnourished. There is a danger of widespread famine later this year.

Faced with this bleak situation, the European Union is very much engaged in addressing these immense challenges. The European Union, as a witness to the 2015 peace agreement, is working vigorously to support its implementation. The European Union is an active member of the peace monitoring institutions established by the agreement and is providing financial assistance for implementation of parts of the agreement. The European Union works as closely as possible with the countries of the region and with the Intergovernmental Authority on Development and the African Union collectively to encourage implementation of the peace agreement. Although South Sudan, much to our regret, has not yet acceded to the Cotonou Agreement and is therefore not eligible for the full range of development support, the European Union remains committed to help. In 2016, the European Union provided EUR 143 million for humanitarian assistance to South Sudan, as well as for supporting the provision of basic services. We fear that this year's needs maybe even greater.

The European Union is also providing financial assistance to neighbouring countries to assist them to deal with the enormous influx of refugees. Let me take this opportunity to commend Uganda, in particular, for its compassion and efficiency in sheltering over 650 000 refugees.

The European Union has imposed an arms embargo against South Sudan and is lobbying – so far without success – for the United Nations Security Council to follow suit.

The European Union is particularly shocked at the gross violation of international human rights and international humanitarian law that have been perpetrated by all parties with complete impunity. An individual who orders or commits criminal acts of violence must be brought to justice. To this end, the European Union stands ready to support the African Union in establishing as rapidly as possible the hybrid court for South Sudan envisaged in the peace agreement.



Let us seize the opportunity today to send a number of clear messages to all parties in South Sudan. There can be no military solution to the divisions of South Sudan. All parties must observe the ceasefire in full and repudiate any speech inciting ethnic hatred. The United Nations mission in South Sudan must be allowed to exercise its mandate in full, and without hindrance. The regional protection force that was mandated by the UN Security Council last year to reinforce the United Nations mission in South Sudan must be deployed swiftly. The South Sudanese authorities must allow unrestricted humanitarian access to those in need. All parties must be brought into an inclusive political process based on the 2015 peace agreement, which remains a blueprint, if properly implemented, for establishing a functional institutional framework for the state of South Sudan.

We welcome the national dialogue announced by President Salva Kiir in December last year. Any step to foster dialogue and reconciliation between many groups in South Sudan is welcome. A political dialogue and consultation should be representative of, and trusted by, the entire population of South Sudan. Such a process should be initiated without delay and without obstacles. There is no shortcut to full and fair representation. I urge President Salva Kiir and the transitional government to look again at the structure of the national dialogue, with a view to ensuring that it is a generally inclusive process. In particular, we hope that a way can be found, and should be found, to allow the South Sudanese Council of Churches, which is widely seen as an impartial interlocutor, to play a central role in the national dialogue.

Let me also mention the Cotonou Agreement again. As mentioned, the development needs of South Sudan are evidently vast, yet we cannot release all the funds potentially available as long as South Sudan has not acceded to the Agreement. We urge the transitional government to move forward rapidly with accession. South Sudan is, sadly, a country which has known more war than peace.

The European Union will continue, in close coordination with the United Nations, the African Union, the United States and the countries of the region, to do everything it can to support the South Sudanese leadership to take decisive steps to embrace peace and to build a state that serves the interests of its citizens. Thank you very much for your attention. I look forward to our discussion.

**Bogdan Brunon Wenta**, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Pomimo dużych bogactw naturalnych Sudan Południowy – najmłodsze i jedno z najsłabiej rozwiniętych państw świata – staje w obliczu narastającego kryzysu humanitarnego i niestabilności. Spór polityczny między byłym i obecnym prezydentem przerodził się w brutalny konflikt. Odbywają się wewnętrzne przesiedlenia etniczne na masową skalę: ponad milion mieszkańców tego kraju szuka schronienia w krajach ościennych. Sudan Południowy na mapie świata określającej wysokość zagrożenia kryzysem humanitarnym znajduje się w samej czołówce.

Dlatego bardzo miło było usłyszeć od Pana o działaniach, które zostaną podjęte. Mam nadzieję, że będą bardzo szybko wprowadzane w życie, bo w przeciwnym wypadku będziemy mieli do czynienia z następną katastrofą humanitarną na międzynarodową skalę. Należy podjąć kroki mające na celu natychmiastowe zaprzestanie działań wojennych, któremu muszą towarzyszyć pokojowe konsultacje polityczne. W tym kontekście ważne jest zaangażowanie Unii Afrykańskiej, ale również Unia Europejska powinna działać na rzecz wzmocnienia współpracy międzynarodowej w celu wsparcia procesu pokojowego w Sudanie Południowym, aby uniknąć kryzysu humanitarnego.

**Cécile Kshetu Kyenge**, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, quatre ans de guerre civile, des dizaines de milliers de morts, trois millions de déplacés, des violences à caractère ethnique: un génocide est imminent. Tortures, assassinats, viols collectifs, enrôlement d'enfants soldats: les atrocités se multiplient.

Je condamne le désintérêt total de la communauté internationale face à la situation catastrophique au Sud-Soudan, dont témoigne le rejet d'une résolution imposant un embargo sur les armes et des sanctions par le Conseil de sécurité des Nations unies. Cela est absolument aberrant.

Depuis plusieurs semaines, les organisations humanitaires et les experts des Nations unies ont sonné l'alarme sur la situation pré-génocidaire. Un nettoyage ethnique est en cours depuis début décembre dans plusieurs régions du pays. Les Casques bleus ne parviennent plus à assurer la sécurité de la population et doivent se replier. Il s'agit d'une situation parmi les plus horribles du monde en matière de droits de l'homme.

Je rappelle la responsabilité des dirigeants politiques du Sud-Soudan, aussi bien celle du président, Salva Kiir, que de l'ancien vice-président, Riek Machar, de protéger leur population. Ils sont tous deux responsables d'atrocités effroyables et de massacres.

Il est urgent d'entreprendre un parcours de dialogue pour mettre en œuvre l'accord de paix et un cessez-le-feu.

Monsieur le Commissaire, je termine en vous demandant ce que peut faire l'Union européenne, avec tous ces instruments à sa disposition, dans la diplomatie et dans le respect de l'accord de Cotonou, pour stopper le regain du conflit et les violations des droits de l'homme au Sud-Soudan?

**Charles Tannock**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as an enthusiastic supporter of South Sudan's independence, it is very sad for me that there is so little to celebrate in its first five years in existence as an independent state. It has been plunged into civil war, and there have been widespread war crimes and atrocities committed ever since 2013. I naturally welcome the recent joint calls from IGAD, the UN and the African Union for a cessation of hostilities, and it is an encouraging sign today that rebel leader Riek Machar has indeed backed this call, but the fighting sadly goes on. I note that the King of Morocco is on an official visit today to South Sudan, and this coincides with Morocco rejoining the African Union after 35 years of absence. Dare I say, at a time when the European Union is shrinking thanks to Brexit, it is encouraging to see that the African Union is actually expanding.

A further source of expansion for the African Union could come from the re-recognition of Somaliland, a promise that was made to me in person by a South Sudanese leader prior to independence. We must now hope that the talks in South Sudan can return under the national dialogue format, reminding President Salva Kiir that it is only with peace that South Sudan and its people will be able to see the benefits of its abundant natural resources.

**Marjetje Schaake**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the Commissioner has spoken of the immense challenges and the need to end the suffering of the people in South Sudan. Meanwhile, the UN Human Rights Committee has warned that South Sudan is on the brink of genocide, starvation, gang rape and fighting between militias escalating to levels that seem to amount to ethnic cleansing. The gravity of these crimes and the extraordinary violence, while there is impunity for the perpetrators, has to end.

Besides these atrocities, we see a crackdown on civil society and the media, preventing accountability and documentation. So it is very urgent that we act now as the European Union, as well as in context of cooperation with the African Union and the United Nations. We have to be aware that already hundreds of thousands have been killed since 2013 and over three million people have been displaced, and they in turn face starvation. It is crucial that the atrocities stop, a peace process is set up, and this cycle of violence, revenge, violence, revenge, must end.

I welcome the fact that there is an arms embargo in place, but we must be vigilant also on the export of systems that allow for the tracking and tracing of people – surveillance, hacking and exfiltrating information. There are known cases where, despite sanctions, systems from the EU have still been exported, including to South Sudan. So it is important that we ensure accountability and ensure that the EU takes a leading role in this terrible conflict.

**João Pimenta Lopes**, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, o caso do Sudão do Sul não é o único na África de hoje. Na estratégia de dominação dos povos e pilhagem das suas riquezas, as grandes potências dividem Estados, fomentam guerras, se necessário intervêm militarmente, como na Líbia ou no Mali.

Não podemos desligar a situação atual do processo agraciado e promovido pelos Estados Unidos, União Europeia, Israel e seus aliados, aproveitando e exacerbando diferenças internas, a pobreza, injustiças sociais e diferenças étnicas, para alimentar um prolongado conflito que levaria à sua independência em 2011, num processo em tudo semelhante ao Kosovo.

Tudo em nome do controlo geoestratégico e do aproveitamento das consideráveis reservas de petróleo e de vários minérios da região do sul, que também hoje norteiam os interesses internacionais na região.

É necessário um apelo ao cessar-fogo e que se ponha termo imediato ao financiamento e venda de armas às diversas partes do conflito.

É necessária a defesa de uma solução pacífica e política para o conflito, livre de qualquer ingerência e intervenção militar externa.

**Mario Borghesio**, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione delle popolazioni del Sud Sudan è drammatica: su circa 12 milioni di abitanti, quattro e mezzo combattono tutti i giorni contro la fame, due milioni sono profughi interni e oltre 1,3 milioni sono rifugiati nei paesi confinanti, in primis l'Uganda.

Nel recente passato, una certa vulgata ci ha descritto il successo dell'autodeterminazione, il superamento dei vecchi assetti coloniali e la creazione di un governo di unità nazionale. È un quadro ottimistico, ma la realtà ha smentito questi fragili assetti perché, nonostante negli anni vi sia stata una massiccia iniezione di risorse per aiuti allo sviluppo e alla creazione di un sistema amministrativo, i rappresentanti delle due principali fazioni, il presidente Kiir e il vicepresidente Machar, hanno rotto la coabitazione governativa spinti da antiche spaccature etniche accentuate dagli interessi petroliferi in gioco.

La missione ONU si è rivelata impotente nel ristabilire lo Stato di diritto ed è unicamente riuscita a creare dei siti per la protezione dei civili che fuggono dalle violenze, mentre la Forza di protezione regionale autorizzata dal Consiglio di sicurezza è ancora lontana dal concretizzarsi. Ad oggi si fa più concreto lo spettro di un nuovo Ruanda. Per evitare questa tragica eventualità non bastano le iniziative umanitarie dell'ONU e quelle di singoli paesi come l'Uganda...

*(Il Presidente interrompe l'oratore)*

**Eduard Kukan (PPE)**. – Mr President, the situation in South Sudan has been significantly deteriorating in the past months. Massacres, gang rapes and destruction, combined with hunger, are leading to the population fleeing the country. There needs to be a political solution to the civil war. This involves advances on the proposed national dialogue and a return to the 2015 agreement. The EU should contribute to the South Sudan peace process, especially in the area of justice, where our assistance can be instrumental. I would therefore like to support the earlier call by the Vice-President/High Representative to establish a hybrid court that will investigate the atrocities committed. This is why our political and diplomatic influence can bring actual tangible results for the South Sudanese population, who deserve much more than the current international community is offering to them.

**Enrique Guerrero Salom (S&D)**. – Señor presidente, señor comisario, la crisis de Sudán del Sur es una de esas crisis que aparece y desaparece en los medios de comunicación pero que lleva con nosotros cerca de cuarenta años: Todo tipo de guerras destructivas por razones étnicas, por razones religiosas, por lucha por los recursos naturales.

Es un país relativamente joven, pero su población ha vivido estas décadas de guerra en torno y en el entorno. Y tengo que señalar que es el momento de que tomemos decisiones para apoyar a quienes han emprendido un éxodo a los países vecinos, a quienes se han desplazado dentro del propio territorio de Sudán del Sur, a quienes están en necesidad de ayuda humanitaria, que es prácticamente el conjunto de la población del país.

El 30 % del Fondo Fiduciario para África debe ser empleado en la asistencia humanitaria en el continente. Tenemos que proporcionar vivienda, tenemos que proporcionar alimentos y sanidad a aquellos desplazados, también ayuda financiera. Pero sobre todo quiero subrayar algo que ha dicho el señor comisario: tenemos que ser activos, no solo como testigos sino también como actores principales, en garantizar el proceso de paz. Tenemos que ser más activos en garantizar el embargo de armas y tenemos que ser más activos en perseguir a aquellos que están obstruyendo la consecución de la paz en el país.

**Bas Belder (ECR)**. – Precies een week geleden verscheen er in de Nederlandse pers, in het Reformatorisch Dagblad, een indringend en indrukwekkend artikel over een opvanghuis voor straatkinderen in Juba, de hoofdstad van Zuid-Soedan. De titel van het artikel was al veelzeggend: "Bij schoten plat op de grond en zingen en bidden". Het artikel typeerde ook raak de schrijnende situatie in Zuid-Soedan. De straatkinderen hebben allemaal één belangrijke les geleerd. Als er ooit soldaten aan de poort verschijnen met de vraag wie tot welk volk behoort, luidt het antwoord simpelweg: "Wij zijn allemaal Zuid-Soedanezen". Dat is in de realiteit ver weg, maar het is de toekomst, hopen we. De toekomst van deze straatkinderen ziet er evenwel somber uit omdat zowel de Afrikaanse Unie als de Verenigde Naties waarschuwen voor een ophanden zijnde genocide in Zuid-Soedan. Beide organisaties hebben daarom recentelijk de noodklok geluid en

pleiten voor een directe internationale interventie. Ik wil dat hier onderstrepen want het gaat echt fout.

**Jaromír Štětina (PPE).** – Pane předsedající, občanská válka v Súdánu je válkou na pokračování. Čtyřicet let trvala osvobozující válka jihosúdánských černých křesťanů proti chartúmskému režimu. Žil jsem tehdy v Jižním Súdánu. Zkoumal jsem symbiózu války a hladomoru, která se vyvinula v humanitární katastrofu, tři sta tisíc lidí zemřelo, více než milion skončilo jako uprchlíci.

Křesťanský Súdán se osamostatnil. Vzápětí v roce 2013 vypukla nová válka, tentokrát mezi samotnými obyvateli Jižního Súdánu. Chartúmský režim se se ztrátou Jižního Súdánu nesmířil. Důkazem jsou pokračující útoky na křesťany.

Připomeňme si, že koncem ledna byl k 20 letům vězení odsouzen český občan, křesťanský misionář Petr Jašek a spolu s ním súdánský pastor Hassan Abduraheem Taour a Abdulmon Abdumaw. Věřím, že chartúmská reprezentace pochopí, jak zničující je konfesní spor a poskytne odsouzeným milost.

**Neena Gill (S&D).** – Mr President, we have heard already that over the past three years in the conflict in South Sudan tens of thousands of lives have been lost, three million displaced and 70% of women in camps raped. This cycle of violence must be broken. We have an arms embargo, but what are we doing to enforce it internationally? Companies in Ukraine have been fuelling violence through the sale of more helicopters; this cannot remain without consequences, Commissioner. This conflict is the result of the failure by us and others to invest in inclusiveness at the point of independence, leaving ethnic divisions vulnerable to those vying for power internally. By mid-2017, five million in the country will be in need of food aid. We have to ensure long-term international commitment to food security and work with the region to re-open trade routes. I have a couple of issues, Commissioner. What steps have been taken to push for full implementation of the 2015 peace agreement? What are we doing to promote social cohesion so that South Sudan's children are not a lost generation? And how will we be coordinating a development and recovery programme, with an effective emergency response over the years to come?

*(Interruption by the President)*

After the Rwandan genocide we said 'never again'. Let us hold to this.

**Joachim Zeller (PPE).** – Herr Präsident! Ich konnte vor sechs Jahren dabei sein, als unter großem Jubel der Bevölkerung der Südsudan seine Unabhängigkeit in einem Referendum erlangte. Nur hat diese Unabhängigkeit den Menschen keinen Frieden, keine Demokratie, keinen Wohlstand gebracht, weil diejenigen, die für die Führung des Landes zuständig sind, das Land im Bürgerkrieg versinken lassen und unsägliches Leid über die Menschen bringen.

Gleichzeitig ist aber der Südsudan auch ein Beispiel für das Versagen der internationalen Gemeinschaft. Weder die Ostafrikanische Gemeinschaft oder die Afrikanische Union noch die Vereinten Nationen sind in der Lage, dem Sterben und Leiden im Südsudan ein Ende zu bereiten. Eklatant ist, dass im Dezember auf Vorschlag der Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat ein Antrag eingebracht wurde, ein Waffenembargo gegen den Südsudan zu verhängen. Dieser Antrag ist gescheitert. Nur sieben der 15 Ratsmitglieder stimmten für einen entsprechenden Resolutionsentwurf. Acht Länder, darunter die beiden Vetomächte Russland und China sowie die drei afrikanischen Staaten Angola, Ägypten und Senegal, enthielten sich. Für eine Verabschiedung der Resolution hätte es mindestens neun Ja-Stimmen gebraucht. Das ist eine Schande. Ich denke, hier helfen nur noch Sanktionen gegen diejenigen, die im Südsudan dafür verantwortlich sind, dass dort Menschen sterben müssen.

*Intervenții la cerere*

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione nel Sud Sudan è davvero drammatica. Si registrano violazioni diffuse e sistematiche dei diritti umani. Il governo continua a reprimere libertà fondamentali con arresti arbitrari di giornalisti e di leader politici e alle violenze si aggiunge una drammatica carestia. Nel Sud Sudan, secondo quanto denunciano gli organismi dell'ONU (la FAO, l'Unicef e il World Food Program), più di 30 000 persone rischiano di morire di fame e decine di migliaia sono le persone a rischio carestia.

Se non si vuole che la situazione precipiti ulteriormente è necessario che l'Europa e la comunità internazionale si mobilitino, anche in collaborazione con l'Unione africana, per favorire la riconciliazione nazionale e per sostenere un processo di ricostruzione politica ed istituzionale del paese. È necessaria una transizione politica del Sud Sudan verso forme di governo democratiche, transizione che potrebbe aiutare la popolazione sudanese e anche quella del Darfur ad uscire dall'attuale stato di sottosviluppo, di sofferenza e di morte.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, η κρίση στο Νότιο Σουδάν έχει διαφύγει από το ραντάρ της παγκόσμιας δημοσιότητας. Αφού πέρασε μια περίοδο σχετικής ηρεμίας μετά το τέλος του εμφυλίου πολέμου που είχε ξεσπάσει το Δεκέμβριο του 2013, το Νότιο Σουδάν έρχεται πλέον αντιμέτωπο με την κατάρρευση της ειρηνευτικής διαδικασίας και την επιστροφή στη βία, σε τέτοιο βαθμό που υπάρχουν φόβοι για γενοκτονία. Περίπου εξήντα χιλιάδες άνθρωποι έχουν διαφύγει από τη χώρα, καθώς οι συγκρούσεις κλιμακώνονται το τελευταίο διάστημα. Οι βιαιότητες εντείνονται μετά την κατάρρευση της ειρηνευτικής διαδικασίας και βρίσκονται ήδη σε εξέλιξη πρακτικές εθνοκάθαρσης, με γνωρίσματα τον ακραίο λιμό, τους ομαδικούς βιασμούς και την καταστροφή χωριών. Επιπλέον, εκατομμύρια άνθρωποι που αντιστοιχούν στα τρία τέταρτα του πληθυσμού της χώρας δεν έχουν πρόσβαση σε βασικά αγαθά όπως είναι η τροφή, το νερό και τα φάρμακα. Η διεθνής κοινότητα έχει υποχρέωση να εμποδίσει αυτή την κατάσταση ώστε να μην επαναληφθεί ό,τι έγινε στη Ρουάντα.

(Înceierea intervențiilor la cerere)

**Neven Mimica,** *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, this has been a very useful exchange and I thank the honourable Members for their contributions and interventions. The people of South Sudan have suffered immensely over the past six years. The lives of much of the population continue to hang in the balance, threatened by brutal violence, famine and destitution. The European Union will continue to deploy all the instruments available – political pressure, sanctions, humanitarian relief, development assistance, support for international justice – with a view to encouraging the parties to replace conflict with dialogue, in the hope of securing a better future for South Sudan.

**Președintele.** — Dezbateră a fost încheiată.

## 16. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (Aussprache)

**Președintele.** — Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Vicepreședintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politica de securitate referitoare la criza statului de drept în Republica Democratică Congo și în Gabon (2016/2510(RSP)).

**Neven Mimica,** *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable members, the Democratic Republic of Congo and Gabon are two countries in the Central African region that are experiencing serious political challenges related to the electoral process. As you know, our relationship is based on the principles and essential elements of the Cotonou Agreement and especially respect for human rights, fundamental freedoms and the rule of law. And, of course, we support the implementation of the African Charter on elections, democracy and governance.

The stability of Gabon and the Democratic Republic of Congo is of primary interest to the European Union, but genuine peace, stability and development do not come through enforced preservation of the status quo and repression of opposition voices.

On the Democratic Republic of Congo, the European Union considers that the political agreement signed on 31 December last year represents important progress, with remarkable mediation done by DRC Catholic bishops. The challenge now is to implement and to do it quickly. It is imperative that the transition period towards elections be as short as possible. In order to achieve this, the bishops should not be left alone and the European Union will actively seek the engagement of the region, as well as the United Nations, in pushing Congolese political actors to implement the agreement. A new government reflecting the inclusive support for the agreement must be in place as soon as possible.

The DRC parliament will have a loaded agenda in its March session with the legislative acts necessary to move ahead with elections and the institutionalisation of the *Comité National de Suivi*, the oversight body that will also watch over the independence of the Electoral Commission. The Electoral Commission will then produce an electoral calendar that will reflect the urgency for holding elections and utmost care for the costs of the operation in a country that is experiencing a severe fiscal crisis and is failing to provide essential services to its population.

The European Union is ready to support this process politically and operationally, providing expertise when required to both national and international actors involved. The resolution of the Security Council that will be renewing the mandate of MONUSCO in March 2017, will be an important step in establishing a global consensus around the political agreement. This is important, as the legitimacy of President Kabila no longer rests on the constitution alone, but on inclusive political support for the agreement.

The European Union imposed restrictive measures in December. The warning given in the EU Council conclusions of 23 May 2016 still stands. Individuals responsible for violence and those trying to obstruct a solution to the crisis in the DRC will be targeted. We shall exert vigilance on the human rights situation, on fundamental freedoms, including freedom of expression, and we are dedicating increased resources to that effect.

Let me now address Gabon. The electoral violence following the presidential elections of 27 August last year and climate of fear, repression and intimidation that followed and continues today, is an issue of great concern. Arbitrary arrests, long-term detentions, inhuman conditions and excessive restrictions of freedom of expression, assembly and manifestation are alarming. Grave human rights violations, including alleged torture, extra-judicial killings and disappearances, call for an independent investigation without any delay. We strongly encourage an independent inquiry in Gabon to conduct a quick fact-finding mission.

We also welcome the initiatives by the Gabonese Government, the opposition and civil society to request a preliminary inquiry into the post-electoral violence from the International Criminal Court. The European Union has also activated the human rights defenders mechanism to protect civil society activists in Gabon whose personal security was at risk.

We cannot disregard the conduct of the elections. The conclusions of the EU Election Observation Mission were clear. They do not allow us to turn the page and to carry on with 'business as usual'. EU relations with Gabon have been reassessed and the Gabonese Government was invited to an intensified political dialogue with the European Union. The dialogue aims to accompany the government in their announced electoral and institutional reforms, based on the Election Observation Mission's recommendations and to shed light on the human rights violations.

We expect the government to recognise its best interest to engage in this constructive diplomatic exercise in order to avoid further consequences. Some of them are mentioned in the draft resolution before this House, such as individual measures, a review of our development cooperation or consultation under Article 96 of the Cotonou Agreement.

In concluding, let me express my gratitude both for the debates and for the resolutions of the European Parliament, which reassure us in our firm diplomatic and development actions, and for your participation in the EU Electoral Mission. Let me thank in particular the Chief Observer, the honourable Member, Mariya Gabriel, for her dedication and courage.

**Mariya Gabriel**, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le commissaire, dernièrement, j'ai eu l'honneur de diriger les deux missions d'observation électorale de l'Union européenne en RDC et au Gabon. J'étais donc en première ligne pour observer toutes les irrégularités qui se sont produites pendant les deux processus, mais, aujourd'hui, je vais me concentrer sur le Gabon.

J'insiste tout d'abord sur la crédibilité, la neutralité et l'impartialité de la mission d'observation électorale. La mise en œuvre des recommandations que nous avons émises est la pierre angulaire de la poursuite de notre dialogue. De plus, il est impératif de se pencher davantage sur les violences post-électorales. Toute la lumière doit être faite sur ces exactions. Les responsables des violences post-électorales doivent répondre de leurs agissements. Nous ne pouvons pas nous conformer à l'impunité, nous n'avons pas le droit à l'oubli.

C'est pourquoi il est tout aussi impératif que le Haut-Commissariat des Nations unies aux droits de l'homme envoie une mission de toute urgence, et j'appelle les États membres à aider en ce sens.

Enfin, s'il vous plaît, si le dialogue politique ne donne pas de résultats, des sanctions ciblées, telles que l'interdiction de voyager ou le gel des avoirs, doivent être adoptées.

*(Le Président coupe la parole à l'oratrice)*

**Elena Valenciano**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en primer lugar, quiero manifestar mi apoyo al trabajo hecho por la misión de observación electoral presidida por la señora Gabriel y, también, mi conformidad con lo que el comisario ha expresado en relación con Gabón. Creo que tenemos que mandar un mensaje claro. En África, en algunos países africanos están ocurriendo muchas cosas que nosotros no deberíamos consentir, pero es verdad que nuestras posibilidades de actuación son reducidas. Pero, sobre esas posibilidades de actuación que tenemos, debemos ser firmes y contundentes.

¿Cuántas veces hemos traído al debate de esta casa la situación en la República Democrática del Congo? Muchas veces. Hemos casi diseñado lo que iba a suceder, mes tras mes. Y, sin embargo, no hemos sido capaces de intervenir para frenar lo que está siendo, por una parte, una burla del presidente Kabila hacia su propio pueblo, pero también una burla hacia sus compromisos con las instituciones europeas.

Nosotros tenemos que repetir a los países africanos que la democracia es un juego de reglas que nadie puede saltarse. Y que, en el diálogo que mantengan con nosotros, los países terceros tienen que tener claro que nosotros no vamos a transigir con algunas de las derivas que se están produciendo, por ejemplo, en la República Democrática del Congo o en Gabón. Porque el posibilismo que a veces manifestamos para no acabar de romper nuestras relaciones con estos países, con estos Gobiernos, muchas veces acaba convirtiéndose en complicidad sin que nosotros lo queramos. Pero tenemos que romper ese círculo vicioso de posibilismo que acaba siendo el sostenimiento de muchos Gobiernos que no deberían gozar de nuestra confianza.

El diálogo es necesario porque no queremos abandonar ni a los gaboneses ni a los congoleños, pero las sanciones, dirigidas expresamente a los responsables, deben ser también parte de nuestra acción.

**Charles Tannock**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, since our previous debate on the DRC last November, I am pleased that there has been some progress in reaching a settlement for fresh elections and the standing-down of President Kabila. The deal reached at the end of December was a breakthrough, and we must praise the work of the Conference of Catholic Bishops in Congo for mediating the talks.

There is, however, concern about the pace of progress towards elections. Recent reports of the escape of M23 rebel fighters from Uganda and their crossing into the DRC should also be a cause for alarm, with a risk of a return to fighting in the North Kivu province, which could potentially be exploited by Kabila as grounds for prolonging his DRC presidency.

Similarly, in Gabon we see huge violations of human rights and violence since the flawed presidential elections last August, so justice and reforms are absolutely essential in that country. Of course, the EU must maintain pressure on the Gabonese authorities to prevent a climate of impunity.

**Pavel Telička**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, 2016 was in fact a dark year for the sub-Saharan part of Africa. While we saw some positive developments in the western part, such as elections and transitions of power, we have mentioned today some of the countries – and I could add more – that have gone through a very violent period.

What lies ahead of us are more elections in 2007. There will be presidential elections in Angola and people will go to the polls in Kenya, Liberia, Rwanda, Somalia, Sierra Leone, etc. All these elections represent a real challenge for the continent and for the international community, which means of course for the European Union as well. I must say that, if nothing substantial is done, we will be having the same debate in a few months from now.

So the issue is that there is a role to play – with an appropriate political role for the Africans themselves – for the African Union, the international community and the European Union. Commissioner, I appreciate that you have highlighted the repression, the sanctions, the monitoring and all the instruments that we have. You also highlighted one element which I would like to dwell on in a little more detail, which is that we do have human rights defenders, independent social media and vibrant communities in civil society. So our task is to provide them with the necessary support on time and in time. We must have this twofold ambition.

**Marie-Christine Vergiat**, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, au Gabon, les élections d'août dernier ont eu lieu, effectivement, en présence d'une mission d'observation de l'Union européenne, et donc avec l'accord du gouvernement en place.

Le rapport de la mission est accablant. Merci à nos collègues qui y ont participé, y compris parce qu'ils ont été victimes de menaces.

Ali Bongo aurait gagné de 6 000 voix. Les résultats du Haut-Ogooué, province d'origine de M. Bongo, avec une participation miraculeuse de 99,93 % et un score tout aussi miraculeux de 95,47 % en sa faveur, ont inversé les résultats.

Des heurts immédiats ont eu lieu, et ont atteint leur paroxysme le 1<sup>er</sup> septembre lors du saccage du QG de Jean Ping. Il y a eu de nombreux morts et d'incroyables violations des droits de l'homme qui se poursuivent.

La mission n'a pas tiré les conséquences de ces constats, sans doute en raison de la reconnaissance implicite des résultats par le gouvernement français.

Alors on peut demander des sanctions, une enquête indépendante, un dialogue politique, mais il faut d'abord dénoncer le résultat de ces élections truquées, c'est la meilleure façon de procéder.

C'est le respect que nous devons au peuple gabonais.

**Michèle Rivasi**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, on a quand même deux pays, mais je dirais que c'est un peu deux poids, deux mesures. Pourquoi? Parce que j'ai apprécié, Monsieur le Commissaire, ce que vous avez dit sur la République du Congo. Je trouve qu'il y a eu – pourrait-on dire – un bon point pour l'Europe, parce que, face au coup de force que voulait faire Joseph Kabila pour se maintenir au pouvoir, on apprend aujourd'hui que, grâce aux pressions diplomatiques, à l'intervention de l'Europe et aux sanctions prises, il renonce et que, comme vous l'avez indiqué, un processus va être mis en œuvre. Même s'il est fragile, il existe, et il faut être vigilant.

Par contre, au Gabon, je trouve que l'Europe a été assez absente, peut-être aussi parce que la présidence française n'est pas assez dynamique pour montrer les aberrations qui ont eu lieu au niveau de ces élections. Le rapport qu'a fait M<sup>me</sup> Gabrielle est très net. Il montre bien qu'il y a eu un bourrage d'urnes et que les résultats sont complètement aberrants. C'est là que l'Europe doit intervenir, pour prendre des sanctions. Ce que j'ai entendu au sujet des Gabonais, c'est qu'ils ne veulent plus de visas de circulation pour la famille d'Ali Bongo; pour les membres du gouvernement, les responsables du coup d'État et de la répression, ils veulent une interdiction de séjour et de circulation dans l'Union européenne, une interdiction de survol aérien et un gel des avoirs en Europe. Si on fait cela, cela fragilisera le régime, et on s'attend à une explosion de la population.

En même temps, comme vous l'avez dit, il faut encourager une enquête indépendante pour les violences post-électorales, parce qu'il ne faut pas que cela reste impuni, mais il faut que l'Europe soit plus active au niveau du Gabon.

**Mario Borghezio**, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, se vi sono due paesi dell'Africa subsahariana che necessitano di una grande attenzione da parte dell'Unione europea, e forse di tutto il mondo civile, sono la Repubblica democratica del Congo e il Gabon.

Per quanto riguarda il Congo, certamente c'è molta preoccupazione circa l'attuazione degli accordi di San Silvestro, un grande risultato che però deve essere portato avanti con il concorso e l'attenzione delle autorità internazionali e delle istituzioni internazionali, visto che è così difficile la pacificazione fra queste fazioni così opposte e che procede in maniera molto lenta e sospetta la liberazione dei prigionieri politici. Mi sembra, come giustamente denuncia la Conferenza episcopale, un elemento fondamentale per chiarire le reali intenzioni del vecchio governo.

Per quanto riguarda il Gabon, direi che c'è preoccupazione per le violenze che continuano e io credo che si debba anche fare luce circa i brogli elettorali e la realizzazione delle elezioni in questi paesi, che rappresentano un dato negativo comune.

**Bogdan Brunon Wenta (PPE)**. – Panie Przewodniczący! Brak poszanowania zasad państwa prawa, konstytucji, podstawowych praw obywateli to działania, które przyczyniają się do niestabilności państwa i konfliktów. Kurczowe trzymanie się władzy przez prezydenta Kabilę doprowadziło do krwawego tłumienia pokojowych demonstracji, prześladowania opozycji oraz ograniczania wolności mediów. Co prawda udało się wynegocjować pomiędzy Kabilą a częścią opozycji porozumienie o zorganizowaniu w Kongo wiarygodnych wyborów w tym roku, ale niestety prezydent jeszcze go nie podpisał.



W Gabonie wybory prezydenckie zostały przeprowadzone w sposób chaotyczny, liczne nieprawidłowości zgłaszane przez misje obserwacyjne podważają ich wynik. Skutki zaprzysiężenia Alego Bongo na prezydenta były tragiczne: w państwie trwa kryzys, odnotowano liczne wybuchy przemocy, aresztowania oraz ograniczenie wolności słowa.

Chciałbym zaznaczyć, że sytuacja w Gabonie i DRK poważnie rzutuje na inne kraje Afryki Środkowej i stanowi zagrożenie dla stabilności tego regionu, dlatego władze obydwu państw muszą nawiązać otwarty dialog z przedstawicielami opozycji oraz przeprowadzić obiektywne śledztwa w sprawie przemocy i naruszeń praw człowieka związanych z wyborami.

**Jo Leinen (S&D).** – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Ali Bongo a manipulé les résultats des élections présidentielles au Gabon. Il n'est donc pas le président légitime de ce pays.

Par frustration, il a attaqué le camp de l'opposition. Il y a eu des morts et des blessés. Il a établi un régime de suppression et de peur dans le pays.

Le Parlement demande à l'Union européenne d'être prête à soutenir l'envie de démocratie, de justice et de liberté de la population, et surtout de la jeunesse, au Gabon.

Nous demandons que l'Union européenne utilise tous les instruments qu'elle possède pour sanctionner les personnes responsables, à commencer par Ali Bongo ainsi que d'autres personnes de son équipe et de son gouvernement.

Je pense qu'il faut que l'Union européenne ait le courage de prendre des mesures directes et efficaces, par exemple l'interdiction, pour ces responsables, de voyager ou de séjourner sur le territoire de l'Union européenne, ainsi que le gel de leurs avoirs.

C'est exactement ce que l'entourage d'Ali Bongo craint le plus: de ne plus pouvoir jouir des privilèges et des richesses issus de la corruption, de la fraude et de l'exploitation de la population du Gabon.

Je suis convaincu que nous agirons et j'espère aussi que la France ne bloquera pas de telles démarches et mesures.

**Mark Demesmaeker (ECR).** – Congo werd afgelopen zondag uitgeschakeld in de eindronde van de Afrika Cup, tot spijt van de voetbalgekke Congolezen. Maar het volk heeft natuurlijk andere zorgen. Het land ligt al veel langer uit het kampioenschap van democratische landen. En in tegenstelling tot het voetbal, waar een nederlaag altijd verschillende oorzaken heeft, ligt de reden voor het falen van de Congolese staat bij haar leiders. Coach Kabila, om nog een keer in voetbaltermen te spreken, houdt op een onverantwoorde manier vast aan de macht en de geschiedenis leert ons dat een oplossing nooit kan gevonden worden met een leider die het vertrouwen van z'n eigen volk kwijt is en de grondbeginselen van de grondwet en democratie met de voeten treedt. Met de bisschoppenconferentie werd een akkoord bereikt. In afwachting van verkiezingen moet de regering geleid worden door de oppositie. Maar Kabila leeft dit akkoord al niet meer na en weigert de door Étienne Tshisekedi aangeduide premier te benoemen.

Kabila is echter niet de oplossing van het probleem, hij is de oorzaak. Stabiliteit en rust kunnen alleen terugkeren wanneer hij van het politieke toneel verdwijnt en plaatsmaakt. Het is nog maar de vraag of dat gebeurt. Ik herhaal dan ook mijn dringende vraag: zal de EU werk maken van doeltreffende sancties tegen Kabila en zijn entourage?

**José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE).** – Señor presidente, señor comisario, señorías. El debate que estamos celebrando hoy y la votación que tendrá lugar mañana tienen un doble objetivo: por un lado, expresar la preocupación de este Parlamento por la situación de inestabilidad y violencia que están viviendo estos países —ya se han referido a ello la alta representante, el Consejo de Ministros de la Unión y, como nos recordaba el comisario, el Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas— y, por otro, afirmar la coherencia de las misiones de observación electoral de la Unión Europea, que son un buque insignia de nuestro proyecto y que han generado respeto, prestigio y credibilidad.

Por eso, hay que rechazar las presiones y las amenazas que se han vertido sobre la misión de observación electoral de la Unión Europea, que ha presidido nuestra colega, la señora Gabriel, y movilizar, señor presidente, todos nuestros esfuerzos para asegurar la estabilidad de esta región, de estos países, que son claves para el África central y para la región de los Grandes Lagos.

**Cécile Kashetu Kyenge (S&D).** – Monsieur le Président, la situation actuelle montre une profonde crise de la démocratie en Afrique centrale. Plusieurs pays sont marqués par des irrégularités électorales ou, tout simplement, le report indéfini des élections.

J'aimerais souligner la nécessité de garantir la séparation des pouvoirs dans tous les pays. Sans indépendance ni transparence, la démocratie au Gabon ne peut pas fonctionner correctement. Je dénonce la répression meurtrière, par les forces de sécurité, de manifestations pacifiques. Il faut mettre les auteurs de ces drames devant leurs responsabilités. Les dirigeants doivent écouter les doléances de leur peuple et je demande au Conseil de l'Union européenne de prendre rapidement des sanctions ciblées contre tous les responsables de la fraude et des irrégularités électorales, notamment au Gabon. Ces personnes ont de nombreuses attaches en Europe. C'est pourquoi le gel de leurs avoirs et les restrictions de leurs voyages les toucheront directement.

En ce qui concerne précisément le Gabon, je condamne aussi fermement le manque de transparence des élections, relevé dans le rapport final de la mission d'observation électorale. J'appelle les autorités gabonaises à mettre en œuvre toutes les recommandations, notamment la réforme du système électoral. Nous ne devons pas permettre à Ali Bongo, le président, de laisser pourrir la crise politique, comme cela s'est produit au Burundi.

Par ailleurs, je demande aux autorités gabonaises d'apporter un démenti formel quant aux allégations de corruption des membres de la mission, de manière à restaurer l'image de probité des institutions européennes.

En ce qui concerne la RDC, je termine en disant que les élections doivent maintenant être organisées dans de brefs délais et avant la fin de l'année 2017 pour que, enfin, Kabila puisse quitter le pouvoir et le céder pacifiquement aux nouvelles autorités.

**Cristian Dan Preda (PPE).** – Monsieur le Président, RDC et Gabon: deux pays face à un blocage politique majeur et à une dégradation de la situation de la sécurité et des droits de l'homme.

Je regrette qu'il ait été impossible d'adopter un rapport commun sur la limite des mandats présidentiels lors de la dernière assemblée plénière ACP-UE. Notre message doit être clair: le respect de la constitution et de la loi est non négociable. Il y a un point commun entre les situations en RDC et au Gabon: il s'agit de deux présidents qui s'accrochent au pouvoir, soit en violant la limite des mandats, soit en fraudant lors des élections.

L'UE doit mettre l'accent sur le soutien du dialogue politique entre le pouvoir et l'opposition, et se concentrer sur la prévention en utilisant davantage l'outil du dialogue politique dans le cadre de l'accord de Cotonou.

Domnule președinte, profit că vorbim despre statul de drept și vă cer să vă solidarizați cu cetățenii care în București manifestă tot pentru statul de drept, de data asta în țara dumneavoastră. Mulțumesc pentru atenție.

**Pier Antonio Panzeri (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono già state dette molte cose, ma io voglio sottolineare che gli appuntamenti elettorali del 2016 in Gabon e nella Repubblica democratica del Congo hanno confermato la cattiva salute in cui versa lo Stato di diritto di alcuni paesi nel continente africano.

Abbiamo messo sotto osservazione il Gabon e la Repubblica democratica del Congo e devo dire che, se da una parte fanno ben sperare le trattative mediate dalla Conferenza congolese dei vescovi cattolici, che hanno portato alla firma di un accordo politico secondo il quale Kabila si impegna a dimettersi dopo le elezioni che si terranno nel 2017, la situazione in Gabon appare invece molto lontana dal reale raggiungimento di un compromesso.

Credo che, da questo punto di vista, l'Unione europea debba impegnarsi fortemente nella tutela delle aspirazioni democratiche dei cittadini del Congo e del Gabon e condannare fermamente le minacce, le aggressioni e l'uso della forza.

*Intervenții la cerere*

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il recente accordo che apre la strada ad elezioni pacifiche entro il 2017 nella Repubblica democratica del Congo è, finalmente, dopo un periodo di gravi tensioni, una buona notizia per questo paese di fondamentale importanza per la regione dei Grandi Laghi e per tutta l'Africa. Il Congo si è trovato ad affrontare in questi anni una situazione di insicurezza sociale, oltre che politica, di cui ha fatto drammaticamente le spese la popolazione civile, con le improvvise migrazioni interne o nei paesi vicini: un processo che va bloccato se non vogliamo trovarci di fronte all'ennesima catastrofe umanitaria.

È assolutamente necessario che l'Europa e la comunità internazionale lavorino per il rispetto degli accordi, la pacificazione nazionale del paese e per favorire l'instaurazione di un sistema politico democratico che consenta l'alternanza al potere, nel rispetto del dettato costituzionale. Questa è la condizione di base ed essenziale per tirare fuori il paese dalla difficile e pericolosa situazione in cui si trova.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, το Συμβούλιο Ασφαλείας του ΟΗΕ έχει εκφράσει επανειλημμένα τις ανησυχίες του για την κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων τόσο στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό, όσο και στη Γκαμπόν, ενώ και οι δύο χώρες έχουν εισέλθει σε περίοδο αποσταθεροποίησης. Συγκεκριμένα, η κατάσταση στους τομείς της ασφάλειας και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό εξακολουθεί να επιδεινώνεται ενώ η απόφαση του Kabila να επεκτείνει τη θητεία του στον προεδρικό θώκο έχει προκαλέσει θύελλα αντιδράσεων στην αντιπολίτευση. Παράλληλα, η πρόσφατη ανακοίνωση της επανεκλογής του προέδρου Ali Bongo για μια τρίτη θητεία στην Γκαμπόν έγινε αιτία να προκληθούν βίαια επεισόδια στη χώρα, με 1100 συλλήψεις και τρεις θανάτους. Και οι δύο χώρες αντιμετωπίζουν πρόβλημα αστυνομικής βίας, η οποία χτυπά πλέον τους ακτιβιστές και τους αντιφρονούντες, ενώ οι πολυάριθμες συλλήψεις που καταγράφονται προκαλούν σοβαρές ανησυχίες για το κατά πόσο εξακολουθεί να υφίσταται κράτος δικαίου. Είναι σαφές πλέον ότι η διεθνής κοινότητα πρέπει να παρέμβει και στις δύο αυτές χώρες.

*(Înceierea intervențiilor la cerere)*

**Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.** – Mr President, this has been a very rich exchange and I am grateful to the honourable Members for their very valuable interventions. I believe it will be an important reassurance to the people of both Gabon and the Democratic Republic of Congo that this House is following developments with such attention and cares sincerely about their destiny.

From this debate, I conclude that we all share a common interest in engaging with the Gabonese Government in determining whether there is a genuine willingness to implement the Election Observation Mission's recommendations on electoral reforms and on the investigation of human rights violations. If this is not the case, we will draw the consequences.

As regards the Democratic Republic of Congo, the European Union will remain vigilant and ready to use all instruments available to ensure that a transition period will end with democratic and transparent elections.

Finally, with the current volatile situation in both countries, let me remind you of the statements issued by the European Union, stressing that all parties must refrain from violence, from incitement or provocation, or from the use of excessive force. We will continue following both countries' situation closely in every dimension, as I am sure you will do, too. I can assure you that we will continue to use all the tools at our disposal to assist in bringing a durable solution to the current crisis. We undertake to keep you fully informed of developments.

**Președintele.** – Dezbateră a fost închisă.

Votul, care va avea loc joi, 2 februarie 2017, înregistrează șapte propuneri de rezoluție, depuse pe baza declarației de la: ECR, ALDE, GUE, S&D, EFDD, Verts/ALE și PPE.

*Declarații scrise (articolul 162)*

**Isabella Adinolfi (EFDD)**, *per iscritto*. – Partendo dal presupposto che esistono specifici fondi dell'Unione europea per aiutare lo sviluppo democratico nei paesi terzi. Non è possibile non constatare che in paesi come il Congo e il Gabon la situazione politica e sociale è drammatica, vi è praticamente una totale assenza di democrazia. I governi attuali hanno preso il potere in maniera tutt'altro che democratica, causando fortissimi tensioni sociali e proteste. L'UE, avendo gli strumenti, dovrebbe agire per aiutare questi due paesi ad uscire da questa profonda crisi democratica.

**David McAllister (PPE)**, *schriftlich*. – Am 19. Dezember letzten Jahres endete offiziell die Amtszeit des Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Joseph Kabila. Bereits vor den Präsidentschaftswahlen Ende November 2016, die absichtlich verzögert wurden, sowie danach kam es in der Hauptstadt Kinshasa und in weiteren Städten zu teils gewaltsamen Protesten. Die Unruhen im Land könnten zu erneuten Flüchtlingsströmen innerhalb Afrikas und zu einer steigenden Anzahl von Migranten in Europa führen. Die EU setzt sich deshalb zu Recht dafür ein, diesen Konflikt diplomatisch zu lösen. Das Europäische Parlament hat mit diesem Entschließungsantrag zur Krise der Rechtsstaatlichkeit in der DRK eindeutig Position gegen jegliche Gewaltanwendung bezogen.

An einer vergleichbaren Situation leidet Gabun. Dort haben Präsidentschaftswahlen mit dem Ergebnis stattgefunden, dass Präsident Ali Bongo die Wahl im August 2016 für sich entscheiden konnte. Allerdings gibt es ernsthafte Hinweise auf Wahlfälschung, insbesondere in seiner Heimatprovinz Haut-Ogooué. Sein Herausforderer, Jean Ping, hat in allen anderen Provinzen die meisten Stimmen erhalten. Nur das Ergebnis aus der Heimatprovinz Bongos führte letztendlich zu seinem Sieg.

In der DRK sowie in Gabun geht es den jeweiligen Präsidenten lediglich um den Machterhalt. Das Europäische Parlament verurteilt zu Recht die dadurch entstandenen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte und fordert mit Nachdruck verfassungsgemäße Wahlen.

**Jiří Maštálka (GUE/NGL)**, *pisemně*. – V rámci diskuse o lidskoprávních otázkách jsme se dnes zabývali obtížnou politickou situací v Demokratické republice Kongo a Gabonu, v obou zemích přetrvává období politické nestability a násilí, a to zejména v souvislosti s prezidentskými volbami v obou zemích. V obou těchto zemích shodně vypukly pouliční demonstrace, které byly násilně potlačeny, což vedlo k úmrtí řady lidí. Státní orgány tam ostře zasáhly proti členům opozice a občanské společnosti, kteří vyjádřili nesouhlas se stávající vládou. V rámci společného usnesení Evropského parlamentu vyjadřujeme lítost nad ztrátou lidských životů, hluboké znepokojení nad čím dál nestabilnější situací v obou zemích a naléhavě žádáme příslušné orgány, aby dodržovaly své mezinárodní povinnosti, zaručily lidská práva a důsledně dodržovaly zásady právního státu.

## 17. Null Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen (Aussprache)

**Președintele**. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Comisiei referitoare la toleranța zero față de mutilarea genitală a femeilor (2017/2524(RSP)).

**Věra Jourová**, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, female genital mutilation (FGM) is one of the most serious grievous forms of violence against women. I am strongly committed to eliminating this practice. I stand for zero tolerance for it and I call on all of you to join me in this. I welcome the opportunity to discuss it with you today, ahead of the International Day of Zero Tolerance for FGM on 6 February.

The estimated figures are really shocking, with half a million women and girls being victims of FGM in Europe, and 125 million worldwide. Thousands of girls are at risk of FGM.

I would like to update you today on what the Commission has done in this area since we last discussed this serious issue in 2015. We have been following the 2013 action plan, the Communication 'Towards the elimination of FGM', and its five defined priorities: improving data collection and knowledge, prevention, prosecution, protection and eliminating FGM worldwide. In the strategic engagement for gender equality we commit ourselves to continue with the implementation of the measures set out in the communication.

I am proud to announce that this week a complex web-based knowledge platform, which serves as an online EU-wide multilingual resource and education centre for professionals, has been launched. It provides easily-accessible and culturally-appropriate information and support to professionals from diverse backgrounds across the EU. The aim is to raise awareness of FGM, to effectively deliver victim support and to protect women and girls living with, or at risk of, FGM. We reach out to all relevant professionals, including nurses, doctors, midwives, lawyers, judges, prosecutors, police officers, asylum officers, teachers, social workers, child protection professionals and also reporters and journalists. This project has gone live, also due the commitment of Parliament to this cause. I count on your further support to ensure a wide dissemination of the information on this new tool.

In addition, together with the European Institute for Gender Equality, we have developed a methodology to estimate the risk of FGM in different Member States, and we have funded a prevalence study to get more understanding of the phenomenon. We are working on the revision of the EU guidelines on the promotion and protection of the rights of the child. Preventive and protective measures against FGM are foreseen to be part of the recommendations towards Member States, notably with regard to children in migration. We are enforcing a correct and timely implementation of the Victims' Rights Directive, which is of particular importance for victims of gender-based violence, including FGM, as it ensures access to free-of-charge and confidential specialist support services, including trauma support and counselling.

In the proposed amendments to the Common European Asylum System we strengthen the safeguards for protection of persons with specific needs, including women applicants who have experienced gender-based harm. Access to medical care, legal support and appropriate trauma counselling and psychosocial care is to be ensured. The European Asylum Support Office has developed a practical support tool for the identification of persons with special needs and applies a training module on gender, gender identity and sexual orientation to officers.

Last, but not least, we are funding transnational projects that combat harmful practices such as FGM, both in the EU and beyond. In concrete terms, this means EUR 4.5 million in the Rights Equality and Citizenship Programme and EUR 11 million in the UNICEF Joint Programme on the abandonment of FGM.

Last year, I visited NGOs that help victims and support women who have undergone FGM and that focus on the prevention of girls from being cut. I have spoken to the women and men dedicated to ending this practice and listened to their concerns. One of the recurring issues was the prevailing lack of knowledge and understanding of professionals. This impedes girls and women in Europe from getting the best possible care and from having all their rights respected. If a doctor is surprised or horrified when an infibulated woman visits him or her, this can cause shame and certainly it would be a hurdle for visiting again and receiving appropriate care. If a police officer believes this is just a part of the culture, rather than a serious infringement of rights, coming forward can become so much harder. If a teacher has never heard of FGM, it will be impossible to pick up any signals and prevent a young girl from being cut. Hence, it is important to encourage all relevant professionals to act accordingly and provide care, protection and prevention. I believe the FGM platform we are launching these days, calling to unite to end FGM will be an important contribution to end this practice in Europe.

Finally, as you know, I have dedicated this year as a year of focused actions to combat violence against women. I will continue to fight harmful practices such as FGM as part of it, and count on your support.

**PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI***Wiceprzewodniczący*

**Constance Le Grip**, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, ce que nous dénonçons aujourd'hui est une véritable horreur qu'ont connue 500 000 femmes qui vivent aujourd'hui en Europe, au nom de prétendues pratiques traditionnelles, sociales, culturelles, religieuses. Dans le monde, d'après les chiffres de l'OMS, quelque 140 millions de femmes, de jeunes femmes, de jeunes filles, de petites filles, ont subi l'une ou l'autre forme de mutilations génitales féminines.

Le 6 février — vous l'avez dit, Madame la Commissaire — est la journée internationale dédiée à la tolérance zéro à l'encontre des mutilations génitales féminines. Le Parlement européen s'est toujours engagé avec beaucoup d'opiniâtreté et de constance, au long des années passées, afin d'alerter l'opinion publique, de faire preuve de détermination et d'engagement dans la lutte contre cette forme absolument intolérable de violence faite aux femmes, dont — nous le savons bien maintenant, toutes les études concordent — les effets sur la santé, le bien-être, mais également sur les parcours de formation et d'éducation, sur les parcours professionnels, se font sentir très longtemps chez les victimes. Les mutilations génitales féminines constituent vraiment une atteinte intolérable à la dignité humaine, à l'intégrité du corps de la femme.

Vous nous avez annoncé, Madame la Commissaire, un point très précis sur les actions engagées, ainsi que sur la plateforme qui vient d'être installée. Nous vous remercions pour ce point très précis, pour l'intensité de l'engagement, de la mobilisation dont vous faites preuve. Nous continuons à vous soutenir, à vous encourager, à aller toujours plus loin et, notamment, à mettre la pression — si vous me permettez cette expression — sur les États membres qui n'ont pas encore, pour ce qui les concerne, très concrètement et de manière très organisée, décliné un plan d'action volontaire contre cette pratique, encore une fois, intolérable.

**Iratxe García Pérez**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria. Hoy este Parlamento tiene que servir de altavoz para denunciar una práctica, para denunciar una tortura de las mujeres, una violación de los derechos humanos como es la mutilación genital femenina; una realidad que afecta a más de medio millón de mujeres en la Unión Europea y a cerca de 140 millones de mujeres en el mundo. Por lo tanto, damos la bienvenida a las propuestas que ha trasladado la señora comisaria sobre cómo prevenir, cómo luchar contra la mutilación genital femenina, porque creo que es fundamental exigir responsabilidades a las instituciones públicas en todos los niveles.

Y no olvidemos que no estamos hablando exclusivamente de las mujeres de la Unión Europea, que también podemos contribuir a luchar contra esta práctica en el ámbito internacional. Por eso, en la política exterior y en la política de cooperación de la Unión Europea tengamos en cuenta esta situación para poder erradicar esta realidad.

Y tengamos en cuenta también una cosa, y es que las tradiciones y la cultura tienen un límite y ese límite es el respeto de los derechos humanos, el respeto de los derechos de las mujeres.

**Jadwiga Wiśniewska**, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Ponad 140 milionów kobiet na świecie – to są oficjalne dane – doznało okaleczenia narządów płciowych, ponad pół miliona kobiet w Unii Europejskiej. To jest niesamowity problem: w XXI w. kobiety doświadczają takich cierpień!

W Parlamencie Europejskim jest Komisja Praw Kobiet i Równouprawnienia. Chcecie państwo dowiedzieć się, czy w opinii na temat poszanowania praw człowieka, którą w ubiegłym roku przygotowała ta komisja, znalazł miejsce ten problem? Pewnie pomyślicie: na pewno tak, znaczna część tej opinii pewnie była poświęcona temu barbarzyństwu. Otóż chcę państwa wyprowadzić z błędu: ani jednego słowa o okaleczaniu kobiet. Zajmijmy się tymi realnymi problemami. Te okaleczone kobiety krzyczą i proszą o pomoc. Nie spotykajmy się na seminariach i debatach – piękne panie z bogatych państw współczujące tym obrzezanym kobietom. Podejmijmy realne działania. Mówmy o tym, co dla tych kobiet jest najważniejsze. One czekają na naszą pomoc, one wołają – kobiety i małe dziewczynki, które również doświadczają tego cierpienia. Nie gadajmy, róbmy, pomagajmy! W sposób realny zauważajmy problemy kobiet. Apeluję do moich koleżanek z Komisji Praw Kobiet i Równouprawnienia: wy znacie tę opinię i nie wniosłyście tam poprawek dotyczących tej kwestii.

**Angelika Mlinar**, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I think we can all agree here that there is no reason for young girls to suffer genital mutilation. There is no place for such a practice in any civilised society. This so-called tradition, like many others, is nothing but a violation of women's rights which goes back many centuries, and we can no longer tolerate it happening in the 21st century. We should be committed every day, not just on the International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation as such.

The EU has been advancing on this file. However, we should strengthen the instruments at our disposal. As regards supporting victims of FGM, the provisions of the EU Directive on Victims' Rights apply to all victims of crime, including FGM. The signing of the Directive on Victims' Rights meant that tremendous progress was made in strengthening victims' rights. The European Parliament, as co-legislator, had as a clear objective to seriously recognise the needs of victims in criminal proceedings.

We now need to focus on the implementation of this important piece of EU legislation, which should have been transposed into national law by all EU Member States by November 2015. However, progress made on the transposition front is very disappointing. I would like to ask the Commissioner about the state of play of implementation. Another complementary tool in the fight against FGM was the Istanbul Convention as it was the first treaty to recognise that FGM exists in Europe and needs to be systematically addressed. I would therefore repeat my call on the Commission and on the Council to undertake whatever is needed to make the EU accession to the Istanbul Convention happen as soon as possible.

**Malin Björk**, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, the cutting of women's genitals and clitorises is a very serious form of violence against women. As colleagues have said, approximately 130 to 140 million women and girls have been victims of FGM. FGM is older than Christianity or Islam. It has nothing to do with religion, but it has all to do with patriarchy. It is also symptomatic for me that the clitoris almost everywhere has been systematically neglected and erased. Many people don't even know what it looks like, and the dictionaries in 2017 still get it wrong. This is what it looks like, a real-sized clitoris. This is a simple 3D print that I think every woman should be proud to be in possession of, because knowing your body is also a way to take back control, to take back power. This is being used by many FGM activists that fight against FGM, and it gives us the power to protect it.

Saying a firm 'no' to FGM for me also means that we have to have protective laws and we have to provide strong support to the grassroots organisations that work on this. But saying no to FGM also demands that we say no to all forms of patriarchal control of our bodies. Today we see the attacks on women's bodies from the likes of Trump with his awful gag rule that wants to threaten women's sexual and reproductive health and rights worldwide.

Colleagues, Commission, our message must be clear. These struggles are linked. We say no to FGM, support grassroots organisations. We say no to all forms of patriarchal control over our bodies, and we say yes to sexual freedom and choice for women and for proper sexuality education where we can learn about our rights, our women's rights and our bodies, and about the clitoris.

**Terry Reintke**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, defending women's and girls' rights has actually become even more urgent in the last week, most recently when Donald Trump signed an executive order to reinstate the Global Gag Rule. This rule will not only cut funding for family planning organisations that give consultations on safe abortion but will also cut funding for very important things like HIV prevention, medical care and helping victims of female genital mutilation (FGM).

Now is the time for the European Union to step up and say that it is going to counterbalance what is being cut by the American administration, not only financially but also organisationally, and is going to support giving consultation and all medical care to victims of female genital mutilation, because female genital mutilation is a deeply traumatising form of sexualised violence.

We need to step up our efforts to fight against all forms of violence against women. I must say that I am very surprised by our colleagues on the right, who are now claiming that we never speak about FGM because actually the ratification of the Istanbul Convention would be a very important step to do exactly that. So once again the International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation should be a reminder to you Commissioner, and also to all Member States, to ratify the Istanbul Convention and take these very decisive steps not only against FGM, but against all forms of violence against women.

**Mylène Troszczyński**, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, nous sommes tous d'accord pour dire que les mutilations génitales féminines sont des pratiques atroces et barbares et qu'elles vont à l'encontre de nos cultures et de notre civilisation européenne.

Selon les derniers chiffres fournis par l'Unicef en 2016, 200 millions de femmes et de filles en sont victimes dans le monde, soit 70 millions de plus qu'en 2014.

En France, on évalue le nombre de femmes et de fillettes victimes de cette pratique barbare entre 45 000 et 60 000. Ceci est intolérable.

J'imagine que, comme moi, vous souhaitez que ces pratiques dangereuses aux conséquences très graves pour les femmes et jeunes filles qui en sont victimes cessent définitivement.

Mais quelle est votre réponse ?

Dans le rapport de M<sup>me</sup> Honeyball sur la condition des femmes réfugiées, au paragraphe 15, il est dit: «il faut garantir une protection pour les victimes des mutilations génitales féminines (MGF) par l'intermédiaire de procédures d'asile systématiques».

Vous qui vous mêlez de tout dans les pays qui ne vous demandent rien, vous faites une fois encore preuve de lâcheté sur ce sujet et ne faites rien pour endiguer ce phénomène dans les pays concernés.

En réalité, ce que vous allez créer, c'est une nouvelle voie d'accès à l'immigration.

Encourager l'immigration massive, comme le fait l'Union européenne depuis des décennies, sans exiger l'assimilation des populations, revient à instaurer un communautarisme qui ne permet pas de protéger chez nous toutes ces femmes victimes de mutilations génitales.

Dénoncer les mutilations génitales en cet hémicycle ne suffit pas, tout comme il ne suffit pas d'envoyer une enveloppe de dix millions d'euros à l'Égypte pour que cette pratique cesse.

Laissons aux États membres, dont c'est la compétence exclusive, le soin d'agir. Apportons toute l'aide que nous pouvons aux pays qui luttent contre ces pratiques barbares et cessons cette politique migratoire destructrice, tant pour les femmes victimes de mutilations que pour nos pays.

**Diane James (NI)**. – Mr President, a case of female genital mutilation (FGM) in England is reported every 109 minutes. Just think of what that means in terms of incidence. The fact that there such a level of FGM is an absolute outrage, but practices based on cultural or quasi-religious beliefs are difficult to eradicate, and when family members are involved it is actually near impossible.



When authorities want to stop FGM being undertaken, but in many instances are prevented from doing so, then a resolution to the problem becomes that much more difficult. In the United Kingdom, I welcome and applaud the fact that schoolteachers, border officers and many public servants are now at the forefront of resources to stop FGM. This is not an EU matter: this is an issue for Member States, whose internal systems are best placed and can be directly resourced to thwart and stop this cruel and unimaginable horror – an affront to human decency.

The European Union call for zero tolerance for FGM is, as always, words. Nothing that this particular proposal identifies can be delivered because it all contradicts the EU stance on human rights, that is to say interference in travel freedoms, the right to exercise cultural practices, recognition of cultures and societies. But Member States can actually do something and that is what I want to see happen. If zero tolerance is achieved, it will be achieved by national governments.

**Anna Maria Corazza Bildt (PPE).** – Mr President, Madam Commissioner, female genital mutilation is a crime and it should be treated as such. These barbaric practices, as my colleagues have said, still affect millions of girls around the world and in Europe, and more are at risk. We are talking about serious breaches of the rights of girls, some of whom are aged as young as two years old, causing physical and psychological damage.

Commissioner, I welcome your commitment and action. It is time for the Member States to do more to enforce the existing legislation, to ratify and enforce the Council of Europe's Istanbul Convention on Violence against Women, and to accelerate EU accession to the Istanbul Convention. The Convention specifically criminalises female genital mutilation and provides specific measures for prevention and protection of victims, such as the training of judges and healthcare for victims.

To eradicate FGM we need to eradicate impunity and ensure that the perpetrators, and even the guilty parents, are prosecuted. Let us say it loud and clear: child abuse and gender-based violence can never be justified by any religion, any tradition or any culture.

The EU must do more in its external and humanitarian action. We have to support awareness-raising, education on child rights and the medical risks, and support the adoption of national laws banning this practice. We also have to work with activists in civil society at grassroots level to empower women and girls to speak up in their communities. It is about recovering their dignity and it is about respecting the integrity of girls' bodies.

I will finish by saying this: let us continue to join forces in tirelessly repeating that we have to stand up for zero tolerance for female genital mutilation, for as long as it takes.

**Liliana Rodrigues (S&D).** – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, em 2015, no Quênia, Barack Obama disse o seguinte: «Não há desculpa para a agressão sexual ou a violência doméstica. Não há razão para que jovens meninas sofram mutilação genital.» Essas tradições podem ter séculos, dizia Barack Obama, mas não têm lugar no século XXI.

No próximo dia 6 de fevereiro, assinalamos mais um Dia Internacional de Tolerância Zero à Mutilação Genital Feminina e o problema persiste. Faz agora um ano que a União Europeia reiterou o seu compromisso com a eliminação desta prática.

Esta violência escondida nada tem a ver com cultura. É pura tortura. É preciso um compromisso da comunidade internacional para a criminalização desta prática em todos os países. Quem trata mal as suas mulheres e crianças, não pode ser, de facto, um parceiro credível.

Agradeço à Senhora Comissária a indicação do que tem sido feito mas tenho algumas perguntas concretas que gostava de ver respondidas.

Que resultados há nas comunidades que levam a cabo esta prática? Como está a recolha e o tratamento de dados dentro e fora da União Europeia? E que medidas de punição estão a ser previstas? Por fim, que força temos nós para, em termos de política externa, combatermos precisamente este flagelo?

**Anneleen Van Bossuyt (ECR).** – Ik ben blij dat we hier vandaag het debat hebben over genitale verminking. Europa mag het hoofd niet afwenden van dit probleem. Het is een vorm van geweld tegen vrouwen die niet alleen buiten onze Europese grenzen plaats vindt. Het is hier al aangehaald, onderzoek wijst uit dat het jammer genoeg ook in vele Europese lidstaten voorkomt, onder andere ook hier in België zelf.

2017 is het Europees jaar van de strijd tegen geweld tegen vrouwen en als we hier echt gevolg aan willen geven, moeten we ons ook inspannen voor de meisjes en voor de vrouwen die het slachtoffer zijn van genitale verminking. Het gaat om mensen die hun land hiervoor zelfs ontluchten. We hebben ook betere zorg nodig voor de meisjes en de vrouwen die het slachtoffer zijn geworden van genitale verminking en ik ben dan ook erg blij dat mijn voorstel voor een proefproject voor clitorale reconstructie voor vrouwen die het slachtoffer waren van genitale verminking, dit jaar Europese middelen zal krijgen. Dus dank u wel daarvoor.

**Γεώργιος Επιτήδειος (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, ο ακρωτηριασμός των γυναικείων γεννητικών οργάνων χωρίς να συντρέχουν ιατρικοί λόγοι αποτελεί μία απαράδεκτη, αναχρονιστική και βάρβαρη πρακτική η οποία πρέπει όχι μόνο να καταδικαστεί αλλά και να εξαλειφθεί πλήρως. Αποτελεί ντροπή για την πολιτισμένη ανθρωπότητα, τον 21ο αιώνα, να επιτρέπει να παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα των γυναικών και να ανέχεται να υπάρχουν κράτη τα οποία αντιμετωπίζουν τα κορίτσια και τις γυναίκες σαν ζώα, να αποδέχεται ή να αδιαφορεί για την κακοποίηση τους και για τα βιολογικά και ψυχολογικά προβλήματα τα οποία δημιουργούνται σε αυτές, προβλήματα από τα οποία ουδείς γνωρίζει πότε και αν ποτέ θα απαλλαγούν. Σύμφωνα με τα υπάρχοντα στοιχεία, 140 εκατομμύρια κορίτσια και γυναίκες σε χώρες της Αφρικής, της Μέσης Ανατολής αλλά και 500 χιλιάδες σε χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουν πέσει θύματα αυτής της βάρβαρης πρακτικής. Κατά ποια έννοια λογικής και ηθικής ανεχόμαστε να αφαιρείται από τα κορίτσια για τις γυναίκες αυτές το ιερό δικαίωμα στη μητρότητα; Ως Ευρωπαϊκή Ένωση, οφείλουμε να ενεργήσουμε άμεσα ούτως ώστε να τιμωρηθούν παραδειγματικά οι δράστες αυτών των εγκλημάτων και να εξαλειφθεί πλήρως από όλες τις χώρες του κόσμου αυτό το απαράδεκτο έθιμο.

**Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE).** – Señor presidente, señora comisaria, la mutilación genital femenina consiste en amputar total o parcialmente el clítoris. Si lo visualizamos, entenderemos más claramente la barbarie que sufren doscientos millones de mujeres y niñas en más de treinta países. Reconozco que no es fácil enfrentarse a este complejo entramado de discriminación, de costumbres, de desconocimiento y de religión que esclaviza a tantas niñas inocentes que sufren en silencio una mutilación que las marcará el resto de su vida.

Es necesario cambiar la mentalidad para conseguir el abandono del cuchillo, que pone en peligro no solo la integridad física sino también la psicológica. Nuestra acción no debe ser agresiva, sino que tiene que apuntar a la sensibilización de las comunidades que lo practican y a la educación, ya que es la mejor manera de combatir esta lacra, que tiene una resistencia cultural muy fuerte. Las mujeres lo asumen, pero los impulsores son los hombres, evidentemente porque no los mutilan a ellos. Desgraciadamente, una mujer no mutilada es considerada impura, con lo cual sufre exclusión social.

Sumo mi voz a todas las campañas de tolerancia cero contra la mutilación genital, que, aunque se practica mayormente fuera de Europa, también nos afecta aquí, ya que existen en nuestros países muchas niñas en riesgo, debido a las creencias familiares, aunque estos casos no siempre salen a la luz. Aunque hay signos de esperanza, ya que hay países africanos que han prohibido la ablación por ley, la realidad es que aún se sigue practicando clandestinamente.

El camino es largo, pero todo el esfuerzo es poco para devolver la dignidad a tantas niñas indefensas, víctimas de una gravísima violación de los derechos del niño, o mejor dicho, de los derechos de las niñas.

**Julie Ward (S&D).** – Mr President, I am proud to stand here with colleagues to reaffirm that the EU will continue to fight to end violence against women and girls, including the appalling practice of female genital mutilation (FGM), and this is another issue where European cooperation makes a real difference. We know that every year 180 000 young women and girls are at risk of FGM, so tackling that phenomenon must be a women-led effort in intercultural dialogue, actively supported by men in the community. We must support grassroots efforts working directly with communities, with mothers, grandmothers and sisters, to change attitudes and break a harmful cycle.

We need to fund and empower the social services needed to support victims as well as community activists. The fight against FGM must be a vehicle for women's empowerment and social inclusion, and I would like to extend my thanks to all the civil society organisations, and especially the End FGM network, who work on the ground and bring their advocacy and expertise to the European Parliament. Without you we could not do our work.

**Mariya Gabriel (PPE).** – Monsieur le Président, les chiffres sont choquants, oui, mais aujourd'hui, nous sommes aussi la voix de ces 200 millions de femmes et de filles qui ont subi une forme de mutilation génitale féminine. Il n'y a pas d'excuse, ni culturelle, ni religieuse, qui puisse justifier cela.

D'abord, nous prêtons tous attention aux lois. Oui, des mesures légales ont été adoptées par un certain nombre de pays. Il faut les encourager, mais il faut surtout veiller à la mise en œuvre et à la sensibilisation.

Pour ce qui est de la mise en œuvre: il est absolument nécessaire de continuer à insister sur la collecte de données. Cela nous donnera une idée de plus en plus claire de l'étendue du problème, cela nous permettra de recenser les bonnes pratiques, cela nous permettra de mettre en avant le mot «prévention».

J'insiste beaucoup sur la sensibilisation et les campagnes d'information. Ne perdons pas de vue ces instruments non conventionnels, qui ont des retombées positives: des pièces de théâtre dans les villages, la sensibilisation menée auprès des hommes par des imams au Mali, des bandes dessinées au Sénégal. Sensibiliser, dès le plus jeune âge, les filles et les garçons, œuvrer au dialogue entre les générations, assurer des formations pour éviter les mutilations génitales médicalisées, voici quelques-uns des défis que nous pouvons relever.

Pour terminer, une question: comment pourrions-nous collaborer avec des organisations régionales, telles que l'Union africaine, afin de créer des synergies dans ce combat commun? Volonté réelle et coordination des actions sont indispensables. Le mot-clé, c'est «tolérance zéro».

**Edouard Martin (S&D).** – Monsieur le Président, «Je suis excisée et je ne veux pas que ma fille subisse cette pratique à son tour.»

«Ma femme a accouché d'une petite fille, comment faire pour la préserver de l'excision? On aimerait la protéger, mais ma belle-mère insiste pour qu'elle soit excisée.»

Ces témoignages sont réels et de telles pratiques se perpétuent hélas.

En 2017, refuser l'excision reste encore un acte de bravoure. L'exciseuse qui enterre son couteau, la mère qui dit non à sa belle-famille, le médecin qui refuse d'être complice: toutes et tous prennent un risque en disant non aux mutilations.

La pression sociale est très forte au nom de la tradition. Je ne vais pas rappeler ici l'horreur insoutenable de ces mutilations. Je ne vais pas non plus rappeler que ce Parlement a décerné le prix Sakharov à un homme remarquable, le Dr Denis Mukwege.

Ici, je veux humblement dire bravo à toutes ces femmes et ces hommes qui ont dit: «Non, ces traditions ne passeront pas par moi». À notre tour de les aider en disant non.

Madame la Commissaire, ces femmes comptent aussi sur vous. Proposez-leur des solutions maintenant, car comme vous l'avez dit, il reste encore beaucoup à faire.

**Adam Szejnfeld (PPE).** – Panie Przewodniczący! Omawiamy dzisiaj zjawisko jednoznacznie karygodne i to nie tylko ze względu na wartości, które my tutaj w Europie wyznajemy. Mówimy o zjawisku, które jest de facto powiązane również z ograniczeniem wolności seksualnej kobiet i to ograniczenie jest uzasadniane najczęściej tradycją i religią, ale w zasadzie według mnie jest to uzasadnienie najczęściej nieprawdziwe. De facto chodzi o takie barbarzyńskie władztwo mężczyzn nad kobietami. Są to tacy mężczyźni, którzy chcą tę sferę seksualności kobiet mieć tylko i wyłącznie dla siebie i zasłaniając się religią czy tradycją, kultuwują to barbarzyństwo, o którym mówimy. Ale tym trudniej jest z tym walczyć, bo z czymś, co jest uprawiane pod szyldem religii, a także tradycji bardzo ciężko wygrać.

Dlatego potrzebne są działania na różnych niwach, na różnych płaszczyznach, nie tylko prawnych, bo de facto, z przykrością muszę to powiedzieć, prawo zawsze przegra z tradycją i z religią. Potrzebna jest edukacja społeczna, potrzebne jest zaangażowanie społeczeństwa obywatelskiego, organizacji pozarządowych, ale także wreszcie wciągnięcie we wspólne działania Unii Europejskiej i państw członkowskich także tych państw, w których ten proceder jest realizowany. Tego bym się spodziewał po Komisji Europejskiej.

**Viorica Dăncilă (S&D).** – Doamnă președinte, doamnă comisar, practicile de mutilare genitală constituie o formă gravă de violență împotriva femeilor și fetelor, reprezintă o încălcare inacceptabilă a dreptului lor la integritate fizică. Asemenea practici nu trebuie să fie justificate niciodată, nici de religie, nici de cultură și nici de tradiție.

Doamnă comisar, salut angajamentul Comisiei în facilitarea schimbului de experiență și de bune practici pe probleme de mutilare genitală între statele membre. Utilizarea fondurilor Uniunii Europene pentru prevenirea acestor practici joacă un rol vital în protecția femeilor și fetelor, identificarea victimelor și în luarea de măsuri de combatere. Prevenirea mutilării genitale este o obligație internațională în materie de drepturile omului pentru fiecare stat membru și este nevoie de o abordare fermă și de o vigilență maximă pentru combaterea acestor practici.

#### Zgłoszenia z sali

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Europa mezzo milione di donne e ragazze vivono con le conseguenze fisiche e psicologiche di pratiche di mutilazioni genitali, eppure tanti Stati membri non hanno ancora un piano d'azione al riguardo. Occorrono una proposta di atto legislativo che istituisca misure di prevenzione contro ogni forma di violenza nei confronti delle donne e, come indicato nel programma di Stoccolma, una strategia che includa ulteriori piani d'azione comuni e strutturati per porre fine alle mutilazioni genitali femminili.

Gli Stati membri dovrebbero far ricorso ai meccanismi esistenti, per esempio la direttiva 2012/29/UE, per proteggere donne e bambini e perseguire, condannare e punire i responsabili di reati di mutilazioni genitali femminili, anche se commessi al di là dei confini dello Stato membro interessato. È necessario dunque che il principio di extraterritorialità sia incluso nelle disposizioni di tutti gli Stati membri in materia di diritto penale affinché il reato possa essere perseguito allo stesso modo nei 28 Stati membri.

**Νότης Μαριάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με έρευνα της UNICEF τουλάχιστον 200 εκατομμύρια κορίτσια και γυναίκες έχουν υποστεί ακρωτηριασμό των γεννητικών τους οργάνων σε τριάντα χώρες του κόσμου. Η Σομαλία, η Γουινέα, το Τζιμπουτί, η Σιέρα Λεόνε, η Αίγυπτος και η Ερυθραία είναι οι χώρες στις οποίες πραγματοποιείται πιο συχνά αυτή η απαράδεκτη και απάνθρωπη τακτική. Η μόνη θετική εξέλιξη σημειώνεται τελευταία στην Αίγυπτο, όπου η κυβέρνηση αποφάσισε να σκληρύνει τη στάση της απέναντι σε αυτό το βάρβαρο έθιμο και θέσπισε νόμο που προβλέπει επτά χρόνια κάθειρξη για όσους ασκούν τέτοιου είδους επεμβάσεις. Στην Ευρώπη, παρά τη ρητή απαγόρευση της συγκεκριμένης πρακτικής, ο αριθμός των γυναικών που έχουν υποστεί ακρωτηριασμό των γεννητικών τους οργάνων ανέρχεται, σύμφωνα με υπολογισμούς, σε μισό εκατομμύριο. Μερικές φορές ο ακρωτηριασμός των γεννητικών οργάνων πάει χέρι-χέρι με τους αναγκαστικούς γάμους, κάτι που παρατηρείται στο Ηνωμένο Βασίλειο και σε άλλες περιοχές. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να λάβει μέτρα για να εξαλειφθεί πλήρως αυτού του είδους η απάνθρωπη μεταχείριση.

(Koniec zgłoszeń z sali)

**Věra Jourová, Member of the Commission.** – Mr President, just like the last time when we had a heated discussion, today I feel very strong support from Parliament for all the strong and efficient measures we have taken against this barbarian habit – or to call it by its proper name, crime and torture. Thank you for this, because it is very encouraging.

I would like to comment on some of your proposals or comments. I spoke to many professionals, including the people working in the FGM Network, which was mentioned here by Ms Ward, and they always speak about very complex phenomena. Of course, I always say that we should do more law enforcement, and fight against this crime by means of criminal justice. But I always hear horrible stories about the custom of taking a girl to Africa for a summer holiday and then doing it to her there in Africa. When she comes back and the parents or the granny are on European soil could and should be prosecuted, the professionals tell me it would be further trauma for the girl. There are many stories of this kind, so we need to understand very well the complexity of this phenomenon and to use really efficient measures which will bring about a difference.

We speak about 'zero tolerance': there are several factors which are necessary. The first thing is political will. We must be absolutely clear that there is no excuse for it, based on some something like tradition or culture. This must be absolutely clear to everyone – all politicians, all influential people must know that this is a crime which must be punished. To my taste, we suffer from too much relativism in many other important things. Here, we should not do this.

The second thing – and I spoke about it before – is that professionals, from teachers to nurses, doctors, police and prosecutors, must understand what this is about and how to fight against it and engage with it. Thirdly, the law enforcement side, which I have also mentioned: there must be no excuse, but there must also be proper provision of care to the victims, because this must be balanced. And the fourth thing, which I find the most difficult but also the most important factor, is that we here with a kind of taboo. In violence against women, we fight against the fact that quite a large part of our societies think that it is normal. With FGM, we see that we have to fight against a taboo. I myself go to many conferences, I speak to many people, and I always mention FGM because it must be heard by hundreds of thousands of people in Europe, and I always receive the same reaction: 'What? FGM in Europe in the 21st century?' There is such a low awareness about this phenomenon that we have to do more, and I agree with some of the comments I heard here that it must not be at our seminars and conferences where the people who know about it are participating. We must not invade the open door – we have to address the communities where this barbaric habit is being carried out.

As you know we are now running a campaign against violence against women. To my disappointment, the Member States where we have identified high numbers – France, Portugal, UK, Sweden, Belgium, Cyprus, Ireland, Italy, the Netherlands and Spain, and I am naming without shaming but we must be aware of where this happening – have not asked for money to fight against this. But I don't want to say that they are not doing anything, because they have their own policy, and it was said here clearly that first of all it is the task of the Member States to take the necessary action against this. But, coming back to the need to address the communities, we have opened the call for proposals for the NGOs, and I will encourage the NGOs from these countries which I mentioned to ask for the funding and to go more closely into the communities and to work on the ground. This is to be closed on 8 March. There is EUR 6 million. If you know about those NGOs who could help, please let them know. This is now a practical thing.

I know I have been speaking for too long, but I will finalise quickly. I have mentioned the Member States where we see high figures, but the statistics are still very inaccurate. We still do not have proper data collection, and this is also connected with the taboo factor. We have to be much better, and as I said we are working with the Agency on Gender Equality.

We are also pushing for the adoption of the Istanbul Convention. I will talk about it tomorrow with Maltese Minister Ms Helena Dalli, who is very much engaged with it. I hope we can achieve it at the March Council or in June. We have the signatures of 28 Member States, but the ratification of only 14, unfortunately.

Ladies and gentlemen, thank you very much for your support. FGM is one of those matters where I will always feel we do not do enough, that we need to do more, and that if we do it together it will be more successful. Thank you very much for your future cooperation.

**Przewodniczący.** – Pani komisarz Jourová, bardzo dziękuję, szczególnie za to ostatnie pani wystąpienie. Każda minuta, przez którą pani słuchaliśmy, była dla nas minutą zyskaną. Otrzymała pani na tej sali nie tylko wsparcie, o które pani się zwróciła – otrzymała pani zachętę, wręcz apel, i to ponad podziałami. Proszę działać, byle skutecznie. Bardzo dziękuję.

Zamykam debatę.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Carlos Coelho (PPE)**, *por escrito*. – No próximo dia 6 de fevereiro assinala-se, uma vez mais, o Dia Internacional da Mutilação Genital feminina. Estima-se que existam, pelo menos, 200 milhões de meninas e mulheres que foram alvo desta prática, em clara violação dos seus direitos fundamentais. Na União Europeia apenas, dados de 2013, são ainda 180 000 meninas que, todos os anos, correm o risco de ser mutiladas.

Desde 2013, foram já dados alguns passos. Recentemente, a título de exemplo, este Parlamento apelou à ratificação da Convenção de Istambul. Mas ainda muito está por fazer: políticas de proteção internacional adequadas, informações sobre as políticas nacionais, estatísticas mais regulares. É importante também avaliar o estado de implementação do plano de ação de combate. É por isso que o Parlamento deve – uma vez mais – assinalar esta data e apelar a um esforço reforçado.

**Andi Cristea (S&D)**, *în scris*. – Mutilarea genitală feminină constituie o încălcare a dreptului fundamental la viață al fetelor și femeilor, la siguranță, demnitate, egalitate între femei și bărbați, la nediscriminare, precum și la integritate fizică și emoțională. La nivel global, se estimează că între 100 milioane și 140 milioane de fete și femei au fost supuse unei forme de mutilări genitale feminine, și, în cazul în care tendințele actuale continuă, încă 15 milioane de fete cu vârste cuprinse între 15 și 19 ani vor fi supuse acestei cruzimi până în 2030. Este esențial ca executivul european și SEAE să includă problema mutilării genitale feminine în cadrul dialogurilor anuale ale UE cu organizațiile societății civile în țările partenere în care există această practică și să continue să promoveze asigurarea unei protecții internaționale a femeilor expuse riscului de a fi supuse mutilării genitale în întreaga lume, în cadrul relațiilor lor cu țările terțe și în cadrul forurilor internaționale. De asemenea, este necesară o strânsă colaborare cu Uniunea Africană și cu Grupul african în cadrul ONU pentru adoptarea de noi inițiative care să consolideze lupta la nivel mondial împotriva mutilării genitale feminine și să sprijine inițiativele în materie de consolidare a capacităților organizațiilor publice și ale organizațiilor societății civile.

**Mireille D'Ornano (ENF)**, *par écrit*. – Les mutilations génitales féminines affecteraient, selon l'Organisation Mondiale de la Santé, 100 à 140 millions de filles et de femmes dans le monde, essentiellement dans certains États d'Afrique ou d'Asie. Profondément ancrées dans certaines traditions ancestrales, ces mutilations constituent une forme extrême de discrimination, voire de persécution, à l'égard des femmes et des enfants, puisqu'elles sont réalisées généralement sur des jeunes filles de moins de quinze ans.

C'est sans compter leurs complications parfois fatales puisque seules 18 % d'entre elles sont pratiquées par des professionnels de santé. En Europe, un demi-million de femmes et de filles ont subi, ou courent le risque de subir, ce type de mutilation dans l'Union européenne, selon une résolution du Parlement européen du 24 mars 2009. Ainsi, Madame le député, Malin Björk soulignait-elle dans un entretien en date du 6 février 2017 le risque pour certaines femmes migrantes de subir de telles mutilations en Europe, à moins qu'elles ne les aient subies dans leurs pays d'origine.

Si la prévalence globale de ces mutilations tend à décliner, leur recrudescence en Europe souligne la dégradation de la condition féminine et appelle à une réponse pénale implacable des juridictions nationales.

**Anneli Jäätteenmäki (ALDE)**, *kirjallinen*. – Tyttöjen ympärileikkaus on yleinen käytäntö. Sitä tapahtuu Afrikassa, mutta on rehellistä todeta, että tyttöjä silvotaan myös Euroopassa. Perinne on karmaiseva ja aiheuttaa tytöille ja naisille elämänmittaista kärsimystä. Tilanteeseen ei kuitenkaan puututa sormea heristämällä vaan paremmalla koulutuksella ja yhteistyöllä. EU:n pitää nostaa tyttöjen silpomisen kitkeminen ulko- ja kehityspolitiikan kärkitavoitteeksi. Tähän tarvitaan tiivistä instituutioiden välistä yhteistyötä. Parlamentin valtuuskunnilla olisi hyvä olla yhteinen linja komission, ulkosuhdehallinnon ja EU:n edustustojen kanssa. Viestin ja toimintatavan pitää olla yhteisesti sovittu ja selkeä. Tavoitteena pitää olla tyttöjen ympärileikkausten kieltäminen lailla ja perinteen kitkeminen kaikkialla.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D)**, *în scris*. – Conform Organizației Mondiale a Sănătății, aproximativ patru milioane de fetițe suferă anual mutilare genitală. Această practică face parte din ritualurile și obiceiurile culturale locale în diferite comunități sau țări din Africa și Orientul Mijlociu, însă, din păcate, continuă să existe inclusiv în locuri unde este interzisă de legislația națională. Este nevoie de mai multă acțiune din partea Comisiei Europene. Aceasta trebuie să condiționeze ajutorul pentru dezvoltare de eforturile țărilor în curs de dezvoltare de a elimina această practică barbară. Astăzi, cer Comisiei să acorde o atenție deosebită cazurilor care au loc pe teritoriul statelor membre și să colaboreze

strâns cu autoritățile locale și naționale pentru a combate ferm acest obicei. Nicio fetiță care trăiește pe teritoriul UE nu trebuie să sufere mutilare genitală.

**Igor Šoltes (Verts/ALE), pismo.** – Vsak dan in v vsakem delu sveta, v bogatih ali revnih državah, v vseh starostnih skupinah in vseh družbenih slojih se ženske in dekleta soočajo z nasiljem, predvsem s strani moških. Pohabljanje ženskih spolnih organov obsega vse spremembe in poškodbe ženskih spolnih organov za nemedicinske namene in je ena najhujših kršitev človekovih pravic, saj povzroča resne zdravstvene zaplete, vključno s smrtnimi žrtvami. Po podatkih Svetovne zdravstvene organizacije je vsako leto prizadetih od 120 do 140 milijonov žensk, 3 milijone deklet pa je v nevarnosti. To odraža globoko zakoreninjene neenakosti med spoloma in predstavlja skrajno obliko diskriminacije žensk in deklet. Obenem sta močno kršeni tudi njihova pravica do varnosti in pravica do življenja, kadar to nezaslišano ravnanje vodi v smrt.

Da bi preprečili in dolgotrajno izkoreninili pohabljanje ženskih spolnih organov, so potrebni sistematični in usklajeni ukrepi s sodelovanjem in opolnomočenjem celotnih skupnosti, da se sproži jasen družbeni dialog, ki temelji na varovanju človekovih pravic in spodbujanju enakosti spolov. Ne glede na vrsto nasilja nad ženskami in dekleti sta ključnega pomena tudi močna politična podpora in usposabljanje družbe za reševanje problema, da se dokončno ustavi storilce in ženskam in dekletom po vsem svetu zagotovi varnost, enakopravnost in dostojanstvo.

## 18. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Aussprache)

**Przewodniczący.** – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Marielle de Sarnez w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (UE) nr 19/2013 w sprawie wprowadzenia w życie dwustronnej klauzuli ochronnej i mechanizmu stabilizacyjnego dotyczącego bananów, zawartych w Umowie o handlu między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Kolumbią i Peru, z drugiej strony, oraz zmieniającego rozporządzenie (UE) nr 20/2013 w sprawie wprowadzenia w życie dwustronnej klauzuli ochronnej i mechanizmu stabilizacyjnego dotyczącego bananów, zawartych w Umowie ustanawiającej stowarzyszenie między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Ameryką Środkową, z drugiej strony (COM(2015)0220 - C8-0131/2015 - 2015/0112(COD)) (A8-0277/2016).

**Marielle de Sarnez, rapporteure.** – Monsieur le Président, en décembre dernier, notre Parlement a ratifié le protocole d'accession de l'Équateur à l'accord de libre-échange conclu en 2013 entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou.

Premier producteur de bananes au monde et premier exportateur vers l'Union, l'Équateur va désormais bénéficier d'une diminution significative des droits de douane pour ses exportations vers l'Union. Cela change évidemment la donne et risque de déstabiliser à terme la filière européenne de la banane. Or, celle-ci joue un rôle économique essentiel dans les régions ultrapériphériques européennes. Elle est à l'origine de quelque 37 000 emplois. Rappelons aussi que la banane fait partie de la liste européenne des produits agricoles dits «sensibles» et qu'elle répond à des normes de durabilité élevée en matière sociale, environnementale ou encore sanitaire, des normes qui ne sont pas appliquées dans la chaîne de production latino-américaine.

Dans ce contexte, il est donc très important que les producteurs européens de bananes soient mieux protégés. C'est pourquoi je suis très heureuse que la position de notre Parlement ait pu être entendue et prise en compte par la Commission et par le Conseil. Je remercie tout spécialement notre commissaire, Cécilia Malmström. Je veux également remercier le président de notre commission INTA, les rapporteurs fictifs et les collègues qui se sont fortement impliqués dans ce dossier.

Grâce à vous tous, nous avons un texte qui constitue une avancée substantielle et qui apporte des réponses concrètes pour préserver notre filière. Désormais, les producteurs seront, non seulement, mieux informés, mais ils seront aussi davantage impliqués dans le suivi de l'évolution du marché.

La Commission devra réaliser une étude annuelle et approfondie de la situation du marché européen de la banane et de celle des producteurs européens, y compris après l'expiration du mécanisme. Elle devra aussi impliquer les États membres et les parties prenantes, en leur permettant d'échanger dans le cadre de réunions ad hoc sur l'évolution du marché européen de la banane.

C'est important et cela répond directement à une demande majeure des producteurs. Cela va permettre d'instaurer un dialogue régulier entre les parties prenantes et la Commission et d'aborder l'ensemble des préoccupations des producteurs, telles que l'évolution des volumes et l'impact des importations sur les prix et sur la production européenne.

La Commission devra aussi améliorer ses bases de données statistiques afin de permettre un suivi beaucoup plus détaillé et plus régulier de la situation du marché européen de la banane, et faire en sorte que ces données soient plus accessibles.

Enfin, et c'est très important, un mécanisme d'alerte précoce est créé dès lors que 80 % du volume de déclenchement du mécanisme de stabilisation est atteint par l'un des pays couverts par le mécanisme. La Commission aura désormais l'obligation légale d'informer le Parlement et le Conseil par écrit. Elle devra également fournir l'ensemble des données statistiques et les volumes d'importation pour les huit autres pays couverts, afin que les parties prenantes puissent avoir un aperçu général de la situation et mieux prévoir les dépassements à venir. En cas de dépassement constaté des seuils par l'un des pays couverts par le mécanisme, la Commission aura une obligation légale d'agir, soit en suspendant temporairement les droits préférentiels, soit en démontrant qu'une telle imposition n'est pas requise.

La Commission devra procéder à une évaluation complète du fonctionnement du mécanisme à la date du 1<sup>er</sup> janvier 2019, soit un an avant son expiration. Si, à l'issue de cette évaluation, elle estime que la situation des producteurs s'est dégradée, elle devra étendre la période de validité du mécanisme après accord des parties prenantes. La Commission devra aussi continuer de conduire des analyses annuelles de la situation du marché, de celles des producteurs après 2020, et prendre des mesures en cas de dégradation de la production. L'ensemble de ces changements s'appliqueront au Pérou, à la Colombie, à l'Équateur, mais aussi aux pays d'Amérique centrale qui sont parties à l'accord d'association avec l'Union européenne.

Notre Parlement se montrera vigilant quant à l'application de la déclaration conjointe qui lie désormais nos trois institutions et quant au respect de l'engagement pris par la Commission lors de nos trilogues de faire précéder tout nouvel accord de libre-échange d'une étude d'impact sur nos régions ultrapérimériques.

Je forme le vœu que ce rapport soit adopté largement demain par notre Parlement. Nous aurons ainsi fait œuvre utile pour ces régions si importantes pour notre Europe.

**Cecilia Malmström**, *Member of the Commission*. – Mr President, following Parliament's consent on 14 December on the Protocol of Accession of Ecuador, I am very pleased to confirm that this agreement has been provisionally applied since 1 January this year. This is good news because a new trade agreement that creates new export opportunities for Ecuador – and of course opportunities for our goods and services – is also very good news for Ecuador. It is the first trade agreement with a developed country, an agreement that respects the level of development in Ecuador, and provides the opportunity for them to diversify the economy, reduce dependency on oil exports and raw materials and create new jobs for Ecuadorians.

I would like to thank the Committee on International Trade, and its rapporteur, Mr Scholz, for the work that it did to make this agreement possible. Since the agreement has been applied, the next step is, of course, to amend the banana stabilisation mechanism as well, and that is what we are debating today. This mechanism needed to be amended to incorporate Ecuador.

I very much welcome the constructive discussions and the agreement that we reached just before Christmas under the leadership of the rapporteur, Mrs de Sarnez, and also the co-rapporteurs, shadow rapporteurs and the Chairman, Mr Lange. The banana stabilisation mechanism, to which imports of bananas from Ecuador will be subject, is a good and efficient mechanism to ensure stability in the EU market in case of a surge in imports of bananas from Ecuador. Mrs de Sarnez gave a very long explanation of its content, but let me just reiterate the main points.



With the amendments proposed by this Parliament, the amending regulation further improves the mechanism. There will be an early warning mechanism when imports reach 80% of their relevant yearly threshold. Transparency will be improved, and data on imports will be made regularly available and in a user-friendly manner.

Finally, the institutions also agreed that before the stabilisation mechanism expires at the end of 2019, the Commission will assess the situation of EU banana producers. Even after the expiry, we will continue to regularly analyse the state of the market and the EU producers and, where necessary, take appropriate action. In the light of this provisional application of the trade agreement since January, I hope that this amended regulation on the banana stabilisation mechanism can be adopted, hopefully voted on with a big majority tomorrow, and then applied as soon as possible.

**Gabriel Mato**, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, aunque el sector platanero europeo y, en particular, el canario siempre está amenazado, tras el acuerdo que vamos a votar mañana estoy seguro de que nuestro futuro va a ser muchísimo mejor, pero no ha sido fácil. Para muchos, era mucho más importante aprobar el acuerdo con Ecuador que garantizar el futuro del sector platanero. No lo era para mí, pero sí lo era para muchos y por eso agradezco, de verdad, a la comisaria que se implicara, casi en el último momento, pero fue suficiente que se implicara y que esto saliera adelante.

Porque tenemos que recordar la realidad: los productores de las regiones ultraperiféricas siempre son los perdedores de los acuerdos de libre comercio y por eso son importantes estas cláusulas de salvaguarda y el mecanismo de estabilización, porque quizá es el último recurso que tienen nuestros productores para hacer frente a las importaciones, muy a menudo lideradas por poderosas multinacionales que controlan los mercados a nivel mundial.

Cuando afrontamos este debate lo hacíamos teniendo muy claro que el mecanismo hasta ahora no funcionaba. No estaba funcionando bien y lo hemos visto con un ejemplo muy claro, el de Perú, que durante cuatro años ha sobrepasado ampliamente el umbral fijado por el acuerdo y no se había hecho nada al respecto. Por eso, entendíamos que había que modificar ese sistema y se ha modificado yo creo que en el buen camino.

No voy a explicar mucho las características, porque ya las han dicho tanto la ponente como la comisaria, pero sí creo que es bueno que haya ese mecanismo de alerta temprana que obliga a la Comisión a alertar al Parlamento y al Consejo cuando el volumen de importaciones alcance el 80 % de los umbrales. Y yo creo que también es importante que el sector, los propios productores, puedan participar también junto a los Estados miembros en el seguimiento de la evolución de los intercambios comerciales.

Transparencia, control, información y actuar en caso de necesidad son palabras claves en este nuevo sistema. Creemos que es muy importante que se pueda actuar en caso de deterioro grave de la situación del mercado y también después de 2020. Pero no hay que bajar la guardia. Debemos seguir trabajando en mejorar la comercialización de nuestra fruta. Tenemos, lo he dicho muchas veces, el mejor plátano del mundo, sin duda alguna, pero tenemos que ser capaces de competir frente a cualquiera si logramos que el consumidor siga prefiriendo el plátano europeo, el plátano de Canarias, antes que cualquier otro.

**Juan Fernando López Aguilar**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria. Los socialistas españoles en el Parlamento Europeo damos siempre la bienvenida a los actos, instrumentos y acuerdos que expresan el compromiso político de la Unión Europea con América Latina. Y, por tanto, damos la bienvenida a los acuerdos comerciales multipartes, a los acuerdos comerciales con Colombia y Perú, y a su extensión a Ecuador. Pero, dicho esto, damos toda la importancia —y, desde luego, se la doy yo— al mecanismo de estabilización, y a la actualización y mejora del mecanismo de estabilización del plátano, que es como en Canarias llamamos al banano. Porque no podemos ignorar que existen productores de banano -plátano- en la Unión Europea, en regiones ultraperiféricas, y que el plátano mantiene cerca de treinta mil puestos de trabajo en esas regiones ultraperiféricas, siete mil de ellos en Canarias.

Por tanto, hay que decir con toda claridad que la Unión Europea cumple el deber de informar a este Parlamento Europeo, a través de la Comisión, en el caso de que se vaya a alcanzar el volumen máximo de importaciones de plátano procedente de esa región centroamericana, pero, sobre todo, de mantener su alerta temprana y su capacidad de respuesta. Porque los productores de plátano en las regiones ultraperiféricas no buscan aquí compensaciones sin más. Buscan, sobre todo, herramientas para defenderse. Para defenderse frente al incumplimiento de los términos señalados en el propio acuerdo.

Y eso exige mantener la alerta temprana, informar a este Parlamento Europeo -en eso consisten las mejoras introducidas- de cualquier situación que merezca la atención, el análisis, el seguimiento y la revisión anual, en su caso, de los términos concordados y, también, la previsión de la respuesta compensatoria, en su caso.

Por eso, damos la bienvenida a un acuerdo que es respetuoso con el medio ambiente, que tiene cláusulas de crecimiento y desarrollo regional inclusivo en América Latina, pero llamamos la atención de la Comisión sobre la imprescindible necesidad de observar estrictamente los términos del mecanismo de estabilización del plátano, pensando que es un producto de extrema sensibilidad en las regiones ultraperiféricas.

**Izaskun Bilbao Barandica**, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, comisaria. Esta salvaguarda para los productores y productores de plátano canario que aprobamos esta semana es un éxito de la política europea. Es fruto de un trabajo colectivo en el que se han implicado los productores, el Gobierno de Canarias y los eurodiputados que trabajamos aquí — y, por supuesto nuestra ponente, Marielle de Sarnez, a quien agradezco su excelente labor — para que se escuche una voz europea. Escuchada, pese a que llega desde la ultraperiferia.

Destaco y reconozco la sensibilidad con que se acogieron las reivindicaciones canarias en la Comisión Europea y agradezco el trabajo realizado por la señora Malmström y su equipo, que han alcanzado un acuerdo que recoge todos los puntos críticos para evitar que la incorporación de Ecuador al Acuerdo Comercial con Colombia y Perú desestabilice esta industria europea.

Traslado, también, la gratitud de las instituciones canarias —de la Consejería de Agricultura, Ganadería y Pesca y de la propia Presidencia del Gobierno— por el éxito de este trabajo colectivo.

Y finalizo expresando nuestro compromiso en nombre de Coalición Canaria y del gobierno que preside con la protección del sector primario de esta región ultraperiférica.

Estamos aquí para recordar cada día la fragilidad en que viven estos productores frente a terceros países y para cooperar para que la Unión sea un marco útil de estabilidad, de apoyo, de impulso y de protección. Hoy lo hemos conseguido.

**Helmut Scholz**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Das Gesetz zu den Schutzklauseln, insbesondere zu den begleitenden Maßnahmen für europäische Bananenbauern, das wir heute hier diskutieren, stellt einen guten Kompromiss dar, der sicherlich nicht einfach zu erreichen war, aber letztendlich doch in letzter Minute einen Handelskonflikt vermieden hat. Kleinbauern brauchen Schutz. Importeure und Exporteure brauchen Vorhersehbarkeit und Verlässlichkeit, und zwar in der Realität des wirtschaftlichen und sozialen Alltags aller beteiligten Seiten.

Das Gesetz bildet den letzten Baustein im Beitrittsprozess Ecuadors zu dem Handelsabkommen mit den Andenstaaten Peru und Kolumbien, für das ich hier Berichterstatter sein durfte. Ecuador wollte diesen Beitritt aus ökonomischen und politischen Zwängen heraus und zugleich, um den eigenständigen Weg nachhaltiger Entwicklungen des „Buen Vivis“ fortzusetzen.

Das heutige Gesetz soll uns bei unserer Aufgabe und Pflicht unterstützen, in den kommenden Jahren darüber zu wachen, dass das Abkommen positiv für das Wohl unserer Bevölkerung ist, und zwar auf der Seite beider Vertragsparteien. Ich hoffe, dass sich diesmal meine negativen Befürchtungen und die meiner Fraktion nicht bewahrheiten und dass wir mit diesem Abkommen einen Schritt vorankommen.

**Molly Scott Cato, on behalf of the Verts/ALE Group.** – Mr President, bananas are symbolic fruit. They play such an important part in the politics of some countries that the phrase ‘banana republic’ is used to describe a corrupt regime dominated by powerful corporations. How can it be rational that a tropical fruit which travels so far and bruises so easily is eaten more than any other in the UK?

This modified regulation enshrines even more of the worst aspects of our irrational relationship with this humble fruit. Its focus is to ensure supermarkets’ ability to continue to use bananas as a loss leader, so that their price does not reflect their true environmental cost. It simultaneously increases the risk that Andean countries will lose the preferential tariffs which underpin the livelihoods of poor farmers in countries like Ecuador, where 200 000 families depend on banana production, and 56% of the banana plantations are smaller than 10 hectares.

The Greens’ priority for trade is to ensure a comfortable life for all, without wasting energy and resources. Our priority for agriculture is to protect the livelihoods of small producers against the power of global corporations. This regulation does nothing to constrain the power of such powerful retailers, who undermine the minimum wage in the Ecuadorian banana sector. This so-called safeguard regulation dismisses social and ecological aspects of production, and should leave a bitter taste in the mouths of the millions of European consumers who choose a banana before other locally grown fruit.

**Gilles Lebreton, au nom du groupe ENF.** – Monsieur le Président, l’ouverture du marché européen de la banane à l’Équateur est un risque majeur pour les producteurs antillais. En effet, l’Équateur est le quatrième producteur mondial de bananes: c’est un géant par rapport aux Antilles françaises.

Certes, la présente proposition de règlement prévoit des instruments de sauvegarde, mais aucun ne me paraît suffisant. Le plus important est un mécanisme de stabilisation, qui permet de rehausser les droits de douane en cas de dépassement d’un seuil de volume de bananes importées. Cependant, il n’a jamais été utilisé contre le Pérou, qui a pourtant dépassé ce seuil chaque année depuis 2013. Certes, la proposition tente de l’améliorer, en créant un mécanisme d’alerte précoce dès que 80 % du seuil est atteint et en assignant à la Commission une obligation de réagir, mais rien ne garantit que la Commission réagira effectivement.

Ces instruments de sauvegarde sont donc des leurres. J’accuse l’Union européenne de sacrifier délibérément les producteurs de bananes antillais sur l’autel de l’ultralibéralisme.

**Fernando Ruas (PPE).** – Senhor Presidente, a alteração regulamentar que debatemos hoje tem como foco principal a banana, que é um dos frutos mais consumidos na União Europeia, que absorve um terço das exportações mundiais, sendo a sua principal origem o Equador. Os produtores europeus estão concentrados nas regiões ultraperiféricas de Portugal, Espanha e França, e são responsáveis apenas por 11,4% do consumo europeu, aliás, o seu único mercado.

Em Portugal, a produção está localizada sobretudo na Região Autónoma da Madeira e ainda nos Açores, e constitui uma importante alavanca de desenvolvimento económico, de criação de emprego, de fixação das populações e, curiosamente, também da modelação paisagística que importa preservar.

Deste importante compromisso interinstitucional, realço a criação de instrumentos estatísticos fidedignos sobre a evolução das quantidades e dos preços das importações, a avaliação da situação dos produtores europeus e a apresentação de um relatório sobre a aplicação do mecanismo de estabilização para as bananas.

Destaco ainda a criação de um sistema de alerta sobre os efeitos das importações no mercado europeu e a adoção de eventuais medidas compensatórias. Finalmente, sublinho a possibilidade e o interesse em prorrogar a vigência destes mecanismos pós-2020, na sequência, aliás, do que é proposto pela própria relatora.

**Eric Andrieu (S&D).** – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, dans la proposition initiale, la Commission considérait que le mécanisme de stabilisation pour les bananes fonctionnait parfaitement. Elle souhaitait ajouter seulement le terme «Équateur». Nous n’avons pas partagé cette position et nous avons agi pour modifier et renforcer les mesures pour préserver la production européenne.

Je voudrais remercier l'excellent travail de M<sup>me</sup> de Sarnez et l'écoute de M<sup>me</sup> la Commissaire.

Nous le savons tous: ce mécanisme de stabilisation n'a jamais été appliqué ni pour la communauté andine, ni pour l'Amérique centrale.

Le système d'alerte précoce proposé et d'autres améliorations devront permettre de faciliter le déclenchement de ce dispositif dans l'intérêt de nos producteurs.

Je souhaiterais aujourd'hui que la Commission clarifie sa position sur la question du démantèlement tarifaire. Je souhaiterais, à ce titre, qu'elle s'engage à ne plus réduire le tarif qui a été ramené de 114 euros à 75 euros la tonne pour les bananes sud-américaines. Il s'agit là de protéger l'équilibre socio-économique déjà fragile de nos régions ultrapériphériques et des pays ACP.

**Santiago Fisas Ayxelà (PPE).** – Señor presidente, señora comisaria, la adhesión de Ecuador al tratado de libre comercio entre la Unión Europea y Colombia y Perú es, en términos globales, una buena noticia, ya que contribuye a la intensificación de los flujos comerciales y las inversiones entre las partes. Pero no hay que olvidar que Ecuador es el mayor exportador de plátanos a la Unión Europea, por lo que el refuerzo de la cláusula de salvaguarda ha sido una de las prioridades de este Parlamento para proteger el sector platanero de varias regiones periféricas europeas, entre ellas Canarias.

Me congratulo por el resultado del diálogo tripartito, por el que se ha llegado a un buen acuerdo, gracias, en gran parte, al tesón del señor Mato. Este diálogo tripartito incluye nuestras reivindicaciones sobre el establecimiento de un sistema de alerta temprana, un seguimiento del mercado eficaz y la posibilidad de medidas compensatorias a los productores. Creo firmemente que el acuerdo, junto con la cláusula, son una buena noticia para la Unión Europea. Además, el acuerdo fortalece la posición de la Unión en la región, favorecerá el crecimiento económico y, con la cláusula, protegemos a los productores de la Unión.

**Francisco Assis (S&D).** – As relações económicas e comerciais entre a União Europeia e os países da América Latina são da maior importância e julgo mesmo que, nas atuais circunstâncias internacionais, devem ser rapidamente incrementadas.

O Equador e a Colômbia, de onde provêm mais de metade das bananas consumidas na Europa são, aliás, o exemplo de dois países que merecem ser ajudados e apoiados pela União Europeia. Mas, por outro lado, não podemos esquecer que há 37 000 postos de trabalho que dependem, direta ou indiretamente, da produção de bananas em cinco países da União Europeia.

O meu país, Portugal, é o terceiro produtor de bananas da Europa. A Madeira e os Açores produzem cerca de 20 000 toneladas deste fruto todos os anos. Este setor deve ser acautelado, até porque esta atividade diz respeito a territórios ultraperiféricos, a ilhas geograficamente bastante isoladas e, por isso mesmo, menos capazes de diversificar a sua economia em caso de prejuízos graves.

Os mecanismos de proteção agora estabelecidos pela Comissão Europeia e agora afinados por este Parlamento, no sentido de um melhor acompanhamento e controlo, são um valioso contributo para corrigir desequilíbrios no mercado europeu, resultantes de aumentos substanciais nas importações de banana. Provam que as expectativas e preocupações dos produtores deste fruto, na sua maioria, aliás, pequenos produtores, não nos são indiferentes no quadro europeu.

A solução encontrada tem o mérito de salvaguardar os interesses europeus sem pôr em causa, o que nos parece igualmente importante, os interesses destes países da América Latina, cujos volumes de exportação de banana continuarão a ter margem para crescimento.

**Jarosław Wałęsa (PPE).** – Mr President, by joining the EU-Columbia and Peru Trade Agreement, Ecuador will enjoy improved access for the main exports to the EU, such as fisheries, cut flowers, coffee, cocoa, fruits and nuts. Although banana imports will also benefit from our preferential rate, an additional stabilisation mechanism will protect European producers from potential import surges.

A better and more stringent system of information, based on reliable statistics on the trends in imports of bananas from three countries to the EU, will be in place. In particular, when volumes of these imports reach 80% of the threshold the Commission must inform the European Parliament and the Council, giving them an analysis of the impact of these imports. However, preferences can be suspended if the annual threshold has been reached. With all this in place, I can fully support this proposal.

**Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE).** – Senhor Presidente, gostaria de agradecer todo o empenho da Senhora Comissária e dos Colegas que trabalharam neste acordo, de tal forma que, hoje e amanhã, espero uma votação bastante positiva e uma aprovação deste acordo. Um acordo que salvaguarda todos os agricultores e produtores de banana europeus. A maior vitória em termos negociais foi alcançada.

A partir de agora, teremos uma cláusula de salvaguarda que poderá suspender as importações da América Central. A partir de agora, teremos acesso a mais informação sobre quantidades importadas. A partir de agora, será analisado o impacto das importações nas economias locais.

E que impacto têm estas importações em regiões como as nossas, as regiões ultraperiféricas? Os produtores de banana, quer nos Açores, mas sobretudo na Madeira, têm neste novo regulamento uma proteção efetiva. São cerca de 40 000 postos de trabalho salvaguardados e é todo um setor que contribui, direta e indiretamente, para o desenvolvimento económico e social das nossas regiões, que hoje e que amanhã, espero, saia reforçado.

*Zgłoszenia z sali*

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea importa circa cinque milioni di tonnellate annue di banane a fronte di una produzione di circa 650 000 tonnellate interamente destinate al mercato interno. Nei territori ultraperiferici dell'Unione, in particolare, il settore di produzione della banana svolge un ruolo economico fondamentale. Circa 40 000 posti di lavoro dipendono direttamente o indirettamente dalla produzione di banane ed il settore garantisce la sostenibilità dei collegamenti marittimi, permettendo di rifornire in modo regolare queste regioni.

La tutela di un settore così virtuoso ed economicamente rilevante perciò non può essere demandata solo a misure di limitazione delle importazioni. È opportuno invece investire sulla specificità della filiera europea puntando su innovazione e sostenibilità e mantenendo requisiti elevati per l'intero settore. Solo così è possibile creare effetti duraturi di stabilizzazione del mercato, evitando di concorrere ad un livellamento verso il basso nella qualità dei prodotti.

**Νότης Μαρτιάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, από το Δεκέμβριο του 2012 η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει υπογράψει συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών με την Κολομβία και το Περού, συμφωνία που προβλέπει τη σταδιακή κατάργηση των δασμών για την μπανάνα, ύψους 75 ευρώ ανά τόνο, μέχρι την 1η Ιανουαρίου 2020. Παράλληλα και προκειμένου να αποφευχθεί η αποσταθεροποίηση της ευρωπαϊκής αγοράς και να μην ζημωθούν οι παραγωγοί της Ένωσης, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει θεσπίσει μια διμερή ρήτρα υποτιθέμενης διασφάλισης και έναν μηχανισμό σταθεροποίησης. Ωστόσο, δεδομένου ότι ο τομέας της παραγωγής μπανάνας διαδραματίζει σημαντικό οικονομικό ρόλο σε διάφορα ευρωπαϊκά κράτη μέλη και απασχολεί άμεσα ή έμμεσα 37000 άτομα, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να αντιταχθεί σε οποιαδήποτε συμφωνία ελεύθερου εμπορίου αναμένεται να βλάψει τους Ευρωπαίους μπανανοπαραγωγούς, όχι μόνο στα Κανάρια νησιά, αλλά και στην Κρήτη και να οδηγήσει επίσης σε συρρίκνωση των μικρών επιχειρήσεων και σε απορρύθμιση των εργασιακών σχέσεων. Στόχος της Ένωσης πρέπει να είναι η προστασία των μπανανοπαραγωγών της Ένωσης και όχι η κερδοφορία των πολυεθνικών.

*(Koniec zgłoszeń z sali)*

**Cecilia Malmström, Member of the Commission.** – Mr President, thank you for the debate here today. The free-trade agreement with Ecuador is a possibility to support Ecuador, its economy, its development and its efforts in diversifying its economy and giving new possibilities to the people. It also contains a chapter on sustainable development.

However, I know that there have been concerns by banana producers in the European Union, and that is why the amended regulation that we are about to vote on tomorrow is a good legislative tool, and I really hope that it can calm some of the concerns that you have expressed here on behalf of them. It is a tool that will guarantee the stability of the banana market and the long-term sustainability of this sector, which is so important for many Europeans, especially in our outermost regions.

The new regulation will provide more information. It will regularly be available, and imports will be monitored closely. It would be transparent and user-friendly, so that everybody can follow what is going on and get a full picture. You can be assured that the Commission – and I, personally – will be fully dedicated to this procedure, and we will be informing and engaging with you and the whole Parliament on this regularly, and we are of course ready to discuss at any moment if you have questions on this. Thank you very much again, rapporteur Mrs Samez, for the work you have done. I would also like to thank the rest of Parliament, and I am looking forward to the vote tomorrow.

**Marielle de Sarnez**, *rapporteuse*. – Monsieur le Président, je veux remercier chacun et chacune des intervenants, ceux qui ont parlé ce soir, je remercie à nouveau la commissaire Cecilia Malmström et je veux vous dire quelque chose de simple, je crois que nous avons là un très bon accord.

C'est un accord protecteur pour nos producteurs européens, c'est un accord protecteur pour notre outre-mer et pour nos régions ultrapériphériques, qui sont un formidable atout de notre Union européenne et qui doivent être valorisées. Je suis donc optimiste, je trouve que tout cela est très constructif et je forme le vœu que cet accord reçoive demain une large approbation de notre assemblée.

**Przewodniczący**. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 2 lutego 2017 r.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Paloma López Bermejo (GUE/NGL)**, *por escrito*. – Es lamentable que, como resultado de la falta de iniciativa legislativa de este Parlamento, tengamos que aprovechar una propuesta técnica de la Comisión para introducir una demanda tan importante para los productores de plátano de Canarias como es el fortalecimiento de los mecanismos de salvaguarda frente a las importaciones. Apoyamos las enmiendas del Parlamento, pero mantenemos, sin embargo, nuestra oposición de fondo a la liberalización del comercio, que es la causa fundamental de las dificultades para la producción europea y que, al integrar a marchas forzadas a los países periféricos al mercado mundial, los condena a la dependencia económica de las grandes transnacionales occidentales. Lamentamos que la UE esté dispuesta a aceptar el fortalecimiento de los mecanismos de salvaguarda solo como contrapartida a una agresiva política comercial que, por desgracia, amplificará las dificultades por las que pasan nuestros agricultores.

## 19. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (Aussprache)

**Przewodniczący**. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Linné Engström w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie zrównoważonego zarządzania zewnętrznymi flotami rybackimi, uchylającego rozporządzenie Rady (WE) nr 1006/2008 (COM(2015)0636 - C8-0393/2015 - 2015/0289(COD)) (A8-0377/2016).

**Linnéa Engström**, *rapporteur*. – Mr President, first I would like to thank everyone for the work they have done on this important report and the good cooperation and interesting discussions we have had on this topic, the sustainable management of the EU external fishing fleet.

We are about to raise standards in the management of the EU external fishing fleet. For many years the EU had a very bad reputation when fishing outside EU waters, but for the last ten years things have considerably improved with the control regulation, the IUU regulation and the reformed CFP in place. The report that we are going to vote on tomorrow is a regulation that is part of the EU control system on fisheries. It is actually the most fundamental one because it decides who shall have the right to fish outside EU waters.

We can be proud of ourselves for we have voted for a very ambitious Parliament position in the committee vote. On several points we have strengthened the Commission proposal, which I have to say was a very good proposal to start with. For instance, we have added that EU vessels can only get direct authorisations if there is a surplus of fish available that the coastal state cannot catch. We have added that fishing on the high seas must be based on a scientific evaluation, showing the sustainability of that fishing activity. We introduced the requirement that vessels returning to the EU fleet register must provide their complete flag history during their period off the register. But, above all, we agreed that the new public register on authorisations must also include the name of the owner of the company, as well as the beneficial owner. This would then mean that, for the first time, we will see who benefits from global fishing through a public register.

Tomorrow we will vote in plenary, and some things are still to be settled. It is an important principle that only EU vessels with a clean record of compliance should be able to fish outside EU waters. This is already a provision in the current regulation that we need to keep. Otherwise we undermine our own credibility in our work to curb the IUU fishing of other fishing nations. So it is crucial to reinstate Article 5.1(d) that fell in a tight vote in the Committee. I therefore urge you, colleagues, to vote against Amendment 30 and to support Amendment 78.

Another fundamental principle is the exclusivity clause in the sustainable fisheries partnership agreements. This is stipulated in Article 31 of the basic regulation. I agree that there could be situations when the Commission should try to reactivate so-called dormant agreements. This idea was adopted in Amendment 18 in the Committee vote. But under no circumstances should fishing vessels be allowed to engage in direct authorisations, just like that, if there has not been any protocol in force for three years. This is exactly what Amendment 48 suggests. It suggests that fishing could start again without any prior assessment of the situation, yet there can be many reasons why there is no protocol in force – for example that the fish stocks situation does not allow for more fishing or the coastal state wants to keep the resource to itself for political reasons. That is why the Commission first needs to assess the situation and check coherence with other EU policies, such as developing and foreign policies. The Commission needs to ensure a level playing field. So please join me and delete Amendment 48, which is in fact not in line with the basic regulation.

**Karmenu Vella**, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, my sincere thanks go to the rapporteur, Ms Engström, so thank you, Linnéa, for the work on this report, along with the other shadows and their teams, who have worked hard to find a good compromise in relation to this Commission proposal.

The proposal on the sustainable management of the external fleets is of prime importance to reinforce the role of the European Union as a key global actor in fisheries and in ocean governance. With the new rules, the Commission aims to create a benchmark at international level regarding the management and the control of external fleets. I am pleased to see that the overwhelming majority of the amendments tabled follow this objective overall, and even reinforce the key elements of our proposal. The Commission would therefore be favourable to these amendments as long as they do not lead to disproportionate administrative burdens for our Member States and for our operators. The efforts deployed so far to simplify the text, reduce administrative burdens and improve the consistency and structure of the proposal could be of inspiration during the upcoming trilogues.

In relation to the database I am confident we will be able to increase openness and transparency, while striking a good balance with respect for sensitive, personal and commercial data. In order to maintain the reputation of the EU's external fleet, we need to ensure that only good conduct vessels and operators complying with the rules are allowed to fish outside EU waters. Therefore, a clean record from sanctions for serious infringements in the last 12 months should be one of the conditions for a fishing authorisation.

Finally, as you know, the European Union is responsible for the activities of its vessels operating outside EU waters, and that is why it is particularly important to allow the Commission to withdraw the fishing authorisation of a vessel when the flag Member State does not take action to stop that vessel from causing damage. The Union has now become a strong global actor in shaping international oceans governance, and this has to be reflected also in our legislation and in our actions. I therefore trust that together we will manage to improve fisheries governance through better control and monitoring of our extended fleet. Let me thank you once again for this report and for the fruitful upcoming discussion. We look forward to further working with Parliament in a good spirit of cooperation.

**Francisco José Millán Mon**, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, lo primero es felicitar a la ponente por su trabajo. Creo que hemos conseguido un texto algo mejorado disminuyendo la carga burocrática, sobre todo en los llamados acuerdos privados, mediante la introducción de un *fast track*; también se ha cambiado el procedimiento para otorgar las licencias, al permitir a los Estados miembros controlar mejor el proceso.

Lógicamente, también existen puntos con los que no estoy plenamente de acuerdo, entre ellos, el referente al registro de autorizaciones de pesca de la Unión (el artículo 39). El texto aprobado en la Comisión de Pesca me parece excesivo: exige la publicación de datos que pueden llegar a atentar contra la privacidad de las empresas y hacerles desvelar sus estrategias empresariales. Su propuesta original, señor comisario, me parece mucho más equilibrada.

Mi grupo político apoya la transparencia, pero este Reglamento tampoco me parece el idóneo para regular un asunto que tiene un carácter horizontal. Quiero detenerme en la llamada doble sanción, la del artículo 5, apartado 1, que entiendo que penaliza sin licencia a los barcos que hubieran sido sancionados un año antes de la petición de autorización.

Conseguimos eliminar esta disposición en la Comisión de Pesca, pero ahora —como ustedes ven— se vuelve a traer al Pleno con una enmienda. Esta norma, que puede resultar contraproducente, perjudicaría seriamente a la flota exterior de la Unión. Por sus características especiales, en muchos casos estos barcos no pueden reconvertirse y pescar en aguas de la Unión. La paralización de un año implicaría pérdidas económicas inasumibles. No es coherente tampoco con el Reglamento de base, que dice que la Unión Europea debe contribuir a actividades pesqueras sostenibles, económicamente viables y que generen empleo. Y, además, este requisito no se aplica a la flota que faena en aguas de la Unión, creando así una situación de discriminación. Por todo ello, yo pido el apoyo a la enmienda 30, que es la posición que se aprobó en la Comisión de Pesca.

Señor comisario, la legislación en materia pesquera debe tener en cuenta también su dimensión económica y social. No podemos hacer imposible la pesca de la flota pesquera europea en aguas de terceros países. Perjudicaremos al empleo, perjudicaremos a nuestras empresas y favoreceremos a las flotas de terceros países, que están mucho menos controladas y que pescan de forma no sostenible

**Ricardo Serrão Santos**, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, em primeiro lugar, tenho de felicitar a relatora pelo trabalho inclusivo que realizou com os relatores-sombra e as respetivas equipas. Podemos não concordar com alguns detalhes, mas tudo foi feito com abertura, clareza e empenho por parte de todos os grupos políticos que se envolveram na discussão de um regulamento que tem enorme relevância para a gestão das pescas externas.

Como o tempo é curto, quero focar três pontos essenciais.

Primeiro, penso que é essencial não expurgar este regulamento de uma disposição que já existia anteriormente e que permite penalizar o acesso a acordos internacionais de pesca a embarcações e mestres pescadores que cometeram infrações sérias. Seria um retrocesso histórico no contexto da legislação europeia.

Em segundo lugar, parece-me essencial garantir que haja transparência relativa à informação sobre as embarcações que pescam nas águas internacionais, quais as oportunidades de pescas associadas, quem são os seus armadores e, muito importante mesmo, quais são os beneficiários finais, isto é, quem são os *beneficial owners*. Temos de garantir que as pescarias europeias não são utilizadas como ferramenta para evasão fiscal ou branqueamento de capitais.

Por fim, gostaria de explicar porque me parece importante evitar que os acordos internacionais adormecidos se perpetuem. Ao certificarmos a legalidade e a transparência do setor, aquilo que é garantido precisamente por este regulamento, então também temos de assegurar que não se perpetuam acordos adormecidos em detrimento do interesse das frotas dos Estados-Membros da União Europeia, com efeito pernicioso a jusante e, enquanto estamos adormecidos, promovermos o estabelecimento de frotas duvidosas e malévolas.

Se queremos combater a pesca IU e a escravatura, e fomentar respeito pelo ambiente e pelas comunidades locais dos países terceiros, então não podemos permitir que os acordos internacionais europeus ineficientes se prolonguem, pelo menos, por mais de três anos.

**Peter van Dalen**, *namens de ECR-Fractie*. – Ik wil dat de Europese vissers binnen en buiten de Europese wateren bijdragen aan een goed beheer van onze schepping en dat visserijactiviteiten binnen en buiten de EU-wateren gebaseerd zijn op dezelfde uitgangspunten. Zo staat het ook in het gemeenschappelijk visserijbeleid.

Duurzaam beheer van de visbestanden moet het uitgangspunt zijn. Alleen daar vissen waar dat verantwoord is, daarover ook transparant rapporteren en dan niet even omvlaggen naar dubieuze vlagstaten als dat uitkomt. Een Europese vlag achterop een vissersboot moet symbool staan voor een verantwoord beheer. Helaas hanteren de vissersschepen uit bijvoorbeeld China en Rusland andere principes. Europa mag daar niet aan meedoen, maar de Europese Unie moet het goede voorbeeld geven. We moeten erop blijven hameren dat foute vismethoden, waarbij de wereldzeeën grof worden leeggehaald, niet kunnen. En we blijven die landen erop aanspreken dat ze hun beleid moeten veranderen.

Het Commissievoorstel bevat een enkel punt dat ik niet kan steunen, met name het gegeven dat de Europese Commissie het recht zou hebben om vergunningen in te trekken. Ik vind dat Europa dat niet kan, dat is echt iets wat voorbehouden is aan de lidstaten. Maar voor het overige steun ik van harte het voorstel van de Commissie.



**Izaskun Bilbao Barandica**, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, comisario. Quiero agradecer a la ponente y al resto el trabajo realizado y decir que la dimensión exterior de la PPC obliga a toda la flota europea a cumplir las mismas normas y a operar con los mismos principios dentro y fuera de nuestras aguas. Este Reglamento mejorará la transparencia, el control y la sostenibilidad de las actividades de los más de setecientos buques europeos que pescan bajo acuerdos con países terceros, al amparo de la legislación de las Naciones Unidas, mediante acuerdos privados o ejerciendo actividades en alta mar.

El primer éxito es, pues, controlar a la flota independientemente de su tipo de actividad, establecer procedimientos contra los cambios de pabellón abusivos y autorizar derechos de pesca solo cuando hay excedentes no utilizados por las comunidades locales. El segundo, establecer más y mejores medidas de control, como el registro electrónico de buques de la Unión Europea o la supervisión europea de las autorizaciones. El tercero, la seguridad jurídica que añade para todos los operadores.

Sin embargo, queremos que los criterios comunes de admisibilidad que deben exigirse para conceder licencias solo se apliquen a los buques y no a los operadores o capitanes. Queremos, así, evitar dobles sanciones para la flota y los operadores de los Estados que mejor han aplicado el Reglamento de control del año 2009. Desde el año 2015, la Comisión nos debe un informe de evaluación, pero sabemos que no en todos los Estados miembros las mismas conductas implican las mismas sanciones. En esa situación, con la propuesta original de la Comisión los países hasta ahora menos rigurosos en el control parten con ventaja.

Por ello, propongo votar a favor de la enmienda 30, letra d), y también, a favor de la enmienda 48, porque es necesario dar soluciones a favor de los acuerdos que están latentes.

**Anja Hazekamp**, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – *(De spreker toont een grote foto van het visserijsschip waarnaar ze in haar toespraak verwijst.)* Dit is de Annelies Ilena. De Annelies Ilena is 144 meter lang en daarmee Europa's grootste monsterschip. Dit Nederlandse schip vangt 400 ton vis per dag. Het vangt meer vis per week dan 7000 Afrikaanse traditionele vissersboten in een heel jaar vangen. Als ik eraan denk wat voor verwoestingen de Annelies Ilena aanricht, dan schaam ik me dat ik een Nederlander ben. In Mauretanië kreeg dit schip de bijnaam "ship from hell". En dat is niet zo gek. Het schip plunderde de hele West-Afrikaanse kust, en dit is slechts één van de tientallen monsterboten die Europa de wereld over laat varen om de oceanen leeg te vissen.

De helft van alle vis die we in Europa eten, komt uit de derde wereld en dat is onacceptabel. De Partij voor de Dieren steunt het voorstel om charterovereenkomsten tussen Europese industrievisserij en ontwikkelingslanden te beperken. Wat ons betreft blijven monsterboten als de Annelies Ilena voortaan aan de ketting.

Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouw- en visserijsubsidies moeten worden afgeschaft.

**Marco Affronte**, *a nome del gruppo Verts/ALE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per il mio gruppo si è già espressa la relatrice. Io userò questo minuto solo per fare un esempio di quanto sia necessario questo regolamento.

Molti anni fa, la Spagna ha adottato una legge molto apprezzata che assicurava che le disposizioni della PCP fossero applicate alle proprie imbarcazioni ovunque operassero. L'anno scorso, però, la Corte suprema spagnola ha superato l'applicazione di questo principio in una causa che avrà forti ripercussioni ad ampio raggio e potrà indebolire seriamente le possibilità della Spagna di rafforzare le disposizioni della PCP e quindi il controllo della pesca. Una nota impresa di pesca è stata accusata, tra l'altro, di aver falsificato documenti e commesso crimini contro l'ambiente pescando in Antartico, per un giro di affari di 100 milioni di euro. Purtroppo la sola legge spagnola non ha gli strumenti legali per condannare gli armatori, che potrebbero fare scuola per altre imprese di pesca illegale.

Questo caso dimostra l'assoluta necessità di un rafforzamento delle regole comuni nel controllo della pesca nelle acque esterne, così come nelle acque continentali. Gli Stati membri, da soli, chiaramente non sono in grado di farlo autonomamente. Come ha già detto la relatrice, questo regolamento è fondamentale ed è necessario, in particolare, votare contro gli emendamenti 30 e 48.

**Mike Hookem, on behalf of the EFDD Group.** – Mr President, tonight we debate sustainability, and I see by the numbers tonight the importance this European Parliament puts on the jobs of UK fishermen. The common fisheries policy does not know the meaning of the word ‘sustainability’. In UK waters, the common fisheries policy allows non-British fishing ships to decimate the number of fish, devastate the breeding stock of whole species and destroy the livelihoods and prosperity of whole ports such as Grimsby and Hull. The report also talks of external waters and fleets. It is straightforward: the UK must use Brexit to regain control of our waters when the EU becomes an external fleet. They must take second place – play second fiddle to the needs of our ports and our boats. For too long, our waters have been stripped by others. It must stop, and I will do all I can to make it stop. So it must be goodbye to external fleets, goodbye to the CFP on our patch, and goodbye to unworkable rules. Then it can be: hello, real sustainability.

**Gabriel Mato (PPE).** – Señor presidente. Quiero expresar mi agradecimiento a la ponente y a todos los que han intervenido y, al señor Affronte, simplemente recordarle que se le ha olvidado solo decir algo que creo que es importante: que España es un claro ejemplo en cuanto a control y en cuanto a tener la flota más respetuosa del mundo.

Y dicho esto, lo que para algunos son elementos positivos, para mí creo que pueden llegar a ser absolutamente distorsionantes. Estamos hablando de la obligación de que existan excedentes. Estamos hablando del registro público, que, más allá de la transparencia, está —como ha dicho muy bien Paco Millán— vulnerando los mínimos principios de la propia estrategia que puedan tener comercialmente los operadores y la doble sanción.

Creo que estamos poniendo tantos obstáculos a la flota exterior —que es una de las flotas, ya digo, más sostenibles y más respetuosas— que parece que algunos quieren acabar con ella, y yo creo que es un tremendo error. Y el mayor ejemplo de ello es, y ahí discrepo de la ponente, la doble sanción. La enmienda 30 creo que hay que votarla, claramente, entre otras cosas, porque, ¿saben lo que podemos lograr? Que se esté penalizando a los países que aplican de manera más estricta el Reglamento de control y la reglamentación de las Naciones Unidas sobre la pesca. Estamos invitando a los países a una relajación en el control y en las sanciones. ¿Para qué? Para evitar la doble sanción y para evitar que se impida dar las licencias.

Hay que tener mucho cuidado. ¿Hay que controlar? Sin duda alguna. ¿Hay que sancionar? Sin duda alguna. Pero no podemos aceptar de ninguna manera una doble sanción que no tiene ningún tipo de sentido.

**Clara Eugenia Aguilera García (S&D).** – Señor presidente, estamos, como han dicho todas las personas que han precedido a mi intervención, ante un Reglamento importante. Yo quiero reconocer el trabajo tanto de la ponente, la señora Engström, como de los ponentes alternativos. Creo que se ha hecho un gran trabajo y creo que el resultado es equilibrado. El resultado. No se puede ganar todo, señora Engström, no se puede ganar todo. Yo creo que el resultado es bastante equilibrado, teniendo en cuenta que estamos hablando de un Reglamento importante, con una trascendencia fundamental, y yo creo que en eso se ha conseguido un equilibrio. Hay algunas cosas que me gustan más, como a algunos, y hay otras cosas que me gustan menos.

Pero —como ha dicho el señor Mato bien claro— la flota española es un ejemplo de control y no me gusta que, cuando se habla de la flota exterior, se diga que es una flota que está esquilmando absolutamente todo. Creo que se habla muy ligeramente de mucha gente que hay detrás de esto muy seria y muy trabajadora. Por tanto, dejemos ya de criminalizar en líneas generales. Hay gente que lo hace bien y gente que lo hace mal. Y hay países que controlan mejor y países que controlan peor.

En este caso, vamos a tener un buen Reglamento que simplifica el sistema actual, armoniza los requisitos en materia de datos y clarifica las responsabilidades de todos los agentes que intervienen; también da mayor coherencia a todos los Reglamentos. Por tanto, yo creo que es un acuerdo equilibrado. No se puede ganar todo. Demos a la flota exterior un buen Reglamento, pero que pueda seguir trabajando.

**Czesław Hoc (ECR).** – Była znakomita okazja, by nowe rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie zrównoważonego zarządzania zewnętrznymi flotami rybackimi wprowadziło jasne, równe i sprawiedliwe zasady funkcjonowania floty rybackiej unijnej i floty państw trzecich. Tymczasem, niestety zamiast uproszczenia przepisów i procedur wprowadza się większe obciążenie biurokratyczne zarówno dla armatorów, jak i administracji państw członkowskich. Co więcej, flota unijna będzie mogła być dyskryminowana względem floty państw trzecich, bowiem statki państw trzecich nie będą musiały spełniać wszystkich wymogów administracyjnych. Zatem może dojść do wyparcia floty unijnej z rynku przez flotę państw trzecich. Ponadto nakładanie na armatorów trudnych wymogów, to rozporządzenie może pozbawić wydawania upoważnień bezpośrednich. Jeszcze w kwestii poprawki 30.: rzeczywiście trzeba być bardzo ostrożnym, osobiście jestem przeciwko podwójnej karze.

**Werner Kuhn (PPE).** – Herr Präsident! Verehrter Herr Kommissar Vella, liebe Frau Kollegin Engström, herzlichen Dank auch für Ihr Engagement, gerade was die Verordnung über die Genehmigung der Fischereitätigkeit von Fischereifahrzeugen der Europäischen Union außerhalb der Unionsgewässer betrifft, aber die Verordnung gilt gleichfalls auch für Fischereifahrzeuge aus Drittstaaten, die in Unionsgewässern fischen. Deshalb müssen wir schon abwägen, und ich halte es für sehr vernünftig, dass hier ein Register über die Fanggenehmigungen angelegt wird und auch die Überwachung der Außenflotte sichergestellt ist und dass man die Genehmigung dafür erhalten muss, in den entsprechenden Fanggebieten operieren zu dürfen.

Und da rufe ich einfach nochmal die partnerschaftlichen Abkommen mit Drittstaaten auf, die wir hier im Parlament und auch im Fischereiausschuss jedes Mal intensiv diskutiert haben. Ob es um die Seychellen, Madagaskar, Mauretanien, Grönland oder Westafrika geht: Das haben wir alles miteinander besprochen. Deshalb ist es eigentlich nur vernünftig und sinnvoll, dass die Grundverordnung, die bei uns in den Unionsgewässern angewendet wird, auch außerhalb, in den Drittstaaten, in denen wir Fanggenehmigungen haben, in der operationellen Arbeit Anwendung findet. Da ist natürlich die Anlande Verpflichtung dabei, und da sind die TACs und Quoten auf wissenschaftlicher Basis, MSY und andere Referenzgrößen und natürlich auch die Kontrollinstitution dabei.

Aber weil immer wieder darüber debattiert wird, dass Europa mit einer Riesenflotte auf den Weltmeeren arbeitet und dort die Bestände zerstört: China und Indonesien und Indien gemeinsam haben mehr als 50 % der Wildfänge und der Aquakultur, Herr Präsident! Das wollte ich nur nochmal ganz kurz sagen. Europa ist mit 4,5 % an vierter Stelle, und deswegen ist es ganz wichtig, dass wir die europäische Fischereipolitik den anderen, die dort arbeiten, schon auch näherbringen und die illegale Fischerei bekämpfen.

**Renata Briano (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario, la relatrice – che non aveva un compito facile, perché il dossier era comunque impegnativo – e tutti i relatori ombra perché il compromesso a cui siamo giunti è sicuramente un buon lavoro, anche se ci sono alcuni aspetti forse ancora da perfezionare. La proposta di regolamento di cui stiamo discutendo è stata molto attesa perché risponde all'esigenza di riformare la gestione delle flotte da pesca esterne alla luce degli obiettivi e dei principi della PCP.

Il punto su cui vorrei porre l'attenzione di questa Assemblea è quello relativo agli accordi dormienti, che allo stato attuale provocano un vuoto normativo che potrebbe pregiudicare la sostenibilità della gestione delle risorse nelle acque esterne all'Unione europea. Si tratta infatti di accordi di partenariato il cui protocollo operativo è scaduto e non rinnovato e che comportano, per effetto della clausola di esclusività in essi contenuta, che non siano consentite autorizzazioni dirette a favore di imbarcazioni battenti bandiera UE. Il rischio concreto di questi accordi è che i paesi non UE che non riconoscono gli alti standard di sostenibilità come noi – per esempio la sostenibilità sociale ed economica – possano subentrare nella cattura delle eccedenze in maniera predatoria e che non tenga conto degli aspetti di cooperazione alla base dei nostri accordi.

Infatti, è necessario sottolineare che le flotte da pesca esterne dell'UE rappresentano la PCP a livello internazionale e l'Unione europea ha raggiunto risultati notevoli in termini di standard per la sostenibilità, che devono essere coerentemente raggiunti anche nella dimensione esterna. Solo in questo modo l'Unione europea potrà continuare ad essere un esempio positivo e credibile.

**Jarosław Wałęsa (PPE).** – Mr President, while seeking the sustainable exploitation of the seas, we should not forget about increasing the effectiveness of the current system. We also need to remember to promote a level playing field for Union operators, contrary to the third country operators. Most importantly, we have to create this level playing field. I am talking about the effective closure of the EU market for products coming from third country vessels that do not meet the requirements of this legislation. The EU should create a level playing field so that EU fishing vessels can compete with vessels from third countries.

Finally, I would like to mention the important Article 5.1(d). I fully agree with the fact that this point implies a double sanction for this sector and could seriously hurt the fishing activities of the long-distance fleet. We should not forget that the EU external fishing fleet is already subject to sanctions for serious infringements by the Control and IUU regulations. We have to remember this because it puts additional and unnecessary strain on our operators. In doing so, we will only hurt the sector and will also hurt the environment because we are the most important and most responsible operators on the seas all over the world.

*Zgłoszenia z sali*

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea non è totalmente in grado di sorvegliare la propria flotta ovunque essa operi e a prescindere dal quadro in cui si svolgono le sue attività. È dunque necessaria una rivisitazione del regolamento vigente sulle autorizzazioni di pesca.

Mi congratulo con il Commissario Vella e con la relatrice per il lavoro svolto. Penso che la Commissione abbia avanzato una valida proposta che consentirà all'Unione europea di controllare più efficacemente le proprie navi operanti al di fuori delle acque unionali, rendendo più chiare le procedure per il rilascio delle autorizzazioni ed introducendo norme comuni di ammissibilità per tali imbarcazioni. La proposta in questione garantirà condizioni di parità a tutte le attività di pesca esercitate da navi battenti bandiera dell'Unione assicurando che l'Unione europea adempia alle proprie responsabilità di Stato di bandiera nonché di Stato della proprietà beneficiaria.

Il regolamento sulle autorizzazioni di pesca offrirà anche un contributo concreto alla lotta contro la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata, dando così seguito al piano d'azione internazionale della FAO contro la pesca illegale, approvato dall'Unione europea.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, ο υπερπόντιος στόλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί σημαντικό κομμάτι του συνολικού στόλου και συνεισφέρει στην απασχόληση και στην προμήθεια ψαριών στην αγορά της Ένωσης. Παρόλα αυτά όμως, ο ισχύων κανονισμός για τις αλιευτικές άδειες των συγκεκριμένων αλιευτικών δραστηριοτήτων έχει αποτύχει, επιδεικνύοντας σοβαρές αδυναμίες, αφού η δραστηριοποίηση των σκαφών της Ευρωπαϊκής Ένωσης εκτός των υδάτων της Ένωσης δεν ρυθμίζεται από τον τρέχοντα κανονισμό. Για το λόγο αυτό, είναι αναγκαία η ρύθμιση μιας βιώσιμης διαχείρισης του εξωτερικού στόλου. Επιπλέον, σε πολλά κράτη μέλη της Ένωσης, οι παράκτιες και νησιωτικές περιοχές αντιμετωπίζουν μια σημαντική οικονομική ύφεση που οδηγεί στη μείωση του πληθυσμού των περιοχών. Σε χώρες όπως η Ελλάδα που πλήττεται από τα μνημόνια και τα μέτρα λιτότητας, οι αλιείς βιώνουν τις συνέπειες του αγροτικού μνημονίου, με αποτέλεσμα την οικονομική ύφεση και την στοχοποίηση τους. Καθίσταται επομένως αναγκαίο για την Ευρωπαϊκή Ένωση να ανασυγκροτήσει τον πρωτογενή τομέα, να δώσει έμφαση στη γαλαξία οικονομία, να αυξήσει τη χρηματοδότηση στον αλιευτικό τομέα και να ενισχύσει την απασχόληση ιδίως στα νησιά του Αιγαίου.

*(Koniec zgłoszeń z sali)*

**Karmenu Vella, Member of the Commission.** – Mr President, I would like to thank everyone once again for this fruitful discussion.

This week, I had the pleasure of discussing with many of you the importance of ocean governance at the Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas Intergroup. Your vote on this proposal will be a very important step towards improving ocean governance overall. It will contribute to the sustainable exploitation of global fisheries resources. The European Union must be seen to act responsibly outside its own waters if we expect others also to fish sustainably. We are accountable for the actions of our own fleets. We need to provide these vessels with clear, simple and coherent rules in order to ensure that fishing authorisations are granted on objective and proportionate eligibility criteria, and that vessel activities are constantly monitored and transparent. The Commission proposal, which you will soon discuss in dialogues, presents an approach that will achieve these objectives. I welcome Ms Engström's report, which reinforces our policy objectives and brings in some constructive suggestions as well.

Turning to some of the specific points raised by Members this evening, some of you do not agree that past serious infringements should be taken into account in granting authorisations – I am referring to Amendment 30. I think that this measure is proportionate and justified. We should ensure that only good conduct vessels are allowed to fish outside EU waters, and the absence of serious – let stress and underline the word ‘serious’ – infringements in the last 12 months is a good indication of good conduct. It is also a cost-effective way to control who can fish outside our waters and who cannot.

There were also some comments on the clawback clause. The European Union is responsible before third countries and international organisations for the activities of its vessels operating outside EU waters. Not having a legal basis to stop fishing vessels from causing harm without the impunity of the flagged Member State would put the European Union in a situation of not being able to comply with its international obligation of due diligence, as pointed out by the International Tribunal for the Law of the Sea (ITLOS). The clawback clause allows the Commission to withdraw a fishing authorisation in cases where Member States do not stop fishing vessels flying their flag in the cases provided by the law and where those vessels continue fishing, causing harm.

There was also some mention of the dormant agreements and, although we sympathise, we cannot accept them for legal reasons. We understand that this is an important issue for a number of Members, and our proposal addresses direct authorisations with the objective of ensuring sustainability. This may eventually lead to our reviewing dormant agreements in the context of the negotiation of sustainable fishing partnership agreements.

Some comments were also made about the minimum length of vessel fleets. I have to say that it is very difficult to quantify the effect of the amendment, because we do not have information on high seas fisheries conducted by the EU vessels. However, to give you an idea, in 2015 there were around 70 000 EU vessels licensed to fish in our FMOs, with the bulk coming from the General Fisheries Commission for the Mediterranean (GFCM) and the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT). In the Mediterranean, most of the vessels are small-scale and normally fish on the high seas, although not adding a minimum length may bring problems of monitoring and control as well, because not all vessels are obliged to carry VMS, AIS and IMO numbers.

Some of you also expressed concern about data protection. As I have already said, we believe that the balance between information requirements and privacy in the proposal is the right one, but I am happy to look at proposals that would improve transparency within the limit of our data protection rules. I am sure that this will be an issue for intense discussion in the trialogues.

I look forward to further working with Parliament in a good spirit of cooperation as we take this file forward.

**Linnéa Engström**, *rappporteur*. – Mr President, I would like to thank everyone here and Commissioner Vella for their contributions. I have some last points, and the first is that I really want to support the idea that we keep in the report the second part of Amendment 32, which gives the Commission the possibility to act if a Member State fails to. I think this is crucial as a provision to guarantee the level playing field among fleets. I hope that this will be confirmed in tomorrow’s vote. I urge you to vote in favour of Amendment 32 – all parts.

The second point is that some colleagues claim that prohibiting vessels that have committed a serious infringement from fishing abroad would be a double penalty, and this is definitely not the case, as Commissioner Vella also stressed. It is an eligibility criterion designed to ensure that only vessels with a clean record are allowed to fish outside EU waters.

My last point: let me come back to Amendment 48. If vessels are allowed after three years of a dormant agreement to set up their own terms with a third country, they will be able to ignore those very provisions in the CFP that have served to improve EU standards. They could negotiate weaker terms despite the existence of a bilateral agreement, and that is not maintaining the high standards of the EU. It is serving to undermine them. So I urge you all to keep up the good standards of EU external fishing and to refer to, and vote against, Amendment 48. Once more, my thanks to all of you for the very good cooperation that we have had, and I am looking forward to working with you once more.

**Przewodniczący**. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 2 lutego 2017 r.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Carolina Punset (ALDE)**, *por escrito*. – Con la propuesta de modificación del Reglamento sobre la gestión sostenible de las flotas pesqueras exteriores, Europa tiene una oportunidad para desmarcarse de las prácticas de pesca no sostenible. Establecer medidas de control eficaces para nuestras flotas es parte del objetivo de esta propuesta y pondrá a la Unión Europea como ejemplo de gestión sostenible de su flota pesquera, incluso en aguas de terceros países. En un mundo en proceso de cambio hacia economías compatibles con la conservación de los recursos naturales, el sector pesquero no puede estar ausente y, mucho menos cuando se trata de buques con bandera de la UE que operan fuera de sus aguas. Estos buques son la presencia visible de la Unión Europea en todo el mundo y tienen que mantener los altos estándares que el mundo espera de Europa. Por lo tanto, debemos evitar que los buques que han operado ilegalmente recientemente accedan a licencias de pesca en el extranjero. Este criterio de elegibilidad, diseñado para garantizar que sólo los buques con un historial limpio puedan pescar fuera de las aguas de la UE, es un criterio similar al que se sigue en el sistema europeo de puntos para infracciones de pesca graves.

**Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D)**, *în scris*. – Abordarea ecosistemică și precaută a gestionării pescuitului sporește transparența activităților de pescuit externe și face dificilă eludarea normelor PCP, limitând, în același timp, sarcinile administrative și sporind certitudinea juridică. Sunt de acord cu faptul ca, în vederea atingerii obiectivelor PCP, sunt necesare norme clare și cuprinzătoare și baze de date viabile în ceea ce privește autorizarea și monitorizarea navelor din UE, atunci când ele pescuiesc în afara apelor UE, dar și a condițiilor de autorizare a navelor de pescuit din țări terțe, care pescuiesc în apele Uniunii. Navele Uniunii Europene pot pescui în apele țărilor terțe fie în temeiul acordurilor de parteneriat în domeniul pescuitului sustenabil încheiate de UE cu respectivele țări terțe, fie ca urmare a obținerii unor autorizații de pescuit directe din acele țări terțe. Evident, autorizarea navelor de pescuit (cu toate elementele aferente) trebuie fundamentată pe baza unui set de criterii comune de eligibilitate. În acest sens, UE și statele membre trebuie să adopte măsuri adecvate pentru a asigura gestionarea și conservarea sustenabilă a resurselor marine, în contextul siguranței alimentare și al eradicării sărăciei. De asemenea, cooperarea este absolut necesară pentru transformarea lumii în care trăim prin conservarea și utilizarea durabilă a oceanelor, mărilor și resurselor marine.

**Isabelle Thomas (S&D)**, *par écrit*. – Grâce aux autorisations de pêche externes, nous fixons le cadre de la durabilité de nos activités de pêche dans le monde. Ces objectifs sont particulièrement ambitieux en matière de contrôle et de relations avec nos partenaires internationaux.

C'est grâce à un comportement irréprochable de nos pêcheries que nous parviendrons à maintenir notre image de leaders mondiaux de la durabilité pour lutter contre la pêche illégale, non déclarée et non réglementée, dite INN. Toutefois je tiens à vous alerter: la bataille contre la pêche INN ne peut pas avoir pour seul levier l'exemplarité de nos flottes.

La justice et l'équité imposent que nous soyons intransigeants avec nos partenaires qui ne respecteraient pas les règles du jeu. Dans cette lutte pour la durabilité de nos océans, notre seule exemplarité ne suffira pas à faire évoluer les pratiques, ce sont les accords commerciaux qui sont les talons d'Achille. Il est ainsi essentiel que nous utilisions tous les leviers dont nous disposons.

J'espère ainsi que les relations entre la DG Mare et la DG Trade pourront s'intensifier, afin que la Commission européenne adopte une approche cohérente de promotion de la pêche durable au niveau mondial.

**PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO***Vicepresidente***20. Durchführung von Erasmus+ (Aussprache)**

**El Presidente.** – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Milan Zver, en nombre de la Comisión de Cultura y Educación, sobre la aplicación del Reglamento (UE) n.º 1288/2013 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 11 de diciembre de 2013, por el que se crea el programa «Erasmus+», de educación, formación, juventud y deporte de la Unión y por el que se derogan las Decisiones n.º 1719/2006/CE, n.º 1720/2006/CE y n.º 1298/2008/CE (2015/2327(INI)) (A8-0389/2016).

**Milan Zver, Poročevalec.** – Pred nami je poročilo o implementaciji Erasmus + programa, krovnega programa na področju izobraževanja, usposabljanja, mladih in športa, ki je bil formalno ustanovljen 11. decembra 2013 in začel delovati 2014. Poročilo je bilo sprejeto na odboru za kulturo novembra 2016 s spoštovanja vredno večino. Dovolite, da se ob tem pristrčno zahvalim vsem soporočevalcem političnih skupin, ki so tvorno sodelovali pri pripravi poročila in ga vsebinsko obogatili.

Toda to poročilo ima razvejane korenine. Vsebinsko so pri njem sodelovali tudi posamezniki, nevladne organizacije in izobraževalne institucije, ki se s to problematiko ukvarjajo širom po Evropi, tudi v praksi. Ta širina se mi je pri pripravi osnutka zdela koristna tudi za to, ker zaradi relativno zgodnje priprave poročila in kratkega roka implementacije programa nisem mogel uporabljati rezultatov uradnih raziskav in analiz, ker jih enostavno še ni bilo. Evropski parlament je izvedel dve raziskavi, tudi Komisija je dala na razpolago vse, kar je do tedaj imela zbranega o delovanju tega novega krovnega programa, ki ima v evropski javnosti izjemno veliko podporo. Hvala še enkrat za pomoč strokovnim službam Parlamenta in Komisije.

Znano je, da je Erasmus + nastal z združitvijo raznolikih predhodnih programov in da je zato izjemno kompleksen. Zato so poenostavitve, ki se nanašajo v glavnem na digitalizacijo prijavnih postopkov in projektov, še kako dobrodošle. Istočasno pa poudarjamo integriran pristop, saj Erasmus + združuje prav tako že prej uveljavljene programe, kot so Mladi v akciji, Erasmus Mundus, Erasmus, Grundtvig, Comenius in Leonardo da Vinci). Navzlic uveljavljeni horizontalni integraciji je Komisiji uspelo program funkcionalno decentralizirati ter prenesti pristojnosti – ali večje pristojnosti – na nacionalne agencije.

Splošna prepoznavnost programa Erasmus+ se je povečala, najpomembnejša odločitev v poročilu pa je, da program dobro deluje, da je prinesel vrsto novosti. So pa tudi slabosti, ki jih bo treba postopoma odpravljati. Kot primer naj navedem, da se deležniki včasih pritožujejo, da je še vedno preveč birokratskih ovir, da uporabnikom ni najbolj prijazna nova informacijska komunikacijska tehnologija, da je medresorsko sodelovanje premalo intenzivno, da je stopnja uspešnosti v nekaterih delih programa Erasmus + občutno prenizka in tako naprej.

Toda največji problem pa je razkorak med potenciali Erasmus +, ki se kažejo v velikem številu prijav, in realnimi finančnimi možnostmi. V nekaterih delih programa zavrnejo kar tri četrtine projektov (oziroma prijav), četudi so kvalitetni, ker pač ni dovolj denarja. 40-odstotno povečanje proračuna v tej finančni perspektivi bodo v realnosti občutili šele letos. To bo v naslednjih štirih letih povečalo absorpcijsko sposobnost Erasmus +, tako da bo po pričakovanjih do konca leta 2020 blagodatni program Erasmus + občutilo 4 milijone ljudi, večinoma mladih.

V naslednji finančni perspektivi bomo morali še povečati proračunska sredstva za ta program, saj ima neprecenljive pozitivne učinke

**Tibor Navracsics**, *Member of the Commission*. – Mr President, this year we are celebrating the thirtieth anniversary of Erasmus, one of the EU's biggest success stories. This is the perfect opportunity for us to take stock of how we have moved from Erasmus to Erasmus+ and to celebrate what we have achieved so far. It is also a greater opportunity to debate where we want to take the programme in the future.

I therefore welcome the fact that the European Parliament has appointed a standing rapporteur for the Erasmus+ Programme who keeps a critical eye on its implementation. I want to thank Mr Sver and his shadow rapporteurs for their positive and constructive report, and their suggestions, especially with a view to the upcoming mid-term evaluation of Erasmus+. I welcome this report, and I am very happy to comment on some of the points it raises.

I am fully aware that Erasmus+ had some teething problems in its first year. Merging various former programmes into one and trying to apply uniform rules to the whole programme was not an easy task, but we have overcome these initial difficulties. I am therefore pleased that your report recognises the efforts the Commission has put and continues to put into improving the implementation of the programme. This would not have been possible without your regular feedback and without us closely cooperating with our stakeholders and national agencies who implement the programme at national level.

Your report rightly identifies the cross-sectorial approach as a main feature of Erasmus+. As you point out, we have seen many positive developments over the course of only a couple of years. What we do in education, training, youth and sport is much more visible. We have built bridges between these fields which has led to an exchange of ideas, and has also translated into a significant increase in the funding available to the benefit of all beneficiaries. Moreover, funding rules have been streamlined and simplified funding mechanisms such as lump sums have been widely introduced. Communication to beneficiaries has been streamlined and, finally, this leaner management has made the programme more flexible, so that it can respond to changing political priorities.

I am very proud that Erasmus+ is a much more open and inclusive programme than its predecessors. First of all, Erasmus+ is much more than student mobility. It is about learners in vocational education and training, and youth workers. It is about providing practical support to teachers and helping organisations and educational institutions to forge international partnerships. It is about kick-starting innovation across the fields of education, training and youth. It is about supporting our sports organisations, and much more. Erasmus+ also covers important horizontal dimensions. To name just one: language learning. Language learning is definitely a must in today's world. This is why Erasmus+ provides flexible online linguistic support in many languages. The programme also offers additional funding to disadvantaged learners, including people who come from difficult socio-economic backgrounds, or who have special needs, because these people are the ones who need the extra boost to participate in the programme.

I am happy to see that as a result of our efforts, one out of ten mobility participants come from disadvantaged backgrounds or have fewer opportunities. I believe that inclusion and accessibility go hand in hand. I am therefore glad to read in your report that you appreciate our attempts to simplify the application procedures through a range of digital solutions. We have established a strong relationship with our national agencies and beneficiaries. My services have put in place a long-term IT action plan to adapt our IT tools to the needs of participants and to make the tools as user-friendly as possible. We have already achieved high satisfaction rates here, but we will keep up the work. Thanks to the use of online application forms and the online programme guide, we are now moving to the next level of digitalisation. This is in line with the call included in your report.



Let me stress one more thing: if we are to ensure the future success of the programme and the positive impact it has on the lives of so many young people across Europe, we need adequate funding. Already now, the programme is heavily over-subscribed, and as you rightly say in your report, it creates frustration when high-quality projects have to be turned down for the simple reason of lack of funds. Given the back-loading of the programme, which means that most of the funds earmarked for Erasmus+ will be spent between now and 2020 when the current programme ends, we need an increase of funds for the next programming period, just to maintain current funding levels. The thirtieth anniversary of Erasmus+ this year provides us with an excellent opportunity to make the case for such an increase. As you know, just last week we organised a launch event at the Parliamentarium for a year full of anniversary events all across Europe. I would like to invite you all to get involved in these events, as we have so much to learn from listening to the Erasmus generation and their ideas. We need to involve them in building a stronger, better Europe.

Honourable Members, your report is a manifestation of our shared dedication to the programme and of our constructive relationship. I want to thank you for the time and effort you have devoted to drafting it. Let me assure you that your conclusions and recommendations will be carefully taken into account in the ongoing mid-term evaluation of the programme.

Together we can make sure that Erasmus+ will continue to be one of Europe's greatest success stories.

**Michaela Šojdřová, za skupinu PPE.** – Pane předsedající, Erasmus+ hodnotíme všichni jako velmi úspěšný program, který přispívá ke zvyšování kvality ve vzdělávání, v zaměstnanosti a také k budování evropské identity. Nebojím se zde použít slovo „evropanství“. Všichni, kteří tento program využívají, nás žádají o to, aby program pokračoval, aby byl rozvíjen, aby byl zvýšen rozpočet, aby byla také zjednodušena administrativa. To všechno uvádíme ve své zprávě a za tuto zprávu chci především poděkovat kolegovi Zverovi, který se jí velmi podrobně věnuje.

Po necelých třech letech musím konstatovat, že značka Erasmus+ znamenala zviditelnění a zjednodušení komunikace. Všichni vědí, že se v něm najde mobilita i partnerství pro všechny skupiny, od učitelů přes žáky až po dobrovolníky a sportovce. Přesto máme požadavky na zlepšení. Navýšení rozpočtu o 40 % na toto období je výborné, ale budeme potřebovat více, aby úspěšnost byla ještě vyšší a také, aby efektivita byla vyšší, proto je nutné zjednodušit administrativu, např. zjednodušení příručky pro program.

Erasmus+ by měl také přispívat více ke zlepšení jazykových dovedností, k tomu by měla přispět příprava před výjezdem do zahraničí. Také bychom chtěli posílit program pro dobrovolníky, připravované sbory solidarity by neměly být konkurencí, ale naopak doplněním tohoto úspěšného dobrovolnického programu. Také podpora podnikatelského vzdělávání by měla pokračovat a mobilita učitelů by měla být povinnou součástí jejich kariérního postupu. Děkuji panu komisaři, že se tomuto programu věnuje a přeji všechno nejlepší do další třicítky.

**Krystyna Łybacka, w imieniu grupy S&D.** – Panie Przewodniczący! Program Erasmus to jeden z najważniejszych programów, który współtworzy nowe pokolenie Europejczyków. Pokolenie, które w międzynarodowej mobilności i multikulturowości widzi szansę, a nie zagrożenie. Dlatego troską nas wszystkich musi być wysoka jakość programu, jego efektywność i przejrzystość. Omawiane sprawozdanie pana pośła Zvera właściwie identyfikuje problemy. Ja chciałabym zwrócić uwagę na trzy aspekty tego programu.

Po pierwsze – dostępność. Mimo pewnej poprawy nadal utrzymuje się społecznie selektywny charakter udziału w mobilności. Wielu osób o niskich dochodach bez pomocy osób trzecich nie stać na uczestnictwo w programie. Aby zwiększyć możliwość uczestnictwa dla tych osób konieczne jest, panie komisarzu, dostosowanie wysokości dotacji do kosztów utrzymania w kraju goszczącym.

Sprawa druga – budżet. Mówił o tym pan komisarz. Rzeczywiście środki są niewystarczające z uwagi na ogromną popularność programu, ale dlatego niedopuszczalne jest tworzenie nowych, nawet dobrych, programów, które są finansowane z programu Erasmus, takich jak między innymi Europejski Korpus Solidarności. Proponuję także, by dla tych dobrych projektów, które są odrzucane z uwagi na brak środków, wprowadzić patent wyróżnienia ich, tak żeby miały priorytet w sięganiu po środki z innych źródeł.

Po trzecie – kredyty studenckie. Konieczna jest krytyczna ocena instrumentu gwarancji kredytów studenckich. Tylko sto trzydzieści osób skorzystało dotąd z tego instrumentu. Apeluję do Komisji, aby w konsultacji z Parlamentem przedstawiła strategię ponownego rozdziału części budżetu, która prawdopodobnie nie zostanie wykorzystana do roku 2020.

Ostatnie pytanie, które stawiam – jaki wniosek z tego udanego programu płynie dla systemów edukacji państw członkowskich? Najważniejszy – mobilność edukacyjna powinna być stałym fragmentem podstaw programowych, zarówno w kształceniu akademickim, jak i w doskonaleniu zawodowym. Mam głęboką nadzieję, że państwa członkowskie tak właśnie uhonorują trzydziestolecie Erasmusa.

**Ангел Джамбазки**, *от името на групата ECR*. – Г-н Председател, уважаеми колеги, Еразъм+ е програма – пример за успех в Европейския съюз, и се надявам с общи усилия това да продължи. В комисията по култура и образование ни бе предоставена възможност да работим върху този доклад за приложението на програмата в продължение на около година и смятам, че е много важно такива доклади да има, за да може чрез нас, народните представители, да се отчита и гледната точка на гражданите, както и на всички заинтересовани страни.

Заедно с моите колеги работихме по този доклад, бяхме затрупани от мнения на граждани и на организации. Прекалено сложната административна процедура беше едно от често срещаните оплаквания и затова направих препоръки и изменения в тази насока. Националните агенции, както е известно, играят много важна роля в тази програма и смятам, че е от голямо значение да има обмен на добри практики помежду им, за да се постига бърз напредък и да се установява и изкоренява проблематиката бързо и ефикасно.

Програмата Еразъм+ в моментния си вид бе създадена през 2013 г. за програмния период 2014–2020 г., с интегрирането на програми като: „Учене през целия живот“, „Младешта в действие“, „Еразмус Темпус“. Както при всяка новост е необходимо известно време, за да се стиковат процедурите и координацията. Програмата е много полезна по отношение на формиране на качества в младите, както и на онези, които искат да се обучават на по-късен етап.

**Hannu Takkula**, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, haluan alkuun kiittää hyvää esittelijää Milan Zveria hyvästä työstä. On ihan totta, kuten täällä on Milan Zverin ja komissaarinkin johdolla todettu, että Erasmus-ohjelma on erityinen menestystarina Euroopan unionissa ja koulutuspolitiikan alalla. On hyvä muistaa, että vietämme sen 30-vuotisjuhlaa ja että nekin ihmiset, jotka muuten suhtautuvat melko kriittisesti taikka kielteisesti koko eurooppalaiseen prosessiin, ovat kuitenkin sitä mieltä, että Erasmus+ on ollut menestystarina. Sitä kautta on nostettu eurooppalaista koulutustasoa, vaihdettu parhaita käytäntöjä ja näin ollen viety Eurooppaa eteenpäin.

Haluamme kuitenkin ohjelmasta entistä paremman ja sehän on ollut tämän väliarvion ajatus. On paikallaan edelleen alleviivata muutamia asioita, mitkä ehkä vielä voivat parantaa tätä ohjelmaa. Yksi niistä on se, että vielä pitäisi yksinkertaistaa hakuprosesseja, jotta erityisesti vapaaehtoisjärjestöt voisivat tulla paremmin mukaan erilaisiin ohjelmiin. Me tarvitsemme sektorit ylittävää yhteistyötä myöskin koulutuksen saralla. Myöskään opintolainatakausjärjestelmä ei ole oikein ottanut tuulta purjeisiin eikä se ole onnistunut, koska pankkisektori hylkäsi aloitteen. Myös sillä puolella täytyy tehdä uusia aloitteita sillä tavalla, että kaikilla eurooppalaisilla on mahdollisuus ottaa osaa Erasmus-ohjelmaan. Sitä pitää myös kehittää jatkossa.

On erittäin tärkeätä, että Euroopan kansalaiset voivat hyötyä mahdollisimman laajasti tästä ohjelmasta. Voin sanoa, että erityisesti hakuprosessien osalta tarvitsemme yksinkertaistamista. Ei muuta kuin menestystä edelleen tälle hyvälle ohjelmalle.

**Curzio Maltese**, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dunque, cerchiamo di capire: siccome Erasmus è stato uno dei pochi vanti di questa istituzione, ha funzionato bene per 13 anni e ha creato dei cittadini europei, allora noi abbiamo deciso di cambiarlo. E invece di ispirarci ai valori fondanti della nostra Unione, per esempio quello del diritto all'istruzione, lo vogliamo trasformare in un sistema di imitazione di un sistema che ha fallito in America, cioè il prestito studentesco. Questo è quello che sta realmente accadendo.

Da quando nel 2014 è stata approvata la nuova versione di Erasmus, Erasmus+, accanto a cose importanti che noi abbiamo appoggiato, come la trasparenza, la semplificazione burocratica e l'integrazione delle discipline, è stato introdotto questo virus, che è quello del prestito studentesco. Si tratta di un sistema che negli Stati Uniti ha provocato e sta provocando un collasso economico, una bolla di 1 300 miliardi di debito – largamente debito inesigibile – che rischia di travolgere un sistema intero di credito. Per fortuna, devo dire, in Europa è stato usato pochissimo, da 130 studenti in questi tre anni in soli tre paesi.

Quindi dovremmo cambiare strada e tornare all'Erasmus, che ha avuto successo. Noi invece stiamo andando avanti su una strada che distruggerà uno dei pochi strumenti amati e giustamente popolari di questa istituzione per inseguire dei modelli che hanno fallito altrove e dare altri argomenti all'antieuropeismo, che ne ha già abbastanza.

**Helga Trüpel**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir haben gerade den 30-jährigen Geburtstag von Erasmus gefeiert. Wir haben über zehn Millionen, insbesondere junge, Menschen erreicht. Also, es ist klar: Es ist eine wirkliche europäische Erfolgsgeschichte. Das Budget ist in dieser Planungsperiode um 40 % gestiegen, aber es ist klar: Auch das reicht noch nicht.

Aber ich will vor allem mal kurz kucken, was noch geändert werden muss, um das Erasmus-Programm besser zu machen: Kleine Schulprojekte sollten stärker gefördert werden, die Bedeutung des formalen und informellen Lernens sollte anerkannt und insbesondere die Bedeutung des informellen Lernens sollte gestärkt werden. Wir müssen benachteiligte Jugendliche mehr berücksichtigen und bei der internen Mittelverteilung mehr Geld für Jugendliche im Bereich Sport vorsehen. Und auch alle Antragsverfahren und auch die elektronischen Leitfäden sollten vereinfacht werden.

Ich möchte noch auf drei Extrapunkte zu sprechen kommen: Der europäische Solidaritätskorps ist im Prinzip eine gute Sache – auch ich unterstütze das –, aber er darf nicht aus den Mitteln von Erasmus + bezahlt werden, sondern die Mittel, die es jetzt dafür gibt, sollen für die Schwerpunkte von Erasmus + verwendet werden. Das gleiche gilt für die Idee des Interrailtickets: Auch das ist gut, wenn junge Menschen die Möglichkeit haben, damit zu reisen, aber es darf nicht aus den Mitteln des Erasmus-Programms finanziert werden. Und dann gibt es die Idee – und ich bin gerade bei der Politik von Trump sehr bereit, über die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitspolitik in Europa nachzudenken –, aber man sollte die Mittel aus Erasmus jetzt nicht als Erstes für mögliche militärische Kooperationen nutzen.

Also konzentrieren wir uns auf die eigentlichen Aufgaben, darauf, für einen Erasmus, für den wir jetzt so gekämpft haben, weiter die Mittel auszubauen, und wenn es zusätzliche gute Politikbereiche gibt, dann muss dafür frisches Geld besorgt werden.

**Isabella Adinolfi**, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto vorrei ringraziare il relatore per il lavoro fatto e per lo spirito di collaborazione mostrato. La relazione che ci accingiamo a votare costituisce un buon punto di equilibrio raggiunto tra i gruppi. Se il programma Erasmus+ rappresenta infatti uno dei programmi con più successo tra quelli europei, ciononostante alcuni aspetti dello stesso possono essere migliorati e la relazione ha il pregio di riconoscerlo. Così, ad esempio, si sottolinea come lo strumento di garanzia dei prestiti non abbia raggiunto i risultati prefissati e si chiede una sua valutazione critica. A mio avviso non è possibile assolutamente che gli studenti, per poter partecipare al programma, debbano indebitarsi. È inaccettabile che chi dispone di poche, a volte pochissime risorse debba essere anche gravato di un ulteriore fardello. È la collettività che deve farsene carico.

Un altro aspetto sul quale correttamente si pone l'accento è quello relativo al fatto che, se da un lato è corretto riconoscere il ruolo del volontariato nell'ambito di questo programma, dall'altro, però, il volontariato non può in nessuno modo sostituire la forza lavoro e gli investimenti pubblici. Infine, giudico positivi i richiami alla necessità di una semplificazione delle procedure amministrative, che spesso si sono dimostrate troppo farraginose.

Vorrei chiudere il mio intervento con una riflessione di ordine generale: il programma Erasmus viene sempre citato – come hanno fatto anche i miei colleghi – come esempio positivo per dimostrare che l'Unione europea in fondo funziona e può generare risultati positivi. Se però il successo di Erasmus è indubbio, non dobbiamo cadere nell'errore di usare questo programma come uno strumento di propaganda a favore dell'Unione europea, perché quest'ultima è affetta da troppi mali che non possono e non devono essere sottaciuti, a cominciare dalle politiche di austerità. L'accettazione del progetto europeo non può essere qualcosa di acritico. L'Unione deve ritornare a essere una comunità, a porre i cittadini al centro del proprio progetto e, per fare ciò, il programma Erasmus sicuramente ha costituito e costituisce un buon punto di partenza.

**Dominique Bilde**, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, je tiens tout d'abord à remercier le rapporteur car il a su, dans ce rapport à mi-parcours de la mise en œuvre d'Erasmus +, recueillir les principales informations nécessaires, notamment celles concernant le retour des agences nationales sur la transition avec les précédents programmes et leurs attentes concernant les améliorations nécessaires.

Le rapport indique, malgré quelques progrès, qu'il reste de gros efforts à faire en matière de simplification administrative puisque 75 % des agences nationales font encore face à des difficultés dans ce domaine.

J'appuie également le rapporteur dans sa volonté de rééquilibrer la part de financement entre les petits et les grands projets.

En ce qui concerne le budget, je prends note de l'augmentation de 12,7 % du budget total en 2017 par rapport à 2016. Cependant, je tiens à souligner que ces nouveaux fonds alloués n'auront un impact positif concret que dans la mesure où ils feront l'objet d'une gestion responsable.

Enfin, je soutiens le rapporteur dans sa volonté d'améliorer l'accessibilité du programme, notamment pour les personnes handicapées et les personnes issues des zones rurales ou montagneuses.

**Ева Майдел (PPE)**. – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, скъпи колеги, „Еразъм“ е не просто една от най-известните програми на Европейския съюз, но и една от най-развитите се през годините. Преди 30 години програмата наистина започва като схема за мобилност на студенти, а днес „Еразъм+“ означава обучение на ученици и на студенти на всички възрасти, стажове, доброволчество, младежки обмени, професионално обучение за възрастни, спорт.

Програмата е пример как Европейският съюз непрекъснато надгражда върху успешните проекти и политики и доставя конкретни резултати на своите граждани. Точно затова, когато настояваме за увеличение на финансирането на „Еразъм+“, ние не просто искаме повече студентски обмени, ние искаме по-добре обучени работници с повече качествени умения за успех в 21-ви век, ученици, знаещи повече езици, студенти с професионален опит от чужда страна.

Достатъчен е един пример, за да разберем значението на „Еразъм+“ за сформиранието на европейското самосъзнание сред младите. През 2015 г. страната, изпратила най-много студенти по „Еразъм“, е Великобритания. Тук с млади хора се шегуваме, че ако програмата днес навършваше петдесет години, може би „Брекзит“ нямаше да се случи. Ще се радваме да видим по-голям достъп за основни училища от малки градове да получат същия шанс както езикови гимназии от големи градове и да изпратят ученици и учители на обмен.

**Julie Ward (S&D)**. – Mr President, for me the Erasmus programme is the biggest success story of the EU. In 2014 alone, the programme provided the UK with more than EUR 79 million in grants and allowed 36 734 British people to study, train or volunteer abroad. These grants helped – and continue to help – young people enhance their skills and employability and intercultural awareness. They also encourage young people to participate in democratic life. Compared to previous generations of programmes, the new Erasmus+ provides stronger support for learners from disadvantaged backgrounds, which I welcome. By funding cooperation projects, Erasmus+ also fosters modernisation and EU-wide collaboration, which in turn stimulate innovation, creativity and improved job prospects.

Leaving the EU will have a major impact on higher education in the UK, with an important loss of income due to a fall in the numbers of EU nationals studying in the UK. Losing access to EU funding, such as Horizon 2020 grants, which accounts for a quarter of all public investment in UK research could further tarnish the attractiveness of the UK as a place to study for international students, including those from non-EU countries. Furthermore, by ending freedom of movement, a hard Brexit would deprive future generations of young Britons of the chance to broaden their minds, learn a foreign language, enjoy a new culture and gain a valuable European experience.

**Jiří Pospíšil (PPE)**. – Pane předsedající, já se chci připojit ke svým předřečníkům, kteří v zásadě chválili program Erasmus+. Jako praktičtí politici asi dobře víme, že pokud něco z Evropské unie jasně funguje a lze, zvláště u mladých lidí, jednoznačně deklarovat pozitivní stránku Evropské unie, tak je to právě program Erasmus+. Alespoň takovou já mám praktickou zkušenost z České republiky, pokud se setkávám jako vysokoškolský kantor se studenty, tak hovoříme-li o Erasmu+, všichni zde cítí a vidí jasné pozitivum.

Mimo jiné jsem přesvědčen, a je to zvláště důležité pro nás, pro bývalou postkomunistickou zemi, Erasmus umožňuje, aby mladí lidé poznávali, jak fungují jiné země EU, a aby do budoucna méně podléhali populistickým řečem některých politiků, kteří staví svou vizi na antievropské notě, na antievropské ideologii. Takže já to velmi vítám, ale jsem rád, že tato zpráva popisuje jasná konkrétní zlepšení a jasné konkrétní problémy, které by měla Komise řešit, a které by měly činnost Komise ovlivnit. Nebudu to zde všechno vyjmenovávat, je to otázka mobility nejen vysokoškolských studentů, ale i např. učňů, mobility mladých začínajících podnikatelů. Jsou to otázky související s dostatkem peněz, zvláště pro země východní a střední Evropy. Těch peněz není moc a často nestačí. Je to otázka vzájemné mobility, nejen studentů z postkomunistických zemí na Západ, ale do budoucna je třeba podporovat i právě, aby studenti ze západní Evropy více jezdili do střední a východní Evropy, atd. Takže děkuji a návrh podporuji.

*Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)*

**Csaba Sógor (PPE).** – Elnök Úr, az Erasmus program vitathatatlanul az Európai Unió egyik legsikeresebb programja, segítségével fiatalok milliói tapasztalhatták meg, milyen egy másik tagállamban élni, ezáltal erősítve az európai összetartozás gondolatát. Bár az EU-nak kevés hatásköre van az oktatás terén, mégis felhasználok ezt az alkalmat, hogy felhívjam a figyelmet azokra a milliókra, akik nem vesznek részt az Erasmus programban. Ők vannak többen, és sajnos egyes tagállamok oktatási rendszerei súlyos versenyképességi hátrányt jelentenek nekik. A megváltozott munkaerőpiaci viszonyokra, a megváltozott világra fel kellene készítsék a tagállami oktatási rendszerek a fiataljainkat, ez azonban egyes országokban nem történik meg.

Évtizedes lemaradással küzdenek ezek az országok és ezáltal a teljes Unió veszít versenyképességéből, tehát ez is közös ügyünk. A jelenleginél erőteljesebben kellene közelíteni egymáshoz a tagállami rendszereket, másképp ez a súlyos különbség konzerválódni fog a tagállamok között.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Erasmus+ è il più importante strumento di sostegno nei settori dell'istruzione e della formazione della gioventù. I risultati dello studio sull'impatto del programma Erasmus confermano che chi ha studiato o si è formato all'estero ha il doppio delle probabilità di trovare lavoro rispetto a chi non ha simili esperienze. Dallo studio emerge però anche il perdurare della selettività sociale nell'iscrizione ai programmi di mobilità in alcuni Stati membri.

Le ineguaglianze all'interno degli Stati membri e tra gli stessi stanno rendendo difficoltoso l'accesso al programma in quanto ostacolano i candidati che dispongono di un reddito inferiore. Molti studenti lavoratori rinunciano a partecipare ai programmi a causa della potenziale perdita di reddito. L'eliminazione degli ostacoli alla mobilità rappresenta un passaggio indispensabile per garantire la parità di accesso a questo programma. Ritengo che la Commissione e gli Stati membri debbano aumentare la dotazione finanziaria per favorire la partecipazione di coloro che non sono in grado di partecipare per motivi economici e cercare ulteriori possibilità per agevolare la mobilità affinché Erasmus+ possa effettivamente diventare accessibile a tutti.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, από το 2017 και έπειτα αναμένεται να υπάρξει αύξηση της χρηματοδότησης για το πρόγραμμα Erasmus+, καθώς η χαμηλή χρηματοδότηση για την περίοδο 2014-2016 είχε σαν αποτέλεσμα πολύ χαμηλά ποσοστά επιτυχίας ορισμένων τμημάτων του προγράμματος και καθώς υψηλός αριθμός αιτήσεων απορρίφθηκε με αποτέλεσμα τη διάψευση των προσδοκιών πολλών αιτούντων. Δεδομένου όμως ότι στις χώρες της Ένωσης παρατηρούμε ακραίες ανισορροπίες ως προς τα ποσοστά ανεργίας, η χρηματοδότηση του Erasmus+ θα πρέπει να προσαρμοστεί στις οικονομικές ανάγκες κάθε χώρας. Το πρόγραμμα θα μπορούσε να αποτελέσει ανάσα για τους νέους και ειδικά για τους Έλληνες που πλήττονται από τα μνημόνια και την ανεργία. Αυτή τη στιγμή τα όνειρα των νέων παιδιών για ένα καλύτερο αύριο πέφτουν στο κενό, καθώς βλέπουν ότι η αγορά εργασίας στην Ελλάδα δεν μπορεί να τους προσφέρει μια θέση που να ανταποκρίνεται στις ανάγκες τους αλλά και στο μορφωτικό τους επίπεδο. Για τους λόγους αυτούς μεταναστεύουν μαζικά στο εξωτερικό. Είναι επομένως αναγκαίο η Ευρωπαϊκή Ένωση να διαθέσει περισσότερα κονδύλια στις χώρες που πλήττονται από υψηλά ποσοστά ανεργίας όπως η Ελλάδα.

**Ivan Jakovčić (ALDE).** – Gospodine predsjedniče, trideset godina, desetak milijuna sudionika, stotine milijuna eura uloženi u naše građane. Veliki kapital za Europsku uniju. Uloženo u mladost, uloženo u učenje, uloženo u ljude koji danas zajedno s nama stvaraju Europu. I mislim da je to zaista s pravom često rečeno kao jedan od najboljih programa koji je uopće Europska unija osmislila, kao jedan od zaštitnih znakova Europske unije.

Međutim, zamolio sam za riječ da bih Vam, poštovani gospodine povjereniče, ukazao na još jedno iskustvo koje postoji, a to je program Euroodiseja, koji postoji u sklopu Skupštine europskih regija i gdje partnerstvo jedinica lokalne i regionalne samouprave, dakle regija i gradova, stvara nešto slično kao što je Erasmus+. Ja vas pozivam da razmislimo i da stvorimo partnerstvo ne samo sa zemljama članicama već i s mnogim regijama i gradovima koji imaju fondove za svoje studente, za svoje mlade ljude. Mislim da tu leži još jedan veliki potencijal za stvaranje jednog još jačeg programa Erasmus.

**Bogdan Brunon Wenta (PPE).** – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Jak dzisiaj słyszymy, wszystkie wystąpienia koleżanek i kolegów świadczą o tym, że jest to bardzo dobry program, szczególnie jeżeli spojrzymy z perspektywy 30 lat sukcesu integracji europejskiej. Ale jak z każdym instrumentem, który dobrze funkcjonuje, wiele dzisiejszych wypowiedzi i komentarzy dotyczy także troski o to, jaki jest, był i będzie Erasmus+. To jest problem związany z sukcesem, ale na sukces trzeba zawsze pracować i go wspomagać. Nie będę już powtarzał tych wszystkich argumentów, jakich wiele koleżanek i kolegów użyło, ale fakt, że w okresie 2014-2020 program zaoferuje dalsze możliwości studiowania, szkolenia lub wolontariatu 4 milionom Europejczyków, jest interesującym elementem. Nie byłoby to możliwe bez zwiększenia budżetu – 40-procentowy wzrost środków oraz integracja wszystkich programów w zakresie kształcenia i szkolenia młodzieży daje efekt w postaci programu Erasmus+. Poza tym – co bardzo ważne z mojej osobistej perspektywy – wreszcie uwzględniono w nim sport. Ale aby sukces programu miał wymiar długofalowy, istotne jest, by Komisja prowadziła działania w kierunku dalszego zwiększania budżetu programu, także w kolejnym okresie jego realizacji, oraz kontynuowała wysiłki na rzecz uproszczenia procedur związanych z programem. Przede wszystkim apeluję o przejrzysty przekaz dla beneficjentów programu, a także o udoskonalenie narzędzi przysługujących agencjom narodowym.

**Tiemo Wölken (S&D).** – Herr Präsident! Dies ist meine erste Rede in dem Hohen Haus, was für mich eine besonders große Ehre ist. Ich freue mich, dass ich diese Rede zum Erasmus+-Programm halten darf. Als junger Mensch kenne ich viele Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die davon profitieren.

Das Programm leistet einen unschlagbaren Beitrag für das Zusammenwachsen in der Europäischen Union, gerade auch durch die Öffnung hin zur beruflichen Ausbildung. Der Bericht unterstreicht die enorme Bedeutung von Erasmus+. Gerade in Grenzregionen leistet Erasmus einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Ausbildung. Wir sollten das Programm in diesem Bereich weiter stärken und es auch ermöglichen, dass Auszubildende, die unter der Woche wieder in ihr Heimatland fahren, die Finanzierung und Förderung erhalten. Dies gilt zum Beispiel im Bereich der Pflege.

Die Förderung von Europas Jugend ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunft der Europäischen Union und lässt uns weiter zusammenwachsen. Daher ist dieses Programm so wichtig.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, domnule comisar, suștin acest raport și îl voi vota cu mare plăcere. Am lucrat și am cunoscut foarte mulți tineri care au parcurs acest proiect. Erasmus+ este un pas înainte. Deși vizibilitatea programului a crescut, personal, cred că trebuie îmbunătățite încă și trebuie simplificată accesarea, mai ales. Capacitatea de absorbție există în Europa, dar este nevoie de o creștere a fondurilor, având în vedere solicitările tinerilor, mai ales în țările din est.

Domnule președinte, vă rog să întrerupeți ședința. Nu cred că așa se poate desfășura în plenul Parlamentului o intervenție.

**El Presidente.** – Por favor, Señorías, guarden silencio.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, apreciem că există un raportor permanent pentru Erasmus, precum și prevederea evaluării la jumătatea perioadei și sper că evaluarea să fie urmată și de măsuri. Așa cum au menționat și alți colegi sunt încă probleme de rezolvat și cred, domnule comisar, că este păcat să fie respinse proiecte care sunt bune, chiar dumneavoastră ați confirmat acest lucru.

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule președinte, voi face referire la subiectul aflat pe ordinea de zi, mă refer aici la Erasmus+ care sărbătorește anul acesta a 30-a aniversare și, cum au spus și antevorbitorii mei, a ajutat deja milioane de tineri și profesioniști în educație. Dar, până în 2020, Erasmus+ trebuie să sprijine alte două milioane de studenți din învățământul superior. 650 de mii de tineri aflați în formare profesională, 500 de mii de voluntari și tineri în schimburi de experiență, 800 de mii de lectori, profesori formatori, dar, cu toate acestea, doar 7% din tinerii europeni pot beneficia astăzi de această oportunitate.

Cu 17 miliarde dintr-un total de un trilion de euro cât avem bugetul european pentru perioada 2014-2020 este prea puțin pentru a îndeplini obiectivele unui astfel de program. De aceea, trebuie să ne asigurăm că Erasmus+ este finanțat corespunzător și este implementat în așa fel încât rata de participare să fie mai mare. Sunt multe lucruri care se pot face prin scăderea cofinanțării, recunoașterea orelor de voluntariat ca și cofinanțare în proiecte, încadrarea mai bună a participanților sau sustenabilitatea proiectelor.

Cred că împreună Parlamentul European și Comisia pot face mai multe pentru a permite ca acest program să fie mai eficient.

*(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))*

**Tibor Navracsics, Member of the Commission.** – Mr President, I would like to thank everyone for their participation and remarks in the debate. Both the critical and the supportive remarks are very useful to us in building up the project for the years to come and the upcoming multiannual financial framework.

Indeed, the Erasmus programme, which started its career 30 years ago as a student mobility programme, transformed into a very complex programme with higher education aspects. It is no longer only about student mobility, but strategic alliances among higher education institutions, the exchange of ideas and best practices, and a strong and institutionalised cooperation among higher education institutions. It has a chapter on volunteering which can be very useful for young Europeans to gain experience and skills in volunteering which can be used on the labour market. We have some funding programmes for sports, especially for grassroots sports, and we have projects in youth policy as well. This means that Erasmus+ is today much more than a student mobility programme. It is a complex programme for the future because it not only helps young people to find their own place in today's and tomorrow's societies, but it also helps them to develop a complementary European identity which is not antagonistic to local, regional or national identities, but complements them. It adds to their personality and thereby hopefully helps European integration in this very critical period.

There is, of course, a lot of room for improvement. That is why I thanked you for all the remarks which raised the issue of funding. The structure of the Erasmus+ budget is an incremental one, which means that from 2017 until 2020, there is a 10% increase in the budget, which means wider opportunities in the future. I thank you for all the critical remarks on the administrative burden. We are working on simplifying procedures and IT solutions. I understood Mr Jakovčić's remarks on possible synergies. Together with local authorities or regional authorities, I think that could be a good opportunity for broadening the social and geographical appeal of Erasmus+ in the next period of the lifespan of that programme.

All in all, Erasmus+ is a success story. We have to protect all the achievements and to improve the structure and the outcomes of Erasmus+. That is why we offer some additional policy instruments aimed at helping young people to use the best opportunities in Erasmus+, for instance the student loan or the apprenticeship and traineeship programmes in Erasmus+. In the future we would like to broaden its social appeal and we would like to make it more available for those people who come from social circumstances and a social environment which are not so fortunate.

**Milan Zver, Poročevalec.** –Hvala vsem za dobro razpravo o Erasmus +. Naj ob koncu poudarim, da imamo pred sabo implementacijsko poročilo in da z njim ne moremo radikalno spremeniti razmer. Lahko pa jih korak za korakom postopoma izboljšujemo in Evropska komisija bo še letos pripravila vmesno poročilo in bo lahko na podlagi lastnih ugotovitev sproti odpravljala morebitne pomanjkljivosti.

Novi evropski program Erasmus + torej uživa prijazno podporo vseh evropskih institucij, še posebej pa Parlamenta, in ne dvomim v jutrišnje pozitivno glasovanje.

Torej v tem kratkem obdobju njegovega življenja smo mu, Erasmusu + seveda, izdatno povečali proračun in odpravili nekatere tehnične težave, kot so...kot je poenostavitev postopkov prijav, lažja dostopnost manjšim organizacijam v programih. Izboljšalo se je medsektorsko sodelovanje, uvedena je bila večja decentralizacija pri delovanju programa, še posebej pa so pomembni pozitivni odzivi sodelujočih v programu in povečanje zanimanja za sodelovanje v njem. Zato bo potrebno v prihodnje še naprej odpravljati prepad med omejenimi proračunskimi zmožnostmi in širokimi potenciali programa.

In za konec naj zaključim s spoznanjem, da v realnosti Erasmus + pridobiva na veljavi in da predstavlja tako v osebnem, socialnem in gospodarskem smislu neprecenljivo dodano vrednost za prihodnji razvoj Evropske unije.

**El Presidente.** – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

*Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)*

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu.** – Daugelis ES piliečių Europos Sąjungos švietimo, mokymo, jaunimo ir sporto programa „Erasmus+“ vertina kaip svarbią priemonę veiklai švietimo, mokymo, jaunimo ir sporto srityse remti ir laiko ją sėkmingą Europos integracijos pavyzdžiu. Kalbant apie programos matomumą, daromos dvi išvados. Viena vertus, skirtingas programas sujungus į vieną bendrą programą padidėjo ES paramos matomumas, o tai lėmė ir didesnį visuomenės bei politikų dėmesį. Kita vertus, ne viena suinteresuotoji šalis kritiškai vertina tai, kad dėl bendro programos sudėtingumo dabar nepakankamai matomi įvairūs sektoriai. Supaprastinimo tikslas didžiąja dalimi pasiektas pradėjus taikyti keletą naujų priemonių, pavyzdžiui, parengus skaitmeninius paraiškų teikimo proceso ir projektų valdymo sprendimus. Nemažai suinteresuotųjų šalių taip pat palankiai vertina tai, kad įvesta vieneto kainos sistema – taip buvo supaprastintas programos finansų valdymas. Vis dėlto pirmieji dveji su puse įgyvendinimo metų buvo neabejotinai sunkūs ir buvo iškilę sunkumų. Kol kas Komisija yra patobulinusi įgyvendinimo priemonės ir toliau įgyvendina veiksmus. Tačiau norint, kad programa būtų išties sėkminga, dar daug turi būti atlikta.

**Andrea Bocskor (PPE), írásban.** – Először is szeretnék gratulálni Milan Zver kollégámnak a jelentés elkészítéséhez. Az idén 30 éves mobilitási program keretében eddig több mint 3 millió diáknak volt lehetősége külföldi egyetemen tanulni. Az Európai Parlament a továbbiakban is támogatni fogja ezt a nagyszzerű mobilitási programot, hogy minél több fiatal részt vehessen benne és a tudás mellett kulturális élményekkel, tapasztalatokkal, új készségekkel gazdagodjanak. A fiatalok munkaerőpiaci esélyeinek javításához fontos a többnyelvűség, ezért több olyan projektre van szükség az Erasmus+ program keretében, mely nyelvtanulásra, a többnyelvű kommunikációra ad lehetőséget. Az Erasmus+ fő vonzereje, hogy a külföldi egyetemen, intézményekben tapasztalatot szerző fiatalok olyan készségekkel és tudással gazdagodnak, melyek pluszt jelentenek számukra a munkaerőpiacon vagy vállalkozás beindítása során. Úgy gondolom, hogy a programnak kiemelten kell kezelni és támogatni a kisebbségi nyelven történő nyelvtanulást is. Szinte valamennyi regionális és kisebbségi nyelvi közösség számára nehézséget jelent nyelvei fennmaradásának és fejlesztésének biztosítása. Az Erasmus+ programnak minden diákot támogatnia kell, függetlenül attól, hogy a diákok a többségi vagy nemzeti kisebbségi közösséghez tartoznak-e. A nyelvi mobilitás nemcsak azt jelenti, hogy a kisebbségi közösséghez tartozók megtanulják a többségi közösséghez tartozók nyelvét, hanem fordítva is, lehetővé téve a többségi közösséghez tartozók számára, hogy szorosabb kapcsolatokat ápoljanak a kisebbségi nyelvi közösségekkel és jobban megértsék kultúrájukat.

**Viorica Dăncilă (S&D), în scris.** – Peste 9 milioane de participanți direcți și alte milioane de beneficiari indirecti – acesta este un bilanț satisfăcător pentru proiectul de mobilitate pentru studenți lansat în 1987. A 30-a aniversare a programului Erasmus coincide și cu aniversarea a 60 de ani de la semnarea Tratatului de la Roma, care promovează o uniune tot mai strânsă în Europa. Această platformă de mobilitate și de cooperare europeană și internațională a oferit și oferă în continuare posibilitatea ca persoane din medii diferite să se reunească, să dobândească competențele necesare pentru a avea o viață împlinită și independentă, să își găsească locul în societate și să dezvolte un sentiment de identitate europeană. Din păcate, există încă o serie de bariere care îngreunează accesul la program pentru studenții cu venituri mici sau care provin din mediul rural, pentru persoane cu nevoi speciale și persoane care provin din medii defavorizate, bariere care trebuie îndepărtate prin efortul comun al tuturor statelor membre.



**Andor Deli (PPE)**, *írásban*. – Tisztelt Képviselőtársaim! Az immár 30 éves Erasmus+ olyan a 80-as és 90-es évek európai uniós programok alapjaira épül, mint például a Socrates, vagy a Leonardo da Vinci. Az Erasmus+ a legnagyobb költségvetéssel rendelkező ilyen jellegű program az európai történelemben. Eddig több mint 3 millió diáknak volt lehetősége ezáltal külföldön tanulni. Ami külön meglepéssel tölt el, hogy ez az első alkalom, amikor az EU ilyen formában támogatja a sporttevékenységet, amelyet különösen fontosnak tartok az egészség megőrzése szempontjából is. A milliós részvevői számok magukért beszélnek. A felmérések szerint azok a fiatalok, akik külföldön is tanultak, sokkal nagyobb eséllyel pályáznak egy későbbi munkahelyre.

Ez nagyon fontos annak fényében, hogy számos tagállamban igen magas a fiatalok körében a munkanélküliség. Remélhetőleg a következő években is ilyen sikeresen folytatódik az Erasmus+, és még nagyon sok fiatal gazdagodik külföldi tapasztalattal, amelynek később óriási hasznát tudja venni.

**Beata Gosiewska (ECR)**, *na písmie*. – Jako polska poslanka chciám odnieść się do sprawozdania w sprawie wdrożenia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady ustanawiającego Erasmus+, unijnny program na rzecz kształcenia, szkolenia, młodzieży i sportu. Rozpoczęty w 2014 roku, program Erasmus+ połączył kilka pomniejszych programów w dziedzinie kształcenia, szkolenia i młodzieży, a dodatkowo po raz pierwszy uwzględnił sektor sportu jako nową dziedzinę objętą wsparciem. Aktualnie jest on głównym narzędziem wspierania działań w dziedzinie kształcenia, szkolenia, młodzieży i sportu i jako taki powinien być pozytywnie oceniony i dalej realizowany.

Niestety kształt sprawozdania z wdrażania programu Erasmus+, zawierającego rekomendacje co do jego dalszego rozwoju, zmusił mnie do powstrzymania się od oddania głosu. Sprawozdawca pomija problematyczne aspekty programu, a także propozycje ich korekty, mimo że są one nieustannie wskazywane przez samych zainteresowanych, czyli środowiska akademickie. Ponadto przedstawienie w sprawozdaniu mobilności jako głównego celu programu, a zapominanie o jego prawdziwym celu, jakim jest podnoszenie jakości kształcenia, nadaje programowi Erasmus+ charakter konsumpcyjny. Niepokojącym jest również zaproponowany przez sprawozdawcę zwrot ku tzw. umiejętnościom miękkim, a nie jak dotąd promowanie zdobywania realnej wiedzy. Reasumując, program ramowy Erasmus+ osobiście oceniam jako niezwykle cenny i będę wspierała jego realizację, jednak kształt sprawozdania, jego założenia i próba przemycenia w jego treści wielu polemicznych sformułowań wzbudziły mój niepokój.

**Krzysztof Hetman (PPE)**, *na písmie*. – Program Erasmus to jeden z najlepiej rozpoznawanych i pozytywnie ocenianych programów unijnych. Trzydziesta rocznica jego powstania to dobra okazja nie tylko do świętowania, ale także do szerszej refleksji nad tym, jak go jeszcze ulepszyć oraz jak inne polityki i inicjatywy mogą czerpać z tej historii sukcesu. Podwyżka budżetu na ten rok o ponad 12% to dobra decyzja. Uważam, że tylko odpowiednio wysokie środki zapewnią tak niezbędne dla powodzenia tego programu podejście włączające. Ważne jest także, aby w pełni wykorzystać potencjał nie tylko wymian studenckich, ale także wszystkich pozostałych elementów programu, gdyż Erasmus+ to także wymiana kadr czy współpraca uczelni, co nie zawsze jest równie widoczne. Wręcz z nową perspektywą finansową do programu zostały też wprowadzone nowe elementy, ale ich widoczność wymaga jeszcze wzmocnienia. Program Erasmus może pochwalić się jasnymi, wyraźnymi rezultatami, i to w dużej mierze przesądziło o jego powodzeniu. Zgadzam się ze sprawozdawcą, że aby utrzymać ten trend, należy zachować przejrzystość tego programu, zmieniając jedynie to, co wymaga uproszczenia i co ułatwi korzystanie z programu przez beneficjentów. Poszczególne cele powinny natomiast zachować swój odrębny budżet, co ułatwi ich realizację i wzmocni skuteczność. Uważam, że wiele z tych zasad może znaleźć zastosowanie także w przypadku innych programów unijnych.

**Vladimír Maňka (S&D)**, *písomne*. – Program Erasmus plus zohráva zásadnú úlohu pri posilňovaní európskej identity a integrácie. Prispieva ku kvalite vzdelávania. Má vysokú mieru úspešnosti. Absolventi tohto programu aj podľa štatistík majú omnoho väčšiu šancu získať zamestnanie. Zároveň je to významný prvok v oblasti mobility, vzdelávania a odbornej prípravy mládeže a celoživotného vzdelávania. Je potrebné zamerať tento projekt viac aj na stredoškolskú mládež. Treba zároveň zjednodušiť pravidlá, zabezpečiť zrozumiteľnosť a výklad pojmov, používať paušálne financovanie a skrátiť lehoty uhrádzania platieb, ktoré sú často problémom pre menšie organizácie pri zapájaní sa do projektov. Ide o podporu učiteľov, študentov, program podporuje športové organizácie. Poskytuje flexibilitnú podporu jazykov na inter-nete. Každý desiaty účastník projektu pochádza zo znevýhodneného prostredia alebo má špeciálne potreby. Program má omnoho viac záujemcov, ako dokážeme pokryť. Preto musíme žiadať o ďalšie navýšenie financovania.

**Luigi Morgano (S&D)**, *per iscritto*. – In 30 anni d'attività, il programma Erasmus ha contribuito ad arricchire la vita di molti giovani europei, migliorandone competenze e capacità, aprendo loro «finestre» verso nuove culture, incoraggiandone la partecipazione alla vita democratica, nei propri paesi e non solo, aumentandone, concretamente, le possibilità d'occupazione.

Ad oggi, circa 4 milioni di ragazzi e giovani, e ben 125 000 istituti hanno beneficiato di questo programma. Più di due milioni di studenti universitari, 500 000 volontari, 800 000 educatori, 650 000 tirocinanti hanno deciso di attuare parte della propria formazione all'estero. Questi numeri confermano l'importanza del programma.

Nella relazione sull'attuazione di ERASMUS + se ne riconoscono le grandi potenzialità e, proprio alla luce di queste, la necessità di prevederne un'ampia possibilità di accesso, risolvere le questioni legate alla decentralizzazione del finanziamento delle azioni chiave, coinvolgere parti interessate e beneficiari nelle riunioni del comitato di programma di ERASMUS+.

Investire in formazione ed educazione e sostenere la mobilità transnazionale, per motivi di studio o di lavoro, può e deve essere la strada da percorrere per, allo stesso tempo, sostenere la crescita dell'economia reale e dell'occupazione; contrastare il pericoloso diffondersi di sentimenti di intolleranza ed esclusione sociale e promuovere un senso di comune cittadinanza europea.

**Algirdas Saudargas (PPE)**, *raštu*. – Programa „Erasmus+“ yra viena iš sėkmingiausių ES programų, todėl neabejotina, kad ji turi būti tęsiama, plėtojama ir tobulinama. Svarbu tai, jog sujungtos visos švietimo ir mokymo bei jaunimo programos ne tik padidino programos matomumą, bet ir tuo pačiu prisidėjo prie jaunų žmonių europietiškos tapatybės kūrimo, sąmoningo santykio su Europa formavimo bei kultūrinio dialogo. Įvertindamas šios programos teigiamus aspektus, siūlyčiau vengti skubotų struktūrinių pertvarkų, tačiau privalome tobulinti finansinius mechanizmus, bei mažinti biurokratiją. Ypatingas dėmesys turi būti skirtas tiems, kurių nepakankamos asmeninės finansinės lėšos sukuria kliūtis naudotis programa. Pritariu mintims, jog būtina didinti programos „Erasmus+“ finansavimą, bei užtikrinti finansinį skaidrumą ir efektyvumą.

**Ivan Štefanec (PPE)**, *písomne*. – Počiatočná koncepcia programu Erasmus+ a jeho komplikovanosť si vynútili jeho zefektívnenie v prospech tých, ktorí ho využívajú. Tento prístup umožňuje spoluprácu medzi jednotlivými odvetviami tohto programu a sektormi vzdelávania, ktoré Erasmus+ otvára mladým ľuďom a tým, ktorí si želajú ho využiť. Okrem toho sa snažíme odstrániť nespravodlivosť, ktorá môže nastať pri výbere kandidátov, a zjednodušiť existujúce nástroje tohto programu namiesto pridávania ďalších.

**Jutta Steinruck (S&D)**, *schriftlich*. – Wir haben gerade das 30-jährige Jubiläum des Erasmus-Programms gefeiert. Das Erasmus-Programm steht wie kaum eine andere Initiative für das Zusammenwachsen der jungen europäischen Generation. Mit dem Programm haben wir über 10 Millionen junge Menschen erreicht. Damit ist es das erfolgreichste europäische Bildungsprogramm. Ich bin mir sicher, dass wir in Zukunft noch mehr junge Menschen erreichen können. Aber die letzte Neuigkeit, dass Gelder aus Erasmus+ für die Free-Interrail-Idee ausgegeben werden sollen, zielt in die falsche Richtung. Erasmus+ zeichnet sich dadurch aus, dass es nachhaltige Bildungsziele und Ausbildungsziele verfolgt. Die Interrail-Idee ist überhaupt nicht dafür geeignet, gerade junge Menschen aus sozial schwächeren Familien anzusprechen und ihnen Perspektiven für eine gute Bildung zu bieten. Ich bitte Sie also darum, die EU-Gelder sinnvoller in eine Ausweitung der bestehenden Erasmus+-Programme zu investieren.

**Patricija Šulin (PPE)**, *pisno*. – Erasmus+ je eden najbolj uspešnih programov Evropske unije in poleg znanj, spretnosti, zaposljivosti ter zmanjšanja tveganja za dolgoročno brezposelnost mladih Evropejcev spodbuja tudi k aktivnemu državljanstvu in socialni vključenosti mladih.

To vse so v današnjem času, ko se Evropska unija sooča z največjo krizo od njene ustanovitve, kar se kaže v padcu zaupanja državljanov v EU, še toliko pomembnejše vrednote, na katerih moramo graditi. Zato pozdravljam predlog Komisije, ki je do konca sedanjega večletnega finančnega okvira predlagala povečanje za 200 milijonov evrov.

**István Ujhelyi (S&D)**, *írásban*. – A hatályos alapszerződés értelmében az Unió kompetenciái az oktatás, képzés területén változatlanul a tagállamok közötti „együttműködés ösztönzésére, bátorítására, szükség szerinti kiegészítésére” korlátozódnak, és a tagállamok kizárólagosan döntenek a nemzeti oktatási és képzési rendszereiket érintő valamennyi kérdéstről. A tagállamok közötti színvonalbeli eltérés azonban egyre mélyebb szakadékokat hasít, amit az EU nem nézhet továbbra is ölbe tett kézzel. Az oktatás, képzés mindenkori színvonala, eredményessége és hatékonysága nem csupán a gazdasági versenyképesség, a növekedési potenciál erősítésének kulcseleme, de a jólét gyarapításának, a társadalmi összetartozás megőrzésének és újrateremtésének egyik legfontosabb záloga is. Ezért az oktatás az Európai Unió kiemelt

prioritású területe kell, hogy legyen. Az Erasmus+ programot ki kell bővíteni a középfokú oktatásban és szakképzésben részesülőkre is, ennek forrását pedig érdemben meg kell emelni.

**Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE)**, *na písmie*. – Sprawozdanie w sprawie wdrażania programu Erasmus+ uznaję za kluczowe zarówno z perspektywy przeglądu realizacji programu w ciągu ostatnich dwóch i pół roku od jego ustanowienia, jak również z perspektywy formułowania zaleceń co do jego dalszego wdrażania. Zaznaczam również, że wnioski zarysowane przez sprawozdawcę i innych członków Komisji Kultury i Edukacji powinny stanowić wartościowy materiał poglądowy dla Komisji Europejskiej podczas sporządzania oczekiwanego na koniec 2017 roku sprawozdania z oceny śródkresowej programu. Jako sprawozdawca budżetowy Komisji Kultury i Edukacji PE na lata 2016 i 2017 szczególnie uwagę pragnę zwrócić na aspekty związane z finansowaniem Erasmus+. Budżet programu udało się znacząco zwiększyć w stosunku do jego poprzedniej edycji. Ten wchodzący w życie w tym roku, a sięgający 40% wzrost stanowi sygnał, że polityczna i ekonomiczna wartość programu została zauważona. Dostrzegając i doceniając poczynione dotychczas działania na rzecz usprawnienia środków wykonawczych procesu wdrażania programu, pragnę podkreślić, że konieczna jest nieustająca kontrola efektywności jego zarządzania finansowego dla podtrzymania wysokiego poziomu skuteczności programu oraz niezaprzeczalnego miana jednego z flagowych sukcesów integracji europejskiej.

## 21. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (kurze Darstellung)

**El presidente**. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Hannu Takkula, en nombre de la Comisión de Cultura y Educación, sobre un enfoque integrado de la política del deporte: buena gobernanza, accesibilidad e integridad (2016/2143(INI)) (A8-0381/2016)

**Hannu Takkula**, *esittelijä*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, hyvät kollegat, liikunnan puute on Maa- ja metsätalouden terveysjärjestö WHO:n mukaan neljänneksi yleisin kuolemaa aiheuttava tekijä. Meidän on liikuttava enemmän myös Euroopassa. Urheilupolitiikka ansaitsee sektorirajat ylittävää pohdintaa ja lisää resursseja.

Euroopan unionilla on ollut toimivaltaa urheilun alalla nyt seitsemän vuoden ajan. Mietintöni arvioi tätä kehitystä ja on nykyisen vaalikauden ainoa yksinomaan urheilua käsittelevä mietintö. Se sisältää Euroopan parlamentin politiikkasuositukset jäsenvaltioille, urheilujärjestöille ja komissiolle, joka tänä keväänä tekee Euroopan unionin urheilupolitiikan väliarvion.

Konkreettisia ehdotuksia ovat muun muassa liikunnallisen aktiivisuuden lisäämiseen tähtäävät toimet, kuten esitys arvonalaisverovähennyksestä ja muista taloudellisista kannustimista ruohonjuuritason urheilulle. Erityisesti haluamme painottaa sitä, että ruohonjuuritasolla eri puolilla Eurooppaa ihmiset voivat liikkua. Siellähän se perusta on.

Mietinnössä tuodaan esille myös urheilun laaja taloudellinen merkitys yhteiskunnalle. Urheilusektori kasvaa muuta taloutta nopeammin työllistäen jo tällä hetkellä noin kolme ja puoli prosenttia Euroopan unionin kansalaisista. Tästä urheilusektorin boostista voisivat myös muut sektorit ottaa oppia Euroopassa. Liikunta parantaa kansanterveyttä ja vaikuttaa näin positiivisesti myös ikärakenteeseen. Ikärakenteen muutoksesta kärsivien jäsenvaltioiden kansantalouksiin tällä on suora yhteys.

Urheilu on myös jokaisen ihmisen perusoikeus. Se auttaa integroitumaan paremmin myös yhteiskuntaan. Siksi urheilu- ja liikuntapalvelujen tulee olla tasavertaisesti kaikkien, niin vammaisten, maahanmuuttajien, nuorien kuin vanhustenkin, saatavilla. Urheilun saavutettavuus on asia, jonka tulee näkyä nykyistä selkeämmin Euroopan unionin urheilupolitiikassa. Erasmus+ -ohjelma, josta juuri äsken keskustelimme, on loistava ohjelma ja menestystarina, mutta sekin tarvitsee lisäpanostuksia nimenomaan urheilun osalta.

Kaikki varmasti tiedämme myös, että järjestäytyneessä urheilussa on esiintynyt ikäviä korruptio- ja dopingtapauksia, jotka ovat tahranneet urheilun mainetta. Tässä mietinnössä vaaditaan nollatoleranssia urheilussa esiintyvälle korruptiolle sekä annetaan ehdotuksia usein julkista tukea saavien urheilujärjestöjen hyvän hallinnon kehittämiselle. Urheilujärjestöjen hallinnon ja rahavirtojen tulee olla läpinäkyviä.

Korostamme myöskin urheilun integriteetin varmistamista ja siihen tähtäviä toimia, kuten sopupelien ja dopingin vastaista taistelua. Nämä ovat kansainvälisiä urheilun mainetta tahraavia ongelmia, joiden ratkaisemisessa myös Euroopan unionilla ja sen jäsenvaltioilla on tärkeä rooli.

Haluan tässä lopuksi esittää toiveen, että Euroopan komissio ottaa huomioon tämän mietinnön ehdotukset urheilupolitiikan väliarviossa. Koska ehdotuksia on paljon, tulee seurantaa jatkaa myös tämän kevään jälkeen. On myös tärkeää seurata ehdotusten toteutumista jäsenvaltioissa ja urheilujärjestöissä. Sen vuoksihan me näitä ohjelmia teemme, emme vain johonkin hyllylle mappiin vaan että ne tulisivat käytäntöön ja että ne tulisivat myös toteutetuiksi eri jäsenvaltioissa ja urheilujärjestöissä.

Sen vuoksi ehdotan, että järjestämme vuosittain tämän urheilumietinnön ehdotusten seuraamistapaamisen täällä Euroopan parlamentissa yhteistyössä Euroopan komission, neuvoston ja sidosryhmien kanssa. Näin voimme osaltamme varmistua siitä, että tämä laajasti koottu urheilua koskeva Euroopan parlamentin kanta voisi tulla käytännössä eläväksi ja toimivaksi todellisuudeksi kaikissa Euroopan unionin jäsenvaltioissa. Kiitoksia.

*Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)*

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Pane předsedající, já bych chtěla poděkovat kolegovi Takkulovi za předložení této zprávy. Vítám zejména návrhy na zvýšení dostupnosti sportu pro všechny skupiny obyvatelstva.

Jak už on sám zmínil, tak nedostatek fyzické aktivity je čtvrtou nejčastější příčinou úmrtí na světě a podle stejné organizace byla třetina dětí ve věku mezi šesti a devíti lety v Evropské unii obézní a to v roce 2010. To je, myslím, dost alarmující zpráva. Samozřejmě: fyzická aktivita, podpora tělesné výchovy a sportu jsou zásadní podmínkou pro to, abychom také s tímto negativním vývojem něco udělali.

Já souhlasím s tím, že jsou to především členské státy, které jsou zodpovědné za podporu sportu, ale na úrovni Evropy tímto vysíláme signál, že Evropská unie podporuje sportovní aktivity jako nástroj proti rozvoji sociálně patologických jevů, v boji proti těmto jevům a také pro zlepšení zdravotního stavu obyvatelstva.

**Julie Ward (S&D).** – Mr President, I welcome the call for an integrated policy in sport adopted by this report, which addresses a broad range of issues, such as the challenges linked to racism and homophobia, the social aspects of sport and the need to ensure inclusive access, including for people with disabilities, the contribution of sport to wellbeing and health – notably mental health, and the need to strongly combat unethical practices such as match fixing, corruption and doping. Integrity is a vital component of sport. We must restore trust in sporting institutions and re-establish the values of solidarity, peace and social inclusion that sport can engender. The EU should pay particular attention to the issue of human rights in sport. The circumstances surrounding the preparation of the 2022 World Cup in Qatar are deeply regrettable. It is estimated that 4000 people might die before the first ball is even kicked. The EU must condemn the abuses that have been taking place. Sport must remain a vehicle for promoting human rights, not a justification for breaching them.

Finally, I'd like to address the issue of gender equality in sport and the fair representation of women in governing bodies: having more women in sport decision-making would have a positive outcome, not only on the transparency and accountability of sports organisations and access to sports activities for women, but might also counter the poor media coverage given to women's sport and the socially discriminating and sexually stereotyped reporting found in the media.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, ο αθλητισμός αποτελεί ένα μεγάλο και ταχέως αναπτυσσόμενο τομέα της οικονομίας των κρατών μελών της Ένωσης και συμβάλλει σημαντικά στην ανάπτυξη και την απασχόληση, ενώ παράλληλα διαδραματίζει σημαντικό ρόλο στη ζωή των Ευρωπαίων πολιτών. Ωστόσο, η εικόνα του αθλητισμού αμαυρώνεται συχνά, είτε μέσω του χουλιγκανισμού και της βίας που αποθαρρύνουν τους φιλάθλους από το να παρακολουθούν αθλητικές διοργανώσεις, είτε από τα διαρκώς αυξανόμενα κρούσματα ντόπινγκ τα οποία παραβιάζουν τις ηθικές αξίες και αρχές του αθλητισμού. Ταυτόχρονα, διάφορες πανευρωπαϊκές ομοσπονδίες Επαγγελματικού Αθλητισμού αποτελούν κράτος εν κράτει, επιβάλλουν καθεστώς αναγκαστικής ετεροδικίας και έχουν μετατραπεί σε ad hoc μονοπώλια που παραβιάζουν τους κανόνες περί ανταγωνισμού στην Ευρωπαϊκή Ένωση, ενώ καταχρώνται τη δεσπόζουσα θέση τους στην ευρωπαϊκή αθλητική αγορά. Απέναντι στις περιπτώσεις διαφθοράς στο χώρο του αθλητισμού θα πρέπει να υπάρξει μηδενική ανοχή ενώ ο Παγκόσμιος Οργανισμός Αντιντόπινγκ θα πρέπει να λάβει περισσότερα μέτρα για να χτυπήσει το ίδιο το ντόπινγκ σε παγκόσμια κλίμακα.

**Ivan Jakovčić (ALDE).** – Gospodine predsjedniče, htio bih svakako podržati izvještaj uvaženog kolege Takkule, u svim onim elementima kada govorimo o važnosti sporta, o utjecaju sporta, pogotovo na mlađu populaciju, ali i na one starije, pa i na one malo punašnije kao što sam ja, na primjer.

Htio bih, međutim, dati dvije dimenzije. Dimenziju onih država kao što je, recimo, Hrvatska, iz koje ja dolazim, koja ima vrlo velike i uspješne rezultate. Vrlo mala zemlja, vrhunski sportaši u nogometu, košarci, vaterpolu i rukometu, sve sam svjetski vrh. Veliki problemi u izgradnji sportskih objekata i sportske infrastrukture. U malim mjestima, u malim gradovima, tu trebamo zaista omogućiti financiranje sportske infrastrukture jer bez toga, naravno, nema ni aktivnog sporta. Mnoge zemlje, pogotovo one koje su siromašnije, imaju velikih problema s tim.

S druge strane, želim naglasiti dimenziju turizma i sporta, gdje zaista možemo naći mnogo poveznica i tu pozivam isto tako Komisiju da ozbiljno razmisli kako razraditi program financiranja turističke odnosno sportske infrastrukture kroz turizam.

**Bogdan Brunon Wenta (PPE).** – Panie Przewodniczący! Gratuluję posłowi Takkuli za to ważne sprawozdanie w momencie, gdy reputacja sportu, wizerunek federacji sportowych jest mocno nadwyrężony. Parlament Europejski musi wysłać silny sygnał polityczny do federacji, związków, sportowców i kibiców, że zasada *fair play* obowiązuje nie tylko na boisku, ale także przy zarządzaniu w sporcie. Kluczowa sprawa to dobre zarządzanie w federacjach sportowych, które są na szczycie europejskiego modelu sportu. Ostatnie skandale pokazały, że konieczne są głębokie zmiany i reformy. Należy również podjąć wysiłki zmierzające do zapobiegania działaniom o charakterze przestępczym stanowiącym zagrożenie dla sportu: dopingowi, handlowi ludźmi czy wykorzystywaniu nieletnich. Chciałbym też wezwać prezydencję maltańską do działań umożliwiających podpisanie i ratyfikację konwencji Rady Europy o ustawianiu wyników zawodów sportowych (*match-fixing*). Jako były sportowiec doceniam szczególnie poparcie w sprawozdaniu skutecznych systemów kariery dwutorowej oraz dostępu do dalszego kształcenia się i mobilności dla sportowców.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto congratulazioni al collega per l'ottima relazione. Una sempre maggiore attenzione al benessere fisico individuale fa crescere anche il bisogno di politiche che tengano in debito conto lo sport, al di là della sua dimensione professionale. L'attività sportiva viene diffusamente percepita come un diritto fondamentale e tutti, inclusi i gruppi socialmente più vulnerabili, quali gli anziani, i migranti e le persone con disabilità, devono avere le stesse possibilità di accedervi.

L'Europa è costretta ad affrontare gravi sfide sociali e ha bisogno di tutelare e rafforzare ogni strumento capace di generare inclusione, tolleranza e un confronto positivo. La priorità, pertanto, deve essere quella di indirizzare le risorse verso attività sportive che producano coesione, che siano sostenibili e che apportino effettivamente un valore ai luoghi che le ospitano. Non si può certo dimenticare il valore economico e simbolico dei grandi eventi sportivi, ma ritengo che solo con investimenti mirati a garantire a tutti il diritto allo sport risponderemo realmente alle esigenze dei cittadini europei.

*(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))*

**Tibor Navracscics**, *Member of the Commission*. – Thank you President. Honourable Members of the European Parliament, we normally see sport as a vehicle for our health and well-being, but sport is more: it mirrors the values that our societies are built on, and in today's polarised world, sport is also a tool for building bridges.

Since the European Parliament's report by Santiago Fisas Ayxela back in 2011, the way in which sport is organised, watched, televised or gambled on has changed. This has important implications for the amount of money flowing into sport and sporting events, more specifically, and how this money is distributed. What is more, sport has never been as closely scrutinised as it is today, either through technology, social media or investigative journalism, and this has uncovered some home truths about sport. This is why this report is welcome. We have to readjust our focus to take recent developments into account. Mr Takkula, you and your shadow rapporteurs have gone to great lengths to recognise all these aspects precisely at a time when the topic of integrity is a top priority for the global sports movement and the public alike. Let me assure you that the Commission will continue its work to protect the integrity of sport. We strongly support the call to find a solution to unblock the signing and ratification of the Council of Europe Convention on the Manipulation of Sports Competitions. It is important that the EU and the Member States who wish to participate can play a strong part in implementing the Convention from the very beginning. Good governance should be embedded within the culture of sport, become part of its DNA, so that sport can continue to inspire us all. This is paramount not only to safeguard the integrity of sport and its credibility, but also to help sports organisations to do their work more effectively. That is why I launched an initiative in September last year inviting sports federations to sign up to, and put in practice, good governance principles. Some have done so, but this can only be a first step. I will continue to urge all sports federations in the EU to stand up and be counted.

Your report also rightly highlights the importance that needs to be attached to accessibility. I fully support this focus and the call to ensure the sport is accessible to everyone. The Commission is committed to helping to ensure that persons with a disability can participate in sport activities. The Commission proposal for a directive harmonising accessibility in the EU – the so-called European accessibility Act – will also contribute to this goal. Sport can play a vital role in fostering social inclusion and help us build inclusive societies. It can provide positive role models to young people. It can make an important contribution to help integrate migrants in the EU. In fact, sport has the potential, matched by few other areas, to promote values such as tolerance, solidarity, respect and understanding between nations and cultures both within Europe and beyond.

The report also highlights the economic impact of sport, as well as its potential for providing young people with opportunities to develop skills – skills that enable them to find fulfilling work and become independent active citizens. This is of great importance to the Commission.

Sport faces many challenges. To tackle them, we must all work together: sports organisations, the Commission, Member States and civil society. And we have to work across policy areas. We will continue to use all our instruments to support and encourage Member States and sport bodies. The sport chapter of Erasmus+ can play a key role here. Indeed, the report suggests actions in many areas that we are already supporting through Erasmus+. These include promoting grassroots sport, fighting match-fixing, fostering social inclusion, protecting young athletes and helping to preserve traditional sports.

The report also comes at a time when Member States and the Council are discussing new priorities for their cooperation in this field and the structure of the next EU work plan for sport. Your report will provide valuable input to these discussions.

To conclude, this report identifies the same challenges and priorities that the Commission is working on. I am very pleased to see that the European Parliament is a strong ally supporting our work. I therefore very much welcome this initiative, and wish to thank Mr Takkula, in particular, for his commitment.

**El Presidente**. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

*Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)*

**Dominique Bilde (ENF)**, *par écrit*. – Ce rapport est un texte «fourre-tout» tentant d'évoquer tous les aspects relatifs au sport. On y trouve quelques bonnes idées, notamment concernant la lutte contre le dopage ou la corruption. J'ai d'ailleurs tenté, en commission, d'étoffer ces propositions en rappelant le nouveau défi que constitue le dopage technologique, ou encore en soulignant les dangers représentés par le communautarisme présent dans certaines associations sportives au niveau local.

Si je me félicite de certaines mesures présentes dans le rapport comme la lutte contre les êtres humains, particulièrement des athlètes mineurs, je déplore que le texte n'aille pas assez loin dans d'autres domaines. En effet, le rapporteur affirme la nécessité d'assurer la sécurité des manifestations sportives sans mettre en cause le terrorisme et les défis sécuritaires à relever.

Par ailleurs, je crois urgent d'assurer la durabilité sociale, économique et écologique de ces grandes manifestations, leur intérêt économique immédiat ne devant pas supplanter la viabilité des territoires. Enfin, je regrette que ce texte sur le sport soit transformé en outil idéologique en faveur de l'intégration des migrants, au détriment, par exemple, d'une amélioration de l'accessibilité aux infrastructures sportives pour les sportifs handicapés.

**Birgit Collin-Langen (PPE)**, *schriftlich*. – Ich befürworte die gemeinsame europäische Sportpolitik. Sport ist mehr als eine Freizeitbeschäftigung oder Leistungssport. Sport stellt ein Mittel zur Integration von Menschen über kulturelle, ethnische, gesellschaftliche und nationale Schranken hinweg dar. Daher begrüße ich länderübergreifende Sportveranstaltungen und Initiativen, die Flüchtlingen, Migranten und Asylbewerbern die aktive Teilnahme an Sportwettkämpfen ermöglichen.

Eine wichtige Forderung des Berichts ist auch eine Null-Toleranz-Politik gegen Korruption im Sport. In diesem Zusammenhang unterstütze ich die Forderung nach einer verantwortungsvolleren Verwaltung und mehr Transparenz.

**Tamás Deutsch (PPE)**, *írásban*. – A sport meghatározó szerepet tölt be az uniós állampolgárok millióinak életében, a sporthoz, fizikai tevékenységhez való jog alapvető jog. A testedzés jótékony hatásai vitathatatlanok: jobb életminőséget eredményez, segít a betegségek megelőzésében, támogatja az aktív öregedést, és pozitív hatást gyakorol a társadalom egészére, hiszen átlépve származási, vallási hovatartozást, segíti a befogadást, kohéziót, integrációt, támogatja a kölcsönös tiszteletet és megértést a különböző kultúrák között. Két fontos szempontra szeretném felhívni a figyelmet. Először is, a sport hitelességének és vonzerejének megőrzése érdekében nélkülözhetetlen a sport tisztaságának, integritásának, átláthatóságának biztosítása, annál is inkább, mivel egyre nagyobb összegek forognak a sportszektorban, a versenysport területén, a sport tulajdonképpen gazdasági tevékenységé is vált.

A korrupció, valamint az illegális teljesítményfokozók, drogok használata olyan területek, melyek ellen nemzetközi erőfeszítésekkel és együttműködéssel kell fellépni. Továbbá támogatni kell az élsportolók mobilitását, hogy pályafutásuk végén sikeresen el tudjanak helyezkedni. A versenysport napi edzések hosszú óráit jelenti, az eredményekért naponta küzdenek meg és hoznak áldozatokat a sportolók. Fontos, hogy amikor sportpályafutásuk véget ér, helyet tudjanak találni a munkaerőpiac egyéb területein. Ilyen irányú törekvéseiket tehát aktívan támogatni kell.

**Krystyna Łybacka (S&D)**, *na piśmie*. – Sport to nie tylko rywalizacja i emocje kibiców. Sport to także ogromny potencjał wychowawczy. Dlatego właśnie wyeliminować musimy ze sportu wszelkie przejawy korupcji, dopingu i nieuczciwych praktyk, tak aby nie utracić tej istotnej wychowawczej roli sportu. Sport może także pomagać w kształtowaniu postaw prospołecznych i w walce ze współczesnymi wyzwaniami takimi jak radykalizacja i ksenofobia. Sport ma również ogromne znaczenie w procesie włączania społecznego grup defaworyzowanych oraz osób niepełnosprawnych. Potrzebne są więc projekty edukacyjne promujące równość szans, uczciwą rywalizację i praktyki w sporcie, nawiązujące do antycznych wzorców harmonijnego rozwoju umysłu i ciała. Program Erasmus+, o którym przed chwilą dyskutowaliśmy, to ważne narzędzie polityki Unii w dziedzinie sportu, dzięki któremu możemy wspierać projekty antydopingowe i dobre zarządzanie w sporcie. Istotnym jego elementem powinno być także usprawnienie systemu kariery dwutorowej, aby zadbać o przyszłość sportowców po zakończeniu kariery sportowej.

**Victor Negrescu (S&D)**, *in writing*. – Article 165 of the Treaty on the Functioning of the European Union offers the European Union new competences for sports, contributes to the promotion of sport issues and provides for EU actions aimed at developing the European dimension in sport. The report highlights the main issues in sports that still need to be addressed, such as the value of sport, fairness of sporting competitions, opportunities and jobs, tourism, traditional sports and games, training, mobility and zero tolerance for corruption in sports. This report states that Erasmus+ continues to be the most effective tool in EU sports policy while calling for more funds to be allocated to sports under the programme. It is important for sports to provide a positive and sustainable legacy in sport events while also enhancing cohesion, tourism and local businesses in the organising cities and countries.

## 22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

**El presidente.** – El siguiente punto son las intervenciones de un minuto sobre asuntos de importancia política (artículo 163 del Reglamento).

**Siegfried Mureșan (PPE).** – Domnule președinte, stimați colegi, în timp ce purtăm această dezbateră, în România, mai mult de 300 de mii de oameni protestează în stradă, în frig, împotriva unei ordonanțe de urgență adoptate aseară de către Guvernul României, prin care se fac modificări esențiale la Codul penal, modificări care dezincriminează abuzul în serviciu. Această ordonanță va duce la oprirea mai multor anchete în desfășurare, vor beneficia mulți oameni politici acuzați de corupție, inclusiv Președintele Parlamentului României. Politicienii corupți doresc să afecteze justiția, care a început să funcționeze în România. Este cea mai mare lovitură dată justiției din România de la căderea comunismului, în urmă cu douăzeci și șapte de ani.

Ce este de făcut? Solicit tuturor partenerilor internaționali să exercite presiune asupra Guvernului României pentru ca aceste modificări adoptate aseară să nu între în vigoare în termenul stabilit peste zece zile. De ce este important ca Europa să fie alături de oamenii din România acum? Deoarece cetățenii României așteaptă ca Uniunea Europeană să îi apere în lupta cu politicienii corupți.

Susținerea de care Uniunea Europeană se va bucura în România în viitor depinde direct de susținerea pe care Europa o va da în aceste zile poporului român.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, mă pregătisem să vorbesc despre Raportul MCV – zece ani pentru România și, sigur, în numele cetățenilor doream să solicit Comisiei, după zece ani, în sfârșit, ca acest raport, să fie ridicat având în vedere că nu există niște criterii cuantificabile prin care să se compare rezultatele în mersul justiției dintr-o țară în altă țară în Uniunea Europeană.

Evident că evenimentele din România mă obligă să ridic și eu această problemă, dar o voi ridica prin ceea ce spun asociațiile profesionale ale judecătorilor din România și anume au semnalat faptul că prin intervenția președintelui țării de la nivelul CSAT serviciile de informații au primit girul de a interveni ilegal în actul de urmărire penală și mai vreau să citez din declarația unui judecător al CSM: „prezența intempestivă a președintelui țării la ședința CSM de astăzi reprezintă o evidentă imixtiune de netolerat în activitatea justiției”.

Așadar, mă bucur că mâine va fi o dezbateră plenară și am solicitat o dezbateră în Comisia LIBE și la noi acasă pentru a se vedea care este situația cu adevărat.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-н Председател, уважаеми колеги, извънредни обстоятелства ме принудиха да променя и моето изказване и тези извънредни обстоятелства са една изключително агресивна и нагла провокация, на която станахме свидетели в последните часове, а именно – обявяване в турски страници и сайтове на знаме на българските турци. Това знаме изключително много напомня на знамето на турците в окупирания Кипър, окупиран от турската армия.

Тези действия на турската държава са изключително притеснителни, защото са заявка за сепаратизъм и са заплаха за териториалната цялост и интегритета на българската държава и на българската държавност. Няма да позволим подобно вмешателство, подобно на това в Кипър. И аз искам остро да възразя тук срещу действията на турската администрация и на кандидата за нов турски султан, а именно г-н Ердоган.

Заявявам ясно, че обявяването на знамена на каквато и да било българска общност е напълно неприемливо и няма да позволим върху териториалната цялост и националния суверенитет на Република България да бъде оказвана каквато и да било заплаха.

**Marian Harkin (ALDE).** – Mr President, in June 2016, I and a poultry producer complained to the European Commission about the abuse of the flat-rate VAT scheme in Ireland. Despite new legislation being passed, we still have delays and hold-ups with no serious attempt to counter this abuse. Yet, one year ago, emails between Irish Revenue and Finance explicitly showed knowledge of this abuse: in one of these emails, it states ‘abuse of flat-rate addition happening in certain sectors’. Examples include avoidance in the poultry industry, where the price of poultry feed is artificially inflated by the processor, who contracts with the farmer to rear poultry, resulting in an inflated amount of flat-rate VAT addition, etc. This is been happening in some cases since 2004, and yet it continues. So what does this say to VAT-compliant farmers and processors? What does this mean for other agricultural sectors that have to compete? And finally, in the same week that Commissioner Vestager was in Dublin speaking about illegal staid aid to Apple, is this illegal state aid to the poultry sector?



**Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL).** – Señor presidente, las medidas anunciadas por el señor Trump, como el veto a personas musulmanas, la construcción del muro con México o sus declaraciones sobre la tortura chocan frontalmente con los derechos humanos y es importante dar una respuesta contundente, pero sin hipocresías.

Nos alegramos de que hoy alcen la voz contra Trump quienes guardaron silencio cuando Obama deportó a casi tres millones de personas, quienes no dijeron nada ante las torturas en Guantánamo o quienes parecen no saber que el muro lo empezó a construir el señor Bill Clinton. Ahora la situación con Trump es mucho peor, pero quizá no hubiéramos llegado hasta aquí si no se hubiera callado entonces. Y hay también quien intenta aprovechar las brutalidades de Trump para esconder sus vergüenzas, como el señor Rajoy, diciendo que no está a favor ni de vetos ni de fronteras. No le estaría nada mal al señor Rajoy darse una vuelta por Ceuta y por Melilla.

**Jordi Solé (Verts/ALE).** – Señor presidente, la semana pasada el presidente de Cataluña explicó en este Parlamento la determinación de su Gobierno de que en Cataluña votemos sobre nuestro futuro político a más tardar este septiembre. Lo haremos a través de un referéndum de independencia. Un referéndum que si es acordado con el Estado español se hará y, si no, también. Porque tenemos un mandato democrático al que no pensamos renunciar y lo haremos de forma legal, legítima, democrática y pacífica, como se hacen las cosas en Europa.

Mientras algunos pretenden intimidar la vía democrática, amenazando con precintar los colegios electorales y llevando a nuestros políticos a los tribunales, nosotros seguimos imperturbables en el camino de la democracia.

Desde Cataluña queremos contribuir de manera directa como nuevo Estado miembro a forjar y reforzar este espacio común de libertad, progreso, solidaridad y justicia que queremos que sea la Unión Europea.

Ejerceremos la democracia: votaremos, decidiremos y nos quedaremos en la Unión Europea para mejorarla.

**Gilles Lebreton (ENF).** – Monsieur le Président, la Turquie est en proie à des règlements de comptes de grande ampleur à la suite du putsch manqué de l'été dernier.

Le président Erdoğan a en effet entrepris de réprimer tous ceux qui lui font peur: 40 000 personnes ont été arrêtées et 90 000 fonctionnaires limogés.

Parmi les suspects figurent une quarantaine de militaires turcs de l'OTAN qui ont demandé l'asile politique à l'Allemagne.

Non content d'avoir bafoué tous les principes du droit pénal, Erdoğan se livre aujourd'hui à un odieux chantage contre l'Union européenne. Il menace de rompre l'accord de mars 2016 sur les migrants si l'Allemagne ne lui livre pas les 40 militaires.

M<sup>me</sup> Merkel avait négocié cet accord fragile dans le dos de ses partenaires. Il est juste qu'elle en subisse, aujourd'hui, les conséquences.

Hélas, la France les subira aussi, comme les autres États européens, car l'éventuelle ouverture de la vanne migratoire turque submergerait toute l'Union.

Il est grand temps que la France reprenne sa souveraineté pour contrôler ses frontières et négocier elle-même les traités qu'elle veut, avec qui elle veut.

**Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, τελευταία, με δηλώσεις του Κουαρτέτου ευρωπαϊκών κυβερνήσεων και της ελληνικής κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ/ΑΝΕΛ, καθώς και των άλλων κομμάτων που ψήφισαν το τρίτο μνημόνιο, για το πότε θα κλείσει η αξιολόγηση του, εκφράζονται μεν αντιτιθέμενα συμφέροντα εντός της Ένωσης και κοροϊδίες περί καλής Ευρωπαϊκής Ένωσης και κακού Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου αλλά για το λαό όλοι συμφωνούν: νέο μνημονιακό πακέτο με εργασιακή ζούγκλα και τέταρτο μνημόνιο, μετά το 2018, με κόφτη δαπανών για ματωμένα πλεονάσματα, μείωση του φορολόγητου των φτωχών, νέο τσάκισμα συντάξεων. Δεν εκβιάζεται η κυβέρνηση αλλά ο λαός, απ' όλους, για να μην αντιδράσει. Grexit, εκλογές, εκκλήσεις εθνικής ενότητας για μια ακόμα σφαγή του. Η κυβέρνηση τα συμφώνησε. Την απασχολεί μόνο πόσο ηρωικά θα τα πλασάρει, όχι αν, αλλά πότε θα νομοθετήσει τα μέτρα. Τα άλλα κόμματα την πιέζουν να βιαστεί. Οι φτωχοί αγρότες στην Ελλάδα που τσακίζονται με φόρους, ψηλό κόστος, χαμηλές τιμές, Κοινή Αγροτική Πολιτική που επιδοτεί μεγαλοαγρότες ξεριζώνοντας τους υπόλοιπους, στήνουν μπλόκα σε ολόκληρη την Ελλάδα. Μονόδρομος επιβίωσης του λαού είναι η γενίκευσή τους, είναι η κοινωνική συμμαχία για την ανατροπή.

**Francesc Gambús (PPE).** – Señor presidente, señor comisario. Hoy quiero hacer llegar a este Pleno una historia que empezó en Barcelona y ha llegado hasta Lesbos. Una voluntaria catalana, que se encuentra en uno de los campos de refugiados de este territorio, le pidió a su madre que le enviara toda la ropa térmica y de montaña que pudiera recoger, debido a las bajísimas temperaturas que están viviendo. La madre empezó a enviar mensajes de *WhatsApp* a sus amistades y este mensaje se convirtió en una cadena que ha desbordado todas las expectativas. El resultado, en muy pocos días: cinco tráileres con más de mil cajas de ropa recogida, que ya están repartidas en Lesbos.

Esta es una buena expresión, una más, estoy seguro, de la solidaridad de los europeos, pero choca radicalmente con la inacción de los Estados. Los gobiernos estatales son incapaces de encontrar una solución que garantice los derechos de los que huyen de la tragedia de la guerra. Todos estamos interpelados para ayudar urgentemente. Por eso, si el reto para estas familias de Barcelona que simplemente empezó con un *WhatsApp* ha traspasado fronteras y se ha hecho realidad en pocos días, los Estados y demás instituciones, pero sobre todo los Estados, ¿no serán capaces de ayudar, socorrer y acoger a los refugiados?

**Viorica Dăncilă (S&D).** – Domnule președinte, în această seară și chiar în acest moment au loc proteste în România, la care s-au produs violențe în rândul forțelor de ordine, dar și în rândul celor prezenți la protest. S-a aruncat cu petarde și pietre în forțele de ordine cu dorința de a provoca autoritățile să producă victime. Acest lucru nu s-a produs, dar cred eu că acest lucru îi discreditează pe cei care au contribuit la aceste proteste, având aici în sală membri care susțin acest lucru.

Mai mult, a apărut informația că Direcția Națională Anticorupție, principalul organism de luptă împotriva corupției, vrea să deschidă o investigație împotriva premierului, a membrilor guvernului, a funcționarilor civili din Ministerul Justiției care au participat la redactarea celor două acte normative. Acest lucru este de neînțeles și de neacceptat într-un stat membru al Uniunii Europene.

Cred că dezinformarea nu este mai importantă decât democrația în Europa.

**Marek Jurek (ECR).** – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie Posłowie! Francuskie socjalistyczne władze podjęły działania w celu wprowadzenia drastycznej cenzury wobec wypowiedzi w obronie życia dzieci nienarodzonych. Władze Unii Europejskiej – tak gorliwe w tropieniu realnych lub urojonych zagrożeń praw człowieka – przyjęły to z milczącą aprobatą. W efekcie pierwszy – a i tak skrajny – projekt przygotowany w Zgromadzeniu Narodowym został jeszcze radykalizowany w Senacie. Te represyjne działania wobec Francuzów broniących najpierwszego z praw ludzkich – prawa do życia najsłabszych – stanowią ponure świadectwo totalitarnego dryfu współczesnej Europy, a milcząca aprobata, o której przerwanie apelowałem do przewodniczącego Timmermansa, kompromituje obecne władze Unii Europejskiej.

**Ivan Jakovčić (ALDE).** – Gospodine predsjedniče, dvadeset i pet godina zagovaram dobrosusjedske i prijateljske odnose između Hrvatske i Slovenije. Međutim, danas moram upozoriti Komisiju na niz neprihvatljivih radnji i izjava koje čujemo od slovenske vlade i njenih ministara.

Slovenska vlada i dalje gradi žicu na granici između Hrvatske i Slovenije potpuno nepotrebno i na potpuno nepotrebnim mjestima. Također, moram reći da ministar poljoprivrede i dalje najavljuje da ćemo se iscrpljivati oko jednog slučaja koji je Komisija rješavala i, vjerujem, riješila, slučaj oko terana. Međutim, kulminacija je izjava ministra vanjskih poslova koji kaže da će u slučaju da Hrvatska ne prihvati arbitražu oko granice u Piranskom zaljevu Slovenija otežavati prolaz gostiju prema turističkim odredištima na hrvatskoj obali i drugdje u Hrvatskoj.

To su neprihvatljive izjave, to nisu dobrosusjedske izjave, to nije prijateljstvo među državama koje su susjedi i koje vezuje mnogo toga u zadnjih stotina, stotina godina. Očekujem od Komisije da dobro razmisli o onome što će učiniti narednih mjeseci.

**Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL).** – Señor presidente, dos noticias coinciden en el mismo tiempo: por un lado, se está decidiendo si la central de Garoña, en Burgos, deberá permanecer abierta otros veinte años más; por otro lado, se aprueba la construcción de un almacén de residuos nucleares en la central nuclear de Almaraz, en Cáceres. Portugal ya ha presentado una reclamación y esperamos que la Comisión Europea resuelva contra este disparate. ¿Es una casualidad? Nada más lejos.

Estas dos noticias siguen un hilo conductor. Siguen una estrategia: la estrategia del Gobierno del Partido Popular por alargar la vida del ya de por sí envejecido parque nuclear del Estado español. Gobiernos autonómicos, técnicos, plataformas ciudadanas y, por supuesto, también desde esta Cámara nos vamos a seguir oponiendo a esta grave amenaza; una amenaza capitaneada por un gobierno títere de las eléctricas; un gobierno que quiere seguir otorgando beneficios al oligopolio, pero no es capaz de crear un bono social que evite las muertes por pobreza energética. Como dice esta chapa, «Garofía, ni de coña».

**Csaba Sógor (PPE).** – Elnök Úr, Románia államfője nemrég az Európa Tanács Parlamenti Közgyűlése előtt állította, hogy Romániában modellértékű a nemzeti kisebbségek védelme, hiszen kisebbségi németként államfővé választották. Nem hinném, hogy modellértékű az, hogy a több, mint félmillió német kisebbség mára pár ezerre apadt, hogy a csatlakozás előtt megígért kisebbségi törvényt elszabotálták, hogy a kisebbségek anyanyelvhasználatát büntetik, szimbólumaik használatát, az anyanyelvű oktatást korlátozzák, hogy a '89 után töredékében visszaszerzett közösségi javait, ingatlanjait újraállandósítják, és az 1918-as gyulafehérvári határozatban megígért autonómiát azóta is letagadják. Minden esetben az lehet a kisebbségek helyzetének fokmérője, hogy a közösség maga, illetve a választott képviselői hogyan értékeli azt.

Egy országban élő nemzeti kisebbségek helyzetéről maguk a kisebbségek mondjanak ítéletet. Esetünkben ne a román állam első embere, aki megválasztása előtt többször leszögezte: német származásúnak, de román érzelműnek vallja magát.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la spirale della crisi economica ha reso precaria la vita di milioni di cittadini europei. L'Italia ha pagato un prezzo altissimo in termini di perdita di posti di lavoro. Le ultime rilevazioni ISTAT declinano dati inquietanti: tassi di disoccupazione giovanile che superano il 40 % in un tasso di disoccupazione generale al 12 %, dati di molto superiori a quelli dell'eurozona.

La creazione di nuovi posti di lavoro deve divenire la priorità assoluta per l'Italia e per l'Europa. Va messo in campo un grande piano di azione, un piano che preveda riforme di investimenti nell'edilizia sociale, nelle infrastrutture fisiche e digitali e nelle infrastrutture educative. Il governo italiano sta facendo il massimo per migliorare le condizioni del paese in chiave di sviluppo e creazione di nuovi posti di lavoro, ma è chiaro che serve il contributo decisivo dell'Europa. Occorre una politica economica più flessibile ed espansiva, che possa permettere al nostro paese di superare le difficoltà e contrastare in modo efficace povertà e disoccupazione. Anche e soprattutto così si costruisce l'Europa.

**Νότης Μαρτιάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, χθες συμπληρώθηκαν 21 χρόνια από την κρίση του 1996 στα Ίμια, όπου τρία στελέχη των ελληνικών Ενόπλων Δυνάμεων, ο υποπλοίαρχος Χριστόδουλος Καραθανάσης, ο υποπλοίαρχος Παναγιώτης Βλαχάκος και ο αρχικελευστής Έκτορας Γιαλοπούς έπεσαν για την πατρίδα. Την Κυριακή 30 Ιανουαρίου 2017, οι τουρκικές Ένοπλες Δυνάμεις προέβησαν σε μία ακόμη άκρως προκλητική κίνηση που συνιστά άμεση αμφισβήτηση της εδαφικής ακεραιότητας της Ελλάδος. Μια τουρκική πυραυλάκτατος στην οποία επέβαιναν ο αρχηγός των τουρκικών Ενόπλων Δυνάμεων, στρατηγός Hulusi Akar, μαζί με τους αρχηγούς του τουρκικού Στρατού, του Ναυτικού και της Αεροπορίας παραβίασε τα ελληνικά χωρικά ύδατα και προσέγγισε τις ελληνικές βραχονησίδες των Ίμιων. Και όλα αυτά, σε μια χρονική στιγμή, όπου η τουρκική Πολεμική Αεροπορία παραβιάζει καθημερινά τον ελληνικό εναέριο χώρο. Μόνο σήμερα έγιναν 138 παραβιάσεις, ενώ η ηγεσία της Τουρκίας αμφισβητεί διαρκώς τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας στο Αιγαίο, με αποκορύφωμα τις προκλητικές και επικίνδυνες δηλώσεις του Erdoğan για αναθεώρηση της Συνθήκης της Λοζάνης. Ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται τις προκλήσεις της Τουρκίας και του Erdoğan και τους απαντά «Μολών λαβέ».

**Jozo Radoš (ALDE).** – Gospodine predsjedniče, prema izvješću Europskog revizorskog suda iz 2016. godine, europske morske luke čine 3/4 ukupnog prometa s trećim zemljama Europske unije. No, to izvješće Europskog revizorskog suda otkriva i da ne postoji strategija razvoja morskih luka Europske unije. Sud je analizirao 37 projekata od kojih je samo 18 projekata u promatranih 13 godina bilo realizirano, a ostali projekti nisu imali ex ante analizu, što je dovelo do neučinkovitih projekata i velikog rasipanja novca.

Sud je već 2012. godine upozorio da je potrebna konsolidacija europskih pravila pomorskog prometa i stoga pozivam Europsku komisiju da konačno predloži Europskom vijeću i Europskom parlamentu strategiju razvoja pomorskog prometa u Europskoj uniji.

**Paloma López Bermejo (GUE/NGL).** – Señor presidente, quiero hacerme eco de una iniciativa de asociaciones LGTB y sindicatos por la que se solicita al Gobierno de España que acabe con la exclusión de las personas con VIH en la función pública. Es lamentable que las instituciones públicas perpetúen el estigma y la discriminación contra este colectivo, cuando deberían ser pioneras en la defensa de los derechos de las personas con VIH en el trabajo, tal y como recoge la OIT en su Recomendación n.º 200.

Pido la solidaridad del Parlamento Europeo con esta lucha, pero también pido a la Unión Europea que actúe en consecuencia. El principio de no discriminación está inscrito en la Carta de los Derechos Fundamentales y en el Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea y debemos usar instrumentos como la Directiva de igualdad de trato en el empleo en un sentido amplio, en línea con las Naciones Unidas, para acabar con estas barreras. No podemos dejar que prejuicios obsoletos sigan vigentes en la legislación de los Estados miembros, contradiciendo uno de los derechos más fundamentales de las personas con VIH: el derecho a un trabajo digno y sin discriminaciones.

**Cristian Dan Preda (PPE).** – Domnule președinte, există momente în viața unei națiuni când viitorul îi este hotărât în stradă. Aceasta se petrece acum în România, după ce lupta anticorupție a fost blocată de guvernul PSD-ALDE, un grup infracțional organizat care a acaparat țara. Așa l-a numit cel mai mare scriitor român de azi.

În seara aceasta, jumătate de milion de cetățeni își strigă indignarea în peste 50 de orașe. Cuvintele lor sunt aspre: sfidare, lașitate, ciurma roșie. Dar speranța n-a murit. „Vrem în Europa, nu să fim umiliți!” strigă mulțimile. „Legea e lege pentru toți, nu-i făcută pentru hoți!” Așa vorbește strada. Este o uriașă revoluție pașnică.

Adineauri, lideri PSD iresponsabili au mobilizat ultrasii din galeriile de fotbal pentru a discredita protestele din București.

Le cer socialiștilor europeni să se decică de colegii lor din România și să solicite retragerea ordonanțelor guvernului PSD-ALDE. Chem Comisia Europeană să intervină, cum a făcut și în 2012, pentru protejarea statului de drept!

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule președinte, pentru că dezbateră despre situația în România are loc doar peste câteva ore, voi vorbi în această seară despre un alt subiect, la fel de important. Mă refer aici la buget și la măsurile economice pentru anul 2017 pentru că sunt sigur că toate forțele politice din România sunt consecvente în a asigura stabilitatea economică a țării. De aceea, vreau să asigur toți partenerii noștri că, din punct de vedere al parametrilor trasați de Comisia Europeană, bugetul nostru pentru 2017 respectă pe deplin toate obiectivele asumate. De aceea, în cadrul bugetului avem prevăzute finanțări pentru o serie de măsuri importante, precum creșterea veniturilor din sănătate și educație, creșterea salariului minim și a punctului de pensie, dublarea burselor pentru studenți și transportul gratuit pe calea ferată.

Toate aceste proiecte sunt destinate pentru a asigura o bunăstare cetățenilor în domenii cheie în proiecte cheie și, mai ales, dorința noastră de a ne încadra în bugetul general european pe 2017.

Am ieșit din logica austerității și suntem convinși că, având și fiind consecvenți împreună toate forțele politice, stabilitatea economică a României poate fi menținută.

**Ángela Vallina (GUE/NGL).** – Señor presidente, la semana pasada estuve en Tenerife para mantener varias reuniones sobre preocupaciones medioambientales que, lamentablemente, son muchas en las islas. Uno de los colectivos con los que me reuní fue la plataforma Canarias por un territorio sostenible, que se moviliza para evitar un deterioro aún mayor del rico patrimonio que tienen estas islas en su ecosistema.

Una nueva amenaza planea sobre Canarias ante los proyectos de la ley de suelos y la mal llamada «ley de islas verdes», que ya denunciamos ante la Comisión Europea desde Izquierda Unida en este Parlamento hace unos meses.

La propia Comisión Europea ha reconocido que, a pesar de la declaración de interés autonómico por parte de las autoridades canarias, los proyectos han de cumplir los requisitos de protección que establece el Derecho medioambiental europeo.

Desde el Parlamento Europeo vamos a seguir vigilantes en este tema y la Comisión Europea ya ha abierto una investigación sobre estos proyectos de ley. Hago un llamamiento al Gobierno de Canarias para que rectifique.

Actuemos desde aquí, desde la Unión. Y apelo también al principio de precaución para que no tengamos que lamentar más daños irreparables en el valioso medio natural de las islas Canarias cuando ya sea, como siempre, demasiado tarde.

**Daniel Buda (PPE).** – Domnule președinte, guvernul PSD condus de Liviu Dragnea și Sorin Grindeanu a reușit să arunce România într-un haos incomensurabil prin modificarea pe ascuns a Codului penal și de procedură penală. Grație guvernului PSD, România este astăzi pe cale să devină o țară e impredictibilă, nefrecventabilă, o țară în care investitorii vor avea rezerve să mai investească.

Într-un context politic extrem de complicat, când politicile externe se resetează și se creează noi axe din Europa până în America, ori din Africa până în Asia, guvernul PSD lasă România în afara jocului, și, aș putea spune, în voia sorții.

Apreciez că se impune emiterea de îndată a unei ordonanțe de urgență prin care să se abroge ceea ce s-a adoptat în acest domeniu și mutarea dezbaterilor în parlament, unde decizia trebuie să fie luată doar în urma consultării tuturor factorilor și instituțiilor implicate, dar și a celor cu expertiză în domeniu.

Nu în ultimul rând, solicit în mod public demisia guvernului PSD ca fiind o măsură absolut necesară pentru credibilitatea României.

**Tomáš Zdechovský (PPE).** – Pane předsedající, pane komisaři, Evropská unie je založena na úctě k lidským právům, k důstojnosti každého jednotlivce a je potřeba neustále dávat najevo, že to není žádná fráze, že to jsou hodnoty, které budeme bránit, když je to třeba.

Chtěl bych poukázat na jeden případ porušování práv občanů Evropské unie. Je to případ českého humanitárního pracovníka Petra Ježka, který byl tento víkend odsouzen k více než 20 letům vězení na základě vykonstruovaného obvinění z protistátní činnosti a špionáže. Pokud vezmeme v úvahu podmínky v soudánských věznicích, rovná se takový trest prakticky trestu smrti. Evropa jako celek se musí spojit a vyvinout dostatečný nátlak na Súdán, aby byl Petr Ježek co možná nejdříve osvobozen. Práva občanů Evropské unie jsou totiž nezczizitelná a jejich porušování má být hájeno napříč státy Evropské unie.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Pane předsedající, chtěl bych mluvit o tématu, které se týká jedné z forem závažné trestné činnosti v rámci Evropy, a to je pašování zvířat z východní části Evropské unie do západních zemí. Jedná se o pašování statisíců psů a koček, tzv. domácích mazlíčků, a my jsme zde na plénu několikrát hovořili o tom, že je třeba proti tomuto pašování zakročit. Já tady chci vyzvat Komisi, aby urychlila přípravná opatření, o kterých se zde hovořilo na plénu, aby se více hovořilo a připravily se návrhy případných registrů psů a koček. A aby i orgány činné v trestním řízení na evropské úrovni více spolupracovaly.

Chci informovat, že u nás v České republice je nyní v Parlamentu návrh veterinárního zákona, který má zavést registraci psů, který má dát jasné podmínky pro čipování a pro veřejný registr. Ale pokud toto téma nebudeme řešit na evropské úrovni, pak opatření v jednotlivých státech budou pouze polovičatá a tuto formu závažné trestné činnosti na evropském kontinentu nevyvymýtime.

**El Presidente.** – Con esto se cierra este punto.

## 23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

## **24. Schluss der Sitzung**

*(Se levanta la sesión a las 23.45 horas)*

—

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. FEBRUAR 2017**

(C/2024/2554)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 1. und 2. Februar 2017

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung .....	3
2. Demokratie und Recht in Rumänien (Aussprache) .....	3
3. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (Aussprache) .....	13
4. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (Aussprache) .....	23
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll .....	33
6. Begrüßung .....	33
7. Abstimmungsstunde .....	33
7.1. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (A8-0381/2016 - Hannu Takkula) (Abstimmung) .....	33
7.2. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (A8-0370/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung) .....	34
7.3. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (A8-0277/2016 - Marielle de Sarnez) (Abstimmung) .....	34
7.4. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (A8-0377/2016 - Linnéa Engström) (Abstimmung) .....	34
7.5. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (A8-0260/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) .....	34



Inhalt	Seite
7.6. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (RC-B8-0120/2017, B8-0120/2017, B8-0121/2017, B8-0122/2017, B8-0123/2017, B8-0124/2017, B8-0125/2017, B8-0126/2017) (Abstimmung) . . . . .	34
7.7. Durchführung von Erasmus+ (A8-0389/2016 - Milan Zver) (Abstimmung) . . . . .	34
8. Stimmerklärungen . . . . .	34
8.1. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (A8-0381/2016 - Hannu Takkula) . . . . .	34
8.2. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (A8-0370/2016 - Tadeusz Zwiefka) . . . . .	36
8.3. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (A8-0277/2016 - Marielle de Sarnez) . . . . .	37
8.4. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (A8-0377/2016 - Linnéa Engström) . . . . .	38
8.5. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (A8-0260/2016 - Mariya Gabriel) . . . . .	39
8.6. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (RC-B8-0120/2017, B8-0120/2017, B8-0121/2017, B8-0122/2017, B8-0123/2017, B8-0124/2017, B8-0125/2017, B8-0126/2017) . . . . .	39
8.7. Durchführung von Erasmus+ (A8-0389/2016 - Milan Zver) . . . . .	39
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . . .	40
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . . .	40
11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll . . . . .	40
12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll . . . . .	41
13. Unterbrechung der Sitzungsperiode . . . . .	41

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. FEBRUAR 2017

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

*Vicepresidente*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(La seduta è aperta alle 9.00)*

### 2. Demokratie und Recht in Rumänien (Aussprache)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione sulla democrazia e la giustizia in Romania.

**Frans Timmermans**, *First Vice-President of the Commission.* – Mr President, fate has dictated that for the last 28 years, in some way or form, I have been a close follower of developments in Romania, and if you see the progress made over that period of time, you can only be astonished by the force of the Romanian people's will to become a fully fledged European, democratic, open nation. This development was reflected in the recent report on the cooperation and verification mechanism (CVM) which the Commission published last week, where we had an overview of the progress of the CVM over the past decade.

It was not a linear development: sometimes, elements went fast; sometimes they went a bit more slowly, but still the development was spectacular. We could say that Romania is now in the final leg of this long, long marathon, heading to a situation where development towards the strengthening of the rule of law is irreversible, and that is the criterion the Commission now applies.

It should be irreversible and, in this context, what we have seen over the last couple of days is worrying. The emergency ordinance and the draft legislation pertaining to the fight against corruption cannot be interpreted as anything other than a step back from the progress we have seen in the last decade, and I would urgently call upon the Romanian Government to reconsider what they have done, both with the emergency ordinance and with the draft legislation.

Like any European nation, the Romanian nation deserves politicians and governments who support the fight against corruption, who want to rid their societies completely of corruption. And the efforts made in Romania – I must underline this – have been phenomenal, with really very good progress. So, why would you, in the final metres of a marathon, turn back and go in the other direction?

I would like to call upon the Government not to go down that road. And we have seen the protests in Romania. We have seen the very clear worries expressed by the Romanian judiciary on this. Let them finish their job so that we can then come to the conclusion that developments are irreversible.

The Commission has a direct interest in all of this because the legislation, if it is adopted, could also affect the disbursement of European funds in Romania, so we have to be very careful that we assess that. We will analyse the draft legislation and look into these matters, but today, for me, the most important thing is to make this political point to the Romanian Government: do not turn your back on this development. Do not go the other way. Continue. Hold this course, however painful it might sometimes be, because you do it in the service of your population. All Romanians deserve a country freed of corruption. And look at what has been achieved! Do not ever forget that.

Let me end by referring to someone whom I regard as one of the biggest, most important Romanians of the 20th century. Sadly he has been dead for quite some time, but for me he reflects the European spirit of that great nation. It is Paul Celan. He was a Romanian who spoke German. He was a Jew, who lived in exile in Paris. He was thus a true European, not by choice but by fate because first the Nazi persecution then the Communist oppression prevented him from staying in his native land. But he remained a European, living in Paris, writing his poetry in German even in the 1940s, and believing in this European dream of European brotherhood. And he was a true son of the Romanian nation.

Romania needs to take its place amid the European nations without being seen as in any way different. To achieve its dream it also needs to rid itself of corruption. It is almost there: the development is almost irreversible. So please, I say to the Romanian Government: do not take any steps in the other direction.

**Esteban González Pons**, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, al igual que acaba de expresar el vicepresidente Timmermans, nos preocupan las decisiones que está tomando el Gobierno rumano. A los 29 días de ocupar el cargo, sus prioridades son debilitar la lucha contra la corrupción y rebajar las penas de prisión a los corruptos. El fiscal general, el Consejo General de la Magistratura y hasta el presidente de la República han pedido corregir estos dos excesos y el Gobierno rumano no les escucha. Los ciudadanos están manifestándose en las calles de todo el país y el Gobierno rumano también los ignora.

Que nadie se confunda. El problema no es si nos gustan o no las leyes que aprueba el Gobierno de un Estado miembro. El problema es si estas leyes debilitan la calidad de la democracia, la calidad de la justicia, la calidad del Estado de Derecho. Y eso es lo que estamos debatiendo esta mañana. Nada más, pero nada menos. Debaticemos con pleno respeto a la soberanía política institucional de Rumanía pero, al mismo tiempo, con plena responsabilidad. Porque este Parlamento representa también a los veinte millones de rumanos. La voz de los rumanos tiene el mismo derecho a ser escuchada en el Parlamento de Estrasburgo o en el Parlamento de Bruselas que en el Parlamento de Bucarest.

Señorías, en días como hoy conviene recordar que pertenecer a la Unión Europea no es solo recibir fondos y compartir fronteras. Es asumir una serie de principios y valores y, sobre todo, el compromiso de mantenerlos en el futuro. Es asumir que en Europa, en Europa, nadie está por encima de la ley y velar por que la justicia sea exactamente igual para todos. Es asumir que los delitos nunca quedan impunes y que es obligatorio perseguirlos y llevarlos ante los tribunales.

Un gobierno puede tener mayoría parlamentaria, pero eso no significa que no esté equivocado, eso no significa que pueda hacer cualquier cosa. En el Estado de Derecho la fuerza de la ley tiene límites en los valores constitucionales que justifican nuestra convivencia. En el Estado de Derecho la ley no puede ser injusta. En el Estado de Derecho la ley no puede ser un caballo de Troya contra la democracia. No se puede gobernar para que haya ciudadanos de primera y de segunda ni ciudadanos que tengan que cumplir la ley y otros que puedan vivir al margen de la ley. La acción del nuevo Gobierno de Rumanía —como ha dicho el señor Timmermans— está tirando por tierra años y años de lucha contra la corrupción, fomentando la impunidad. Y las conductas abusivas pueden hacer retroceder a Rumanía.

Esta es una alerta que se enciende en el Parlamento Europeo. El Gobierno de Rumanía aún está a tiempo de rectificar, y le pedimos formalmente desde el Parlamento Europeo que rectifique. Las cosas en democracia no pueden hacerse de cualquier manera y cuando uno se equivoca tiene que saber rectificar. Ningún gobierno del mundo está por encima de la ley. Las leyes son del pueblo y cuando el gobierno actúa contra el pueblo pierde el título que le permite llamarse un gobierno democrático. Gobernar a favor de la corrupción es gobernar en contra de la democracia.

**Josef Weidenholzer**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Für die S&D-Fraktion ist die heutige Debatte der Beginn einer sorgfältigen und konstruktiven Auseinandersetzung mit den Vorgängen in Rumänien. Rechtsstaatlichkeit und der Grundsatz der Gewaltenteilung sind für uns unverrückbare Prinzipien; sie haben universelle Bedeutung und müssen für alle Mitgliedstaaten gelten. Wo immer diese Grundsätze verletzt werden, müssen wir dagegen auftreten. Wir nehmen diese Debatte sehr ernst, und die Situation verträgt kein parteipolitisches Hickhack; deshalb muss auf diese Debatte eine detaillierte Erörterung im LIBE-Ausschuss folgen, und dazu gehört auch eine Informationsreise nach Rumänien.

Wir dürfen uns nicht von einer tagespolitischen Oberflächlichkeit verführen lassen: Wir müssen in die Tiefe. Alle Fakten müssen auf den Tisch, und alle Akteure müssen auf den Prüfstand. Die Geißel Korruption kann man nur ausrotten, wenn die Analyse schonungslos angelegt wird. Wir müssen über die Rolle der Institutionen reden und darüber, inwieweit sie ihren Verpflichtungen nachkommen, über das Strafvollzugssystem und darüber, wie Korruptionsverbrechen geahndet werden, über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und die Bedeutung der Prävention und auch über die Rolle der Geheimdienste bei der Korruptionsbekämpfung. Unserer Meinung nach haben sie da nichts verloren.

Es geht vor allem darum, die Unabhängigkeit der Justiz, der Strafverfolgung und der Gerichtsbarkeit zu stärken. Diese Fragen werden wir im LIBE-Ausschuss nachdrücklich, schonungslos und mit dem politischen Willen, nicht tagespolitisches Kleingeld zu wechseln, führen. Es geht darum, die Situation in Rumänien zu verbessern und das zu machen, was der Herr Vizepräsident gerade gesagt hat, nämlich auch noch die letzten Meter erfolgreich zu bestreiten.

**Monica Macovei**, *în numele grupului ECR*. – Domnule președinte, acum două nopți, guvernul socialist din România a modificat, prin ordonanță de urgență, Codul penal și Codul de procedură penală. Modificările aduse Codului de penal și de procedură penală au fost publicate în jurul orei unu noaptea în Monitorul Oficial.

Știți care sunt titlurile din presa românească? Acest guvern este numit guvern de hoți, mafia instalată la guvern, grup de crimă organizată, guvern de bandiți. Sigur, pentru că au acționat noaptea, pe neașteptate, fără să anunțe pe nimeni, fără să fie pe ordinea de zi și au modificat Codul penal și de procedură penală ca să se scape pe ei, ca să scape, în primul rând, președintele Partidului Socialist din România, domnul Dragnea, care mai are o condamnare de doi ani de zile pentru fraudă electorală și care risca încă una acum, dar a scăpat de dosar pentru că, prin aceste ordonanțe – asta era urgența: ordonanțe de urgență – Dragnea, președintele Partidului Socialist din România, nu mai poate fi judecat în al doilea dosar pentru că și-a abrogat această infracțiune, nu mai există. Deci să modifice abuzul în serviciu, abuzul de putere care există în toate țările din lumea asta, în urma căruia scapă foarte mulți politicieni, foarte mulți din administrație, foarte mulți din Partidul Socialist și ALDE care sunt împreună la guvernare.

Știți că este lumea în stradă? Acum o săptămână erau o sută de mii de oameni în București, duminică, tocmai ca să prevină adoptarea peste noapte, ca bandiții să adopte apoi aceste ordonanțe de urgență. Și aseară au fost pe stradă, în București, circa două sute de mii de oameni și alți două sute de mii de oameni, cel puțin, în toată țara, aproape jumătate de milion de oameni au ieșit în stradă și vor ieși în fiecare zi în stradă.

Singurul lucru pe care Parlamentul poate să-l facă și trebuie să-l facă, și Comisia, este să ceară ca, până pe 9 februarie, când intră în vigoare modificările la Codul penal să ceară acestui guvern să revoce tot prin ordonanță de urgență acea ordonanță de urgență care a modificat Codul penal. Atât, nicio misiune. Ce să verificați în misiune? După ce s-a întâmpat și când nimic nu se mai poate întoarce? Acum duceți-vă, mâine, în misiune, dacă vreți! Duceți-vă lângă oameni, fiți lângă poporul român, lângă poporul român și nu lângă hoți!

Și aș mai spune ceva: tocmai s-a anunțat ieri că vineri urmează o nouă lovitură: vor să desființeze Direcția Națională Anticorupție, vor să nu mai fie anchetați.

Deci, duceți-vă în România, dar mâine, nu după 9 februarie când intră în vigoare modificările la Codul penal, dacă chiar sunteți corecți și alături de România și de români!

*(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură)).*

**Ioan Mircea Pașcu (S&D)**, *blue-card question*. – Madam, as you surely know, last night the anti-corruption prosecutors were ordered to initiate penal investigations against the officials and civil servants who dared to draw up draft legislation perceived as a curtailment of their absolute power. Is that not a perfect example of anti-corruption being abused?

**Monica Macovei (ECR)**, *Răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Mulțumesc foarte mult pentru întrebare, domnule Pașcu. Exact aceasta trebuie să se întâmple: hoții trebuie anchetați. În România, hoții trebuie anchetați și au fost anchetați, că de aceea am intrat în Uniunea Europeană cu lupta anticorupție, cu stegulețul roșu, pe care tot socialiștii l-au lăsat. Nu este normal să îi ancheteze? Ca să nu mai spun că, tot prin acea ordonanță de urgență, dată noaptea, nu modifici Codul penal noaptea, la miez de noapte, decât dacă ești hoț.

Prin acea ordonanță, au modificat Codul penal ca să se scape și pe ei de ceea ce făceau în noaptea aceea. Au scos favorizarea infractorului, de exemplu. Exact ceea ce au făcut, pentru că sunt peste două mii de dosare din care scapă infractorii. Infractorii trebuie investigați, sigur că da.

**Norica Nicolai**, *în numele grupului ALDE*. – Domnule președinte, nimeni nu poate pune în discuție vocația europeană a poporului român. Cum nimeni nu poate pune în discuție opțiunea politică exprimată în decembrie, care a dus la guvernare un guvern PSD-ALDE. De fapt, astăzi la București, domnule comisar, asistăm, sub un pretext care ține de administrarea justiției, la o încercare de răsturnare a unei puteri politice legitim alese. Pentru că această ordonanță, domnule comisar, este realizată în acord cu prevederile Constituției României, care obligă, atunci când Curtea Constituțională declară ca neconstituționale texte de lege, acestea în 45 de zile să fie puse în acord cu legea respectivă. În paranteză, fie spus, un ministru al justiției din guvernul precedent spunea că în România drepturile omului sunt un lux. Da, domnule președinte, sunt un lux pentru că această Curte Constituțională a consacrat faptul că se fac abuzuri cu privire la dreptul de apărare, faptul că sunt interceptări fără mandat de la judecător, că abuzul în serviciu este o incriminare prea largă, că dreptul cetățeanului la garanțiile procesuale nu este respectat.

Statul român este motivat să lupte împotriva corupției și a dovedit-o, dar bătălia corupției nu înseamnă în niciun caz justiție selectivă, justiție abuzivă. Justiția trebuie să fie egală pentru toți și, de aceea, salut faptul că vom avea o investigație foarte clară a ceea ce se întâmplă în România și nu o manipulare emoțională.

Înțeleg, domnule președinte, că România este un partener credibil și un membru credibil al Uniunii Europene. Nu aș vrea, pentru poporul român, să punem în discuție astăzi această credibilitate sub un pretext pur politic. Inclusiv DNA, principala instituție care se revendică astăzi ca apărător al corupției, a fost înființată prin ordonanță de urgență. Nu putem, domnule președinte, în numele unei bătălii care este corectă, care este legitimă, cu mijloace neoneste să schimbăm o putere politică.

**Barbara Spinelli**, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, decine di migliaia di cittadini rumeni scendono in piazza da giorni per protestare contro due decreti legge predisposti dal premier che depenalizzano reati di corruzione sotto una certa soglia di danni.

Sono solidale con la loro battaglia e con la reazione del presidente Iohannis, che ha parlato dei decreti come di un giorno di lutto. Venendo dall'Italia, so cosa intenda quando parla di lutto. In Italia sono stati molteplici i tentativi di depenalizzare la corruzione e perfino la complicità con la mafia negli anni di Berlusconi. Posso assicurarvi che la corruzione ne è uscita rafforzata.

Trovo soprattutto inquietante il modo in cui i decreti d'urgenza sono stati approvati: di nascosto, di notte, senza prima consultare Parlamento e Corte costituzionale. È un modo di procedere frequente in Europa: il potere esecutivo viene sempre più accentrato e le forze politiche che vincono le elezioni si comportano come se tale vittoria permettesse di abolire i meccanismi di *check and balance* su cui si fondano le democrazie costituzionali.

Le proteste dei cittadini e della stampa, in Romania, ci ricordano che anche loro – associazioni e stampa – sono poteri chiamati a frenare il potere centrale, specie in tempi di crisi economica e sociale. Dice il governo rumeno che la depenalizzazione è necessaria per evitare le carceri sovraffollate, denunciate dalla Corte europea dei diritti dell'uomo. È una scusa che non sta in piedi. L'argomento è stato usato anche in Italia. Decreti simili sono adottati per evitare il carcere a qualche decina di politici corrotti. È tutto qui. Cosa che i cittadini, le ONG, i giudici costituzionali, lo stesso presidente, in Romania denunciano, a mio modesto parere, giustamente.

*(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))*

**Maria Grapini (S&D)**, *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimată colegă, ați vorbit de două ordonanțe: cunoașteți situația reală în România? Știți că nu este vorba de două ordonanțe? Știți că ordonanța de grațiere este trimisă în Parlament sub formă de lege?

Și a doua întrebare: dacă președintele țării dumneavoastră ar incita populația mergând la un miting neautorizat – el este mediator, nu incitator- și ar refuza să desecretizeze niște documente legate de cercetările în echipă mixtă SRI și justiție, ați considera imixtiune în justiție? Pentru că experții noștri judiciari, asociațiile profesionale, consideră imixtiune în justiție.

**Barbara Spinelli (GUE/NGL)**, *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Non entro nei dettagli, so che si tratta di due decreti e vi invito soltanto a non parlare di interferenza della giustizia perché anche questo è un linguaggio che conosco, che abbiamo tutti sentito in Italia. Quando la corruzione politica si espande, i responsabili della corruzione dicono in genere che c'è un'interferenza della giustizia. Io vi invito a soltanto a fare attenzione.

**Judith Sargentini**, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – De massale demonstraties in Boekarest gisteravond en de dagen daarvoor laten zien dat de Roemenen hun democratie heel serieus nemen. Vanochtend las ik dat de minister van Handel zijn positie wil opgeven omdat hij deze voorstellen niet voor zijn rekening wil nemen. Ook dit debat zie ik als een ondersteuning voor het pleidooi om de zaken te herbekijken. Het moet een gevoel van urgentie overbrengen bij de Roemeense regering want corruptie is de rot in het systeem. Het laat het vertrouwen in de rechtsstaat wegebben en ook het vertrouwen tussen jou en de burens. Als dat gebeurt dan ben je heel erg ver van huis.

Commissaris Timmermans zei terecht: Roemenië is op de goede weg, de laatste meters. Waarom gebeurt dit nu? Ik waardeer uw heel heldere uitspraken. Ik stel voor samen op te trekken want we hebben gezien met Hongarije en Polen wat er gebeurt als we niet op tijd zijn.

**Roberta Metsola (PPE)**. – Mr President, it is important that we are having this debate. We must speak out against corruption everywhere, and today we are here because we hear the people of Romania and we stand with them. The EU institutions, and this Parliament in particular, cannot remain silent on political corruption if we are to remain relevant to the people we represent.

Let me be clear. This is not about the Romanian nation or the Romanian people: this is about the corrupt few who are working to circumvent the law. Romania's efforts to join the European Union, 10 years ago, were pushed by those who wanted a different way, who believed in Europe and its value system, and who looked to Europe as a way to ensure that a crooked establishment never again gripped the reins of power. Europe cannot and should not abandon those who are reaffirming these ideas in the streets of Bucharest and Timișoara.

And this is an issue that goes beyond Romania. I come from Malta, where our Government has the dubious honour of having the only sitting EU Minister, and now the EU Energy Council Chair, whose secret financial set-ups were exposed by the Panama Papers. So, as you can imagine, Vice-President Timmermans, the fight against corruption is top of people's concerns, at home too.

Strong anti-corruption policies must be a hallmark of our European Union. This is about standing up for our founding principles. People across the Union look to the EU institutions for leadership and direction in the fight against corruption. They cannot be met with silence, indifference or excuses. So my message here today: Români, suntem cu voi!

*(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura 'cartonașului albastru' (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură)).*

**Andi Cristea (S&D)**, *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimată colegă, vă respect foarte mult și întrebarea mea pentru dumneavoastră este dacă credeți că sunteți informată și documentată necesar și corect cu privire la ce se întâmplă în România sau dacă dumneavoastră ați preluat, fără o analiză, practic, explicațiile și argumentele colegilor români din delegația dumneavoastră?

**Roberta Metsola (PPE)**, *blue-card answer*. – Listening to the people in this room today and looking at all the young people protesting on the streets of Romania, knowing many Romanian people, who have spoken to me – and even, yes, looking at the message that was just sent by the highest authorities in Romania to all the email addresses of those working in this Parliament – yes, I know what is happening in Romania, and I am more convinced than ever of what I have just said.

**Victor Boştinaru (S&D)**. – Domnule preşedinte, domnule prim-vicepreşedinte al Comisiei Europene, dincolo de discursul cu tente tragic-comice al kolegei mele, Macovei, în jurul modificărilor la Codul penal adoptate de guvern, este clar că strada în România încearcă să anuleze alegerile din 11 decembrie. În ultimii ani, abuzurile, încălcările legii, accentuarea caracterului abuziv şi represiv al statului s-au accentuat.

Comisia a tăcut la greva magistraţilor, deşi avea informaţii despre această situaţie. A tăcut atunci când a luat cunoştinţă despre protocoale secrete între DNA şi SRI, deşi ar fi trebuit să investigheze. Acest lucru trebuie să îl facă Comisia LIBE în România şi aici, la Parlament.

Această ţară, profund loială, România, merită să se întoarcă la democraţie, la constituţie şi la separarea puterilor în stat. În acest moment dramatic pentru ţara mea, ţara nu ar accepta, naţiunea mea nu ar accepta ca strada să răstoarne un guvern şi consecinţele ar fi incalculabile; şi reamintesc Comisiei Europene, în 2012, complicitatea Comisiei sau voluptatea cu care s-au îmbrăţişat tezele lui Băsescu a dus la anularea referendumului din 2012. Ar fi tragic şi inacceptabil ca acest lucru să se întâmple încă o dată.

**Mircea Diaconu (ALDE)**. – Domnule preşedinte, ca discuţia să fie completă trebuia să aveţi aici şi un infractor din România. Şi acela sunt eu. Am fost anchetat în timp ce eram senator şi ministrul culturii. Am fost anchetat doi ani de zile. La fiecare vizită la Procuratura Generală era anunţată presa, era firesc să fie anunţată presa, se încerca, fireşte, distrugerea mea publică. După doi ani de zile, procurorul care mă ancheta a zis următorul lucru: „Domnule Diaconu, nu am găsit niciun prejudiciu, dar vă trimit în judecată.” Cred că a şi zâmbit cinic, ca un fel de victorie personală, şi m-a trimis în judecată cerând doi ani şi jumătate închisoare pentru mine, cu executare. Am fost achitat, bineînţeles, după alţi doi ani de zile. Nu vreau să vorbesc despre anii mei de chin şi de cât am pierdut şi cât, probabil, am îmbătrânit în timpul acesta. Nu aceasta este problema. Problema este că în România este, într-adevăr, o enormă problemă, dar nu unde o discutaţi, unde o vedeţi, unii dintre dumneavoastră, ci în faptul că, de o vreme încoace, votul popular este modificat, furat, aruncat la coş pur şi simplu prin alte metode decât cele democratice. Nu intru în amănunte, nu este timp.

Domnule comisar, cu tot respectul, am tot respectul pentru dumneavoastră, fără discuţie, nu sunt de acord deloc cu dumneavoastră decât într-un singur punct şi anume în acel al admiraţiei pentru Paul Celan. Şi eu gândesc la fel. Problema este alta: lăsaţi, după părerea mea şi după rugămintea mea, lăsaţi România să-şi găsească calea, singură, are toate instituţiile la îndemână, există justiţie şi este funcţională, există Curte Constituţională care va tranşa în scurt timp acest diferend de opinii. Este democraţie în România. În clipa în care lumea iese afară în stradă nu se întâmplă nimic şi pot să-şi spună păsul, este justiţie în România în clipa în care va fi tranşat acest diferend în justiţie.

**Cristian-Silviu Buşoi (PPE)**. – Domnule preşedinte, 300 000 de români au ieşit în stradă doar aseară în Bucureşti şi în alte oraşe din România şi Europa să protesteze împotriva unor măsuri de politică penală care oferă unor politicieni o apărare împotriva justiţiei. Dar, înainte de orice, trebuie să spunem că nu este o problemă a României şi nu trebuie să fie afectată imaginea României. Sutele de mii de români care protestează paşnic, sancţionând politica penală interesată a guvernului, arată că societatea românească a luat-o înaintea unor politicieni. Majoritatea românilor, preşedintele Klaus Iohannis, societatea civilă, instituţiile din sistemul judiciar luptă cu toate armele legale şi constituţionale să oprească acest abuz al guvernului. Nu strada încearcă să răstoarne un guvern legitim, ci politicienii de la guvernare, liderii partidului de guvernământ consideră că, dacă au câştigat alegerile, politicienii primesc nu responsabilitatea de a guverna conform legii, ci privilegiul de a fi peste legea care guvernează ţara, punând sub semnul întrebării funcţionarea statului de drept.

Partidul Social Democrat în jurul căruia se constituie acest guvern a făcut o campanie electorală agresivă pentru măsuri populiste, acțiuni sociale centrate pe promisiuni de creștere a veniturilor fără fundamentare bugetară și nu a vorbit niciun moment despre aceste modificări ale legilor penale care se află în centrul preocupărilor acestui guvern de la începutul mandatului.

Solicităm Comisiei Europene și Parlamentului European să sprijine eforturile cetățenilor români, să sprijine eforturile președintelui României, eforturile instituțiilor sistemului judiciar și să facă toate demersurile legale și posibile pentru a determina și convinge guvernul României să retragă și să anuleze de urgență aceste modificări la Codul penal și Codul de procedură penală. Ce se întâmplă în România nu este o luptă a românilor contra românilor, este o luptă a societății românești cu o parte a liderilor politici care nu înțeleg că într-o țară a Uniunii Europene legea nu poate fi modificată după bunul lor plac.

*(Vorbitorul nu a acceptat să răspundă unei întrebări adresate de Doru-Claudian Frunzuliță în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură), motivând că este vorba de o stratagemă a colegilor socialiști de a lua cât mai mult cuvântul pentru a apăra un proiect greșit).*

**Birgit Sippel (S&D).** – Herr Präsident! Was wurde eigentlich in Rumänien beschlossen? Erstens: Bis zu einer Schadenshöhe von maximal 45 000 EUR soll künftig Amtsmissbrauch nicht mehr zu einer Haftstrafe führen. Vielmehr muss der Betrag erstattet werden, und zusätzlich wird ein Bußgeld fällig. Kritisiert wird, dass es zur Ermittlung zunächst einen Beschwerdeführer braucht.

Zweitens: Es gibt einen Straferlass bei minderschweren Straftaten, für Schwerstkranke und Mütter mit kleinen Kindern. Angesichts der Zustände in rumänischen Gefängnissen ist dies gerade für Letztere sicher eine gute Entscheidung. Um diese Zustände insgesamt nachhaltig zu verbessern, braucht es natürlich ganz andere Maßnahmen. Und sicher kann man auch diskutieren, warum ein Eilverfahren beschlossen wurde.

Ich bin sehr dankbar, dass dieser Vorgang auf Antrag der Sozialdemokraten heute nicht nur mal so nebenbei angesprochen wird, sondern kritische Fragen im zuständigen Ausschuss sowie im Rahmen einer sogenannten Mission konkret weiterverfolgt werden können.

*(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Herrn Rübig nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)*

**Viorica Dăncilă (S&D).** – Domnule președinte, domnule comisar, Curtea Constituțională a constatat că unele prevederi ale Codului penal nu erau constituționale. Drept urmare, guvernul PSD-ALDE a dat o ordonanță de urgență pentru a reglementa acest lucru. Același lucru a fost folosit anterior de guvernul Cioloș și de guvernul Boc. Guvernul președintelui Iohannis, guvernul Cioloș, a operat o sută cincizeci și unu de modificări, realizate în secret fără nicio consultare publică. De ce, domnule comisar, nu ați spus și atunci că România a făcut un pas înapoi?

Mai mult, o serie de modificări efectuate de guvernul Cioloș au încălcat fundamental drepturile omului, de pildă, procurorul a primit dreptul de a schimba decizia judecătorului, deși justiția se înfăptuiește de către judecător. Aceste modificări constituționale nu au făcut obiectul niciunui scandal public, nu au fost sancționate și nu s-a atras atenția nici de către Comisie, iar acum este o acțiune mascată de a dărâma guvernul legitim al României și de a nu ține cont de votul românilor din 11 decembrie.

Doamnă Macovei, ați lipit o etichetă nedreaptă și neadevărată României. Așa ați pledat și la referendum și la MCV. De aceea nu vă votează românii și nu sunt de acord cu opiniile dumneavoastră. Da, fiți cu noi, cei care nu vor încălca cel mai democratic mod de exprimare, votul românilor!

*Procedura catch-the-eye*

**Cristian Dan Preda (PPE).** – Domnule președinte, în România strada nu cere schimbarea guvernului cum au spus doamnă Dăncilă și domnul Bostinaru, ci retragerea ordonanțelor. Este nevoie de o asemenea decizie, în caz contrar fondurile europene vor fi pierdute. Comisarul Timmermans a spus-o foarte clar. Dar nu doar banii sunt în joc, ci și onoarea țării. A arătat-o chiar un ministru din guvernul socialist care tocmai a demisionat. „Nu pot accepta impostura sau minciuna” a spus acest ministru din partidul socialiștilor români.



Îi invit, de aceea, pe socialiștii europeni să reflecteze la acest gest, solidaritatea lor cu corupții care se autoamnistiază este inacceptabilă. Le sugerez să nu uite că românii l-au răsturnat în 1989 pe Ceaușescu și sunt convins că ei sunt în stare să îl pună la locul lui și pe Dragnea, iar locul lui nu e în fruntea Parlamentului României, este în altă parte.

**Doru-Claudian Frunzulică (S&D).** – Domnule președinte, mă adresez în primul rând colegilor mei europarlamentari din partidele de dreapta și vreau să vă spun încă o dată că românii prin cultură, istorie, tradiții sunt clar un popor european și care au o vocație europeană. Vreau să îi întreb: de ce nu ne aplecăm mai mult spre dialog, spre cooperare, spre parteneriat? De ce de fiecare dată ne adresăm organismelor internaționale, așa numitei „Înalte Porți”? De ce nu încercăm să colaborăm mai mult noi între noi, românii? Pentru că numai împreună noi am putea, în final, să realizăm o Românie mai puternică, mai respectată, o Românie care să joace un rol mai important în Uniunea Europeană. De ce de fiecare dată nu reușim să colaborăm și de ce de fiecare dată ne împărțim în două sau mai multe tabere? De ce există o fractură în societatea românească? De ce nu dăm dovadă de acele valori europene pe care le invocăm mereu? Există o singură soluție: colaborare între români pentru mersul înainte al României.

**Νότης Μαρίας (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, από χθές παρακολουθώ στην αίθουσα τις αντεγκλήσεις των συναδέλφων από τη Ρουμανία και αυτό αποδεικνύει ότι σίγουρα η κατάσταση είναι ιδιαίτερα οξυμένη σε αυτή τη χώρα. Η τήρηση του κράτους δικαίου αποτελεί θεμέλιο λίθο κάθε κράτους μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Από τη συζήτηση προκύπτει ότι υπάρχει σύμφωνη γνώμη όλων ότι θα πρέπει να παρακολουθήσουμε την κατάσταση της Ρουμανίας εκ του σύνεγγυς. Στηρίζουμε τον αγώνα του ρουμανικού λαού που κινητοποιείται μαζικά για το χτύπημα της διαφθοράς, της διαφθοράς η οποία βέβαια δεν είναι χαρακτηριστικό μόνο της Ρουμανίας αλλά και άλλων κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η διαφθορά δεν χτυπιέται βεβαίως ούτε με την αποποινικοποίηση των παραβάσεων που έχουν σχέση με υπεξαίρεση χρημάτων κάτω από 200 000 EUR, ούτε με την αποφυλάκιση διεφθαρμένων πολιτικών, ούτε βέβαια με το να βγούνε από τις φυλακές οι εγκληματίες με το επιχείρημα ότι, δήθεν, υπάρχει συνωστισμός στις φυλακές. Είναι σίγουρο ότι πρέπει να υπάρξει ανάκληση της νομοθεσίας αυτής, η οποία πέρασε εκτάκτως.

**António Marinho e Pinto (ALDE).** – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, este debate chama-nos a atenção para um dos problemas mais graves de hoje na União Europeia: a promiscuidade entre a instância política e a instância judicial, entre o poder político e o poder judicial.

O Estado de Direito democrático só será democrático se for de Direito e só será de Direito se for democrático. Isto implica separação de poderes, implica que a investigação judicial não se faça de acordo com a oportunidade política, significa que a política não se aproveite das investigações judiciais.

A política não pode ser judicializada, assim como a justiça não pode ser politizada. O Estado de Direito é um estado que é balizado nas suas atuações concretas pelo Direito e quem diz o Direito são os tribunais, não os serviços secretos ou outras instituições quaisquer de natureza política ou administrativa.

Não se pode utilizar a investigação criminal para fins políticos, assim como não se pode fazer investigação criminal com fins políticos. Não se pode manipular o poder judicial, nem se pode manipular o poder político.

**Csaba Sógor (PPE).** – Elnök Úr, Romániában az igazságszolgáltatási rendszer az elmúlt években sem működött hibátlanul. A jogállamiság mindig is ingtag lábakon állt, számtalan konkrét példát hozhatunk. Elég, ha arra gondolunk, hogy jelenleg is zajlik az ország '89 utáni legnagyobb titkosszolgálati botránya, mely röviden arról szól, hogy úgy tűnik, a belügyi szolgálat közvetlenül befolyásolta az ügyészségek és a bíróságok munkáját, politikai harcokra és leszámolásokra használták az igazságszolgáltatást. A helyzet tehát eddig sem volt olyan jó, mint ahogy sokan külföldről látni vélték. Elég, ha csak a kisebbségi kérdésre gondolunk. Ám a mostani módosítások évtizedes visszalépést jelentenek. A kormánypártok szándéka egyértelmű: megmenteni az eljárás alatt álló politikai, gazdasági elitet az igazságszolgáltatás karmai közül.

A polgárok pedig pontosan észlelik ezt, ám a választások után két hónappal tehetetlenek, még azok is óriásit csalódtak, akik a baloldalra szavaztak. Románia forrong, dühös emberek vannak az utcákon, ez a düh pedig érthető. A megoldás pedig nem egy olyan igazságszolgáltatás, amely megbosszulja ezeket a támadásokat és még több politikust ellen indít eljárást, hanem egy méltányos, a jogállamiságot tiszteletben tartó és a társadalom, nem pedig egyes csoportok érdekeit szolgáló rendszer. Olyan rendszer, amilyen még nem volt Romániában.

**Claudia Țapardel (S&D).** – Domnule președinte, domnule comisar, ce se întâmplă în această plenară astăzi este o gravă dezinformare. Vă voi spune că sunteți dezinformați. Sunt convinsă că nu ați citit modificările care s-au operat la Codul penal și la Codul de procedură penală și nici legea care a fost trimisă în Parlament, legea grațierii. Pentru că dacă ați fi citit aceste documente și această legislație, ați fi înțeles foarte clar că sunt niște solicitări care vin de la Curtea Constituțională a României, precum și niște solicitări care vin de la președintele CEDO privind situația din închisorile din România.

Așa că vă voi ruga ca, înainte să avem o dezbatere în plenară și să vă grăbiți să arătați România cu degetul, să facem o analiză în cadrul Comisiei LIBE și, de asemenea, vă invit în România să discutați cu autoritățile statului, cu toate instituțiile și să înțelegeți situația reală din România.

Este păcat că ajungem în Parlamentul European să dezinformăm așa de grav despre situația din România. Situația din România este gravă, dar se referă la drepturi, libertăți, la democrație și la respectarea justiției și a drepturilor cetățeanului când se află în fața instanței. Așa că vă aștept în România.

**Daniel Buda (PPE).** – Domnule președinte, domnule comisar, dincolo de orice declarații care se fac astăzi aici există o realitate care nu poate fi ignorată: peste 400 de mii de oameni au fost aseară în stradă în peste 50 de orașe din țară, iar aceștia au nevoie de un răspuns, iar acest răspuns este unul singur, și anume abrogarea ordonanței de urgență prin care s-a modificat, la ceas de seară, Codul penal și de procedură penală și, dacă se dorește, discutarea acestora în Parlamentul României, acolo unde este locul. În caz contrar, se va pune în pericol atât parcursul european al României, dar, în mod cert, și viața de zi cu zi a românilor, ceea ce desigur nu ne dorim.

România s-a angajat în mod ferm pe un parcurs european, iar prezența masivă a acestora demonstrează nevoia de a păstra aceste angajamente, dincolo de orice alte interese.

**Andi Cristea (S&D).** – Domnule președinte, îl salut pe domnul prim-vicepreședinte Timmermans și vreau să îi supun atenției următorul exemplu: domnia sa este membru al Parlamentului din România. Domnia sa este reales și domnia sa își angajează staff-ul pe care l-a avut în mandatul anterior ca să lucreze cu el în continuare. Mă refer la asistenți, mă refer la consilieri. Ei bine, domnia sa trebuie să știe că este acuzat și se face vinovat de conflict de interese pentru că, în trecut, a avut o relație comercială cu angajații lui și acest lucru mie, personal, mi se pare ridicol și aș dori să îl întreb care este opinia domniei sale cu privire la acest lucru.

**Siegfried Mureșan (PPE).** – Domnule președinte, stimați colegi, după cum a fost deja spus, în România, aseară, mai mult de 400 de mii de oameni au protestat împotriva acestei ordonanțe de urgență adoptate de guvernul României prin care se fac modificări la Codul penal. Aceste modificări dezincriminează abuzul în serviciu. Această ordonanță va duce la eliberarea mai multor politicieni condamnați și la oprirea multor anchete în desfășurare. Este cea mai mare lovitură dată justiției din România în ultimii douăzeci și șapte de ani de la căderea comunismului.

Domnule vicepreședinte Timmermans, ați întrebat de ce face guvernul asemenea lucruri? Răspunsul este simplu: fiindcă de pe urma acestei ordonanțe vor beneficia politicieni corupți, inclusiv președintele Parlamentului României, social-democratul Liviu Dragnea.

Ce este de făcut acum? Solicit tuturor partenerilor internaționali, inclusiv Comisiei Europene, să exercite presiune asupra guvernului României pentru ca aceste modificări adoptate să nu intre în vigoare la termenul stabilit peste zece zile. Este important ca Europa să fie alături de cetățenii României în lupta împotriva politicianilor corupți. Aceasta așteaptă cetățenii României de la Europa.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, stimată domnule prim-vicepreședinte vreau mai întâi să declar că vă apreciez foarte mult și întotdeauna am fost impresionată de inteligența și diplomația dumneavoastră, dar trebuie să spun că m-ați dezamăgit. Dacă dumneavoastră corelați ce se întâmplă în România cu acordarea fondurilor europene, nu pot să mă gândesc decât că acum, când s-au încheiat cei 10 ani cu MCV-ul, a fost un mecanism special pentru a discrimina douăzeci de milioane de români.

Domnule prim-vicepreședinte, spuneți de suveranitate în discursul dumneavoastră, în același timp cereți guvernului: ori avem suveranitate parlament – guvern, rezultat în urma alegerilor, ori dumneavoastră impuneți.

Apoi spuneți să lăsați să își facă treaba. Haideți să lăsăm guvernul să și facă treaba, justiția să funcționeze. Am pledat întotdeauna pentru condamnarea hoșilor, dar nu pentru încălcarea drepturilor omului, corecție care se încearcă acum prin această ordonanță. Vă mulțumesc și aș vrea punctual să îmi răspundeți.

**Jean-Paul Denanot (S&D).** – Monsieur le Président, effectivement, vu de cet hémicycle, il est difficile de savoir ce qui se passe exactement. C'est la raison pour laquelle je me réjouis que nous ayons accepté qu'il y ait un débat en commission des libertés publiques, de la justice et des affaires intérieures qui soit plus documenté que celui d'aujourd'hui et qu'effectivement, une délégation puisse se rendre en Roumanie.

Ce que je peux dire, c'est que je connais la Roumanie depuis longtemps puisque je suis un des premiers Français à s'être rendu en Roumanie après la chute de Ceausescu. Je me dis que la Roumanie est encore une jeune démocratie, qu'elle a fait beaucoup de progrès mais qu'il faut vraiment y conforter la démocratie et l'état de droit. Je crois qu'aujourd'hui, il faut faire en sorte que cet état de droit puisse effectivement avoir ses prérogatives et fonctionner en Roumanie.

C'est dans ce sens, me semble-t-il, qu'il faut que nous poussions la Roumanie. Il faut que l'état de droit soit respecté et que la démocratie soit respectée. Je crois que c'est le fond du problème et c'est vers cela que nous devons nous diriger.

*(Fine della procedura catch-the-eye)*

**Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission.** – Mr President, I was inspired by what Mr Frunzuliță said earlier, that we should not be turning this into a party-political confrontation between government and opposition. Sadly, that happened here in this House today, which, in a sense, is normal in a political chamber – that is what you get – but on this issue I am a bit saddened by that.

I would say to your PPE colleagues that they should hold onto the passion with which they spoke today when we are discussing nations where one of your parties is in power. Hold on to that and be exactly the same: you would really help all of us. But for me this has nothing to do with party political issues and, frankly, it is preposterous and rather insulting to suggest that I would be an agent to topple a government led by the party I belong to. That is nonsensical. I am looking at a situation as it is. On these issues, the Commission – as we have shown over the last year and certainly since the Juncker Commission came into being – is colour blind. This is not party political.

The issue at hand is very straightforward. We have cooperated with Romania in the last 10 years in the cooperation and verification mechanism (CVM). I have cooperated personally with various governments, of differing compositions, and all these governments have cooperated with me personally – with the Commission – in a constructive way, albeit, of course, blaming the opposition or saying to us that we are more critical of them when they are in power than we are of the opposition. In that sense, regardless of the political colour in Romania, the criticism is always the same.

So I accept that criticism. Yes, we are critical and sometimes that hurts if you are in government or in parliament. I understand that, but that is simply our role. That is the role of the Commission, that is the role we have been given in the Treaty and that is the role that also emanates from the CVM.

The point I was trying to make this morning is this: Romania is in the final stretch of this long, long marathon, leading to a situation where we can all say the development is now irreversible. Romania is not at risk of going back to what the situation was in the past. We are almost there. That is what the last CVM report stipulated very clearly, and in our perception the emergency ordinance and the draft legislation seem to indicate another direction – backwards – and I think this needs to be discussed.

We signalled it in the CVM report last week. This needs to be discussed because it would not speed up the process. It would slow down the process or even stop the process of where we want to go, namely to the point where we, the Commission, can also say that the development is irreversible. That is where we want to get to. So that is why I call upon the authorities in Romania carefully to look into what they are doing.

I find it very difficult to understand what emergency would warrant an emergency ordinance on this subject. I find it difficult to understand why lowering the standards on fighting corruption is in the interest of the Romanian nation. I find it difficult to understand but, of course, this is not interference in internal affairs. The Parliament of Romania is sovereign in its decisions, and it also has to face the consequences of those decisions.

If we in the Commission believe those consequences might not be positive, I think it is our duty – even if it is uncomfortable to some – to signal that. That is what we are doing – nothing more, nothing less.

I say to everyone in this House that you will not help the situation by turning this into a party-political confrontation, by making this a theoretical battle about principles. It is about facts and actions. Let us try to find a cooperative way, as we have done in the past, to come out of this situation. Let us pause for a moment to reflect whether this is the right course to take, given also the reactions in the judiciary in Romania and from the Romanian public.

I am encouraged by the fact that so many people attach such great importance to the fight against corruption. Hold on to that: it is a great, great asset. I also see that there is overwhelming support in the Romanian population for the involvement of the European Union in this joint progress towards an irreversible situation. This is strongly supported by the Romanian population. Nobody is saying that the EU should stay out of it. Use this as a strength.

I will end with a quote from the famous Romanian sculptor, Brâncuși, who said: 'Theories are patterns without value. What counts is action.' Let us take action to make sure that this process, towards an irreversible, strong rule of law where corruption is controlled and rooted out, happens soon in Romania and that we do nothing that would indicate a different direction.

**Presidente.** – La discussione è chiusa.

*Dichiarazioni scritte (articolo 162)*

**Nicola Caputo (S&D), per iscritto.** – Il provvedimento adottato dal governo romeno, che alleggerisce le pene per un complesso di reati minori e per casi particolari, ha destato non poche perplessità. Si tratta di un provvedimento che va in controtendenza rispetto al percorso compiuto fin qui dalla Romania nella lotta alla corruzione. Il recente rapporto MCV, infatti, mette in evidenza il fatto che le autorità dello Stato romeno hanno ottenuto risultati buoni e molto buoni, che ci sono progressi notevoli ottenuti dalle istituzioni romene nella lotta alla corruzione e contro la criminalità in genere. Gli ultimi provvedimenti del governo stanno generando malcontento e forti critiche tra i cittadini.

L'Europa deve fare il possibile perché la Romania riprenda il cammino delle riforme e perché continui il processo di lotta alla corruzione che da lungo tempo lo Stato stava portando avanti. Passi indietro non sono consentiti su questo terreno, né alla Romania né ad altri paesi dell'UE.

### **3. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (Aussprache)**

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca la relazione di Mariya Gabriel, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 539/2001 del Consiglio che adotta l'elenco dei paesi terzi i cui cittadini devono essere in possesso del visto all'atto dell'attraversamento delle frontiere esterne e l'elenco dei paesi terzi i cui cittadini sono esenti da tale obbligo (Georgia) (COM(2016)0142 - C8-0113/2016 - 2016/0075(COD)) (A8-0260/2016).

**Мария Габриел, докладчик.** – Г-н Председател, скъпи колеги, изминахме дълъг път преди днешното финално гласуване за отпадане на визите за грузинските граждани. Това е признание за постигнатото от грузинските власти и граждани. Днес е исторически ден не само за Грузия, но и за Европейския съюз. Въвеждането на безвизов режим за Грузия бележи нов етап в отношенията ни със страната.

Благодаря на всички колеги за силната подкрепа в процеса на работа по това ключово досие. Пътят до днес не беше лек. Но усилията си заслужаваха в името на грузинските и европейските граждани. През септември компетентната комисия LIBE прие с голямо мнозинство доклада ми. Така получих мандат за водене на преговори от името на Европейския парламент. Междувременно Съветът/държавите членки обвързаха влизането в сила на визовата либерализация за Грузия с укрепването на механизма за суспендиране на безвизовия режим. Това отложи стартирането на междуинституционалните преговори. То стана възможно след постигане на споразумение по механизма за суспендиране през декември миналата година.

Силата на Европейския парламент е, че сме последователни в действията си. Винаги сме отстоявали една позиция: при изпълнени всички критерии, визовият режим се либерализира. Радвам се, че Съветът подкрепи многократно заявявания ни ангажимент за постигане и на бързи резултати в процеса на либерализиране на визовия режим за Грузия. Едновременното влизане в сила на механизма за суспендиране и визовата либерализация за Грузия бележи крайния успех на тези усилия.

Премахването на изискването за визи за Грузия е силен сигнал към гражданите. Тук специално искам да им благодаря за последователността, търпението и силата на демократичните им убеждения. Грузия не само изпълни всички изисквания, поставени от Европейския съюз, но и надгради над тях. По този начин и общата визова политика на Европейския съюз се доказва като ефективен инструмент за външна политика в диалога с нашите партньори. Грузия постигна значителен напредък при провеждането на широкообхватни и комплексни реформи. Това доближи страната още повече до европейските ценности и демократични стандарти.

Грузия е стратегически важен партньор на Европейския съюз в рамките на европейската политика на съседство и по-специално на Източното партньорство. Нещо повече – страната играе ключова роля и в усилията на Европейския съюз за укрепване на общоевропейската сигурност. Европа трябва да бъде обградена от приятели и партньори. Ето защо е важно да изпълним собствения си ангажимент към страната за премахване на изискванията за визи. Така ще гарантираме задълбочаване на отношенията ни в дух на взаимно доверие и диалог.

Въвеждането на безвизов режим е от съществено значение и за грузинските, и за европейските граждани. Не бива да забравяме, че реалното доближаване на грузинците до нашите общеевропейски ценности е възможно само при условие че им бъде гарантирана свободата да пътуват безвизово. Само така можем да споделяме нашите култури, да насърчаваме икономическото и политическото сближаване, да затвърждаваме позицията на Съюза като важен фактор в региона.

Не на последно място бих искала да призова Съвета сега и за започване на преговори без повече забавяне по визовата либерализация за Украйна. Нека отговорим на очакванията на нашите партньори. Те също са изпълнили критериите.

В заключение бих искала да призова да подкрепим днес силно визовата либерализация за Грузия по време на гласуването. Така ще изпълним собствения си принцип за визова реципрочност. Вярвам, че днес Европейският парламент ще отпрати силно положително послание към грузинските граждани. Разчитам на Вашата подкрепа.

**Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission.** – Mr President, let me start by expressing our thanks to Ms Gabriel for the excellent job she has done. She was behind all these efforts in order to arrive where we are today. Georgia has been exemplary in fulfilling a demanding roadmap which allowed us to propose to you – and the Council of course – visa liberalisation for its citizens. I am therefore very pleased that Georgian citizens with biometric passports will soon be able to travel to the Schengen area without a visa for a short period of up to 90 days. It is a very important achievement indeed, and it has been a long process.

The EU-Georgia visa liberalisation dialogue, as you will remember, started in June 2012. The continuous monitoring and reporting carried out since then showed that Georgia has made the necessary progress. Georgia has undertaken all the necessary efforts to meet all of the benchmarks. Therefore, following the positive assessment of the progress report, the Commission proposed in March 2016 to lift the visa requirement for Georgian citizens holding a biometric passport. This will be done by amending the Visa Regulation. This proposal also took into account overall EU-Georgia relations.

The hard work, really hard work, of the Georgian authorities over the past two years has paid off. The Commission will continue to monitor Georgia's continuous compliance with the visa liberalisation criteria, in particular on fighting organised crime. Because, as I have said on other occasions, these reforms bring Georgia closer to European Union standards, facilitating cooperation with the European Union and bringing the country a step forward on its European path.

I would like to remind you that visa-free travel for Georgia will enter into force at the same time as the revised suspension mechanism, even though they are two separate issues. In addition, the suspension mechanism applies to all visa-free countries horizontally, not just to Georgia. It will be an important tool to further enhance security for the European Union, but also a catalyst that will enable our visa liberalisation policy to expand.

Visa liberalisation with Georgia is an essential contribution to strengthen cultural and economic ties between Georgian and EU citizens because, let's not forget, visa-free travel is a tangible tool of European integration that directly concerns the citizens. I would like to share personal experience with you. When I first visited Tbilisi as European Commissioner, I was very impressed by the many European Union flags around the city – I would say more European flags in Georgia than in Brussels. I was touched, because in a period where we here in the European Union, in the Member States, take our Union for granted and where we see anti-European rhetoric develop, the citizens of Georgia remind us what a unique achievement of peace, stability and prosperity the European Union is.

Dear Members of the European Parliament, let me conclude by calling on you to support the proposal on the table later during the vote.

#### **PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI**

*Wiceprzewodniczący*

**Andrejs Mamikins**, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs.* –

Mr President, dear colleagues, dear Georgian friends, I would like to say some words about the process of adoption of the visa-free regime with Georgia. It was very ugly. The Council's idea to connect the visa-free regime between the EU and Georgia and Ukraine with the visa suspension mechanism was, in my opinion, a bad idea. As a result, an unexpected delay occurred and nobody could say when this process would be finished. Some EU country leaders publicly declared that they were glad to see these Eastern European countries on the way of European integration, but at the same time behind closed doors they put their feet on the brakes and started to blackmail the European Parliament. In this way they tried to solve their internal political problems.

Colleagues, in politics as in a business company, reputation of reliable partners is a very valuable thing, and the reputation of the EU in this case, in my opinion, was seriously damaged. I would like to apologise to our Georgian friends for this unpleasant experience. Nevertheless, dear colleagues, now in this Chamber among us is the Speaker of the Parliament of Georgia, the best friend of the European Parliament and Europe, his Excellency Irakli Kobakhidze. Dear Georgian friends, I hope that today's decision will give impetus for the new achievements in cooperation between Georgia and the European Union. Fulfilling all the criteria for adopting the free visa regime was not an easy task but the Georgians have done a great job. It is a very important step on the path of the European integration of Georgia. It is a great achievement of the Georgian people, politicians, civil society, students and so on.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra**, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario. Felicito a la ponente Mariya Gabriel por su trabajo tan profesional y tan comprometido y, asimismo, al pueblo y a las autoridades georgianas. Tal y como ya he manifestado en reiteradas ocasiones, Georgia merecía desde hace mucho tiempo la exención del visado, ya que cumplía todas las exigencias recogidas en el artículo -1 del Reglamento n.º 539/2001. Nunca entendí la vinculación innecesaria de este expediente con otros en negociación. Desde mayo del pasado año hemos trabajado intensamente para mejorar el mecanismo de suspensión, de cuyo informe —como saben— soy ponente.

Espero sinceramente que la aprobación definitiva del mecanismo, el corrigiendo que realizaremos durante la próxima sesión plenaria, sirva para asegurar la entrada en vigor definitiva del acuerdo de exención de visados que hoy debatimos. Nadie entendería ninguna dilación que impidiera su firma el 1 de marzo, su publicación más allá del 9 de marzo y su entrada en vigor antes del final del mismo mes.

Por ello le pido a la Presidencia de turno la mayor diligencia posible para realizar todos los trámites pertinentes con el Consejo que supongan la aprobación definitiva de ambos expedientes, su firma y su publicación. Este Acuerdo profundizará y mejorará las relaciones recíprocas entre Georgia y la Unión Europea. Y como ya se ha demostrado en otros muchos casos, producirá efectos beneficiosos para ambas partes en ámbitos tan dispares como la seguridad, el turismo, la cultura o la defensa y, sobre todo, servirá para acercar mucho más a Georgia a Europa.

**Birgit Sippel**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Bereits im Dezember 2015 attestierte die Europäische Kommission: Georgien hat alle Kriterien des Aktionsplans zur Visaliberalisierung erfüllt. Voilà! Dass die Menschen in Georgien dennoch bis heute auf diese Visaliberalisierung warten, lag auch an den Mitgliedstaaten, die dann diese Visaerleichterung zusätzlich an einen sogenannten Aussetzungsmechanismus knüpften. Dank der Hartnäckigkeit und Kompromissbereitschaft des Europäischen Parlaments und insbesondere unseres Berichterstatters konnten wir diesen Mechanismus jetzt beschließen – zu klaren Bedingungen und gegen den Willen des Rates, inklusive eines Mechanismus demokratischer Kontrolle durch dieses Haus.

Georgien hat lange genug auf die hart erkämpfte Visaerleichterung gewartet. Es wird Zeit, diese Reisefreiheit endlich in Kraft treten zu lassen.

**Anna Elżbieta Fotyga**, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, it was a long way for Georgians, regardless of their political option. It was a long way for many of us participating in the first Congress of Polish Solidarność, extending a friendly message to all nations suffering under Communist rule. I welcome this report, and I await quick decisions concerning Ukraine.

**Nathalie Griesbeck**, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, je me réjouis évidemment, comme mes collègues, de la finalisation de cet accord de libéralisation et je voudrais saluer l'excellent travail que nous avons réalisé avec Mariya Gabriel, notre très efficace rapporteure.

La Géorgie a démontré, ces dernières années, une volonté très claire de rapprochement avec l'Union, une volonté politique mais surtout une volonté concrète, qui s'est traduite par un certain nombre de réponses à tous les critères qui avaient été exigés et imposés, comme cela a été rappelé à l'instant, et qu'elle a réalisé toutes les avancées nécessaires afin de pouvoir bénéficier de ce régime de libéralisation.

Si je salue ces avancées, il faut cependant insister sur le fait que ces nombreuses réformes mises en œuvre par la Géorgie ne doivent pas être, bien sûr, le fait d'un jour. Elles doivent être maintenues, consolidées et pérennes dans tous les domaines clés que sont l'indépendance et le pluralisme des médias, l'indépendance de la justice, le respect des droits des minorités ainsi que la lutte contre la criminalité organisée.

Cet accord marque une étape importante dans l'approfondissement des relations, mais aussi parce que la Géorgie est un acteur, un partenaire clé, un partenaire stratégique dans le cadre de la politique européenne de voisinage et plus particulièrement du partenariat oriental. Je pense notamment – et j'insiste – à la coopération dans le domaine des affaires intérieures et de la lutte contre la criminalité organisée.

Dans ce contexte, dans notre contexte géopolitique extrêmement instable et pour certains citoyens, angoissant, il n'y a pas besoin de longs commentaires pour comprendre combien il est stratégique d'établir des relations privilégiées avec ces pays du sud du Caucase, pour en faire des partenaires et des amis, des amis aussi entre les citoyens.

**Bodil Valero**, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Jag vill också välkomna förslaget. Det här hade kunnat gå mycket fortare. Vi hade kunnat bevilja visumlättnader mycket tidigare. Jag kan inte heller riktigt förstå det som herr Díaz de Mera tog upp här tidigare: att vi skulle invänta, att vi måste koppla det här till den så kallade upphävandemekanismen. De har ju inte direkt med varandra att göra. De har kopplingar på ett visst sätt, men de är inte någonting som man absolut måste ta tillsammans.

Det är ju så att Georgien sedan länge har uppfyllt alla kriterier för att få de här visumlättnaderna. Det som jag också välkomnar väldigt mycket är att det nu gäller att de georgiska medborgarna ska kunna få komma också till oss, och inte bara vi som ska få komma till dem utan visum, såsom det är idag. Så jag vill också lyckönska de georgiska medborgarna här idag, därför att jag tycker att det är på tiden att vi faktiskt tar det här steget nu.

När det gäller visumlättnader generellt så är ju vår inställning att det är väldigt viktigt att den fria rörligheten omfattar inte bara oss i Europa, utan att vi utvidgar den också till andra länder. Ju lättare människor har att röra sig över gränserna, desto bättre, menar vi också.

Egentligen så borde inga gränser få finnas i världen, men det är ju en utopi, så vi kan inte förvänta oss att det ska gå åt det hållet. Men jag vill verkligen välkomna det här förslaget idag, och hoppas att det kan träda i kraft så tidigt som möjligt och egentligen inte alls kopplat till den här upphävandemekanismen. Tack!

**Gerard Batten**, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, well, the Treaty of Rome is burning. And while it's burning you're fiddling, specifically fiddling with visa restriction rules. A lot of people were very upset in this Chamber yesterday and there were some very disgraceful scenes, and it was the people who would like Britain to remain in the EU getting upset with the people on this side who want it to leave. Now the truth is finally dawning on you here that Britain is going to leave and the European Union is going to lose one of its biggest net contributors.

Perhaps it would be good for you to understand that the central issue on why we decided to leave was because of a loss of democracy and national sovereignty and control, and the biggest issue that brought that home to the British people was the issue of immigration, and specifically mass uncontrolled immigration, which is what we've had for many years, specifically from the European Union in great numbers since 1997. To give you an idea on those figures, last year the official figure is that we had 650 000 people come into the country, but there were 825 000 National Insurance numbers issued, so it's out of control and nobody knows what the real figures are.

To come onto the specifics of what we're discussing here, this is a technical change, I understand, which would give Georgia visa-free access to the European Union for a period of 90 days, and as the rapporteur Ms Gabriel says, the EU remains a very attractive destination. Well, it's true that back in the 18th century Dr Johnson said the most attractive thing about Scotland was the road to England. That's still true, and in the 21st century equivalent the most attractive thing for many countries on the periphery of Europe is the road somewhere else, and one can hardly blame them.

Now perhaps there is something that you should consider. The British people voted to leave the European Union for many reasons, and one of the biggest ones was mass immigration. You're actually making the problem worse for the European Union because you are extending these visa arrangements to people, who can come, there are then very few or no checks, they can overstay their welcome, and once inside the Schengen area, they can move anywhere else that they like.

You are going to lose Britain, and I wish you well when we've left. I don't want to destroy the European Union; if that's what you want, then good luck to you. But you're going to destroy your own project because the next countries that are going want to leave are Germany, Holland, France and more. So in your own interest. I think you should wake up to what's happening in the real world.

*(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8).)*



**Andrejs Mamikins (S&D)**, *zilās kartītes jautājums*. – Godātais kolēģi! Paldies, ka akceptējāt manu zilās kartītes jautājumu! Man tiešām ir prieks, ka drīzumā jūs nesēdēsiet šajā plenārsēžu zālē, par cik jūs tik gribat pamest gan šo posteni, gan cīnāties par to, lai jūsu valsts pamestu Eiropas Savienību. Bet pasakiet, par kādiem migrācijas draudiem jūs tikko runājat? Jūs zināt, cik cilvēku dzīvo Gruzijā? Jūs tiešām saskatāt, ka aptuveni trīsarpus miljonu cilvēku ir drauds Eiropas Savienībai, ja viņi brauks padzert alu Rīgā vai padzīvot viesnīcā Berlīnē? Paldies!

**Gerard Batten (EFDD)**, *blue-card answer*. – Well, there were two parts to your question. The first one was about Brexit, and I can tell you that we want to leave as quickly as possible. I am the UKIP Brexit spokesman, and I'm writing a plan which would get Britain out of the European Union a very much a great deal faster than Theresa May's, and soon as it's done I'll be happy to send you a copy. The day that I leave here and Britain is restored as an independent country, I will be very, very happy, and pleased to make you happy as well.

The second part of your question was about 3.7 million people in Georgia, I believe, and it's not about the actual numbers in Georgia – we've had this from every country in the European Union. We were told that about 13 000 people would come from Poland. I think that the figure is at least 700 000 – it's over a million, probably, and we in Britain have no problem with people going to other countries. It's a matter of numbers and the degree. That is the problem.

**Vicky Maeijer**, *namens de ENF-Fractie*. – En weer krijgt een dubieus land van Brussel visumliberalisatie cadeau, deze keer Georgië. Terwijl Europa wordt geteisterd door georganiseerde misdaad uit het voormalige Sovjetland mogen straks miljoenen Georgiërs vrij door Europa reizen. Eerder waren het de asielprocedures die massaal door Georgische criminelen werden misbruikt om in Europese steden te komen roven, stelen, afpersen en mishandelen. Dat is straks niet meer nodig, want criminelen wordt het door visumvrijstelling namelijk supersimpel gemaakt om op rooftocht te gaan. Uit cijfers van 2016 bleek dat alleen al in Duitsland in één jaar tijd meer dan 8000 Georgische criminelen waren geregistreerd en het kan Brussel ondertussen allemaal niet schelen.

Nederland moet zelf beslissen wie er wel en wie er niet ons land binnenkomt. Het vrij verkeer van personen is ondertussen al verworden tot vrij verkeer van asielzoekers, terroristen en wapens. Mijn partij is voor veiligheid. De PVV is tegen meer Europese Unie en daarom is mijn fractie tegen de visumvrijstelling voor Georgië.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement).)

**Doru-Claudian Frunzuliță (S&D)**, *blue-card question*. – Dear colleague, you come from a European country. Your country has important European values, and you are Europeans because of your traditions, culture, history and values. So is Georgia. They fulfilled all the benchmarks required in order to receive this, and they are also a European country, and we have to send them the message that they could become one day Members of the European Union. That's why we have to implement, as soon as possible, this visa liberalisation for Georgian citizens. Don't you agree that you and all the other MEPs, who come from European countries, have to support this – not to be against?

**Vicky Maeijer (ENF)**, *"blauwe kaart"-antwoord*. – Uiteraard steun ik dat niet. Want vrijheid en veiligheid zijn de waarden die ik verdedig, die mijn partij verdedigt. Om die te kunnen verdedigen is wat wij nodig hebben absoluut niet méer Europese Unie, maar minder Europese Unie.

**Steven Woolfe (NI)**. – Mr President, when Ms Merkel made the monumental error of judgment by opening the doors of Germany to those from all countries without positive checks, we now have seen the consequences. The European Union, in its desire to continue to extend its influence – or, as some would say, its empire – is doing two things. The first of those is making the same mistakes by not making sure it checks those who are coming in. In the Library of Congress on Georgia, it says that borders with Turkey are porous and dangerous for terrorists. In June of last year, the Georgian newspaper Rezonansi reported that ISIS had established a special-purpose vehicle brigade of 600-700 terrorists to use Georgia as a transit corridor for ISIS. Please do not make the same mistakes, with your huge desire to have open borders between all countries of Europe, that Merkel made last year.

**Michał Boni (PPE)**. – Mr President, I would like to give special thanks to Mariya Gabriel, the rapporteur. I would like to take this one minute and turn to Georgia's citizens. Dear Georgians, today's decision of the European Parliament is one of the last miles in your visa liberalisation marathon. You deserve it, and I am proud to be part of the decision by voting in favour. Liberalisation of the visa regime provides you with a lot of opportunities and advantages. Use it to the benefit of the development of your country. To meet the visa liberalisation benchmarks was a challenge to which you have risen. There will be more reform challenges from the Association Agenda to meet. I am convinced that the decision on

visa liberalisation will yield even more energy and enthusiasm to deliver on those new challenges.

Dear Georgians, your country is not suspicious. You are a very proud, brave European nation. I am keeping my fingers crossed.

**Ana Gomes (S&D).** – O regime de isenção de vistos entra a Geórgia e a União Europeia é desejável e devido, já que a Geórgia há mais de um ano que tomou todas as medidas necessárias para corresponder aos padrões de exigência da União Europeia. E o seu povo e instituições estão empenhados na consolidação da democracia e imbuídos de um espírito pró-europeu, como eu pude constatar, como chefe da missão de observação do Parlamento Europeu às eleições na Geórgia, há uns meses.

Torna-se mais importante ainda que este regime entre sem demora em vigor, face às mudanças tectónicas a ocorrer no contexto político internacional, com Trump, Presidente dos Estados Unidos, a servir a estratégia de Putin, visando destruir a União Europeia e a democracia.

Precisamos, por isso, de reorganizar forças e de apoiar todos aqueles que, na Geórgia, se opõem à ocupação russa do seu território e trabalham pela intensificação das relações económicas e políticas com a União Europeia. A isenção de vistos facilitará o intercâmbio de pessoas a todos os níveis e dará às forças democráticas na Geórgia sinal claro de que queremos ajudá-los a consolidar a sua democracia e a sua autonomia.

As minhas saudações ao Presidente do Parlamento da Geórgia e à sua delegação, que hoje estão aqui connosco, e à colega Maria Gabriel pelo seu empenho como relatora neste processo.

**Sajjad Karim (ECR).** – Mr President, it amazes me how our Parliament can be the best of parliaments and the worst of parliaments in the same session, all at the same time. Whilst I rise and it gives me a huge amount of personal pleasure to be able to congratulate Georgia on such a tremendous achievement, let me also make it clear that the vast majority of this House stands absolutely united in rejecting the alternative facts and the bare racism that is demonstrated by a very small minority of people in this House, who speak about things that they do not understand. I apologise to colleagues for my anger that is coming through today, but may I echo the words of our Commissioner when he stands and says that Georgia made him proud. Let our Commissioner know that this House stands united behind him because we have all seen those same flags in Georgia. We have seen their commitment. We have seen how their sovereignty and territorial integrity remains compromised but yet they stand firm, through their people, on their European way. Let Europe stand firm with them. We owe it at least to them to stand united in the face of these alternative facts and this changing geopolitical situation that is emerging in the world today.

*(Applause)*

**Bronis Ropé (Verts/ALE).** – Klausimas, ar panaikinti Gruzijos piliečiams vizas, visų pirma yra ir klausimas, ar Europos Sąjunga nori turėti efektyvią išorės santykių politiką. Gruzija jau seniai siekė suartėjimo su Europos Sąjunga, dėl to atliko daug sunkių reformų, dėl to jie ir daug nukentėjo nuo savo ne itin draugiškos kaimynės. Ir visa tai vyko žinant, kad mainais už Gruzijos europėjimą siūlomi tokie apdovanojimai kaip bevizis režimas. Todėl panaikindami vizas Gruzijos piliečiams mes parodysime, jog Europos Sąjunga laikosi savo įsipareigojimų ir paskatinsime kitas mūsų kaimynes plėtoti gerą valdymą ir demokratiją, saugoti žmogaus teises ir laikytis rinkos ekonomikos principų. Visi žinome, jog reformos buvo sėkmingos. Gruzija yra demokratiška, stabili šalis, gerbianči žmogaus teises ir besilaikanti europinių vertybių.

**Λάμπρος Φουντούλης (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, δεν θα έπρεπε καν να συζητούμε σοβαρά την προοπτική απελευθέρωσης βίζας για τους υπηκόους της Γεωργίας. Η συγκεκριμένη χώρα αντιμετωπίζει τεράστια προβλήματα διαφθοράς και έχουν εντοπιστεί πολλές φορές πλαστά διαβατήρια. Επιπλέον, αντιμετωπίζει εκτεταμένο και άριστα οργανωμένο έγκλημα, το οποίο και έχει ήδη εξάγει σε αρκετές χώρες της Ένωσης. Επίσης, το πολιτικό προσωπικό της χώρας θυμίζει άλλες εποχές και καταστάσεις, με πρώην προέδρους να γίνονται μέχρι και νομάρχες σε γειτονικές χώρες, μήπως και αποφεύγουν τη φυλακή με την υποστήριξη της Ευρωπαϊκής Ενώσεως βεβαίως. Όσον αφορά τα ανθρώπινα δικαιώματα, οι λαοί της Αμπχαζίας και της Νοτίου Οσετίας στους οποίους και αναφέρετε στην έκθεση σαν πληθυσμούς, λες και ομιλείτε περί προβάτων, έχουν βιώσει και συνεχίζουν να βιώνουν καθημερινά τις «προόδους» της Γεωργίας στον τομέα αυτό που μέχρι και εισβολή με τις ένοπλες δυνάμεις της πραγματοποιήσε εναντίον αμάχων και αναγκάστηκε τελικά να αποσυρθεί όταν τα ρωσικά άρματα έφτασαν λίγα χιλιόμετρα έξω από την Τιφλίδα. Όλα αυτά συμβαίνουν με την υποστήριξη της Ενώσεως, που υπερασπίζεται το δικαίωμα στην αυτοδιάθεση των λαών πολύ επιλεκτικά.

**Jaromír Štětina (PPE).** – Mr President, I would like to openly declare my support for granting a visa-free regime to the Georgian people. I have met many Georgians, especially young Georgians, and I am happy to observe their enthusiasm and dedication to the idea of bringing their country closer to the EU. They feel that European roots are an essential part of their identity and I believe that the Georgian nation does indeed deserve to have a European future one day.

However, in these difficult times, we need to be pragmatic and look well at the reasons why we should support Georgia. One such reason is the increasingly tense security situation in the Black Sea region. Georgia is strategically important, not just as a transit country but also as the only pro-western littoral state along the eastern shores of the Black Sea.

**Victor Boştinaru (S&D).** – Mr President, I very much welcome the visa-free regime for Georgia. We are today in a highly volatile political context, we need our strategic partners more than ever, and we need to prove to them that they can rely on us. Georgia has shown its strong commitments towards European values and integration, and it undertook reforms that were not easy. Despite the visa-free delays, Georgia's citizens demonstrated once again in the recent parliamentary elections what they stand for, and it is high time to give them tangible signals – in fact, nothing more than what we promised, and what they have been waiting for for too long. According to the European Commission report, Georgia was already meeting the visa liberalisation Action Plan requirements in December 2015 and it is a pity that our Georgian partners had to wait until now to reach this important objective. Finally, considering that all necessary elements are in place, I hope also that the visa liberalisation process for Ukraine will be completed with no further delay.

#### *Zgłoszenia z sali*

**Csaba Sógor (PPE).** – Mr President, that the EU countries recently exercised caution in their visa liberalisation policy after an uncontrolled influx of more than a million refugees and migrants can be easily understandable. However, considering the hard geo-political choices Georgia has made about the country's future and the far-reaching and difficult reforms it has implemented in the Justice and Home Affairs area, it is time for the EU to show that once its benchmarks are fulfilled, it can also deliver on its promises. I agree with the rapporteur that the visa waiver for Georgian citizens should prove an important tool for enhancing economic and cultural relations, and provide a stable framework for a dialogue on fundamental rights. Ultimately, in difficult political weather, it could also be one small step for Europe in securing democratic development in its turbulent neighbourhood.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'esenzione dal visto per i cittadini georgiani che viaggiano nell'Unione europea rappresenta uno strumento importante per rafforzare le relazioni economiche e culturali con questo importante paese, ma anche per intensificare il dialogo politico sui diritti umani e le libertà fondamentali.

La Georgia è un partner strategico dell'Europa nel quadro della politica di vicinato e, in particolare, del partenariato orientale. L'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia firmato nel 2014 ha contribuito a portare le relazioni a un nuovo livello e ha rafforzato la cooperazione in molti settori. Utile potrà essere l'apporto del paese dell'ex Unione Sovietica nella lotta contro la criminalità organizzata, compresi terrorismo, corruzione e tratta di esseri umani.

Negli ultimi due anni, la Georgia ha compiuto i progressi necessari e ha soddisfatto tutti i parametri di riferimento stabiliti nel piano d'azione sulla liberalizzazione dei visti. Pertanto, valuto positivamente la decisione di esentare dal visto i cittadini georgiani che viaggiano nell'Unione europea.

**Νότης Μαρτιάς (ECR).** – Κύριε Πρόεδρε, την ώρα που η Ελλάδα και η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετωπίζουν τεράστιες προσφυγικές και μεταναστευτικές ροές η Ευρωπαϊκή Ένωση, αποφασίζει να απαλλάξει από την υποχρέωση θέωρησης τους πολίτες της Γεωργίας που ταξιδεύουν στην Ευρωπαϊκή Ένωση για σύντομο χρονικό διάστημα. Βεβαίως η απόφαση κατάργησης της βίζας οδηγεί τη Γεωργία ένα βήμα πιο κοντά στην ευρωπαϊκή της πορεία. Όμως, για να συμβεί αυτό, πρέπει να διασφαλιστεί ότι η Γεωργία σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα, το κράτος δικαίου και τα δικαιώματα των μειονοτήτων. Δεν θα πρέπει να ξεχνούμε ότι στη Γεωργία υπάρχει ελληνική μειονότητα που επί εκατοντάδες χρόνια ζει και εργάζεται σε αυτή τη χώρα. Καλούμε λοιπόν τις αρμόδιες αρχές της Γεωργίας να σεβαστούν πλήρως τα δικαιώματα της ελληνικής μειονότητας και επιπλέον να μεριμνήσουν ούτως ώστε να παραδοθούν στους Έλληνες Πόντιους τα σπίτια τους, τα οποία, δυστυχώς, έχουν καταληφθεί παράνομα από τρίτους.

**Petras Auštrevičius (ALDE).** – Mr President, I think that today we have an excellent reason to congratulate both the European Union and Georgia. Let's be frank: Georgia has made a great step forward towards Europeanisation. We have to admit that Georgia's progress in many areas, such as the fight against corruption, the judiciary, better border control, and producing better passports for its own citizens, is self-evident. But of course Georgia has not completed everything and I wish Georgia all the best on its way.

But, colleagues, let us again be frank. We have even better reason to congratulate the European Union, since today the European Union is building a partnership and not a wall, as unfortunately some countries are doing in today's world. I am very hopeful that Ukraine will follow suit and that we will in a short time approve the decision on visa liberalisation for Ukraine.

**Kinga Gál (PPE).** – Elnök Úr, Georgia sikeresen teljesítette a számára meghatározott feltételeket, ezzel is demonstrálva elkötelezettségét az Unióval kialakítandó szorosabb kapcsolatok mellett. Ezzel a maga részéről mindent megtett a vízumkötelezettség eltörléséhez. A felfüggesztési mechanizmus a visszaélések elkerülésére megszületett, ezért most az Unión a sor az ígéreteinek betartására. Az Unió szavahihetősége a tét, ha a vízummentesség megadása tovább halogatódik, ez a terség felé rossz geopolitikai üzenetet közvetítené. Számunkra a kezdetektől fogva prioritást élvez, Magyarország számára is, hogy az Európai Unió Georgiát felvegye a vízummentes országok listájára. Személyes meggyőződésem is az, hogy a biometrikus útlevelel rendelkező grúz állampolgárok már jó ideje vízummentesen kellene, hogy utazzanak.

Ugyanúgy, ahogy az ukrán állampolgárok is. Hiszen Ukrajna – Georgiához hasonlóan – kiérdemelte a vízummentességet. Minden uniós feltételt teljesített, a kettős mérce nem indokolt.

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Pane předsedající, já podporuji zrušení krátkodobých víz pro Gruzii. Tato země je naším důležitým partnerem a také usiluje o přidružení do NATO. Gruzie splnila všechny podmínky, a jak tady řekl pan komisař, tak Evropská komise bude dál sledovat plnění podmínek pro to, aby trval bezvízový styk. My jsme přijali mechanismus pozastavení bezvízového styku, čili nemusí zde být obavy, že bychom v případě velkého nárůstu migrantů či velkého nárůstu žádostí o azyl nemohli bezvízový styk zastavit. Gruzie si prošla velmi složitým obdobím a myslím, že můžeme pográtulovat Gruzincům, že dosáhli svých cílů, je to pro ně důležitý signál, že se vyplatí bojovat a pokračovat i nadále v reformách. Já bych si přála, abychom dosáhli stejného pokroku a stejného úspěchu v liberalizaci víz s - Ukrajinou.

(Koniec zglaszeń z sali)

**Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission.** – Mr President, honourable Members of Parliament, let me start by expressing my thanks for this debate. I am really glad at the end of this session that there is a large consensus in this House on the need to keep the promises the European Union has made to the people of Georgia. The Georgian Government has indeed worked very hard to fulfil all the benchmarks of the Visa Liberalisation Action Plan, and I would like to commend and praise once again the government for its commitment.

Should there be any problems after visa liberalisation, the revised suspension mechanism is there to deal with that. We will continue to monitor the situation. There is no need to delay this important file any further. Let us proceed with the voting on the report by Ms Gabriel, which will bring us one step closer to the conclusion of the whole procedure to grant visa-free travel for the citizens of this great country.

**Мария Габриел, докладчик.** – Г-н Председател, г-н Комисар, искам най-напред да благодаря на колегите за подкрепата и за ясните послания. Благодаря Ви, г-н Комисар, за постоянния диалог и доброто сътрудничество по нелеката работа по това досие. Искам да кажа само две неща. Одобрението днес за безвизово пътуване на грузинските граждани не е жест. То е признание, то е и предизвикателство. Признание за свършеното от грузинските власти, признание за отстояването на общите ни европейски демократични ценности и от грузинските граждани.

Днешният вот е и предизвикателство. Предизвикателство да продължим да задълбочаваме партньорството си с Грузия, предизвикателство за нашите културни, икономически и политически връзки. Затова призовавам Съвета максимално бързо да финализира процедурата, за да може преди края на месец март да изпълним ангажмента си.

Още веднъж, когато говорим за визи, нека винаги не забравяме, че говорим за гражданите. Дължим им го в името на нашите общи споделени ценности, в името на нашата обща сигурност, в името на нашето общо бъдеще. Сега трябва да преминем и към последния етап на процедурата.

**Przewodniczący.** – Mam poczucie, że wziąłem udział w historycznej debacie. Cieszę się, że ją prowadziłem. Pozdrawiam naszych gruzińskich przyjaciół na galeriach dla publiczności.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 2 lutego 2017 r.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Ivan Jakovčić (ALDE), napisan.** – Gruzija je važan trgovinski partner EU-a, te ključni akter u pogledu sigurnosnih izazova u području Istočnog partnerstva. Upravo radi toga, potrebno je osnažiti načelo po kojem svaka zemlja koja je uspješno zadovoljila sva mjerila može ostvariti koristi liberalizacijom viznog režima, ali kriteriji koji su doveli do liberalizacije moraju se sustavno poštovati. Gruzija je postigla očite napretke u provedbi akcijskog plana za liberalizaciju viznog režima (VLAP), te uspjeh u pogledu dostizanja potrebnih mjerila. Takvo što donosi znatne prednosti i za gruzijske građane. Iako je Gruzija zemlja stabilne demokracije, koja je pokrenula konkretne mjere u borbi protiv organiziranog kriminala, uključujući trgovinu ljudima, terorizam i korupciju, potrebno je dodatno pojačati napore koji se ulažu u ostvarivanje napretka u području slobode medija, neovisnosti pravosuđa te pravednog provođenja izbora.

**Urmas Paet (ALDE), kirjalikult.** – Gruusia on juba mõnda aega valmis viisavabaduseks ELiga ning on hea, et Euroopa Parlament selle heaks kiitis. Viisavabadus aitab kaasa inimestevaheliste kontaktide loomisele ning ka majandussuhete edendamisele. Loodetavasti saame üsna pea edasi liikuda ka Ukrainale viisavabaduse kehtestamisega.

**Tibor Szanyi (S&D), írásban.** – Az Európai Unió szomszédspolitikájának fontos eleme a Keleti Partnerség, amely központi szerepet játszik az EU keleti határán húzódó térségek stabilitását és demokratizálását célzó törekvéseinkben. Figyelemmel arra is, hogy ez egyaránt szolgálja az érintett partnerek és az EU tagállamai érdekét, a Grúziával kötött társulási megállapodás végrehajtása, ennek keretében pedig a vízumliberalizációs akcióterv teljesítése érdekében végzett közel öt éves intenzív munka alapján Grúziát szomszédspolitikánk egyik sikertörténeteként értékelhetjük. A vízummentes utazás lehetősége – amelyet egyébként a grúz fél már korábban egyoldalúan biztosított az uniós állampolgárok számára – a lakossági kapcsolatok és üzleti lehetőségek új területeit nyithatja meg.

Természetesen nem lehet szem előtt téveszteni, hogy az Európai Unió a Grúziából kivándorolni szándékozók legkedveltebb célpontja, de a megelőző parlamenti viták és az előterjesztés alapján úgy vélem, a megállapodásban előírányzott monitoring és felfüggesztési mechanizmus kellő biztosítékot nyújt az esetleges visszaélésekkel szemben. Megjegyzem, hogy az EU szempontjából kedvező értékelés ugyanígy vonatkozik a grúz esettel gyakorlatilag párhuzamosan tárgyalt ukrán EU-vízumliberalizáció megítélésére, amelynek sikeres végrehajtása minkét partnerünk számára az európai értékekhez és demokratikus struktúrákhoz való kapcsolódás fontos állomását jelenti.

**Janusz Zemke (S&D), na piśmie.** – Popieram wspólny wniosek Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie zwolnienia obywateli Gruzji z wymogu posiadania wiz wewnątrz Unii Europejskiej, jeżeli posiadają oni paszporty biometryczne. Pamiętajmy, że Gruzja uczyniła pierwszy krok, znosząc obowiązek wizowy dla obywateli wszystkich państw UE, w przypadku gdy ich pobyt na terytorium Gruzji nie przekracza 90 dni. Przyjęcie podobnych środków w stosunku do obywateli Gruzji będzie ważnym instrumentem zacieśniania kontaktów kulturalnych i gospodarczych z tym państwem. Gruzja jest kluczowym partnerem UE w ramach wspólnej polityki sąsiedztwa. Powinno nam zależeć na stopniowym zbliżaniu UE i Gruzji. To rozwiązanie będzie istotne zwłaszcza dla studentów, naukowców, nauczycieli i przedsiębiorców. Równocześnie jednak UE powinna monitorować sytuację w Gruzji, podkreślając znaczenie praworządności i niezawisłości sądownictwa w tym państwie.

#### 4. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (Aussprache)

**Przewodniczący.** – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Tadeusza Zwiefkę w imieniu Komisji Prawnej zawierające zalecenia dla Komisji w sprawie transgranicznych aspektów adopcji (2015/2086(INL)) (A8-0370/2016).

**Tadeusz Zwiefka, sprawozdawca.** – Pani Komisarz! Koleżanki i Koledzy! Kiedy rozpoczynaliśmy pracę nad tym sprawozdaniem w Komisji Prawnej, zadawaliśmy sobie jedno zasadnicze pytanie: jaki tak naprawdę jest cel procedury adopcyjnej? Odpowiedź była prosta i jasna dla wszystkich: tym celem jest stworzenie dobrego, przyjaznego, kochającego środowiska dla właściwego rozwoju dziecka. Dobro dziecka jest podstawowym celem, dla którego przeprowadza się procedury adopcyjne. Zgoda co do tego stwierdzenia stanowiła bardzo dobry punkt wyjścia do dyskusji nad treścią sprawozdania, które finalnie podzieliłem na dwie części.

W części pierwszej omawiamy różne aspekty procedur adopcyjnych. Wydaje się, że mimo ich ulepszenia z każdym rokiem, wciąż występują poważne braki, wciąż są znaki zapytania, które wymagają odpowiedzi. Dlatego apeluję o stworzenie choćby minimalnych standardów, które pozwoliłyby we wszystkich państwach członkowskich Unii Europejskiej postępować według tych samych zasad. Jakie są te minimalne standardy? Przede wszystkim uszanowanie podmiotowości dziecka. Dziecko jest indywidualnym człowiekiem, nie stanowi niczyjej własności. Zatem w procedurze adopcyjnej w przypadkach, w których jest to już możliwe, należy wysłuchać dziecka przed podjęciem decyzji. Trudno sobie także wyobrazić, aby decyzje o adopcji były podejmowane bez wysłuchania rodziców biologicznych, jeśli oni żyją, bez ich zgody wręcz czy też przed wyczerpaniem linii proceduralnej, jeśli chodzi o pozbawienie biologicznych rodziców władzy rodzicielskiej. Takich kwestii jest wciąż bardzo dużo.

Mówiliśmy także o tym, jak funkcjonuje konwencja haska z 1993 r. o adopcji międzynarodowej. To jest ważny instrument, bardzo ważny dokument, ale reguluje on tylko te adopcje, które przeprowadzane są w aspekcie transgranicznym. Nie mówi natomiast o tym, jak powinniśmy sobie pomagać w przypadku adopcji krajowej. Poruszam także w moim sprawozdaniu zagadnienie szkoleń sędziów oraz pracowników ośrodków adopcyjnych, którzy zajmują się tą tematyką, tak by procedury były zbliżone, byśmy w podobny sposób podchodzili do kwestii dobra dziecka. Chcę bardzo wyraźnie zaznaczyć, że w całym sprawozdaniu nie ma ani jednego słowa o tym, by zmieniać prawo rodzinne materialne. Doskonale wiemy, że należy to do wyłącznych kompetencji państw członkowskich, i tak powinno pozostać. Natomiast tam gdzie jest to możliwe, powinniśmy wspólnie tworzyć takie procedury, które pozwolą zapewnić dobro dziecka w jeszcze bardziej odpowiedni sposób.

Stąd w drugiej części mojego sprawozdania przedstawiam propozycję legislacyjną: zwracam się do Komisji Europejskiej o przygotowanie wniosku w sprawie rozporządzenia Rady dotyczącego uznawania adopcji krajowych. Adopcje krajowe, przeprowadzane według prawa krajowego, mają miejsce w sytuacjach, w których zarówno rodzice adopcyjni, jak i adoptowane dziecko przebywają, mieszkają w tym samym kraju, są obywatelami tego samego państwa. Kiedy przemieszczą się do innego kraju, te procedury muszą być powtarzane. Stanowi to oczywiście kłopot finansowy i czasowy oraz powoduje niepewność prawną. Dlatego wprowadzenie automatycznego wzajemnego uznawania orzeczeń o adopcji krajowej pozwoliłoby tę sytuację zmienić i poprawić. Wnoszę także o przygotowanie wielojęzycznego poświadczenia o adopcji na wzór poświadczenia spadkowego, które przyjęliśmy dwa lata temu i które świetnie funkcjonuje.

**Věra Jourová**, *Member of the Commission*. – Mr President, the protection and promotion of children's rights is a real priority for the Commission. We must ensure that the rights of those who are in particularly difficult situations, such as the victims of abduction or children in migration, are fully respected and promoted. For instance the proposal for the recast of the Brussels IIA Regulation, which was adopted last year on 30 June, strengthens the rights of the child. It introduces a new obligation concerning the hearing of children and specific measures to enhance the efficiency of return proceedings in cases of parental abduction.

I would like to thank Mr Zwiefka for his comprehensive report. I fully support the call on Member States to strengthen mutual trust and administrative cooperation between them on this important matter. Training for legal practitioners working in the field of cross-border adoption is essential in this respect. The Commission is ready to co-finance relevant projects proposed by interested Member States and stakeholders in line with the current financial framework. The Commission is aware that the lack of recognition of adoption orders between Member States may entail problems both for the parents and, especially, for the child, but we lack updated data on this. The Commission did a study on the subject back in 2009 which was discussed at a joint conference with the Council of Europe in the very same year. However, that study did not provide the Commission with data, as Member States either did not keep statistics or simply did not want to share them. We are aware that adoptive parents may encounter problems when they move to another Member State and that the adopted children's civil status may be questioned.

But let me be clear: this is a very sensitive area of law and, for any legislative proposal in the area of family law to be adopted, we need unanimity in the Council. You mentioned yourself that family law is a domain for the Member States. Any initiative on the recognition of adoption orders at EU level therefore needs to be very strongly evidence-based. For instance, how many cases of lack of recognition are we talking about? What are the key aspects invoked when recognition is challenged? How are Member States dealing with such cases?

Currently, preliminary work and consultation regarding a possible initiative on the recognition of domestic adoptions are being carried out at international level in the context of the Hague Conference on Private International Law. Further developments within the Hague Conference can help clarify the depth and extent of the problem and the willingness of Member States to deal with it at international level, as well as any need for corresponding action at EU level. I am following this issue closely and will keep Parliament informed. In parallel, we will continue to support Member States on this.

**Νότης Μαρίας**, *Συντάκτης της γνωμοδότησης της Επιτροπής Αναφορών*. – Κύριε Πρόεδρε, θέλω κατ' αρχάς να ευχαριστήσω τον εισηγητή για τις απόψεις τις οποίες εξέφρασε. Το θέμα των διασυνοριακών πτυχών των υιοθεσιών έχει απασχολήσει πάρα πολλές φορές την Επιτροπή Αναφορών, όπου έχουμε συζητήσει το ζήτημα αυτό και το θεωρούμε πάρα πολύ σημαντικό. Το τελευταίο διάστημα, έχουν προκύψει σημαντικά ζητήματα σε σχέση με τις διασυνοριακές υιοθεσίες που απαιτούν διαφορετική αντιμετώπιση εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Επιτροπής. Κατ' αρχάς, πρέπει να εξασφαλίσουμε ότι όλες οι αποφάσεις υιοθεσίας θα εκδίδονται αποκλειστικά με γνώμονα το συμφέρον του παιδιού για ένα καλύτερο αύριο. Γι' αυτό και είναι σημαντικό, αναλόγως της ηλικίας και της ωριμότητας του παιδιού, να λαμβάνεται πάντοτε υπόψη η γνώμη του ίδιου του παιδιού. Ταυτόχρονα, πρέπει να καταβάλλεται κάθε δυνατή προσπάθεια ώστε να μην χωρίζονται τα αδέρφια και να διατηρείται η ταυτότητα του ίδιου του παιδιού. Επιπλέον, είναι απαραίτητο να αναληφθεί ευρωπαϊκή νομοθετική δράση προκειμένου να διευκολυνθεί η διασυνοριακή αναγνώριση αποφάσεων υιοθεσίας και να σταματήσουν οι υπερβολικές γραφειοκρατικές διατυπώσεις μεταξύ των κρατών μελών. Τέλος, οι πολιτικές λιτότητας και περικοπών είναι βέβαιο ότι έχουν αρνητικές επιπτώσεις στις ίδιες τις κοινωνικές υπηρεσίες, οι οποίες παίζουν σημαντικό ρόλο και σε σχέση με το αντικείμενο αυτό.

**Pavel Svoboda**, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, paní komisařko, problém přeshraničního uznávání osvojení je jedním z těch problémů, jejichž vyřešení přispívá ke zjednodušení života občanů EU. Mobilita evropských občanů je dnes faktem, který je třeba vzít na vědomí, a je potřeba vytvořit taková pravidla, která využívání svobody pohybu v rámci EU ulehčí, a nikoli ztíží.

Pokud se dnes vyslovujeme pro uznání jednotlivých rozhodnutí o osvojení v rámci celé Unie, netvoříme Evropu shora, ale reagujeme na již existující realitu, na neustálé sílí osobní vazby mezi Evropany, na vznikající evropský démos. Mechanismus, který umožní přeshraniční uznávání rozhodnutí o osvojení, aniž by přitom zasahoval do pravidel jednotlivých států upravujících vznik osvojení, je opatřením, které od EU její občané očekávají. Děkuji tedy kolegům z JURI, ale především zpravodaji Tadeuszi Zwiefkovi, že tuto zprávu tak výborně zpracoval.

**Virginie Rozière**, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier le rapporteur et l'ensemble des collègues pour l'excellent travail qui a été réalisé sur cette question.

Madame la Commissaire, vous disiez qu'il faut fonder toute action sur des faits, mais notre Parlement est régulièrement saisi de situations de familles qui sont confrontées à de très graves difficultés lorsqu'elles circulent dans l'Union européenne. Elles rencontrent d'énormes difficultés à faire reconnaître les liens familiaux et à vivre une vie de famille normale.

Dans ce domaine comme dans d'autres, je suis persuadée que l'Union européenne peut être la solution. Dans ce sens, le rapport propose des avancées importantes pour faire face à l'éclatement du paysage juridique des différents États membres de l'Union européenne.

Je pense qu'au-delà des réticences qui peuvent s'attacher à tels ou tels aspects, c'est l'intérêt supérieur de l'enfant et, tout simplement, le droit à vivre une vie familiale normale, qui doit guider notre action.

Je pense que la proposition de règlement qui est annexée à ce rapport est le meilleur instrument pour garantir une véritable sécurité juridique et sauvegarder efficacement les droits fondamentaux de ces familles, qui se trouvent confrontées à ces difficultés.

Ce règlement permettrait aux enfants qui se trouvent dans des situations fragiles d'être efficacement protégés contre les risques de traite ou d'adoption qui seraient préjudiciables, tout en permettant une vie de famille sereine dans les cas qui l'appellent.

Enfin, je me félicite qu'il soit fait une référence solide à l'article 21 de la charte des droits fondamentaux pour lutter contre toute forme de discrimination dans les procédures de reconnaissance d'adoption. C'est un objectif essentiel que nous devons défendre.

Étant donné que ce texte présente de véritables progrès pour les citoyens, je pense que lui nous apporterons dans ce Parlement un vote et un plein soutien et j'espère, Madame la Commissaire, que vous en tiendrez compte dans vos travaux futurs.

**Ангел Джамбазки**, *от илето на групата ECR*. – Г-н Председател, уважаеми колеги, говорим за предложение да се приеме регламент, който позволява автоматично признаване на съдебни решения за осиновявания, издадени в друга държава членка. Необходимо условие за приемането на правила, които позволяват автоматично признаване на тези решения, издадени в друга държава членка, е да се гарантира пълното зачитане на националните разпоредби относно обществената ред и на принципите на субсидиарност и пропорционалност.

Подкрепям засилването на съдебното сътрудничество в областта на основанията, тъй като наш дълг е да осигурим възможно най-доброто за най-уязвимите в обществото. Съгласен съм с докладчика, г-н Звевка, че Регламент (ЕО) № 2201/2003 на Съвета относно компетентността и родителската отговорност не отговори на въпроса за признаване на осиновяванията и че предложеното законодателство би могло да допълни съществуващата регулация, запълвайки празнината в законодателството на признаване на осиновения в съответствие с международното право. Специално се позовавам на Хагската конвенция от 1993 г.

В съответствие с член 81, параграф 3 от Договора за функционирането на Европейския съюз съм съгласен, че Съветът, използвайки правото си на дерогация, може да създаде някои мерки, свързани със семейното право, които имат трансгранично значение. Единствената оправдана цел е формулирането на общо семейно право за европейски граждани, живеещи в различни страни на Съюза или които са се преместили в друга страна, така че да не се сблъскват с излишни и неоправдани пречки. Новият регламент обаче изисква да се приеме предварително от всяка една от държавите, дори и тези, които нямат нищо общо с казуса.



Въпреки това има и друг аспект, който е важно да бъде спазван, тъй като се отнася до суверенитета в областта на семейното право на държавите. Съгласно член 6 от проекта за регламент признаването и разпореждането за приемане, направени в държавата членка, могат да бъдат отказани, само когато правилата за компетентност не са спазени или приемането противоречи на обществения ред в държава членка. Ето защо всяка крайна намеса на ЕС в националната политика на държавите е неоправдана по тази тематика. Такъв е случаят и с моето предложение, в който е използван най-силният инструмент – регламентът.

**Jean-Marie Cavada**, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, je veux remercier M<sup>me</sup> Jourová et le rapporteur, M. Zwiefka, qui a fait un travail extrêmement précis et de très bonne qualité.

Je ne vais pas faire un long discours pour souligner ce que mes collègues ont déjà dit. Je soutiens donc pleinement ce rapport, qui a pour objectif d'imposer aux pays de l'Union européenne la reconnaissance automatique des ordonnances qui seraient rendues dans un des pays de l'Union, de façon à faciliter la vie des parents adoptifs qui circulent dans l'Union européenne.

Il y avait, jusqu'à présent, une contradiction terrible: l'Union européenne avait réussi à régler la question de la libre circulation des marchandises, des capitaux, des hommes et des femmes, mais pas celle des enfants adoptés. Nous sommes sur le bon chemin et je voudrais dire que ce qui me touche dans ce rapport, c'est qu'il tient compte du bien supérieur de l'enfant.

Par conséquent, je soutiens pleinement et remercie le rapporteur et la proposition de la Commission.

**Κώστας Χρυσόγονος**, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, οι διασυνοριακές υιοθεσίες στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένα σημαντικό ζήτημα, το οποίο επηρεάζει τις τύχες χιλιάδων οικογενειών που προχώρησαν ή θέλουν να προχωρήσουν στην υιοθεσία παιδιού. Οι υπάρχουσες ρυθμίσεις όχι μόνο δεν εξασφαλίζουν την προστασία παιδιών και γονέων αλλά ουσιαστικά δημιουργούν εμπόδια στην ελεύθερη μετακίνησή τους ανάμεσα στα κράτη μέλη της Ένωσης καθώς σε πολλές περιπτώσεις απαιτούνται επαναλαμβανόμενες γραφειοκρατικές διαδικασίες που συχνά αποτρέπουν οικογένειες από τη μετακίνησή τους σε άλλο κράτος μέλος. Η προστασία των παιδιών οφείλει να αποτελεί προτεραιότητα όλων μας και η διασυνοριακή αναγνώριση των πιστοποιητικών υιοθεσίας συμβάλλει σε αυτόν το στόχο. Παρότι υπάρχουν επιμέρους ζητήματα προς επίλυση, θεωρώ ότι, γενικά, η έκθεση του έγκριτου συναδέλφου κ. Zwiefka κινείται σε πολύ θετική κατεύθυνση και πρέπει με βάση αυτή να προχωρήσουμε ώστε να βελτιωθούν οι διαδικασίες εξέτασης των υποθέσεων υιοθεσίας, να αρθούν τα εμπόδια που ταλαιπωρούν χιλιάδες Ευρωπαίους πολίτες και κυρίως να μην πληρώνουν τα παιδιά το τίμημα της έλλειψης συνεργασίας μεταξύ των κρατών.

**Pascal Durand**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, merci infiniment de me donner deux fois la parole, mais je n'en ferai pas un usage trop long.

Simplement, je voudrais tout d'abord remercier M. Zwiefka pour le travail qui a été accompli. Le sujet est un sujet difficile. Il touche parfois à la conscience, il touche aux règles de la famille, il touche donc au plus profond de ce qui constitue nos vies. M. Zwiefka a su trouver un terrain qui était un terrain d'intérêt supérieur. Il l'a dit, ce sont les mots qu'il a utilisés, et je veux les reprendre parce qu'ils justifient à la fois le rapport et le travail que nous avons fait tous ensemble, «l'environnement affectif» et «le bien-être de l'enfant». Merci, Monsieur Zwiefka, d'avoir fondé votre rapport sur ces deux notions: elles résument, effectivement, la position et le travail qui ont été les nôtres.

Cela a été dit – je ne le répéterai pas –, nous sommes là en présence d'un appel du cœur, pour faire en sorte que les enfants ne subissent pas, à travers l'Union, la disparité entre certaines législations. C'est là le travail que nous avons accompli. La reconnaissance automatique, Madame la Commissaire, est nécessaire. Et, effectivement, M. Cavada l'a dit à juste titre, nous ne pouvons pas avoir une libre-circulation pour les marchandises, une libre-circulation pour la finance et ne pas avoir, pour les enfants, cette même reconnaissance réciproque au sein de l'Union.

Je tenais donc à apporter mon soutien le plus vif à M. Zwiefka et à son rapport, et à remercier l'ensemble de mes collègues pour leur travail, en insistant auprès de M<sup>me</sup> la Commissaire pour que l'intérêt supérieur des enfants soit pris en compte au sein de l'Union.

*(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))*

**Doru-Claudian Frunzulică (S&D)**, *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, cher collègue, je crois en effet que l'objectif principal est de promouvoir les droits de l'enfant et c'est également l'objet de ma question.

Ne croyez-vous pas que les procédures pour l'adoption sont très longues? Aussi, je pense qu'il est nécessaire d'intensifier la coopération entre les autorités nationales pour aboutir à la mise en œuvre de cet important rapport.

**Pascal Durand (Verts/ALE)**, *réponse «carton bleu»*. – Il n'y a pas de difficultés ni de désaccord entre nous. Oui, les procédures sont trop longues et nous essayons de faire en sorte qu'un espace juridique européen fasse qu'il y ait ce qu'on appelle l'exequatur, c'est-à-dire, en gros, qu'un État reconnaisse une adoption qui a eu lieu dans un autre État au sein de l'Union.

Cela existe pour un certain nombre d'autres droits et il faut que le droit de l'adoption en fasse partie, mais dans un contexte qui est particulier – je l'ai dit, ça touche parfois la conscience des gens. Il ne faut pas que l'enfant soit victime des disparités juridiques au sein de l'Union. C'est tout l'objet du rapport de M. Zwiefka, donc je pense que nous sommes d'accord pour mettre un terme à ces longues procédures.

**Jane Collins**, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, adoption is a wonderful alternative for otherwise unwanted children, or a child that's left in an unsafe environment. But what concerns me about this report is that it's another power grab by Brussels over the jurisdiction of family law. In the UK, there are strict laws about family courts, including the privacy of proceedings for what is and always will be a very emotive subject. But what I fear, with this latest demand for 'more Europe', is that the best interests of the child may be put second to the EU's desire for more and more power. And what happens if it is a disputed adoption? If the grandparents want to adopt? Or one parent is actually fighting the case? How will that work if the child is taken across another country's border, into another culture, or maybe where the child will be brought up speaking a different language? I believe that we all should be encouraging families to be strong and cohesive units, which is the best environment for bringing up a child, surely. We should not be making it easier for families to be torn apart.

*(The speaker refused to take a blue-card question under Rule 162(8))*

In this Parliament, a great deal of disrespect was shown to my colleague, Nigel Farage. Unfortunately, until our colleagues can show each other respect, I'm afraid I won't take any more blue cards.

**Gilles Lebreton**, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, l'adoption internationale est un problème délicat qui nécessite de trouver un équilibre entre, d'une part, la prise en compte de l'intérêt des enfants et des familles, et, d'autre part, le respect de la souveraineté des États.

La convention de La Haye du 29 mai 1993 a réussi à réaliser cet équilibre délicat.

Faut-il dès lors se risquer à aller plus loin? C'est ce que pense le rapport Zwiefka.

Tout en reconnaissant les bonnes intentions de ce rapport, j'estime qu'il privilégie trop l'intérêt des enfants et des familles au détriment de la souveraineté des États.

Il étend en effet l'obligation de reconnaissance automatique aux adoptions nationales, ce qui me paraît imprudent, car si on n'y prend pas garde, cela risque d'obliger les États à reconnaître la validité des adoptions faites par des couples de même sexe ou encore des adoptions réalisées à la suite de gestation pour autrui. Or, beaucoup d'États européens n'admettent pas la validité de telles adoptions.

Le rapport préconise en outre la création d'un certificat d'adoption européen qui me semble s'immiscer de façon excessive dans les compétences des États membres.

Pour ces raisons je suis défavorable à ce rapport.

*(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))*

**Tadeusz Zwiefka (PPE)**, pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Szanowny Kolego Lebreton! Chciałbym tylko zapytać, jak to możliwe, że z jednej strony akceptuje Pan konwencję haską z 1993 roku regulującą tylko i wyłącznie adopcje o charakterze transgranicznym, międzynarodowym (przeciwko którym zresztą później się Pan trochę nielogicznie wypowiada), a nie chce Pan się zgodzić na poszanowanie decyzji adopcyjnej wydanej w kraju. Państwo przecież zawsze zabiegają o to, żeby szanować krajowe systemy prawne. I o to właśnie chodzi w tym sprawozdaniu, żeby szanować krajowy system prawny.

**Gilles Lebreton (ENF)**, réponse «carton bleu». – Vous avez imaginé en effet, quelques garde-fous dans votre rapport, notamment la réserve de l'ordre public national. Le problème, voyez-vous, c'est que je sais très bien comment fonctionne l'Union européenne. Dans un premier temps, elle se contente d'un texte modéré et puis au bout de plusieurs années, on nous expliquera qu'il faut davantage d'intégration et vos réserves, cher collègue, sauteront.

**Rosa Estaràs Ferragut (PPE)**. – Señor presidente. Presentamos hoy una propuesta de Resolución más un anexo que lo que pretende es llenar un vacío legal y dar recomendaciones detalladas y muy concretas para la elaboración de un Reglamento que pueda llenar este vacío legal y pueda abordar el reconocimiento transfronterizo de las adopciones. Qué duda cabe de que las familias, hoy, en Europa, se mueven y, en muchos casos, estas familias tienen hijos adoptados. En algunos países no hay problemas, pero en otros sí hay problemas, porque para que haya un reconocimiento entre el adoptado y el adoptante se necesita establecer, en algunos países, un procedimiento judicial adicional. Eso genera inestabilidad en las familias y eso va contra todos los derechos del niño y contra la propia Convención de La Haya.

Por lo tanto, lo que se pide aquí, yo creo que con mucho acierto —y nuestro ponente Tadeusz Zwiefka, ha sido, yo creo, un gran empuje para que esto pueda ver la luz— es un marco jurídico claro que dé seguridad jurídica, que proporcione a las familias de los niños una familia estable. Y para eso se proponen unas normas mínimas en adopción, se propone mayor cooperación, se propone, también, que se respete la Convención de La Haya, porque todos la han firmado, pero luego en la ejecución hay problemas. Y, por último, que sea automático este reconocimiento transfronterizo de las adopciones.

**Evelyn Regner (S&D)**. – Herr Präsident! (*Die Rednerin spricht ohne Mikrofon.*) ... darum. Und dementsprechend ist der Vorschlag der Kommission und vor allem die von Herrn Zwiefka als Berichterstatter geleistete Arbeit ausdrücklich anzuerkennen. Wir müssen als Europäische Union eine Union der Bürgerinnen und der Bürger sein. Das heißt auch, unnötige bürokratische Hürden aufgrund mangelnder Zusammenarbeit der nationalen Behörden abzubauen. Es geht darum, eben aus Gründen des Kindeswohls Adoptionen möglichst leicht zu ermöglichen und all diese Hürden dementsprechend zu beseitigen.

Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass wir im Jahr 2017 angekommen sein sollten, und daher noch einmal darauf hinweisen, dass wir als Europäisches Parlament endlich dafür sorgen sollten, dass lesbische und schwule Paare in ganz Europa in diesem Zusammenhang die gleichen Rechte haben. Nochmals: aus Gründen des Kindeswohls.

**Jiří Maštálka (GUE/NGL)**. – Pane předsedající, paní komisařko, zabýváme se tématem přeshraničních aspektů osvojení. Chtěl bych nejprve poděkovat zpravodaji za skvěle odvedenou práci a vyjádřit mu plnou podporu. V současnosti neexistují žádná evropská ustanovení pro uznávání vnitrostátních rozhodnutí o osvojení. To vytváří značné problémy pro evropské rodiny, které se poté, co si osvojily dítě, přestěhovaly do jiného členského státu. I jako lékař jsem přesvědčen, že rodinné prostředí vytváří nejlepší možné podmínky pro zdravý vývoj dítěte a jakékoliv jiné prostředí mu rodinu nikdy nedokáže plnohodnotně nahradit. Svazek, který osvojením vzniká, nahrazuje plnohodnotné vztah rodinný a to z právního, psychologického i společenského hlediska. Já doufám, že se nám podaří odstraňovat překážky přeshraničních aspektů osvojení a tím zároveň i snižovat množství dětí odkázaných na výchovu ve státních zařízeních.

**Anna Maria Corazza Bildt (PPE).** – Mr President, too many children in Europe are deprived of a family due to bureaucracy, and too often children live in a judicial limbo in which their rights are not recognised throughout the EU. And that is why I fully support your report, Tadeusz, calling for mutual recognition and common standards for adoption. We have to address fragmentation and hurdles in the EU and increase judicial cooperation between the Member States, including through the European e-Justice portal. We need common minimum standards to enable Member States to exchange good practices without prejudice to national laws on adoption.

That is important. Adoption procedures will remain a national competence as much as family laws, but too many families cannot fully enjoy the freedom of movement of the European Union, and I support the proposal for a regulation on automatic mutual recognition of cross-border adoption orders, to ensure that the rights of adopted children are recognised and respected across the EU. As a co-Chair of the Intergroup on Children's Rights in this Parliament, I am committed to make sure that the best interests of the child are recognised in all the adoption procedures.

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule președinte, subiectul adopțiilor a devenit o temă din ce în ce mai importantă odată cu creșterea mobilității persoanelor. Raportul vine cu o soluție propunând elaborarea unor standarde minime comune pentru adopții. Chiar dacă sunt considerate mai degrabă orientări de bune practici, toate părțile recunosc că orice hotărâre de adopție trebuie pronunțată exclusiv în interesul copilului și analizată în funcție de caracteristicile individuale. Raportul stipulează că, la nivel european, trebuie să li se ofere dreptul părinților biologici să recurgă la toate căile de atac legale, înainte să înceapă procedurile de adopție. Astfel, unele probleme apărute între statele membre sau chiar cu țările terțe ar putea fi tratate mai transparent și s-ar asigura măsuri care să protejeze copiii. În aceste condiții, cazuri precum cele ale familiei Barbu din Marea Britanie sau familiei Bugnariu dintr-o țară terță precum Norvegia vor fi tratate cu o mai mare claritate, cu atât mai mult cu cât raportul indică necesitatea ca autoritățile consulare competente să fie permanent informate cu privire la orice decizie de adopție propusă în ceea ce privește un copil care este cetățean al unui alt stat membru, dar cel mai important este că drepturile copiilor vor fi protejate.

**Ángela Vallina (GUE/NGL).** – Señor presidente, en la Comisión de Peticiones de este Parlamento hemos recibido estos años más de trescientas peticiones de particulares, de personas que sufrían problemas con la adopción de menores, y en muchos casos solo porque un país no reconoce la adopción dictaminada por un juzgado o una administración de otro país. Por eso, hoy estamos contentos de aprobar esta Resolución que va a exigir al Consejo una herramienta jurídica necesaria.

Pero, sin embargo, también echo en falta que no hablemos de los nuevos modelos de familia que existen y que además no se pueden ocultar. Echo en falta valentía para hablar de las adopciones por parejas del mismo sexo o por personas solteras, por poner ejemplos.

Se trata, en definitiva, con esto, de avanzar y de cimentar una Europa de los derechos civiles y sociales. No, desde luego, de las fronteras, de las burocracias o de la discriminación.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Pane předsedající, já velmi vítám tuto zprávu. O otázce přeshraničního osvojení se v Evropské unii debatuje již mnoho let. Pamatuji si na debatu v roce 2009, kdy Česká republika předsedala EU, a tehdy jsme vedli debatu, jestli upravit jedno evropské právo, jednu evropskou adopci nebo postavit naopak dopředu princip vzájemného uznávání. Já považuji za správné, že nakonec zvítězila myšlenka vzájemného uznávání, která v zásadě neposiluje princip evropské integrace rodinného práva, ale naopak věří v to, že jednotlivé státy jsou schopny v rámci své jurisdikce provádět adopce správně. Takže já myšlenku velmi vítám, je podle mého názoru kompromisem mezi těmi, kteří chtějí zefektivnit přeshraniční aspekty adopcí na jedné straně, a těmi, kteří nechtějí jednotné evropské rodinné právo. Ta oprava je správná a gratuluji panu zpravodaji a doufám, že v praxi bude fungovat.

**Nicola Caputo (S&D).** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'interesse superiore del bambino è connotato nel rispetto dei suoi diritti fondamentali, di cui si può avere reale contezza solo se si è in grado di invertire la prospettiva cambiando l'angolo visuale dall'adulto al bambino. Agevolare questa capacità è compito delle istituzioni e di tutti gli attori sociali, in primis la famiglia.

Nelle adozioni internazionali – che sono un incontro di affetti, ma anche di culture profondamente diverse – il nucleo protettivo familiare si sviluppa con un rapporto trilatero: minore, genitore adottivo e biologico, con peculiari elementi di estraneità tipici del diritto internazionale privato. Nell'adozione transfrontaliera poi si nascondono incertezze giuridiche più grandi a causa innanzitutto delle differenti procedure di riconoscimento nazionali e della divergenza dei principi guida.

L'unico rimedio e punto di riferimento primario per qualsiasi procedura di adozione transfrontaliera resta quindi il rispetto sostanziale e non formale dell'articolo 21 della Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti del fanciullo.

**Γεώργιος Επιτήδειος (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, η ανάγκη απόκτησης παιδιών από διάφορες οικογένειες πολλές φορές καλύπτεται μέσω της υιοθεσίας παιδιών από χώρες διαφορετικές της χώρας των γονέων. Επειδή κάθε παιδί έχει το δικαίωμα να ζει σε περιβάλλον αγάπης, στοργής και φροντίδας, θα πρέπει η διεθνής υιοθεσία να διέπεται από κανόνες που εξασφαλίζουν ένα ελάχιστο δεδομένο και εφαρμόζονται, ει δυνατόν, από όλες τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Οι τυπικές διαδικασίες αυτής της υποθέσεως δεν είναι το κυρίαρχο στοιχείο. Το βασικό στοιχείο είναι να δοθεί η δυνατότητα στο παιδί να μεγαλώσει ισορροπημένα και αρμονικά και γι' αυτό οι οικογένειες που αναλαμβάνουν υιοθεσία πρέπει να επιδεικνύουν την απαιτούμενη σοβαρότητα και τον αναγκαίο σεβασμό απέναντι στο παιδί. Τέλος, θέλω να επισημάνω ότι, για να μεγαλώσει ένα παιδί σωστά και να μην έχει ψυχολογικά προβλήματα, θα πρέπει να μεγαλώσει σύμφωνα με τους νόμους της φύσεως, με τους δύο γονείς, και με τη μητέρα και με τον πατέρα, και να μην αποτελεί υιοθεσία ενός παιδιού μέσον ικανοποίησης νοσηρών σκοπιμοτήτων και διαφόρων μη επιτρεπομένων εμμονών.

**Věra Jourová, Member of the Commission.** – Mr President, honourable Members, giving priority to the interests of the child may be found in international law and in Member States' law, and to that end it is necessary to consider two things: that these interests be properly translated into the procedural rules, because they should not be unnecessarily bureaucratic and lengthy; and also how they are applied.

That is why I am in favour of doing much more in conjunction with the Member States, for instance in the field of training of judges and professionals. The Commission will consider adding this as a new topic amongst other topics: where we train judges on victims' rights, procedural safeguards for children, Brussels IIA, etc., this could also be covered. So this is my commitment to you from today's discussion.

On the new legislation: family law is the domain of the Member States. We must be very careful here because these are emotional and sensitive topics; unanimity is required for a very good reason. So we will consider this call for legislation, but, as I said before, it must be evidence-based, there must be a test of whether this is a severe pan-European problem; whether there is strong demand from the Member States that we have a European solution; and the third important thing is whether the European Union has any legal competence to regulate on this.

**Tadeusz Zwiefka, sprawozdawca.** – Panie Przewodniczący! Króciutko: chciałbym bardzo serdecznie podziękować wszystkim koleżankom i kolegom, którzy zabrali głos w czasie dzisiejszej debaty, pokazującej jednoznaczne poparcie dla takiego właśnie podejścia do procedur adopcyjnych. Procedur szalenie ważnych, bowiem mówimy o naszych dzieciach, o naszej przyszłości. Zagwarantowanie dobra dziecka, jego prawidłowego rozwoju jest naszym absolutnym obowiązkiem i priorytetem.

Przy całym szacunku dla przepisów zawartych w konwencji haskiej z 1993 r. o międzynarodowej adopcji dzieci, tam jest mowa tylko i wyłącznie o adopcjach międzynarodowych. Sprawozdanie, nad którym dzisiaj będziemy głosowali w naszej Izbie mówi o uznawaniu krajowych orzeczeń adopcyjnych, i to jest zasadnicza różnica. W tym obszarze nie mamy żadnych regulacji. Stąd moja propozycja, poparta bardzo szeroko podczas dzisiejszej debaty i wychodząca naprzeciw oczekiwaniom rodziców, by ich przenoszenie się do innego państwa członkowskiego nie komplikowało życia, w przypadku gdy towarzyszą im adoptowane dzieci.

Bardzo serdecznie dziękuję wszystkim, którzy razem ze mną pracowali nad tym sprawozdaniem. Nietrudno sobie wyobrazić, ile różnych kwestii można by było poruszyć w takim sprawozdaniu, ale dziękuję za to, że koleżanki i koledzy zechcieli skupić się na pracy w zakresie, który jasno określiłem na początku, że nie wrzucaliśmy do tego sprawozdania kwestii, które nie mogą się w nim pomieścić. Dziękuję bardzo raz jeszcze za debatę oraz za obietnicę ze strony Komisji, że będziemy przygotowywać kolejne rozporządzenia, które ułatwią życie naszym rodzinom.

**Przewodniczący.** – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 2 lutego 2017 r.

*Oświadczenia pisemne (art. 162)*

**Daniel Buda (PPE), în scris.** – Investiția în copii este o investiție în viitorul societății noastre, iar creșterea și educarea acestora în condiții decente și sigure trebuie să fie permanent în atenția tuturor, indiferent de locul în care se află. În acest context, vorbim despre adopțiile transfrontaliere și despre interesul superior al copilului în astfel de situații. Protecția copilului este prioritară în orice situație, iar în cazul adopțiilor cu caracter transfrontalier intervin o serie de factori care trebuie luați în seamă pentru a garanta protejarea intereselor copiilor. Susțin importanța elaborării unor standarde minime comune pentru adopții, dar și necesitatea unei mai bune cooperări în materie de justiție civilă în domeniul adopțiilor. Întrucât, la nivel european, nu există un cadru obligatoriu pentru recunoașterea hotărârilor de adopție pronunțate în urma unei proceduri naționale, se impune o acțiune legislativă, astfel încât dreptul cetățenilor europeni la viața de familie și la libera circulație să fie respectat în permanență. Comisia și Consiliul trebuie să identifice mecanisme care să garanteze protejarea intereselor copiilor, cetățeni europeni, și atunci când aceștia trăiesc în afara spațiului Uniunii Europene. Este extrem de important ca, în astfel de situații, copiii să aibă posibilitatea de a menține legătura cu fundalul cultural, de a învăța și de a folosi limba maternă.

**Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne** – Proces súvisiaci s osvojením či adopciou dieťaťa nie je jednoduchý. O jeho výsledku rozhoduje súd na základe návrhu žiadateľov. V prípade pozitívneho výsledku majú osvojiteľia pri výchove detí rovnakú zodpovednosť, práva a povinnosti ako biologickí rodičia. Nedorozumenia však môžu vzniknúť pri cestovaní, či sťahovaní sa s takýmito deťmi do iných krajín. V súčasnosti, bohužiaľ, neexistuje žiaden medzinárodný ani spoločný európsky rámec, ktorý by zabezpečoval automatické uznávanie vnútroštátnych rozhodnutí o osvojení. Výsledkom nebudú žiadne záväzné regulácie. Ide skôr o vypracovanie odporúčaní a najlepších postupov, podľa ktorých by takéto rodiny, napríklad pri presťahovaní sa do iného štátu v rámci Európskej únie, nemuseli dodatočne žiadať o uznanie už vydaného domáceho rozhodnutia. Odstránili by sa tým niektoré administratívne prekážky a posilnila ochrana práv detí, ako aj ich rodičov. Zjednodušilo by im to život a aspoň v tejto oblasti by boli uchránení od prípadných ďalších stresových situácií.

**Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto.** – In materia di adozioni sono ancora troppo numerosi gli ostacoli che si frappongono per i tanti casi transfrontalieri che toccano migliaia di famiglie. Con la relazione del collega Zwiefka si pongono sul tavolo misure che da tempo tanti cittadini europei aspettavano. Apprezzo lo sforzo fatto per suggerire proposte omogenee e comprensive: reputo anche io che introdurre un regolamento generale possa essere davvero uno strumento di grande efficacia. Mi preme in particolare evidenziare la previsione di norme minime comuni per le adozioni, fondate in particolare sulla convinzione che ogni provvedimento di adozione sia emanato puramente nell'interesse del bambino, e sia valutato in base alle specifiche caratteristiche di ciascun caso. Lo scambio di informazione tra le autorità consolari competenti in merito all'adozione di un bambino avente la nazionalità di un altro Stato membro sarebbe già un passo avanti concreto e di immediata applicazione, e auspico che la Commissione a partire da alcuni degli esempi suggeriti possa proporre norme rapide ed efficaci.

**Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na písme.** – Przestrzeganie art. 21 Konwencji ONZ o prawach dziecka powinno stanowić podstawę dla wszelkich procedur, działań i strategii dotyczących adopcji o charakterze transgranicznym. W tym kontekście należy poprawić dostęp obywateli do pełnych informacji na temat aspektów prawnych i procesowych adopcji krajowej w państwach członkowskich, co ułatwiłoby adopcję międzynarodową, zwiększając tym samym liczbę adoptowanych dzieci. Zgadzam się, że portal „e-Sprawiedliwość” mógłby być odpowiednim miejscem do wyszukiwania takich informacji. Uważam, że Komisja Europejska powinna przeprowadzić analizę skarg dotyczących adopcji transgranicznych bez zgody rodziców. Takie przypadki nie powinny mieć miejsca. Kiedy dziecko skierowane do adopcji jest obywatelem innego państwa członkowskiego, wydanie jakiegokolwiek decyzji powinny poprzedzać konsultacje z organami konsularnymi danego kraju oraz z rodziną dziecka tam zamieszkującą. Powinno się zachęcać europejskich rzeczników praw dziecka do bliższej współpracy i koordynacji w ramach współpracy w obrębie Europejskiej Sieci Rzeczników Praw Dziecka. Takie działania mogłyby obejmować udział w finansowanych przez UE projektach w dziedzinie szkolenia kadr wymiaru sprawiedliwości.

**Julia Pitera (PPE)**, *na písmie*. – Obecnie brak jest w Unii Europejskiej mechanizmu regulującego automatyczne uznawanie krajowych orzeczeń o adopcji wydanych w państwach członkowskich. Komplikacje mogą więc powstać w sytuacji, kiedy dziecko zostało adoptowane w systemie krajowym, a następnie rodzice podejmą decyzję o przeprowadzce do innego państwa członkowskiego. Wtedy takie rodziny mogą zostać zobligowane do poddania się dodatkowym, specjalnym procedurom uznania adopcji w innym państwie członkowskim lub nawet do ponownej adopcji dziecka. A jeśli adopcja nie zostanie uznana, oznacza to, że rodzice natrafią na przeszkody w sprawowaniu władzy rodzicielskiej. Nie będą mogli np. zgłosić dzieci do szkoły lub wyrazić zgody na przeprowadzenie operacji, jeśli dziecko zachoruje. Brak pewności prawa w tej dziedzinie może więc stanowić istotną przeszkodę dla swobodnego przemieszczania się rodzin. Dlatego uważam, że uznawanie krajowych adopcji powinno być automatyczne, chyba że takie uznanie byłoby sprzeczne z porządkiem publicznym danego państwa członkowskiego lub państwo członkowskie, w którym adopcja miała miejsce, nie posiadałoby jurysdykcji. Te dwa wyjątki powinny zostać zachowane. Są one zresztą uwzględnione w propozycji legislacyjnej. Dlatego chciałabym jednoznacznie poprzeć tekst zaproponowany przez posła Zwiefkę.

**Емил Радев (PPE)**, *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, съществуват много проблеми в областта на трансграничните осиновявания, които засягат множество семейства и интересите на техните деца. Аз ще се спра на три от тях. Първо, и най-важното, призовавам Европейската комисия да предприеме необходимите мерки за спиране на порочните практики на осиновяване на деца без разрешението на биологичните им родители в Европейския съюз. Имаме много такива случаи във Великобритания, които направо са се превърнали в бизнес. Надявам се да бъдат направени съответните промени това да се случва само в крайни случаи и то за изключителна защита на висшия интерес на детето. Второ, трябва да насърчим сътрудничеството и обмена на информация, както между съдилищата, които се занимават с осиновявания, така и между социалните служби и националните администрации на държавите членки. Трето, при случаите на трансгранични осиновявания бих искал да акцентирам върху нуждата от зачитане на културните и социалните традиции според произхода на детето. Защото в най-добър интерес на детето е то да остане в кръга на своето семейство, дори и то да не е в обичайното местопребиваване на детето. Подкрепям предложението за въвеждането на общ формуляр за признаването на тези трансгранични осиновявания, тъй като това ще улесни и ще спести средства на родителите. Благодаря за вниманието!

**Laurențiu Rebeга (ENF)**, *în scris*. – Țin să subliniez că domeniul dreptului familiei la nivel național, deci și adopția, este de competența statelor membre. Atunci când persoanele decid să se mute într-un alt stat membru al Uniunii, apar însă dificultăți legate de recunoașterea și rezolvarea pe cale legală a situației juridice a acestor persoane. Totuși, nu înțeleg de ce este nevoie să creăm o nouă legislație, să impunem noi reguli, în loc să utilizăm pārghiile de care dispunem deja, pentru a cointeresa statele membre să ajungă la o abordare uniformă în domeniul adopțiilor. Pe de o parte, trebuie susținute instruirea funcționarilor și judecătorilor naționali implicați în adopții, schimbul de experiență și îmbunătățirea cooperării între aceștia. Pe de altă parte, statele membre trebuie încurajate să evite birocrata inutilă în domeniul adopțiilor. Să nu uităm că ceea ce trebuie să primeze este interesul superior al copilului. În fiecare din țările noastre sunt destui copii abandonati. Este important ca fiecare stat membru să ușureze procedurile naționale, pentru ca acești copii să se poată bucura pe deplin de toate drepturile, și, în primul rând, de dreptul de a avea o familie.

**Claudia Țapardel (S&D)**, *în scris*. – Fiecare copil din lume are dreptul la o familie și la un mediu în care să fie iubit și în care să primească educația necesară pentru viața de adult. De aceea, consider că instituțiile europene au o responsabilitate morală de a proteja drepturile fiecărei familii și mă bucur că Parlamentul este primul care propune un set de măsuri pentru cei care au adoptat copii și vor să se bucure de libertatea de a se stabili în alt stat decât cel de origine. În contextul în care numărul cuplurilor și familiilor internaționale este în continuă creștere, legislația comunitară trebuie să se adapteze noilor realități și să ofere oricărei familii din Europa garanția că drepturile sale vor fi recunoscute și respectate de către autoritățile din toate statele membre. Totodată, este regretabil că executivul european nu a răspuns încă la solicitarea PE din 2011 de a lua măsuri de reglementare a aspectelor transfrontaliere în materie de adopție. Aici nu este vorba doar de apărarea unor principii, ci și de protejarea în situații concrete a drepturilor tuturor părinților și copiilor din Uniunea Europeană, oriunde s-ar afla aceștia.

**Valdemar Tomaševski (ECR)**, *raštu*. – Tema, apie kurią šiandien kalbame yra labai svarbi ir susijusi su aspektais, darančiais įtaką visam vaiko gyvenimui. Turėdami tai omenyje, privalome nepamiršti, kad įvaikinimo srityje labai svarbu priimti visus sprendimus siekiant vaiko gerovės, gerbiant pagrindines vaiko ir tėvų teises. Įvaikinimo tikslas nėra suteikti suaugusiems teisę į vaiką, bet užtikrinti vaikui stabilų aplinką, kurioje jis harmoningai augs, supamas priežiūros ir meilės. Nepamirškime, kad tarpvalstybinis įvaikinimas turėtų būti vykdomas tik kraštutiniu atveju, nes tai visam laikui nukerta vaiko ryšius su jo kilmės šalimi. Nustatant teises normas reikėtų siekti pusiausvyros tarp įvaikinto vaiko teisių į savo tatybybės pažinimą ir biologinių tėvų teisių. Jokiu būdu vaikas negali būti atimamas iš tėvų ir atiduodamas tarpvalstybiniam įvaikinimui dėl tėvų skurdo. Atitinkamos kompetentingos valstybių narių institucijos neturėtų pripažinti tokių

atvejų, kai materialinės biologinių tėvų sąlygos sudaro išskirtinį pagrindą ir motyvą atimti iš jų tėvų valdžią ir atiduoti vaiką įvaikinimui. Tai nepriimtina ir turi būti aiškiai apibrėžta teisės aktuose. Taip pat reiktų suteikti biologiniams tėvams galimybę pasinaudoti visomis teisių gynimo priemonėmis siekiant išspręsti neigiamą jiems sprendimą. O įvaikinimo atveju vaikas turėtų pakliūti į pilną šeimą, kurioje yra ir motina, ir tėvas.

**Romana Tomc (PPE)**, *pisno*. – V tem trenutku ni zavezujočih evropskih okvirov za priznanje čezmejnih posvojitev. Z obstoječo Haasško konvencijo je določen le sistem upravnega sodelovanja kadar posvojitelji in otroci ne bivajo v isti državi. Tako pravica evropskih državljanov do družinskega življenja, kot pravica do prostega gibanja sta na vrhu prioritet Evropske ljudske stranke in Slovenske demokratske stranke. Močno se zavzemam za to, da bi EU zagotovila jasen pravni okvir, ki bi olajšal življenje mnogim družinam. Nesprejemljivo se mi zdi, da bi morali starši, ki se na primer selijo v tujino, ponovno dokazovati pravico skrbništva nad svojimi otroci, kar se lahko zgodi pri vpisu v šolo ali pri urejanju zdravstvenega zavarovanja. Evropsko potrdilo o posvojitvah je zato dober predlog, ki bi mnogim družinam prihranil nepotrebne birokratske postopke. V Parlamentu smo slišali mnogo razprav glede vprašanja subsidiarnosti držav članic na področju čezmejnih posvojitev. Ob tem je pomembno vedeti, da bo zakonodaja držav članic s področja družinskega prava še vedno spoštovana. Z zakonodajo bi lahko onemogočili nepotrebne zaplete mnogih družin, prav tako pa bi zagotovili spoštovanje pravice posvojenega otroka do stabilnega pravnega položaja. Tako bomo ravnali v dobro otrok.

## PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

*Vice-présidente*

### 5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

### 6. Begrüßung

**La Présidente.** – J'ai également le plaisir de saluer, dans la tribune officielle, M. Irakli Kobakhidze, Président du Parlement de Géorgie, et la délégation qui l'accompagne.

*(Applaudissements)*

Ils effectuent ce jour une visite de travail au Parlement européen et nous ont fait l'honneur de leur présence lors du débat et du vote d'aujourd'hui.

Nous avons donc le plaisir de leur souhaiter cordialement la bienvenue.

### 7. Abstimmungsstunde

**La Présidente.** – L'ordre du jour appelle l'Heure des votes.

#### 7.1. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (A8-0381/2016 - Hannu Takkula) (Abstimmung)



**7.2. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (A8-0370/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)**

**7.3. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (A8-0277/2016 - Marielle de Sarnez) (Abstimmung)**

**7.4. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (A8-0377/2016 - Linnéa Engström) (Abstimmung)**

**7.5. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (A8-0260/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)**

**7.6. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (RC-B8-0120/2017, B8-0120/2017, B8-0121/2017, B8-0122/2017, B8-0123/2017, B8-0124/2017, B8-0125/2017, B8-0126/2017) (Abstimmung)**

— *Avant le vote sur le paragraphe 7:*

**Jo Leinen (S&D).** – Madam President, we wish to express the fact that a political dialogue has been organised by Ali Bongo but it has not happened yet. So the new version should read ‘the intended political dialogue’. That is the change, because it has not happened yet.

*(L'amendement oral est retenu)*

— *Avant le vote sur le considérant F:*

**Jo Leinen (S&D).** – Madam President, this is another adaptation to the current situation. We say that ‘certain members of the opposition have not signed the agreement’ with Mr Kabila for the next elections, but in the meantime they have signed the agreement. So we have to delete this part.

*(L'amendement oral est retenu)*

**7.7. Durchführung von Erasmus+ (A8-0389/2016 - Milan Zver) (Abstimmung)**

**La Présidente.** – Ceci clôt l'Heure des votes.

## **8. Stimmerklärungen**

**8.1. Gesamtkonzept für die Sportpolitik: verantwortungsvolle Verwaltung, Zugänglichkeit und Integrität (A8-0381/2016 - Hannu Takkula)**

### **Explications de vote orales**

**Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE).** – Pani Przewodnicząca! Chciałem zwrócić uwagę, że to sprawozdanie jest de facto swoim apelem: apelem o walkę z dopingiem, apelem o czysty sport, ale także apelem o obniżenie rozmaitych podatków. I chcę tu wyraźnie podkreślić, że – to co jest kluczowe – jest on skierowany przede wszystkim do dzieci i do tych, którzy uprawiają sport masowy. Z tego powodu poparłem to sprawozdanie.

**Seán Kelly (PPE).** – Madam President, given my sporting background I supported this report in the light of its comprehensive evaluation of sporting policy within the European Union. Transcending all social spheres, I firmly believe that sporting initiatives could serve as a vital vehicle for social inclusion, sporting involvement in growth, employment and indeed society as a whole.

However in recent times we have borne witness to a growing trend of corruption within the sporting climate. The series of recent high-level corruption cases on both the European and international stage have made it clear that transparency and greater regulation and cohesion in sporting policy must now define our path. Sport reflects society, and we must safeguard this sector for the benefit of generations to come.

Molaim an tUasal Takkula as an jab atá déanta aige.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, уважаеми колеги, докладът на г-н Такула разглежда широките социални, икономически, образователни и здравни ползи от спорта в Съюза и настоящите предизвикателства. Призовава за многостепенно действие при насърчаването на добро управление, борба с корупцията, като същевременно се защита независимостта на спортните организации. Като цяло посоката, която дава крайният компромисен вариант, е позитивна и трябва да бъде подкрепен фактът, че масовият спорт играе ключова роля в социалното сближаване и борбата с радикализацията, както и че доброволческата дейност в спорта е от голямо значение.

Има необходимост от по-ефективно използване на средствата на Европейския съюз за спорт. Смятам също, че е необходимо, и дори задължително, да се намали административната тежест за местните спортни организации. Гласувам обаче против доклада, защото съм против параграфа, който задължава националните спортни федерации да използват знамето и символа на Съюза, заедно със съответните национални знамена и символи, когато се провеждат международни спортни прояви.

Това е много повече федерализъм, отколкото мога да приема. Смятам себе си за защитник на националните интереси в Съюза, който трябва да работи заедно в определени политики за общото благо и добросъседски отношения, но ще отстоявам винаги неприкосновеността на знамето, символите и националните традиции.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, já jsem se u této zprávy nakonec zdržel a chci tedy vysvětlit proč. Já v žádném případě nechci vystupovat proti sportu, jsem si vědom, jak je to důležitý aspekt lidského života, ale kladu si otázku, nakolik téma sportu má zrovna řešit EU a nakolik toto není přesně téma, které si mají řešit jednotlivé národní státy. Nicméně i přesto jsou ve zprávě věci, kvůli kterým jsem se nakonec zdržel. Například snaha prosadit specializovaná státní zastupitelství, která by řešila trestné činy v oblasti sportu, já to považuji opravdu za věc dosti zvláštní, nevím, proč bychom měli mít specializovaná státní zastupitelství, zvláště pro tento typ trestné činnosti. V malých státech to naopak povede k tomu, že by takovéto úřady asi neměly moc práce a naopak by tedy jejich odbornost spíše klesala. Takže sport určitě ano, ale je otázka, nakolik přijímat takovéto zprávy na úrovni EU.

**Andrejs Mamikins (S&D).** – Madam President, from my point of view of the main task of sport is to propagate a healthy lifestyle among young people. Sports make an important contribution to social values such as tolerance, solidarity, peace, respect for human rights, and understanding among nations and cultures. Recent corruption scandals have tarnished the image of sport, raising questions about the need for structural reforms of sports governing bodies and organisations. We need a zero tolerance policy for corruption and other types of crime in sports. Fighting corruption in sport requires transnational efforts and cooperation among all stakeholders, including public authorities, law enforcement agencies, the sport industry, athletes and supporters.

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Paní předsedající, já jsem se rozhodla podpořit usnesení Evropského parlamentu o integrovaném přístupu k politice v oblasti sportu, protože stejně jako kolega Dzhambazki je považuji za určitý apel na podporu sportu a také ochranu sportu právě před jeho zneužíváním, před byznysem. Je to apel na aspekt fair play. Profesionální sport a zdaleka nejenom fotbal, ale i jiné druhy sportu se potýkají s negativními jevy, jako je korupce, ovlivňování výsledků zápasů, doping, špatný management sportovních klubů či zneužívání sportovců, např. formou vlastnictví hráčů třetí stranou. Souhlasím s kolegou Pospíšilem, že je potřeba zvážit, jaké legislativní nástroje použijeme, ale v každém případě proti těmto jevům se musí bojovat, abychom udrželi pozitivní obraz profesionálních i amatérských soutěží, aby sport zůstal sportem, zejména fair play.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, sport is surely the supreme example of a non-political, non-state activity, the ideal of a civil society. A sporting club or association exists for no higher purpose than to give mutual pleasure to its members and supporters. Nobody is forced to join, people stay only if they want to. So why do we need to have a sport policy? How have we got to the point where politicians need to get their hands on something that ought to lie outside the purview of government?

Having a sport policy always struck me as a sign of an insecure dictatorship. It was the kind of thing that the Comecon states used to do in the Cold War, to treat sporting success as a symbol of national virility. Surely we in advanced democracies should hold ourselves to a higher standard.

**Hannu Takkula (ALDE).** – Arvoisa puhemies, äänestin luonnollisesti tämän mietinnön puolesta. EU:lla on rajoitettu toimivalta urheilun suhteen ja sen puitteissa tämä mietintö on tehty. Ottaen huomioon, mikä on EU:n toimivalta. Osa jäsenistä näytti lukeneen mietinnön ja osa ei. Sen vuoksi kaikkiin äänestysselektioihin, mitä tässä tänään on käyty läpi, en halua puuttua. Sen verran sanon, että kun täällä lippuasiala nousi esille ja ymmärsin, että sen vuoksi monet ECR-ryhmästä äänestivät sitä vastaan, että kysymys ei ole mistään sitovista asioista vaan suosituksista. Itsekin vastustin tuota ajatusta, mutta tämä on suositus, ja koska se on suositus, se ei sido ketään. Voi laittaa sen lipun vaikka paidan sisäpuolelle tai jättää kokonaan laittamatta.

Mitä tulee sitten taas itsenäisten valtioiden vapauteen päättää asioistaan. Kuinka sivistyneitä ollaan? Juuri äskettäin Hannan lopetti. Minä tiedän, että kun Iso-Britanniassa mennään olympialaisiin, on Team GB, ja kun pelataan jalkapalloa, Wales, Skotlanti, Englanti ja Pohjois-Irlanti ovat erikseen. Kun taas pelataan rugbya, on Irlanti, missä Pohjois-Irlanti, Wales, Skotlanti ja Englanti ovat erikseen. Voi sanoa näin, että tälläkin hetkellä me otamme huomioon tämän moninaisuuden. Puhumme urheilun yleismerkityksistä liikuttaa ihmisiä ja taistella niitä ongelmia ja sairauksia vastaan mitä meillä Euroopassa on ja taata kansalaisille hyvinvointia yli erilaisten rajojen.

## 8.2. Grenzübergreifende Aspekte von Adoptionen (A8-0370/2016 - Tadeusz Zwiefka)

### Explications de vote orales

**Michela Giuffrida (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea deve essere un'opportunità per i cittadini e non un ostacolo. La situazione di una famiglia con bambini adottati che decide di trasferirsi all'estero si può trasformare in un incubo burocratico: potrebbe addirittura succedere che il procedimento di adozione non venga riconosciuto, potrebbe essere necessario avviare nuove pratiche – sarebbe come chiedere, in pratica, a un bambino di rinascere. E se la valutazione del secondo paese fosse diversa, che cosa succederebbe? Si creerebbero situazioni paradossali.

Ho votato a favore di questa relazione perché chiarisce che l'adozione non è il diritto di una coppia a diventare genitori ma il diritto di un bambino a vivere in un ambiente stabile, affettuoso e premuroso. È comprensibile che gli ordinamenti giuridici degli Stati membri siano diversi, ma nel rispetto del principio della sussidiarietà è necessario intervenire. Il primo passo potrebbe proprio essere l'adozione di un regolamento per il riconoscimento automatico dei provvedimenti di adozione nei paesi membri.

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Paní předsedající, svým hlasováním jsem podpořila zprávu o návrhu nařízení Rady o přeshraničních aspektech osvojení, které navrhuje zavést automatické uznávání vnitrostátních rozhodnutí o osvojení vydaných v jednom členském státě jiným členským státem. Takové pravidlo umožní uznat rozhodnutí soudu nebo jiného příslušného orgánu o adopci vydané v jiném členském státě. Avšak v žádném případě nezasahuje do vnitrostátních pravidel adopce. Považuji za důležité toto uvést jako pravý důvod, proč jsem podpořila tento návrh zprávy. Já osobně nesouhlasím s tím, aby děti byly dávány k osvojení registrovaným partnerům, ale jsem přesvědčena o tom, že tento návrh zprávy není o tomto rozhodnutí a nezasahuje do vnitrostátních legislativ, které plně rozhodují o podmínkách adopce ve své působnosti.

**Andrejs Mamikins (S&D).** – Madam President, the adoption of children is a very important and sensitive task for our societies, and is especially so for Latvia. It is a shame that a lot of children still live in special state institutions, not in their families. States should take all decisions in adoption matters with the best interests of the child in mind, and with respect for his or her fundamental rights, while always taking into account the specific circumstances of the particular case. The child should always be given the opportunity to be heard without pressure and express his or her view on the adoption process, taking into account his or her age. No decision on adoption should be taken before the biological parents have been heard. I am convinced that the interests of the children have to be taken in consideration as the only main criterion. I voted in favour, of course.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, уважаеми колеги, гласувах „въздържал се“ по доклада на колегата Звевка, тъй като не смятам, че е необходима намеса на Съюза в сфери, които попадат в суверенитета на държавите членки. Изборът на най-силния правен аргумент за хармонизация на законодателството – регламента по конкретна тема, е също доказателство за намеса във вътрешната политика на държавите – членки на Съюза.

Същевременно подкрепям засилването на съдебното сътрудничество в областта на осиновяванията, защото е наш морален дълг да осигурим максимална възможност за защита на една от най-уязвимите групи в обществото. Семейството е основата на едно общество. Именно поради тази причина трябва да съумеем да намерим баланса, така че едновременно да защитим правата на семейството и да не отнемаме правомощията на държавите членки по политики, формирани въз основа на културни и исторически фактори и традиции.

**Anna Záborská (PPE)** – Adopcia musí byť v najlepšom záujme dieťaťa. To, kedy je tento záujem splnený, si zákonmi definujú členské štáty. Ak Európska únia štátom nariadi automaticky uznávať aj osvojenia, ktoré ich vlastné zákony neumožňujú, bude to hrubý zásah do ich výlučných právomocí v oblasti rodinného práva. Výsledkom takéhoto zásahu bude, že najlepší záujem dieťaťa pre celú Úniu definuje členský štát s najliberálnejšími zákonmi. V ostatných štátoch vznikne schizofrenická situácia a ich súdy budú musieť riešiť diskriminačné žaloby. Snaha spravodajcu definovať minimálne normy pre osvojenie je chvályhodná. Mala sa však zastaviť tam, kde sa pohľad členských štátov na rodinu a osvojenie dieťaťa rozchádzajú. Preto som túto správu nemohla podporiť.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, now here is a subject with an apparently cross-border aspect. Adoptions do take place across national borders, and it seems sensible to have a framework. Of course, immediately one runs up against the fact that most cross-border adoptions are not limited to EU Member States. There is a lot of adoption that takes place from outside the EU. And here's the good news: it is regulated by an international framework; it is regulated by the Hague Convention of 1993. So why do we need additional EU regulation that applies narrowly only to one part of the world? I suppose it is conceivable that there are some gaps that need to be filled in. But again countries could surely opt in on a bilateral or multilateral basis without needing to involve the entire bureaucracy of the European Union? I have said it before and I'll say it again: international cooperation beats supranational government every time.

**Branislav Škripek (ECR).** – Madam President, a European regulation where the rights of the child are prioritised should be welcomed. However this report calls for measures that we should absolutely reject. In the name of convenience and harmonisation of documents, children would be at the risk of being trafficked across borders. Already some Member States have seen a dramatic rise in the number of children being taken into care away from their biological parents. Research into abuse consistently shows that natural parents are the ones least likely to abuse their children.

We cannot put children at risk by loosening the strict adoption procedures in place, by imposing a poor, one-size-fits-all European regulation. A child needs both father and mother to flourish. Let us invest in supporting that most important family unit, helping biological parents raise their children even in difficult circumstances.

### **8.3. Bilaterale Schutzklausel und Stabilisierungsmechanismus für Bananen im Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (A8-0277/2016 - Marielle de Sarnez)**

#### **Explications de vote orales**

**Michaela Šojdrová (PPE).** – Paní předsedající, kolegyně a kolegové, dovoluji, abych se vyjádřila k hlasování o tomto bodu. Produkce banánů tvoří důležitou součást zemědělské produkce některých členských států EU a vytváří významné množství pracovních míst v této oblasti. Proto je také třeba usilovat o zachování evropské produkce banánů. Svým hlasováním jsem proto podpořila zprávu o návrhu nařízení, jímž se mění nařízení provádějící dvoustrannou ochrannou doložku a mechanismus stabilizace pro banány mezi EU na straně jedné a Kolumbií a Peru a dále státy střední Afriky na straně druhé. Vzhledem k rozšíření preferenčních celních sazeb pro obchod s banány také na Ekvádor vítám rozšíření působnosti ochranné doložky a mechanismu stabilizace také na Ekvádor. Souhlasím také s uložením povinnosti Komisi monitorovat dodržování stanoveného objemu dovozu banánů a s povinností informovat Evropský parlament v případě, kdyby hrozilo závažné narušení tohoto trhu.

**Daniel Hannan (ECR).** – Madam President, it is curious, isn't it, that the European Union has trade restrictions on bananas. It is not exactly as though there is a domestic banana industry in the European Union that requires protection. A friend of mine in Cornwall did once show me banana tree in his garden, but I don't think it was on a scale that was of significant mercantile importance.

The reason we have these restrictions is well-intentioned. We think we are sticking up for largely former French and British colonies in the Caribbean, the ones that produce the little squashy bananas, if I can put it that way, rather than the big long straight ones. But we're not doing those territories any favours. We are keeping them in a sense of dependency, we are preventing them from expanding into other areas, diversifying their economies and competing in world markets.

And as a price for doing this, we are slightly pushing up prices in Europe, taking a little bit of money out of the pockets of our consumers which would otherwise be spent on stimulating the economy at home. So everybody ends up being a loser from these restrictions. It would be easier by far to have free trade rather than these rules, which are bananas.

#### **8.4. Nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten (A8-0377/2016 - Linnéa Engström)**

##### **Explications de vote orales**

**Diane James (NI).** – Madam President, the European Union Common Fisheries Policy has incurred much criticism, and I believe rightly so. Fish stocks, due to overfishing, are now in many instances at critically low levels. Not content, though, with inflicting this ecological damage on waters surrounding the British Isles, the North Atlantic and the Mediterranean, the European Union has established arrangements to conduct the same activities in the waters beyond its jurisdiction.

The proposed regulation would establish a new authorisation framework and extend the scope of the authorisation system to all European Union fishing activities outside European Union waters. But when the United Nations remarks that the European Union practice is endangering 1.5 million African jobs, and when Greenpeace and the United Nations are able to identify the source of the overfishing issue as being the European Union, I'm very sorry, I was just unable to support the motion.

**Seán Kelly (PPE).** – Madam President, as a new member of the Committee on Fisheries, I was pleased to vote in favour of this report, which calls for a clarification on licensing rules for EU vessels fishing outside EU waters. This regulation would also extend the current licensing system to include private agreements between EU companies and third countries.

The current regulation dates back to 2008 and the update of the legislation would apply to all EU vessels fishing outside EU waters and to third-country vessels fishing in EU waters. This is extremely relevant for Ireland as it clarifies certain rules which would impact on our fishermen, who are such hard workers but have been affected greatly by EU legislation. Providing more clarifying eligibility criteria for third-country vessels would help Irish fishermen as it would ensure that those who do want to fish in our waters are fully and properly licensed.

**Michela Giuffrida (S&D).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la politica comune della pesca è forse la politica che ha avuto l'impatto peggiore sul suo comparto produttivo di riferimento. Certo, sono stati raggiunti grandi risultati dal punto di vista ambientale, della sostenibilità, del ripopolamento dei pesci, ma i pescatori hanno visto moltiplicarsi le regole e le norme da rispettare e hanno dovuto avviare costose ristrutturazioni. Hanno fatto tutto questo pur di continuare nella loro attività, nel rispetto dei principi imposti da Bruxelles.

La dimensione esterna della pesca è un altro punto dolente. È sicuramente positivo che l'Unione europea adempia alle sue responsabilità di Stato di bandiera, ma sarebbe il caso che l'Unione adempisse anche alle responsabilità di tutela dei pescherecci che pescano in condizioni di grande insicurezza e che sono esposti a grandi rischi. Voglio citare ancora il caso dei pescatori siciliani che rischiano la vita in conflitti con la polizia dei paesi confinanti, in particolare della Libia. È quella che noi chiamiamo la guerra del pesce, perché si tratta di sequestri e spartorie, e anche di questo l'Unione europea si deve far carico e si deve occupare.

### 8.5. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen oder von der Visumpflicht befreit sind: Georgien (A8-0260/2016 - Mariya Gabriel)

#### Explications de vote orales

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, já jsem podpořil toto usnesení, myslím si, že je nutné s Gruzii stejně jako s dalšími spojenci v rámci Východního partnerství udržovat nadstandardní vztahy. Já zde nebudu opakovat to, co přináší bezvízový styk do budoucna, tzn. posílení ekonomických a jiných aspektů. Pro mě je osobně nejdůležitější aspekt geopolitický, tzn. země, která leží v bezprostředním sousedství Ruska a je více méně Ruskem permanentně ohrožována, nachází v EU svého partnera a my tímto gestem na cestě říkáme, že nám na Gruzii záleží a že Gruzii za svého partnera považujeme. Takže ta geopolitická rovina je pro mě více důležitá než to, že bezvízový styk povede k prohlubování vzájemných vztahů, k ekonomickým výhodám na obou stranách atd. Je to pro mě nutné, pokud nechceme, aby země v okolí Ruska postupně dále spadaly pod vliv této země.

### 8.6. Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Gabun (RC-B8-0120/2017, B8-0120/2017, B8-0121/2017, B8-0122/2017, B8-0123/2017, B8-0124/2017, B8-0125/2017, B8-0126/2017)

#### Explications de vote orales

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, mně se bohužel nepodařilo vystoupit k tomuto bodu v řádné rozpravě, proto aspoň využívám tohoto institutu. Chci říci, že já považuji za důležité, že Evropský parlament se zabývá agendou lidských práv i v jiných státech mimo evropská teritoria a že je to důležité zvláště vůči zemím, kam plynou silné ekonomické podpory. Ze strany EU jasně říkáme, že v těchto zemích by měla být dodržována základní lidská práva a také by tam měly být respektovány základní principy ústav a řekněme právního státu, zdali je to vůbec možné. Proto jsem podpořil toto usnesení, je dobře, že upozorňujeme jak Gabon, tak Kongo na to, že tamní prezidenti porušují tamní ústavy, že se nechovají demokraticky, že jsou potlačována práva opozice, práva veřejného projevu atd. A do budoucna jsem přesvědčen, že bychom v případě, že se situace v těchto zemích nezlepší, měli omezit ekonomickou pomoc do této oblasti, do tohoto regionu Afriky.

### 8.7. Durchführung von Erasmus+ (A8-0389/2016 - Milan Zver)

#### Explications de vote orales

**Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE).** – Pani Przewodnicząca, szanowni Państwo! Chcę zwrócić uwagę, że zaczęliśmy pracę nad sprawozdaniem dotyczącym „Erasmus+” od pojawiających się opinii, które kwestionowały program jako taki. Dziś na tej sali, także w tym momencie, siedzi sporo młodych ludzi, więc chcę wyraźnie odnotować, że pracę nad sprawozdaniem kończymy czterdziestoprocentowym zwiększeniem nakładów na programy stypendialne. To bardzo ważny sukces. Jednocześnie dodam, że w tym samym czasie zredukowaliśmy tzw. zobowiązania wymagalne, co poprawiło realizację programu i korzystnie wpływa na opinie pojawiające się na jego temat w chwili obecnej. Bardzo chcę wszystkim podziękować za pracę nad tym sprawozdaniem, która była dosyć długa i towarzyszyła jednocześnie sprawozdaniu z wykonania budżetu za rok 2014, a potem 2015.

**Diane James (NI).** – Madam President, I have a very contrary view and that is because I see the Erasmus project as one of the many European Union sacred cows. It is directed at young people and it is focused solely on developing and encouraging the European Union project. For the period 2014-2020, as we have just heard, Erasmus has seen its project budget increase by 40%. I recognise that propaganda comes at a cost, and this is recognised by the European Union when influencing young people as to the so-called 'merits', and I put merits in quotation marks, of the European Union federalist project.

But a country doesn't need to be a member of the European Union to be part of the Erasmus project, and as an internationalist I see the cultural and educational experience that should be available to all within the educational sector irrespective of European Union borders. It should not be conditioned, it should not be directed, and it should not be focused just on the European Union. And it certainly should not be controlled by the European Union. It is a big wide world out there, and I want to see more done with Australia and Asia.

**Seán Kelly (PPE).** – Madam President, I have always advocated strongly for initiatives such as Erasmus +, and in recent years I have observed its true potential being realised for Irish and European citizens alike. I therefore supported this report, due to the rapporteur's balanced reassessment of the inter-relationship between education and innovation. In line with the principle of lifelong learning, the future of the EU may henceforth be bolstered by teams of creativity, competence and entrepreneurship.

The budget increase towards this scheme reaffirms the high political and economic value of Erasmus +, and I hope to see this scheme continue to grow from strength to strength, and especially be availed of by more Irish people to improve their language skills, which need improving from an Irish context, and also the Erasmus + aspect which now encompasses sport. I know that one body that was involved with it, the Leinster GAA Council, are hoping to avail of that. That would be a wonderful fillip and a great way of bringing Europe closer to EU citizens.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, уважаеми колеги, гласувах за доклада по приложението на програмата „Еразъм+“, над който работихме дълго време и постигнахме някои добри компромиси. „Еразъм+“ е най-успешната и емблематична програма на Европейския съюз и нейното продължаване и бъдещо съществуване би трябвало да се насърчава и подкрепя.

Искам обаче да подчертая, че в доклада има и неща, по които беше постигнато съгласие без мое участие. И едно от тях засяга т.нар. бежанска политика на Комисията, която се възхвалява категорично против моите убеждения. Многократно съм изказвал своето мнение в това отношение и няма да пропусна да го направя и сега. Интеграцията на мигрантите от последната мигрантска криза няма да се случи по начина, по който се предлага и по който се възхвалява в доклада. А Европейската комисия със сигурност не предлага никаква добра алтернатива или разрешаване на проблема.

**Andrejs Mamikins (S&D).** – Madam President. Erasmus + is one of the most successful EU programmes. It is a major EU tool to support activities in the fields of education, training, youth and sport, giving the opportunity to more than 4 million Europeans to study, train and volunteer in another country. At a time of particular crisis with regard to the fundamental values of the European Union, the Erasmus+ instrument can provide a fundamental opportunity to promote integration, understanding and solidarity among young people. It is very important because they will be the next generation of Europeans. They will be active society members, decision makers, voters and parents. This programme is working well, but the European Parliament has made some recommendations on how to improve its performance. In my point of view we should find more resources for this programme, for the next period until 2027. Of course, I voted in favour.

**La Présidente.** – Ceci clôt les explications de vote.

**9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

**10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

**11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**

**12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**

**13. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

*(La séance est levée à 12 h 25)*

---



*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2557

12.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.108102**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2557)

Datum der Annahme der Entscheidung	6.3.2024
Nummer der Beihilfe	SA.108102
Mitgliedstaat	Rumänien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Amendment to SA.101723 supporting investment in high-efficient cogeneration plants using natural gas in district heating networks
Rechtsgrundlage	The Minister of Energy Order no. 660/30.6.2022
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Energiesparmaßnahmen
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 361 950 000 EUR Jährliche Mittel: 88 250 000 EUR
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	30.6.2024 - 31.12.2028
Wirtschaftssektoren	Energieversorgung
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Energy Strada Academiei 39-41
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2646

12.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.109883**

(C/2024/2646)

Datum der Annahme der Entscheidung	16.2.2024
Nummer der Beihilfe	SA.109883
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	SACHSEN-ANHALT
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Sachsen-Anhalt: Verhütungs- und Ausgleichsmaßnahmen bei Tierseuchen
Rechtsgrundlage	Satzung der Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Beihilfen für Vieh, Bienen und Hummeln (Beihilfesatzung für Vieh, Bienen und Hummeln) vom 19.1.2023
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete
Form der Beihilfe	Zuschuss, Bezuschusste Dienstleistungen
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 7 000 000 EUR Jährliche Mittel: 1 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	100,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2030
Wirtschaftssektoren	Tierhaltung
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt Hegelstraße 39, D-39104 Magdeburg
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2647

12.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.107837**

(C/2024/2647)

Datum der Annahme der Entscheidung	30.1.2024
Nummer der Beihilfe	SA.107837
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	Deutschland
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: Richtlinie zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung 2023-2033 - Laufende Mehrkosten
Rechtsgrundlage	Richtlinie zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung 2023-2033 - Laufende Mehrkosten
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Tierschutzverpflichtungen, Beihilfen für Tierschutzverpflichtun- gen
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 325 000 000 EUR Jährliche Mittel: 50 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	100.0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2033
Wirtschaftssektoren	Tierhaltung
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) Deichmanns Aue 29, 53179 BONN
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,  
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2651

12.4.2024

**BEKANNTMACHUNG GEMÄß ARTIKEL 29 ABSATZ 2 DES STATUTS**

**Ausschreibung der Stelle des Generaldirektors/der Generaldirektorin (AD 15) der Generaldirektion  
Migration und Inneres (GD HOME)**

**COM/2024/10449**

(C/2024/2651)

Die Europäische Kommission hat eine Stellenausschreibung (COM/2024/10449) für die Stelle des Generaldirektors/der Generaldirektorin der Generaldirektion Migration und Inneres (GD HOME) (Besoldungsgruppe AD 15) in Brüssel veröffentlicht.

Um den Wortlaut der Stellenausschreibung in 24 Sprachen einzusehen und Ihre Bewerbung einzureichen, besuchen Sie bitte diese eigens dafür eingerichtete Seite auf der Website der Europäischen Kommission: <https://europa.eu/!4t8Fwx>

\_\_\_\_\_



C/2024/2685

12.4.2024

**Mitteilung gemäß Artikel 34 Absatz 7 Buchstabe a Ziffer iii der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Entscheidungen über verbindliche Zolltarifauskünfte der Zollbehörden der Mitgliedstaaten zur Einreihung der Waren in die zolltarifliche Nomenklatur**

(C/2024/2685)

Die Zollbehörden widerrufen Entscheidungen über verbindliche Zolltarifauskünfte mit Wirkung vom heutigen Tag, wenn diese aufgrund der folgenden internationalen Tarifmaßnahmen nicht mehr mit der Auslegung der zolltariflichen Nomenklatur vereinbar sind:

eines Beschlusses über die zolltarifliche Einreihung, eines Tarifavis oder einer Änderung der Erläuterungen der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren, die vom Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (Dokument CCC Nr. NC3152 — Bericht über die 72. Sitzung des HS-Ausschusses) erlassen wurden:

**NACH DEM VERFAHREN DES ARTIKELS 8 DER HS-KONVENTION UND GEMÄß TARIFAVISEN UND EINREIHUNGSENTSCHEIDUNGEN DES HS-AUSSCHUSSES DER WZO VORZUNEHMENDE ÄNDERUNGEN DER ERLÄUTERUNGEN**

(72. SITZUNG DES HS-AUSSCHUSSES IM SEPTEMBER 2023)

DOK. NC3152

**Änderung der Erläuterungen zur Nomenklatur im Anhang des HS-Übereinkommens**

73.08	O/1
85.41	O/19

**Vom HS-Ausschuss gebilligte Tarifavise**

1302.19/1	O/3
2106.90/42	O/3
2106.90/45	O/6
3824.99/21	O/7
3926.40/1	O/8
4008.21/2	O/9
4014.90/2	O/9
7007.19/1-2	O/10
8528.71/5	O/11
8539.39/1	O/12
8539.52/3-4	O/12

8541.51/1	O/18 <sup>(1)</sup>
9029.20/2	O/13
9102.12/1	O/14
9405.49/1	O/15
9406.90/1	O/16
9503.00/14	O/17

<sup>(1)</sup> Umnummerierung des vorliegenden Tarif-Avis 8543.70/5 in 8541.51/1.

Informationen über diese Maßnahmen sind erhältlich bei der Generaldirektion Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission (Rue Joseph II 79, 1000 Brüssel, Belgien) oder können von der Webseite dieser Generaldirektion heruntergeladen werden:

[https://ec.europa.eu/taxation\\_customs/business/calculation-customs-duties/what-is-common-customs-tariff/harmonized-system-general-information\\_de](https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/calculation-customs-duties/what-is-common-customs-tariff/harmonized-system-general-information_de)



C/2024/2686

12.4.2024

**MITTEILUNG GEMÄß DER GENFER AKTE DES LISSABONNER ABKOMMENS**

**Veröffentlichung des Eintrags im internationalen Register der Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben „Emmentaler“ gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1753**

(C/2024/2686)

Am 14. März 2024 informierte das Internationale Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) die Europäische Union gemäß Artikel 6 Absatz 4 der Genfer Akte des Lissabonner Abkommens <sup>(1)</sup> über folgenden Eintrag im internationalen Register:

**Name: „Emmentaler“**

**Art der Erzeugnisse: Käse**

**Ursprungsland: Schweiz**

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> und aus den dort genannten Gründen Einspruch gegen den Schutz des Namens im Gebiet der Europäischen Union zu erheben. Einsprüche können innerhalb von vier Kalendermonaten ab dem heutigen Tag bei der Kommission unter folgender Adresse eingereicht werden:

AGRI-GEOGRAPHICAL-INDICATIONS@ec.europa.eu

Die Mitteilung kann im internationalen Register der WIPO unter folgendem Link eingesehen werden:

Emmentaler\_Wipo\_database

---

<sup>(1)</sup> Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben (ABl. L 271 , 24.10.2019, S. 15, ELI: [http://data.europa.eu/eli/agree\\_international/2019/1754/oj](http://data.europa.eu/eli/agree_international/2019/1754/oj)).

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 über die Maßnahmen der Union nach ihrem Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben (ABl. L 271 , 24.10.2019, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1753/oj>).





C/2024/2687

12.4.2024

**MITTEILUNG GEMÄß DER GENFER AKTE DES LISSABONNER ABKOMMENS**

**Veröffentlichung des Eintrags im internationalen Register der Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben „Valais / Wallis“ gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1753**

(C/2024/2687)

Am 14. März 2024 informierte das Internationale Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) die Europäische Union gemäß Artikel 6 Absatz 4 der Genfer Akte des Lissabonner Abkommens <sup>(1)</sup> über folgenden Eintrag im internationalen Register:

**Name: „Valais / Wallis“**

**Art des Erzeugnisses: Wein**

**Ursprungsland: Schweiz**

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> und aus den dort genannten Gründen Einspruch gegen den Schutz des Namens im Gebiet der Europäischen Union zu erheben. Einsprüche können innerhalb von vier Kalendermonaten ab dem heutigen Tag bei der Kommission unter folgender Adresse eingereicht werden:

AGRI-GEOGRAPHICAL-INDICATIONS@ec.europa.eu

Die Mitteilung kann im internationalen Register der WIPO unter folgendem Link eingesehen werden:

Valais\_Wallis\_Wipo\_database

---

<sup>(1)</sup> Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben, (Abl. L 271, 24.10.2019, S. 15, ELI: [http://data.europa.eu/eli/agree\\_international/2019/1754/oj](http://data.europa.eu/eli/agree_international/2019/1754/oj)).

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 über die Maßnahmen der Union nach ihrem Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben, (Abl. L 271, 24.10.2019, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1753/oj>).



C/2024/2688

12.4.2024

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**

**(Sache M.11233 — OMERS / ABP / KENTER)**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/2688)

Am 21. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11233 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/2691

12.4.2024

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**

**(Sache M.10783 — EQT FUTURE / AM FRESH / SNFL / IFG)**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2691)

Am 2. Juni 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M10783 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.